

# Das Problem der Mittelklassen in seiner Bedeutung für den Sozialismus in Italien.

Von

**Rodolfo Mondolfo** (Bologna) <sup>1)</sup>.

Inhaltsverzeichnis: 1. Von der Vorkriegszeit bis zum Abschluß des Weltkrieges S. 1. — 2. Begriffliche Bestimmung und Abgrenzung des Gegenstandes S. 3. — 3. Die landwirtschaftlichen Mittelklassen S. 5. — 4. Die städtischen Mittelschichten S. 13.

1. Das Problem der Mittelklassen, wie es heute in Italien im Lager des Sozialismus sowohl als auch in den angrenzenden Parteilagern eifrigst erörtert wird, ist von demjenigen, das in der Vorkriegszeit zur Diskussion stand, sehr verschieden: und zwar gleichermaßen verschieden durch den Gegenstand des Meinungsstreites, wie durch das Interesse, das dieser erweckt, und durch den Kreis, in dem er sich abspielt.

Vor Ausbruch des Weltkrieges beschäftigten sich bei uns mit den Mittelklassen Forscher und Regierungsmänner (wie LUZATTI), vornehmlich unter sozial-konservativen Gesichtspunkten und um der Erhaltung des gesellschaftlichen Gleichgewichts willen. In Analogie zur „Mittelstandspolitik“ und unter deren Einfluß auch, wie sie sich in Deutschland und anderwärts entfaltete, vor allem aber in Belgien durch die Katholische Partei gepflegt wurde, bildete auch in Italien den Gegenstand der Betrachtung der krisenhafte Zustand der Mittelklassen oder der Kleinbourgeoisie, welche das Vordringen der kapitalistischen Großunternehmungen mit dem Untergange zu bedrohen schien. In Italien, wo die kapitalistische Entwicklung noch zurückgeblieben war, zeigte allerdings das Problem weniger Schwere und Dringlichkeit als in den stärker industrialisierten Ländern; im Wesen aber war es überall das gleiche: wie sollte

---

1) Die Übertragung aus dem italienischen Manuskript ins Deutsche von CARL GRÜNBERG.

durch organisatorische Maßnahmen auf den Gebieten der Produktion, des Handels und des Kredits das Kleinbürgertum erhalten und vor der Gefahr der Überrennung und Vernichtung geschützt werden.

Diese Frage hatte auch ihre politische Seite: welche der politischen Parteien in Italien konnte und sollte diese organisatorische und tutelare Aufgabe auf sich nehmen?

In einer von Professor G. MONTEMARTINI bevorworteten Schrift über das Problem der Mittelklassen wies B. SCARSELLI<sup>1)</sup> diese Aufgabe der radikalen Demokratie zu, wobei ihm jedoch nicht entging, daß die mittleren Klassen, je nach den Landesteilen, sich auf so ziemlich sämtliche politische Parteien aufteilten. Die Frage nach der Stellung der sozialistischen Partei zu dem Problem wurde kaum noch aufgeworfen und jedenfalls nicht — wie etwa in Belgien durch HECTOR DENIS — klar formuliert. Soweit man sich aber in sozialistischen Kreisen bereits mit ihr befaßte, geschah dies eigentlich nur reflex: infolge der Diskussion, welche sich an die beginnende Bildung von Angestellten- und Gewerbetreibendenorganisationen und an den Gegensatz zwischen den reformistischen und den revolutionären Strömungen innerhalb der sozialistischen Partei knüpfte. Fürchtete man ja in dieser den Einfluß, den Leute aus der Kleinbourgeoisie auf die sozialistische Bewegung üben könnten, indem sie deren proletarischen Charakter verwischten, viel mehr als daß man prüfte, ob die Eroberung der Mittelklassen im Interesse gelegen sein und zur Stärkung führen könne der Partei und ihrer politischen Aktion. Im übrigen galten die Mittelklassen zwar als Brutstätte politischer Talente, aber doch als *quantité négligeable*, weil sie keine eigene Politik, keine gemeinsame Aktion aufwiesen, sondern sich auf die verschiedensten Parteien aufteilten. Erst die Zeit nach dem Kriege sollte zeigen, daß die Mittelklassen, deren Übergang zum Fascismus für die Eroberung der politischen Gewalt durch diese Partei entscheidend wurde, einen ungeheuren politischen Machtfaktor darstellten, an dem die proletarischen Parteien nicht länger uninteressiert bleiben konnten. Damit aber erscheint die Frage gestellt nach den gegenwärtigen und künftigen Beziehungen der Mittelklassen zum Kapi-

1) B. SCARSELLI, *Il problema delle classi me die*. Milano, Società editrice libraria 1911.

talismus und zur Plutokratie sowie zu den reaktionären politischen Tendenzen einerseits und zur proletarischen sozialistischen Bewegung sowie zu den sozialistischen Forderungen andererseits.

2. In den anschließenden Erörterungen dieser Frage stößt man sofort auf Unklarheit über den Gegenstand des Meinungsstreites. Soll aber dieser fruchtbar werden, bedarf es voller Klarheit über dessen Ausgangspunkt und Inhalt.

Was hat man unter „Mittelklassen“ zu verstehen?

AUGUSTO MONTI hat im Anschluß an MISSIROLI behauptet, daß es in Italien an einer Mittelklasse oder einem wahren dritten Stand überhaupt fehle, weil Italien nicht wie andere Länder eine liberale Revolution erlebt habe. Jetzt erst sei eine Mittelklasse, als Schützerin der Freiheit, in der Entstehung: im organisierten Industrieproletariat, einer homogenen, kulturell relativ hochstehenden, ökonomisch nicht mehr verelendeten und in politischen Kämpfen geübten gesellschaftlichen Gruppe, die sich daher nicht mehr als niederer oder vierter Stand bezeichnen lasse, zu welchem vielmehr allmählich die intellektuellen Gruppen der Angestellten, der Professionisten usw. würden. Zu Unterscheidungsmerkmalen zwischen drittem und viertem Stand (Mittel- und niederer Klasse) nimmt also MONTI die Lebenshaltung und den Grad der Ausbildung des politischen Bewußtseins. Dabei wird aber die Tatsache übersehen, daß die Klassenscheidung (Vgl. AUGUSTO MONTI in Rivoluzione liberale) auf den Unterschieden in den Interessen und den Endzielen beruhen muß, und daß das Proletariat nicht einen dritten Stand oberhalb des vierten bilden kann, wenn es doch die allgemeine Aufwärtsbewegung und die Beseitigung aller Klassenunterschiede anstrebt.

Sozial und historisch gesehen, erscheinen für eine Klasse konstitutiv deren Funktion und Stellung in der Wirtschaft, sowie die hieraus entspringende politische Aktion und geistige Einstellung. Muß man dennoch m. E. von „mittleren Klassen“ im Plural sprechen und deren stark differenzierte Vielheit unterscheiden, so bezeichnet auf der anderen Seite der Ausdruck Mittelklasse ökonomisch und geistig immer eine Zwischenstellung zwischen Proletariat und eigentlich-kapitalistischer (Agrar-, Industrie- und Finanz-) Bourgeoisie.

Das Wesen der vermittelnden Stellung darf man nicht in dem

Maße der Einkommensgestaltung und der Lebenshaltung erblicken, sondern in den Bedingungen, unter denen sich die soziale Funktion vollzieht, in den Beziehungen zu den anderen Klassen, die sie hervorruft, in der geistigen Einstellung, welche sie mit der Ausbildung der charakteristischen Klassenideologien zeitigt. Nur so vermag man zu einem allgemeinen Begriff der Mittelklasse zu gelangen, indem man sich, wie SCARSELLI sagt, eines ökonomisch-sozialen und nicht einfach eines statistischen Kriteriums bedient, um aufzuklären, worin eigentlich die Mittelstellung zwischen der Kapitalisten- und der proletarischen Klasse besteht.

Unter Kapitalistenklasse im allgemeinen versteht man diejenige, die sich zusammensetzt aus den Inhabern der Produktions- und der Austauschmittel. Die Kapitalisten verfügen also über diese Mittel und bedürfen zu deren Nutzbarmachung fremder und entlohnter Arbeitskraft; unter proletarischer Klasse wieder faßt man diejenigen zusammen, welche im wesentlichen nur über ihre natürliche Arbeitskraft verfügen, die sie gegen Lohn den Kapitalisten verkaufen; die Zugehörigkeit zur Mittelklasse schließlich hängt von zwei Bedingungen ab: daß man einerseits, ebenso wie der Proletarier, um des notwendigen Lebensunterhaltes willen unmittelbar Arbeit verrichten muß, und daß man andererseits, ebenso wie die Bourgeoisie, einen gewissen zwar beschränkten, aber zur Ausübung der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit oder sozialen Funktion ausreichenden Kapitalvorrat besitze. Dieses Kapital kann — und da beginnt eben die Differenzierung zwischen den verschiedenen Gruppen der Mittelklasse — entweder durch den Besitz von Produktions- oder Tauschmitteln bestehen (wie bei den ländlichen Kleinbesitzern, Pächtern, Auteilswirten, Kleinhändlern und Handwerkern) oder in jener persönlichen Ansammlung von Produktionskraft, die das Ergebnis langer und mühevoller technischer, nur Dank kostspieliger Studien möglicher, fachberuflicher Vorbereitung ist. Die Gegenüberstellung der mittleren und der beiden anderen Klassen zeigt: daß die Kapitalistenklasse aus Privilegierten besteht, die in ihrer wirtschaftlichen und politischen Betätigung immer auf Verstärkung ihrer Privilegien ausgehen; die Klasse der Proletarier besteht aus Besitzlosen, deren Klassenaktion die Beseitigung der Klassenunterschiede zum Ziel hat; die Mittelklasse endlich, die sich vom Proletariat nicht immer

durch größere Wohlhabenheit oder Existenzsicherheit unterscheidet, die, zwischen den Hammer des Kapitalismus und den Amboss des Proletariats eingeklemmt, weder Eroberungs- noch Expansionsabsichten verfolgt, lediglich sich erhalten und vor der Gefahr der Proletarisierung schützen will, die ihre Position bedroht, an die sie sich eben klammert, wie der Unteroffizier an seine Tressen und an seine Autorität über die Soldaten, während er doch mit diesen zusammen der Befehlsgewalt der Offiziere untersteht.

Lassen sich aber gleichzeitig in der kapitalistischen Klasse und in dem Proletariat verschiedene Gruppen unterscheiden, so erst recht innerhalb der Mittelklassen; und diese Teilgruppen heben sich deutlich von einander ab durch Bedingungen und charakteristische Eigenheiten im Zusammenhang mit ihrer ökonomischen und sozialen Funktion. Landwirtschaft, Industrie und Handel, Handwerk, die Angestelltenberufe bilden vier wirtschaftliche Kategorien, denen bedeutsame Unterschiede in der geistigen Verfassung entsprechen. Demgemäß müssen sich auch ihre Beziehungen zur sozialistischen Bewegung verschieden gestalten.

3. Die landwirtschaftlichen Mittelklassen. Dieser Gruppe rechnen wir zu die kleinen Grundbesitzer, die Kleinpächter und die Anteilwirte (*mezzadri*). Die einen besitzen zugleich mit Boden auch das zur Durchführung des Betriebes erforderliche Kapital und lebende sowie tote Inventar; die andern verfügen bloß — ganz oder zum Teil — über das Eigentum an dem mobilen Kapital. Diese ökonomische Differenziertheit schließt aber nicht eine weitgehende Ähnlichkeit in den Lebensbedingungen, den Tätigkeitsformen, den Interessen und der Denkweise aus.

Was die Lebensbedingungen anbelangt, so sind sie im allgemeinen harte auch in denjenigen Fällen, in denen die Einkommensverhältnisse der Wirte günstige sind. Freilich ist eine so blühende materielle Lage selten die Regel. Vielmehr fließt nicht selten den Kleingrundbesitzern, speziell im Gebirge, ein geringeres Einkommen zu als den Industrieproletariern, namentlich wenn sie qualifiziert sind. Aber auch für den Fall, daß die Einkommensgestaltung günstig ist, obwaltet bei diesen Kleinwirten die Tendenz, sich die Bequemlichkeiten des Lebens abzuknappen. Zugleich sind sie genötigt, die eigene Arbeit nicht nach festen Stunden zu bemessen: Perioden geringeren Arbeitsbedarfes,

während der Winterszeit, wechseln mit anderen ab, in denen die unaufschiebbliche Dringlichkeit der Bestellung und Ernte eine Beschränkung der Arbeitszeit der Stundenzahl nach oder Ruhepausen auch dann nicht gestattet, wenn physische Erschöpfung sie fordert.

Zu solchen Zeiten größerer Intensität und Dringlichkeit der Feldarbeit stellt sich auch die Notwendigkeit heraus, zu deren Bewältigung gelegentlich fremde Hilfskräfte heranzuziehen. Durch die Beziehungen zu Lohnarbeitern aber kommt all den genannten Kategorien von Kleinwirten gleichmässig ihre Verschiedenheit von den Tagelöhnern, den wahrhaften landwirtschaftlichen Proletariern, zum Bewußtsein. Eine Verschiedenheit, welche sich geistig in zäher und gieriger Wahrung der eigenen Interessen, in der Spartendenz und vor allem in einem wahren Landhunger äußert. Dank diesem kennen die Kleinbesitzer kein höheres Ziel, als die Erhaltung und Ausdehnung ihrer Eigenstelle, die Pächter und Anteilswirte aber deren Erwerb. Auch in den Anteilswirten lebt die Seele des Kleinbesitzers und nicht des Proletariers. Man erkennt sie an der charakteristischen Anklammerung an ihren Boden, der ihr ist, dank seiner ständigen Befruchtung durch ihren Schweiß. Generationen wenden einem bestimmten Fleck Erde Mühe zu, auf dem sie schaffen und allmählich heranwachsen sehen Anpflanzungen von oft jahrhundertelanger Dauer, welche sie begonnen haben. Nicht für sich allein setzen sie die Wirte ins Werk, sondern für ihre Kinder oder doch in der psychischen Einstellung derjenigen, die ihre Nachkommenschaft mit gerade diesem konkreten Stück Boden verknüpft fühlen. Überhaupt ist die ganze Denkweise des Bauern auf Verknüpfung der Zukunft mit der Gegenwart und mit der Vergangenheit gerichtet. Ihm fließt nicht täglich oder zu Wochenende in Lohn der Ertrag seiner Arbeit ebenso zu wie dem Proletarier; er muß geduldig warten, bis die Saaten keimen, der Keim sich zur Pflanze entwickelt, blüht und zur Frucht reift; er muß geduldig warten, bis die Bäume Blüten und Blätter ansetzen, diese befruchtet werden und zur Reife gelangen. In jedem neuen Jahr findet die Mühe von gestern und heute ihre Vergütung erst auf zeitliche Entfernung von Monaten hinaus: der Boden wird im Sommer umgebrochen, dann harret er des Herbstes für die Saat, den Winter hindurch auf das Grünen im Frühling, den Sommer über auf das Reifen und die Ein-

bringung der Saaten. So knüpft sich ein Band der Solidarität zwischen Boden und Wirt. Es umfaßt auch die Anteilswirte und Pächter. Sie alle trifft das gleiche Risiko, im Gegensatz zu den bloß auf Lohn Angewiesenen. Ihrer aller Einkommen ist abhängig vom Ausfall der Jahreszeiten und den Marktkonjunkturen und wächst oder fällt mit denselben, während der Arbeitsaufwand der gleiche bleibt.

Dieses Band der Solidarität mit dem Boden und dessen Stetigkeit beeinflussen nun bedeutsam die Struktur der bäuerlichen Denkweise. Die Natur des Verhältnisses zwischen ständigem Sichabmühen einerseits und zeitlicher Entferntheit der Ernte andererseits, die Gebundenheit nicht nur an die Arbeit des laufenden Jahres sondern auch der vergangenen Jahre sowie an den strengen Ablauf der Jahreszeiten zeitigt in der landwirtschaftlichen Bevölkerung Voraussicht, ein Gefühl für Abhängigkeit der Gegenwart und der Zukunft von der Vergangenheit, kurzum eine konservative seelische Grundstimmung.

In der Einleitung zu seinem Buche über die Agrarpolitik in Italien hat jüngst SERPIERI darauf hingewiesen, daß das Element der Beharrung oder, um mit PARETO zu sprechen, die Tendenz zu bleibendem Zusammenhang der Aggregate in Gegensatz sich befindet zu den Kombinationsinstinkten, welche die in der Industrie und im Handel tätigen Bevölkerungsschichten kennzeichnen<sup>1)</sup>. Aber dieses Element der Stabilität, das, verglichen mit dem des Strebens nach Neuem, eine wertvolle Rolle spielt bei der Vorbereitung zukunftsferner ökonomischer Entwicklungen, darf nicht, wie SERPIERI meint, ebenso wie das Eigeninteresse, dabei unterschieden von ihm und ihm entgegengesetzt, als eine originäre und primäre Tatsache angesehen werden. Vielmehr ist diese konservative Geistesverfassung (das Haften an Familie, Boden, Eigentum, Sitten, Herkommen, Religion) eine *formamentis*, ein Reflex der Natur und der Tätigkeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Sie ist so recht ein Beispiel von der Bedingtheit der Ideologien durch das Wirtschaftsleben, wie sie der historische Materialismus aufgedeckt hat. Jede Art menschlicher Wirtschaftstätigkeit findet unter einem Komplex von Voraussetzungen statt und schafft gewisse Gewohnheiten des Lebens

1) Vgl. SERPIERI: *La politica agraria in Italia*. 1925.

und Handelns, die ihrerseits eine bestimmte geistige Praedisposition in Zielsetzungen und Erwartungen, Tendenzen und Forderungen, Abneigungen und Widerständen hervorrufen, die in die Entwicklung des Klassenbewußtseins münden. Die Ideologien sind danach gleichsam Wegweiser zu diesen Einstellungen hin, sie verstärken die dunklen unterbewußten Tendenzen, indem sie sie über die Bewußtseinsschwelle emporheben, sie überführen die Praxis, welche ihre Entstehung und Auswahl bestimmt hat, in Theorie.

So wird verständlich, warum die geistige Einstellung der ländlichen Mittelklassen als solcher eine konservative ist. Andersgerartet ist dagegen die psychische Grundstimmung der Tagelöhnerschicht. Dieser eignet die proletarische Mentalität derjenigen, welche täglich ihre Arbeitskraft gegen täglichen Lohn dahingeben. Sie ist nicht an den Boden gebunden und an das Endergebnis der Bodennutzungen, an dessen Erzielung sie lediglich mitzuwirken berufen ist. Der Landarbeiter fühlt sich nicht als Unternehmer, er untersteht vielmehr den gleichen Bedingungen und empfindet sich interessensolidarisch mit den sonstigen auf Lohnbezug Angewiesenen. Wie sie erstrebt auch er Verkürzung der Arbeitszeit und höheren Lohn. So erklärt es sich, daß, wie SERPIERI hervorhebt, auf dem flachen Lande der katholische Organisator leichter Gefolgschaft findet als der sozialistische.

Jener nämlich stellt als Ziel auf die Erhaltung und die Ausbreitung des Kleingrundbesitzes und verschärft jenen für die Kleinpächter und Anteilswirte so charakteristischen Landhunger: sie alle wollen zu Eigengrundbesitz gelangen. Und davon erwartet der katholische Organisator eine Verstärkung der religiösen, konservativen und traditionalistischen Stimmungen. Deshalb durfte ich bereits vor einem halben Jahrzehnt angesichts gewisser pseudo-revolutionärer Agitationen katholischer Organisatoren feststellen, daß es sich dabei um einen konservativen Revolutionismus handle<sup>1)</sup>.

Das Programm der Verbreitung des Kleinbesitzes, führte ich damals aus, bezweckt Verknüpfung der Bodenbebauung mit einer konservativen und an dem Überkommenen haftenden Psychologie. Diese ist dort im Schwinden, wo die Lohnarbeit stärker hervortritt und die Lohnarbeiter durch die Beziehungen, in denen sie

1) Vgl. meine Schrift *Rivoluzionarismo conservatore* (Progresso, 1926).



sich befinden, gewissermaßen zu Kollektivbewußtsein und dazu hingedrängt werden, sich mit den übrigen Kategorien proletarischer Arbeiter solidarisch zu fühlen. Dagegen gewinnt sie an Kraft und schlägt tiefere Wurzeln, wo Anteilswirt oder Pächter zum Kleingrundbesitzer wird, der fortan ganz im Kreis der Scholle, nicht mehr über sein Feld und seine Interessen hinausdenkt und daher allem sich feindselig entgegenstellt, was diese oder jenes bedrohen könnte.

An diesem charakteristischen Klassenbewußtsein scheiterte in Rußland das Schiff der kommunistischen Illusionen. Und mit dieser russischen trifft auch eine gleichzeitige Erfahrung in Italien zusammen. Kaum fühlten sich in Sowjetrußland, nach Niederschlagung der konterrevolutionären Heere, die Bauern vor einer Wiederkehr der alten Feudalherren sicher, als auch schon ihre ursprüngliche Solidarität mit den Kommunisten sich in Antagonismus wandelte, weil sie nun nichts anderes im Auge hatten als Verteidigung ihres Bodens und ihrer Bodenerzeugnisse; und früher schon, als die Sowjetregierung sich gegen die Bauern auf die Dorfarmen zu stützen gedachte, war eine heftige und blutige Reaktion zum Ausbruch gekommen. Dies aber bringt uns auf die bereits erwähnte Erfahrung in Italien.

Auch hier hatte der sozialistisch orientierte Bund der Landarbeiter (*Federazione dei lavoratori della terra*) unmittelbar nach dem Weltkriege sich dem Streben der Kleinpächter und Mezzadri, das Eigentum an den von ihnen bewirtschafteten Ländereien zu erwerben, entgegengestemmt. Dieser Widerstand entsprang nicht bloß politischen Erwägungen, sondern auch der Anschauung, daß es gelte, die Interessen der Produktion zu schützen. Denn die angestrebte Zerschlagung der Großbetriebe in Kleinwirtschaften konnte nur schädigend wirken, in den Gebieten intensiver industrialisierter Kultur, wo die Organisation der Landarbeiter zum Vorteil der Produktivität eine starke Inanspruchnahme von Lohnarbeit erzwungen hatte. Mußte ja der Kleingrundbesitzer ein neuer Feind werden, nicht nur kulturtechnischen Fortschrittes, sondern auch des ländlichen Proletariats! Sei es aus Mangel an dem zur Betriebsintensivierung erforderlichen Kapital, sei es infolge der bäuerlichen Sparsamkeit und Abneigung gegen Geldausgaben auch dann, wo diese ertragssteigernd wirken konnten;

sei es schließlich aus der Abneigung gegen Lohnarbeit und dem Bestreben heraus, den ganzen Arbeitsbedarf selbst und mit Hilfe der Familienmitglieder zu bestreiten.

Aber diese Feindseligkeit des Bundes der Landarbeiter gegen die Schaffung einer großen Masse von Kleineigentümern brachte diese im höchsten Maße auf. Die Scharen der Anteilswirte und Kleinpächter standen nach dem Weltkrieg vollkommen unter der Herrschaft des Losungswortes „Das Land den Landwirten!“ So warteten sie in dumpfer Erbitterung den günstigen Augenblick zum Gegenstoß ab. Das erklärt mit, weshalb gerade in den Gegenden stärkster Entwicklung und Macht der Landarbeiter-Federation der Fascismus zu einer wahren Explosion der niedergehaltenen bäuerlichen Mittelklassen wurde. Je stärker der Einfluß des Landarbeiterbundes gewesen war, um so heftiger und brutaler die Reaktion. Vorher der Politik ganz fremd, wurden nun die mittleren ländlichen Schichten in sie durch den lebendigen Druck ihrer Wirtschaftsinteressen hineingedrängt. Und einmal im neuen Feld, werden sie sicherlich die gemachte Erfahrung nicht mehr vergessen, so daß das politische Problem der Aktion des Proletariats und der sozialistischen Partei sich nun wieder vor neuen Schwierigkeiten, zu den alten hinzu, sieht.

Die Bäume freilich wachsen auch diesmal nicht in den Himmel. Auch diesmal zeigt sich, daß nicht alle Blütenräume reifen. Die Losung „Das Land seinen Bebauern!“ ist bereits zur Seite geschoben, nachdem es nur mancherorten zu seltener Anwendung unter dazu noch für die Bodenerwerber harten Bedingungen gelangt ist. Hier und da bloß vermochten einzelne Anteilswirte oder Kleinpächter das Eigentum an ihren Stellen zu Überpreisen zu erreichen. Nun sind gewiß auch die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse schwindelnd in die Höhe gegangen und ist der Papiergeldreichtum der Erzeuger dementsprechend gewachsen. Andererseits sind aber auch, dank der plutokratischen Politik, die Steuerlasten zur Zahlung der Kriegsschulden gestiegen. Und die ländlichen Mittelschichten sind darum um so ungehaltener, als sie — dem Wesen ihres Lebens, ihrer Interessen, ihrer Denkweise gemäß — dem Krieg feindlich gewesen und geblieben sind. Außerdem zerfließen und verflüchtigen sich die von ihnen gegenwärtig erzielten Geldbeträge durch die ungeheuren Preise, welche wieder

sie für die ihnen zu persönlichem Konsum oder in ihren Betrieben nötigen Waren der Industrie und dem Handel bezahlen müssen.

So häuft sich Unzufriedenheit. Vermag sie aber zum Keimboden von Ideen einer Erneuerung oder zum Beginn einer der Klassenaktion des Proletariats günstigen Orientierung zu werden?

Ich glaube das nicht. Der Geist der ländlichen Mittelklasse bleibt doch immer derjenige des Kleingrundbesitzes, der im Eigentumsfanatismus verwurzelt ist; wird dieser angegriffen oder verletzt, so erhebt er sich zu hartem Rückstoß. So in Rußland, so in Italien. Soll man also annehmen, daß man es hier mit einer unversöhnlichen Gegnerschaft gegen das Proletariat zu tun hat? Und wie soll also dieses sich zu den agrarischen Mittelstandsschichten stellen?

Nun wohl, als Kriterium für eine sozialistische Aktion ist die Beziehung ins Auge zu fassen zwischen den Klassen- oder Gruppentendenzen einerseits und den ökonomischen Forderungen der Produktionskräfte andererseits. Unüberwindlich sind jene Tendenzen, wenn und wo sie mit den Erfordernissen der Produktivitätskräfte übereinstimmen; und sich ihnen entgegenstemmen, bedeutete für die Partei, die es versuchte, reine Kraftvergeudung. Wo aber die angedeutete Voraussetzung fehlt, heben sich diese Tendenzen von selbst auf.

Zum ersterwähnten Typus nun gehört die in den Wirten lebendige Anhänglichkeit an das Kleineigentum in den Gegenden, in denen, wie bei Hügel- und Bergland die Bodenbeschaffenheit oder die Art der Spezialkulturen, welche — wie Garten- und Blumenbau usw. — intensive und ständige Arbeit auf kleinen Stellen fordern, die Kleinbetriebsform zur ökonomisch einzig möglichen machen. Fehlte es an dem persönlichen oder Familieninteresse, fehlte die zähe Liebe zur eigenen Scholle, auf die Arbeit verwendet, ja verschwendet wird, ohne daß sie nach Stunden oder nach dem Ertrage gemessen würde, so würden solche Ländereien oder die Spezialkulturen auf ihnen, weil zu kostspielig und daher unwirtschaftlich, aufgegeben werden. Dort hingegen, wo die Landwirtschaft sich industrialisiert hat, demnach mit Vorteil auf weiträumiger Unterlage betrieben wird und einen starken Kapitals- und Arbeitsbedarf aufweist, dort ist kein Platz für den Kleinbetrieb. In solchen Gebieten wird es genügen, daß die sozia-

listische Partei und die proletarischen Organisationen diese Tatsachen klarstellen, statt mit ihrem politischen Gewicht die mittelständischen Bewegungen direkt zu bekämpfen. Denn sonst würden die Mittelständler dem den Niedergang zuschreiben, zu welchem sie die ökonomische Notwendigkeit verurteilt. Es wird vielmehr angebracht sein, tatsächlich auszunutzen, was sich an jenen Bestrebungen fruchtbar verwerten läßt, indem die Kleinwirte darauf hingewiesen werden, ihre Selbständigkeit auf dem Wege der Kollektivpacht zu festigen. Diese wird sodann zu genossenschaftlicher Betriebsführung sich ausgestalten lassen. Ein bewunderungswürdiges Beispiel solcher Entwicklung haben die Landarbeiter von Molinella gegeben, die in ihren — von der fascistischen Reaktion zerstörten — Institutionen auch gezeigt haben, wie der Geist der Hingabe an den Gedanken der Solidarität und einer freien Menschheit sich bei der Ausübung gleicher wirtschaftlicher Berufstätigkeit nähren und heranziehen läßt. Dort jedoch, wo der Kleinbetrieb in der Natur der Dinge begründet erscheint, heißt es, jetzt und künftighin, sich mit der ländlichen konservativen Mentalität abfinden und damit, daß diese sich nur langsam und mittelbar wird abschwächen und lockern lassen, wenn Erfahrung die Vorteile der Kooperation beim Bodenerwerb und bei der marktmäßigen Verwertung der Erzeugnisse kennen lehrt; und aufklärend wird auch wirken können der Gegensatz zwischen den bäuerlichen Interessen und deren Richtzielen einerseits und den schutzzöllnerischen und inflationistischen Interessen der Plutokratie andererseits.

Das allmählich in den bäuerlichen Schichten erwachende freie Bewußtsein muß durch eine ständige und kluge Propaganda gefördert werden. Sie soll den Bauern die Schäden im Gefolge des Protektionismus aufzeigen, durch den sämtliche Industrieartikel verteuert werden, deren die Landwirtschaft bedarf, während er auf der anderen Seite die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hemmt und ständige Kriegsgefahr heraufbeschwört; und zu gleicher Zeit soll sie der Bauernschaft ihre Interessengemeinschaft mit den proletarischen Bürgern zum Bewußtsein bringen durch die Verfechtung einer Veranlagung der Steuerlast nach Einkommen und steuerlicher Leistungsfähigkeit sowie einer freihändlerischen und pazifistischen und eben deshalb

auch demokratischen Politik. So wird der altüberkommene Gegensatz zwischen Stadt und Land abgeschliffen und der bauerliche Konservatismus zu demokratischer Denkweise hingeleitet werden.

Die Illusion, daß mehr zu erreichen sei, hat keinen Sinn. Wenn nun aber Sozialismus und Proletariat nicht hoffen dürfen, aus den Reihen des bauerlichen Mittelstandes Mitarbeiter zu gewinnen, so können sie doch und sollen, ohne ihrem Programm etwas zu vergeben, erreichen, daß der Bauer ihnen nicht feind sei und daß nicht von ihm her unnütze und abwegige Schwierigkeiten und Verwicklungen erwachsen, zu denjenigen hinzu, welchen kraft der Natur der Dinge und daher auch mit Nutzen im Vormarsch auf dem eigenen Wege die Stirn geboten werden muß.

4. Während die Kommunisten die besonderen Bedingungen und Notwendigkeiten der russischen — unter dem Schein einer proletarisch-kommunistischen, in Wahrheit aber kleinbürgerlich-agrarischen — Revolution theoretisierend generalisieren<sup>1)</sup>, behaupten sie auch in Italien, daß eine proletarische Revolution die Bauern mitreißen müsse, indem man den Landhunger zur Siedehitze bringe, und anstatt der übrigen sozialistischen Richtungen gesondert das Problem der städtisch-bürgerlichen Mittelschichten erörtert. Es wäre übrigens ungenau zu glauben, daß die verschiedene Lösung des Problems eines der Elemente wäre, welches die sozialistische Einheitspartei (Partito socialista unitario) von der maximalistischen unterscheidet. Wer das behauptet, vergißt, daß zwischen diesen beiden Parteien Meinungsdivergenzen in bezug auf so manchen anderen Punkt obwalten, Meinungsverschiedenheiten, die in den Debatten auf dem Kongreß der Unitarier zwischen TREVES und MODIGLIANI hervorgetreten sind, aber gleichermaßen für die Maximalisten mit Artikeln aus dem „Avanti“ belegt werden können. Es handelt sich nicht so sehr um doktrinäre Unterschiede als um eine ungenügende Vertiefung des Problems, die also in präziser Art stattfinden soll.

Die städtischen Mittelschichten, die wir heute im Auge haben, dürfen — wie TREVES richtig betonte — nicht mit denjenigen zusammengeworfen werden, aus denen zur Zeit der Demokratie CAVALOTTIS sich die Scharen der Parteien der demokratischen

1) Vgl. hierüber RODOLFO MONDOLFO, *Sulle orme di Marx*, 3a edizione, 2 vol. Bologna 1923/24 I, 103 ff. (Studi sulla rivoluzione russa).

und radikalen Linken rekrutierten. Von jenem dritten Stand, der damals um das ökonomische Übergewicht von Industrie und Handel über die konservativ-reaktionäre landwirtschaftliche Bevölkerung kämpfte, zweigten sich gar bald gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ab: einerseits die reiche Bourgeoisie im Konflikt mit dem Proletariat und dessen Forderungen und andererseits die mittleren Schichten der Gewerbetreibenden und Angestellten, die sichere und weniger beengte Existenzbedingungen anstrebten und mit der Arbeiterklasse sympathisierten, deren Bundesgenossenschaft sie manchmal suchten, deren Organisationsformen und -Methoden sie nachahmten.

In der Folge reißt der Krieg (und zum Teil schon vorher das lybische Unternehmen) eine Kluft auf zwischen diesen Mittelschichten und dem Proletariat. Dieses ist pazifistisch und international, es verharrt auf dem Boden des Neutralismus. Die mittleren städtischen Schichten dagegen wandeln sich: der Patriotismus erwacht in ihnen zu neuem Leben und der nie erloschene Irredentismus; es treten nationalistische Keimgruppen auf und beginnen geistige Anziehungspunkte für die Mittelklassen zu werden, als sich nach dem Waffenstillstand die Bestrebungen und Erwartungen als illusorisch erweisen, welche auf dem Boden des Wilsonianismus einen Augenblick lang Proletariat und Mittelklassen versöhnt hatten. Während der Periode dumpfer Müdigkeit unmittelbar nach dem Kriege artet diese Trennung in offene Feindschaft aus. Das Proletariat ist erbittert, da es all die vielen Versprechungen, die ihm während des Krieges gemacht worden waren, wie dürre Blätter im herbstlichen Wirbelwind verweht sieht: der Weltkrieg sei der letzte gewesen und im Frieden werde die Arbeiterklasse den Lohn für ihre Opfer erhalten, sowie seinen vollen sozialen Wert anerkannt sehen. Und der dumpfe, während der Zeit der Opfer zurückgedrängte Groll kommt zu wildem Ausbruch speziell gegen Männer der intellektuellen Schichten, die während des Krieges, wie die Offiziere, Werkzeuge zur Einforderung der Opfer und zur Betäubung mit Versprechungen künftiger Vorteile gewesen waren, die dann nicht eingehalten wurden. Unter dem suggestiven Einfluß des Mythos von der russischen Revolution und durch deren anfängliche Stellungnahme ebensowohl gegen die Kapitalisten wie gegen die Techniker und Intelligenzler legen die

Massen in grober Weise das Wort des heiligen Paulus aus: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ und verdammen als gleichsam unproduktiven Müßiggang jede nicht manuelle Tätigkeit. Hierdurch fühlen sich die städtischen Mittelklassen in ihrer sozialen Würde und Funktion zurückgesetzt und es erfüllte sie die Furcht vor dem Morgen. Sie sehen eben durch die Nichtanerkennung ihrer Nützlichkeit für die Zukunft ihr Recht auf Leben bedroht. Dieser Sorge um die Zukunft gesellt sich das Mißbehagen über die Gegenwart; die Lebenskosten steigen stetig auf ein für den Großteil des Mittelstandes unerträgliches Niveau; Streiks und Agitationen stören fortwährend den regelmäßigen Rythmus des Daseins — während auf der anderen Seite die Lebenshaltung der Proletarier durch wachsenden Lohn und Verminderung der Arbeitszeit eine aufsteigende Bewegung erfährt. Gedemütigt durch die Deklassierung, der sie sich ausgesetzt sehen, erblicken daher die Mittelklassen in dieser ein beängstigendes Vorzeichen noch schlimmeren Schicksals im Gefolge einer drohenden Revolution. In Verzweiflung hierüber rüsten sie sich zur Gegenwehr. Die erste faschistische Bewegung in den Städten erscheint so vor allem als Aufstand der Mittelklassen gegen den befürchteten gesellschaftlichen Umsturz, gegen ihre Zurückdrängung und gegen die Bedrohung ihrer Daseinsberechtigung, ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie, ihrer Ideologien.

Allein sie erwachten bald aus ihren Angstphantasien, welche die proletarischen Unruhen gezeitigt hatten; die plutokratische Politik verletzte, dank ihrer Methoden, ihr organisches Bedürfnis nach Freiheit und gesetzlicher Ordnung, enttäuschte sie rasch und hat in ihnen einen tiefgehenden Wandel hervorgerufen, der helleren Ausblick gestattet, wahrere Beurteilung der Wirklichkeit ermöglicht und das Bewußtsein materieller und geistiger Solidarität mit der arbeitenden Klasse wieder aufkommen läßt. Die städtischen Mittelklassen beginnen wieder um die Demokratie zu kreisen und sich dem Sozialismus anzunähern. Ein entscheidendes Problem stellt sich nun den proletarischen Klassen, unter denen selbst die Maximalisten anerkennen, daß die Sympathien oder die Feindseligkeit der städtischen Mittelschichten bei jeglicher Eroberung der politischen Macht von ausschlaggebender Bedeutung ist. <sup>1)</sup>

1) Vgl. AVANTI vom 31. März 1925.

Bei der Erörterung dieses Problems sind sofort jene Gruppen auszuschließen, die (wie Agenten, Geschäftsadvokaten u. a.) lediglich Werkzeuge des kapitalistischen Organismus, mit innerer Notwendigkeit dessen Anziehungsbereich zugehören. Dahingegen ist die Stellung des Kleinhändlers und Kleinindustriellen einigermaßen zwielichtig und schwankend. Im Hinblick auf die Funktion ihren Kundschaften gegenüber wären sie an einer allgemeinen Hebung der Lebenshaltung der Massen interessiert, da hiervon die Nachfrage und also auch die Sicherheit und das Gedeihen ihrer Unternehmungen abhängt. Andererseits sind sie durch ihr Kreditbedürfnis an den Kapitalismus gebunden und sehen den proletarischen Aufstieg mit einer Klassenaktion verknüpft, die sie in Konflikt bringt mit ihren eigenen Arbeitern und mehr noch mit den Produktiv- und Konsumgenossenschaften als Begleiterscheinungen des Klassenkampfes. Der Kooperativismus schränkt den Kreis ihrer Wirtschaftstätigkeit ein und entzieht ihr den Boden. Sie fühlen sich durch ihn in ihren Interessen getroffen und daher veranlaßt, der proletarischen Bewegung sich entgegenzustellen. Die Zerstörung von Kooperativunternehmungen durch die Faschisten, die Verschleppung von Produktionsmitteln und Konsumwaren, welche das Proletariat unter ständigen Opfern angesammelt hat, sind häufig durch Individuen aus den Kreisen der Kleinhändler und Händler angezettelt und durchgeführt worden.

Nichtsdestoweniger empfinden diese Kreise die Unsicherheit ihrer Stellung: die Markt-, Kredit- und Valutaschwankungen und der Widerspruch, der darin liegt, daß sie einerseits auf die ökonomische Besserung der Lage ihrer Kundschaft angewiesen sind, und daß andererseits diese ihre Gegner sind in einem Kampfe, der auf eine Kooperation zu ihrer Ausschaltung hinausläuft. Immerhin fehlt ihnen jene für die landwirtschaftlichen Mittelklassen so charakteristische Anklammerungsfähigkeit; sie sind nicht von jener gierigen Liebe für das eigene Kleinunternehmen erfüllt, wie sie im bäuerlichen Landhunger zu Tage tritt. Sie nehmen es vielmehr leicht hin, Angestellte in größeren Unternehmungen zu werden, um so größerer Ruhe und Sicherheit des Lebens teilhaftig zu werden. Deshalb werden sie, wenn die proletarische Aktion sie nicht zu Freunden oder Verbündeten haben kann, da sie ja gegen ihre Interessen anprallt, sich doch auch nicht



als unversöhnliche Gegner des Sozialisierungsprogramms erweisen. Gegner, so lange der Kampf dauert, werden sie sich ohne allzu große Schwierigkeiten am Tage darnach den Siegern anschließen.

Wenden wir uns nunmehr der Schicht der Intellektuellen, den Gewerbetreibenden und den Beamten zu, so obwaltet zwischen diesen beiden Kategorien ein beachtenswerter Unterschied. Gewerbetreibenden ist es möglich, die Erhöhung ihrer Lebenskosten unmittelbar auf ihre Kundschaft zu überwälzen. Den Beamten aber fehlt die Möglichkeit hierzu. Sie sind wehrlose Opfer der Geldentwertung. Dieser Umstand versetzt sie, wie TREVES betont, in die Lage einer neuen Plebs, deren Elend nicht geringer ist als das des Proletariats, und solidarisiert sie zu einer Brüderschaft gemeinsamen Leides. Dabei empfinden sie jedoch Groll und Ressentiment gegen die neuen Nachbarn. Es wiederholt sich das Schauspiel eines gesunkenen Adels, der sich nicht den neuen Lebensgemeinschaften anzugliedern imstande ist. Man hat es da mit einer Seelenverfassung zu tun, die nur leise Berührung verträgt, weil sie leicht verletzt wird durch diejenigen, denen die neue Lage der Dinge gerecht erscheint, und die sich daher psychologisch ganz auf den Boden der Psychologie stellt, welche die intellektuellen Mittelschichten kennzeichnet.

Unter diesen fühlen die Gewerbetreibenden stärker noch als die Angestellten sich zu den reichen Klassen hingezogen<sup>1)</sup>, mehr jedoch wegen der Lebensgewohnheiten, als weil diese reichen Klassen für sie eine ergiebige Kundschaft darstellten oder weil bei ihnen die Handwerksleistung höheren Anwert fände. Man kann vielmehr eher sagen, daß in den Beziehungen zur reichen Kundschaft sich dem Gefühl ökonomischer Abhängigkeit noch das einer Verletzung der Eigenliebe gesellt, wie sie vom Proletariat her nicht vorzukommen pflegt.

Ihre politische Einstellung erfolgt aber vor allem Dank ihrer eigentümlichen geistigen Orientierung, die eine Folge ist ihrer beruflichen Funktion und Natur. Verteilen sie sich auch individuell auf verschiedene Parteien, so ist ihnen doch eine Denkweise und eine Ideologie gemein, die zwischen derjenigen der Kapitalistenklasse einerseits und des Proletariats anderseits pendelt.

Aus dem dritten Stande, der vermöge seiner Ausdehnung und

1) Vgl. OBSERVER, in *Critica Sociale*.  
Archiv f. Geschichte d. Sozialismus XII, hrsg. v. Grünberg.

Entwicklung Bewegungsfreiheit benötigte und demgemäß die Zerstörung der feudalen Gebundenheit und infolgedessen das Prinzip der Freiheit des Menschen von Naturrechts wegen proklamiert hat, haben sich nachher, mit abweichender geistiger Orientierung, die Bourgeoisie und das Proletariat herausgeschält. Dieses gestaltet sein Klassenbewußtsein vermöge der Gemeinsamkeit in den Lebensbedingungen und der Kämpfe um die Eroberung eines minder harten Daseins: jegliche Eroberung hat Vereinigung der Kräfte zur Voraussetzung, die ihrerseits herauswächst aus der Gleichheit der Umstände, in denen die Proletarier sich befinden, wie aus der Gleichheit ihrer Bedürfnisse, der Hindernisse und der Widerstände, die sie zu bekämpfen haben. Nichts kann einem erobert werden, wenn es nicht für alle errungen wird. So keimen und entfalten sich Solidarität und die Forderung nach Gleichheit.

Anders die Bourgeoisie. Sie ist in ihrer Entstehung an sich atomistisch. Denn im Besitz der Produktions- und Tauschmittel, vermag sich jeder nur im Wettbewerb mit anderen zu erhalten. Das würde folgerichtig eine streng liberalistische Mentalität zeitigen. Allein neben der Befätigung der Individuen begegnen wir derjenigen der Gruppen — der Nationen — und dem Klassenkampf mit dem Proletariat. Daraus ergibt sich ein Hin und Her zwischen Freihandel und Protektionismus, zwischen individueller Konkurrenz und vielseitiger Trustbildung, zwischen mannigfachen Abmachungen der Trusts einer Nation gegen die anderer Nationen und internationalen Vereinbarungen von Trusts der einen Kategorie zum Schaden der anderen. Bei diesem verwirrenden Hin und Her ist das einzige Element der Einheit der Kampf gegen das Proletariat, in dem das Streben nach Selbsterhaltung sich äußert.

Nun ist die Tatsache des Wettbewerbs auch innerhalb der städtischen Mittelschichten durch die Natur der Dinge gegeben; und zwar ebensowohl unter den Intellektuellen wie unter den handwerklich oder händlerisch Tätigen. Freilich haben die Gewerbetreibenden vielfach gemeinsame Interessen, welche sie zum Zusammenschluß in Fachverbänden veranlassen; immer aber heißt es, die Kundschaft erobern und festhalten in Konkurrenz mit den Berufsgenossen. Sie sind daher geneigt, gegenüber Privilegien, Favoritismus und Glück, das Prinzip freier Anerkennung des Verdienstes zu fordern.

Und nicht anders die Beamten.

Gegenstand und Ziel des Strebens dieser Gruppe ist die Karriere. Angesichts des charakteristischen, notwendig pyramidenmäßigen Aufbaues der Hierarchie ist ein Aufstieg zu höheren Stufen lediglich im Kampf mit Genossen des gleichen Grades möglich. Wir sehen hier einen wesentlichen Unterschied im Vergleich mit den proletarischen Massen. Für diese ist keine Erregenschaft möglich, es sei denn im Wege einer Klassenaktion, d. h. unter der Voraussetzung, daß dieselbe Besserung von allen gewollt und von allen Arbeitsgenossen insgesamt angestrebt werde; ebendeshalb ist ja auch das Klassenbewußtsein, das im Kampf ums Dasein sich bildet, ein Bewußtsein der Solidarität und Gleichheit. Dahingegen begegnet man bei den Beamten einem Streben nach allgemeiner Besserung nur ausnahmsweise, die Regel bildet der Einzelaufstieg in der Karriere. Das ganze Wirtschaftsleben der Beamten zeigt die Tendenz zur Differenzierung. Ist ja, wenn nicht eine Heraushebung aus den Reihen der Gleichen Platz greift, ein Aufstieg ausgeschlossen. Den Inhalt jeden Tages und den Anlaß zu steter Kraftanstrengung bildet also der Gedanke an die Karriere. Und in diesem Fall wie im Kampf der Gewerbetreibenden und sonst überall, wo der individuelle Wettbewerb die Regel des Lebens ausmacht, lassen sich die Forderungen und die Geistesverfassung, die sich herauskristallisieren, in folgenden Ideologien zusammenfassen: Freiheit; Herrschaft von Recht und von Gerechtigkeit in der Verteilung oder die Möglichkeit und Sicherung offener und regelrechter Bewerbung; Anerkennung der Leistung nach ihrem wahren Wert. Die Suche nach besonderer Begünstigung und nach Vorrecht kann nur eine Ausnahme bilden; worauf es ankommt, ist bloß die allgemeine Mentalität der Klasse. Diese nun ist der Kern des uns hier beschäftigenden Problems. Allerdings dürfen auch andere Elemente nicht außer acht gelassen werden: die intellektuellen Schichten haben ein starkes Gefühl für den Wert der nationalen geschichtlichen Tradition und der Kontinuität zwischen Vergangenheit und Zukunft; sie sind also Patrioten und Anhänger stufenweiser Entwicklung; deshalb sind sie dann auch, wenn für Neuerungen, reformistisch gesinnt. 1. Weil sie wissen, daß zu rasche Veränderungen nur scheinbare sind und zu Schwankungen führen, durch welche das Erreichte unter

schmerzhaften Stößen auf den Ausgangspunkt zurückgeschraubt wird — was sie vermieden sehen möchten; 2. weil gerade die Mittelschichten als solche den Schadensfolgen plötzlicher Umwälzungen in stärkerem Maße ausgesetzt sind und daher auch mehr darauf aus sind, das Gleichgewicht zu finden; 3. endlich, weil die Differenzierung, nach der ihr gesamtes ökonomisches Leben hinstrebt, der Sicherheit und Ungehemmtheit des Weges bedarf, damit man diesen berechnen könne und vor Überraschungen geschützt sei. All das mündet in die Forderung einer festen Rechtsordnung und der Achtung erworbener Rechte.

Diese programmatische Forderung braucht jedoch nicht einer konservativen Mentalität zu entspringen. Denn Rechtsverneinungen pflegen eher die Folge von reaktionärer Umwälzung zu sein als von Neuerungen. Die jüngsten Erfahrungen in Italien zeigen das an nur allzuvielen Beispielen. Die Regierung hat einfach im Verordnungswege wiederholt eine Menge vertraglicher Verpflichtungen des Staates gegenüber zahlreichen Kategorien von Beamten, die ihr Amt rechtmäßig erworben hatten, verleugnet. Zwangsbeurlaubungen, Degradierungen, rechtswidrige Verletzungen usw. sind die Formen, unter denen die Annullierung von Rechten sich vollzieht, deren Sicherheit einen Wesensbestandteil der Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Funktionären auszumachen pflegte. Auch in manchen freien Berufen haben Regierungsdekrete plötzlich die weitere Berufsausübung bedroht. Und die unverkennbare Absicht, das Recht der Beamten auf Beibehaltung ihres Amtes sowie den Anspruch der Bürger auf Zulassung zur Bewerbung um Ämter von deren politischer Gesinnung abhängig zu machen, verschärft in den intellektuellen Schichten die Erkenntnis von der Mißachtung ihrer — für sie unverbrüchlichen — Forderung des Rechtsstaates.

Das ist einer der Gründe, weshalb sich gegenwärtig die Intellektuellen vom Fascismus entfernen und neuerdings zum demokratischen Programm zurückkehren und sich dem Proletariat annähern.

Wie soll sich nun das Proletariat zu ihnen stellen?

Zu richtiger Beantwortung dieser Frage ist festzuhalten, daß die Funktionen, welche die Intellektuellen erfüllen — wie bereits die sowjetrussische Erfahrung gezeigt hat — einen notwendigen

Bestandteil jeglicher künftigen Ordnung bilden. Ja, der Bedarf an ihnen wird eher eine Vermehrung denn eine Verminderung erfahren. Aber auch in jeder zukunftsstaatlichen Ordnung werden diese Funktionen das ihnen eigene Wesen bewahren, d. h. zugleich das Element des Wettbewerbs einerseits und der Anerkennung im Verhältnis zum Verdienst. Sobald eine gesellschaftliche Funktion technisch-berufsmäßige Fachausbildung und persönliche Einstellung zum Tätigkeitsbereich zur Voraussetzung hat, stellt sich unvermeidlich die Notwendigkeit einer Differenzierung gemäß der Fähigkeit heraus: und solche Differenzierung ist gleichermaßen sozial nützlich und nötig wie individuell gefordert. Die gesamte Gesellschaft ist daran interessiert, und in einer Gesellschaftsordnung, welche vererbte Privilegien ausschließt, wird sich diese Forderung aus sich selbst heraus scharf herausarbeiten und verallgemeinern: als hauptsächlicher Anreiz zur Tätigkeit der einzelnen, die bestimmt ist, gesellschaftliche Nützlichkeiten hervorzu- bringen.

Die wahre Gleichheit tritt bei der Anwendung distributiver Gerechtigkeit zu Tage, während identische Behandlung qualitativ und quantitativ verschiedener sozial nützlicher Dienstleistungen auf eine Benachteiligung der Besseren und eine Bevorrechtung der gesellschaftlich weniger Verdienten hinausliefere, auf die schlimmste Ungleichheit also. Oder die Gleichheit würde dadurch sich durchsetzen, daß die Leistung aller auf das auch von den Mindestbegabten und Trägsten erreichbare Minimum heruntergedrückt würde — was einfach die soziale Katastrophe bedeutete.

Die Gesellschaft, wie das Proletariat sie erstrebt, die also einen höheren Fortschritt und die Möglichkeit sowie die Voraussetzung stetig zunehmenden Aufstiegs in sich beschließen würde, wird demnach als ihrem Wesen gemäß jene Ideen distributiver Gerechtigkeit und des Wettbewerbes (oder der Freiheit und richtiger Einschätzung der Persönlichkeit) sich zu eigen machen, welche heute die Grundlage der den Intellektuellenschichten eigentümlichen Denkweise ist.

Bereits 1848 hat das Kommunistische Manifest es ausgesprochen, daß das Proletariat einer Gesellschaftsordnung zustrebt, in der die freie Entwicklung jedes einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Und auch in diesem Sinne haben

MARX und ENGELS im Proletariat den Erben der klassischen deutschen Philosophie begrüßt, dessen historische Mission der Akt der Befreiung des Menschengeschlechtes ist.

Aus diesem Grunde kann der Anschluß der intellektuellen Schichten an den Sozialismus und die freundliche Stellungnahme des Proletariats ihnen gegenüber keine Gefahr einer Abdrängung der proletarischen Bewegung aus ihrer natürlichen Bahn bedeuten. Aber die Kräftevereinigung muß auf einer Forderung beruhen: daß das der proletarischen Klassenaktion wesenseigene Solidaritätsbewußtsein mit dem Bewußtsein der Freiheit zusammenfließe und daß die Gerechtigkeit in der Verteilung sich mit der Eroberung erfülle der Gleichheit aller Menschen auf ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Unter solchen Bedingungen ist die Annäherung der Hand- und Gehirnarbeiter (die beide in der Zukunftsgesellschaft gleich notwendig sein werden) keine Gefahr, die man meiden, sondern ein unumgängliches Bedürfnis, das befriedigt werden muß.

# Die Arbeiterbewegung in Finnland.

Von

N. R. af Ursin und Karl H. Wiik (Helsingfors)<sup>1</sup>).

Inhaltsverzeichnis: I. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs. 1. Einleitung S. 23. 2. Die Arbeiterbewegung unter bürgerlicher Führung S. 29. 3. Aufkommen proletarischen Klassenbewußtseins S. 31. 4. Gründung der finnischen Arbeiterpartei S. 35. 5. Die Arbeiterpartei wird sozialdemokratisch S. 37. 6. Kampf zwischen zwei Fronten S. 39. 7. Der Generalstreik von 1905 S. 42. 8. Das allgemeine Stimmrecht und die Neugestaltung der Volksvertretung S. 44. 9. Der Parteitag von 1905 S. 49. 10. Die Wahlen von 1905. Fortschritte der politischen und gewerkschaftlichen Organisation S. 51. 11. Sozialpolitische und andere Errungenschaften S. 52. 12. Kampf gegen den russischen Imperialismus S. 57. 13. Innere Entwicklung der Arbeiterbewegung S. 63. 14. Zusammenfassung S. 73. II. Die Schicksale der Sozialdemokratie Finnlands seit 1914. 15. Die ersten Kriegsjahre 1914–1916 S. 73. 16. Die Märzrevolution von 1917. Die Sozialdemokratie an der Spitze der Regierung S. 77. 17. Der Parteitag vom Juni 1917 S. 81. 18. Das Gesetz über die staatsrechtliche Stellung Finnlands. Die Auflösung des Landtags S. 83. 19. Verschärfung der politischen Lage. Der außerparlamentarische Klassenkampf S. 85. 20. Der Generalstreik vom November 1917 und das Programm „Wir fordern“ S. 87. 21. Der Parteitag vom November 1917 S. 90. 22. Der Konflikt wird unlösbar. Revolution und Bürgerkrieg S. 93. — Literatur S. 103.

## I. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs.

1. Finnland ist ein ziemlich großes Land. Bei einer Fläche von 387,565 km<sup>2</sup> übertrifft es an Größe Preußen. Die relative Bevölkerungsziffer Preußens beträgt 100 auf den km<sup>2</sup>, in Finnland dagegen nur 9. Finnland ist das walddreichste Land Europas. Seine Wälder bedecken 61 % der Landesfläche. Der Moorboden beträgt 30,8 %, wovon wenigstens ein Drittel sich zur Bebauung eignet. Von der Gesamtfläche sind nur 8,4 % in Anbau genommen, und zwar 5,6 % als Acker, 2,8 % als natürliche Wiese.

1) Die Darstellung bis 1914 (I.) stammt vom erstgenannten Verfasser. Die spätere (II.) von K. H. WIIK.

Obwohl die bebaute Fläche dreimal größer sein könnte, ist Finnland doch zur Forstwirtschaft wie geschaffen. Auf sie weist auch der große Wasserreichtum des Landes hin, der gute Gelegenheit zur Holzflößerei bietet; ebenso die zahlreichen Wasserfälle, deren Kraft sich zur Verarbeitung des Holzes eignet. Das kalte Klima — die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt  $3-6^{\circ}\text{C}$  — ist auch für den Ackerbau nicht günstig. Die Holz- und Papierprodukte haben immer größere Bedeutung für den Export gewonnen (1921: bezw. 45,8 und 16,8 %), während bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen die umgekehrte Entwicklung festzustellen ist.

Von der Landesfläche gehören dem Staat ca. 40 %, fast ausschließlich Wald. Dieser große staatliche Waldbesitz ist dadurch entstanden, daß zu Beginn der neuen Zeit der Staat einfach alles als sein Eigentum erklärte, was nicht nachweisbar Privaten gehörte. Damals war fast der ganze Norden Finnlands eine menschenlose Öde und zu Ende des 18. Jahrhunderts wurden alle durch eine damals vorgenommene große Güterregulierung abgesonderten Teile der Güter vom Staate übernommen.

Angesichts der angedeuteten Konsignation sollte die Forstwirtschaft die bedeutendste Erwerbsquelle des finnischen Volkes sein. Sie wird aber noch verhältnismäßig primitiv betrieben und ihre Produktivität ist keineswegs derjenigen in den größeren Kulturländern ebenbürtig. Zum Teil noch in der Gegenwart werden die Wälder in Finnland recht schlecht bewirtschaftet und auch dem Staat trägt wegen des Mangels an Transportmitteln im Norden, wo sich der größte Teil der Wälder befindet, und infolge der großen Ausdehnung der Forstbezirke die Forstwirtschaft nicht das, was sie tragen könnte und sollte. Die Haupterwerbsquelle des Landes bildet daher vorläufig die Landwirtschaft, obgleich sie seit einigen Jahrzehnten ziemlich zurückgegangen ist. 1865 waren ihr noch 79,3 % der Bevölkerung berufszugehörig, 1900 aber nur mehr 68 und 1920 gar bloß 65,1 %. Seit den 80er Jahren, d. h. seitdem das billige amerikanische Getreide dem finnischen konkurrenziert, hat die Viehzucht, zum Teil auf Kosten des Ackerbaus, stark zugenommen, und die finnische Butter hat sich einen sicheren Platz auf den Auslandsmärkten erworben. Die Hälfte des Brotbedarfs muß daher jetzt importiert werden.



Der Weltkrieg, während dessen die Einfuhr abgeschnitten war, brachte aber eine rückläufige Bewegung zugunsten der Ackerwirtschaft.

Die überwiegende Mehrzahl der finnischen Ackerwirte besteht aus Kleinbauern und sie erfährt infolge der staatlichen Intervention noch stetige Steigerung. Auf den Ebenen im Süden und Südwesten herrschen dagegen die Großgüter vor, deren Betrieb ganz kapitalistisch ist. Aktiengesellschaften, die Waldabtreibung und Holzindustrie betreiben, besitzen 2 $\frac{1}{2}$  Millionen Hektar, meist im Norden und Osten. Sie haben ihren Besitz zum Teil gesetzwidrig erworben und früher entstandene Kulturen verfallen lassen, weshalb die Bauern, nicht ohne Erfolg, das Einschreiten des Staates gegen die Gesellschaften gefordert haben.

Im Jahre 1910 gab es 221 339 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 169 482 = 76,6 % Kleinwirtschaften von  $\frac{1}{2}$ —10 ha Acker, auf die jedoch nur 32,8 % der Kulturfläche entfielen, während die Mittelbetriebe von 10—50 ha 48,7 % und die 3 678 Großgüter 18,5 % der bebauten Fläche umfaßten. Schon diese Betriebsverteilung mußte allen Freunden einer ruhigen gesellschaftlichen Entwicklung als sehr ungünstig erscheinen, mehr aber noch die Tatsache, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Kleinbetriebe den Wirten nicht zu eigen gehörten, sondern Pachtbetriebe waren. Diese Pachtgüter gehörten beinahe insgesamt zu den kleinsten Größenkategorien und ihre Bebauer lebten meist in den dürftigsten Verhältnissen. Nach einer Statistik von 1912 verfügten 56 636 von ihnen (die Torpparit) über eine Anbaufläche von mehr als 3 ha, aber fast insgesamt über weniger als 10 ha. Daneben aber gab es 95 290 Mäkitupalaiset (Häusler), die kaum oder keinen Ackerbau betrieben, sondern in eigenem Hause auf Pachtboden wohnend mit Viehzucht, als Tagelöhner usw. ihren Unterhalt erwarben. Diese Kleinpächter lebten meist in unsicheren und schweren Verhältnissen: mit übergroßen Pachtzahlungen belastet, bei kurz bemessenen Pachtfristen usw. Am zahlreichsten waren sie dort, wo die kapitalistische Großwirtschaft vorherrscht.

Dazu kam und kommt im weitesten Sinne des Wortes landlose Bevölkerung von mehreren Hunderttausenden, in denen zu großem Teil der Wunsch, eigenen Boden zu erwerben, lebt. Eine

Statistik von 1920 zeigt uns 215 937 Tagelöhner, 15 937 Instleute, d. h. verheiratete Knechte, denen der Dienstherr die Wohnung beistellt, schließlich 22 103 Knechte und 42 044 Arbeiterinnen, die nach der damals noch gültigen Gesindeordnung auf ein Jahr gemietet wurden. Die Arbeitsbedingungen sind schlechter bei den Kleinbauern, denen die Konkurrenz mit den Großgrundbesitzern schwer fällt. Für alle Kategorien der landwirtschaftlichen Arbeiter ist der Naturallohn vorherrschend. Der Arbeitstag in der Landwirtschaft ist noch nicht gesetzlich geregelt, er betrug im Jahresdurchschnitt  $8\frac{2}{3}$  Stunden (im Juli 10.23, im Dezember 6.84 Stunden). Die Knechte und Arbeiterinnen mit Jahresdienst wohnen allgemein in den Wohnungen des Hausherrn; die Wohnungsverhältnisse entsprechen bei weitem nicht den Forderungen der Hygiene.

Die Agrarfrage ist somit seit Jahrzehnten schon die wichtigste soziale Frage in Finnland. Die Machthaber haben denn auch schon vor Jahrzehnten ihren Ernst erkannt und waren bemüht, durch Gründung von Kreditkassen den Erwerb von Kleingütern zu erleichtern. Eine irgendwie ernsthafte Besserung war jedoch von vornherein von dieser Aktion nicht zu erhoffen, schon weil sie mit ganz ungenügenden Mitteln unternommen worden war. Die Unzufriedenheit wuchs daher ständig sowohl unter den Kleinpächtern als unter der eigentlich landlosen Bevölkerung und beide Bevölkerungsgruppen schlossen sich so gut wie ganz der Sozialdemokratie an.

Nachdem Finnland um die Jahreswende 1917/18 selbständig geworden war und der im Januar 1918 ausgebrochene Bürgerkrieg mit dem Sieg der bürgerlichen Klassen geendet hatte, wurde sogleich an die Lösung der Agrarfrage geschritten. Sie zeigt nunmehr einigermaßen dieselben Züge dar wie diejenige des Baltikum: die zu einer hervorragenden Stellung im Staate gelangte Bauernschaft war bestrebt, durch Schaffung neuer Scharen von kleinen Grundbesitzern die Grundlage ihrer Macht zu erweitern und zu befestigen.

Die erste Maßnahme in dieser Richtung war ein Gesetz von 1918, das den Kleinpächtern die Möglichkeit eröffnet, unter vorteilhaften Bedingungen Land zu erwerben. Sie haben diese Gelegenheit auch benutzt, und zwar in einem Umfang, daß man

tatsächlich fast von der Liquidierung der Kleinpächterklasse und des seit langem als unökonomisch erkannten Kleinpächtersystems sprechen darf. Die jüngste Agrarstatistik von 1920 bietet daher bereits ein anderes Bild als die von 1910. Die Zahl der Betriebe beziffert sich danach mit 250749 und der Zuwachs bezieht sich so gut wie ganz auf die Kleingüter. Ihre Zahl beträgt nunmehr 194732, sie besitzen 33,7 % der bebauten Fläche; die 52244 mittelgroßen Güter besitzen 48,9 % und die 3773 Großgüter 17,4 % der Anbaufläche. Überraum interessant ist dabei, daß, während die Zahl der Betriebe von 1910—1920 um 47,7 % zugenommen hat, jene der Pachtgüter um 28,9 % gesunken ist. Die Prozentualquote der Pachtgüter ist in dieser Zeit von 43,4 auf 27,3 % aller Betriebe zurückgegangen.

Die Tendenz dieser ökonomischen Entwicklung ist unverkennbar. Sie wird ohne Zweifel auf die politischen Zustände rückwirken. Allerdings bleibt es noch dahingestellt, ob die neuerschaffenen selbständigen Bauerngüter sich als lebenskräftig erweisen, denn zum Teil sind sie schon, ungeachtet aller gesetzgeberischen Vorsichtsmaßnahmen, zu Spekulationsobjekten geworden.

Nicht zufrieden mit den erzielten Resultaten, ist die finnische Bauernschaft noch einen Schritt weiter gegangen und hat beschlossen — auch unter Verletzung des privaten Eigentumsrechts — zwangsweise neue Gebiete der Ansiedlung zu eröffnen. Ein Gesetz von 1922 — nach seinem Urheber als *Lex KALLIO* bezeichnet — verpflichtet die Großgüter gewisse Quoten ihres unbebauten oder schlecht bebauten Bodens dem Staate gegen Entschädigung abzutreten. Die so gewonnenen Flächen sollen an Neusiedler ausgetan werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen läßt sich noch nicht übersehen.

Die ungünstigen Zustände in der Landwirtschaft haben seit mehreren Jahrzehnten eine sehr starke Auswanderung nach Übersee hervorgerufen. Die Auswanderer gehören fast zur Gänze der landlosen Bevölkerung an. Durch den Weltkrieg unterbrochen, hat die Auswanderung in den letzten Jahren einen neuen Aufschwung genommen. Auch in anderen Formen äußert sich die Landflucht. Die Bevölkerung der Städte wächst fortwährend, relativ und absolut: 1920 wohnten 16,1 % der Gesamtbevölke-

rung in den Städten. Große Scharen haben sich der Industrie zugewendet, besonders seit den 60er Jahren, in denen sich infolge schwerer Mißernten große Massen von Bauern und Kleinpächtern vom Boden loslösten. Während 1865 die Industriebelöckerung nur 4,9 % ausmachte, hat sie sich bis 1920 auf 14,8 % vermehrt. Immerhin ist, infolge von Mangel an Kapital, das Wachstum der Industrie ein langsames, obwohl Finnland mit seinen gewaltigen Holzvorräten und seiner Wasserkraft wie prädestiniert erscheint, ein bedeutendes Industrieland zu werden.

Im 18. Jahrhundert existierten nur 3 oder 4 Fabriken und einige Hüttenwerke; zu Beginn des 19. entstanden dann einige größere Fabriken, aber erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts machte sich in der industriellen Entwicklung ein rascheres Tempo bemerkbar. Hierzu trug vor allem bei, daß seit 1857 die Anwendung der Dampfkraft im Hauptindustriezweig Finnlands, in den Sägewerken, erlaubt wurde; und als die Endpunkte der Flößungswege: Kotka, Wiborg u. a. zu Standorten der Sägewerke wurden, nahmen diese einen gewaltigen Aufschwung und der Ausfuhrwert der holzindustriellen Erzeugnisse stieg von 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. Fmk im Jahre 1856, innerhalb eines Jahrzehntes auf 16 Mill. oder 51 % des finnischen Gesamtexports. Der Aufstieg hat seither so gut wie ununterbrochen andauert. Der Bruttowert der industriellen Produktion bezifferte sich 1887 mit 113,5 Mill., 1913 aber schon mit 750 Mill. und 1920 mit 6168 Mill. Fmk, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß infolge des Weltkrieges der Geldwert auf wenig mehr als <sup>1</sup>/<sub>10</sub> gesunken ist. Die Zahl der in der finnischen Industrie beschäftigten Arbeiter ist von 1885 bis 1920 von 43 000 auf 117 000 gewachsen.

Der Großbetrieb drängt stetig vor: 1909 verfügte er über Maschinen mit 261 682, 1920 aber schon über 458 839 Pferdekkräfte. Die Hauptrolle spielen hierbei die Sägemühlen und Holzschleifereien, die Zellulose- und Papierfabriken, in denen auch — ebenso wie auch sonst vielfach — Ringbildungen stark entwickelt sind.

Der durchschnittliche Jahreslohn eines finnischen Industriearbeiters stellte sich im Jahre 1920 auf 7,864 Fmk; in den Maschinenfabriken etwas höher, nämlich auf 10,123, in den Sägemühlen wieder auf nur 8,191, in den Textilfabriken endlich, in

denen hauptsächlich Frauen beschäftigt werden, auf nicht mehr als auf 5,871 Fmk.

Der Achtstundentag ist seit 1917 gesetzlich festgelegt und im ganzen auch praktisch durchgeführt, wengleich das Gesetz mehrere Ausnahmen zuläßt. Andere Schutzgesetze aus derselben Zeit begrenzen die Einstellung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte. Die soziale Versicherung umfaßt vorläufig nur die Unfallversicherung; andere Zweige werden vorbereitet. Die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften erhalten staatliche Zuschüsse, ebenso gewisse Bildungseinrichtungen von Arbeiterorganisationen.

2. Bevor das Aufkommen einer selbständigen Arbeiterbewegung Einfluß auf die allgemeine Meinung und die Gesetzgebung gewann, unterstanden die finnischen Arbeiter patriarchalischer Zucht, und sprichwörtlich hieß es: „Tue dem Arbeiter recht, aber nicht wohl.“ Die Arbeitszeit betrug oft 17—18 Stunden und der Lohn war gering. Allerdings änderten sich allmählich die Zeiten und der Wert der Menschen wuchs. Aber noch im Jahre 1893 äußerte der berühmte finnische Staatsmann L. MECHELIN: „Die Arbeiter Finnlands gehören einem maßvollen Volke an, welches weiß, daß der Fortschritt im sozialen Leben und das individuelle Glück nur das Ergebnis geduldiger und emsiger Arbeit sein kann. Wie jammervoll ist das Bild in manchen fremden Ländern, wo die Sozialisten, Anarchisten und andere Verbreiter gleich verderblicher Lehren ihre Agitation innerhalb der Arbeiterklasse getrieben haben. Die Arbeiter Finnlands wissen, daß Regierung und Volksvertretung, die in der letzten Zeit das Beste der Arbeiterklasse bezweckende Gesetze erlassen haben, immerfort ihr Wohl im Auge behalten.“ (!) Diesen Ausspruch kann man mit demjenigen J. STUART MILLS vergleichen, daß die Regierung von den Hoffnungen und Vorteilen derjenigen abhängt, die Stimmrecht haben. Die Arbeiter hatten damals fast kein Stimmrecht und auch die Gesetzgebung weiß nur von einem Arbeiterschutzgesetz aus dem Jahre 1889, einem Unfallversicherungsgesetz von 1895 und höchstens noch von ein paar bescheidenen Versuchen, die ländlichen Arbeiterverhältnisse zu regeln. Im Gegensatz zu MECHELIN freilich erkannten andere, weiterblickende Staatsmänner, wie z. B. der Führer der finnisch-nationalen Be-

wegung YRJÖ-KOSKINEN, daß „das Unkraut des Sozialismus“ bei entsprechender ökonomischer Entwicklung auch in Finnland nicht ausbleiben werde. Andere finnisch-nationale Führer erblickten in der emporkommenden Arbeiterbewegung einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die herrschende schwedischsprachige Bürokratie und Bourgeoisie und es entstand tatsächlich zwischen den beiden Bewegungen eine gewisse Zusammenarbeit, das allerdings parallel zum Aufkommen auch einer finnischen Kapitalistenklasse und demgemäß klarerem Hervortreten des Klassenbewußtseins unter den Arbeitern wieder sich abschwächte und aufhörte.

Wie anderwärts so verkörperte sich die Arbeiterbewegung auch in Finnland ursprünglich in Bildungsvereinen. Die ersten dieser Arbeitervereine wurden 1883 — unter Führung des modern gebildeten, enthusiastischen Fabrikanten W. VON WRIGHT — in der Hauptstadt Helsingfors und in Wasa (an der Westküste) gegründet. Sie dienten dann anderen als Muster. Diese ersten Arbeitervereine Finnlands dienten zunächst weniger zur Verteidigung der eigentlichen Arbeiterinteressen als vornehmlich Kulturzwecken aller Art. Sie gewannen als Bildungs-, Gesang- und Nähvereine, sowie als Rednerschulen bahnbrechende Bedeutung. Freilich lag in ihnen von Anfang an der Keim zu Schwierigkeiten aller Art. WRIGHT wollte natürlich das Beste der Arbeiter — aber so wie er es verstand. Vor allem wollte er Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern vermieden wissen. Er vertrat also im Wesentlichen die gleiche Harmonielehre wie MECHELIN, jedoch in Verbindung mit praktischer Betätigung zur Erreichung des Harmoniezieles.

Auch in Finnland standen zu Beginn der Bewegung an der Spitze der Arbeitervereine in der Hauptstadt sowohl wie an anderen Orten vor allem Unternehmer, Arbeitsleiter und dergl. Es muß auch zugestanden werden, daß die Arbeiter selbst damals zur Selbständigkeit der Leitung noch nicht reif genug waren. Demgemäß wies die Vereinstätigkeit im ganzen durchaus bürgerliches Gepräge auf und es dominierte der Gedanke der Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das änderte sich mit der allmählich wachsenden Fähigkeit und dem zunehmenden Selbstbewußtsein der letzteren. Man darf aber

trotzdem nicht glauben, daß die Bemühungen WRIGHTS und seiner Gesinnungsgenossen in den bürgerlichen Kreisen besondere Zustimmung und Förderung gefunden hätten. Das Gegenteil war der Fall. Besonderer Feindseligkeit begegnete namentlich die Befürwortung des 12stündigen Arbeitstags durch WRIGHT — wobei man sich zu erinnern hat, daß in England bereits 1847 der 10stündige Arbeitstag gesetzlich eingeführt worden war. Ein von WRIGHT 1888 im Landtage eingebrachter Antrag auf Einführung des 12stündigen Arbeitstages fand nur geringe Unterstützung. Immerhin hielten jedoch bereits auch die bürgerlichen Abgeordneten einige Palliative gegen die von außen her heranziehende sozialistische Gefahr für opportun und schufen daher ein paar Gesetze zugunsten der Arbeiter.

3. Zum Selbstbewußtsein und zum Verständnis ihrer Sonderinteressen erwachten die großen Massen einigermaßen erst zu Beginn der 90er Jahre. Den Anstoß hierzu gab natürlich die ökonomische Notlage. Die Jahre 1891/93 brachten schlechte Ernten. Die infolgedessen erfolgte Steigerung der Brotpreise verschärfte sich noch durch die Getreidespekulation. Die Löhne hinwiederum sanken vielfach bis auf 1 Mark pro Tag und die Not stieg in solehem Grade, daß einmal hungernde Arbeiter aus der Kaufhalle der Hauptstadt Lebensmittel raubten.

Unter solchem Druck kam es 1893 zu einem Kongreß der Vertreter von 21 Arbeitervereinen in He'singfors. Um jene Zeit gab es im Lande 23 Arbeitervereine mit etwa 10 000 Mitgliedern, von denen übrigens viele keine eigentliche Arbeiter waren. Der Gedanke, einen Arbeiterkongreß abzuhalten, war schon zwei Jahre früher aufgetaucht. Er konnte aber nicht zur Ausführung kommen, weil der Generalgouverneur den Kongreß mit der Motivierung verbot: er könnte „Unordnungen veranlassen“. Dann war 1892 der Vorschlag zur Bildung eines allgemeinen Arbeiterverbandes gemacht worden. Aber auch er wurde von den Verwaltungsbehörden als gefährlich angesehen, so daß die Proponenten zunächst nur ein Exekutivkomitee bildeten.

Ungeachtet der Leiden der Arbeiterschaft konnte damals noch der Vorsitzende, WRIGHT, behaupten, „daß persönliche Leiden und daraus entstandene Erbitterung der Arbeiterbewegung des

Landes ihren Stempel nicht aufgedrückt habe“. In der Tat, die Erbitterung war erst im Entstehen. Sie hatte bereits zu Arbeitsniederlegungen geführt. Diese waren zunächst planlos und daher auch erfolglos. Größeren Widerhall erweckte erst der Typographenstreik von 1890, der die höheren Schichten zu der Auffassung zwang, daß die finnischen Arbeiter weniger ruhig und verlässlich seien, als man angenommen hatte. Nun empfanden sie, daß eine ernste Gewitterwolke an dem früher so klaren Himmel erschienen sei. Bei all dem handelte es sich aber um Vorhutgeplänkel. Erst um das Jahr 1895 begann die Arbeiterschaft in größerem Umfang im Wege von Streiks Forderungen geltend zu machen. 1895 erschien auch die erste Arbeiterzeitung der „Työmies“ (Der Arbeiter). Sie stieß natürlich auf sofortige Feindseligkeit von seiten der höheren Schichten. Kaum ins Leben getreten, bekam sie auch schon eine offizielle Warnung wegen eines Artikels: „Die Hebung des Bildungsniveaus der Arbeiterklasse“. Im Jahre 1896 — dem „roten Jahr“ — brachen dann mehrere Streiks aus, und die „vaterländischen“ Arbeitgeber brachten über die Grenze russische Streikbrecher.

In demselben Jahr fand der bedeutsame zweite Kongreß der Arbeitervereine zu Tammerfors statt. Inzwischen war in der finnischen Partei eine Spaltung eingetreten; ihr konservativerer Teil, die sog. Altfinnen, zog sich allmählich von der Arbeiterbewegung zurück; die radikalen Jungfennomanen dagegen aber traten jetzt als Vormünder und Gönner der Arbeiter auf. Die Spaltung zeigte sich auch auf dem Kongreß von Tammerfors. Am schärfsten äußerten sich die Gegensätze in der Stimmrechtsfrage. Die Einen waren Anhänger eines abgestuften Zensuswahlrechtes, die Anderen traten für die Forderung des allgemeinen Stimmrechts ein. Der Sieg fiel der sog. „radikalen Richtung“ zu. Das alte Arbeiterprogramm hatte so ziemlich den Anschauungen der Altfinnen entsprochen. Nun gelangte der Programmentwurf eines jungfinnischen Führers, des späteren Reichspräsidenten K. J. STÅHLBERG, im großen Ganzen zur Annahme. Derselbe forderte die Abschaffung des zensusmäßig abgestuften Wahlrechtes, das den höheren Steuerträgern auch ein Pluralwahlrecht sicherte, für die politischen Wahlen. Fortan sollten nur die Dienstboten auf dem Lande, sowie die Soldaten vom Stimmrecht ausge-



schlossen, sonst aber jeder Bürger mit einem direkten Einkommen von 400 Fmk in den Städten, beziehungsweise 200 Fmk auf dem Lande, stimmberechtigt sein. Dieser „Sieg des Radikalismus“ bewog WRIGHT, sich von der Leitung der Arbeiterbewegung zurückzuziehen. Gar viel hatte freilich dieser Radikalismus nicht zu bedeuten. Erklärte sich ja gleichzeitig der Kongreß gegen Streiks als Mittel zur Erlangung kürzerer Arbeitszeit; auch sprach er sich gegen die Anstellung besonderer Agitatoren aus usw.

Diese überaus gemäßigte Politik der Arbeiter vermochte jedoch keineswegs etwa Zustimmung unter den bürgerlichen Klassen zu erringen. Deren Angriffe gegen die Arbeiterklasse wurden vielmehr immer heftiger; und in demselben Maße stieg mit jedem Jahr die Unzufriedenheit unter den Arbeitern. 1897 wanderte der erste Arbeiteragitator, T. TAINIO, durch das Land und ein anderer, EETU SALIN, folgte bald nach. Im gleichen Jahr fand in Helsingfors die erste Massenversammlung im Freien statt. In einigen Städten forderten die Arbeiter eigene Vertretung in der Gemeindeverwaltung; teilweise mit Erfolg. Als 1898 ein neues, im Sinne von KUROPATKIN abgefaßtes Wehrpflichtgesetz dem Landtag vorgelegt werden sollte, bestrebten sich die Arbeiter bei den Wahlen, einige eigene Vertreter durchzusetzen, weil ja das Wehrpflichtgesetz auch für sie von tiefgreifender Bedeutung werden müßte. Ihre dahin abzielenden Bemühungen wurden aber von seiten der herrschenden Parteien zurückgewiesen. Diese Haltung der bürgerlichen Parteien erzeugte unter den, schon zu einem gewissen Selbstbewußtsein gelangten Arbeitern böses Blut, und in der Hauptstadt wurde der Wahlstreik proklamiert — der freilich, angesichts der geringen Zahl von Arbeiterwählern, nur eine demonstrative Bedeutung hatte. Immerhin wuchs durch all das ständig die Kluft zwischen Bürgerlichen und Arbeitern und die Arbeiterschaft in Helsingfors, Åbo und Tammerfors konstituierte sich zu eigenen lokalen Arbeiterparteien. Ich selbst hatte bereits 1896 sowohl in der Arbeiterzeitung als auch auf dem Arbeiterkongreß zu Tammerfors die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei empfohlen — ohne daß die Kongreßleitung meinen Antrag auch nur zur Abstimmung zugelassen hätte. Nun aber wuchsen die Selbständigkeitsbestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft immer mehr und wurden vielfach sichtbar. So

waren z. B. die Arbeiter mit der bisherigen bürgerlichen Abstinentenbewegung unzufrieden, weil ihnen als ein Hauptfeind das Alkoholkapital schien. Sie proklamierten daher einen gewaltigen „Alkoholstreik“, woran sich zuletzt ca. 70 000 Personen, meist Arbeiter, beteiligten, die den Abstinentenvereinen nicht angehörten. Erfüllte nun auch die Alkoholstreikbewegung letzten Endes die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht, so trug sie doch dazu bei, daß auf dem Abstinentenkongreß zu Tammerfors 1898 die Abstinenten- und die Arbeiterbewegung als ebenbürtige Geschwister anerkannt wurden, und daß dann wieder im darauffolgenden Jahr das absolute Alkoholverbot unter die Programmforderungen der Arbeiterschaft aufgenommen wurde.

So lange sich die Arbeiter hauptsächlich auf die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts beschränkten, ohne als eine Klassenpartei aufzutreten, zeigten sich die bürgerlichen Radikalen ihnen gegenüber wohlwollend. Allmählich aber änderte sich das Bild. Im Jahre 1899 schritten die russischen Machthaber zu entscheidenden Russifizierungsmaßnahmen, und der Zar erließ in dieser Absicht das berüchtigte Februar-Manifest. Angesichts der Gefahr, die das ganze Vaterland bedrohte, drängten die Arbeiter eifriger als je zum Mitbestimmungsrecht in den öffentlichen Angelegenheiten. Allein die Bürgerlichen waren von ihrer eigenen Vortrefflichkeit als Führer im nationalen Verteidigungskampfe zu sehr überzeugt, um die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen. Gegen das Februar-Manifest wurde eine große Protestaktion vorgenommen. Eine Adresse an den Zaren wurde von mehr als  $\frac{1}{2}$  Million finnischer Bürger unterzeichnet und dem Monarchen übergeben; die hervorragendsten Führer der Arbeiter aber wurden von der geplanten Maßnahme absichtlich ferngehalten. Auch fand die Protestadresse von seiten der Arbeiter keine ungeteilte Unterstützung. Der Chefredakteur der Arbeiterzeitung „Työmies“, M. KURIKKA, legte dar: „die unwiderstehliche Macht eines Volkes sei eben das Volk selbst als ein Ganzes, zum Denken und zum Selbstbewußtsein erzogen“, und „der einzige Weg zur Erhaltung der nationalen Persönlichkeit gehe durch die Reihen der organisierten Arbeiterschaft“. Ausführungen, die von den bürgerlichen Patrioten als vaterlandsverräterisch bezeichnet wurden. Man versuchte sogar, das Weiter-

erscheinen des „Työmies“ zu verhindern, und KURIKKA sah sich gezwungen nach Amerika auszuwandern.

4. Infolge dieser Ereignisse wuchs das Selbstbewußtsein der Arbeiter gewaltig und kam am klarsten in der Gründung einer eigenen Partei zum Ausdruck. Schon 1898 waren, wie gesagt, örtliche Arbeiterparteien in drei Städten gebildet worden. Die Gründung der Gesamtpartei fand dann auf dem III. Kongreß der Arbeitervereine in Åbo im Sommer 1899 statt. Auf diesem Kongreß kam es auch zur endgültigen Trennung der bürgerlichen Radikalen von den Arbeitern. In der Tat mußte auch der Führer der ersteren zugeben, daß „die Arbeiterpartei, wenngleich noch nicht organisiert“, eigentlich schon existierte. Der Vorschlag, diese Organisationsarbeit durchzuführen, sei also zwar folgerichtig, doch passe das sozialistische Programm als solches für die Verhältnisse in Finnland nicht. Der Kongreß nahm jedoch mit 55 gegen 3 Stimmen den ihm vorgelegten, dem deutschen Erfurter Programm ziemlich treu nachgebildeten Programmentwurf in seinem praktischen Teil an. Was den theoretischen Teil anbelangt, so besagte er, im Hinblick auf die zugespitzten politischen Verhältnisse, etwas vorsichtig, daß sich die finnische Arbeiterpartei „hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Prinzipien der allgemeinen Arbeiterbewegung gründe“. Bemerkenswert ist, daß in diesem theoretischen Teil des Programms die nationale Freiheit Finnlands als eine wesentliche Voraussetzung der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung der finnischen Arbeiterklasse bezeichnet wurde. Ausdrücke wie „Sozialismus“ und „sozialistisch“ wurden vollständig vermieden. Dessen ungeachtet wüteten die Gegner, und die bis dahin von den Gemeindeverwaltungen den Arbeitervereinen gewährten Subventionen wurden eingestellt. Mehrere größere Vereine, in denen die Bürgerlichen noch ihren Einfluß behalten hatten, blieben denn auch vorläufig der Partei fern; von den im Jahre 1900 vorhandenen 69 Vereinen mit 8194 Mitgliedern schlossen sich ihr jedoch die größten 24 mit 6555 Mitgliedern an. Die bürgerlich gesinnten Mitglieder traten meist aus.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Arbeitervereine auf dem Lande ebenso groß war wie in den Städten, bis sie schon im Jahre 1904 die städtischen überflügelten (58 und 41). Die wirt-

schaftlichen Mißstände waren eben auf dem Lande mindestens gleich groß wie in den Städten und der Sozialismus gewann dort beinahe vom Anbeginn an starke Verbreitung.

Der Kongreß zu Åbo erörterte auch mehrere wichtige Fragen, die später weiter entwickelt wurden. Die Forderung nach dem allgemeinen Stimmrecht, auch für Frauen, wurde endgültig angenommen und als Mittel zu deren Durchsetzung der Generalstreik in Aussicht genommen. Gleichermaßen wurden gefordert: die volle Gleichberechtigung der Frauen und der achtstündige Arbeitstag (mit einigen Ausnahmen), die Lösung der Frohnbauernfrage, die Schaffung der Altersversicherung und die Gründung von Arbeiterinstituten.

In derselben Zeit wie unter den finnischen Arbeitern gewann der Sozialismus auch Boden unter den schwedischen Arbeitern Finnlands. Das schwedische Volkselement hat bis auf den heutigen Tag unter dem einseitigen Einfluß der schwedischen Herrenklasse gestanden und sein Selbstständigkeitsgefühl hat dadurch starke Abschwächung erfahren. Dazu kommt, daß die nationalen Gegensätze von der schwedischen Bourgeoisie bewußt ausgenutzt wurden, um die Führung der gesamten schwedischen Bevölkerung Finnlands in der Hand zu behalten. Trotzdem gelang 1899 die Gründung des „Schwedischen Arbeiterverbands Finnlands“, obgleich diesem anfangs nur 3 Ortsgruppen sich gesellten. Besondere Bedeutung für die ganze Arbeiterbewegung Finnlands erlangte der Bund dadurch, daß er statutenmäßig das Recht zur Bildung von Ortsgruppen besaß. Infolgedessen vermochten in der Zeit der finsternen Reaktion bis 1905, in der die Behörden überhaupt keine neue Statuten bestätigten, rein finnische Arbeitervereine durch Anschluß an den schwedischen Arbeiterverband zu legalem Dasein zu gelangen, und an 200 finnische — d. h. fast alle damals gegründeten — nutzten tatsächlich diese Möglichkeit aus.

Auch unter den Arbeiterinnen fing es damals an sich zu regen. Ihr erster Kongreß fand 1900 statt. Es wurden auf ihm hauptsächlich Lohn- und Arbeitszeitfragen erörtert. Schon im Jahre zuvor war der erste Arbeiterinnenstreik in Åbo ausgebrochen, der mit großer Energie geführt wurde und siegreich endete.

Was die Gewerkschaftsbewegung anbetrifft, so hatten Ende

1899 und Anfang 1900 zwei allgemeine Gewerkschaftskongresse stattgefunden. Sie verliefen jedoch wegen Zwistigkeiten mit der Leitung der politischen Partei erfolglos. Der Parteitag zu Åbo hatte nämlich die Einberufung des Gewerkschaftskongresses dem Parteivorstand übertragen, einige Gewerkschaftsverbände wollten sie aber in eigene Hände nehmen, so daß die geplante Bildung einer gewerkschaftlichen Landeszentrale vorläufig unterblieb.

Die geschilderte Bewegung unter der Arbeiterschaft Finnlands steigerte die Feindseligkeit gegen die Arbeiter sowohl unter den Arbeitgebern als auch unter den russischen Machthabern. Die Versammlungsfreiheit wurde schon im Jahre 1900 aufgehoben; das Hauptorgan der Arbeiter, der „Työmies“, wurde auf einen Monat eingestellt; die Zensur gegen die vier damals existierenden Arbeiterblätter wurde strengstens gehandhabt. Die Arbeiter antworteten mit großen Protestversammlungen und die Verhältnisse verschärften sich noch mehr, als der Generalgouverneur BOBRKOFF im Jahre 1903 mit diktatorischer Gewalt bekleidet wurde.

5. Auf den — verhältnismäßig unbedeutenden — Wiborger Parteitag von 1901 folgte zwei Jahre darauf, als die Reaktion am heftigsten wütete, der zu Forssa. Er fand unter Polizeibewachung statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Schaffung eines neuen Parteiprogramms, wurde daher erst zum Schluß verhandelt, weil man die polizeiliche Auflösung fürchtete. Die Beratungen schlossen mit der Annahme eines rein sozialistischen Programms, das im wesentlichen noch heute gilt. Auf dem Forssaer Kongreß nahm die Partei die Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei Finnlands“ an — was allein damals schon fast eine Tat war. Der theoretische Teil des neuen Parteiprogramms stimmt mit dem österreichischen fast wörtlich überein — mit dem Zusatz: daß eine Zusammenarbeit mit Bürgerlichen nur dann Platz greifen dürfe, wenn hierdurch das Parteiprogramm in keiner Art verletzt würde. So hatte fortan die finnische Arbeiterpartei ein Programm, das in seinem theoretischen Teil dem der deutschen Sozialdemokratie überlegen war, weil ja VICTOR ADLER in dem österreichischen eine richtigere Krisentheorie aufgestellt hat. Besonders hervorzuheben ist die Formulierung: daß die Partei „zur Verwirklichung ihrer Ziele alle zweckmäßigen und dem natür-

lichen Rechtsgefühl des Volkes entsprechenden Mittel verwenden“ wolle. Von gesetzlichen Mitteln wurde nicht gesprochen. Ohne Zweifel, weil man unter dem Druck einer Ausnahmegesetzgebung lebte und die Sozialdemokraten die Gesetzmäßigkeit des bestehenden Staates nicht in allen Beziehungen anerkannten.

Eben mit Rücksicht auf den Ausnahmezustand erfolgte die Annahme des theoretischen Teils des Programms nur mit 63 gegen 8 Stimmen, die für einen Aufschub waren. Freilich wird man im gedruckten Kongreßprotokoll vergebens nach ihm suchen. Der Zensor hatte es sofort konfisziert und erst nach dem Generalstreik von 1905 gelangte es ans Licht.

Die hauptsächlichsten Forderungen des Parteiprogramms, auf die sich der Kongreß geeinigt hatte, waren: allgemeines, geheimes, gleiches und direktes (Aktiv- und Passiv-)Wahlrecht für sämtliche Bürger vom 21. Lebensjahr an; Proporzsystem; Einkammervvertretung; Abgeordneten-Diäten; Volksinitiative und Referendum; vollständige Vereins-, Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit; allgemeine Schulpflicht; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und Umbildung der Volksschule zu einer Vorschule für die Mittelschule; Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung von Kirche und Staat; progressives Steuersystem; Höherbesteuerung von Zinsen, Erbschaften und unverdientem Wertzuwachs; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege; staatliche und kommunale Gesundheitspflege; Milizsystem; Gleichstellung von Mann und Frau; allgemeines Alkoholverbot; achtstündiger Arbeitstag; Minimallohne; Verbot der Nacharbeit; 36stündige Ruhezeit in der Woche; Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Frauenarbeit; Vermehrung der Gewerbeinspektoren; Erweiterung der Arbeiterversicherung; Pflege der Waisenkinder.

Das zugleich angenommene Munizipalprogramm forderte ebenfalls: allgemeines und gleiches Wahlrecht für die Gemeindevertretung; Kommunalsozialismus; Maßnahmen gegen die Wohnungsnot; Unentgeltlichkeit der kommunalen Krankenpflege und Rechtshilfe; Beseitigung des Entrepreneursystems für kommunale Arbeiten; lokale Option in der Alkoholfrage bis zur Einführung des allgemeinen Alkoholverbotes; Sommerkolonien für Arbeiter; Unentgeltlichkeit der Schulmaterialien usw.

Das Agrarprogramm endlich verlangte vornehmlich ein neues, den Interessen der Kleinpächter angepaßtes Pachtrecht; die Loslösung des Jagd- und Fischereirechts vom Grundbesitz; die Aufhebung der Gesindeordnung und die Expropriation von Grund und Boden zugunsten des Staates.

Besonders scharf trat das gesteigerte Klassengefühl der Arbeiter in der Parteitage-resolution über das Stimmrecht zutage. Offen wurde in ihr ausgesprochen, daß die Arbeiterklasse die veraltete Volksvertretung und deren gesetzgeberische Beschlüsse nicht anerkennen könne, weil durch das geltende Wahlsystem die große Mehrheit des Volkes vom Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen sei. Solange die Rechte so ungleich verteilt seien, übernehme die Partei keine Verantwortlichkeit für das Urteil, das die Geschichte über das Volk wegen der im Kampfe um seine Existenz gezeigten Schwäche fällen werde. Diese kühne und offene Erklärung bildete den Höhepunkt des Kongresses und machte auf die oberen Klassen einen tiefen Eindruck, trotzdem oder vielmehr weil sie in ihrer Geradheit unter den obwaltenden Verhältnissen „gefährlich“ scheinen mochte.

6. Nach dem Forssaer Kongreß mußte die Arbeiterklasse — wie übrigens ja auch schon früher — zwei Gegnern gegenüber Front machen. Von der einen Seite her drängte die einheimische Bourgeoisie. Einige große Unternehmer hatten schon 1901 ihren Arbeitern die Verbreitung von Arbeiterliteratur oder die Angehörigkeit zu Arbeitervereinen verboten. Wer sich zu keinem entsprechenden Revers verstand, wurde ohne weiteres entlassen. Dies geschah kurz nach der Entstehung des finnischen Arbeitgeberverbandes. 1904 kam es dann — unter den Papierarbeitern in Woikka — zum ersten großen Streik, gegen den Waffengewalt aufgeboten wurde; zwei Arbeiter wurden verhaftet, der örtliche Arbeiterverein aufgelöst und sein Vermögen konfisziert. Ein ernster Konflikt mit den russischen Machthabern entwickelte sich 1902, als die Arbeiter sich, ebenso wie die fortschrittlichen Elemente überhaupt, dem neuen, verfassungswidrigen Wehrpflichtgesetz nicht fügen wollten. Die herrschende reaktionäre Richtung brachte besonders nach Aufhebung der Versammlungsfreiheit für Arbeiter viel Unheil, es wurde viel Spionage getrieben.

Vereine wurden aufgelöst, die Polizei ließ keine Vereinsversammlung, ja sogar keine Sitzung der Vereinsvorstände unüberwacht und auch der Parteivorstand hatte alle Mühe, sich die Polizei vom Leibe zu halten, genau so wie zur Zeit BISMARCKS in Deutschland. Wollte man sich über das Verbot hinwegsetzen und Massenversammlungen abhalten, so mußten diese mittels geschriebener Zettel einberufen werden — um dann doch oft genug überrascht und aufgelöst zu werden. Die Zeitungszensur war ebenfalls unerträglich. All das vermochte jedoch die sozialistische Bewegung nicht einzudämmen. Agitationskurse wurden veranstaltet, überall waren Agitatoren tätig, Flugblätter wurden fleißig verbreitet. Auch die Landarbeiter begannen immer mehr sich der Bewegung anzuschließen und setzten in den Jahren 1902 bis 1903 an mehreren Orten einen kürzeren Arbeitstag durch.

Für die Erstarkung der Bewegung war das Jahr 1904 entscheidend. Nach dem Kongreß zu Forssa fingen auch die oberen Schichten an zu verstehen, daß die alte Volksvertretung sich überlebt hatte. Betonten ja auch die russischen Imperialisten in ihrem Kampf gegen die Autonomie Finnlands, daß der Landtag tatsächlich das finnische Volk nicht vertrete — da er zu  $\frac{1}{4}$  aus selbstberechtigten Edelleuten, zu  $\frac{3}{4}$  aber aus Vertretern der Geistlichkeit, der Städtebewohner und der Bauernschaft bestand — die nach einem ganz undemokratischen Wahlrecht entsendet wurden.

Im Sommer 1904 wurde der Generalgouverneur BOBRIKOFF durch einen finnischen Patrioten ermordet. Er hatte die Unterdrückung auf die Spitze getrieben, die russische Sprache auf fast allen Verwaltungsgebieten aufgedrängt, russische Pioniere des zaristischen Imperialismus oder dessen finnische Helfershelfer gesetzwidrig in die Ämter eingesetzt, finnische Patrioten aus dem Lande getrieben oder ihrer Ämter entsetzt usw. Der Tod des Satrapen erfüllte nun die Gemüter mit neuen Hoffnungen. Auf eine einheitliche Taktik konnte sich aber die Arbeiterklasse nicht einigen. Als 1904 Landtagswahlen stattfanden, befürworteten manche die Beteiligung an den Wahlen und erreichten auch, daß einige wenige Arbeitervertreter in die Kandidatenlisten der bürgerlichen Parteien aufgenommen und gewählt wurden. Die Radikaleren waren an sich für die Wahlenthaltung, erklärten sich



jedoch bereit, jene bürgerlichen Kandidaten und Parteien zu unterstützen, die sich auf das allgemeine Wahlrecht bei den Wahlen der städtischen Abgeordneten verpflichten würden. Als jedoch diese Bedingung von keiner bürgerlichen Partei angenommen wurde, kam es wirklich zu einem allgemeinen Wahlstreik der Arbeiter. Die herrschenden Klassen waren also im Herbst 1904 noch nicht geneigt, sich mit dem allgemeinen Wahlrecht abzufinden. Diese Frage sollte vielmehr vorläufig noch vertagt werden. Den Vorwand bot, daß im Lande keine gesetzlichen Zustände herrschten, was freilich die gesetzgeberische Erledigung verschiedener anderer Fragen nicht hinderte.

Die Empörung unter den Arbeitern wuchs infolgedessen immer mehr an. Im Februar 1905 fanden überall gut geleitete und gelungene Demonstrationen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts und des Einkammersystems statt. Doch hatte inzwischen die Arbeiterschaft ihre Forderungen gesteigert. Sie verlangten nunmehr die unverzügliche und vollständige Abschaffung der veralteten Ständeversammlung und die Einführung eines modernen Parlaments. Als am 14. April die Wahlrechtsreform im Landtage zur Entscheidung stand, demonstrierten an 30 000 aus dem ganzen Lande herbeigeeilte Arbeiter vor dem Landtagsgebäude und warteten noch fast die ganze Nacht hindurch auf die Beschlussfassung. Als diese dennoch negativ ausfiel, brach in den Massen ein solcher Sturm los, daß sie nur mit Mühe von unüberlegten Taten abgehalten werden konnten. Diese Demonstration kann als die Reifeprüfung der finnischen Arbeiter betrachtet werden.

Während des Jahres 1905 zeigte der Verteidigungskampf gegen die Russifizierungspolitik die Neigung zu schärferen und aktiveren Formen. Unter den Bürgerlichen bildete sich eine revolutionäre Partei, die sich nicht mehr mit bloßer Passivitätspolitik begnügte, sondern zu terroristischen Handlungen überging; und auch unter den Arbeitern entstanden, unter Einwirkung der bürgerlichen „Aktivisten“, an einigen Orten kleine terroristische Gruppen. Die große Masse hielt aber an der bewährten sozialdemokratischen Politik fest, nicht ohne gleich entschieden gegen das russische Knutenregiment Stellung zu nehmen. So z. B. demonstrierten die Helsingforscher Arbeiter im August 1905, un-

mittelbar vor dem Polizeigebäude, in einer gewaltigen Versammlung gegen die reaktionäre, demoralisierte Polizei.

7. Im Herbst 1905 brach der Sturm in Rußland los. Der unglückliche Krieg gegen Japan rief dort den Generalstreik hervor, und dieser griff bald nach Finnland über. Die Arbeiter begannen den Streik, bald nachher folgten die Studenten und andere patriotische Bürger. Es dauerte nicht lange und ein großartiger politischer Nationalstreik hatte das ganze Land und alle Volksschichten erfaßt. Die Helsingforser Arbeiter veranstalteten Versammlungen, an denen bisweilen 40 000 Personen teilnahmen, wählten ein Streikkomitee und errichteten, vorläufig in Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, eine Miliz. Der Verkauf von alkoholischen Getränken wurde auf Anregung der Arbeiter verboten. Ohne deren vorbildliche Massenbewegung wäre offenbar aus der ganzen Bewegung nichts geworden. Es war ein wahres Glück, daß die Arbeiterschaft Finnlands schon im Jahre 1905 infolge der vorübergehenden Aufrüttelung ihrer Aufgabe so klar bewußt war, daß sie mit der größten Entschiedenheit in den politischen Ausstand trat. Am letzten Tage des Oktober war derselbe in vollem Gange. Man zog in großen Massen singend durch die Straßen; auch die Kinder sangen die Marseillaise. Die bürgerlichen Patrioten der sog. Konstitutionellen Parteien forderten in einer großen Versammlung außer der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung die Entfernung der ungesetzlich angestellten Beamten und der russifizierten finnischen Regierung, sowie die Einberufung des Landtags. Nun waren unter dem Eindruck der Massenbewegung die Bürgerlichen geneigt, das allgemeine Wahlrecht fast ohne Ausnahme zu bewilligen. Allein die Arbeiter gingen jetzt in ihren Forderungen weiter. Sie wollten vollständige Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung mit der Aufgabe, eine moderne Volksvertretung zu schaffen. Außerdem forderten sie die Schließung der Schenken und Bordelle, sowie die Zugestehung des vollen Bürgerrechts an die Juden.

Die Einigkeit zwischen den Arbeitern und den bürgerlichen Konstitutionellen ging jedoch sofort in die Brüche, als sich diese der Einberufung der Konstituante widersetzten. Auch innerhalb

der Miliz entstand eine Splitterung: die Studenten und sonstige Bürgerliche bildeten die „weiße Garde“, die Arbeiter ihrerseits die „rote Garde“. Die letztere hatte eine Stärke von etwa 6000 Mann. Sie übernahm den gesamten Wachtdienst und besorgte ihn vortrefflich. Der russische Generalgouverneur, Fürst OBOLENSKI, beobachtete dem Streik gegenüber völlige Passivität, was um so auffallender ist, als das russische Militär, die Kanonen Sveaborgs und die russischen Panzerschiffe im Hafen Helsingfors vollständig beherrschten. Deputationen der Volksversammlungen gegenüber erklärte sich die russisch-finnische Regierung zur Demission bereit, was die ungeheure Volksmasse auf der Straße mit lautem Jubel begrüßte, worauf vor dem Denkmal des Finnland freundlich gesinnt gewesenen Kaisers ALEXANDER II. die Nationalhymne gesungen wurde.

In Tammerfors, „Finnlands Manchester“, veröffentlichten die Arbeiter eine „rote Proklamation“, die von einer vieltausendköpfigen Masse unter Absingung der Marseillaise und der Nationalhymne angenommen und von einer Arbeiterdeputation mittels Extrazug nach Helsingfors gebracht wurde. Inhaltlich stimmte sie im ganzen mit den Beschlüssen der hauptstädtischen Arbeiter überein. Sie wurde dann auch in der Hauptstadt von einer großen Volksversammlung als das eigentliche Manifest der Arbeiterklasse angenommen.

Indessen hatten die Konstitutionellen ein kaiserliches Manifest entworfen und es dem Kaiser vorgelegt, der es auch in der Nacht vom 3. zum 4. November unterzeichnete. Als das Manifest nach Helsingfors gelangte, lud der Generalgouverneur Vertreter der verschiedenen Parteien zu sich — mit Ausnahme der Arbeitervertreter. Diese hatte man „aus Versehen“ zu laden unterlassen. Offenbar erachtete man es nicht als zweckmäßig, auch den Arbeitern Gelegenheit zu geben, auf die Zusammensetzung der künftigen Regierung Einfluß zu nehmen.

Im kaiserlichen Manifest war zwar die Rede vom allgemeinen Stimmrecht. Jedoch weder von einer Parlamentsreform noch vom Frauenstimmrecht oder von Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Die Zensur allerdings sollte gleich abgeschafft und mehrere drückende und gesetzwidrige Verordnungen aus den letzten Jahren aufgehoben werden. Das Manifest wurde von den

Bürgerlichen mit grenzenlosem Jubel empfangen, von den Arbeitern mit gemischten Gefühlen. Die Errungenschaften des Generalstreiks schienen vorläufig den Arbeitern zu unbedeutend und zu unsicher. Sie beeilten sich daher nicht, den Streik zu beenden. Das zeitigte Unruhen und Zusammenstöße mit den Bürgerlichen. Und da offensichtlich für die Arbeiter nichts mehr von einer Fortsetzung des Streiks zu erwarten war, so hörte dieser endlich auf, nachdem die Arbeiter in einem feierlichen Aufruf versichert hatten: sie würden sich fortan zu einem neuen, entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Vorrechte rüsten. Die rote Garde sollte beibehalten werden, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben; ebenso das Alkoholverbot; und der Parteitag sollte möglichst bald zusammentreten.

Die Spannung zwischen den Bürgerlichen und den Arbeitern dauerte also auch nach dem Generalstreik fort. Diese hatten um so weniger Sicherheit, daß die Bürgerlichen das Einkammersystem annehmen würden, als die Mutigsten unter den Konservativen noch hofften, durch Schaffung eines Oberhauses die Bedeutung des auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten Parlamentes verringern zu können.

In der ersten Zeit nach der Erlassung des November-Manifestes beeilte man sich in Finnland, die neugewonnene Freiheit auszunutzen, bevor die Reaktion in Rußland genug erstarkt wäre, um auch nach Finnland überzugreifen. Auch die Arbeiter waren sehr rege. Die Sozialdemokratie versammelte sich schon im November 1905 zu einem außerordentlichen Parteitag. Dort befürworteten einige die Teilnahme an dem letzten Ständelandtage, unter der Bedingung, daß einerseits die Bourgeoisie sich für das Einkammersystem erklären und andererseits die Partei sich zugleich zum Generalstreik rüsten würde. Andere verfochten den Wahlstreik und eine Mehrheit von 191 gegen 96 entschied sich in diesem Sinne. Eine Massenversammlung der Helsingforscher Arbeiter am 30. Dezember 1905 gab diesem Beschluß Nachdruck.

8. Die neue, aus lauter Konstitutionellen zusammengesetzte Regierung bestellte eine 14gliedrige Kommission (darunter drei Sozialisten), um ein neues Wahlgesetz und eine neue Landtagsordnung auszuarbeiten. Der Entwurf wurde Ende Februar 1906 fertig und der letzten Ständeversammlung vorgelegt. Er zeigte,

daß weder die finnischen noch die russischen Machthaber etwas Wesentliches an den Forderungen der Arbeiterschaft zu ändern gewagt hatten. Nur daß das Wahlrechtsalter mit 24 Jahren bestimmt wurde und daß durch Schaffung einer „großen Kommission“, nach Muster des norwegischen Lagtings, sowie durch Einführung des Proportionalwahlsystems einige Garantien gegen allzu weitgehende Auswirkungen des allgemeinen Stimmrechts geschaffen werden sollten. Der Gedanke an ein Zweikammersystem blieb aber aufgegeben und das — aktive und passive — Frauenstimmrecht wurde zugestanden. Die Ausnahmen vom allgemeinen Stimmrecht waren von geringer Bedeutung. Der Landtag seinerseits änderte an der Regierungsvorlage so gut wie nichts. Nur unter den Adeligen hatten einige den Mut, die ganze Vorlage ablehnen zu wollen. Die Arbeiter aber veranstalteten im Mai 1906 in Helsingfors wieder eine Massenversammlung, mit Teilnehmern auch aus anderen Orten, die insgesamt  $\frac{1}{3}$  Million Menschen vertraten, und es wurde festgestellt, daß überall im Lande Streikkomitees bereit waren, einen eventuellen neuen Generalstreik zu leiten. Das wirkte und der Landtag votierte die Vorlage.

Ohne Zweifel hatten viele Landtagsmitglieder ihr nur mit blutendem Herzen zugestimmt. Allgemein wurde eingestanden, daß die großzügige Reform ein Werk der Arbeiterklasse war, welche während des Novemberstreiks so zielbewußt die Führung an sich genommen hatte. Das neue Gesetz, das am 20. Juli 1906 vom Kaiser bestätigt wurde, verzehnfachte die Zahl der Stimmberechtigten. Es war dies eine Revolution, obwohl mit unblutigen Mitteln zustande gekommen.

Das finnländische Staatswesen erfuhr durch das neue Grundgesetz — das in wesentlichen Stücken immer noch gilt — einen bedeutenden Anstoß zu fortschrittlicher Entwicklung. Die Legislatur blieb nach wie vor eine dreijährige, aber der Landtag mußte nunmehr alljährlich zusammentreten, statt wie früher jedes dritte Jahr. Er wählte nunmehr seinen Vorsitzenden selbst. Ein, freilich beschränktes, aber nachmals erweitertes Interpellationsrecht war bewilligt worden. Von einer Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder war jedoch noch keine Rede und ebenso wenig von einer Initiative des Landtags hinsichtlich der grund-

gesetzlichen, der militärischen, der Presse- und der Zollfragen. Ebenso blieb sein Budgetrecht äußerst beschränkt. Erst von 1917 an kam es auch in diesen Punkten zu einer freieren Entwicklung.

Der Generalstreik hatte wie jede Revolution sowohl gute als schlechte Folgen. Diese zeigten sich gleich nach seiner Beendigung. Der Erfolg hatte offenbar den Kopf einiger der roten Garde angeschlossenen Arbeiter verdreht. Sie entwarfen weit-schweifende Pläne und trennten sich immer mehr vom Parteivorstande und der organisierten Arbeiterschaft. Einige standen unter dem Einfluß der sog. Aktivisten. Unter den niedrigsten Schichten der Arbeiterschaft bildeten sich an einigen Orten förmliche Banditenbanden, welche allerlei Unfug trieben und welche die Parteileitung nur mit Mühe paralisieren konnte. Die vom Parteivorstand unabhängige Wirksamkeit der roten Garde zeigte sich anlässlich des bekannten Aufruhrs der Besatzung der Festung Sveaborg Ende Juli 1906. Der Führer der roten Garde proklamierte — offenbar im Einverständnis mit den Aktivisten und den Aufrührerischen — ohne Genehmigung des Parteivorstandes und gegen dessen Willen den politischen Generalstreik, der aber über einen halbmißlungenen Versuch nicht hinauskam. Eine Abteilung der Rotgardisten nahm an der Revolte teil und mehrere von ihnen wurden verhaftet und später zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Auch mit der bürgerlichen „Schutzwache“ geriet die rote Garde in Helsingfors in offenen Kampf und es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Zum erstenmal stürmten die Bürgerlichen und die Arbeiter Finnlands bewaffnet gegeneinander an. Infolgedessen sprach sich der Arbeiterkongreß in Uleåborg (20.—27. VIII. 1905) von der roten Garde los. Sie wurde — ebenso wie auch die bürgerliche Schutzwache — von der Regierung gleich nach dem Zusammenstoß aufgelöst. Andererseits brachte der Generalstreik der Arbeiterbewegung einen großen Aufschwung. Die Zahl der organisierten Arbeiter betrug Ende 1904 16 610 in 99 Vereinen; Ende 1905 schon 45 298 in 177 Vereinen; Ende 1906 85 027 in 937 Vereinen. Noch auffallender war das Erwachen der Gewerkschaften zu neuem regen Leben. Nun erschien die Gründung neuer Fachverbände möglich, und das machten sich u. a. die Eisenbahner zunutze.

Ein Kongreß von Gewerkschaftlern, der im Sommer 1907 in

Tammerfors stattfand, löste endlich die Frage einer gewerkschaftlichen Landesorganisation. Dieser neuen Zentrale schlossen sich zunächst nur 19 Verbände an, welche Ende 1907 25 497 Mitglieder, d. h. 25 % aller Industriearbeiter zählten; außerhalb der Zentralorganisation blieben 9 Verbände mit etwa 7000 Mitgliedern. Einstimmig wurde vom Gewerkschaftskongreß die Ebenbürtigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung festgestellt, die Zugehörigkeit zur politischen Organisation jedoch wurde nicht unbedingt gefordert.

Von großer Wichtigkeit war der erste Kongreß der Kleinpächter vom Jahre 1906. Im Pachtgesetz von 1902 war dem weichenden Pächter nur eine — übrigens unzureichende — Entschädigung für die von ihm gemachten Meliorationen gesichert worden. Nach wie vor aber war die Lage der Kleinpächter unsicher und schlecht geblieben, und oft entstanden Streitigkeiten zwischen ihnen und den Bodeneigentümern. Der Pächterkongreß beschloß daher: die Dauer der Arbeit bei Ableistung der von den Kleinpächtern den Verpächtern zu prästierenden Dienste solle im Sommer 10 und im Winter 7 Stunden nicht übersteigen, der Pachtvertrag schriftlich und auf wenigstens 50 Jahre abgeschlossen und der Pachtschilling nur in Geld berechnet werden. Zugleich beschloß der Kongreß einstimmig die Unterstützung der Sozialdemokratie. Ein Beschluß, der viel dazu beigetragen hat, daß seither das ländliche Proletariat einen so großen Teil der sozialdemokratischen Partei ausmacht. Ferner wurde die gesetzliche Festlegung der „Bauungspflicht“ gefordert, so daß also alles zur Behauung geeignete Staats-, Gemeinde- und Privatland, wenn der Eigentümer es nicht selbst nutzen wollte oder konnte, der landlosen Bevölkerung zur Nutzung überlassen werden sollte.

Seit dem großen Streik vom Herbst 1905 datiert der Aufschwung auch mehrerer anderer Arbeiterbestrebungen. So wurde 1906 ein sozialdemokratischer Journalistenbund begründet, mit dem Ziel, die fachlichen Interessen der sozialdemokratischen Journalisten zu fördern. — Schon vor dem großen Streik waren mehrere sozialdemokratische Jugendvereine entstanden und 1906 kam es auf einem Kongreß in Tammerfors zur Bildung eines sozialdemokratischen Jugendverbandes mit entschieden antimilitaristischem Charakter. Er schloß sich bald darauf der Jugend-

internationale an, wuchs mit der Zeit gewaltig an und zählte am Ende 1913 7000 Mitglieder in 250 Ortsgruppen. Er verfügte auch über ein eigenes Organ, die „Työläisnuoris“ (Arbeiterjugend). — Schon im Jahre 1900 hatten sich die Arbeiterinnen zusammengeschlossen, um gemeinsam „mit den Frauen der oberen Klassen für die Erlangung des allgemeinen Stimmrechts“ zu arbeiten, „soweit dies ohne Schädigung der Interessen der proletarischen Frauenbewegung geschehen könne“. 1904 beteiligten sich denn auch mehrere Arbeiterinnen an dem großen Wahlrechtskongreß der bürgerlichen Frauen, auf dem das Wahlrecht für 21jährige Frauen gefordert wurde. Später trennte sich dann allerdings die proletarische Frauenbewegung von der bürgerlichen, ohne jedoch im Eifer für die Er kämpfung des Frauenstimmrechts zu erlahmen. Besonders verdienstvoll wirkten die Arbeiterinnen durch die Gründung von „Idealvereinen“ zur Erziehung der proletarischen Kinder in sozialdemokratischem Geiste. Der publizierten Vertretung aller dieser Bestrebungen war das Blatt „Työläisnainen“ (Die Arbeiterfrau) gewidmet, die seit 1907 erschien.

Auch der meist gedrückte und übersehene Teil der proletarischen Frauen, die Dienstboten, erwachte dank dem Generalstreik zum Eigenleben. Freilich waren schon seit dem Jahre 1892 Dienstmädchenvereine gegründet worden und hatten in den oberen Schichten Unruhe gezeitigt. Jetzt erst aber gewann die Bewegung Ausdehnung und Vertiefung. 1906 wurde auf einem Kongreß, auf dem 7000 Dienstboten vertreten waren, ein Dienstbotenverband gebildet. Hier und auf den folgenden Kongressen von 1907 und 1909 wurde vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit und die Abschaffung der veralteten Gesindeordnung gefordert. Die städtischen Dienstmädchen erstrebten auch, mit Erfolg, die Freilassung eines Nachmittags im Laufe der Woche und eines einwöchentlichen, entlohnnten, Sommerurlaubs, und besonders in den Städten kam die Gesindeordnung tatsächlich außer Übung. —

Einige Monate nach dem Generalstreik endlich wurden die Statuten des „Finnischen Arbeiterverbandes“ bestätigt und er erhielt das Recht, überall im Lande Ortsgruppen zu bilden. Damit war die rechtlich gesicherte Möglichkeit einer freien organisatorischen Entwicklung für die finnische Arbeiterschaft gegeben — eine der größten Errungenschaften des Generalstreiks.



Die schwedischsprechenden Arbeiterschlossen sich zahlreicher als je in ihrem im Jahre 1899 gegründeten Verbandsverband zusammen, der in ein nahes Verhältnis zur Partei trat. Im Hinblick auf mancherlei — allerdings wenig bedeutende — Reibungen zwischen finnischen und schwedischen Arbeitern erklärte der Parteitag in Uleåborg 1906, die schwedische Sprache für das Gedeihen der Arbeiterbewegung unter den finnländischen Schweden als ein unumgängliches Mittel zur Verbreitung der abendländischen Kultur, sowie der sozialdemokratischen Ideen und daher für das ganze finnische Volk wichtig; sie solle deswegen beibehalten und gefördert werden. Zugleich wurden in den Parteivorstand auch Vertreter der schwedischen Arbeiter gewählt und bedeutende Anstrengungen zur Organisierung der letzteren gemacht. Das erschien um so gebotener, weil die bürgerlichen Parteien die Nationalitätenfrage als Vorspann zur Festigung ihrer Stellung auszunutzen suchten. Auch ein paar russische Arbeitervereine entstanden und schlossen sich der Partei an, wurden aber schon 1907 von den russischen Behörden aufgelöst.

Dieser enorme und vielseitige Aufschwung der Arbeiterbewegung rief in den Arbeitgeberkreisen Unruhe hervor. Diese hatten sich schon 1905 zu dem mächtigen „Finnischen Arbeitgeberverbände“ zusammengeschlossen. Auch entstanden unter bürgerlicher Führung einige gelbe Gewerkschaften, die jedoch bald wieder verschwanden. Etwas größere Bedeutung hatten die sog. „Christlichen Arbeitervereine“, die auf einem Kongreß im Jahre 1906 einen Verband bildeten, der für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Gewalt des Kapitals wirken sollte, soweit dies „nicht im Gegensatz stünde zum Gewissen und zur christlichen Religion“. Dieser christliche Arbeiterbund war bisweilen durch 1—2 Abgeordnete im Landtag vertreten.

9. Von hervorragender Bedeutung war der schon erwähnte Kongreß von Uleåborg. Das auf dem Parteitag von Forssa beschlossene Parteiprogramm war nach drei Jahren schon teilweise veraltet. Allerdings fehlten noch die Grundlagen für ein reifer durchdachtes Programm, vorläufig aber wurde Abhilfe dadurch geschaffen, daß der Parteitag ein besonderes Wahlprogramm für die bevorstehenden Wahlen veröffentlichte, von dem einige Stücke

über das Parteiprogramm hinausgingen, besonders was die Agrarfrage betraf. Es wurden in ihm gefordert: ein neues Pachtgesetz; der Anbauzwang und Rodungen mit staatlicher Unterstützung; die Aufhebung aller Wahlrechtsbeschränkungen, die Schaffung einer Invaliditäts- und Altersversicherung und die Erweiterung der Arbeiterschutzgesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen; endlich eine Steuerreform auf Grundlage des Prinzips der Progressivität.

Die rasch wachsende Parteimitgliedschaft forderte unabweisklich neue Statuten. Die Grundlage der sozialdemokratischen Organisation, so wie sie jetzt noch (1925) besteht, wurde durch das Gesetz über die politischen Wahlen gelegt. Im Hinblick auf dieses wird die Kreisorganisation von allen in demselben Wahlkreise wohnhaften Parteimitgliedern gebildet; daneben bilden die Parteimitglieder in derselben Gemeinde eine Gemeindeorganisation. Die Kreis- und Gemeindevorstände leiten die Wahlagitation, kassieren die Beiträge ein und sammeln parteistatistische Daten usw. Der Parteitag setzt sich aus Vertretern der Kreisorganisationen zusammen. Er wählt den Parteivorstand, dem 2 Vorsitzende, 1 Sekretär und 4 Beisitzer angehören. Dem Vorstande übergeordnet ist der „Parteirat“, der aus den Mitgliedern des Vorstandes und Vertretern der Kreisorganisationen besteht und wenigstens zweimal jährlich zusammentritt. Ein Parteibeschluss kann auch durch Urabstimmung zustande kommen.

Einstimmig wurde in Uleåborg beschlossen, daß die Partei keine Wahlbündnisse mit Bürgerlichen eingehen dürfe und daß kein Parteiangehöriger sich von Bürgerlichen wählen lassen dürfe. In der Erkenntnis, daß die innere Autonomie Finnlands, solange das reaktionäre Regierungssystem in Rußland fort dauere, in keiner Art garantiert wäre und keine Gewähr für die friedliche Entwicklung der gesetzgeberischen Tätigkeit bestünde, erklärte es die Partei als ihre ernste Pflicht, mit der Freiheitsbewegung in Rußland solidarisch zusammenzugehen, dabei jedoch stets die eigentümliche Stellung Finnlands im Auge zu behalten. Ferner wurde ausgesprochen, daß die russische Sprache nicht deswegen zu hassen sei, weil es russischsprechende Unterdrücker gebe. Auch das Problem des „Ministerialismus“ beschäftigte den Parteitag. Es war nämlich ein bewährtes Parteimitglied, der Volks-

schullehrer J. K. KARI, nach dem Generalstreik in die Regierung eingetreten. Der damalige Parteivorstand war damit einverstanden gewesen, die Arbeiter aber mißbilligten KARIS Schritt schärfstens, weil die Regierung nur dem Zaren, nicht dem Landtage verantwortlich war. Der Parteivorstand ließ denn auch KARI im Stich, der aus der Partei ausgeschlossen wurde und bald nachher demissionierte.

Besondere Aufmerksamkeit wendete der Parteitag der Frage einer Kräftigung der Agitation zu: Agitatorenkurse und ein Seminar für Agitatoren sollten eingerichtet werden und wurden dann auch im Jahr 1909 eingerichtet. In das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel wurden zwei Vertreter der Partei entsendet.

10. Das Ende des Jahres 1906 und die ersten Monate von 1907 beschäftigten die bevorstehenden Wahlen das ganze Land. Die Wahlagitation war sehr lebhaft — man sollte ja jetzt „das neue Finnland aufbauen“. Flugblätter, Parteiprogramme, Wahlproklamationen (die sozialistischen in 300 000 Exemplaren) wurden überall verbreitet; zahlreiche, oft gut vorbereitete Agitatoren durchzogen das Land; mehrstündige Diskussionen von Vertretern verschiedener Parteien wurden veranstaltet. Jede Partei versprach sehr viel; die Altfinnen und die schwedische Partei ritten das Steckenpferd des Nationalismus; die Jungfinnen hoben ihren Kampf für die Verteidigung der Autonomie hervor; die Sozialisten wandten sich an die Arbeiter und Kleinpächter; der Bund der Landwirte suchte die Kleinbauern zu gewinnen. Das Ergebnis der Wahlen vom 15. März 1907 brachte allen eine vollständige Überraschung. Die siegesbewußten Altfinnen und Jungfinnen errangen nur je 59 bzw. 26 Mandate, die Landwirte 9, die Schweden 24, die Sozialdemokraten aber 80.  $70\frac{2}{3}\%$  der Wahlberechtigten hatten abgestimmt. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialisten 37%; Altfinnen 27,4%; die Jungfinnen 13,6%; die Schweden 12,6%; die Landwirte 7,7%. In den Städten erhielt die Sozialdemokratie 33,3, auf dem flachen Lande 37,6% aller Stimmen.

Als stärkste Partei des Landtags hatte die Sozialdemokratie den Anspruch auf Beistellung des ersten Präsidenten. Sie verzichtete jedoch auf ihn, weil sie prinzipiell alle Bürgerlichen als

eine reaktionäre Masse betrachtete<sup>1)</sup>. Zum Präsidenten wurde daher der als ein zuverlässiger Patriot angesehene Jungfinne P. E. SVINHUFVUD, zum ersten Vizepräsidenten der Mitverfasser dieser Abhandlung, AF URSIN, gewählt.

Die Sozialisten besaßen beinahe keine parlamentarisch erfahrene Vertreter, wohl aber kannten sie gut die Hoffnungen und Forderungen der Arbeiterklasse, und parlamentarische Erfahrung erwarben sie allmählich. Die Reformfragen erfüllten die Luft, die verschiedenen Parteien bemühten sich, einander in Reformeifer zu überbieten, und die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien waren in wichtigen Hinsichten eine Nachahmung des sozialdemokratischen. Es schien, als ob nun vielfache soziale Reformen durchführbar seien — soweit sie bloß vom finnischen Landtage abhingen. Einige kamen denn auch zustande. Vor allem das Gesetz über die Arbeit in Bäckereien: die Nachtarbeit, von 9 Uhr nachm. bis 6 Uhr vorm., wurde verboten; die Arbeitswoche wurde mit 48 Stunden fixiert; die Lohnauszahlung sollte fortan nur in Geld erfolgen und für Überstunden wurde ein Zuschlag von 50 % vorgeschrieben. Dies Gesetz trat am 1. Juli 1909 in Kraft. Das von der Arbeiterklasse heiß ersehnte Gesetz gegen Erzeugung, Einfuhr und Verkauf alkoholischer Getränke dagegen wurde zwar trotz Widerstandes vom Landtage mit großer Mehrheit angenommen, jedoch nicht sanktioniert; und nicht anders wurde es, als es der Landtag 1909, unter Berücksichtigung der von den russischen Behörden gewünschten Abänderungen, neuerdings votiert und dieser wiederholt seine Bestätigung verlangte.

11. Mit Bezug auf die Errungenschaften der parlamentarischen Tätigkeit vor der Revolution ist noch folgendes zu erwähnen.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung war veraltet und bedurfte einer Reform. Drei auf eine solche abzielende Gesetzentwürfe wurden auch im Jahre 1909 vom Landtage angenommen. Das Gesetz betreffend die Arbeit in den industriellen Betrieben verbot die Einstellung von Kindern unter 14 (in einigen Fällen sogar unter 13) Jahren; für Kinder von 14 bis 15 Jahren wurde

1) Von dieser veralteten, aber damals noch streng festgehaltenen Auffassung wurde nur im Jahre 1913 eine Ausnahme gemacht, indem der Sozialdemokrat O. TOKOI zum Landtagspräsidenten gewählt wurde.

der Arbeitstag mit 6, für Jugendliche von 15 bis 18 Jahren mit 8 Stunden festgesetzt und zudem die Nachtarbeit (mit einigen Ausnahmen) untersagt. Für Erwachsene wurde eine Arbeitswoche von höchstens 120 Stunden vorgeschrieben; für Überstunden, die in beschränktem Umfang zugelassen wurden, sollte ein Zuschlag von 50 % bezahlt werden. Eine Sonntagsruhe von 30 Stunden wurde vorgeschrieben, die Nachtarbeit Erwachsener nur zugelassen, wenn in 8 Stundenschichten gearbeitet würde. Wöchnerinnen wurde eine Ruhezeit von vier Wochen nach der Entbindung zugesichert.

Die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien überhaupt setzten dieser Reform starken Widerstand entgegen. Als sie dennoch mit den Stimmen der Sozialdemokratie und denjenigen der radikalen Bauern angenommen wurde, deren Wähler an der Sache wenig interessiert waren, forderte die reaktionäre Presse die Regierung auf, dem Kaiser die Sanktionierung zu widerraten. Das rief unter der Arbeiterschaft große Erregung hervor, die sich in Massenversammlungen Luft machte. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung beschloß dann auch der Landtag im Jahre 1913, dem Kaiser die Sanktionierung zu empfehlen. Diese erfolgte jedoch erst 1917, nach der Revolution.

Das zweite im Jahre 1909 beschlossene Gesetz betrifft den Schutz der Arbeiter gegen Betriebsgefahren. Es brachte nur Bestimmungen, die schon längst in den meisten zivilisierten Ländern gelten. Die Landwirtschaft wird von diesem Gesetz nur wenig berührt. Es wurde 1914 bestätigt und bildet, nebst dem Gesetz betreffend die Arbeit in den Bäckereien, das so gut wie einzige den Arbeitern unmittelbar wertvolle positive Resultat des allgemeinen Stimmrechts vor der Revolution von 1917.

Die Fabrikinspektion war bis 1909 sehr mangelhaft. Die Anzahl der Inspektoren war zu klein, die Fabriken wurden also zu selten inspiziert und oft, nachdem der Inspektor sich im voraus beim Fabrikanten angemeldet hatte. Diesen Mängeln sollte ein 1909 votiertes, aber ebenfalls erst 1917 sanktioniertes Gesetz abhelfen, das eine jährlich wenigstens einmalige Inspektion vorschrieb. Zugleich wurden den Inspektoren Gehilfen aus den Arbeiterkreisen zur Seite gestellt.

Die Arbeitsvermittlung hatte, in den Händen privater Unter-

nehmer, eine schamlose Ausbeutung der Arbeitssuchenden veranlaßt. Durch ein 1911 angenommenes und 1917 bestätigtes Gesetz wurden daher alle Städte mit mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet, Arbeitsvermittlungsbüros zu gründen. Die Arbeitsvermittlung soll stets unentgeltlich sein und ist, außer Gemeinden, nur Vereinen, nicht aber Privaten gestattet.

Die Sozialversicherung war und ist in Finnland immer noch ganz unentwickelt. Doch beschloß der Landtag schon 1910, auf Antrag der Sozialdemokraten, eine Petition um Errichtung einer Altersversicherung. Danach sollte jedem Lohnarbeiter mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2500 Fmk (wozu noch fakultativ gewisse Gruppen von Personen kamen) vom 65. Lebensjahr an ein bescheidener Altersbezug gesichert werden. Die Prämien sollten je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitern aufgebracht werden. Auch eine Mutterschaftsversicherung sollte errichtet und die seit langem schon bestehende, aber mangelhafte Unfallversicherung reformiert werden. Diese Petition wurde aber von der Regierung nicht beachtet. 1912 beschloß dann der Landtag, die Ausdehnung der Unfallversicherung auf mehrere von ihr bisher ausgeschlossenen Betriebszweige, u. a. auf land- und forstwirtschaftliche, Verkehrs- sowie elektrische Betriebe. Die Unterstützungen wurden erhöht und sog. Versicherungsräte zur Schlichtung von Streitigkeiten eingesetzt. Auch das Unfallversicherungsgesetz für Seeleute wurde reformiert. Alle diese Beschlüsse blieben aber unbestätigt, und erst die Revolution öffnete auch auf diesem Gebiete die Möglichkeit einigen Fortschrittes.

1913 votierte der Landtag die Reform der veralteten Gewerbeordnung. Er beschloß die Einsetzung von paritätischen gewählten „Gewerbebevollmächtigten“ vor allem zur Schlichtung von Streitigkeiten, und er schuf ein Gesetz betreffend die Fabrikordnungen, die für jeden Betrieb mit wenigstens 10 Arbeitern obligatorisch sein sollten und über deren Inhalt die Arbeiter selbst berechtigt waren, ein Gutachten abzugeben. Auch dieses Gesetz blieb aber unbestätigt.

Seit den 90er Jahren schon waren die Arbeiter bestrebt, sich den Zugang zur Gemeindeverwaltung zu erkämpfen. Das Prinzip des allgemeinen und gleichen Stimmrechts sollte auch auf dem Gebiete verwirklicht werden. Nun, im Jahre 1908, gelang

es tatsächlich, im Landtage neue Kommunalgesetze durchzubringen, nach denen allen 21jährigen finnischen Bürgern, ohne Unterschied des Geschlechts, das Gemeindewahlrecht zugestanden wurde. Die Entscheidung gewisser wichtiger Fragen sollte jedoch nur der „verstärkten“ Gemeindevertretung zustehen; verstärkt durch Vertreter, die auf Grund eines nicht sehr beschränkten Zensuswahlrechts gewählt werden sollten. Dieses Gesetz wurde von der höheren Bourgeoisie, die sich in ihren wichtigsten Interessen bedroht glaubte, mit den düstersten Voraussagungen bekämpft, ruhte mehrere Jahre in den Akten und wurde endlich vom Kaiser abgelehnt. Ungeachtet immer wieder von der Sozialdemokratie aufgenommener Bemühungen, eine kommunale Wahlrechtsreform durchzusetzen, blieb die Arbeiterschaft bis zur Revolution von jedem direkten Einfluß auf die gemeindlichen Angelegenheiten ausgeschlossen.

Auch die Forderung nach einer Verbesserung der Stellung der Frau in zivilrechtlicher Hinsicht, welche den modernen, auch von den sozialdemokratisch organisierten Frauen lebhaft verteidigten Ansprüchen bei weitem nicht genügte, blieb vorläufig unbefriedigt. Durch ein 1911 votiertes und später bestätigtes Gesetz wurde aber die fakultative Zivilehe gestattet. Ein Gesetz von 1917 ließ ferner alle finnische Bürger ohne Unterschied des Geschlechts zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft zu.

Die seit Jahrzehnten sowohl in Arbeiter- wie in Lehrerkreisen immer wieder erneute Diskussion über die Umbildung der Volksschule zu einer Einheitsschule für alle finnischen Bürger, die direkt zu den mittleren Lehranstalten hinüberleiten sollte, veranlaßte endlich im Jahre 1912 den Landtag zu einer einschlägigen Petition, die aber von der Regierung unberücksichtigt gelassen wurde.

Das große allüberragende gesellschaftliche Problem war aber die Bodenfrage, und von allen den ihr zugehörigen Problemen wieder war das brennendste die Stellung der Kleinpächter. Der Tammerforscher Pächterkongreß von 1908, auf dem 62000 Pächter vertreten waren, unterstrich die zwei Jahre zuvor beschlossenen Forderungen und verschärfte sie. Es sollten danach die Pacht stufenweise binnen 50 Jahre aufgehoben, den von ihren Stellen bereits vertriebenen Pächtern eine Vergütung gewährt und für die

Zukunft solche Tragödien gesetzlich verhindert werden. Das solidarische Auftreten der Pächter selbst und ihr Anschluß an die sozialdemokratische Partei, die sich ihre Forderungen zu eigen machte, beeindruckte die Bürgerlichen und die Machthaber sehr stark. Auch unterbreitete die Regierung dem Landtage gleich danach einen Gesetzentwurf, der die Stellung der Kleinpächter einigermaßen sicherte. Er wurde auch noch im gleichen Jahre, trotz mannigfacher Opposition von bürgerlicher Seite, votiert und 1909 vom Kaiser sanktioniert. Er fixiert eine Pachtzeit mit wenigstens 25 (in mehreren Fällen sogar mit 50) Jahren und berechtigt den Pächter zur Entrichtung der Pacht in Geld, so daß er, der Frondienste ledig, seinen eigenen Kulturen mehr Zeit und Arbeit widmen kann als früher. Außerdem erhöhte das Gesetz die Entschädigung für Meliorationen. Zur Detailregelung der Pachtverhältnisse wurden örtliche, paritätisch gewählte Kommissionen eingesetzt, und da vorauszusehen war, daß manche Grundbesitzer lieber ihre Pächter nach Ablauf der Pachtzeit exmittieren als sich dem neuen Gesetz unterwerfen würden, wurden diejenigen Pachtverträge, die in den nächsten Jahren ablaufen sollten, auf mindestens 7 Jahre, also bis 1916 prolongiert.

Bei all diesen legislativen Flickversuchen stellte es sich jedoch immer klarer heraus, daß das Kleinpachtsystem den Forderungen eines modernen, rationellen Ackerbaues überhaupt nicht entspreche. Ein solcher bedurfte qualifizierter Arbeitskraft, wie die Kleinpächter sie nicht prästierten. So gewann denn der Lohnarbeiter an Bedeutung auf Kosten des Kleinpächters. Die wachsende Bedeutung der Wälder steigerte die Abneigung der Grundbesitzer gegen die Einräumung eines Waldnutzungsrechts an die Pächter. Ohne dasselbe aber vermochten diese nicht zu bestehen. Seitdem in den 80er Jahren das billige amerikanische Getreide dem finnischen Ackerbau Eintrag tat, hatte die Viehzucht stetig gesteigerte Bedeutung gewonnen. Diese aber forderte ausgedehnte Weideflächen, die oft nur im Wege einer Einschränkung des Pachtbodens zu erlangen waren. Kurz, die Einsicht wurde allmählich allgemeiner, daß das Pächtersystem unwirtschaftlich und zu beseitigen sei. Für die Sozialdemokratie aber war klar, daß das nicht den blinden und zum Teil gar nicht beabsichtigten Auswirkungen des eben verabschiedeten Pächter-



gesetzes überlassen werden dürfe. Da feststand, daß die bis 1916 gesetzlich prolongierten Pachtverhältnisse nachher von den Grundeigentümern meist nicht erneuert werden würden, galt es, durch neue gesetzliche Maßnahmen den Übergang der Kleinpächter zu anderen Existenzbedingungen zu regeln. Eine ganze Volksklasse als solche sollte demnach zwar vernichtet, zugleich aber die ihr zugehörigen Einzelfamilien geschützt werden. Ein dem Landtage im Jahre 1913 von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf betreffend die erneute Verlängerung der bestehenden Pachtverhältnisse konnte infolge von Meinungsverschiedenheiten unter den Bürgerlichen nicht verabschiedet werden. Es drohte also den Kleinpächtern und ihren Angehörigen — insgesamt etwa  $\frac{1}{2}$  Million Menschen — ein furchtbares Geschick. Es wurde nur dadurch abgewendet, daß die Regierung im Jahre 1916, zu einer Zeit, in der infolge des Krieges der Landtag überhaupt nicht zusammentrat, eigenmächtig die Pachtverhältnisse verlängerte. Die endgültige Lösung dieser Frage konnte erst später, nach der Revolution, stattfinden.

12. Nach dem Siege der Reaktion in Rußland über die revolutionäre Bewegung um 1907 glaubte sich der Zarismus stark genug, um seinen Kampf gegen die konstitutionellen Rechte Finnlands wieder aufzunehmen. Seine Angriffe hatten neben ihrem reaktionären Ziele auch ein imperialistisches. Es galt, „Finnland zurückzuerobern“, es Rußland einzuverleiben und seine autonome Stellung zu vernichten. Mit diesem politischen Ziele stimmten die ökonomischen Interessen verschiedener russischer Kreise überein: höhere und niedere russische Beamte lechzten nach den meist gut bezahlten finnischen Staatsämtern, russische Kapitalistenkreise hofften, Finnland wirtschaftlich ausbeuten zu können usw. Das finnische Volk war jedoch nunmehr imstande, einigermaßen kräftigeren Widerstand zu leisten als zu BOBRİKOWS Zeit. Denn die Sozialdemokratie hatte die breiten Massen aufgerüttelt, die — ebenso wie die Bürgerlichen — auch schon Gegenwartsinteressen zu verteidigen hatten, da die Lage des finnischen Proletariats weitaus besser war als des russischen, noch mehr aber ihre künftigen Interessen wahren wollten. Die Arbeiterschaft wollte weitere Fortschritte machen. Eben hatte sie das Wahlrecht errungen und mußte nun auf zwei Fronten kämpfen:

gegen die einheimische Bourgeoisie und zugleich gegen die fremde Macht des Zarismus. Dabei kam ihr zustatten, daß sie so gut wie zur Gänze einig im Lager der Sozialdemokratie stand und nicht einmal ihre allerelendesten Schichten mehr, wie noch teilweise zu BOBRİKOWS Zeit, der Reaktion als Werkzeug dienten.

Die politische Führung in Finnland hatten in der ersten Zeit nach dem Generalstreike die „konstitutionellen Parteien“ (die Jungfinnen und Schweden) inne. Ausgeschlossen vom Regierungsblock war die altfinnische Partei, die sich durch ihr Verhalten während der BOBRİKOWSchen Unterdrückungsperiode kompromittiert hatte. Sie spähte aber nach einer Gelegenheit, an der Macht teilzunehmen. Eine solche fand sich, als sich im Jahre 1908 der Landtag in einer Interpellation über die Wirksamkeit der Regierung politisch auszusprechen hatte. Die Altfinnen enthielten sich der Abstimmung und der Antrag der Sozialdemokraten auf Übergang zur Tagesordnung, welcher ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeutete, wurde gegen die Stimmen der Konstitutionellen angenommen. Die Folge waren Neuwahlen und eine Rekonstruktion der Regierung unter Zuziehung der Altfinnen, denen nun in der Tat der größte Einfluß in ihr zufiel. Als dann die erstarkende russische Reaktion immer größere Zumutungen an die Nachgiebigkeit der finnischen Regierung stellte, schieden aus dieser die Konstitutionellen ganz aus und sie wurde sogar durch Russen ergänzt, die bald die große Mehrheit des Kabinetts ausmachten, so daß zwischen 1910 und der Revolution von 1917 die „finnische“ Regierung als willenslose Helfershelferin des Zarismus fungierte.

Als eine wesentliche Aufgabe im Kampfe gegen die Autonomie Finnlands betrachteten die Träger der russischen Reaktion die Vernichtung der Bedeutung des finnischen Landtages. Durch dessen immer erneute Auflösungen — 1908, 1909, 1910 — sollte das Interesse des finnischen Volkes für sein Parlament abgestumpft werden, was aber im ganzen nicht gelang. Die Zahl derjenigen, die das Wahlrecht ausübten, erfuhr zwar eine geringe Minderung — mehr aber bei den bürgerlichen Parteien, als bei der bestdisziplinierten sozialdemokratischen Wählerschaft, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten allmählich wuchs: von 80 im Jahre 1907 auf 83 im Jahre 1908; auf 84 im Jahre

1909; auf 86 im Jahre 1910; auf 90 im Jahre 1913 — bis die Sozialdemokratie 1916 mit 103 Mandaten die absolute Mehrheit im Landtage erlangte. Parallel damit freilich offenbarte sich auch das Mißverhältnis zwischen der scheinbaren Macht der Sozialdemokratie und den tatsächlichen Resultaten der parlamentarischen Tätigkeit. Diese blieben immer mehr aus. Die russifizierte Regierung begnügte sich überhaupt nur mit den üblichen Steuervorlagen; soziale Reformfragen waren ihr ebenso fremd wie uninteressant. Alle Initiative auf diesem Gebiete lag beim Landtag. Was aber dieser beschloß, wurde gewöhnlich nicht bestätigt, ja sehr oft nicht einmal dem Kaiser vorgelegt. Lag es doch durchaus nicht im Interesse des russischen Imperialismus, durch Zulassung einer fortschrittlichen sozialen Entwicklung in Finnland den Gegensatz zwischen Rußland und seiner finnischen „Mark“ zu verschärfen. Fortschritte waren also den Finnen hauptsächlich nur auf den Gebieten gestattet, auf denen die Entwicklung auch in Rußland schon mehr vorgeschritten war, d. h. also in ganz geringem Ausmaße.

Immerhin war der Landtag bemüht, durch Bewilligung von Geldunterstützung zugunsten sozialer und geistiger Bestrebungen — unter anderem wurden auch einige von den Arbeitern gegründete Institutionen subventioniert — einiges für die kulturelle Entwicklung des Landes zu leisten. Aber auch hierin trat Stagnation in demselben Maße ein, in dem die Regierung immer willkürlicher über die Mittel des finnischen Staates verfügte. Finnland sollte dafür bezahlen, daß seine eigene Armee seit 1901 gesetzwidrig vernichtet war, und so wurde seitdem eine jährlich wachsende Anzahl Millionen Mark der finnischen Staatskasse entwendet und nach Rußland gebracht. Der Landtag protestierte und verweigerte die Votierung der hierfür geforderten Etatspositionen; er erreichte aber damit nur, daß die Regierung, um die „Militärmillionen“ zusammenzubringen, willkürlich andere Posten aus dem Etat strich, und zwar solche, die nicht die Interessen der Regierung, um so fühlbarer aber die des finnischen Volkes berührten, z. B. Unterstützungen zugunsten des Volksunterrichts und anderer kulturellen Bestrebungen.

Im Jahre 1910 schritt der russische Imperialismus zu seinem großen, entscheidenden Angriff auf die autonome Stellung Fin-

lands. Ein berichtigtes Gesetz, vom 30. Juni 1910, betreffend Übertragung gewisser Zweige der Gesetzgebung vom finnischen Landtage auf die russische Duma wurde von der nunmehr überwiegend reaktionär zusammengesetzten Reichsduma angenommen und vom Zaren bestätigt. Es beraubte den finnischen Landtag des Gesetzgebungsrechtes in den wichtigsten Angelegenheiten (Heeresangelegenheiten; Prinzipien der Verwaltung; Amtssprache; Zoll-, Münz-, Post-, Eisenbahn- und Schifffahrtsverhältnisse, der Volksunterricht, die Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit; Rechtsstellung russischer Untertanen in Finnland u. a.). Belassen wurde ihm bloß das Recht, über die in solchen Angelegenheiten von den gesetzgeberischen Organen Rußlands getroffenen Entscheidungen Gutachten abzugeben. Die Autonomie Finnlands, welche von den Finnen und auch von den Arbeitern als grundlegende Voraussetzung erfolgreicher kultureller Entwicklung des Landes betrachtet wurde, sollte mit einem Schlage vernichtet, der finnische Landtag etwa zu einer bloß konsultativen Provinzialvertretung herabgedrückt werden.

Einstimmig protestierten der Landtag und am kräftigsten die Arbeitervertreter gegen diese Pläne. Als im Jahre 1912 auf Grund des Gesetzes betreffend die Reichsgesetzgebung zwei Gesetzentwürfe: betreffend einerseits die erwähnten „Militärmillionen“ und anderseits die rechtliche Gleichstellung der in Finnland wohnenden russischen Untertanen mit finnischen Bürgern den Landtag beschäftigten, lehnte dieser es einstimmig ab, das von ihm abgeforderte Gutachten abzugeben. Die fraglichen Gesetze wurden dann allerdings trotzdem von der Reichsduma angenommen und sanktioniert, aber die Durchführung derselben führte in Finnland zu schweren Konflikten. Die finnischen Beamten verweigerten ihre Durchführung, so daß mehrere von ihnen nach Petersburg gebracht und dort von russischen Gerichten abgeurteilt wurden. Stetig mehr Russen wurden gesetzwidrig in der höheren Administration Finnlands angestellt, immer mehr Raunen der russischen Sprache sowohl in der Verwaltung als auch in den Schulen gewährt, obwohl sie nur von wenigen tausend Personen in Finnland gesprochen wurde. Offenbar bezielte der russische Imperialismus die völlige Entnationalisierung des finnischen Volkes, so aussichtslos sie auch scheinen mochte. Und

immer weiter griff das reaktionäre Regiment aus; keine Volksklasse blieb von ihm unberührt. Insbesondere wurden die Arbeiterorganisationen Opfer seiner Schikanen: so durch Abforderung von Mitteilungen über den politischen Standpunkt der Funktionäre; durch das Verbot der Aufführung von Theaterstücken, die auf dem Index des obersten Presseamtes standen; durch Untersagung der oft als Mittel zur Stärkung der Vereinskassen benutzten Lotterien; durch scharfe Presseverfolgungen und speziell durch Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen gegen Redakteure der Arbeiterzeitungen; lauter Dinge, die in Wahrheit nur die sozialdemokratische Agitation förderten, weil sie die Arbeiterschaft über das wahre Wesen der zaristischen Fremdherrschaft aufklärten. So wurde auch 1908 eine Geldsammlung zugunsten sowohl der verfolgten Arbeiterzeitungen als auch der nach Finnland geflüchteten russischen Revolutionäre verboten.

Die Polizeityrannei gestaltete sich besonders im Festungsbezirk Wiborg unerträglich; Journalisten und andere Personen, darunter auch Sozialdemokraten, wurden einfach aus dem Bezirk ausgewiesen; in Åbo wurde der schwedische Sozialistenführer HJALMAR BRANTING verhindert, auf einem Arbeiterfeste zu sprechen, und Dr. GEORG BOLDT, der an der Arbeiterbewegung teilgenommen, wurde durch das oberste Schulamt vom Lehramt suspendiert. Diese Willkürherrschaft erregte auch in anderen Ländern Aufsehen und die sozialistische Internationale sprach auf ihrem Kongreß in Kopenhagen (1910) dem finnischen Proletariat in seinem Doppelkampf gegen die einheimische Bourgeoisie und das russische Zwangsregiment ihre Sympathien aus.

Die verfassungswidrige Willkür erreichte endlich im Sommer 1914 ihren Höhepunkt, als, ungeachtet des einstimmigen Protestes des Landtages, dem finnischen Volk zugunsten des russischen Getreidehandels Getreidezölle aufgelegt wurden. Diese verloren allerdings durch den Ausbruch des Weltkrieges ihre praktische Bedeutung, sie beleuchteten aber grell den ökonomischen Hintergrund der imperialistischen russischen Politik.

Die finnische Sozialdemokratie war sich den realen Triebfedern dieser Politik zu wohl bewußt, als daß sie, wie zum großen Teil die Bürgerlichen, in der russisch-finnischen Frage etwa bloß einen juristischen Konflikt zwischen verschiedenen verfassungs-

rechtlichen Auffassungen gesehen hätte. Sie erwartete eben deshalb in ihrem Kampfe keinen augenblicklichen Erfolg, war aber andererseits tief davon überzeugt, daß die soziale Entwicklung Rußlands selbst dem Zarismus verhängnisvoll werden und daß die Befreiung des russischen Volkes diejenige der vom russischen Imperialismus unterdrückten Völker nach sich ziehen werde. Während also die bürgerlichen Parteien in Finnland in ihrem Widerstand gegen die Russifizierungsbestrebungen allmählich um so mehr erschlafften, weil die erstarkende Sozialdemokratie sie zum Zusammenschluß getrieben hatte, wobei die in der äußeren Politik nachgiebige altfinnische Partei eine einflußreiche Stellung erlangte, und während die Unternehmerklasse teilweise sogar die von außen stammende Reaktion sich in ihrem Klassenkampfe zu nutzen machte, war die Arbeiterklasse entschlossen, den Kampf gegen den Zarismus, wenn nötig, allein zu Ende zu führen. Die Parteitage von 1909 und 1911 unterstrichen diesen Standpunkt. „Weil heutzutage“ — heißt es in der Resolution von 1911 über die Taktik — „der Klassenkampf der Arbeiter nicht nur von der finnischen Bourgeoisie, sondern auch von den herrschenden russischen Klassen und deren Regierung erschwert wird, die bestrebt sind, in reaktionärer Absicht das Gesetzgebungs- und Selbstbesteuerungsrecht des finnischen Volks, sowie dessen bürgerliche Freiheiten zu beschränken, die ganze Selbstverwaltung zu vernichten, das finnische Volk wirtschaftlich auszubeuten und die Volksbildung zu erschweren, soll die Arbeiterschaft unausgesetzt ihren Kampf gegen diese Bestrebungen fortsetzen und die erwähnten Rechte sogar zu erweitern suchen.“ Zugleich empfahl die Resolution als einzigen zuverlässigen Verbündeten in diesem Kampf die russische sozialdemokratische Arbeiterschaft.

Es kamen denn auch, allerdings nicht besonders rege, Verbindungen zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des finnischen Landtages und derjenigen der Reichsduma zustande. Hauptsächlich jedoch wurde der Kampf von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion geführt mit Unterstützung der Arbeiterpresse und der in Massenversammlungen sich äußernden Meinung der Arbeiterschaft. Im Landtage waren die Sozialdemokraten bestrebt, die außenpolitischen Äußerungen sachlich scharf zu formulieren, und oft ergriffen sie selbst die gesetz-

geberische Initiative. Seit 1911 wollte die Fraktion alle Steuern, deren Bewilligung dem Landtag zustand, verweigern; sie blieb damit jedoch, trotz der Unterstützung durch einige radikaleren bürgerliche Abgeordnete in der Minderheit. Die finnische Sozialdemokratie gelangte so immer mehr zur Überzeugung, daß nur der Sieg der russischen Revolutionsbewegung auch Finnland vom Alp des Zarismus befreien könne. Freilich schien dieser Sieg noch weit entfernt, und daher die finnische Arbeiterklasse vorläufig hauptsächlich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.

13. Die durch den Generalstreik von 1905 hervorgerufene Begeisterung, sowie das im Anfang so lebhaftes Interesse für das neugewonnene Wahlrecht erlahmten unter dem Druck der geschilderten Verhältnisse allmählich in den folgenden Jahren, weil die Ergebnislosigkeit der parlamentarischen Tätigkeit offensichtlich erschien. Zwar wurde ihre agitatorische Bedeutung anerkannt und man sah in ihr wenigstens eine Plattform im Kampfe gegen die Russifizierungspolitik; andererseits aber zog die Landtagsarbeit unverhältnismäßig viel Kräfte von der organisatorischen Wirksamkeit ab, welche zum Teil deswegen ins Stocken geriet. Dazu gesellten sich seit 1907 die Wirkungen einer ökonomischen Weltkrise. Ende 1909 war  $\frac{1}{3}$  der Industriearbeiter arbeitslos. Die Mitgliederzahl der Organisationen sank: die der sozialdemokratischen Partei, welche Ende 1906 etwa 85 000 betragen hatte, hielt sich von 1910 an mehrere Jahre hindurch auf rund 50 000; die 1907 gegründete gewerkschaftliche Landesorganisation kam vor 1912 nicht über 20 000 Mitglieder hinaus. Natürlich benutzten die Arbeitgeber die Gelegenheit, um die von den Arbeitern schon gewonnenen Positionen zurückzuerobern. Diese hielten sich notgedrungen in der Defensive, 1908 vermochten sie noch im ganzen ihre Stellungen zu behaupten. 1909 wurden aber die Angriffe umfassender und heftiger und die meist noch jungen Arbeiterorganisationen konnten den starken und kampflustigen Arbeitgeberorganisationen keinen ausreichenden Widerstand leisten. Nach einem harten Verteidigungsstreik ging der schon früher errungene achtstündige Arbeitstag in der Papierindustrie wieder verloren und der 12stündige wurde eingeführt! Ein in der Metallindustrie in Helsingfors proklamierter Lockout, den die Arbeiter mit einem Verteidigungsstreik beantworteten.

endete ebenso mit deren Niederlage, wie ein Streik im Helsingforscher Malergewerbe infolge der Heranziehung russischer Streikbrecher. Trotzdem entwickelte sich das innere Leben der Arbeiterorganisationen weiter und besonders entfalteten sich die geistigen Bestrebungen jetzt erst, da keine umwälzenden politischen Ereignisse die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Die sozialistische Propaganda wurde zum Teil von der Gesamtpartei mittelst einiger im Dienst der Partei stehender Agitatoren, meist aber von den Bezirksvorständen betrieben. Daneben wurden jedes Jahr an mehreren Orten des Landes Vorlesungszyklen abgehalten und zur Errichtung einer Parteischule wurden Vorarbeiten gemacht. Die Zahl der Parteizeitungen wuchs bis auf 17 (1909). Nachdem eine von einzelnen Parteimitgliedern in Helsingfors 1906—08 veröffentlichte wissenschaftliche Zeitschrift „Sosialistinen Aikakauslehti“ eingegangen war, wurde die Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Organs der Partei als solcher mehrmals geplant. Es kam aber noch nicht zur Ausführung. Ein sozialdemokratisches Frauenblatt, ein Jugendblatt, ein Kinderblatt und ein Witzblatt entstanden. Die in den größeren Städten bestehenden Zeitungsgesellschaften der Arbeiter entfalteten rege Tätigkeit und publizierten allmählich eine sehr bedeutende Anzahl der hervorragendsten Schriften fremder (besonders deutscher) sozialistischer Theoretiker, so daß der finnischen Sozialdemokratie ein geistiges Arsenal geschaffen wurde, dessengleichen nicht sehr viele andere Arbeiterparteien besitzen. Seitdem 1909 durch Landtagsbeschluß ein Fonds zur Unterstützung der finnischen Literatur gegründet worden war, erschien u. a. MARX' „Kapital“ in finnischer Sprache — und was mehr war: dieses Standardwerk der sozialistischen Literatur wurde von den Arbeitern eifrig gekauft und gelesen. Der Parteivorstand veröffentlichte außerdem seit 1908 jährlich einen wertvollen, illustrierten Arbeiterkalender, der im Anfang in 40 000, später in 80 000 Exemplaren verbreitet wurde und seit 1911 auch in schwedischer Sprache erschien. Endlich wurden oft Massenversammlungen — in den Jahren 1907—12 zweimal jährlich, dazu die Maifeier —, auf Aufforderung des Parteivorstandes von den Organisationen im ganzen Lande angeordnet, zur Besprechung wichtiger innen- oder außenpolitischer Fragen abgehalten.



Die wachsende geistige Bewegung in der Partei trat auch in eifrigerer Erörterung taktischer Fragen hervor. Zu dieser Zeit begegnen wir in Finnland den gleichen taktischen Differenzen wie in der internationalen Sozialdemokratie überhaupt, und weil die finnische Sozialdemokratie vor allem unter deutschem Einfluß stand, wurden die verschiedenen Richtungen mit den in Deutschland üblichen Namen bezeichnet. Die um das Hauptorgan „Työmies“ gescharten Parteimitglieder, mit den Redakteuren EDW. WALPAS und O. W. KUUSINEN an der Spitze, bezeichneten sich als „Marxisten“. Dieser Richtung gehörte die Mehrheit der organisierten Arbeiter u. a. in Helsingfors und insgesamt etwa  $\frac{1}{3}$  der gesamten Partei an. Sie hob vor allem den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie hervor und bezeichnete gern, mit oder ohne Berechtigung, die unter sich bei weitem nicht homogene Mehrheit der Partei als „revisionistisch“. — In den damaligen Verhältnissen trat auch die unter kleinen, imperialistisch ausgebeuteten Völkern übliche Frage nach dem „politischen Revisionismus“ hervor. Manche Parteimitglieder erachteten den Kampf gegen den russischen Imperialismus als einen für das ganze finnische Volk gemeinsamen, weil auch die Bourgeoisie durch ihre Klasseninteressen zum Widerstand gegen diesen Imperialismus getrieben werde und andererseits die Arbeiterschaft zu schwach sei, um den Kampf isoliert zu führen. Die Anhänger der „marxistischen“ Richtung aber glaubten: der russische Imperialismus sei für die Bourgeoisie in ihrem Klassenkampfe gegen das Proletariat zu wertvoll, als daß dieses sich auf jene verlassen dürfte. — Ferner zeigte sich, obwohl vereinzelt, in den Schriften des Rechtsanwalts KAAPO MURROS eine antiparlamentarische Strömung, und der 1906 gegründete, teilweise von der schwedischen Jugendbewegung, zum Teil von KARL LIEBKNECHT beeinflusste sozialdemokratische Jugendverband vertrat einen radikalen antimilitaristischen und auch antireligiösen Standpunkt, der mit dem Parteiprogramm nicht ganz vereinbar war.

Auf dem VI. Parteitag, der im September 1909 in Kotka in der Anwesenheit von 151 Delegierten stattfand, wurden auch die taktischen Fragen lebhaft erörtert. Die Beschlüsse wurden aber meistens so gut wie einstimmig gefaßt, was die Tatsache bestätigt, daß der Zusammenhalt in der Partei tatsächlich weit

stärker war, als äußerlich scheinen mochte. Der Antiparlamentarismus wurde entschieden zurückgewiesen und die Arbeiterschaft aufgefordert, unausgesetzt für die Verteidigung und Erweiterung der parlamentarischen Errungenschaften zu kämpfen. Zugleich wurde die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung unterstrichen und auch die Notwendigkeit des Generalstreiks für gewisse Verhältnisse anerkannt. Der Parteitag erklärte seine Solidarität mit „der russischen Freiheitsbewegung“, warnte vor Provokateuren und forderte strenge Einhaltung der Parteidisziplin. Die Resolution über die Taktik hatte Redakteur YRJÖ SIROLA verfaßt, der eine vermittelnde Stellung einnahm. Um aber der „marxistischen“ Richtung Genüge zu tun, wurden in die Revolutionsbegründung einige Anregungen der Helsingforscher Organisation berücksichtigt, so namentlich die Feststellung, daß „die sozialdemokratische Landtagsfraktion keine ihre Selbständigkeit einschränkende Bündnisse eingehen oder mit bürgerlichen Parteien eine Regierungskoalition bilden“ dürfe, sowie daß die Abgeordneten, um nicht die Partei in eine bürgerliche Reformpartei umzuwandeln, „die Klassengegensätze nicht vertuschen oder in den jetzigen Verhältnissen einem Zerrbild des sozialen Friedens nachstreben dürfen“. — Der Jugendbewegung wurde moralische und finanzielle Unterstützung zugesprochen. Sie wurde aber zugleich aufgefordert, in den wichtigeren Fragen, besonders in den Fragen des Militarismus und der Staatskirche, am Parteiprogramm festzuhalten. Auch die von dem sozialdemokratischen Frauenverbände geleitete Arbeit unter den Kindern, die in dem sog. Idealverbände sich verkörperte, wurde anerkannt und unterstützt.

Da das Parteiprogramm als bereits zum Teil veraltet anerkannt wurde, sollte ein Fünferkomitee seine Erneuerung vorbereiten — eine Arbeit, die jedoch erst mehrere Jahre später eine Frucht zeitigte. Ferner wurde die Gründung eines Arbeiterarchivs und eines Büros für Rechtshilfe beschlossen und für beide die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Landesorganisation verlangt und zugestanden. Die schon auf dem Parteitag von 1906 erhobene Forderung nach absoluter Abstinenz der Parteifunktionäre wurde erneuert, einstimmig wurde der einheimischen Regierung infolge ihres negativen Verhaltens zum Verbotsgesetze gegen alkoholische Getränke das Mißtrauen ausgesprochen.

Einige Wochen nach dem Parteitag versammelte sich die gewerkschaftliche Landesorganisation zu ihrem II. Kongreß in Helsingfors. Anwesend waren 241 Delegierte der Fachverbände. Die prinzipiell wichtigste Frage, die aber angesichts der damals im allgemeinen so großen prinzipiellen Einheitlichkeit der finnischen Arbeiterbewegung keine Meinungsverschiedenheiten veranlaßte, betraf das Verhältnis der gewerkschaftlichen Bewegung zur Sozialdemokratie. Einstimmig wurde ausgesprochen, daß „nur die sozialdemokratische Partei, weil ebenso wie die der gewerkschaftlichen Landesorganisation angeschlossenen Verbände auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, auf dem Boden der Gesetzgebung die Interessen der Arbeiterschaft verteidigt hat und verteidigen kann, weshalb die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei ihre volle Unterstützung zusichert“. In den beschlossenen neuen Statuten der Landesorganisation wurde als eine ihrer Aufgaben angegeben, „zusammen mit der sozialdemokratischen Partei dahin zu wirken, daß jeder Arbeitende einen berechtigten Teil seines Arbeitsertrages selbst genießen darf und daß die Produktionsmittel das Eigentum der Gesellschaft werden“. — Außerdem wurden Regeln über das Verhalten der organisierten Arbeiter in Arbeitskämpfen, sowie über das Verhältnis zu Streikbrechern festgelegt; die Gründung eines Fonds von mindestens 100 000 Mark zur Unterstützung von Arbeitskämpfen beschlossen; prinzipiell als richtig anerkannt, daß bei Arbeitskämpfen die Gesellschaft als Vermittlerin auftrete; und zwar sollte diese Vermittlungstätigkeit gesetzlich den Fabrikinspektoren zugewiesen werden (was aber nicht geschehen ist). — Auch die Tarifverträge wurden prinzipiell als wünschenswert anerkannt — jede syndikalistische Strömung war der finnischen Arbeiterbewegung wenigstens vor der Revolution durchaus fremd — und es sollte die Teilnahme der Gemeinden als Arbeitgeber an diesen Verträgen angestrebt werden. — Den Fachverbänden wurde die Gründung von Arbeitlosenfonds empfohlen und deren finanzielle Unterstützung vonseiten des Staates und der Gemeinden gefordert. Ebenso eine gründliche Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung, u. a. die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages. Den gewerkschaftlichen Funktionären wurde die absolute Abstinenz zur Pflicht gemacht. Endlich beschloß der

Kongreß auch formell den Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale, mit der die Landesorganisation schon früher Verbindungen angeknüpft hatte, und bezeugte selbst seine internationale Solidarität durch eine Geldbewilligung zugunsten des schwedischen Generalstreiks (insgesamt wurden für diesen Zweck in Finnland, zu einer Zeit schwerer Depression, 63 500 Fmk eingesammelt).

Zu dieser Zeit, da äußere Errungenschaften so gut wie ausgeschlossen waren, richteten sich die Bestrebungen der gewerkschaftlich Organisierten mehr als je auf eine innere Festigung der Bewegung. Die Beiträge wurden erhöht, der organisatorische Zusammenschluß benachbarter Verbände vorbereitet, Fachzeitschriften gegründet, Bildungskurse eingerichtet, mit ausländischen, vor allem mit den skandinavischen Organisationen Verbindungen geschaffen.

Von 1910 an besserte sich von Jahr zu Jahr die wirtschaftliche Lage und es sind daher auch einige äußere Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes zu erwähnen. Die Arbeiter des Buchgewerbes erkämpften durch einen längeren Streik (November 1911 bis April 1912) die Erneuerung ihres Tarifvertrags und die Bauarbeiter in Helsingfors erlangten in derselben Weise einen Vertrag. Ein neuer Kampf in der Bauindustrie der Hauptstadt im Jahre 1912 endete dagegen mit einer Niederlage infolge der Streikbrecherei durch einige gelbe Gewerkschaften — d. h. des kurz vorher gegründeten und bald wieder verschwundenen „Finnischen Arbeiterverbandes“. Bei den großen Sägemühlen in Kotka setzte die Arbeiterschaft 1912 sogar ohne Streik Tarifverträge durch; ein Streik in den Papierfabriken zu Kymi zeitigte dagegen eine Niederlage. — Von 1911 an wurde überall im Land von den Gewerkschaftsorganisationen im August ein „Fest der Arbeit“ gefeiert, dessen finanzielles Ergebnis der Kasse der Landesorganisation zufließt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine wertvolle Festschrift veröffentlicht — erst nur in finnischer, nachher auch in schwedischer Sprache. Auch die vom Parteitag beschlossene Parteischule kam endlich im Jahre 1911 zustande — freilich nur als ein unregelmäßiger Kursus von zweimonatlicher Dauer; die Teilnahme war sehr lebhaft, so daß der Kursus nach zwei Jahren neuerdings abgehalten wurde.

Im September 1911 fand der VII. sozialdemokratische Parteitag in Helsingfors statt. Auch jetzt stand die Frage der Taktik im Mittelpunkt der Debatte. Berichterstatter war einer der vornehmsten Vertreter der marxistischen Richtung, der Redakteur O. W. KUUSINEN, der auch die zum Beschluß erhobene Resolution verfaßte. Die vom Parteitag 1909 nur in der Motivierung der damals angenommenen Resolution angeführten Anträge der helsingforscher Organisation wurde jetzt in den Resolutionstext selbst übernommen, die so an Intransigenz und Schärfe gewann. Die Notwendigkeit unbeugsamen Widerstandes gegen den russischen Imperialismus wurde nun ebenfalls ausführlicher formuliert. Die Unterordnung unter die Beschlüsse der Landtagsfraktion wurde deren Mitgliedern zur Pflicht gemacht und die Fraktion selbst vor Splitterungen angesichts des gemeinsamen Feindes gewarnt. Auch in der Steuerfrage erfolgte ein entscheidender Schritt: durch Verpflichtung der Fraktion, alle Steuervorlagen abzulehnen. Das Verhältnis zum Jugendverbände wieder wurde dahin abgeändert, daß die Verbandsmitglieder vom 21. Jahr an sich sollten der Partei anschließen müssen. Die Teilnahme an den Gemeindewahlen wurde Parteimitgliedern freigestellt, sobald die Ortsgruppe sie beschließen würde (eine Minderheit befürwortete Enthaltung); doch sollte jedenfalls ein Zusammengehen mit Bürgerlichen vermieden werden.

Die intransigente Richtung setzte sich auch im Hinblick auf das Verhältnis zur Genossenschaftsbewegung durch. Es wurde anerkannt, daß „die konsumgenossenschaftliche Wirksamkeit, obwohl sie die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter nicht aufhalten oder die herrschende Gesellschaftsordnung in eine sozialistische überführen kann, den Arbeitern viel Nutzen und Schutz zu bringen vermag“. Die Genossenschaften sollten aber die Unterstützung der klassenbewußten Arbeiter zu gewinnen streben und „keine irrigen Vorstellungen von einer Interessengemeinschaft zwischen bürgerlichen und Arbeiterkonsumenten aufkommen lassen“, besonders Neutralität in Kämpfen zwischen Arbeitern und Ausbeutern meiden. In den genossenschaftlichen Betrieben sei den Angestellten musterhafte Arbeitsbedingungen zu bewilligen, möglichst nur Organisierte anzustellen usw.

Gegenstand lebhafter Erörterung war die Stellung des „Työ-

mies“ zur Partei. Dieses Hauptorgan der Partei gehörte einer Aktiengesellschaft, deren Aktien zum Teil Arbeiterorganisationen, zum Teil auch Privaten gehörten. Die Parteimehrheit glaubte, daß es einseitig die Ansichten und Interessen der um sie gescharten, angeblich marxistisch gesinnten Kreise vertrete, und sie forderte daher Abhilfe. Diese blieb nun zunächst unentschieden. Dagegen wurde im Hinblick auf die Lebensunfähigkeit einiger Parteiorgane beschlossen, die Entstehung unnötiger neuer Parteiorgane, sowie die Sammlung von Geldmitteln zugunsten lebensunfähiger Parteizeitungen hintanzuhalten.

Die Frage einer Programmrevision war ebenfalls so weit fortgeschritten, daß das vom Parteitag 1909 eingesetzte Revisionskomitee ein wertvolles Gutachten über den Standpunkt der Partei zur Agrarfrage veröffentlicht hatte. Das Komitee kam nach umfassenden Untersuchungen zum Ergebnis, daß die Erfahrung es „als zweifelhaft erscheinen lasse, ob in der modernen Landwirtschaft mittels der Kleinwirtschaft, bei gleichem Arbeits- und Kapitalaufwand, gleich günstige Ergebnisse wie in der Großwirtschaft zu erzielen seien und demgemäß eine Vermehrung der Kleinwirtschaften im allgemeinen mit dem landwirtschaftlichen Fortschritt im Einklang stehe und die Verwandlung der ländlichen Proletarier in Kleinwirte ihnen selbst, ihren Frauen, Kindern und eventuellen Hilfsarbeitern eine Linderung ihrer Arbeitslast verschaffen würde“. Der Parteitag billigte diese These und erklärte deshalb, daß das Agrarprogramm von 1906, welches einseitig die Vermehrung der Kleinwirtschaften befürwortet hatte, einer durchgreifenden Revision bedürfe und daß die Partei vorläufig, bis man Klarheit über die einander gegenüberstehenden Auffassungen gewonnen habe, keiner derselben sich anschließe. Eine Anzahl Delegierte beharrte zwar bei der weiten Kreisen, besonders halbproletarischer Elemente, liebgewordenen Forderung des Bebauungszwanges, sie blieb aber mit 57 Stimmen gegen 36 in der Minderheit. Einstimmig dagegen forderte der Parteitag die Umwandlung der Kleinpächter in freie Kleinbauern. Diese Forderung widersprach nicht dem ebenerwähnten prinzipiellen Beschluß des Parteitages, weil ja die Kleinpächter ohnehin schon Kleinwirte waren und die Zahl der Kleinwirtschaften also durch Beseitigung des Pachtverhältnisses nicht vermehrt werden würde. Endlich

forderte der Parteitag die Schaffung einer umfassenden Schutzgesetzgebung zugunsten der ländlichen Lohnarbeiter.

Die Kleinpächter, welche noch auf ihrem III. Kongreß im April 1910 die Pächter zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei aufgefordert hatten, waren mit dieser Stellungnahme des Parteitags und mit dem Verzicht auf den Anbauzwang, von dem sie eine Erweiterung ihrer Kulturläche auf Kosten des Gutlandes erwartet hatten, durebaus nicht zufrieden. Ihr IV. Kongreß, der bald nach dem Parteitag von 1911 stattfand, hielt seinerseits am Prinzip des Bbauungszwanges fest. Kurz, die Unzuverlässigkeit der halbproletarischen Schichten, vom sozialistischen Standpunkte gesehen, begann an den Tag zu treten.

Die gewerkschaftliche Landesorganisation wieder erörterte auf ihrem Kongreß im Frühling 1912, bei Anwesenheit von 193 Delegierten, vor allem die Organisationsform. Als Urorganisation wurde zwar immer noch die lokale Gewerkschaft anerkannt, als Organisation höherer Ordnung der Fachverband, es machte sich aber auch eine gewisse Strömung zugunsten des Industrieverbandsprinzips bemerkbar. So wurde denn ein Komitee zum Studium des Problems eingesetzt, das dem nächsten Kongreß ein einschlägiges Gutachten vorlegen sollte. Zugleich sprach sich der Kongreß für die Zusammenlegung benachbarter Verbände aus, verschärfte die älteren Beschlüsse gegen Streikbrecher und protestierte gegen die von den russischen Machthabern gefällten gesetzwidrigen Urteile.

Im Herbste 1913 versammelten sich die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Tammerfors zu ihrem VIII. Parteitag. Anwesend waren 94 Delegierte. Die Frage der Taktik wurde diesmal nur in einer speziellen Form erörtert. Die Landtagsfraktion hatte im Frühling 1912 eines ihrer Mitglieder, OSKAR TOKOI, zum Landtagspräsidenten gewählt, was heftige Kritik von intransigenter Seite hervorrief. Der Parteitag gab ihr recht und beschloß, „die sozialdemokratische Fraktion dürfe nicht das Präsidium in einem bürgerlichen Parlament anstreben“. Doch wurde diese Resolution gleich durch den Beisatz abgeschwächt, daß in einer Notlage eine Ausnahme gemacht werden dürfe. Aber auch diese Ausnahme wieder wurde in dem Sinne verklausiert, daß, wenn die „Notlage“ aufhöre, auch der sozialdemokratische

Präsident aus seiner „unnatürlichen und unpassenden Stellung“ möglichst bald befreit werden solle. — Dieser letzte Satz wurde aber mit nur 45 Stimmen gegen 44 angenommen: die Minderheit wollte den einmal gewählten sozialdemokratischen Landtagspräsidenten so lange belassen, bis besondere Gründe seine Demission forderten. — Ferner wurde die Fraktion aufgefordert, für die Entwicklung der Gesetzgebung in parlamentarischer Richtung zu wirken, so daß die Regierung verpflichtet würde, dem Landtage Berichte über ihre Tätigkeit zu erstatten und die Forderungen des Landtages zu beachten.

Am lebhaftesten aber wurde die Stellung des Hauptorganes der Partei, des „Työmies“, erörtert und diesmal auch wenigstens prinzipiell entschieden. Der Parteivorstand hatte gewisse, schon 1911 von der Preßkommission vorgeschlagene Maßnahmen befürwortet, welche vor allem der Partei einen stärkeren Einfluß auf ihr Zentralorgan dadurch sichern sollten, daß der Abstimmungsmodus in der Generalversammlung geändert und die Ernennung der Redakteure dem Parteivorstand vorbehalten würde. Trotz des Widerstandes der um den „Työmies“ gescharten Delegierten wurde auch der Vorschlag des Parteivorstandes mit 51 Stimmen gegen 39 angenommen. Zugleich aber wurde festgestellt, daß dieser Beschluß vorläufig nur prinzipiell gelten, seine Durchführung aber auf unbestimmte Zeit verschoben werden sollte. Nichtsdestoweniger wurde er in der folgenden Zeit in den Parteiorganisationen zum Teil sogar leidenschaftlich debattiert.

Was die übrigen Parteiorgane betrifft, so wurde die Selbständigkeit der betreffenden Verlagsgesellschaften prinzipiell anerkannt, den Kreisvorständen jedoch empfohlen, Kontrollkommissionen einzusetzen, um den Inhalt der Parteizeitungen zu überwachen. Die Kontrollkommission und die Direktion der betreffenden Aktiengesellschaft sollten zusammen die Redakteure wählen, der Hauptredakteur aber von der Generalversammlung auf Grund eines Gutachtens der Direktion und der Kontrollkommission bestellt werden. Gegen die Wahl der Mitredakteure sollte sich der Hauptredakteur bei der Generalversammlung beschweren können. Die Aktien der Verlagsgesellschaften sollten möglichst in den Händen der Parteiorganisationen vereinigt werden. — Die Verlagsgesellschaften wurden aufgefordert, Kinder,



die nicht 15 Jahre erreicht haben, nicht zum Verteilen von Zeitungen an die Abonnenten zu verwenden.

Der Parteitag erörterte und billigte ferner den Entwurf einer Gesetzesvorlage über die Reform des kommunalen Wahlrechts und der Gemeindeverhältnisse überhaupt. Ebenso billigte er grundsätzlich einen Plan zur Gründung einer Lebensversicherungsgesellschaft für Arbeiter und bevollmächtigte den Parteivorstand, das Unternehmen finanziell zu fördern. (Dasselbe kam jedoch vorläufig nicht zustande.) Endlich protestierte der Parteitag gegen die von den russischen Machthabern geplanten Getreidezölle und gegen die sowohl von russischer als von finnisch-bürgerlicher Seite betriebene Klassenjustiz.

14. Die finnische Arbeiterbewegung war zu dieser Zeit zu bedeutender Reife gelangt. Durch die Beschlüsse der Parteitage und die Verbreitung einer sehr umfangreichen sozialistischen Literatur schien ihr eine sichere ideelle Grundlage gegeben. Ein Kader von erprobten, pflichtbewußten Parteiangehörigen hatte sich herausgebildet. Ein reges Leben pulsierte in den Teilorganisationen und auch die materielle Stellung der Partei war dank gewissenhafter Verwaltung ihrer Finanzen eine starke. Auch die gewerkschaftliche Zentrale, die so gut wie sämtliche gewerkschaftlichen Organisationen Finnlands umfaßte, erfuhr allmählich eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahl und wirkte nicht ohne Erfolg für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft. Das Vertrauen der Arbeiterklasse in ihre zentralen Klassenkampforganisationen war vollständig und die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Taktik störten nur wenig die Zusammenarbeit für die gemeinsame Sache. Da kam der Weltkrieg, schleuderte die Bewegung aus ihrer alten Bahn und schuf neue, ungeahnte, verhängnisvolle Bedingungen für ihre künftige Entwicklung.

## II. Die Schicksale der Sozialdemokratie Finnlands seit 1914.

15. Der Weltkrieg traf die finnländische Arbeiterschaft ebenso wenig vorbereitet wie die internationale Arbeiterschaft im allgemeinen. Zuerst rief er die größte Rat- und Mutlosigkeit hervor; hatte der russische Zarismus schon in Friedenszeit die Gesetze des Landes wenig respektiert, so setzte er sich jetzt ganz über

sie hinweg. Jeden Tag erschienen administrative „obligatorische Vorschriften“ nach dem Muster der in Rußland geltenden, die das bürgerliche Leben in Fesseln schlugen. Die Preßfreiheit wurde durch die Kriegszensur vernichtet, die Freizügigkeit auf das äußerste eingeschränkt; Massenversammlungen waren gänzlich verboten und sogar die Versammlungen von Vereinen oder deren Vorständen durften nur in Anwesenheit von Polizeibeamten stattfinden. Immerhin mochte das als durch den Kriegszustand bedingt und also als vorübergehend angesehen werden: aber im Herbst 1914 erschien ein von einer amtlichen russischen Kommission ausgearbeitetes Programm zur Durchführung der sogenannten Reichsgesetzgebung, d. h. zur Vernichtung der Autonomie Finnlands. Bei all dem ward aber allmählich klar, daß die russischen Machthaber in der gegebenen kritischen Zeit nicht unnötigerweise die Arbeiterklasse herausfordern wollten. Die Arbeiterorganisationen konnten, obwohl vielfach unter Schwierigkeiten, ihre Wirksamkeit fortsetzen und die Führer der finnischen Sozialdemokratie benutzten diese Gelegenheit — freilich nur mit größter Vorsicht, um nicht die Organisationen zu gefährden. Infolge der russischen Befestigungsarbeiten — die als nötig erachtet wurden, um einen deutschen oder schwedischen Angriff abzuwehren — wurde die zu Beginn des Krieges aufgetretene Arbeitslosigkeit bald beseitigt und die Arbeitsverhältnisse gestalteten sich sogar ungewöhnlich gut. Infolgedessen wuchs die Mitgliederzahl der Arbeiterorganisationen, obwohl die zu den Befestigungsarbeiten herangezogenen Leute zum Teil weniger organisationsfähig waren.

Angesichts der Unmöglichkeit freier Erörterung der Tagesfragen wurde um so heißer die Zusammentretung des Landtages ersehnt. Die russischen Machthaber ließen sich aber, trotz der klaren Vorschriften der finnischen Verfassung und ungeachtet der besonders nach den russischen Niederlagen im Sommer 1915 laut gewordenen Forderungen der Finnländer nicht zur Einberufung des Landtags bewegen. Er tagte in den Jahren 1915 und 1916 überhaupt nicht. Dagegen fanden am 1. und 3. Juli 1916 Neuwahlen statt. Die Arbeiterklasse benutzte diese mit Begeisterung, um ihre Meinung an den Tag zu legen. Angesichts der Befürchtung, es könnte dem finnischen Volke eine Kriegsteuer

aufgelegt werden, forderten die Redner der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft auf, gegen solche Pläne mit dem Stimmzettel zu protestieren. Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Parteien war eine schwache. Die Sozialdemokratie ihrerseits errang mit 376 030, d. h. 47,3 % aller Stimmen 103 Mandate und damit — der erste Fall in einem modernen Parlament! — die absolute Mehrheit. Zusammenberufen freilich wurde der Landtag vorläufig nicht.

Unter den Bürgerlichen war indessen eine Bewegung entstanden mit dem Ziele, unter Anlehnung an Deutschland mit Gewalt für die Befreiung Finnlands aus der Abhängigkeit von Rußland zu wirken. Eine vieljährige Erfahrung hatte bewiesen, daß unter der russischen Herrschaft eine freie nationale Entwicklung des finnischen Volkes unmöglich war. Die Aussicht auf künftige Abhängigkeit von Deutschland aber war um so weniger geeignet, die finnische Bourgeoisie abzuschrecken, als die damalige Ordnung in Deutschland ihren eigenen politischen Idealen entsprach. Zwar waren die Kreise der Intelligenz mehr ententefreundlich gesinnt und die Industriellen, die durch reiche Kriegslieferungen an die russische Armee begünstigt wurden, beobachteten eine so gut wie vollständige Loyalität. Vorherrschend war jedoch unter der Bourgeoisie, vor allem unter den tatkräftigeren Kreisen ihrer Jugend, die deutschfreundliche Stimmung, und Anfang 1915 begaben sich etwa 200 finnische Studenten nach Deutschland, wo sie im Lockstedter Lager in Holstein militärische Ausbildung erhielten in der Absicht, in die Heimat zurückzukehren, um dort einen von deutschen Truppen unterstützten Aufstand hervorzurufen und zu leiten. In Finnland selbst wurden inzwischen geheime bewaffnete Organisationen gebildet und Werbebüros errichtet, welche ebenfalls geheim 2000 junge Bauern, Arbeiter u. a. nach Deutschland brachten, die sich dort der in Bildung begriffenen finnischen Truppe anschlossen.

Dieses Unternehmen — sowie die gesamte „aktivistische“ Bewegung — rief überall in Finnland das größte Aufsehen hervor. Prinzipiell wurde es meist mit Sympathie begrüßt, vielfach aber seine praktische Durchführbarkeit bezweifelt. Zu den Zweiflern gehörten auch die Sozialdemokraten. Ihnen war selbstverständlich ein Zusammenwirken mit dem kaiserlichen Deutschland auch prinzipiell zuwider, wenngleich ein deutsches Regiment als ge-

ringeres Übel erschien. Jedenfalls hielten sie die Berechnungen der „Aktivisten“ für allzu sanguinisch. Mußte ja erwartet werden, daß das traditionell gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland, den zwei mächtigsten Stützen der internationalen Reaktion, bald wiederhergestellt werden würde — und in der Tat stellte sich später heraus, daß tatsächlich in beiden Ländern mächtige Kreise in diesem Sinne tätig waren. Daß aber im Fall der Versöhnung so nebensächliche Interessen wie die Befreiung Finnlands unter den Tisch fallen würden, lag auf der Hand. Die Sozialdemokratie wollte also nicht alles auf eine Karte gesetzt wissen. Andererseits sollte auch nicht die aktivistische oder „Jäger“-bewegung bekämpft werden, da sie unter Umständen auch Gutes zeitigen könnte. Einige sozialdemokratischen Kreise — besonders im nördlichen Finnland, wo die aktivistische Bewegung auch unter der Bauernbevölkerung besonders stark war — teilten aber diese Bedenken der Führung nicht, sondern arbeiteten in der aktivistischen Bewegung eifrig mit, und auch einzelne hervorragende Parteimitglieder unterhielten zu ihr Beziehungen. Im Gegensatz zu dem, was die finnische Sozialdemokratie seit Jahrzehnten schon, vornehmlich aber seit der russischen Revolution von 1905, die eine vorübergehende Erleichterung in der Lage Finnlands gebracht hatte, erhoffte: daß eine erstärkende und siegreiche russische Revolutionsbewegung auch dem finnischen Volke volle Befreiung bringen würde.

Zwar schien diese Möglichkeit vorläufig entfernt; immerhin aber entwickelte sich während des Weltkrieges wieder eine freilich noch nicht besonders lebhaftete Zusammenarbeit der finnischen Sozialdemokraten mit den russischen. Einerseits erhoben die russischen Sozialisten, weil den Finnen jetzt alle parlamentarische Tätigkeit untersagt und ihre Presse geknebelt war, in der Reichsduma gegen die Finnland-Politik ihrer Regierung Einspruch; andererseits waren die finnischen Sozialdemokraten ihren russischen Parteigenossen behilflich, als diese, angesichts der Absperrung der russisch-deutschen Grenze, ihre geheime Postverbindungen durch Finnland zogen, so daß Massen russisch-revolutionärer Literatur aus Schweden durch Finnland eingeführt und über Rußland verbreitet werden konnten. Die russischen Sozialisten, besonders die Bolschewiken, waren nämlich während des ganzen Krieges eifrig bemüht, die Revolution vorzubereiten.

16. Die russische März-Revolution hatte eine unmittelbare und durchgreifende Rückwirkung auf Finnland. Kaum drangen hierher Nachrichten, daß ein Umsturz in Petersburg im Gange sei, als sich auch sofort Vertreter aller finnischen Parteien dorthin begaben, um sich von der neuen Lage zu unterrichten und den Gang der Ereignisse zu Gunsten Finnlands zu beeinflussen. Als Resultat mehrtägiger Verhandlungen mit Vertretern der neuen russischen Machthaber erließ denn auch die provisorische Reichsregierung am 20. März ein Manifest, durch welches die der finnischen Verfassung widersprechenden Gesetze und Verordnungen aufgehoben wurden, vor allem das „Februar-Manifest“ von 1899 und das berüchtigte Gesetz vom 30. Juni 1910, betreffend die sogenannte Reichsgesetzgebung, ferner sollte der finnische Landtag unmittelbar einberufen werden; und unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Vertreter, die bei den Verhandlungen eine bedeutende Rolle spielten, wurden endlich im Manifest mehrere Reformen versprochen (Erweiterung der Kompetenz des Landtags, Presse- und Vereinsfreiheit usw.). Zugleich wurde eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen erlassen.

Die unmittelbare Folge der Revolution war außerdem, daß die russischen Garnisonen in Finnland ihre reaktionär gesinnten Offiziere töteten oder entfernten und daß der Generalgouverneur SEYN, die Mitglieder der Helsingforscher Regierung und die sonstigen Helfershelfer des zaristischen Regiments von ihren Ämtern freiwillig zurücktraten oder verjagt wurden. Die Zusammensetzung der neuen finnischen Regierung war schon während der Verhandlungen in Petersburg besprochen worden und die Sozialdemokraten hatten — ohne bei den Vertretern der russischen Regierung Widerspruch zu finden — ihre Absicht kundgegeben, die Bildung der Regierung zu übernehmen. In der Tat gelang es auch, nach Verhandlungen mit den Bürgerlichen eine von allen Parteien unterstützte Koalitionsregierung zu bilden, die je zur Hälfte aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Ministern bestand und die auch die Bestätigung der russischen Regierung fand. An ihre Spitze trat der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Zentralorganisation OSKARI TOKOI; die übrigen sozialdemokratischen Mitglieder waren: der Rechtsanwalt WÄINÖ TANNER als Finanzminister, Dr. JULIUS AILIO als Gehilfe des Zivilministers, der ehemalige Vorsitzende

der gewerkschaftlichen Landesorganisation der Zimmerer MATTI PAASIWUORI als Gehilfe des Handels- und Industrieministers, der Magister phil. WÄINÖ WUOLIJOKI als Minister der Lebensmittelversorgung und Prof. Dr. WÄINO WOIONMAA als Verkehrsminister.

Eine ungeheure Aufgabe wartete der Sozialdemokratie. Was auf gesetzgeberischem wie auf anderen Gebieten während des zaristischen Regiments vernachlässigt worden war, sollte jetzt nachgeholt werden.

In ungeheuren Massen strömten jetzt die Arbeiter zu den Organisationen. Niemals war eine Arbeiterbewegung organisatorisch stärker als die finnische im Jahre 1917. Der 8stündige Arbeitstag wurde in der ganzen Industrie so gut wie unmittelbar nach der Revolution durchgeführt. Die stürmende Massenbewegung folgte aber zum Teil ihren eigenen Gesetzen, und die Zentralorganisationen, bestrebt, die Führung zu behalten und die in mehreren Kundgebungen vor Übermut warnten, hatten dabei nur teilweise Erfolg. Allgemein wurde anerkannt, daß nur die Sozialdemokratie imstande war, die gesellschaftliche Ordnung auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten, und ihre Aufgabe wurde einigermaßen dadurch erleichtert, daß die alte reaktionäre Polizei nach der Revolution vertrieben und, besonders in den größeren Städten, durch eine von den Arbeiterorganisationen gebildete Miliz ersetzt worden war.

Großes Entsetzen und Ärger riefen unter den Bürgerlichen die zahlreichen Landarbeiterstreiks hervor. Denn auch die proletarischen Elemente des flachen Landes benutzten die Gelegenheit, um hervorzutreten und ihren Anteil am Lebensglück zu fordern. Die Sozialdemokraten in der Regierung und im Landtag waren eifrig bemüht, diese Streiks, welche das wirtschaftliche Leben in dem ohnehin kritischen Zeitpunkt gefährdeten, zu befriedigendem Abschluß zu bringen — wurden aber trotzdem von den Bürgerlichen für sie verantwortlich gemacht.

Im Landtag benützte die Sozialdemokratie ihre freilich nur sehr knappe Mehrheit zur Durchführung der notwendigsten sozialen Reformen. Er erledigte Regierungsvorlagen über die Stellung der Russen und der Juden in Finnland, wobei den letzteren endlich das Bürgerrecht zuerkannt wurde, ferner über die Verlängerung der bestehenden Pachtverträge um einige Jahre, damit

die nötige Zeit zu endgültiger Regelung der Kleinpächterfrage gewonnen werden könne. Dagegen verweigerte der Landtag seine Zustimmung zu einem von der Regierung vorgeschlagenen Darlehen an den russischen Staat behufs Regelung der finnisch-russischen Valutafrage, und zwar aus praktischen sowohl wie aus prinzipiellen Gründen, weil die Reichsregierung das Darlehen für Befestigungsarbeiten in Finnland zu verwenden gedachte. — Während der Kriegsjahre hatte die finnische Staatsbank unter dem Druck der Regierung und unter Mitwirkung finnischer Großindustrieller, deren Lieferungen an die russische Krone in Rubel bezahlt worden waren, den Rubel allzu hoch notieren müssen, wodurch dem finnischen Staate erhebliche Verluste zugefügt worden waren. Der Landtag beschloß daher eine Resolution: die Regierung solle den allzu großen Rubelzufluß verhindern und zu diesem Zwecke alle Behörden zur Festhaltung eines sachgemäßen Rubelkurses anzuweisen. — Auf Initiative der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde ferner die Aufhebung der strafgesetzlichen Normen gegen Gotteslästerung beschlossen, die ebenfalls als Waffe der Reaktion gegen die Presse gedient hatten, und die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Todesstrafe einzubringen. — Auch die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtage wurde festgelegt.

Das Problem aber, das dringendst und vor allem Lösung heischte, war die Frage nach der neuen staatlichen Ordnung Finnlands. Es galt, das Verhältnis zum neuen Rußland zu ordnen und dabei ein Maximum an Autonomie durchzusetzen. Ein dahin gehender Gesetzentwurf wurde von der finnischen Regierung im Einvernehmen mit der russischen ausgearbeitet und dem Landtage vorgelegt. Danach sollte das Beschlußrecht des Kaisers in finnischen Angelegenheiten auf die finnische Regierung übergehen mit Ausnahme jedoch der Fragen, welche die russischen Interessen berührten; die finnische Regierung sollte vom Generalgouverneur ernannt werden und das Vertrauen des Landtags genießen. Die Finnländer wollten sich aber damit nicht begnügen. Es kam daher zu Reibungen zwischen ihnen und dem Vertreter des neuen Rußland. Der russische Imperialismus schien nicht mit dem Zaris mus gestorben. Die Sozialdemokraten waren aber bestrebt, die Angelegenheit möglichst im Einverständnis mit der russischen

Demokratie zu regeln, wandten sich in dieser Absicht mit einem besonderen Schreiben an KERENSKI und machten auch ihren Einfluß in der zur Abfassung der Grundgesetze bestellten Kommission geltend, wo unter Führung des hervorragenden Sozialdemokraten YRJÖ MÄKELIN die wichtigsten Arbeiten der ganzen Session 1917 stattfanden. Es zeigte sich aber, daß die neuen Machthaber Rußlands keineswegs bereit waren, den Finnländern eine bedeutende Erweiterung ihrer Autonomie zuzugestehen und es meldeten sich Konflikte an. Unter solchen Umständen gewann die Idee völliger Unabhängigkeit Finnlands, die anfänglich nur von den „Aktivisten“ propagiert worden war, dank auch der nach der März-Revolution öffentlichen Agitation, sehr schnell an Boden und auch die sozialdemokratische Partei nahm sie auf ihrem Parteitag im Juni 1917 auf. Unter allgemeinem Jubel wurde sie auch im Landtag vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten O. TOKOI verfochten. Schien ja auch die Arbeiterschaft mehr als die übrigen Klassen an der vollen Selbständigkeit Finnlands interessiert. Denn gerade sie hatte unter der — in nicht geringem Maße bei verschiedenen Gelegenheiten auch von der finnländischen Arbeitgeberklasse beeinflussten — zaristischen Reaktion am meisten leiden müssen und vermeinte daher, daß soziale Reformen sich leichter würden durchsetzen lassen, wenn nicht mehr Petersburg als höchste Instanz mitzusprechen haben werde.

Darüber aber, wie das staatliche Ideal zu verwirklichen sei, gingen die Meinungen der Aktivisten und der mit ihnen mehr oder weniger offen sympathisierenden bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokraten andererseits weit auseinander. Jene pflegten nach wie vor ihre deutschen Verbindungen, die Sozialdemokratie aber wollte im Einverständnis mit dem russischen und dem internationalen Proletariat ihre Wünsche fördern. Dafür sprachen gleichermaßen ideelle wie opportunistische Gründe und es schien besonders wichtig, ein gutes Verhältnis zu dem mächtigen russischen Nachbar zu bewahren.

In wiederholten Besuchen in Petersburg versuchten die Führer der finnischen Sozialdemokratie, die russischen Sozialisten zu Gunsten Finnlands zu beeinflussen. Das gelang auch zum Teil. Besonders die Bolschewiken begünstigten, um die Staatsmacht zu schwächen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der kleinen, von



Rußland unterdrückten Völker und widmeten den finnischen Sozialdemokraten wohlwollendes Interesse, das freilich später für Finnland verhängnisvoll wurde, weil es eine der Ursachen des finnischen Bürgerkrieges war. Weniger entgegenkommend waren die Menschewiken und die Sozialist-Revolutionäre, die sich mit dem Rußland der März-Revolution solidarisch fühlten und in den Selbständigkeitsbestrebungen der kleinen Völker eine Gefahr für das neue Rußland erblickten.

Auch die Sozialisten der übrigen Länder zugunsten der Unabhängigkeit ihres Landes zu beeinflussen, war die finnische Sozialdemokratie bemüht. Auf den internationalen Stockholmer Konferenzen im Frühjahr 1917 war sie durch zwei Delegierte, YRJÖ SIROLA und K. H. WILK, vertreten und ihren Bemühungen war es zuzuschreiben, daß die deutsche sowohl wie die österreichische Delegation sich für die Unabhängigkeit Finnlands aussprachen, während die nach der Seite der Entente hin orientierten sozialistischen Parteien wenigstens eine erweiterte Autonomie Finnlands innerhalb des russischen Reiches befürworteten.

17. Am 15.—18. Juni 1917 hielt die sozialdemokratische Partei in Helsingfors ihren IX. Parteitag ab. Die Zahl der Delegierten betrug 130. Erschienen waren auf ihm auch einige ausländische Sozialistenparteien — darunter die russischen Bolschewiki, deren Delegierte ALEXANDRA KOLLONTAY den Gedanken von der Weiterentwicklung der russischen Revolution zu einer proletarischen Weltrevolution ausführte und unter begeistertem Beifall erklärte, daß die Bolschewiken bereit seien, die nationalen Bestrebungen der Finnländer bis zur völligen Loslösung Finnlands vom russischen Reiche zu unterstützen.

Der Parteitag hatte die Frage nach der Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an der Regierung seit dem März 1917 zu erörtern. Eine vom Chefredakteur des „Työmies“ EDWARD WALPAS geleitete Oppositionsgruppe erachtete diese Beteiligung an der Regierung als Bruch des Parteibeschlusses von 1906. Der Parteitag aber lehnte diese Auffassung mit 70 Stimmen gegen 37 ab. Wohl aber wurde beschlossen, die Wirksamkeit der Regierung genau zu überwachen und gegebenenfalls unter Parteidruck zu stellen. Auf Beschluß der zentralen Parteibehörden sollten die parteiangehörigen Mitglieder der Regierung aus dieser auszutreten

verhalten sein, namentlich obligatorisch in dem Falle, wenn infolge Widerstandes der Bürgerlichen gegen die von den Arbeitern geforderten Reformen ein weiteres Zusammenarbeiten mit diesen sich als unmöglich erwiese. Zugleich wurde festgestellt, daß, obschon einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei dem Kabinett angehörten, die Partei nicht für die Mißstände der bürgerlichen Gesellschaft verantwortlich gemacht werden und daß die Teilnahme an der Regierung nicht den direkten Klassenkampf der Arbeiterschaft schwächen dürfe.

Die Resolution des Parteitags trug Kompromißcharakter. Im allgemeinen aber kann man sagen, daß im Augenblick unmittelbar nach der Revolution die Stimmung der Arbeiter wirklich sehr radikal war. Das kam auch in den anderen Resolutionen desselben Parteitages zum Ausdruck. So forderte dieser: die Beibehaltung der nach der Revolution errichteten Arbeitermiliz bis zur gesetzlichen Regelung der Polizei; die Linderung der Lebensmittelnot durch Ausdehnung der Getreideproduktion; die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Notstands-, vor allem durch Eisenbahnbauten.

Die Anregung, zur Erzwingung gewisser Reformen den Generalstreik anzuwenden, verwarf der Parteitag; auch warnte er vor lokalen politischen Streiks ohne Genehmigung des Parteivorstandes. Dagegen beschloß er — wenn auch unter Bedenken der Führer — den Anschluß an die Zimmerwalder Internationale, der von den anwesenden Vertretern der Bolschewikenseite eifrig befürwortet wurde.

Die wichtigste Frage, die den Parteitag beschäftigte, betraf die staatsrechtliche Stellung Finnlands. Einstimmig wurde eine von O. W. KUUSINEN verfaßte Resolution angenommen, welche die staatliche Selbständigkeit Finnlands forderte und außerdem den Wunsch nach Wiederherstellung des durch den russischen Imperialismus getrübbten guten Verhältnisses zwischen dem finnischen und dem russischen Volke zum Zwecke gegenseitiger fruchtbarer Beeinflussung und Unterstützung aussprach. Die Sache Finnlands, hieß es in der Resolution weiter, sei eine internationale. Zur Sicherstellung der Unverletzbarkeit seiner Freiheit bedürfe es internationaler Garantien in Gemäßheit der Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie, und die finnische Partei wende sich um ihre Erlangung an die anderen Bruderparteien und insbe-

sondere an die russische. Diese Resolution sollte dem bevorstehenden Ersten Allrussischen Rätekongreß durch vom Parteitag gewählte Delegierte überbracht werden.

18. Diese Delegierten wurden vom Allrussischen Rätekongreß sehr freundlich aufgenommen, und der Kongreß beschloß am 4. Juli eine von dem Menschewiken ABRAMOWITSCH und dem finnischen Sozialdemokraten EWERT HUTTUNEN ausgearbeitete Resolution, in der eine sehr weitgehende Erweiterung der finnländischen Autonomie befürwortet wurde, so daß nur Außenpolitik und Heer gemeinsam bleiben sollten. Außerdem anerkannte der Kongreß prinzipiell das Recht Finnlands auf Unabhängigkeit, jedoch nur unter der — von finnischer Seite nicht gebilligten — Bedingung: daß die endgültige Entscheidung hierüber der künftigen russischen Konstituante vorbehalten bleiben solle.

Durch diesen Beschluß des Rätekongresses ermutigt, schritten die führenden finnischen Sozialdemokraten alsbald daran, einen schon lange in der Kommission für die Grundgesetze vorliegenden Gesetzentwurf über die Verteilung der finnischen Staatsgewalt zwischen den finnischen und den russischen Behörden im Sinne des Kongreßbeschlusses abzuändern, und arbeiteten eine diesem genau angepaßte Gesetzesvorlage aus. Die rechtsstehenden Gruppen im finnischen Landtag widersetzten sich ihr: sie wollten nicht die russische Regierung reizen, hofften wohl auch noch, sich gegen den allzuroten Landtag auf die Reichsregierung stützen zu können. Als Vorwand machten sie aber geltend: das vorgeschlagene Gesetz hätte ja nicht die ersehnte Unabhängigkeit gebracht und es baue — wie man geringschätzig betonte — auf eine von einem russischen Arbeiter- und Soldatenkongresse angenommene Resolution. Die Landtagsmehrheit nahm aber am 18. Juli das Gesetz an und dies wurde im ganzen Lande, sowohl in proletarischen wie in bürgerlichen Kreisen, mit Befriedigung, ja sogar mit Begeisterung begrüßt. Der Reichsregierung wurde das so verabschiedete Gesetz amtlich gar nicht mehr zur Bestätigung übermittelt, sondern nur in einer Zuschrift die Hoffnung ausgesprochen, der Landtagsbeschluß werde von der Reichsregierung günstig aufgenommen werden.

Diese Erwartung erfüllte sich aber nicht. Vielmehr löste die Reichsregierung — der auch Sozialdemokraten angehörten! —

in einem Manifest vom 31. Juli den Landtag auf und schrieb Neuwahlen aus.

Die Sozialdemokraten verweigerten die Anerkennung des Manifests, da der Landtag eben sich u. a. das Recht arrogiert hatte, allein über sein Zusammentreten zu beschließen. Die meisten Bürgerlichen aber waren bereit, sich zu fügen, und sogar froh, den Landtag mit seiner roten Mehrheit loszuwerden. So beschloß denn die finnische Regierung unter dem Präsidium des Generalgouverneurs Stahowitsch mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die sozialdemokratischen, das Manifest zu promulgieren.

Diesem nun offen Trotz zu bieten, wagte allerdings auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht, obwohl eine Minderheit der Fraktion das forderte. Der sozialdemokratische Landtagspräsident, K. MANNER, verlas den Auflösungserlaß nicht, sondern begnügte sich damit, zu erklären, der Zeitpunkt der nächsten Sitzung würde von ihm bestimmt werden. Nach Absicht der Sozialdemokraten sollte der Landtagspräsident eine Sitzung des Landtages einberufen, so bald sich die Machtverhältnisse derart verschoben hätten, daß die russische Regierung nicht mehr über die Macht verfügen würde, die Zusammentretung des Landtages zu verhindern. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse ließ aber auf sich warten und unter der Bevölkerung rief die mangelnde Standhaftigkeit der sozialdemokratischen Fraktion Unwillen hervor. In den Parteikreisen wurde die Forderung laut, es sollte etwas getan werden. Der Landtagspräsident berief daher den Landtag zum 29. August, aber die Sitzung, zu der außer den Sozialdemokraten nur wenige bürgerliche Radikale erschienen, wurde von den russischen Behörden mit Militärgewalt verhindert. Am 28. September wurde der Versuch erneuert. In der Zwischenzeit war die Autorität der Reichsregierung immer mehr gesunken, und in der Helsingforscher Garnison hatten die Bolschewiken das Übergewicht. Das Militär weigerte sich denn auch, die Sitzung des Landtages zu verhindern, so daß sie stattfinden konnte: bei Anwesenheit der Sozialdemokraten und einiger Bürgerlicher, die mehr die Rolle als Zuschauer spielten. In dieser Sitzung wurde beschlossen, einige schon früher vom Landtage angenommene Gesetze zu bestätigen. In Betracht der veränderten Verhältnisse blieben aber diese Beschlüsse ohne jede praktische Bedeutung.

Auch die Sozialdemokraten hatten beschlossen, sich an den auf den 1. und 2. Oktober ausgeschriebenen Neuwahlen zu beteiligen, obwohl sie die Wahlausschreibung als ungesetzlich erklärten. In der Wahlagitation rafften die Bürgerlichen alle ihre Kräfte zusammen und nutzten die von der Sozialdemokratie begangenen Fehler und nicht am wenigsten die von den allmählich demoralisierten russischen Truppen in Finnland verübten Ausschreitungen gründlich aus. Mit dem Ergebnis, daß zwar die sozialdemokratische Stimmenzahl von 376 030 im Jahre 1916 auf 444 670 answoll, die der Bürgerlichen aber in noch höherem Maße, so daß die Sozialdemokraten es bloß auf 92 Mandate brachten, also 11 Mandate und damit die Mehrheit im Landtage verloren.

Schon vor den Wahlen waren alle sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung ausgetreten, da sie die weitere Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen als fruchtlos erkannten, und diese schlugen einen immer entschiedener bürgerlich-politischen Kurs ein.

19. Die Arbeiterschaft verlor damit ihre zwei bedeutendsten Machtpositionen im öffentlichen Leben und dieser Umstand verstärkte selbsttätig die auch früher schon vorhanden gewesenen außerparlamentarischen Neigungen. In der Tat waren die wichtigsten Errungenschaften der finnischen Arbeiterklasse — das allgemeine Stimmrecht 1906, nunmehr der 8stündige Arbeitstag u. a. — Ergebnis explosionsartiger Ausbrüche; die ruhigeren Zeiten hatten zu wenig Erfolge gesehen, als daß sich die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit hätte tiefer in die Volksseele einprägen können. Allzueinseitig hatte man die relative Erfolglosigkeit der Arbeiterbewegung während der zaristischen Zeit durch die Parteinahme des Zarismus für die Bourgeoisie erklärt und sich so daran gewöhnt, deren eigene Kraft zur Verteidigung ihrer Interessen zu unterschätzen. Man hatte also die Niederwerfung der Bourgeoisie, da sie keine Stütze mehr in Petersburg finden könne, als kinderleicht angesehen. Seit der März-Revolution beseelte die Arbeitermassen ein gärendes Kraftgefühl, das nach Betätigung drängte. Zwar waren die Führer bemüht, es einigermaßen zurückzudämmen, weil sie fürchteten, durch dessen Überspannung das bisher Errengene zu gefährden. Allein ihre Autorität war eine immer noch

geringe. So kam es, daß während des Jahres 1917 die Masse immer mehr als die wirklich treibende Macht hervortrat, oder daß neue Führer hervortraten, welche deren heiße Wünsche zum Ausdruck brachten, ohne die Möglichkeit ihrer Verwirklichung näher zu erwägen. Besonders anstachelnd wirkte auch das Beispiel und zum Teil die direkte Agitation der in Finnland befindlichen, revolutionär gesinnten russischen Truppen.

Nachdem im Herbst die russischen Befestigungsarbeiten in Finnland wegen Geldmangel eingestellt worden waren, wurden große Mengen von Arbeitern arbeitslos. Dies im Verein mit der von der bürgerlichen Regierung betriebenen unklugen Lebensmittelpolitik und dem Widerstand der Landwirte gegen die früher schon erlassenen Lebensmittelverordnungen, verschlimmerte die allgemeine Lage noch weiter. Überhaupt waren die Bürgerlichen noch nicht genügend davon überzeugt, daß tiefgreifende Reformen nötig seien, um das während des zaristischen Regimes Versäumte nachzuholen. Es bedurfte im Juli 1917 riesiger Massenkundgebungen, um die Gesetze über das allgemeine und gleiche kommunale Stimmrecht und den 8stündigen Arbeitstag im Landtage durchzusetzen, und noch stand die Bestätigung dieser Gesetze aus. Die Bourgeoisie begann vielmehr sich von dem Schrecken zu erholen, den ihr der Aufmarsch der Arbeitermassen eingeblöst hatte. Sie suchte nach einer Stütze für die Kämpfe, die erwartet werden konnten, und stellte die „Schutzkorps“ auf.

Diese stammten von den 1915—16 gebildeten geheimen Organisationen für den damals geplanten Aufstand. Nach der März-Revolution traten diese Organisationen allmählich aus Tageslicht und vermehrten sich. Sie hießen „Schutzkorps“, weil als eine ihrer Aufgaben der Schutz der Bevölkerung gegen die Ausschreitungen der russischen Soldaten galt. Sie bestand aber durchgehend aus bürgerlich Gesinnten, ihr Geist war der bürgerlich-patriotische, er wurde ständig sogar arbeiterfeindlicher, und es konnte vorausgesehen werden, daß sie erforderlichenfalls nicht nur gegen den russischen Imperialismus, sondern gegen alle Feinde der bürgerlichen Gesellschaft in Finnland sich wenden würden.

Unter den Arbeitern wurde das Dasein der Schutzkorps als Drohung empfunden. Sie empfanden das Bedürfnis, sich ihrerseits gegen sie zu schützen, und an einigen Orten wurden besonders

im Herbst 1917 spontan militärisch geordnete Arbeiterkorps gebildet, deren einige sich „Rote Garden“ nannten — eine Reminiszenz an die Roten Garden vom November 1905. Die zentralen Arbeiterorganisationen fanden es nötig, in diese Entwicklung einzugreifen, um nicht deren Führung zu verlieren. Sie erließen daher im September 1917 die Aufforderung, Garden zu bilden, reservierten aber hierbei dem Parteivorstand und der gewerkschaftlichen Landeszentrale maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Garden. Durch deren Bezeichnung als „Ordnungsgarden der Arbeiter“ wurde der defensive Charakter derselben betont. Zum obersten Befehlshaber der Garden wurde ein bekannter sozialdemokratischer Journalist, ALI AALTONEN, ernannt.

Die hiernach an mehreren Orten gebildeten Garden waren meist so gut wie unbewaffnet. Bald aber rissen in ihnen die extremen Elemente die Führung an sich, während die zentralen Parteibehörden immer mehr ihren Einfluß verloren. Das finnische Volk war also schon jetzt in zwei feindliche militärisch geordnete Lager gespalten.

20. Als der Landtag am 1. November zusammentrat, war die Lage bereits sehr kritisch geworden. Einige Tage hernach brach die bolschewistische Revolution in Petrograd aus und machte auch auf die finnischen Arbeiter einen überaus starken Eindruck. Der sozialdemokratische Parteivorstand und die gewerkschaftliche Landeszentrale kennzeichneten die Lage in einer gemeinsamen Proklamation vom 8. November, in der es hieß: „Die Glocken der Revolution läuten. Sie erzählen aus Petrograd, daß die dortigen revolutionären Soldaten und Arbeiter die Macht ergriffen haben, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Eine Reihe großer historischer Ereignisse hat also angefangen. Sie wirken sicherlich auch auf unsere Verhältnisse zurück. Die Arbeiterschaft sei also auf der Hut . . . Sie möge ihre Kaltblütigkeit und unverrückbare demokratische Ordnung in ihrer Mitte bewahren. Zur Erreichung der Ziele der revolutionären Arbeiterschaft ist organisierte Zusammenarbeit vonnöten, und ungeordnete Krakeele sind nur schädlich . . . Parteivorstand und Gewerkschaftszentrale verfolgen in naher Wechselwirkung mit der Leitung der Ordnungsgarden der Arbeiter den Gang der Ereignisse . . .“

Bemüht, die Forderungen der Arbeiterschaft mit friedlichen

Mitteln zu fördern, stellte die Landtagsfraktion ein Verzeichnis der dringendsten Arbeiterforderungen auf unter der Überschrift „Was wir fordern“ und legte es in ultimativer Form dem Landtage vor. In diesem von O. W. KUUSINEN, dem hervorragendsten Theoretiker der Partei, verfaßten Programm wurde — unter Betonung der Solidarität mit der internationalen proletarischen Friedensbewegung — die Bourgeoisie einer „Politik der Unzurechnungsfähigkeit“ beschuldigt. Sie habe durch Anerkennung der Auflösung des Landtags durch die russische Regierung den Weg der „systematischen Ungesetzlichkeit“ betreten und sich die russischen Unterdrücker als Verbündete zugesellt. Der Landtag solle sich nun mit einer Kundgebung an das finnische Volk wenden und bereit erklären: die Lebensmittelnot und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die in der Sommersession angenommenen Gesetze über die Staatsgewalt, das kommunale Stimmrecht und den 8stündigen Arbeitstag zu bestätigen, das bürokratische System in der Verwaltung zu beseitigen, die Schutzkorps aufzulösen, den Kleinpächtern Unabhängigkeit von den Gutsbesitzern zu gewährleisten, die Invaliden- und Krankenversicherung sowie eine Steuerreform durchzuführen und das Verhältnis zu Rußland zu ordnen. Nach Lösung dieser dringenden Aufgaben solle eine Konstituante einberufen werden auf Grundlage des Wahlrechtes aller über 20 Jahre alten finnischen Bürger.

Ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion hätte es vorgezogen, die vorstehenden Forderungen nicht in Form eines Gesamtprogramms, sondern jede für sich dem Landtage vorzulegen, um so durch die Möglichkeit der Einzelbehandlung ihre Durchsetzung wenigstens teilweise zu sichern. Sie blieben aber in der Minorität. Die bürgerlichen Parteien aber erklärten denn auch am 9. November mit 106 gegen 90 Stimmen das „Wir fordern“-Programm als Ganzes für unannehmbar, insbesondere aber hielten sie an den Schutzkorps fest. Denn die führenden Kreise der Bourgeoisie waren sich durchaus darüber im klaren, daß es zu offenem Kampf mit Rußland oder auch mit der einheimischen Arbeiterschaft kommen könnte und wollten dabei nicht nur auf die Hilfe der deutschen Truppen rechnen.

Drei Tage darauf, am 12. November, trat der Gewerkschaftskongreß zusammen. Er brachte die in der Arbeiterschaft herr-



schende Erbitterung in einer Proklamation vom 13. November zum Ausdruck und forderte sofortige Verabschiedung und Promulgierung der Gesetze über die Staatsgewalt und die wichtigsten Sozialreformen. Für den Fall der Ablehnung dieses Ultimatums durch den Landtag wurde der Generalstreik angedroht.

In der Landtagssitzung vom selben Tage verlangten demgemäß die Sozialdemokraten zunächst die endgültige Annahme des Gesetzes betreffend die Staatsgewalt, der Landtagspräsident aber weigerte sich aus formalen Gründen, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Infolgedessen wurde sofort aus Vertretern des Parteivorstandes, der gewerkschaftlichen Landeszentrale, der Landtagsfraktion und der Helsingsforscher Arbeiterorganisationen ein Revolutionärer Zentralrat der Arbeiter bestellt, der für den nächstfolgenden Morgen den Generalstreik proklamierte, der tatsächlich am 14. November im ganzen Lande einsetzte.

Am 15. November behandelte dann der Landtag die Frage der Ausübung der Staatsgewalt. Ihre, wenn auch nur provisorische, Lösung war um so notwendiger, weil inzwischen die KERENSKI-Regierung endgültig aus der Arena verschwunden war und die weitere Entwicklung der Zustände in Rußland nicht abgewartet werden konnte. Trotzdem wurde der Vorschlag der Sozialdemokraten neuerdings verworfen; und desgleichen der — von den Konservativen unterstützte — Vorschlag des Landtagspräsidenten, die früheren Machtbefugnisse des Kaisers und Großfürsten auf die finnische Regierung zu übertragen. Dagegen wurde mit 127 (sozialdemokratischen und bauernbündlerischen) Stimmen gegen 68 (konservative) ein Antrag des Bauernführers S. ALKIO gebilligt, wonach — angesichts des Sturzes der russischen Regierung — der finnische Landtag „vorläufig selbst die Macht ausüben sollte, welche den bisherigen Satzungen gemäß dem Kaiser und Großfürsten zugestanden hatte“. Das bedeutete die tatsächliche Selbständigkeitserklärung Finnlands, und der Landtag benutzte auch sofort seine neue Machtfülle. In der Nacht auf den 16. November sanktionierte er, unter dem Druck der um das Landtagsgebäude versammelten erregten Arbeitermassen, mit 149 gegen 42 Stimmen den Achtsturentag und mit 147 gegen 45 Stimmen das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen.

Der Generalstreik aber dauerte noch fort. Er nahm einen zum Teil unruhigen Verlauf und es wurden etwa 30 Morde verübt, welche die Erbitterung der Bürgerlichen auf das äußerste steigerten. Die extremen Elemente unter den Arbeitern, an ihrer Spitze die rote Garde und die Arbeiter in Helsingfors, forderten, die Sozialdemokratie solle revolutionär die Staatsgewalt übernehmen. Dem schloß sich auch die Leitung der gewerkschaftlichen Landeszentrale an und auch LENIN befürwortete es sowohl durch Emissäre als auch in einem eigenhändigen Schreiben an führende finnische Sozialdemokraten. Der Parteivorstand aber und besonders die Mehrheit der Landtagsfraktion waren anderer Ansicht. Nach ihrer Meinung hatte der Streik schon bedeutende Resultate gezeitigt; weitere seien nicht zu erwarten; er solle also — am 19. November — abgebrochen werden. Dafür werde dem Landtage die Ernennung einer sozialdemokratischen Regierung vorgeschlagen werden. Diese Parole rief unter einigen Teilen der Arbeiterschaft Unzufriedenheit hervor; der Streik dauerte mancherorten noch einige Tage fort; und zum erstenmal wurde nun auch in Finnland die Beschuldigung laut: „Die Führer haben uns verraten!“ Die Parteileitung verlor jedenfalls immer mehr ihre Autorität.

Der Versuch, dem Lande eine sozialdemokratische Regierung zu geben, wurde wirklich gemacht. Er war aber von vornherein zum Mißlingen verurteilt. Die durch die Gewalttaten infolge des Generalstreiks und durch Ausschreitungen lumpenproletarischer Elemente ergrimimte Bourgeoisie schloß sich immer fester, und in der Sitzung des Landtages vom 26. November wurde nach hitziger Debatte mit 100 bürgerlichen gegen 80 sozialdemokratische Stimmen eine überwiegend konservative rein bürgerliche Liste mit dem angesehenen Patrioten P. E. SVINHUFVUD an der Spitze eingesetzt. Die sozialdemokratische Liste mit O. TOKOI an der Spitze wurde abgelehnt. Die Kluft zwischen den beiden Klassen wurde hierdurch noch erweitert und eine friedliche Lösung der brennenden Tagesprobleme noch mehr erschwert.

21. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion war während der erregten Tage des Generalstreiks bemüht gewesen, die Entwicklung in ruhigen Bahnen zu halten. Deshalb hatte sie auch den Vorschlag, auf revolutionärem Wege sich der Regierungs-

gewalt zu bemächtigen — mit 44 Stimmen gegen 33 —, abgelehnt. Zugleich aber verlangte sie vom Parteivorstand die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zur Erörterung der künftigen Taktik. Dies geschah.

Dieser Parteitag trat bereits am 25.—27. November unter dem Präsidium des Vorsitzenden des Parteivorstandes KULLERVO MANNER, ferner AUG. LEHTOS (Helsingfors), J. WUORISTOS (Wiborg) und K. AHMALAS (Uleaborg) in Helsingfors zusammen. Anwesend waren 130 Vertreter. MANNER stellte in seiner Begrüßungsrede fest, daß sich der Generalstreik, dessen Absicht eine friedliche gewesen sei, zum Teil zu einer revolutionären Bewegung entwickelt habe und daß nachher die Zustände sich immer mehr zugespitzt hätten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die überaus wichtige Frage nach der Taktik, über welche O. W. KUUSINEN referierte. Obwohl bereits selbst zu revolutionärem Vorgehen geneigt, würdigte er objektiv die verschiedenen Möglichkeiten. Bei revolutionärer Übernahme der Staatsgewalt könnten die Arbeiter wohl die Macht in den größeren Städten, besonders im Süden des Landes behaupten. Im nördlichen Finnland dagegen seien die Bürgerlichen, auf ihre Schutzkorps gestützt, die stärkeren. Würden die Arbeiter ihre Macht benutzen, um allen Staatsbürgern vom 20. Jahr an das Wahlrecht einzuräumen, so könnten sie künftig auch gesetzlich und parlamentarisch die Macht behalten. Aber es sei wohl zu erwägen, daß die Bourgeoisie furchtbar erregt sei und die Gewalttätigkeiten während des Generalstreiks rächen wolle. Es sei gefährlich, ihr die Initiative zu überlassen. Doch dürfe nicht verhehlt werden, daß eine Niederlage noch furchtbarere Rache und die Unterdrückung der ganzen Arbeiterbewegung mit sich ziehen würde.

In der Debatte traten drei Richtungen hervor.

Für die Revolution sprachen der damalige oberste Befehlshaber der Roten Garde ALI AALTONEN, der spätere Führer derselben EERO HAAPALAINEN, der spätere Vorsitzende der Revolutionsregierung K. MANNER, und der nachmalige Kommissar des Auswärtigen YRJÖ SIROLA. Sie erklärten die Lage als für ein friedliches Vorgehen nunmehr durchaus ungeeignet. Die Bourgeoisie sei bewaffnet, und die Arbeiter müßten ihre Taktik nach

den Tatsachen einrichten. Es sei verwerflich, die revolutionäre Tätigkeit der Massen zu fürchten.

Gegen die revolutionären Pläne sprachen die alten bewährten Führer EETU SALIN, T. TAINIO und SETH HEIKKILÄ, ferner EWERT HUTTUNEN, ALEX. HALONEN u. a. K. H. WIIK faßte die Gründe gegen ein revolutionäres Vorgehen dahin zusammen: Eine Revolution sei berechtigt nur als geschichtliche Notwendigkeit. Diese Voraussetzung träfe aber nicht zu. Die praktischen Schwierigkeiten würden sich häufen: Lebensmittelnot, Sabotage durch die Fabrikbesitzer und Techniker, passiver Widerstand der Beamten, staatsfinanzielle Schwierigkeiten, Unmöglichkeit, das Lumpenproletariat, das während des Generalstreikes die Freiheitsbewegung der Arbeiterschaft entehrt habe, im Zaum zu halten; außerdem sei zum Teil die demoralisierte russische Soldateska, in der manche eine unerschütterliche Stütze der Revolution sehen, bei weitem nicht zuverlässig.

Eine nurparlamentaristische Gruppe, die sich schon vor dem Parteitag auf ein einheitliches Auftreten auf demselben geeinigt hatte, trat mit einem eigenen Resolutionsentwurf hervor, in dem der Gedanke an eine Diktatur des Proletariats ausdrücklich abgelehnt und als Aktionsformen der Arbeiterbewegung nur die bisherigen — die friedliche politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, parlamentarische und kommunale Tätigkeit — anerkannt wurden.

Der unter den finnischen Arbeitern überhaupt so starke Drang nach Zusammenhalten zeigte sich auch diesmal, und zwar so, daß eine klare Entscheidung der brennendsten Fragen ausblieb. K. M. EVÄ, E. ELO, O. ELFWING, A. WESLEY u. a. vermittelten und wünschten eine Resolution, die keine der auf dem Parteitage repräsentierten Bestrebungen ausschloß. Auch der einflußreiche O. W. KUUSINEN schloß sich im Laufe des Parteitags diesem Standpunkt an. So kam es denn, daß zunächst in einer Probeabstimmung die revolutionäre Auffassung mit 59 Stimmen gegen 43 abgelehnt wurde und daß sodann die Frage in eine Kommission verwiesen wurde, deren von O. W. KUUSINEN verfaßtes Referat den Kompromißstandpunkt vertrat. Die folgende Abstimmung brachte die Verwerfung des nurparlamentaristischen Resolutionsantrags mit 59 gegen 44 Stimmen und weiterhin der Diktatur-

förderung mit 67 gegen 28 Stimmen. Es siegte also der von der Kommission befürwortete Kompromißvorschlag.

Die Sozialdemokratie — hieß es in der angenommenen Resolution — ist bestrebt, ihre große geschichtliche Aufgabe mit allen den Mitteln zu verwirklichen, die dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechen. Sie fordert auch für die Arbeiterschaft das Recht, sich wenn nötig mit bewaffneter Hand gegen bewaffnete Gegner zu verteidigen. Mehr Gewalt als zur Unterdrückung gegnerischer Gewalt nötig ist, soll aber nicht gebraucht werden. Mord, Raub u. dergl. werden verurteilt. Die zur Selbstverteidigung gebildeten Ordnungsgarden sollen zu zuverlässigen, unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen stehenden und ihren bewährten taktischen Grundsätzen gemäß wirkenden Institutionen entwickelt werden. — Betreffend die Regierungsfrage führte die Resolution aus: „Da in diesen revolutionären Zeiten Sachlagen möglich seien, in denen zur Durchführung der grundlegenden Forderungen der Arbeiterklasse nötig sein könne, daß die Sozialdemokraten allein oder in Koalition mit einer bürgerlichen Kabinettsminderheit die Staatsgewalt übernehme, sollen die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Parteirat zu jeglicher Zeit prüfen, ob von der einen oder der anderen dieser Möglichkeiten mehr Nutzen als Schaden und Gefahr für den sozialdemokratischen Klassenkampf mit Sicherheit zu erwarten sei. Gelangen beide Instanzen zu demselben Beschluß und diesbezüglichen Bedingungen, da sei der betreffende Beschluß vorläufig gestattet.“

Die größte und von der Minderheit des Parteitages tief bedauerte Schwäche dieser Resolution war, daß sie alle Möglichkeiten offen ließ, ohne auch nur anzudeuten, in welche Richtung die Partei streben solle. Die künftige Entwicklung der Dinge wurde mit vulgärmarxistisch drapiertem Fatalismus dem Zufall überlassen und die Folge war, daß tatsächlich die Partei in den folgenden Monaten immer mehr die Führung auch unter den Arbeitern selbst verlor. Nicht einmal jene Punkte der Resolution wurden verwirklicht, die von unmittelbarer praktischer Bedeutung gewesen wären, nämlich jene, welche sich gegen den Mutwillen der extremen Elemente der Arbeiterschaft richteten und von den Ordnungsgarden Disziplin forderten.

22. Die vom Parteitag vorausgesetzte Koalitionsregierung kam

nicht zustande. Vielmehr wurde, noch während er tagte, vom Landtag das Ministerium SVINHUFVUD gewählt. Die Arbeiterklasse, die sich von legalem Einfluß auf die Dinge abgeschnitten empfand, wurde immer mehr auf revolutionäre Wege getrieben. Die sozialdemokratische Parteileitung war immer weniger imstande, die wirkliche Führung zu behalten und diese geriet in die Hände Extremes, welche hinter dem Rücken der Leitung direkt mit den Bolschewiken zusammenarbeiteten. Die Parteileitung empfand aber die Notwendigkeit, sich den Massen anzunähern, um diese zu beruhigen. Zu diesem Zweck wurde dem Parteirat, der in den Tagen des 19.—22. Januar 1918 in Helsingfors zusammentrat, vorgeschlagen, den Parteivorstand durch einige neue linksgerichtete Mitglieder zu ergänzen, um so der Linken stärkeren Einfluß im Parteivorstande zu sichern. Das geschah auch. Zugleich wurde beschlossen, den Parteitag zu Mai zusammenzurufen. Noch vorher schon sollte eine Delegiertenkonferenz der sozialdemokratischen Gemeindeorganisationen zusammentreten, damit die Meinung der Arbeiterschaft in allen Teilen des Landes genau klargestellt werde. Wenn man aber gehofft hatte, so einen Modus vivendi zu schaffen, so erwies sich das sofort als Irrtum. Die neu kooptierten Mitglieder des Parteivorstandes erwiesen sich als eifrige Verteidiger der revolutionären Richtung und setzten eine Arbeitsteilung innerhalb des Parteivorstandes durch, kraft deren die alten Vorstandsmitglieder sich nur mit den inneren wirtschaftlichen Angelegenheiten befassen sollten, wogegen die politischen dem hauptsächlich aus den neuen, revolutionär gesinnten Mitgliedern bestehenden „revolutionären Komitee“ zugeteilt wurden.

Auch unter den Bürgerlichen hatten inzwischen die Intransigenten ständig an Einfluß gewonnen. Die deutsch-orientierte aktivistische Politik wurde nunmehr nicht nur von begeisterten Jünglingen getragen: auch bewährte konservative Führer hatten sich ihr angeschlossen. Seit dem November 1917 hatten offizielle Verhandlungen mit dem deutschen Hauptquartier stattgefunden, und obwohl die deutschen Machthaber lange zögerten, ehe sie bewaffnete Unterstützung versprachen, wurden doch sofort Waffen nach Finnland gesandt und dort in aller Stille an der Küste gelöscht und unter den Schutzkorps verteilt.

Die Selbständigkeit Finnlands wurde indessen international anerkannt. Die deutsche Regierung, an welche sich die finnische Regierung in solcher Absicht gewendet hatte, forderte die Finnen auf, zuerst ihr Verhältnis zu Rußland zu ordnen, und SVINUFVUD sah sich gezwungen, eben das zu tun, was schon mehrmals die finnischen Sozialdemokraten ihm geraten hatten: sich an die Räteregierung zu wenden, um deren Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands zu erlangen. Diese Anerkennung wurde auch sofort, um die Jahreswende 1917/18, und um so bereitwilliger erteilt, weil der finnische sozialdemokratische Parteivorstand, obwohl ohne Kenntnis der Maßnahmen der Regierung, eben zu derselben Zeit eine Deputation nach Petersburg entsandte, um an die LENINSche Regierung eine ähnliche Aufforderung zu richten. Auch die deutschen Machthaber hatten aller Wahrscheinlichkeit nach die Räteregierung in diesem Sinne beeinflußt. Trotzdem beeilte sich die Räteregierung nicht, ihre Truppen aus Finnland abzuziehen. Offenbar, weil sie eine deutsche Landung fürchtete. Auch der sozialdemokratische Parteirat trug diesem Umstand Rechnung und erklärte in seiner Januarsitzung in einer besonderen — nachher als „landesverräterisch“ gestempelten — Resolution, daß er den unmittelbaren Rückzug der russischen Truppen nicht fordere. Die bürgerlichen Patrioten aber wollten auch nur temporär russische Truppen in Finnland nicht mehr dulden. Und wenn auch Krieg nicht nötig gewesen, um die Russen zu vertreiben, so erschien er ihnen wohl doch zur Niederhaltung der unruhigen Elemente der einheimischen Arbeiterschaft und zur Aufrichtung einer unumschränkten Herrschaft der Bourgeoisie erwünscht. Offenbar war jedenfalls, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein Krieg, wenn auch als „Befreiungskrieg“ aufgefaßt und begonnen, unmittelbar zum Bürgerkriege führen mußte.

Einem Rate der deutschen Machthaber folgend, ermächtigte der Landtag am 9. Januar 1918 gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten, welche die schweren Folgen voraussahen, die Regierung, als Stütze der Staatsgewalt ein bewaffnetes Korps zu errichten. Und diesem ersten Schritt folgten rasch andere. In aller Heimlichkeit wurde Mitte Januar in Helsingfors ein Generalstab gebildet und zum Obersten Befehlshaber der künftigen Armee

wurde ein in russischen Diensten gestandener Finnländer, der General C. G. MANNERHEIM, ernannt. In einer in Wasa, einer Stadt an der Küste des Botnischen Meerbusens, stattgefundenen Beratung beschloß der Stab, den Krieg sofort zu beginnen. Als Kern der finnischen Armee standen die im Norden befindlichen Schutzkorps zur Verfügung, aber außerdem wurde später ein allgemeines Aufgebot erlassen.

Diese Maßnahmen blieben zunächst den Arbeitern unbekannt. Allein einige verfrühte Bewegungen der kampfeslustigen Schutzkorps in der Gegend von Wiborg sowie die auffallende Dirigierung einer Menge von Eisenbahnwagen nach dem Norden erwiesen, daß die Entscheidung bevorstand. In den führenden Arbeiterkreisen wurde nunmehr der Drang übermächtig, sich gegen die anstürmende Reaktion zu verteidigen — obwohl einige hervorragende sozialdemokratische Führer noch immer ihre Bemühungen fortsetzten, um eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Am 26. Januar 1918 forderten einerseits die Regierung, anderseits das „Revolutionäre Komitee der Arbeiter“ in dunkel formulierten Proklamationen ihre Anhänger auf, sich für die bevorstehenden Ereignisse bereit zu halten. Zugleich wurde der Krieg im Norden begonnen, indem die schon größtenteils demoralisierten russischen Garnisonen entwaffnet, die führenden Personen der Arbeiterorganisationen verhaftet und zum Teil ermordet, die Organisationen selbst und die Arbeiterzeitungen unterdrückt wurden. So gut wie gleichzeitig, am Sonntag den 27. Januar, wurden in Helsingfors die Regierungsgebäude von den revolutionären Arbeitern besetzt, und zwar ohne Widerstand, denn die Regierung und ihre Anhänger flüchteten, soweit möglich nach dem Norden, um sich mit der dortigen „weißen“ Armee zu vereinigen. Am 28. erließ das Revolutionäre Komitee einen „Revolutionsaufruf“ an das finnische Volk, in dem es hieß: „Alle revolutionäre Macht in Finnland ist nunmehr den organisierten Arbeitern und ihren revolutionären Organen zugefallen.“ Als Revolutionsorgane sollten gewählt werden das finnische Volkskommissariat und der Zentralrat der Arbeiter. Die Mitglieder des Volkskommissariats wählten sich aber tatsächlich selbst und erst nachher wurde der Beschluß den Helsingforsern Arbeitern zur formalen Bestätigung vorgelegt. Vorsitzender des Volkskommissariats wurde KULLERVO



MANNER. Was die einzelnen Ressort-Kommissariate anbelangt, so übernahmen: das Auswärtige YRJÖ SIROLA; das Innere EERO HAAPALAINEN (der zugleich Oberster Befehlshaber der Roten Armee war) und ADOLF TAIMI; die Justiz LAURI LETONMÄKI und ANTTI KIVIRANTA; das Unterrichtswesen O. W. KUUSINEN; die Finanzen JALO KOHONEN, der später durch Dr. EDW. GYLLING ersetzt wurde; Arbeit J. LUMIWUOKKO (später wurde aus dem Arbeitskommissariat eine besondere Sozialabteilung ausgeschieden mit J. O. ARJANNE und Frau HILJA PÄRSSINEN an der Spitze); die Landwirtschaft EWERT ELORANTA; die Lebensmittelversorgung OSKARI TOKOI; das Verkehrswesen KONSTANTIN LINDQUIST; das Postwesen EMIL ELO und Justizkanzler MATTI TURKIA. Als Kriegskommissare wirkten die beiden Kommissare des Innern; später widmeten sich diese nur den militärischen Angelegenheiten, während die Angelegenheit des Innern von M. AIROLA und Frau HANNA KARHINEN übernommen wurde.

Die revolutionäre Regierung stieß zunächst auf den Widerstand der Beamten: diese blieben ausnahmslos ihren Ämtern ferne und diese wurden mit Revolutionären besetzt. Zu diesem Zweck wurden so gut wie alle disponiblen Kräfte in der Partei verwendet. Auch diejenigen unter ihnen, welche die Revolution mißbilligten, betrachteten es meist als ihre Pflicht, jetzt, da sie einmal begonnen war, bei ihrer Durchführung mitzuwirken, um womöglich die Reaktion abzuwehren, die im Falle eines Mißlingens drohte. Die rote Garde wurde sofort gegen Norden dirigiert und zwischen ihnen und den Weißen Truppen entstand eine Front, welche nördlich von Björneborg am Bottnischen Meerbusen anfang, sich in nordöstlicher Richtung zur Eisenbahnstation Wilppula nördlich von Tammerfors und von dort in südöstlicher Richtung in die Gegend nördlich von Wiborg erstreckte.

Den 2. Februar forderte der sozialdemokratische Parteivorstand, der damals so gut wie ganz aus denselben Mitgliedern bestand wie das Volkskommissariat, in einem Manifest die Arbeiter der anderen Länder auf, für die internationale Revolution zu wirken. Am 4. Februar trat der sozialdemokratische Parteirat zusammen und erließ — angesichts der vollzogenen Tatsachen — eine Kundgebung, in der er das Volkskommissariat als Landesregierung sowie die von diesem erlassenen Gesetze anerkannte:

mit der gleichzeitigen Forderung jedoch, daß die wichtigsten der letzteren durch Volksabstimmung sanktioniert werden sollten. In derselben Proklamation warnte der Parteirat vor Anarchie, betonte die Bedeutung humanen Auftretens gegen die Gegner und anerkannte die Rote Garde — wie die Ordnungsgarden nunmehr genannt wurden — als staatliche Institution, jedoch unter der Bedingung, daß die Garde sich dem Zentralrat der Arbeiter unterordne und auf rein militärische Aufgaben beschränke. Die wichtigeren Produktionszweige sollten kontrolliert, zur Sozialisierung aber sollte nur mit grosser Vorsicht geschritten werden. Der Zentralrat sollte aus 40 Mitgliedern bestehen, deren 15 vom sozialdemokratischen Parteirat, 10 von den gewerkschaftlichen Zentralorganisationen, 10 von der Roten Garde und 5 von den Arbeitern in Helsingfors gewählt werden sollten. Die Wahl wurde auch in den folgenden Tagen durchgeführt.

In derselben Sitzung des Parteirates wurde ein neuer Parteivorstand gewählt, der während des ganzen Bürgerkrieges auf die Überwachung lediglich der inneren Parteiangelegenheiten sich beschränkte, da die politische Macht dem Volkskommissariat zustand. Auch der Zentralrat, der die Rolle eines Parlamentes spielen sollte, hatte nur geringe praktische Bedeutung.

Die wichtigste aller gesetzgeberischen Initiativen der Revolutionszeit war der Entwurf einer neuen Staatsverfassung für das selbständige Finnland. Derselbe wurde am 23. Februar vom Volkskommissariat veröffentlicht. Er war durchgehend auf demokratischer Basis aufgebaut und bestimmt, die demokratischen Prinzipien bis in ihre letzten Schlußfolgerungen zu verwirklichen. Von Diktatur und Rätssystem war keine Rede, wie überhaupt die Ideologie der finnischen Arbeiterrevolution von 1918 eine durchaus demokratische war. Die kommunistischen Prinzipien waren weder den führenden sozialdemokratischen Kreisen in Finnland bekannt noch wurden sie von ihnen gebilligt. Es war beabsichtigt, den Entwurf der Staatsverfassung nach dem militärischen Siege der Volksabstimmung zu unterziehen.

Auf dem sozialen Gebiete sind einige Maßnahmen der Revolutionszeit hervorzuheben.

Durch ein Dekret vom 31. Januar wurde der Versuch gemacht,

die brennende Kleinpächterfrage zu lösen und der Revolution die Unterstützung der Kleinpächter zu sichern. Es wurde ausgesprochen, daß diese nunmehr von den Grundbesitzern unabhängig seien. — Obwohl die Revolution nicht als eine soziale aufgefaßt wurde, sahen sich die revolutionären Behörden infolge Sabotage von seiten einiger Arbeitgeber gezwungen, in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Es wurden in den Fabriken „Fabrikkomitees“ gewählt mit einem vom Arbeitskommissariat ernannten Kommissar an der Spitze. — Um die Nutzung verlassener oder aus anderen Gründen beschlagnahmter Grundstücke zu sichern, sollte in jeder Gemeinde eine sogenannte Siedlungskommission gewählt werden. — Dekrete betreffend kommunale Arbeitsvermittlung und kommunale Notstandsarbeiten wurden erlassen. — Gegen Ende der Kriegszeit erschien — ohne Zweifel in der Absicht, die Bauern, welche die Mehrheit der Weißen Armee bildeten, günstig zu stimmen — ein Dekret, wonach die Unterhaltung der Landstraßen vom Staate übernommen wurde. — Die Absicht, den von den Sägemühlengesellschaften besessenen Boden zu enteignen, gelangte nicht zur Verwirklichung. — Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens wurde eine Reform des Unterrichts, besonders in der Geschichte, angeordnet; das hatte aber kaum eine praktische Bedeutung, weil die große Mehrzahl der Schulen infolge Sabotage von seiten der Lehrer stillstanden. — Festgehalten sei noch, daß gleich zu Beginn der Revolutionszeit die Todesstrafe offiziell abgeschafft wurde. Freilich kamen trotzdem Hinrichtungen vor, auch auf der „roten“ Seite der Front, aber nur infolge von Übergriffen einiger militärischer Befehlshaber und gegen den wiederholt und energisch ausgesprochenen Willen der führenden Revolutionäre. — Im übrigen bestand die Gesetzgebung der Revolutionszeit in Verordnungen betreffend: die Zivilverwaltung der Provinzen und Gemeinden, das Milizwesen, die Lebensmittelverhältnisse, die Steuern, das revolutionäre Gerichtswesen u. a.

Die bemerkenswerteste politische Aktion des finnischen Volkskommissariats war ein mit Rußland geschlossener Vertrag vom 1. März 1918. Durch denselben wurde das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und der nunmehr selbständigen Republik Finnland geordnet. Beide Kontrahenten sicherten einander für alle Zukunft freien Zutritt zu ihren Häfen zu und versprachen, ihren beider-



seitigen Bürgern eine begünstigte Stellung zu gewähren. Rußland versprach, seine Truppen aus Finnland zu entfernen und trat an Finnland ein bedeutendes Territorium an der Küste des Eismees ab. Etwaige Streitigkeiten über die Auffassung dieses Abkommens sollten von einem Schiedsgericht geschlichtet werden, dessen Vorsitzender von der linkssozialdemokratischen Partei Schwedens ernannt werden sollte.

Gegen Ende Februar wurde Helsingfors von einer Deputation der schwedischen Sozialdemokratie besucht, bestehend aus dem Stockholmer Bürgermeister CARL LINDHAGEN, dem Parteisekretär GUSTAV MÖLLER und dem Vertrauensmann ARWID THORBERG. Sie sollte das finnische Volkskommissariat zu Friedensverhandlungen bewegen. Der Versuch blieb aber ebenso erfolglos wie ein gleichartiger Vorschlag der schwedischen Regierung an die in Wasa residierende „weiße“ Regierung. Auch sonstige gleichgerichtete Bemühungen einzelner in Helsingfors wohnender, außerhalb der revolutionären Bewegung stehender Sozialdemokraten, vor allem EDW. WALPAS, blieben vergeblich.

Indessen häuften sich die Schwierigkeiten, gegen die das Volkskommissariat zu kämpfen hatte. Es bewährten sich nacheinander die pessimistischen Voraussagen vom November-Parteitag. Die Lebensmittelversorgung wurde immer schwerer und unzulänglich und daß ein nach Sibirien entsandter Eisenbahnzug auch wirklich nach einer abenteuerlichen Reise eine Getreideladung ins Land brachte, half nicht viel. Die zur Verfügung stehenden Vorräte wurden übrigens unparteiisch unter Arbeiter und Bürgerliche verteilt. — Die finanziellen Schwierigkeiten nötigten zur Fortsetzung der schon von den früheren Regierungen während des Weltkrieges begonnenen Papiergeldinflation. — Die aus Rußland erwartete Hilfe blieb meistens aus. Nur Waffen erhielt man von dort, sonstige militärische Hilfe aber nicht, indem nur einige hundert Russen als Freiwillige an den Kämpfen teilnahmen. Offenbar wurden die Bolschewiki von den Deutschen zu dieser Passivität genötigt. Die Rote Armee selbst war sehr schlecht geführt und zu ungleich zusammengesetzt, um einer gut durchdachten und energischen Aktion fähig zu sein. Die Weiße Armee dagegen hatte in den deutsch geschulten sogenannten Jägern vorzügliche Führer, und die Mannschaft wurde durch die Ideologie

des „Befreiungskrieges“ zu einem maßlosen Haß gegen die „Landesverräter“ aufgestachelt.

Die langwierigsten Kämpfe wurden bei Wilppula nördlich von Tammerfors ausgefochten. Mitte März wurde die Rote Armee aus ihrer dortigen Position vertrieben und zog sich gegen Tammerfors zurück, worauf diese wichtige Stadt bald von den aus verschiedenen Richtungen heranstürmenden weißen Truppen eingeschlossen wurde. Etwas früher, Anfang März, war Aland von einer deutschen Truppe besetzt worden und die weißfinnisch-deutsche Freundschaft begann endlich ihre Früchte zu zeitigen. Das Volkskommissariat erhob gegen die Besetzung der Aland-Inseln Einspruch, wandte sich aber, durch Vermittlung des Befehlshabers der auf Aland befindlichen deutschen Truppen an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen, im finnischen Bürgerkriege als Schlichter aufzutreten. Auch dieser Schritt blieb erfolglos. Am 3. April landeten dann vom General VON DER GOLTZ geführte deutsche Truppen in Hangö; die dortigen roten Wachtposten flohen und die Deutschen drangen, beinahe ohne Widerstand zu begegnen, bis in die Nähe von Helsingfors vor. Infolge von Verhandlungen zwischen ihnen und den in Helsingfors befindlichen russischen Militärbehörden wurde aber den Russen genügend Zeit gelassen, um ihre wertvolle Flotte aus dem Hafen von Helsingfors zu entfernen. Erst am 12. April rückten die deutschen Truppen in Helsingfors ein. Gleichzeitig erhoben sich die in der Stadt befindlichen Weißen, die sich in aller Stille bewaffnet hatten, und am folgenden Tag war die ganze Stadt in ihren Händen. Tammerfors war schon einige Tage früher von der MANNERHEIMschen Armee erobert worden. Diese vereinigte sich mit der deutschen und die Reste der Roten Armee zogen gegen Osten, wobei ihnen zum Teil infolge der Landung einer deutschen Truppe bei Kotka der Rückzug abgeschnitten wurde.

Vorher schon, bereits Anfang April hatte das Volkskommissariat Helsingfors verlassen und war nach Wiborg übersiedelt, von wo dann die Mehrheit seiner Mitglieder gegen Ende des Monats nach Petersburg flüchtete. Wenige Tage später, am 30. April, wurde die Stadt nach heißen Kämpfen von den weißen Truppen erobert und die roten Kämpfer gefangen. Bald darnach kapitulierten die abgeschnittenen Reste der Roten Armee in den

Gegenden von Kymi, Tawastehus und an anderen Orten und am 16. Mai zog MANNERHEIM an der Spitze seiner siegreichen Armee in Helsingfors ein, wohin auch inzwischen die weiße Regierung übersiedelt war. Der Revolutionsversuch des finnischen Proletariats war endgültig niedergeschlagen.

Einer halbjährigen Periode weißen Terrors — 6000 Arbeiter wurden ermordet und 12000 starben in den Konzentrationslagern vor Hunger —, während welcher sich die Bourgeoisie unter Führung der extremen rechtsstehenden Elemente bemühte, nicht nur die Arbeiterbewegung gänzlich zu unterdrücken — was vorläufig ja gelang — sondern auch wichtige Errungenschaften der Demokratie zu vernichten, folgte infolge der veränderten weltpolitischen Lage schon Ende 1918 eine Periode demokratischen und auch sozialdemokratischen Aufschwungs. Die sozialdemokratische Parteiorganisation wurde wieder aufgerichtet und die Wahlen brachten ihr glänzende Siege. Die bald einsetzende, von Rußland aus geleitete kommunistische Propaganda bereitete zwar der Sozialdemokratie neue Schwierigkeiten und einen Rückgang, der sich aber schon im großen ganzen als vorübergehend erwiesen hat. Zugleich hat sie mit Erfolg ihren immer noch großen Einfluß benutzt, um die Außenpolitik Finnlands in friedliche Bahnen zu zwingen und um soziale Reformen durchzusetzen.

\*                    \*  
                          \*                    \*

Die Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung war durch mehrere, zum Teil gewaltsame und öfters durch Einwirkung vom Osten hervorgerufene Schwankungen gekennzeichnet. Die größten äußeren Errungenschaften der Bewegung — das allgemeine politische und kommunale Wahlrecht, der achtstündige Arbeitstag — sind Resultate der revolutionsartigen Ausbrüche von 1905 und 1917. Auch die Anschauungsweise der finnischen Arbeiterschaft ist hierdurch einigermaßen beeinflußt worden.

Seit einigen Jahren aber durchlebt die finnische Sozialdemokratie eine Periode ruhigerer, organischer Entwicklung. Durch die staatliche Unabhängigkeit gegen gewaltsame fremde Einwirkung geschützt und auf ihre eigene Kräfte hingewiesen, arbeitet sie für die Intensivierung des inneren Parteilebens und für gesetzgeberische Reformen. Sie ist bestrebt, in nähere Beziehungen zu der internationalen Sozialdemokratie zu treten, deren Meister

-- vor allem die deutschen marxistischen Theoretiker -- ihr auch schon bisher als geistige Führer galten, während auf dem Gebiet praktischer Arbeit besonders die kräftige, harmonisch gestaltete Arbeiterbewegung Skandinaviens als vorbildlich anerkannt wird.

#### Literatur.

Jahresberichte des Arbeitervereins in Helsingfors 1884--1924. (1884--1895 in schwed. und finn. Spr; sodann nur finn.)

Handlingar rörande det tilltänkta första allmänna finska arbetarmötet 1891. Helsingfors, Päivälehtis tryckeri, 1892.

Toisen työväenyhdistysten edustajain kokouksen pöytäkirja. [Kongress der Arbeitervereine, 1896]. (Tampereella 1896). Tampereen Työväenyhdistyksen julkaisema, Tampere 1897.

Kolmannen yleisen Suomen työväenyhdistysten edustajain kokouksen pöytäkirja. (Turussa 1899.) Suomen työväen puoluehallinnon kustantama, Tampere 1899.

Parteitagssprotokolle: 1901, 1903, 1904, 1905, 1906, 1909, 1911, 1914, 1917, 1918, 1919, 1922. (finnisch.)

Berichte der Soz.-dem. Partei Finnlands an die intern. Sozialistenkongresse 1904, 1907, 1910, 1923, 1925.

Protokolle des Soz.-dem. Frauenverbandes: 1900, 1905, 1906, 1909, 1911, 1913, 1917, 1919. (finnisch.)

Protokolle des Soz.-dem. Jugendverbandes: 1906, 1908, 1910, 1912, 1917, 1919, 1921, 1924. (finnisch.)

Protokolle der gewerkschaftlichen Landesorganisation: 1907, 1909, 1912, 1917, 1920, 1923. (finnisch.)

Tätigkeitsberichte der gewerkschaftlichen Landesorganisation 1907--1923 (finnisch).

Berichte der gewerkschaftlichen Landesorganisation an die skandinavischen Arbeiterkongresse 1912 und 1920. (schwed.)

Suomen Sos.-dem. Puolueen ohjelma. Lyhyillä selityksillä varustettuna. (Programm.) Tomittanut YRJÖ SIROLA. Puoluetoimikunnan kustantama. 1906.

Förklaringar till Finlands Soc.-dem. Partis valprogram. (Programm.) Förlag: Finlands Svenska Arbetarförbund, 1907.

Kymmenen vuotta. Suomen Työväenpuolueen muistoja ja ennätyksiä 1899--1909. (Geschichtliche Übersicht über 10 Jahre.) Työväen Sanomalehti o. y:n kustantama, 1909.

Sosialidemokraattinen puolue 25 vuotta. (Geschichtliche Übersicht über 25 Jahre.) Muistojulkaisu. Puoluetoimikunnan kustantama. Tampere 1924.

Sos.-dem. Nuorisoliitto 10 vuotias. (Geschichte der Jugendbewegung.) Nuorisoliiton kustantama, 1916.

Naiset ja sosialidemokratia Suomessa. (Geschichte der Frauenbewegung.) 25-vuotismuisto, Suomen Sos.-dem. Työläisnaisliiton kustantama, 1925.

„Työmies“ 10 : nen vuotta. 1895--1905. Työväen Sanomalehti o. y:n kust. 1905.

(Jährliche) Tätigkeitsberichte der soz.-dem. Reichstagsfraktion, 1907—1914; 1919/1925.

Artikel über Finnland in „Stockholm“, Tidens förlag, Stockholm 1918.

Finnland und die finnische Sozialdemokratie. Verlag des Parteivorstandes, 1923.

La Finlande et le socialisme finlandais. Ebenda 1923.

UR SIN, N. R. AF, Työväenkysymys Suomessa. Kustannus o. y. Ötava, 1902; derselbe: Arbetarfrågan i Finland. Förlag: Finlands Svenska Arbetarförbund, 1903; derselbe, Suomen työväenliike. Historiallinen katsaus. Sosialistin Kirjapaino O. k., Turku 1922.

VALPAS, EEDVARD, Mikä menettelytapa? Työväenliikkeen taktiikasta. Työväen kirjapaino, 1904.

MARTNA, M., Soome, Mõtte kirjastus, Tallinna esthnat, 1909.

KOLLONTAI, A., Finlandija i Sotschialism. 1906.

Den Bürgerkrieg von 1918 behandeln:

HUTTUNEN, E. Sosialidemokraattinen puoluejohto ja kansalaissota. O. y. Kansanvalta, 1918.

RYÖMÄ, HANNES, Vallankumousvuoden tapahtumista. Helsingin Uusi Kirjapaino O. y., 1918.

WI IK, KARL H., Kovan kokemuksen opetuksia. Kustannus o. y. Kansanvalta, Helsinki 1918.

Det vita vädret i Finland. Väinö Tanuers försvarstal inför rådstuvurätten i Helsingfors. Soc.-dem. partistyreliens förlag, Helsingfors 1919.

Sos.-dem. puoluetuimikunnan puheenjohtajan VÄINÖ TANNER in puolustuspuhe puolueen vaalijulistuksen johdosta nostetussa oikeudenkäynnissä. Sos.-dem. puoluetuimikunnan kustantama, Helsinki 1919.

Aufsätze und Notizen in „Die Neue Zeit“:

Die Parteiverhältnisse Finnlands. (XVII/2, 568.)

Die sozialdemokratische Bewegung in Finnland. (XXI/2, 320.)

Der Kongreß der finnischen Sozialdemokratie 1903. (XXI/2, 807.)

Die Arbeiterbewegung in Finnland und die russ. Regierung. (XXII/1, 749.)

YRJÖ SIROLA, Bericht der Finnischen Sozialdemokratischen Partei an das Internationale Sozialistische Bureau über ihre Tätigkeit von Juli bis September 1906. (XXV/1, 715.)

Die finnische Sozialdemokratie auf dem siebenten skandinavischen Arbeiterkongreß in Christiania. (XXVI/1, 186.)

Eine Statistik der sozialdemokratischen Partei in Finnland. (XXVI/1, 382.)

Die Sozialdemokratie in Finnland. Mitteilung des Internationalen Sozialistischen Bureaus. (XXVI/2, 208.)

Die Abstinenzbewegung und die Sozialdemokratie in Finnland. (XXI/2, 349.)

Die Landtagswahlen in Finnland 1909. (XXVII/1, 71.)

Politische und nationale Parteigruppierungen in Finnland. (XXVII/2, 396.)

Die finnische Volksvertretung und die Wahlen 1910. (XVIII/2, 113.)

Finnlands fünfte Volksvertretung. (XXIX/1, 631.)

(Sämtliche zit. Schriften, bei denen kein Erscheinungsort angegeben ist, sind in Helsingfors (Helsinki) erschienen).



## Moses Hess und die Probleme der idealistischen Dialektik<sup>1)</sup>.

Von

Georg Lukács (Wien).

Das harte und absprechende Urteil von MARX<sup>2)</sup> und ENGELS über MOSES HESS im Kommunistischen Manifest hat man vielfach zu revidieren versucht. Ganz abgesehen von Versuchen wie die KOIGENS oder HAMMACHERS, M. und E. im Anfang ihrer Entwicklung ebenfalls zu „wahren Sozialisten“ zu stempeln, findet sogar FRANZ MEHRING das Urteil des Kommunistischen Manifests zu streng. Freilich nicht in theoretischem Sinn. Er meint nur: daß die „wahren Sozialisten“, vor allem H., nicht bloß im Lichte des Kommunistischen Manifests betrachtet werden sollten. „In analoger Weise kann man sagen, daß aus der Kritik des Kommunistischen Manifests am deutschen Sozialismus der damaligen Zeit das Wesen dieses Sozialismus bestimmt worden ist, statt daß umgekehrt aus den wirklichen Lebensverhältnissen, worin die Verfasser des Manifests mit dem deutschen Sozialismus ihrer Zeit standen, die Elemente ihrer Kritik entwickelt wurden“<sup>3)</sup>. Andererseits weist MEHRING auf die ehrliche revolutionäre Gesinnung dieser Männer (wieder in erster Reihe H.s) hin und darauf, daß gerade diese Richtung viel weniger Überläufer ins feindliche Lager aufzuweisen hat, als irgendeine andere. „Von allen Schattierungen der bürgerlichen Sozialisten der damaligen und nun gar der heutigen, haben die wahren Sozialisten in diesem Punkt geradezu das reinste Gewissen“<sup>4)</sup>. Damit ist aber das Problem einer geschichtlichen Einordnung und Auf-

1) Th. ZLOCISTI, Moses Heß. Berlin, Welt-Verlag 1921. 441 S.; Moses Hess, Sozialistische Aufsätze. Ebenda 1921. 233 S.

2) Die Namen MARX, ENGELS, HESS sind im folgenden abgekürzt in M., E., H.

3) Nachlaß II, 348.

4) Vgl. MEHRING, Marx. 2. Aufl. S. 120 und auch Nachlaß II, 349.

fassung des „wahren Sozialismus“ und speziell H.s, mit dem wir uns hier zu beschäftigen haben, kaum gestellt, geschweige denn gelöst. Denn die zweite Frage MEHRINGS, das ehrliche Festhalten der „wahren Sozialisten“ an den Idealen der damals revolutionären Demokratie, an der bürgerlichen Revolution, trotz ihrer theoretisch ganz falschen Einstellung zur revolutionären Rolle des Bürgertums, erledigt sich keineswegs durch dieses biographische Argument. Dieses Problem, das ja im Grunde genommen das Problem der Beziehung der bürgerlichen Revolution zur proletarischen ist, taucht in verschärfter Form in der Stellungnahme von M. und E. zur LASSALLESCHEN Agitation, in ihrer Ablehnung seines „Tory-Chartismus“ auf, verzweigt sich zu einem — undialektisch gefaßten — Gegensatz: einerseits zum taktischen Verhalten der Menschewiki zur bürgerlichen und proletarischen Revolution in den Jahren 1905 und 1917, andererseits zu dem theoretischen Verhalten der Verkünder der „rein“ proletarischen Revolution (K[ommunistische] A[rbeiter] P[artei], linker Ökonomismus der extremen LUXEMBURG-Schule), — und findet seine wirkliche theoretische Lösung erst in der, auch heute noch vielfach mißverstandenen, Revolutionstheorie von LENIN<sup>5)</sup>. Daß also H. in den entscheidenden Momenten des Handelns seine Theorie einfach fallen ließ, ist nicht nur ein Zeichen seiner ehrlichen revolutionären Gesinnung, sondern hauptsächlich der damals noch wenig differenzierten revolutionären Bewegung in Deutschland, die in den Revolutionsjahren für die Praxis keine Wahl übrig ließ: wer nicht am linken Flügel der bürgerlichen Demokratie kämpfen wollte, wobei er freilich in ununterbrochene Konflikte mit dem immer mehr nach rechts abschwenkenden Bürgertum geriet, der mußte zwangsläufig mit der Reaktion gemeinsame Sache machen. Die Kritik des Kommunistischen Manifestes an der Theorie von H. und Genossen war also durchaus richtig. Das folgerichtige Zuenden denken ihrer Theorie mußte ins Lager der Reaktion führen. Sie tat ihnen nur insofern unrecht, als sie die Wurzellosigkeit des „wahren Sozialismus“, seine ideologische Wesensart noch unterschätzte: nicht in Betracht zog, daß H.s Theorie in dieser Hinsicht derart utopisch, seine Kritik der Bour-

5) Vgl. darüber mein Buch, Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken. Berlin, Malikverlag 1924.

geoisie derart nur eine Übernahme englischer und französischer Resultate in die Begriffssprache einer rein idealistischen Dialektik war, daß sie bei der ersten Berührung mit der revolutionären Wirklichkeit einfach zerschmelzen, als Theorie spurlos zunichte werden konnte. Diese „biographische Widerlegung“ der Kritik des Kommunistischen Manifestes an der Theorie von H. ist also nur die Bestätigung ihrer theoretischen Richtigkeit. Dort wo dieses Problem wieder real auftaucht — im Falle LASSALLE — hat sie sich auch praktisch vollständig bestätigt.

Mit dieser Feststellung kehren wir zur ersten Frage MEHRINGS zurück. Wenn wir den „wahren Sozialismus“ als Produkt der vor 48er deutschen Verhältnisse verstehen wollen, so müssen wir davon ausgehen, daß er eine Intellektuellen-Bewegung gewesen ist. Daß er die fertigen Resultate der englischen und französischen Arbeiterbewegungen übernahm, teilte er mit späteren revolutionären Intellektuellen-Bewegungen, wo auch das Bewußtsein über den Auflösungsprozeß der alten Gesellschaft in fortschrittlichen Intellektuellen-Kreisen ideologisch vorhanden war, bevor dieser Auflösungsprozeß in der Form realer sozialer Bewegungen angemessenen Ausdruck gefunden hätte. (Narodniki in Rußland; östliche Intellektuellen-Bewegungen). Die Anknüpfung der Intellektuellen an die fertigen Resultate der fortgeschritteneren gesellschaftlichen Entwicklungsformen ist nur selbstverständlich. Sind doch solche Resultate stets — nicht nur in revolutionären Zeiten — Teile jener sozialen Umwelt, in der die Intellektuellen leben, Elemente ihres materiellen wie ideellen Vorwärtkommens. Das Besondere in der Lage des „wahren Sozialismus“ liegt nur darin, daß er in einer sozial noch sehr primitiv differenzierten, klassenmäßig noch wenig geschiedenen Gesellschaft auf der Grundlage einer — gerade für die soziale Erkenntnis — sehr hoch entwickelten Ideologie zu arbeiten einsetzt. Diese hochentwickelte Ideologie ist einerseits die Gesellschaftskritik der großen englischen und französischen Utopisten, entstanden auf dem Boden der ungeheuren politischen wie sozialen Umwälzung der Gesellschaft durch die bürgerlichen Revolutionen, durch die fieberhaft rasche Entfaltung des Kapitalismus und durch die von ihm verursachte Entstehung des Proletariats, sowie durch seine ersten Erhebungen. Andererseits knüpft der

„wahre Sozialismus“ an die höchste ideologische Form, die das Bürgertum je erreicht hat, an die klassische deutsche Philosophie, an die Dialektik HEGELS an und nahm an der Auflösung des Hegelianismus lebhaften Anteil.

Dagegen fehlt aus der Reihe seiner Bildungselemente der andere höchste Gedankenbau, den die Bourgeoisie errichtet hat, die klassische Ökonomie Englands so gut wie vollständig. Dies ist nicht bloß aus der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands zu erklären. Knüpft ja — um von M. und E. ganz zu schweigen — die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, der „Sozialismus“ von ROBERTUS an die Probleme der klassischen Ökonomie und speziell an ihre Kritik durch SISMONDI an. Und gerade H., dem wir uns jetzt allein zuwenden werden, war, nachdem er in persönlichem Verkehr mit M. und E. sich theoretisch von der Richtigkeit ihrer Methode, ihrer Theorie und Agitationsweise überzeugt hatte, ehrlich bestrebt, dieses neu erungene Gebiet in sein System einzuarbeiten und sich geistig zu eignen zu machen. Jedoch eben seine ökonomischen Arbeiten<sup>6)</sup> zeigen am krassesten, wie weit er davon entfernt war, die wirkliche Bedeutung jener „Umstülpung“ des Hegelianismus, die M. und E. vollzogen haben, bei allem guten Willen überhaupt auch nur zu verstehen, geschweige denn selbständig anwenden oder weiterführen zu können.

Die Schranke in H., die ihn daran verhindert hat, war eben die HEGELSche Philosophie selbst. Diese Feststellung erscheint auf den ersten Blick trivial, ja tautologisch. Sie gewinnt aber sogleich größeres Gewicht, wenn wir, wie dies notwendig ist, die Bedeutung der HEGELSchen Dialektik für die Entstehung des Marxismus historisch und methodisch richtig fassen und nicht bei jenen Banalitäten stehen bleiben, mit denen diese Frage im allgemeinen abgetan zu werden pflegt. Nicht als ob dadurch irgendeine „Rettung“ von H. versucht werden sollte. Im Gegenteil. Gerade diese Fragestellung wird erweisen, daß die harte Kritik des Kommunistischen Manifestes in allen wesentlichen Fragen zu recht besteht; daß H. in keinerlei Beziehung eine

6) Hauptsächlich der Aufsatz über „Geldwesen“, in PÜTTMANN'S Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform I (1845), in ZLOCISTIS Ausgabe. S. 158 ff.

Bedeutung für die gegenwärtige Theorie der revolutionären Arbeiterbewegung zukommt; ja, daß sogar seine rein historische Rolle in der Entwicklungsgeschichte des historischen Materialismus von seinen Verehrern — zu denen auch sein jüngster Biograph ZLOCISTI gehört — vielfach übertrieben wird. Wenn wir aber trotzdem die Gelegenheit, die das allgemein Zugänglichwerden seiner wichtigen Schriften bietet, zu deren Analyse benützen, so tun wir es, um an diesem Gegenbeispiel den wirklichen Gang der Entwicklung der Dialektik von HEGEL zu M. kurz zu beleuchten. H. selbst erscheint in diesem Licht als ein durchaus gescheiterter Vorgänger von M., dessen Schicksal insofern tragisch ist, als er nicht nur persönlich ein durchaus ehrlicher Revolutionär gewesen, sondern weil er von allen idealistischen Dialektikern der M.schen Fassung der Dialektik zuweilen am nächsten gekommen ist. (In mancher Hinsicht — z. B. in der Einarbeitung FEUERBACHS in die dialektische Methode — näher als der theoretisch wie politisch unvergleichlich begabtere LASSALLE, der allerdings gerade in seinen Schranken sehr viel Ähnlichkeit mit H. zeigt.) Gesteigert wird diese Zwiespältigkeit in H.s Denken dadurch, daß seine Versuche, HEGEL auf HEGELSche Weise zu überwinden, ihn stets hinter HEGEL zurückwerfen. Seine Auflösung der HEGELSchen Methode wird zur Auflösung im buchstäblichen Sinne. Die Elemente, die in HEGEL selbst dialektisch überwunden vorhanden waren, kommen wieder nackt und unüberwunden zum Vorschein. So etwa, wie M. in bezug auf BRUNO BAUER und D. F. STRAUSS auseinandersetzt, daß bei dem einen die FICHTESche, beim anderen die SPINOZistische Seite von HEGELS System selbständig zum Ausdruck gelangt<sup>7)</sup>.

Die Wendung, die H. an HEGEL vollzieht, liegt ebenfalls eher in der FICHTESchen Richtung, obwohl gerade H. sich stets als Spinozisten bekannt hat, obwohl sein „FICHTEANISMUS“ von dem BRUNO BAUERS radikal verschieden ist. Es ist nicht ein Wieder-subjektiv-machen der HEGELSchen Objektivität wie es BRUNO BAUERS „Philosophie des Selbstbewußtseins“ bezweckt, sondern ein Versuch, den kontemplativen Charakter der HEGELSchen Philosophie zu überwinden, die Dialektik praktisch zu machen. Diese Tendenz zum Praktischen mußte notwendig auf FICHTE zurück-

7) Nachlaß II, 247.

führen. Und zwar nicht aus erkenntnistheoretischen Gründen, nicht weil etwa bei FICHTE das Denken selbst zur „Tathandlung“ wird, denn dies ist — wenn auch nicht terminologisch — das Wesen jeder Dialektik. Will die Dialektik, statt beim erstarrten Produkt stehen zu bleiben, auf den Prozeß seiner Erzeugung zurückgehen und zu dem seiner Auflösung weiterschreiten, so müssen ihre Denkakte, auch rein phänomenologisch angesehen, einen handlungsartigen Charakter an sich tragen. In dieser Hinsicht besteht zwischen FICHTE und HEGEL fast nur ein terminologischer Unterschied. Ja, das Wesen der Sache betrachtet, erscheint die HEGELSche Logik trotz ihrer kontemplativeren Terminologie „praktischer“ als die FICHTES. Daß hinter dieser terminologischen Differenz eine sachliche steht, der methodologische Zusammenhang von Logik und Ethik bei FICHTE, kann hier nicht ausgeführt werden. Obwohl bei H. bewußtermaßen diese Seite der FICHTESchen Philosophie eher im Vordergrund stand, ist doch das Problem der Geschichtsphilosophie für die hier zu analysierende Auflösung des HEGELIANISMUS und für die Annäherung an FICHTE sachlich bedeutsamer.

ZLOCISTI weist auch auf den Denker hin, der diese Frage erstmals scharf und präzise gestellt hat: auf AUGUST VON CIESZKOWSKI<sup>8)</sup>. Dieser ist in allen wesentlichen Punkten HEGELIANER geblieben. Er will die HEGELSche Philosophie nur vollenden, nicht auflösen. Er vermißt an ihr, an ihrer Geschichtsphilosophie, daß die Frage der Erkenntnis der Zukunft nicht gestellt wurde<sup>9)</sup>.

8) *Prolegomena zur Historiosophie*. Berlin, Veit & Co. 1838. Vgl. dazu das anonyme Werk von H., *Die europäische Triarchie*. Leipzig, Otto Wigand 1841. Die ungefähr gleichzeitigen Versuche des Kreises der Halleschen Jahrbücher, HEGEL zu historisieren, gehören nicht unmittelbar zu unserem Thema. Näheres darüber in GUSTAV MAYERS Aufsatz: *Die Anfänge des vormärzlichen Radikalismus in Preußen* (Zeitschr. f. Politik VI, 10–11).

9) Vgl. CIESZKOWSKI a. a. O., S. 8–9. Im H.s *Europäischer Triarchie* ist die Frage allerdings bereits als Frage der Auflösung der HEGELSchen Philosophie, ja der Philosophie überhaupt gestellt: „Die deutsche Philosophie — so beginnt sein Vorwort — hat ihre Sendung erfüllt, sie hat uns in alle Wahrheit geführt. Jetzt müssen wir Brücken schlagen, die wieder vom Himmel zur Erde führen. — Was in der Trennung bleibt, die Wahrheit selbst, wenn sie in ihrer hohen Abgeschiedenheit verharrt, wird unwahr. Wie die Wirklichkeit, die nicht von der Wahrheit durchdrungen, ebenso ist auch die Wahrheit, die nicht verwirklicht wird, eine schlechte“.

Nun darf aber nicht vergessen werden, daß die Frage, die sich CIESZKOWSKI hier stellt, bereits von FICHTE beantwortet wurde. Seine „Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters“ gliedern die Geschichte in fünf Epochen, von denen die Gegenwart, als Epoche der „vollendeten Sündhaftigkeit“ die dritte ist; die zwei letzten Epochen, deren Struktur ausführlich geschildert wird, gehören der Zukunft an<sup>10)</sup>. Freilich ist diese Berührung keine direkte Beeinflussung, um so weniger als CIESZKOWSKI und ihm folgend H. hier eine Frage, ein Problem erblicken, während FICHTE noch naiv-dogmatisch gleich mit einer Antwort gekommen ist. Schon diese — kritischere, dialektischere, weniger formale — Fragestellung zeigt, daß CIESZKOWSKI und H. trotz aller Annäherung doch über FICHTE hinausstreben, daß der methodologische Sinn dieser Annäherung keineswegs eine einfache Rückkehr zu FICHTES Standpunkt ist. Die Zukunft als Gegenstand des dialektischen Denkens, der Versuch, sie auf dem Wege der Dialektik konkret zu erfassen, sie zum Maßstab der Beurteilung von Vergangenheit und Gegenwart zu machen, geht stark über die FICHTESCHE Geschichtsphilosophie hinaus. Denn bei diesem ist die Zukunft noch wenig mehr als ein etwas konkreterer Ausdruck für den KANTSCHEN unendlichen Progreß, für das Noch-nicht-Verwirklichtsein der Forderungen der absoluten (überhistorischen) Vernunft. Während CIESZKOWSKI und H. den historischen Prozeß in seiner konkreten Einmaligkeit dialektisch zu erfassen streben, so daß für sie die Zukunft zu einer ebenso konkreten Epoche wird, wie es die Epochen der Vergangenheit gewesen sind. Darum mußte ihnen die Erkennbarkeit der Zukunft ein methodologisches Problem der Dialektik werden, während die Periodisierung der Geschichte für FICHTE problemlos aus seiner — ethischen — Konzeption des Absoluten folgen konnte. Darum bedeuten selbst tiefgehende einzelne Übereinstimmungen, vor allem die naturrechtliche Interpretation der Geschichte, doch Verschiedenes: bei FICHTE das philosophische Zuendeführen des revolutionären Naturrechts des XVIII. Jahrhunderts; für CIESZKOWSKI und H. aber den Versuch, ein neues, konkretes, durch die Geschichte hindurchgegangenes Naturrecht zu begründen. (Der methodologische Kern des „System der erworbenen Rechte“ ist in mancher Beziehung die Erfüllung

10) Werke, Ausgabe Medikus IV, 411.

dieses Bestrebens.) Die Zukunft wird hier als konkreter, intentionaler Gegenstand der Geschichtsphilosophie methodologisch entdeckt, wodurch beide, H. viel stärker als CIESZKOWSKI, in eine gewisse methodologische Verwandtschaft zur Geschichtsphilosophie FOURIERS kommen, auf den sich übrigens CIESZKOWSKI einige Male beruft. Aber die Fragestellung bleibt doch, wie im folgenden gezeigt werden soll, wesentlich auf FICHTESchem Boden. Denn eine noch so modifizierte, noch so historifizierte naturrechtliche Fragestellung muß mit dem — auf diesem Boden unauflösbaren — Gegensatz der überhistorischen Prinzipien zur Geschichte selbst behaftet bleiben. Mit einem Gegensatz, den durch begriffliche Dialektik aufzuheben, notwendig ein vergebliches Bemühen bleiben muß. So ist die methodologische Annäherung an FICHTE trotz allem sehr stark. Denn die Erkennbarkeit der Zukunft, wenn es sich auch nur um die Erkennbarkeit ihres Wesens und nicht um die „unendliche Menge von seienden Zufälligkeiten“<sup>11)</sup> handelt, ist doch nur dadurch möglich, daß die logisch-metaphysischen Grundkategorien des Systems über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ausgebreitet sind, daß also die wirkliche Erkenntnis des ganzen Systems (die innere Vollendung der Logik) die Erkenntnis der Zukunft mitinbegreifen muß. Damit ist aber die logische Notwendigkeit gegeben, den rein apriorischen, rein spekulativen und darum: rein kontemplativen Charakter der Erkenntnis noch über HEGEL hinaus zu steigern. CIESZKOWSKI wirft HEGEL ein aposteriorisches Verfahren“ vor, dem gegenüber er zur „apriorischen Deduktion“ weiter zu gehen versucht. Wenn er auch nun damit parallel „das ganze System der Kategorien sich dialektisch in der Geschichte entwickeln lassen“ will; wenn er auch ein „systematisches Suchen des Logischen in der Weltgeschichte“ fordert, während „bei HEGEL nur ein spekulatives Finden derselben“ anerkannt werden kann<sup>12)</sup>; wenn er auch die Zukunft so sehr an die Gegenwart annähert, daß für ihn „alles Zukünftige, es mag auch noch so vernünftig und konsequent ausfallen, gar keine Wirkung gegen das Bestehende hat, sondern ehe es selbst ein Bestehendes wird, schon ein Bestehendes sein muß“<sup>13)</sup>: so ist mit alledem doch die Dialektik über HEGEL

11) Vgl. CIESZKOWSKI a. a. O., S. 10. — 12) Ebenda, S. 50—51. — 13) Ebenda, S. 36.



hinaus idealisiert, ideologisiert worden. Denn das Stehenbleiben HEGELS bei der Gegenwart als Sich-selbst-Erreichthaben des Geistes ist zwar, sowohl inhaltlich angesehen wie in seinen systematischen Motiven und Konsequenzen reaktionär. Vom methodologischen Standpunkt jedoch äußert sich darin sein großartiger Realismus, seine Ablehnung jeder Utopie, sein Versuch, die Philosophie als gedanklichen Ausdruck der Geschichte selbst und nicht als Philosophie über die Geschichte aufzufassen. Die so oft — und teilweise mit Recht — angegriffene Tendenz HEGELS, die „Versöhnung“ mit der Wirklichkeit, entspringt methodologisch aus diesem Drange, die Kategorien aus dem Geschichtsprozeß selbst zu entwickeln, und schlägt nur in Folge seiner reaktionären Verabsolutierung der Gegenwart aus einem Prinzip des Vorwärtstreibens der Wirklichkeit selbst, aus einem dynamischen Prinzip in ein statisches um, das die gegenwärtig erreichte Stufe als Absolutes fixieren soll. Das Problem der Erkennbarkeit der Zukunft hat bei CIESZKOWSKI und beim H. der „Europäischen Triarchie“ die Funktion, diese Verabsolutierung zu überwinden. Indem aber diese Überwindung rein vermittelt einer gedanklichen Dialektik gesucht wird, wird die HEGELSche Dialektik, viel mehr als bei HEGEL selbst, vom realen Geschichtsprozeß losgelöst, rein gedanklich, rein idealistisch gemacht — ohne dass es möglich wäre, die reaktionäre Komponente der „Versöhnung“ aus der Methode zu eliminieren<sup>14</sup>). Dies ist kein Zufall. Denn überall, wo die Gegenstandsformen der geschichtlichen Wirklichkeit auf gedanklich apriorischem Wege aufgefunden werden, muß die Wirklichkeit entweder, als in ihrem letzten Kern irrational, von diesen Kategorien nur „methodologisch“ erfassbar gedacht werden (der späte SCHELLING), oder Vernunft und Wirklichkeit, Kategorie und Geschichte, apriorische Form und empirisches Material müssen irgendwie zusammengebracht, miteinander „versöhnt“ werden. Indem es sich aber um das Heranbringen einer nicht aus der geschichtlichen Wirklichkeit selbst entwickelten Gedankenbestimmung an diese Wirklichkeit handelt, muß beim

14) Z. B. Europäische Triarchie 9, 37—38. Bekanntlich gebraucht auch LASSALLE (Die Wissenschaft und die Arbeiter, Werke II, 258) die Kategorie der Versöhnung. Die methodologische Notwendigkeit ihres Gebrauchs stammt aus derselben Quelle wie bei H.

Prozeß des Zusammenbringens, der „Versöhnung“ diese Wirklichkeit teils durch Konstruktionen vergewaltigt werden, teils entsteht die Notwendigkeit, die Gedankenbestimmungen an die oberflächlichen, bloß empirischen Daseinsformen der geschichtlichen Wirklichkeit anzupassen und diese — infolge der Anpassung — zu Kategorien zu erheben, zu verabsolutieren. Jeder abstrakte Utopismus muß deshalb, gerade dort wo er abstrakt-utopisch ist, der oberflächlichen Empirie größere Konzessionen machen, als ein wirklicher dialektischer Realismus: er muß vorübergehende Formen der Gegenwart verabsolutieren, die Entwicklung an solche Momente der Gegenwart festnageln, reaktionär werden<sup>15)</sup>.

Das Problem der „Versöhnung“ deckt tatsächlich die problematischste Stelle der HEGELSchen Philosophie auf: das programmwidrige Nicht-Zusammenfallen von Idee und Wirklichkeit und dementsprechend die unaufgehobene Dualität von Theorie und Praxis, das „unversöhnte“ Gegenüberstehen von Freiheit und Notwendigkeit. Vom Standpunkt der Problemgeschichte ausgedrückt: den nicht ganz überwundenen KANTIANISMUS HEGELS. CIESZKOWSKI behauptet, es habe mit dem Problem der Geschichte in seiner Terminologie mit der Erkennbarkeit der Zukunft „dieselbe Bewandnis, wie auf dem kritischen Standpunkt KANTS mit der Unerreichbarkeit des Absoluten überhaupt, nur mit dem Unterschied, daß dieses bei KANT das notwendige Resultat seines Standpunktes und Systems war, während es bei HEGEL äußerlich hereingebracht und so in der ganzen Folge störend ist<sup>16)</sup>“. Diese teilweise richtige Beobachtung zeigt, wie wenig hier von einer wirklichen Überwindung der Schranke des HEGELSchen Standpunktes die Rede sein konnte. Denn einerseits hängt das Stehenbleiben bei der Gegenwart, wie bereits angedeutet wurde, mit den tiefsten Denkmotiven HEGELS, gerade mit seinem — im richtigen Sinne — historisch-dialektischen Denken zusammen. Wenn er z. B. in der Vorrede der „Rechtsphilosophie“ ausführt: „Das

15) Dieser Zusammenhang kann auch an FOURIER oder PROUDHON studiert werden. Für CIESZKOWSKI (a. a. O., 122) ist es charakteristisch, daß seine Zukunft, seine Periode des Tuns zugleich die Periode „des adäquaten Ausbildens des Staatslebens“ ist. Auch hier ist die Analogie zu LASSALLE (Werke II, 241) auffallend: „Vor allem aber sei die entwickelte Staatsidee die Idee des Arbeiterstandes zu nennen“.

16) Vgl. CIESZKOWSKI a. a. O., S. 9.

was ist zu begreifen, ist die Aufgabe der Philosophie, denn das, was ist, ist die Vernunft. Was das Individuum betrifft, so ist ohnehin jedes ein Sohn seiner Zeit; so ist auch die Philosophie ihrer Zeit in Gedanken erfaßt. Es ist ebenso töricht zu wähen, irgendeine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodus hinaus“, so ist dies einer materialistisch-geschichtlichen Auffassung unvergleichlich näher als eine FICHTE-CIESZKOWSKI-HESS-LASSALLEsche Geschichtskonstruktion von aufeinanderfolgenden Epochen, deren Aufeinander aus dem logischen Auseinander eines vollendeten Systems hergeleitet wird. Anderseits ist zwar der Hinweis auf das KANTISCHE Ding-an-sich-Problem richtig, sogar richtiger als es CIESZKOWSKI selbst weiß, aber gerade in dieser seiner Richtigkeit zeigt sich, wo das Hinausgehen über HEGEL hinter HEGEL zurückführt. Denn das Ding-an-sich-Problem hängt auch bei KANT selbst sehr eng mit dem Problem der Geschichte, mit dem Problem des Werdens zusammen<sup>17)</sup>. Die transcendente Dialektik der „Kritik der reinen Vernunft“ führt nicht zufällig in den Vorhof der Dialektik: zu den unauflösbaren Antinomien. Sie zeigt damit, daß das kontemplative Erfassen der Wirklichkeit (wobei für das anschauende Verhalten sich jedes Werden in Sein auflöst<sup>18)</sup>) höchstens zu dem Feststellen der widerspruchsvollen Grundlagen des Daseins, nicht aber zu ihrer Auflösung führen kann. Und wenn die „Kritik der praktischen Vernunft“ die Auflösung dieser selben Antinomien, die Lösung des Ding-an-sich-Problems in die Praxis verlegt, so kann sie — letzten Endes — darum nicht zu einer wirklichen Stellung der Frage vordringen, weil die Praxis des individuellen Handelns (die einzige, die KANT kennt) nur eine Scheinpraxis sein kann; eine Praxis, die an den Grundlagen der Wirklichkeit nicht zu

17) Über diese Frage vgl. mein Buch: Geschichte und Klassenbewußtsein, speziell den Aufsatz: Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats. In bezug auf den KANT in dieser Frage sehr nahestehenden Materialismus des 18. Jahrhunderts, vgl. PLECHANOW, Beiträge zur Geschichte des Materialismus (z. B. S. 9), wo das Werden, der Ursprung als das Unerkennbare erscheint.

18) Sehr deutlich auch bei FEUERBACH, der gegen die „monarchische Tendenz der Zeit“ bei HEGEL, für „den Liberalismus des Raumes“ kämpft. Zur Kritik der Hegelschen Philosophie. Werke, Ausg. JODL II, 160—161.

rütteln vermag, für die deshalb die Gegenständlichkeitsformen der (anschauend erfaßten) Wirklichkeit unverändert stehen bleiben, deren neue Attitude der Wirklichkeit gegenüber nur eine, diese unberührt lassende, etwas Formal-Subjektives sein kann: das Sollen. HEGEL spürt nun sehr scharf das Leere, Jenseitige, Abstrakte dieses Sollens. Da er aber ebenfalls nicht imstande ist, das reale Subjekt der umwälzenden Praxis konkret aufzuzeigen, kann er über die bloße Ablehnung des Sollens — wobei die Problematik dieses Begriffes bei KANT unüberwunden bleibt — nicht hinauskommen. Ein Verändern des gegebenen Seins, der Gegenwart, stellt auch er sich nur in der Form des Sollens vor. So sagt er als Fortsetzung der oben angeführten Sätze: „Geht seine Theorie in der Tat darüber hinaus, baut es sich eine Welt, wie sie sein soll, so existiert sie wohl, aber nur in seinem Meinen — einem weichen Element, dem sich alles Beliebige einbilden läßt.“ Es ist freilich ein ungeheurer Schritt über KANT hinaus, daß die Gegenwart konkret als Gegenwart, d. h. als Produkt eines geschichtlichen Prozesses und nicht mehr als ein im Wesen unveränderliches Sein gefaßt wird.

Diese bei HEGEL sehr frühe Tendenz, im Gegensatz zur revolutionären Utopie FICHTES, zu „verstehen, was ist“, zeigt ursprünglich eine energisch auf die Zukunft weisende Richtung; das Bemühen, die Gegenwart zugleich als Gewordenes und Werdendes zu begreifen, wie dies z. B. in einem Epigramm HEGELS aus seiner ersten Jenaer Zeit ausgedrückt ist:

„Strebe, versuche du mehr als das Heut und das Gestern:  
so wirst du

Besseres nicht als die Zeit, aber aufs Beste sie sein“.

Hier war der Keim einer wirklichen geschichtlichen Dialektik (der Dialektik der Geschichte selbst in Gedanken gefaßt) vorhanden. Denn gerade in der Gegenwart kann das Prozeßartige jeder Gegenständlichkeit ganz konkret enthüllt werden, da die Gegenwart am klarsten die Einheit von Resultat und Ausgangspunkt des Prozesses aufzeigt. So daß die Ablehnung jedes Sollens, eines utopisch in die Zukunft weisenden Denkens, das Konzentrieren der Philosophie auf die Erkenntnis der — dialektisch gefaßten — Gegenwart gerade als der einzig mögliche Er-

kenntnisweg erscheint, das wirklich Erkennbare an der Zukunft, die Tendenzen, die in der Gegenwart konkret und real auf die Zukunft hintreiben, zu erkennen.

Es lag jedoch in derselben Tendenz, im Realismus HEGELS, in seiner Ablehnung jeglicher Utopie und jedes bloß formalen Sollens, die Schranke, die ihn nicht nur am Weitergehen verhindert, sondern sogar in eine immer reaktionärere Haltung gedrängt hat. Dadurch verlor seine „Gegenwart“ immer mehr die — immanent — in die Zukunft weisende Tendenz und erstarrte immer mehr zu einem festen Resultat. Sie hörte auf, dialektisch zu sein. Das rechtsphilosophische Grundproblem dieser Zeit, der Versuch, die durch das Faktum der Revolution als notwendig erkannten Verfassungsänderungen verfassungsmäßig, also formal gesehen: immanent juristisch, nach dem sozialen Gehalt betrachtet: im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft, zu lösen<sup>19)</sup>, mußte, wenn man das revolutionäre, „ewige“ Vernunftrecht fallen ließ, immer stärker in diese Richtung führen. Während FICHTES Rechtsphilosophie nach Garantien sucht, um dieses Vernunftrecht der empirischen Wirklichkeit, den tatsächlichen Machthabern gegenüber durchzusetzen, sucht HEGEL in der Gegenwartsentwicklung selbst die Tendenzen der Weiterentwicklung zu finden. Je realistischer er jedoch diese Gegenwart faßt, je stärker er sich dem preußischen Ständestaat annähert, desto weniger vermag er Entwicklungstendenzen konkret zu erblicken, desto mehr ist er genötigt, diesen Staat absolut zu nehmen und damit — geschichtsphilosophisch — den Geschichtsprozeß in der Gegenwart zum Stillstand zu bringen.

So hebt das Resultat der HEGELschen Philosophie das Prozeßhafte des Prozesses auf. Nachdem historisch wie logisch, jede abstrakte Erstarrung, jede Dinghaftigkeit in ein konkretes Werden, in einen Prozeß aufgelöst wurde, erstarrt das Produkt des Prozesses, die Gegenwart zum bloßen Produkt, zum Ding. Aus der Dialektik wird wieder eine Metaphysik. Eine Wendung, die sehr tief in die Struktur der HEGELschen Logik hineinragt und dort — auch rein logisch — die Dialektik zu einem Schein

19) Man denke an CONDORCET, SIEYÈS etc. Diese Entwicklungsreihe der bürgerlich-revolutionären Rechtsphilosophie kulminiert in LASSALLES System der erworbenen Rechte.

auföst, in eine Art Ästhetik verwandelt, indem HEGEL gerade die Krönung seiner Dialektik, die Dialektik des Begriffes im Gegensatz zur realen Bewegung in der Dialektik des Seins und des Werdens zu einer Scheinbewegung herabdrückt, während er sie zu einer reinen Bewegung in sich selbst zu erhöhen meint: „Die Bewegung des Begriffes“ sagt er<sup>20)</sup> „ist gleichsam nur als ein Spiel zu betrachten.“ Die „Versöhnung“, in der diese Struktur des HEGELschen Systems konkret und historisch zum Ausdruck gelangt, offenbart also ein zwiespältiges Wesen. Sie ist nach rückwärts angesehen die Auflösung der Antinomien KANTS, nach vorne gewendet jedoch ihre Reproduktion auf erhöhter Stufe. Die Diesseitigkeit der Philosophie könnte nur dann bewahrt bleiben, wenn die realen, dialektischen Tendenzen, die Richtung des realen dialektischen Prozesses auch in der Gegenwart als wirksam, als real, als Prozeß aufgezeigt werden könnten, wenn die Gegenwart real-dialektisch über sich hinaus in die Zukunft wiese. Dies vermag HEGEL nicht aufzuzeigen. Die „Versöhnung“ ist damit in den Motiven ihres Gesetzseins ein — freilich resignierter — Ausdruck seiner Selbstkritik, seines Realismus der Geschichte gegenüber; in ihren methodologischen, systematischen und sachlichen Konsequenzen jedoch die Fixierung der Gegenwart als Absolutum, eine Aufhebung der Dialektik, ein reaktionäres Prinzip.

Es ist also nur allzu verständlich, daß die philosophisch-radikalen Junghegelianer an dieses Problem anknüpfen. Indem sie jedoch die logische Schranke von HEGELs System, die nur eine, freilich notwendige, Folge seiner Stellung zum realen Geschichtsprozeß ist, in der Logik selbst durch die Logik aufzuheben versuchen (daß diese Logik eine Logik der Geschichte sein soll, ändert nichts Entscheidendes an der Sachlage), wird für sie die Zukunft, deren Erkenntnis nur als Gegenstand einer umwälzenden Praxis möglich ist, die für uns überhaupt erst durch die Praxis zu etwas Konkretem und Realem wird, zum Gegenstand bloßer Anschauung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erscheinen allerdings auf derselben Ebene der Begreifbarkeit, diese ist jedoch nur mehr die der „reinen“ Erkenntnis, der rein logisch-systematischen Entfaltung der dialektischen Tirade.

20) Enzyklopädie, § 161, Zusatz.

Mit einer solchen „Erkenntnis“ der Zukunft ist die von HEGEL erreichte dialektische Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart verloren gegangen. Ganz klar zeigt sich dieser Rückfall zu FICHTE und über ihn hinaus zu KANT in der Freiheitslehre, die H. in der Europäischen Triarchie formuliert, die darum für dieses Problem so bezeichnend ist, weil ja gerade in der positiven Beziehung zur Zukunft sich die Freiheit offenbaren soll. Bei HEGEL ist, nach H., weil er „nur die Vergangenheit als solche in das Reich der Spekulation zieht, deshalb die Notwendigkeit überwiegend“. „Was vor uns geschehen ist“ — sagt H.<sup>21)</sup> — „wenn auch für sich mit Freiheit, doch für uns mit Notwendigkeit, weil nicht durch uns geschehen. Nur was durch uns vollbracht wird, geschieht, obwohl an sich mit Notwendigkeit, doch für uns mit Freiheit, sofern nämlich unser innerstes Wesen, das Bewußtsein, das Bestimmende von ihm ist.“ Es muß für jeden Kenner der KANTSchen Freiheitslehre sofort einleuchten, daß hier der kontradiktatorische Gegensatz von Freiheit und Notwendigkeit, der bloß subjektive Charakter der Freiheit, die Verlegung von Freiheit und Notwendigkeit auf zwei, einander gar nicht berührende Sphären<sup>22)</sup> nur mit HEGELS Worten, aber ganz im Sinne von KANT formuliert ist; daß H. hier weit hinter die von HEGEL bereits erreichte Stufe einer dialektischen Vereinigung von Freiheit und Notwendigkeit zurückfällt.

An dieser Grundeinstellung muß auch der Versuch einer Historisierung der dialektischen Kategorien über ihre Historisierung bei HEGEL hinaus scheitern. Sie wird zu einer willkürlichen Zuordnung von Kategorien-Typen zu bestimmten historischen Epochen, wobei weder die Notwendigkeit ihrer Verknüpfung mit diesen Epochen noch die Entwicklung der Geschichtsepochen auseinander sichtbar werden können. Freilich waltet auch hier ein ehrlicher Wille, über HEGEL hinaus zu kommen. Die radikalen Junghegelianer spüren ganz klar, daß, wenn die Geltung einer — im Wesen überhistorischen — Logik über die Geschichte gespannt wird, die Veränderungen innerhalb der Geschichte illusorisch werden. Sie sind aber außerstande, radikal die Konsequenzen dieser Auffassung zu ziehen und auf die Logik selbst

21) Europäische Triarchie, 14.

22) Kritik der praktischen Vernunft. Phil. Bibl., 121/23.

den Ausspruch HEGELS über die Philosophie im allgemeinen konkret anzuwenden, daß sie „ihre Zeit in Gedanken erfaßt“ ist. Echt HEGELISCH heißt es bei CIESZKOWSKI<sup>23)</sup>: „So wie alles in der Welt der Geschichte unterworfen ist, so ist dieselbe wiederum Gott unterworfen“, während dasselbe Problem bei H. einen SPINOZISTISCHEN Akzent erhält, was aber an der methodologischen Seite der Frage nichts ändert<sup>24)</sup>.

Die konkreten Geschichtskonstruktionen von CIESZKOWSKI und H. ausführlich zu analysieren würde zu weit führen. Denn ob jener die Kategorie des Mechanismus aus HEGELS Logik auf das Altertum, die des Chemismus auf das Mittelalter, die des Organismus auf die Neuzeit als Spezialkategorie anwendet, oder ob H. die drei Perioden der Weltgeschichte von der Sündflut bis zur Völkerwanderung, von dieser bis zur französischen Revolution, von welcher an dann die Neuzeit beginnt, bestimmt, läuft als Überwindungsversuch HEGELS, als Versuch, die Dialektik wirklich zu historisieren, auf das gleiche hinaus. In jedem Fall handelt es sich — wie in FICHTES Geschichtsphilosophie — um apriorisch konstruierte, logische Merkmale von Geschichtsepochen, um Differenzierungen innerhalb des Begriffes, die dann — reichlich gewaltsam — auf die geschichtliche Wirklichkeit angewendet werden, wobei selbstverständlich alle Widersprüche der Grundlegung kraß zutage treten<sup>25)</sup>. Während also die Inkonsequenz in der Beziehung von historischer und logischer Auseinanderfolge der Kategorien bei HEGEL selbst, wenigstens teilweise, ein instinktives Korrektiv gegen das Verfallen in den formalen Apriorismus und dessen leere Konstruktionen gewesen ist, denken die radikalen Junghegelianer diese idealistische und formalistische Seite HEGELS zu Ende und lockern damit die bei ihm bereits vorhandene, wenn auch nicht konsequent durchdachte Beziehung von geschichtlich-realer und gedanklicher Dialektik<sup>26)</sup>.

23) A. a. O. 69.

24) Vgl. z. B. Europäische Triarchie, S. 148—9, wo SPINOZA als Überwinder HEGELS erscheint.

25) Dieser FICHTESIERTE HEGELIANISMUS wirkt — über GRÜN — auf PROUDHON. Seine Widersprüche deckt M. (Elend der Philosophie, 96 ff.) scharf auf.

26) Wenn LASSALLE später in seiner Polemik gegen ROSENKRANTZ im Gegensatz zu CIESZKOWSKI Mechanismus, Chemismus und Organismus als



Je konstruktiver jedoch die Geschichtsphilosophie wird, je lockerer sie mit der geschichtlichen Wirklichkeit zusammenhängt, desto kontemplativer muß ihr methodologischer Grundcharakter werden, desto weniger kann die „Tat“, die H. nunmehr in den Mittelpunkt seines Denkens stellt, wirklich eine umwälzende, die Wirklichkeit verändernde Praxis sein, desto mehr muß die Philosophie dem methodologischen Dualismus KANTS, der Zweiheit der „reinen“ und der „praktischen Vernunft“ wieder verfallen. Wir konnten diese über FICHTE auf KANT rücklaufende Tendenz von H. schon bei der Behandlung des Freiheitsproblems in der Europäischen Triarchie feststellen. Die abstrakte Trennung von Theorie und Praxis kommt aber desto stärker zum Vorschein, je energischer H. bemüht ist, seine philosophische Überwindung HEGELS zur philosophischen Grundlegung des Sozialismus zu benützen. Die Zweiheit von Theorie und Praxis nimmt hier die Gestalt einer Zweiheit der geschichtlichen Bewegung, die den Sozialismus real herbeizuführen berufen wäre, und der philosophischen Theorie dieser Bewegung, die ihr Klarheit und Richtung geben, ihr ihre eigentlichen Ziele erklären soll.

Allerdings war diese Zweiheit in der zeitgenössischen Arbeiterbewegung selbst gegeben. Nicht nur im sozial unentwickelten Deutschland, auch in Frankreich und England haben sich Theorie der sozialen Revolution und revolutionäre Praxis des Proletariats damals noch nicht gefunden. Vor M. und E. vermochte kein Theoretiker des Sozialismus in dem sozialen Sein des Proletariats selbst jenen Prozeß zu erblicken, dessen reale Dialektik nur bewußt gemacht werden muß, um zur Theorie der revolutionären Praxis zu gelangen<sup>27)</sup>. An diesem Punkt, dem Zentralproblem des Entstehens der sozialistischen Theorie der 40er Jahre offenbart sich nun ganz kraß die theoretische Sackgasse, in die H. durch seine Art der HEGEL-Überwindung geriet.

allgemein logische Kategorien behandelt, die auf jede Epoche anwendbar sind, so überwindet er zwar CIESZKOWSKIS abstrakte Konstruktion, jedoch um den Preis, die Beziehung von Logik und Geschichte auf das Niveau der HEGELSchen Logik (und nicht der wesentlich historischeren Phänomenologie oder der einzelnen Systemgebiete) zurückzuführen. Vgl. LASSALLE, Werke VI, 50 ff.

27) M. schildert diese Trennung, ihre sozialen Ursachen und ihre Lösung in Elend der Philosophie, S. 109.

Denn indem er theoretisch über HEGEL hinauszugehen vermeinte, als er die Zukunft in den triadischen Gang seiner Logik einbezog, konnte er über diese nur ein paar bestenfalls abstrakt-utopische Allgemeinheiten aussagen, mußte aber dafür den Preis bezahlen, daß seine Theorie die Dualität von Theorie und Praxis, in der Form der Dualität von Sozialismus und Proletariat (die ideologische Folge des unentwickelten Zustandes der damaligen Arbeiterbewegung) zur Kategorie erhob, verewigte; daß die Philosophie sich mit dieser Wirklichkeit zu „versöhnen“ gezwungen war. Wenn er in seinem ersten Versuch, den Sozialismus philosophisch zu begründen, auf das Umschlagen der alten Dualität in Religion und Politik zu sprechen kommt, so beginnen für ihn: „die Revolution und der Kriticismus“<sup>28)</sup>, ohne daß er darüber ins Klare kommen könnte, daß er hiebei bloß den alten Dualismus neu reproduziert. Im Gegenteil. Er ist sogar bemüht, die Reinheit, die Wissenschaftlichkeit, die Objektivität dieser Philosophie, die allerdings zur „Tat“ werden sollte, zu retten. Er polemisiert in seiner sonst nicht verdienstlosen Kritik von LORENZ STEIN dagegen, daß „der Zusammenhang des Kommunismus mit dem Proletariat bis zum Überdruß wiederholt“ wird. „Es ist dies“ — fährt er fort<sup>29)</sup> — „die einzige lebensvolle Seite, welche STEIN dem Kommunismus abzugewinnen vermag. Wo es sich dagegen um die Berechtigung der Ansprüche des Proletariats handelt, da schlüpft er mit einigen philosophischen Floskeln darüber hinweg, und man sieht an der Haltlosigkeit seines Raisonements die Unfähigkeit, hier zu einem Verständnis zu gelangen. Dieses Verständnis konnte ihm freilich nur durch die Einsicht in den Zusammen-

28) „Die Philosophie der Tat“, in HERWEGHS 21 Bogen aus der Schweiz. 1848. (ZLOCISTIS Ausgabe, S. 47.)

29) „Sozialismus und Kommunismus“, ebenda S. 72. Auch nach der Kenntnis der Aufsätze von M. und E. in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ ändert sich diese Anschauung nicht. Vgl. die Ableitung der Entstehung des Sozialismus „von außen“ aus der Natur des Proletariats, „von innen“ durch die theoretische Notwendigkeit der Wissenschaft mit M.s „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, auf die H. sogar ausdrücklich Bezug nimmt im Aufsatz: „Über die sozialistische Bewegung in Deutschland“ in GRÜNS Neuen Anekdoten (1845) ebenda, S. 106, sowie die Polemik gegen Sozialismus als „Magenfrage“ ebenda, S. 129, die Einleitung zum Gesellschaftsspiegel (1845) zit. von STRUVE in Neue Zeit XV/2, 269 usw.

hang des Kommunismus mit dem Sozialismus und der Wissenschaft aufgehen, eine Einsicht, die ihm, wie gesagt, ganz und gar mangelt.“

Dieses Festhalten an einer Methode, deren Problematik ihm — wie die ununterbrochenen Umgestaltungen seines „Systems“, die immer wieder versuchte Anlehnung an M. beweisen — unmöglich ganz verborgen bleiben konnte, hat selbstverständlich seinen klassenmäßigen Grund. H. philosophiert vom Standpunkt der revolutionären, mit der kommenden sozialen Revolution sympathisierenden Intelligenz. Die Leiden des Proletariats sind der Ausgangspunkt seines Philosophierens, das Proletariat ist der Gegenstand seiner Sorge und seines Kampfes, später wird sogar sein Emanzipationskampf als wichtiger Bestandteil der kommenden Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitalismus anerkannt. Daneben — oder darüber — schwebt jedoch die Theorie, die Erkenntnis, die Philosophie, die unparteiisch, selbstlos die geistige Führung der guten Sache übernimmt<sup>30)</sup>. Dieser gute Glaube, über alle Klassengegensätze, alle egoistischen Interessen der Menschen erhaben zu sein, ist der typische Standpunkt des Intellektuellen, der nicht — unmittelbar — am Produktionsprozeß teilnimmt, dessen Existenzbasis, materiell wie geistig, die „ganze“ Gesellschaft, ohne Klassenunterschied zu sein scheint (je unentwickelter die Klassengegensätze in einer Gesellschaft sind, desto leichter entsteht dieser Schein, desto schwerer ist er als Schein durchschaubar); der deshalb, wenn er ehrlich strebt, die Wahrheit zu erkennen und zu verkünden, keine soziale Basis zu erblicken vermeint, auf deren Grundlage sich seine „Wahrheit“ aufbauen würde. Diese Illusion einer Klassenjenseitigkeit konnte im Deutschland der 40er Jahre um so leichter entstehen, als wegen der primitiven Klassendifferenzierung eine „Intelligenz“ als selbständige Schicht mit selbständigen Interessen noch viel weniger vorhanden war, als etwa zur Zeit der Entstehung und Blüte des russischen Sozial-Revolutionarismus. Freilich entstand dort auch die Illusion und die Ideologie einer Klassenjenseitigkeit. Nur mit dem großen

30) Auch davon klingt bei LASSALLE sehr vieles nach. Z. B. in der berühmten Rede: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“, wo LASSALLE sie „die beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft“ nennt (Werke II, 248).

Unterschied, daß die sozialrevolutionäre Ideologie bereits mit der durch und durch heuchlerischen Ideologie des „klassenjenseitigen“ Staates etc. der Bourgeoisie am Ende ihrer Entwicklung durchtränkt war, während die wirklichen Ideologen der Bourgeoisie zur Zeit des „wahren Sozialismus“, wenigstens teilweise, noch offene und klare Verkünder der bürgerlichen Klasseninteressen waren. (Man denke etwa an die bedeutenden französischen Historiker dieser Zeit.)

Wird aber der Theorie auf diese Weise eine Stelle oberhalb des Kampfs der verschiedenen Gruppen, Stände und Klassen zugewiesen, so folgt daraus notwendig eine moralistische und moralisierende Beurteilung der Gegenwart, speziell der der sozialen Revolution feindlich gegenüberstehenden Strömungen. Denn ist der Kommunismus nicht die Klassenwahrheit des Proletariats, ist er nicht aus dessen Klassenlage, als deren gedanklicher Ausdruck erwachsen, sondern die „objektive Wahrheit“ des historischen Prozesses, so können die Motive des Widerstandes gegen die „Wahrheit“ nur Unwissenheit oder moralische Minderwertigkeit sein. Das erste Motiv spielte bei den Utopisten eine große Rolle. H. und Genossen kritisierten die bürgerliche Gesellschaft, die kapitalistische Produktionsordnung, indem sie ihre Wirtschaftsprinzipien unter die — ethische — Kategorie des „Egoismus“ subsumierten und als solchen moralisch verurteilten<sup>31)</sup>.

Freilich spielte der „Egoismus“ tatsächlich in der Entstehung der bürgerlichen Ideologie eine große Rolle und es war — in dieser Hinsicht — nicht vollkommen inadäquat, die Kritik der bürgerlichen Klasse an dieses Problem anzuknüpfen. Aber für die ersten großen Vertreter dieser Ideologie (HOBBS, MANDEVILLE, BAYLE etc.) war der Kampf für die neue Moral etwas sehr Realistisches. Die Bekämpfung der feudalen Moral (und der puritanischen in der Entstehungszeit der bürgerlichen Klasse) hing nicht nur eng zusammen mit der Ausbildung der theoretischen Grundlagen der ganzen bürgerlichen Ideologie, der klassischen Ökonomie, sondern diese Ideologie lieferte zugleich für ihren

31) Vgl. „Über die Not in unserer Gesellschaft und deren Abhilfe“ in PÜTTMANN'S Bürgerbuch (1845), bei ZLOCISTI S. 138; „Über das Geldwesen“ in PÜTTMANN'S Rheinischen Jahrbüchern (1845), bei ZLOCISTI S. 164 usw.

Klassenkampf sehr wichtige Waffen. Daß die offen verkündete Moral des Egoismus zur Zeit von H. in der Bourgeoisie bereits abzuklingen begann, hängt teils damit zusammen, daß die wachsenden Widersprüche der kapitalistischen Produktion die Bourgeoisie auch moralisch zur Heuchelei zwangen, ihr das klare und kühne „Aussprechen was ist“ immer mehr verwehrten, teils damit, daß diese Moraltheorie durch die Entwicklung der klassischen Ökonomie viel von ihrer praktischen Bedeutung für das Klassenbewußtsein des Bürgertums einbüßte. SMITH und RICARDO konkretisierten ökonomisch das, was etwa MANDEVILLE erst noch in viel ideologischer Form auszudrücken vermocht hatte. Der „Egoismus des Handelns“ konnte sich in der Ökonomie von SMITH bereits unmythologisch ausdrücken und nur das „außerökonomische“ Leben, d. h. was ihnen „außerökonomisch“ schien, knüpfte an die Ethik der großen Entwicklungszeit der bürgerlichen Ideologie an, so SMITH an SHAFTESBURY.

Für die theoretische Entwicklung von H. wurde es verhängnisvoll, daß er über die moralische Verurteilung des „Egoismus“, den er allerdings als notwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft darstellt und mit deren, ziemlich oberflächlich erfaßten ökonomischen Grundlagen ständig parallelisiert, nicht hinaus konnte. Er betrachtete ihn zwar als notwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft, aber doch nur als Erstarrtes: metaphysisch und nicht dialektisch. So konnte er nur moralisierend zu ihm Stellung nehmen. Und da H.s Sozialismus, seine logisch-dialektisch „erkannte“ Zukunft“, ebenfalls nicht aus dem realen Boden der konkreten Klassenkämpfe der Gegenwart herauswuchs, sondern aus den hier produzierten Gegensätzen logisch sublimiert wurde, wobei die in reine Gedanken verwandelten Gegensätze idealistisch zu selbständigen Wesenheiten erstarren mußten, stand die Zukunft fix und fertig den „Problemen“ der Gegenwart als „Lösung“ gegenüber. Zwischen Gegenwart und Zukunft fehlt daher jede reale Vermittlung, weil in den Elementen der Gegenwart, in den Tendenzen, die sie hervorgebracht und problematisch gemacht haben, die realen Kräfte des Über-sich-selbst-Hinaustreibens nicht erkannt wurden. Sehr deutlich ist diese Auffassung in der Kritik LORENZ STEINS sichtbar<sup>32)</sup>. „Der grobe Irrtum“ — heißt es dort —

32) ZLOCISTIS Angabe, S. 70—71.

„zu dem STEIN zunächst durch seine schiefe Auffassung des französischen Geistes fortgetrieben wird, besteht darin, daß er in dem Streben nach Gleichheit nur die rein äußerliche, materielle Richtung auf den Genuß hin erblickt. Während er selbst den sogenannten Materialismus unserer Zeit entschuldigt, indem er darin nur die erste Arbeit der abstrakten Persönlichkeit sieht, sich einen konkreten Inhalt zu geben, findet er im Kommunismus nur das Streben des Proletariats, sich einen gleichen Genuß mit den Besitzern zu verschaffen. Es ist aber gerade einer der Hauptvorzüge des Kommunismus, daß in ihm der Gegensatz von Genuß und Arbeit verschwindet. Nur im Zustand des getrennten Besitzes ist der Genuß von der Arbeit unterschieden. Der Zustand der Gemeinschaft ist die praktische Verwirklichung der philosophischen Ethik, welche in der freien Tätigkeit den wahren und den einzigen Genuß, das sogenannte höchste Gut erkennt — so wie umgekehrt der Zustand des getrennten Besitzes die praktische Verwirklichung des Egoismus und der Unsittlichkeit ist, welche einerseits die freie Tätigkeit negiert und sie zur Arbeit des Sklaven herabwürdigt, anderseits an die Stelle des höchsten Gutes des Menschen den tierischen Genuß setzt als das würdige Ziel jener ebenso tierischen Arbeit. STEIN steckt noch mitten in diesen Abstraktionen von Arbeit und Genuß, während der Kommunismus längst darüber hinaus und — versteht sich im Geiste seiner ersten Repräsentanten — bereits das geworden ist, was er einst in der Wirklichkeit sein soll: Die praktische Ethik.“

So wird die Gegenwart abstrakt moralisierend verurteilt. „Wir wissen wohl“ — sagt H. in der Philosophie der Tat<sup>33)</sup> — „daß es zahme und lahme Philosophen gibt, die, weil ihnen der Zornmut der Tat abhanden gekommen ist, in dem Lügendreckhaufen der Religion und Politik mit ihrer Diogeneslaterne herumstöbern, um womöglich noch einige brauchbare Gegenstände hier aufzugabeln. Aber es lohnt sich nicht der Mühe, die armseligen Lumpen aus dem Schutte der Vergangenheit hervorzusuchen . . .“ Und dieser Stellung zur Gegenwart entsprechend kann die Brücke zur Zukunft auch nur das Wirksam-, das zur Tatwerden der neuen Moral sein. „Es ist euch gesagt worden“ — fährt H. fort<sup>34)</sup> —

33) Ebenda, S. 43.

34) „Über die Not in unserer Gesellschaft und deren Abhilfe“, ebenda S. 149.

„man könne nicht zweien Herren zugleich dienen, Gott und dem Mammon. Wir aber sagen euch, daß man keinem von beiden zu dienen habe, wenn man menschlich denkt und fühlt. Liebt euch untereinander, einigt euch im Geiste und ihr besitzt jenes selige Bewußtsein, welches ihr solange vergeblich über euch, in Gott, suchtet, in eurem Herzen. Organisiert euch, einigt euch in der Wirklichkeit, und ihr besitzt alles Vermögen, das ihr solange außer euch, im Gelde, suchtet, in euren Taten und Werken.“

Hier zeigt sich der entscheidende Einfluß FEUERBACHS auf den „wahren Sozialismus“, auf H. Er gab ihm die neue, positive Moral, die man der „Moral des Egoismus“ gegenüberstellen konnte. Während M. und E. von FEUERBACH höchstens den entgültigen Anstoß erhielten, die letzten Reste des HEGELschen Idealismus aus ihrem Denken auszumerzen, die Dialektik entgültig und vollständig materialistisch umzugestalten, knüpfen H. und Genossen (und H. bei weitem nicht so stark wie GRÜN oder KRIEGE) gerade an jene Seite FEUERBACHS an, die im Wesen idealistisch geblieben ist<sup>35)</sup>, der M. und E. schon damals gleichgültig oder ablehnend gegenüberstanden. Sehr bezeichnend für diesen Unterschied ist der Brief E.s vom 19. IX. 1844<sup>36)</sup> an M. in der Zeit seiner Zusammenarbeit mit H., als dieser gerade seine Broschüre „Die letzten Philosophen“ gegen STIRNER und BAUER schrieb. Er sagt hier über STIRNER: „Aber was an dem Prinzip wahr ist, müssen wir auch aufnehmen. Und wahr ist allerdings das, daß wir erst eine Sache zu unserer eigenen, egoistischen Sache machen müssen, ehe wir etwas dafür tun können — daß wir also in diesem Sinne, auch abgesehen von etwaigen mate-

35) Idealistisch in dem Sinne, wie etwa PLECHANOV die Geschichtsauffassung der Materialisten des 18. Jahrhunderts idealistisch nennt.

36) Briefwechsel I, 7. Es sei hier beiläufig bemerkt, daß die notwendige Verknüpfung von „Idee“ und „egoistischem Interesse“ schon von HEGEL erkannt, wenn auch in etwas mythologisierender Form, und nur von seinen Nachfolgern wieder fallen gelassen wurde. (Vgl. die Rolle der „Leidenschaften“ in seiner Geschichtsphilosophie oder die Behandlung des „Nützlichen“ in der Phänomenologie). Das Gesunde bei Stirner, das E. in zit. Briefe — unter Hervorhebung von STIRNERS Zusammenhang mit BEUTHAM — anerkennt, ist die ebenfalls mythologisierende Anknüpfung an die — bürgerliche — Theorie der bürgerlichen Gesellschaft.

riellen Hoffnungen, auch aus Egoismus Kommunisten sind, aus Egoismus Menschen sein wollen, nicht bloße Individuen.“

Freilich steht auch H. FEUERBACH nicht unkritisch gegenüber, und seine Kritik zielt zuweilen sehr aufs Wesentliche. So, wenn er etwa die Kritik von M. über die deutschen Zustände auf FEUERBACH anwendet und schreibt<sup>37)</sup>: „Die Feuerbachsche ‚Philosophie der Zukunft‘ ist nichts als eine Philosophie der Gegenwart, aber einer Gegenwart, die dem Deutschen noch als Zukunft, als Ideal erscheint. Was in England, Frankreich, Nordamerika und anderwärts gegenwärtige Wirklichkeit ist, der moderne Staat mit der ihm gegenüberstehenden, ihn ergänzenden bürgerlichen Gesellschaft, das wird in den ‚Grundsätzen der Philosophie der Zukunft‘ philosophisch, theoretisch ausgesprochen.“ H. sieht zugleich ein, daß die Schranke in FEUERBACHS Denken das Ueberspringen des gesellschaftlichen Wesens des Menschen ist, daß deshalb „der Mensch“ der FEUERBACHSchen Anthropologie nicht der wirkliche und konkrete Mensch sein kann. So führt er in seinem Aufsatz „Über die sozialistische Bewegung in Deutschland“ aus<sup>38)</sup>: „Warum ist FEUERBACH zu diesen wichtigen praktischen Konsequenzen seines Prinzips nicht gelangt? — Das Wesen Gottes, sagt Feuerbach, ist das transzendente Wesen des Menschen, und die wahre Lehre vom göttlichen Wesen ist die Lehre vom menschlichen Wesen: Theologie ist Anthropologie — das ist wahr — aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Das Wesen des Menschen, muß hinzugefügt werden, ist das gesellschaftliche Wesen, das Zusammenwirken der verschiedenen Individuen für den einen und denselben Zweck, für ganz identische Interessen, und die wahre Lehre vom Menschen, der wahre Humanismus ist die Lehre von der menschlichen Gesellschaftung, d. h. Anthropologie ist Sozialismus“. Und H. wirft unmittelbar darauf FEUERBACH vor: dieser gehe zwar über den individuellen Menschen hinaus, finde aber „den menschlichen Gattungsakt“, wenn nicht ausschließlich, doch wesentlich im „Denken“. Die Versuche FEUERBACHS, über diesen bloß anschauenden Charakter seiner Philosophie hinauszukommen, die Anerkennung anderer Gebiete, wo der „Gattungsakt“ sich äußert,

37) Die letzten Philosophen a. a. O., 192.

38) In GRÜNS Neue Anekdoten, a. a. O. 115—16.



beurteilt H. mit Recht als Inkonsequenzen. Denn „man sieht nicht ein, weshalb FEUERBACH das zugibt, da er nirgends zu anderen philosophischen Konsequenzen als zu jenen gelangt, die aus der richtigen Fassung des Denkakts folgen“.

Trotz dieser richtigen Kritik — die stellenweise der von M. und E. ziemlich nahe kommt, in welche eine ebenso zutreffende Kritik des Junghegelianismus eingeflochten ist — verfällt H. dennoch gerade der schwächsten, idealistischsten Seite FEUERBACHS: seiner Ethik der Liebe. Oben wurden die sozialen Gründe angedeutet, die in dieser Hinsicht H. als Intellektuellen, der mit dem revolutionären Proletariat nur eine „Alliance“ schließt, aber niemals aus der Klassenlage des Proletariats heraus zu denken vermag, bestimmt haben. Philosophisch drückt sich dies darin aus, daß H. die im Grunde falsche Stellung FEUERBACHS zur HEGELSchen Dialektik, insbesondere seine Lehre vom Verhältnis zwischen Unmittelbarkeit und Vermittlung sich kritiklos zu eigen macht. „FEUERBACH geht“ — sagt er<sup>39)</sup> — „von dem richtigen Grundsatz aus, daß der sein Wesen entäußernde oder sich entwickelnde Mensch, der Erzeuger aller Kollisionen, Widersprüche und Gegensätze sei, daß mithin von einer spekulativen Vermittlung gar keine Rede sein könne, da in Wahrheit nichts zu vermitteln, keine Identität von Gegensätzen, sondern überall nur die Identität des Menschen mit sich selber herzustellen sei. Gegensätze, Widersprüche existieren nur in der Einbildung der spekulativen Mystiker.“ Indem FEUERBACH als Wesen des Christentums den entäußerten Menschen nachwies, hat er „die Grundlage aller theoretischen Irrtümer und Widersprüche nachgewiesen — obgleich er es nicht systematisch durchführt, wie alle Gegensätze und Widersprüche aus dem sein Wesen entäußernden Menschen entstehen“. Hier ist es klar ersichtlich, wie wenig H., obwohl er das Fehlen des gesellschaftlichen Elements bemängelt, den grundlegenden Irrtum in der ganzen Fragestellung FEUERBACHS zu durchschauen vermag. Wir meinen hier selbstverständlich sein Abstrahieren vom geschichtlichen Verlauf und demzufolge sein unkritisches Verhalten zum gesellschaftlich-geschichtlichen Charakter der religiösen Gebilde, die er zu kritisieren, anthropologisch aufzulösen unternimmt. M. formuliert (im 7. Aphorismus

39) A. a. O., 114.

über FEUERBACH) diesen Einwand mit der höchsten Präzision: „Feuerbach sieht daher nicht, daß das ‚religiöse Gemüt‘ selbst ein gesellschaftliches Produkt ist, und daß das abstrakte Individuum, das er analysiert, in Wirklichkeit einer bestimmten Gesellschaft angehört“. Darum kann, nach M., der Standpunkt des alten Materialismus — zu dem auf diese Weise auch FEUERBACH zu zählen ist — bloß die bürgerliche Gesellschaft sein (9—10. Aphor.). Eine Kritik, der H. in seiner Identifizierung der FEUERBACHSchen „Philosophie der Zukunft“ mit der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft in England etc. zustrebt, von der er aber in allen entscheidenden Momenten, wo seine Kritik FEUERBACHS konkret werden müßte, abbiegt, um die schwächsten Seiten FEUERBACHS in seine eigene Philosophie einzuarbeiten.

Der falsche methodologische Boden, auf den H. sich von FEUERBACH locken ließ, ist dessen Ablehnung des HEGELSchen Begriffs der Vermittlung, der Versuch, das unmittelbare Wissen wieder in seine Rechte einzusetzen. Zwar verwarft sich FEUERBACH dagegen, daß sein unmittelbares Wissen mit früheren Fassungen desselben, z. B. mit der JACOBIS verwechselt werde<sup>40)</sup>. Wenn man ihm aber hierin auch völlig recht geben könnte, so wäre damit doch, wie wir sehen werden, eine der wichtigsten Errungenschaften der HEGELSchen Philosophie, einer der Punkte, in denen sie die Möglichkeit enthielt, zur materialistischen Dialektik weiter entwickelt zu werden: die methodologische Möglichkeit, die gesellschaftliche Wirklichkeit der Gegenwart in ihrer Wirklichkeit anzuerkennen und zu erkennen und sich zu ihr trotzdem kritisch (aber nicht moralistisch-kritisch, sondern im Sinne einer praktisch-kritischen Tätigkeit) zu verhalten, verloren gegangen. Freilich war bei HEGEL nur die Möglichkeit hierzu vorhanden. Es ist aber für die Entwicklung der sozialistischen Theorie entscheidend geworden, daß M. an diesem Punkte methodologisch direkt an HEGEL anknüpft, dessen Methode von ihren idealistischen Inkonsequenzen und Schiefheiten reinigt, „auf die Füße stellt“ und, so viel er dem Anstoß durch FEUERBACH auch verdanken mag, diese FEUERBACHSche „Verbesserung“ HEGELS ablehnt. Der „wahre Sozialismus“ dagegen (auch H.) folgt hier kritiklos FEUERBACH. Gerade weil die „wahren Sozialisten“ bereits in

40) Zur Kritik der Hegelschen Philosophie, Werke II, 168.

ihrem Ausgangspunkt HEGEL idealistisch verwässert, seine objektive Dialektik des Geschichtsprozesses selbst in eine bloße Gedankendialektik verwandelt haben, mußte bei ihnen die FEUERBACHSche Opposition HEGEL gegenüber wie ein endlich gefundener Weg aus der Sackgasse, in die sie sich verrannt hatten, wirken. (Wenn LASSALLE trotz seiner idealistischen Dialektik in vielen Punkten ihnen überlegen blieb, so beruht dies vielfach auf seinem orthodoxeren HEGELIANISMUS.)

Die große Wirkung FEUERBACHS auf die radikalen Junghegelianer beruht also darauf, daß er in dieser Frage — nur oft mit verkehrten Vorzeichen der Bewertung der Aufbauelemente der Methode — methodologisch auf dem gleichen Boden wie die gestanden ist. Für unser jetzt zu behandelndes Problem ist dies so zu formulieren: beide haben die Vermittlung als etwas rein Gedankliches behandelt; die Brüder BAUER, um in ihrer Philosophie des Selbstbewußtseins einen Gedankenfetisch, den wahren Bewegter der Weltgeschichte aus ihr zu machen<sup>41)</sup>, FEUERBACH, um ihr jede reale Objektivität abzuspochen. So führt FEUERBACH in den „Grundsätzen der Philosophie der Zukunft“ aus<sup>42)</sup>: „Wahr

41) H. lehnt die Philosophie des Selbstbewußtseins stets ab, kommt ihr aber oft viel näher, als er es selbst weiß. So z. B. in der methodologischen Grundlegung der „Philosophie der Tat“: „Der Wechsel, die Verschiedenheit des Lebens kann nicht als ein Wechsel des Gesetzes der Tätigkeit, als objektiv verschiedenes Leben, sondern nur als eine Verschiedenheit des Selbstbewußtseins begriffen werden. Die Reflektion, die alles auf den Kopf stellt, sagt umgekehrt: „das objektive Leben ist verschieden, das Ich stets dasselbe“ (a. a. O., 39). Daß H. hier ein Dilemma sieht und es nicht einmal als methodologische Möglichkeit in Betracht zieht, daß diese beiden Faktoren in dialektischer Wechselwirkung, sich gegenseitig verändernd, wirksam sein können, kennzeichnet seinen KANT-FICHTESchen Idealismus.

42) A. a. O., 301. Ich zitiere hier nur das, was sich auf das Problem: Unmittelbarkeit-Vermittlung bezieht. Die FEUERBACHSche Identifikation von Unmittelbarkeit und Sinnlichkeit erklärt seine große Wirkung auf H., ist aber hier, wo die Scheidung sich zwischen dialektischem und undialektischem Denken, nicht aber die zwischen Idealismus und Materialismus behandelt wird, unwesentlich. Entscheidend wird die Frage erst bei M. selbst, wo das Problem des Materialismus ebenso die Grenzlinie zwischen ihm und HEGEL bildet, wie hier das Problem der Dialektik zwischen ihm und FEUERBACH. Die Beziehung zwischen diesem und M. ist (wie übrigens auch die von HEGEL und M.) weder theoretisch noch historisch geklärt. MEHRING überschätzt meines Erachtens den Einfluß FEUERBACHS. Er kann sich dabei auf einzelne Äuße-

und göttlich ist nur, was keines Beweises bedarf, was unmittelbar für sich spricht und einnimmt, unmittelbar die Affirmation, daß es ist, nach sich zieht — das schlechthin Entschiedene, schlechthin Unzweifelhafte, das Sonnenklare . . . Alles ist vermittelt, sagt die HEGELSche Philosophie. Aber wahr ist etwas nur, wenn es nicht mehr ein Vermitteltes, sondern Unmittelbares ist . . . Die sich vermittelnde Wahrheit ist die noch mit ihrem Gegensatz behaftete Wahrheit. Mit dem Gegensatz wird begonnen; er wird aber hernach aufgehoben. Wenn er aber ein Aufzuehebendes, ein zu Negierendes ist, warum soll ich mit ihm, warum nicht gleich mit seiner Negation beginnen? . . . Warum soll denn das durch sich selbst Gewisse und Bewährte nicht höher sein als das durch die Nichtigkeit seines Gegenteils Gewisse? Wer kann also die Vermittlung zur Notwendigkeit, zum Gesetz der Wahrheit erheben? Nur der, welcher selbst noch befangen ist in dem zu Negierenden, welcher noch mit sich kämpft und streitet, noch nicht vollkommen mit sich im Reinen ist . . .“ Daraus folgt, gewissermaßen als erkenntnistheoretische Grundlegung des allein wahren unmittelbaren Wissens, die Einheit von Sein und Wesen, wobei freilich FEUERBACH, als ehrlicher Denker, sich gezwungen sieht, zuzugeben, daß „im menschlichen Leben“, „aber auch nur in abnormen

rungen M.s berufen, die aber noch lange nicht beweisen, daß der sachliche Einfluß tatsächlich so groß war, wie der Eindruck, den M. erhalten zu haben vermeinte. Denn die Stellen aus der „Heiligen Familie“, auf die sich z. B. HAMMACHER beruft, für die Annahme: M. habe wenigstens zeitweilig so wie die „wahren Sozialisten“ die Liebesethik FEUERBACHS akzeptiert, zeigen bei genauer Analyse gerade das Gegenteil. Mir scheint, daß zur Zeit, als der junge M. versuchte, aus dem Begriffsgestrüpp des Junghegelianismus den Weg zur Realität zu finden, ihm der Materialismus FEUERBACHS — trotz tiefgehender Differenzen — aus ähnlichen Gründen sympathisch sein mußte, wie z. B. dem jungen HEGEL zur Zeit seiner großen Auseinandersetzung mit KANT und FICHTE, die naturalistischen Rechtsphilosophen (vor allem HOBBS), die er damals mit größerer Sympathie als sonst je und viel milder polemisch als KANT und FICHTE behandelt. Bei M. ist FEUERBACH gegenüber schon sehr früh ein klares Durchschauen vorhanden. Und später haben gerade die FEUERBACH preisenden Teile der „Heiligen Familie“ „sehr humoristisch“ auf ihn gewirkt, obwohl er sich zum ganzen nicht ablehnend verhielt. (Brief an E. vom 24. IV. 1867. Briefwechsel III, 370.)

unglücklichen Fällen“ das Sein vom Wesen abgesondert ist; da „ereignet es sich, daß man nicht da, wo man sein Sein, auch sein Wesen hat, aber eben wegen dieser Scheidung auch nicht wahrhaft, nicht mit der Seele da ist, wo man wirklich mit dem Leibe ist. Nur wo Dein Herz, da bist Du. Aber alle Wesen sind — naturwidrige Fälle ausgenommen — gern da, wo, und gern das, was sie sind, d. h. ihr Wesen ist nicht von ihrem Sein, ihr Sein nicht von ihrem Wesen abgetrennt“<sup>43</sup>). Die Vermittlung ist dann nicht mehr der gedankliche Ausdruck der dialektischen Struktur des Seins selbst, das aus sich auflösenden und neue Antagonismen produzierenden Gegensätzen besteht; nicht mehr jene logische Form, in der wir die — dialektische — Prozeßartigkeit des Seins gedanklich reproduzieren und dadurch die jeweiligen Resultate des Prozesses (die isoliert betrachtet, notwendig als erstarrte Produkte, also unmittelbar nur metaphysisch erfassbar gegeben sind) wirklich als Resultate, also nicht erstarrt metaphysisch, sondern im Zusammenhang des Prozesses denken, wie bei HEGEL, sondern ein formalistisches Mittel zur Mitteilung der unmittelbar evidenten Denkinhalte. FEUERBACH drückt dies in seiner „Kritik der Hegelschen Philosophie“ ganz klar aus<sup>44</sup>): „Das Denken ist eine unmittelbare Tätig-

43) Ebenda, 286 (von mir gesperrt). Dieses Zusammenfallen von Sein und Wesen, mit der sehr charakteristischen Art des Vorbehaltes, ist die logische Formulierung desselben Utopismus, den wir bei H. im Zusammenfallen von Arbeit und Genuß gefunden haben. Die Ähnlichkeit ist keineswegs zufällig. Sie entstammt vielmehr zwangsläufig aus der Lage eines Denkers, der eine ihm sozial gegebene Antinomie auf begrifflichem Wege aufzulösen versucht. Wobei in sehr interessanter, aber hier nicht näher analysierbarer Weise die rein logischen Konsequenzen für Utopismus und Apologie die gleichen sind. So wird die Vulgär-Ökonomie dazu getrieben, Produktion und Konsumtion als identisch aufzufassen (was, wie noch gezeigt werden wird, auch GRÜN und H. übernehmen); so muß HEGEL selbst eine derartige ideologische Grundtatsache der bürgerlichen Gesellschaft wie das Auseinanderfallen von Legalität und Moralität ähnlich utopistisch überwinden usw. Daß auf diesem Punkte — allerdings bloß in dem Festhalten an dieser Struktur als einer Grundtatsache der Gegenwart — KANT und FICHTE HEGEL gegenüber den realistischen Standpunkt vertreten, ist für die Wirkung FICHTEs auf die Auflösung des HEGELianismus sehr bedeutung geworden. Die Beziehungen zwischen FICHTE und HEGEL im einzelnen aufzuführen überspannt den Rahmen dieses Aufsatzes.

44) A. a. O., 169/171.

keit, inwiefern es Selbsttätigkeit ist . . . Die Demonstration ist nichts anderes, als das Zeigen, daß das wahr ist, was ich sage; nichts anderes als die Rücknahme der Entäußerung des Gedankens in die Urquelle des Gedankens . . . Die Demonstration hat nun nur in der Vermittlungstätigkeit des Gedankens für andere ihren Grund. Wenn ich etwas beweisen will, so beweise ich es für andere . . . Alle Demonstration ist daher nicht eine Vermittlung des Gedankens in und für den Gedanken selbst<sup>45)</sup>, sondern eine Vermittlung mittels der Sprache, inwiefern es meines ist, und dem Denken des anderen, inwiefern es seines ist. . .“ „Der HEGELschen Philosophie — sagt FEUERBACH<sup>46)</sup> — fehlt unmittelbare Einheit, unmittelbare Gewißheit, unmittelbare Wahrheit.“

Damit ist aber keineswegs, wie er selbst gehofft hat, der Idealismus HEGELS endgültig überwunden. Vielmehr ist bloß der ethisierende Utopismus auf seine philosophisch sicher höchste gedankliche Stufe erhoben, ist bloß eine erkenntnistheoretische Begründung des ethischen Utopismus geschaffen. Denn eine unmittelbar-gewisse Einheit, eine unmittelbar einleuchtende Wahrheit ist nur auf zwei Punkten zu erlangen. Erstens sind uns die gesellschaftlichen Grundformen unserer Gegenwart in unmittelbarer Evidenz gegeben, und zwar je feinere, je verwickeltere (nach HEGELS Auffassung je vermitteltere) Formen sie sind, desto unmittelbarer evident. Bei den ökonomisch sozialen Grundlagen ist diese Unmittelbarkeit als bloßer Schein vom Standpunkt des Proletariats durchschaubar. (Auf die großartige Leistung M.s und E.s gerade in diesem Punkt werden wir noch zurückkommen.) Dieses Durchschauen ändert zwar nichts an der unmittelbar einleuchtenden Gewißheit, daß diese die Existenzformen unserer Gegenwart sind, vermag jedoch unserem praktischen Verhalten zu ihnen eine Wendung zu geben, die auch auf das unmittelbare Verhalten zurückwirkt. Bei den verwickelteren, vielfach vermittelten Gebilden hingegen wirkt sich diese dialektische Auflösung der Unmittelbarkeit in einen Vermittlungsprozeß praktisch-unmittelbar viel schwächer aus. Er

45) Diese Wendung der Polemik zeigt, wie sehr FEUERBACH HEGEL im Junghegelianisch-Fichteschen Sinn versteht und interpretiert.

46) Vorläufige Thesen zur Reform der Philosophie a. a. O., 227.

scheint deshalb ein bloßer Gedankenprozeß, eine bloß theoretische oder logische Operation. Wenn wir z. B. unser Dasein als isolierte Individuen — das uns in der kapitalistischen Gesellschaft unmittelbar evident gegeben ist — noch so scharf als Resultat der Entwicklung des Kapitalismus durchschauen, so bleibt durch das bloß theoretische Faktum dieses Durchschauens in unserer Empfindungsweise etc. die individualistische Struktur in unerschütterter Unmittelbarkeit ebenso bestehen, wie etwa (dies letztere soll freilich bloß als psychologische Illustration dienen) die vollendete Einsicht in die Richtigkeit der KOPERNIKANISCHEN Astronomie am unmittelbaren Erlebnis, daß die Sonne aufgeht, untergeht, etc. nichts ändert. Nur die praktische Tendenz zur Veränderung der realen, sozialen Grundlagen dieser Unmittelbarkeit selbst — und auch die nicht überall sofort sichtbar — vermag hier ein verändertes Verhalten herbeizuführen.

Diese strukturelle Sachlage hat sowohl das Denken HEGELS wie FEUERBACHS stark beeinflußt. Jenen verführte sie — trotz sehr ernsthafter Versuche, das Problem hier anzupacken und zu lösen (wovon noch die Rede sein wird) — dazu, dieses Problem als rein theoretisches, als logisches zu behandeln. Dadurch ver selbständigten sich für ihn die Vermittlungskategorien zu realen „Wesenheiten“, lösten sich vom realen Geschichtsprozeß, vom Boden ihrer wirklichen Begreifbarkeit ab und erstarrten damit zu einer neuen Unmittelbarkeit. FEUERBACH dagegen knüpfte in seiner Polemik ausschließlich bei dieser gescheiterten Seite des HEGELschen Versuchs an, übersah nicht nur das bei HEGEL an richtiger Problemstellung und Lösung bereits Erreichte, sondern auch das sachliche Problem selbst. Er behandelte deshalb die ganze Frage der Vermittlung als ein Problem der reinen Logik<sup>47)</sup>, das teils rein logisch, teils durch den Rekurs auf die unmittelbare Anschauung, auf die Sinnlichkeit gelöst werden kann. Damit gerät er aber in eine völlig unkritische Position. Er übersieht — wie M.<sup>48)</sup> in der „Deutschen Ideologie“ ausführt — daß

47) Höchstens mutet er ihr eine — negativ bewertete — mythologische Funktion im Hervorbringen realer Veränderungen am Menschen zu. Z. B. „Die Hegelsche Philosophie hat den Menschen sich selbst entfremdet usw.“ (a. a. O., 227).

48) Es ist für die klare Erkenntnis dieser Periode ein schwerer Verlust, daß dieses wichtige Werk noch immer unveröffentlicht ist. Hoffentlich

„diese sinnliche Welt kein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding, sondern das Produkt von Generationen sei, deren jede auf den Schultern der vorhergehenden stehe“.

Mit dieser Form der unmittelbaren Evidenz ist ihre zweite Form eng verknüpft: die unmittelbare Evidenz der ethischen Utopie. Sie beruht, kurz gefaßt, darauf, daß dem Menschen die objektiven Gegenständlichkeitsformen seiner Umwelt unmittelbar gegeben sind und der Grad ihrer unmittelbaren Evidenz bei weitem keinen Maßstab ihres überhistorischen Wesens abgibt, sondern einerseits die Folge der objektiven Stärke jener ökonomischen Kräfte, die sie hervorbringen, andererseits die Folge der klassenmässigen Interessiertheit und Befangenheit des Menschen am Bestand dieser sozialen Umwelt ist. Damit ist ihm aber der konkrete Spielraum seiner spontanen Gefühlsreaktionen dieser sozialen Umwelt gegenüber ebenfalls objektiv gegeben. D. h. er verhält sich zu diesen seinen ihm hier gegebenen Stellungnahmen ebenso unmittelbar wie zur Umwelt selbst. Und gerade in der Getrenntheit von „Objektivität“ und „Subjektivität“ offenbart sich am klarsten, daß sie einer und derselben sozialen Wurzel entsprossen sind und daß der unmittelbare Charakter einer jeden sich mit der der anderen in innigster Wechselwirkung befindet. Beim einfach bejahenden Verhalten zur Wirklichkeit bedarf dieser Zusammenhang kaum eingehender Analyse. Handelt es sich um die Utopie, um die fordernd ethische Verhaltensweise, so scheint ihre bloß unmittelbare Wesensart auf den ersten Blick weniger einleuchtend. Es ist aber nicht zu vergessen, daß es sich hier erstens bloß um den Schein einer Praxis handelt, d. h. um eine Praxis, die entweder die Struktur der objektiven Wirklichkeit prinzipiell unberührt läßt, also das anschauende Verhalten zu ihr bestätigt und nicht aufhebt (KANTS Sollen), oder aber den Übergang aus der gegebenen Wirklichkeit in die „veränderte“ Wirklichkeit nicht als konkretes Problem zu stellen vermag (Utopismus). Es wird dabei die „veränderte“ Wirklichkeit als Zustand, also anschauend behandelt und so der unmittelbar

wird es in der Ausgabe des Moskauer MARX-ENGELS-Institutes bald — auch in deutscher Sprache — zugänglich. Ich zit. nach dem Auszug GUSTAV MAYERS, in Friedrich Engels I, 247.



gegebenen objektiven Wirklichkeit kontrastiert, ohne daß der Weg, der von der einen zur anderen führt, irgendwie beleuchtet worden wäre. Zweitens, daß in beiden Fällen gar nicht versucht wird, die Genesis der ethisch-utopischen Verhaltensweise konkret aufzuzeigen. Sie wird ebenso hingenommen, wie die kontemplativ erfaßte objektive Wirklichkeit (oder ihr sog. „letztes Prinzip“) hingenommen wurde. KANT geht in der „Kritik der praktischen Vernunft“ ebenso vom „Faktum“ des Gewissens aus wie in der „Kritik der reinen Vernunft“ vom „Faktum“ der synthetischen Urteile a priori. Für den SMITH der Ökonomie sind die objektiven Gesetze der freien Konkurrenz etc. eine ebenso unmittelbar hingenommene Tatsache, wie die „Sympathiegefühle“ für ihn als Ethiker.

FEUERBACH scheint gerade in dieser Hinsicht einen Fortschritt zu bedeuten. Seine Auflösung der Theologie in Anthropologie, seine Auflösung des „entäußerten“ Wesens des Menschen scheint eine wirkliche Genesis zu bedeuten. Dies ist aber doch nur Schein. Vor allem weil er an die Stelle des einen abstrakten Gedankengebildes (Gott) das ebenso abstrakte der „Gattung“ setzt und damit die Ableitung der Gedankengebilde aus der Realität illusorisch macht. (Der Fortschritt, den seine Theorie trotzdem bedeutet, soll damit nicht geleugnet werden, kommt aber in diesem Zusammenhang nicht in Betracht.) M. sagt hierüber in seinen FEUERBACH-Aphorismen: „Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein, dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Darum „kann bei ihm das menschliche Wesen nur als ‚Gattung‘, als innere, stumme, die vielen Individuen nur natürlich verbindende Allgemeinheit gefaßt werden“. Ist aber diese Genesis, dieses Aufzeigen der realen Wurzel der Gedankengebilde nur der Schein einer Genesis, so verdichten sich die beiden Grundprinzipien seines Weltbildes, der „entäußerte“ Mensch und die Auflösung dieser „Entäußerung“ zu einander starr gegenüberstehenden Wesenheiten. Er löst nicht die erste in die zweite auf, sondern verwirft die eine und bejaht (moralisch) die andere. Er stellt eine fix und fertige Wirklichkeit einer anderen fix und fertigen gegenüber, statt zu zeigen, wie die eine aus der

anderen — im dialektischen Prozeß — entstehen muß. Seine „Liebe“ läßt die „entäußerte“ Wirklichkeit des Menschen ebenso unverändert bestehen wie KANTS Sollen an der Struktur seiner Welt des Seins nichts zu verändern vermochte.

Die „Praxis“ besteht in diesem Fall in der „Bewertung“. Bei der rein kontemplativen Einstellung FEUERBACHS kommt diese notwendige Konsequenz seiner methodischen Schranken bei ihm selbst weniger kraß zum Vorschein als bei seinen Nachfolgern, den „wahren Sozialisten“. Wenn H. die FEUERBACHSche Formel der „Entäußerung“ auf die Gesellschaft anwendet und FEUERBACHS Gott das Geld als das gesellschaftlich entäußerte Wesen gegenüberstellt<sup>49)</sup>: „Das Geld ist das Produkt der gegenseitig entfremdeten Menschen, der entäußerte Mensch“, so führt ihn diese Feststellung nur zu moralischer Verurteilung dieser Welt der „Entäußerung“, der eine utopische der aufgehobenen „Entäußerung“ gegenübergestellt wird. Dem falschen Eigentum das wahre Eigentum. „Das bestehende Eigentum ist nicht verwerflich, weil es persönlich, individuell, mit dem Individuum verwachsen ist; es ist vielmehr nur deshalb verwerflich, weil es nicht persönlich, nicht mit dem Individuum verwachsen, sondern von ihm abgetrennt, abgezogen ist, und als abgezogenes, ganz und gar entäußertes, allgemeines Lebens- und Verkehrsmittel, als äußerliches Vermögen, als Geld, dem Individuum äußerlich gegenübersteht<sup>50)</sup>. H. vergleicht an einigen Stellen seiner Studien FEUERBACH mit PROUDHON. Ohne hier die entwicklungsgeschichtliche Haltbarkeit dieser Parallele zu diskutieren (es ist eine notwendige Konsequenz der Methode von H., daß er ununterbrochen mit solchen Parallelen arbeitet; z. B. BABEUF-FICHTE, SAINT

49) „Über das Geldwesen“ in PÜTTMANN'S Rheinischen Jahrbüchern a. a. O., 167. Ähnlich schon in der Philosophie der Tat, ebenda, 58 ff. Die scheinbar verwandte Stelle in der Judenfrage: „Das Geld ist das dem Menschen entfremdete Wesen seiner Arbeit und seines Daseins“ (Nachlaß I, 428) leidet zwar unter der abstrakt-unmittelbaren Kategorie der „Arbeit“, hat aber bereits eine starke Tendenz auf Konkretisierung und reale Dialektik. Ganz in diesen Bahnen bewegt sich dagegen das Denken des jungen LASSALLE (vgl. seinen Nachlaß, herausg. von GUSTAV MAYER I, 216).

50) Über die Not in unserer Gesellschaft usw., a. a. O., 153; ähnlich in Über das Geldwesen, ebenda, 179 ff. Der Zusammenhang mit PROUDHON ist hier ganz offensichtlich.

SIMON-SCHELLING, FOURIER-HEGEL, wobei ihm allerdings HEINE als methodisches Vorbild gedient hat), zeigt sich in dieser Anwendung der FEUERBACHSchen Prinzipien auf die Gesellschaft allerdings ein PROUDHONScher Zug: das Gegenüberstellen der „guten“ und der „schlechten“ Seiten einer gesellschaftlichen Erscheinung, wobei der Fortschritt, die Auflösung der gegebenen Antinomie darin besteht, die „gute“ Seite zu bewahren und die „schlechte“ auszumerzen. Und daß FEUERBACH kein Unrecht geschieht, wenn diese kleinbürgerlich-ethische Utopie als Anwendung seiner Methode behandelt wird, zeigt u. a. auch E.s Kritik seiner Ethik, wo E. seiner Behandlung des Gegensatzes von Gut und Böse die dialektische Behandlung desselben Problems bei HEGEL gegenüberstellt<sup>51)</sup>.

Es ist keineswegs zufällig, daß sowohl M. in seiner Widerlegung der PROUDHONSchen „guten“ und „schlechten“ Zeiten, wie E. in der Kritik der FEUERBACHSchen Ethik auf HEGEL zurückweisen. Denn sowohl FEUERBACH wie PROUDHON und H. fallen hier tief hinter HEGEL zurück. Sie stehen zu dem Grundphänomen der bürgerlichen Gesellschaft viel unkritischer, viel unmittelbarer als HEGEL selbst. Allerdings behandelt auch dieser die „Entäußerung“ als allgemein philosophisches Problem. In der bedeutendsten Darstellung seiner Bewußtseinslehre jedoch, in der „Phänomenologie des Geistes“ stellt er sich dieses Problem als Problem der Struktur der Gesellschaft, als Problem des aus dieser Struktur entstehenden Bewußtseins des Menschen über sich selbst als Gesellschaftswesen. Es ist hier nicht der Ort, auch nur andeutend die Stellungnahme HEGELS zu diesen Problemen zu schildern. Es muß bloß — um die methodologische Lage in der Entstehungszeit der kommunistischen Theorie in Deutschland zu verstehen — ganz kurz darauf verwiesen werden, daß das ganze Problem der „Entäußerung“, der „Entfremdung“ des Menschen von sich selbst als historisch wie philosophisch notwendige Stufe zu seinem endgültigen Zu-sich-Selbstkommen die entscheidenden Kapitel der „Phänomenologie des Geistes“ erfüllt. Daß die „Entäußerung“ ein HEGELScher Terminus ist, ist allgemein bekannt. Die FEUERBACHSche Polemik gegen HEGEL hat aber diese Frage teils als Problem der idealistischen Logik überhaupt erscheinen

51) FEUERBACH, 30–31.

lassen, teils sie wesentlich auf das Problem der HEGELSCHEN Naturphilosophie, auf das Problem der Natur als das „Anderssein“, das sich „äußerlich“-Sein der Idee verschoben<sup>52)</sup>. Indem H. und Genossen — obwohl einige von ihnen gründliche HEGELKENNER gewesen sind — wegen ihrer gemeinsamen Grundeinstellung hier FEUERBACH gefolgt sind und seine Theorie der „Entäußerung“ wieder auf die Gesellschaft angewendet haben, übersahen sie den gesellschaftlich-geschichtlichen Grundcharakter dieser ganzen Problemstellung bei HEGEL. Denn das merkwürdige, faszinierende und zugleich verwirrende Wesen der „Phänomenologie des Geistes“ liegt darin, daß in ihr erstmals in der Geschichte der Philosophie die sogenannten letzten Probleme der Philosophie, die Fragen von Subjekt und Objekt, von Ich und Welt, vom Bewußtsein und Sein als geschichtliche Probleme behandelt werden; und zwar nicht in dem Sinne, daß etwa eine apriorische (also zeitlos gedachte) Fragestellung, Typologie usw. auf die Geschichte als empirisches Material „angewendet“ wäre (wie bei KANT oder FICHTE), sondern so, daß diese Probleme, als philosophische Probleme, in ihrer „Apriorität“, in ihrer rein philosophischen Wesensart zugleich als Gestalten der geschichtlichen Entwicklung des menschlichen Bewußtseins behandelt werden. Freilich ist hier HEGEL keineswegs konsequent geblieben. Das Verwirrende der „Phänomenologie des Geistes“ pflegt man ja gerade darin zu erblicken, daß geschichtliche und übergeschichtliche Begriffsbildung durcheinanderlaufen, sich kreuzen und aufheben. Wie bei andern Problemen zeigt sich auch hier gleichzeitig die Stärke und die Schranke HEGELS. Wenn er die „Phänomenologie“ als Vorstufe zur eigentlichen Philosophie behandelt, wenn die in ihr auftauchenden Bewußt-

52) Enzyklopädie § 247. Diese Frage steht hier nicht zur Diskussion. Erwähnt sei nur, daß speziell E. die HEGELSCHEN Naturphilosophie nie ganz preisgab. In einem Brief vom 29. III. 1865 an F. A. LANGE (Neue Zeit XXVIII/1, 186), sowie in einem anderen vom 21. IX. 1874 an M. (Briefwechsel IV, 368) bezeichnet er den zweiten Teil der Logik, die Lehre vom Wesen als ihren eigentlichen Kern. In der Lehre vom Wesen steckt allerdings meines Erachtens tatsächlich der entwicklungsfähige Kern der HEGELSCHEN Dialektik und er hat nicht nur auf die Naturauffassung von E., sondern auch auf die Geschichtsdiagnostik von M. und E., auf die Erfassung der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft entscheidend eingewirkt.

seinstufen als apriorische Stufen gedacht sind, die der „Geist“ zu durchlaufen hat, um sich von der Stufe des gewöhnlichen Bewußtseins zu der des identischen Subjekt-Objekts, zur Stufe des philosophischen Bewußtseins zu erheben, so wird damit einerseits diese ganze Entwicklung zu einer bloß subjektiven (wenn auch nicht im Sinne der empirischen Psychologie), andererseits das geschichtliche Material zu bloßem Illustrationsmaterial herabgedrückt. Dieses idealistische Programm wird aber von HEGEL nicht eingehalten. Die Zuordnung von Bewußtseinsstufen zu historischen Epochen — wie wir gleich an einem einleuchtenden Beispiel sehen werden — ist eine unvergleichlich innigere: die apriorische Behandlung erscheint, trotz der rein gedanklichen Terminologie, als bloße Spiegelung, als bloß gedanklicher Ausdruck der ihr zugrundeliegenden historischen Materie, der Geschichtsepoche, die für diese apriorische Stufe als Illustration dienen sollte. Aber nicht nur in Einzelheiten wächst die „Phänomenologie“ über die ihr von HEGEL selbst im System zugewiesene Stellung hinaus. Auch als Ganzes vermag er ihr keine seinem Programm entsprechende Stelle im System zuzuweisen: die Phänomenologie, die HEGEL in seiner „Enzyklopädie“ zwischen Anthropologie und Psychologie als zweite Stufe des subjektiven Geistes behandelt, hat gerade in den entscheidenden Problemen sehr wenig mit der „Phänomenologie des Geistes“ zu tun. Diese enthält vielmehr die ganze Philosophie HEGELS. Sie ist einer seiner Versuche, sein Weltbild einheitlich zusammenzufassen. Und in dieser Perspektive zeigt die „Subjektivität“ der „Phänomenologie“ (ebenso wie früher die „Versöhnung“) eine doppelte Physiognomie. Einerseits wird der Wirklichkeitscharakter der die „Phänomenologie“ erfüllenden „Gestalten des Bewußtseins“ von vornherein abgeschwächt, andererseits zeigt sich aber eben in dieser Abschwächung eine großartige, wenn auch unbewußt gebliebene — geschichtlich-gesellschaftliche — Selbstkritik. Die Phänomene, die HEGEL hier behandelt, die Entstehung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem politischen Gipfel der „Schreckenszeit“ der französischen Revolution waren für das damalige Deutschland doch eben bloß — Gestalten des Bewußtseins und nicht konkret-reale geschichtliche Wirklichkeit. Man konnte entweder ihren gedanklichen Gehalt als naturrechtlich-ethische Forderung der deutschen

Wirklichkeit gegenüberstellen (wie dies der junge FICHTE tat), wodurch aber gerade das philosophische Grundproblem der Zeit, die Auffassung der Wirklichkeit als von „uns“, vom Menschen „erzeugte“ ungelöst blieb, oder es mußte die Lösung in der HEGELSchen Richtung gesucht werden.

Der springende Punkt in HEGELS Behandlung dieser Frage ist die Herstellung der Diesseitigkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das Kapitel über die „Wahrheit der Aufklärung“, die Überleitung zur Behandlung der französischen Revolution schließt mit den Worten <sup>53)</sup>: „Beide Welten sind miteinander versöhnt, und der Himmel auf die Erde herunter verpflanzt.“ Und diese Tendenz liegt für HEGEL keineswegs allein auf ideologischem Gebiet. Die entscheidende Kategorie, die diese Diesseitigkeit herbeiführt, ist vielmehr ökonomisch (wenn auch in mythologisiertem Fassung): das Nützliche. Und dieses Nützliche trägt schon sehr stark den dialektischen Doppelcharakter der Ware, die Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert, den Schein der Dinghaftigkeit bei innerem Beziehungscharakter an sich. „Es ist“ — sagt HEGEL <sup>54)</sup> — „ein Ansichbestehendes oder Ding, dies Ansichsein ist zugleich nur reines Moment; es ist somit absolut für ein Anderes, aber es ist ebenso nur für ein Anderes als es an sich ist; diese entgegengesetzten Momente sind in die unzerrennliche Einheit des Fürsichseins zurückgekehrt“. Durch dieses Nützliche erringt diese Stufe des Bewußtseins das, was den früheren Stufen gefehlt hat: die Wirklichkeit. „Dies Fehlende ist in der Nützlichkeit insofern erreicht, als die reine Einsicht daran die positive Gegenständlichkeit erlangte; sie ist dadurch wirkliches in sich befriedigtes Bewußtsein. Diese Gegenständlichkeit macht nun ihre Welt aus; sie ist die Wahrheit der vorhergehenden ganzen, der ideellen wie der reellen Welt geworden“ <sup>55)</sup>. Diese Welt, die Welt der bürgerlichen Gesellschaft in Gedanken gefaßt, ist die HEGELSche Welt der „Entäußerung“, der „Entfremdung“. Dem Bewußtsein steht eine objektive, gesetzmäßige Welt gegenüber, die trotz ihrer Fremdheit und Eigengesetzlichkeit, oder gerade in diesen und durch sie, ihr eigenes Produkt

53) Werke II, 440.

54) Ebenda, 438.

55) Ebenda, 440.

ist. „Aber derjenige Geist“ — sagt HEGEL in den einleitenden Bemerkungen dieses Abschnitts<sup>56)</sup> — „dessen Selbst das Absolut-Diskrete ist, hat seinen Inhalt sich als eine ebenso harte Wirklichkeit gegenüber, und die Welt hat hier die Bestimmung, ein Äußerliches, das Negative des Selbstbewußtseins zu sein. Aber diese Welt ist geistiges Wesen, sie ist an sich die Durchdringung des Seins und der Individualität; dies ihr Dasein ist das Werk des Selbstbewußtseins; aber ebenso eine unmittelbar vorhandene ihm fremde Wirklichkeit, welche eigentümliches Sein hat, und worin es sich nicht erkennt . . . Sie erhält ihr Dasein durch die eigene Entäußerung und Entwesung des Selbstbewußtseins . . .“

Die terminologische Verwandtschaft dieser Ausführungen mit dem radikalen Junghegelianismus ist zu augenfällig, als daß es nötig wäre, sie ausführlich zu analysieren. Und aus dem bisher Gesagten ergibt es sich ebenfalls, daß es sich hier nicht um eine bloß terminologische Verwandtschaft handelt, sondern daß die radikalen Junghegelianer hier angeknüpft haben — allerdings an den subjektiven, idealistischen Seiten solcher Ausführungen Hegels, an die Schranken seines Denkens. Sie übersahen aber dabei gerade das Wesentliche: daß HEGEL die Gegenständlichkeitsformen der bürgerlicher Gesellschaft in ihrer Doppeltheit, in ihrem Widerspruch erfaßt hat: als Momente eines Prozesses, in dem der Mensch (bei HEGEL mythologisch: der Geist) in der Entäußerung zu sich kommt, zum Punkt, wo die Widersprüche seines Daseins auf die Spitze getrieben sind und die objektive Möglichkeit des Umschlagens, der Aufhebung der Widersprüche selbst produzieren<sup>57)</sup>. Die Entäußerung, die Abstraktion von sich selbst ist also zwar ein Schein, der sich in dem Sich-selbst-Erreichen des „Geistes“ als Schein enthüllt. Sie ist aber als Schein zugleich eine objektive Wirklichkeit. „Das Sein ist nicht verschwunden“ — sagt HEGEL<sup>58)</sup> in seinem späteren System, wo er dasselbe Problem logisch zu fassen versucht — „sondern erstlich ist das Wesen als einfache Beziehung auf sich selbst, Sein; fürs andere ist aber das Sein nach seiner einseitigen Bestimmung,

56) Ebenda, 365.

57) Vgl. darüber Ebenda, 439.

58) Enzyklopädie § 112.

unmittelbares zu sein, zu einem Negativen herabgesetzt, zu einem Scheine. — Das Wesen ist hiemit das Sein als Scheinen in sich selbst.“

Es ist hier unmöglich, die verschiedenen Formen, in denen HEGEL mit diesem Problem ringt, auch nur skizzenhaft zu analysieren (neben der Lehre vom Wesen, sowohl in der „Enzyklopädie“ wie in der „Logik“, gehört vor allem die Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft in der „Rechtsphilosophie“ hieher). Worauf es hier methodologisch ankommt, konnte sich ja aus diesen wenigen Andeutungen erhellen. Erstens, daß für HEGEL die „Entäußerung“, die „abstrakten“ Formen des Lebens, die Abstraktion und Entfremdung selbst weder Gedankengebilde, noch eine „verwerfliche“ Wirklichkeit gewesen sind, sondern die unmittelbar gegebenen Daseinsformen der Gegenwart als Übergangsformen zu ihrer Selbstüberwindung im historischen Prozeß. (Die Rechtsphilosophie endet mit dem Übergang zur Weltgeschichte.) Sie sind also weder erkenntnistheoretisch noch ethisch-utopisch überwindbar, sondern können nur durch Selbstaufhebung im identischen Subjekt-Objekt der Geschichte zur Auflösung gelangen. Zweitens erscheint damit die „Entäußerung“ als die Unmittelbarkeit und die Unmittelbarkeit als die unüberwundene „Entäußerung“, womit HEGEL im voraus die Kritik FEUERBACHS an seiner Philosophie widerlegt hat. Drittens ist damit die Unmittelbarkeit sowohl historisch wie methodologisch relativiert worden: auf jeder Stufe der Entwicklung erscheint das Resultat des bisherigen Prozesses als Unmittelbares. Seine Unmittelbarkeit ist Schein: sie ist das Unerkannbleiben der Vermittlungskategorien, durch die es im Prozeß hindurchgegangen ist, um diese — neue — Unmittelbarkeit zu werden. Viertens ist aber dieser Schein selbst eine — notwendige und objektive — Form des Seins, der nur dann richtig begriffen werden kann, wenn dieser sein Doppelcharakter in seinen dialektischen Wechselwirkungen begriffen wird; d. h. wenn jene Vermittlungskategorien aufgezeigt werden, die ihn zum notwendigen Schein des Wesens, zur notwendigen Erscheinungsform des Seins gemacht haben, wenn er also nicht nur als Produkt, sondern zugleich als Moment des Prozesses erfaßt wird. Und endlich vereinigt sich hiemit methodologisch die historische mit der philosophischen Betrachtungsweise, indem es



klar wird, daß jede für sich genommen in der Unmittelbarkeit stecken bleiben muß, indem gezeigt wird, daß die wirkliche philosophische „Deduktion“ eines Begriffes, einer Kategorie nur in ihrer „Erzeugung“, in der Demonstration ihrer historischen Genesis bestehen kann und daß andererseits die Geschichte eben im ununterbrochenen Wandel jener Formen besteht, die das bisherige, stets in der Unmittelbarkeit seiner Gegenwart steckenbleibende, undialektische Denken als ewige, als überhistorische Formen betrachtet hat.

Allerdings: auch die HEGELSche Philosophie mündet in der Unmittelbarkeit ihrer Gegenwart. Der dialektische Prozeß, in dem sich für sie alles auflöst, erstarrt zuletzt und liefert einen metaphysischen und nicht dialektischen Gegenstand und hebt sich damit als Prozeß auf. Trotzdem aber ist im Weg zu diesem Scheitern die methodologische Grundlage zu einer neuen, kritischen (praktisch-kritischen, historisch-kritischen) Stellungnahme zur Gegenwart, als Moment des Geschichtsprozesses, niedergelegt. Zu einer Stellungnahme, in der die Dualität von Theorie und Praxis aufgehoben wird, indem die Gegenwart einerseits als konkrete und unmittelbare erfaßt, aber als Resultat des Geschichtsprozesses, also genetisch, durch Aufzeigung aller Vermittlungen, die ihrer Unmittelbarkeit zugrunde liegen, begriffen wird, andererseits aber zugleich dieser selbe Vermittlungsprozeß die Gegenwart als bloßes Moment des über sie hinausgehenden Prozesses aufzeigt. Denn gerade diese kritische Stellungnahme zur Unmittelbarkeit der Gegenwart bringt sie in Beziehung zur menschlichen Aktivität: in den über sich selbst hinaustreibenden Momenten der Gegenwart sind die Richtlinien und der reale Spielraum der praktisch-kritischen Tätigkeit, der umwälzenden Praxis gegeben.

Jedoch nur für den, dessen Stellungnahme in der Richtung dieser weitertreibenden Tendenzen, die die Gegenwart nicht nur nach rückwärts, sondern auch nach vorwärts in einen Prozeß verwandeln, liegt. Und diese Stellungnahme war für HEGEL selbst unerreichbar. Er konnte zur höchsten gedanklichen Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft gelangen und ihren Aufbau geschichtlich, prozeßhaft, dialektisch erfassen<sup>59)</sup>. Und

59) Es ist im allgemeinen zu wenig bekannt, daß HEGEL ökonomisch  
Archiv f. Geschichte d. Sozialismus XII, hreg. v. Grünberg. 10

es folgt aus der antagonistischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, daß HEGEL gerade infolge seiner adäquaten Auffassung der bürgerlichen Gesellschaft ebenso wie RICARDO, gedanklich über sie hinaus getrieben wurde. Dies bleibt aber bei HEGEL rein logisch, rein methodologisch. Er kann sich, da er in einer weniger entwickelten kapitalistischen Gesellschaft lebt als RICARDO, wo die Daseinsformen seiner sozialen Umwelt viel stärker mit Überresten vergangener Epochen vermischt sind, da er deshalb die bürgerliche Gesellschaft viel mehr als werdende denn als gewordene sieht, sich unbefangener zu den von ihr geschaffenen Daseinsformen verhalten. Seine Denkmethode, gefunden zur Erkenntnis dieser Gegenwart, die deshalb alle ihre Widersprüche in der Form methodologischer Probleme in sich birgt, wird durch diese Widersprüche über die Gegenwart, über die bürgerliche Gesellschaft hinausgetrieben. Sie kann sich aber — aus demselben Grunde — nicht zu einer wirklichen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft konkretisieren. Er bleibt mit dieser Kritik entweder vor der Gegenwart stehen (Versöhnung), oder er führt die weiterführende dialektische Bewegung in den rein kontemplativen Sphären der vermittelt-gesellschaftlichen Formen zu formellem Stillstand (absoluter Geist). Dieses Abbiegen von den dialektischen Tendenzen der Dialektik zeigt sich freilich nicht bloß an diesen Punkten, wo es ganz konkret und offenbar werden muß, sondern wirkt auf Anlage und Aufbau der ganzen Methode zurück und gestaltet die ganze Dialektik HEGELS problematisch. Die Weiterentwicklung, der Versuch, über die bürgerliche Gesellschaft hinauszugehen, kann also nicht in einfachem Weiterführen der HEGELschen Dialektik bestehen — an diesem Versuch ist LASSALLE methodologisch gescheitert — ebenso wenig aber darin, die Schranken des HEGELschen Denkens entweder zur systematischen Grundlage zu machen (BRUNO BAUER), oder mit der einseitigen Polemik gegen diese Schranken alles hier Errungene

stets auf der höchsten, für ihn historisch möglichen, theoretischen Stufe gestanden ist. Leider sind diese Beziehungen noch zu wenig ausgearbeitet. Gutes Material zu einer sehr erwünschten Spezialbehandlung dieser Frage findet man bei F. ROSENZWEIG, *Hegel und der Staat*. München und Berlin, R. Oldenbourg 1920. I, 131—2, 148 ff., II, 120 ff.; mit Hinweisen auf ältere Literatur z. B. auf ROSENKRANTZ' Bemerkungen über den STEUART-Kommentar aus HEGELs Jugendzeit.

einfach wegzuworfen (FEUERBACH); am allerwenigsten im Versuch, die beiden, starren Gegensätze miteinander zu verquicken, was H. unternahm. Daß keiner der radikalen Junghegelianer auch nur entfernt die ökonomischen Kenntnisse HEGELS besaß, geschweige denn die ökonomische Entwicklung der zwischenliegenden Jahre verarbeitete, ist ein Symptom dafür, wie wenig sie den springenden Punkt der geschichtlichen Dialektik HEGELS verstanden haben, wie wenig ihnen klar geworden ist, wo das Fruchtbare und Fortsetzbare an seinen Problemen gelegen ist.

Wir haben den Mangel an realen ökonomischen Kenntnissen, die mangelhafte Bekanntschaft mit der Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie ein Symptom genannt. Dieser Mangel war aber — wie hinzugefügt werden muß — zwar einerseits Symptom und Folge der falschen Fragestellung H.s und der anderen radikalen Junghegelianer, andererseits stammt die falsche Fragestellung selbst aus ihrem revolutionären Intelligenzlerium. HEGEL also, der ideologische Vertreter der bürgerlichen Entwicklung selbst, ist ihnen schon infolge dieses Ausgangspunkts überlegen<sup>60)</sup>. Denn über die bürgerliche Entwicklung ideologisch hinausstrebend, verwerfen sie prinzipiell die typische Klassenwissenschaft der bürgerlichen Klasse, die Ökonomie ebenso in Bausch und Bogen, wie die Klassenwissenschaft des junkerlichen Absolutismus, die Theologie<sup>61)</sup> und suchen die Befreiung auf dem Weg der FEUERBACHSchen, undialektischen und unhistorischen Genesis: der Entlarvung des „entäußerten“, unmenschlichen Wesens dieser Sphären, worauf die richtige Reaktion nur die Einsicht, das bewußte Finden „des Menschen“ sein kann<sup>62)</sup>. Dagegen hat für HEGEL die Erkenntnis der ökonomischen Phänomene einen integrierenden Bestandteil seiner systematischen Orientierung gebildet. Allerdings lagen in HEGELS Einstellung

60) Wie sich HEGEL immer stärker in dieser Richtung entwickelt, kann an seinen verschiedenen Darstellungen der bürgerlichen Gesellschaft studiert werden. So weist ROSENZWEIG mit Recht darauf hin (a. a. O. II, 120), daß die Bestimmung des „Standes“ im Laufe seiner Entwicklung immer „ökonomischer“ gefaßt wird; die Standessittlichkeit ist in der Rechtsphilosophie nur mehr Ergebnis, nicht mehr Voraussetzung des Standes, wie in HEGELS Jugendzeit.

61) H. parallelisiert beide im Aufsatz über Geldwesen, a. a. O. 167.

62) Ebenda, 163.

selbst unübersteigbare Schranken. Erstens indem auch für ihn, der die Erkenntnis der bürgerlichen Gesellschaft im Staate kulminieren ließ und die Philosophie darüber hinaus in die „reinen“ Regionen des absoluten Geistes trieb, die Ökonomie dem „Gedanken“ nur insofern „Ehre macht, weil sie zu einer Masse von Zufälligkeiten die Gesetze findet“<sup>63</sup>). Dadurch werden die ökonomischen Elemente teilweise bloß unbewußt zu systematischen Bestandteilen seines Denkens, und er ist außerstande, die von ihm bereits errungene historischsoziale Einsicht festzuhalten und auszuwerten. Zweitens aber hindert ihn seine bürgerliche Einstellung, die Schranken der Ökonomie selbst methodologisch aufzudecken. Neben ausgezeichneten und teilweise über die von ihm bearbeitete Ökonomie hinausgehenden Beobachtungen<sup>64</sup>), finden wir, daß HEGEL, neben SMITH und RICARDO, SAY als gleichwertigen Vertreter der ökonomischen Wissenschaft nennt, also ihren Niveauunterschied gar nicht bemerkt<sup>65</sup>).

Hier setzt die Kritik von M. und E. ein. Die bahnbrechenden Aufsätze in den Deutsch-französischen Jahrbüchern führen eine ganz neue Methode der Kritik in das Denken ein: die Kritik als Aufzeigung der gesellschaftlichen Grundlagen eines Problems und der gesellschaftlichen Voraussetzungen seiner Lösung. Erst diese Fragestellung ermöglicht das Hinausführen der Dialektik über den toten Punkt in der HEGELschen Fassung. Und trotz aller scheinbaren Verwandtschaft zu ihren Zeitgenossen trennt sich bereits hier der Weg von M. und E. von dem der radikalen Junghegelianer und der sozialistischen FEUERBACH-anhänger, die ausnahmslos, statt den HEGELschen Weg zu Ende zu gehen, das Denken über Gesellschaft und Geschichte aus der Sackgasse, in die die HEGELsche Philosophie geriet, hinauszuführen, sich lobpreisend oder kritisierend in dieser Sackgasse heimisch niedergelassen haben. Es ist unmöglich, an diesem Orte selbst die Umriss dieser Wendung der dialektischen Methode durch

63) Rechtsphilosophie § 189, Zusatz.

64) „Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaß des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“ (Ebenda § 245).

65) Ebenda § 189.

M. und E. zu skizzieren. Es sollte bloß an diesem Gegenbeispiel die methodologische Notwendigkeit aufgezeigt werden, die die Versuche eines so ehrlichen Denkers wie H. von vornherein zu kläglichem Scheitern verurteilt hat. Es heißt oft: die Junghegelianer wollten die philosophischen Widersprüche von HEGELS System philosophisch auflösen und seien an dieser Aufgabe gescheitert. Das ist richtig. Aber es muß noch der Nachweis hinzugefügt werden, wie tief die Motive dieses Scheiterns in die Philosophie selbst hineinragen, wie sehr die Wendung von M. und E. eine Theorie von vollkommen neuem Typus — wenn auch in tiefem Zusammenhang mit der HEGELschen Dialektik — geschaffen hat: die Kritik der politischen Ökonomie.

Die Kritik der politischen Ökonomie ist methodologisch auf die HEGELsche Lehre der Auflösung der Unmittelbarkeit durch die Aufzeigung der historischen Vermittlungskategorien, durch die konkrete, historische Genesis begründet. M. und E. können diese Wendungen vollziehen, weil sie die bürgerliche Gesellschaft vom Standpunkt des Proletariats betrachten, von wo aus sich die dialektische Einheit der unmittelbaren Wirklichkeit der kapitalistischen Kategorien zugleich mit der Auflösung ihrer Starrheit, ihres Fetischcharakters ergibt<sup>66</sup>). Die Borniertheit der bürgerlichen Ökonomie liegt darin, daß sie alle Phänomene des ihr zugrundeliegenden Daseins in den — unmittelbar vorgefundenen — Formen hinnimmt und darum — bei den großen Vertretern der klassischen Ökonomie — in ihrer Theorie, unbewußt, jene Widersprüche widerspiegelt, die hinter dieser Unmittelbarkeit real wirken, während die flachen Vulgärökonomien und die befangenen Apologeten der kapitalistischen Gesellschaft diese Widersprüche — theoretisch — aufzuheben versuchen. Der Idealismus ihrer — mehr oder weniger bewußten — proletarischen Kritiker gründet sich darauf, daß sie diesen dialektischen Doppelcharakter nicht durchschauen können. Diesem Idealismus sind nicht bloß die „wahren Sozialisten“ in Deutschland verfallen (allerdings äußert sich dieser Idealismus bei ihnen am krassesten, wegen ihrer HEGELianischen, äußerlich dialektischen Gedankenformen), sondern auch PROUDHON, BRAY und die englischen sozialistischen

66) Diesen Zusammenhang habe ich ausführlich dargestellt in meinem Aufsatz: Die Verdinglichung usw.

Kritiker RICARDOS. So hebt z. B. M. HODGSKIN gegenüber, den er ebenfalls als „Idealisten“ bezeichnet<sup>67)</sup>, hervor: „HODGSKIN sagt also mit anderen Worten: Die Wirkungen einer bestimmten gesellschaftlichen Form der Arbeit werden der Sache, den Produkten dieser Arbeit zugeschrieben; das Verhältnis selbst wird in dinglicher Gestalt verphantasiert. Wir haben gesehen, daß dies ein spezifisches Charakteristikum der auf Warenproduktion, auf Tauschwert beruhenden Arbeit ist, und daß dieses Quidproquo sich in der Ware, dem Gelde (was HODGSKIN nicht sieht) und noch potenziertes im Kapital zeigt. Die Wirkungen, die die Dinge als gegenständliche Momente des Arbeitsprozesses haben, werden ihnen im Kapital zugeschrieben als von ihnen besessen in ihrer Personifizierung, Selbständigkeit gegen die Arbeit. Sie würden aufhören, diese Wirkungen zu haben, wenn sie aufhörten in dieser entfremdeten Form sich der Arbeit gegenüber zu verhalten. Der Kapitalist als Kapitalist ist bloß die Personifikation des Kapitals, der mit eigenem Willen, Persönlichkeit begabten Schöpfung der Arbeit im Gegensatz zur Arbeit. HODGSKIN faßt dieses als rein subjektive Täuschung auf, hinter der sich der Betrug und das Interesse der ausbeutenden Klassen versteckt. Er sieht nicht, wie die Vorstellungsweise aus dem realen Verhältnis selbst entspringt, wie das letztere nicht Ausdruck der ersteren ist, sondern umgekehrt“<sup>68)</sup>. M. unterstreicht die — relative, historische — Berechtigung dieses subjektivistischen Standpunkts von HODGSKIN<sup>69)</sup> dem Fetischismus der Ökonomie gegenüber, weist aber ausdrücklich darauf hin, daß dieses Verkennen des Wirklichkeitsfaktors in den fetischistischen Gebilden der kapitalistischen Produktion und ihren theoretischen Spiegelungen einerseits darin begründet ist, daß HODGSKIN die Problemstellungen der Ökonomie (und die ihnen zugrundeliegende Wirklichkeit) so

67) Theorien über den Mehrwert III, 318.

68) Ebenda, 354—5.

69) Ebenda, 328—9. Überhaupt ist der ganze Ton seiner Polemik von dem gegen die Posthegelianer grundverschieden. Dies beruht nicht nur darauf, daß sie nach seiner Selbstverständigung und nicht als Weg zu ihr geschrieben wurde, sondern hauptsächlich darauf, daß der Pamphletist, HODGSKIN usw. einen wirklichen Fortschritt über RICARDO hinaus bedeuten, also objektiv Vorläufer M.s gewesen sind, während H. und Genossen nicht als Verbindungsglieder zwischen HEGEL und M. betrachtet werden können.

nimmt, wie er sie vorfindet (z. B. Unterscheidung von fixem und zirkulierendem Kapital<sup>70)</sup>, anderseits jedoch dazu führt, daß er das Prozeßartige auch in den „einfachen“ Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft übersieht (z. B. in der Frage der „Zinseszinsen“, wo er nicht bemerkt, daß der „einfache Profit“ in der Tat ebenso sich zusammensetzt wie der zusammengesetzte, daß also nicht ein „Ding“ sich im „Prozeß“ befindet, sondern die „Dingheit“ nur eine Erscheinungsweise des Prozesses ist<sup>71)</sup>).

Der „wahre Sozialismus“ befindet sich in dieser entscheidenden Frage auf dem Standpunkt der bornierten bürgerlichen Ökonomie. Wenn M. z. B. JAMES MILL gegenüber betont: „Er macht die Einheit von Gegensätzen zur unmittelbaren Identität dieser Gegensätze“<sup>72)</sup>, so setzt er seine frühere Polemik gegen die Ökonomie des „wahren Sozialismus“ fort, wo er GRÜN für die abgeschmackte, vulgärökonomische Auffassung von der „Einheit von Produktion und Konsumtion“ mit Hohn überschüttet<sup>73)</sup>, denn „man sieht, wie bei dieser überschwenglichen Manier nichts als eine Apologie der bestehenden Zustände herauskommt“. Und die harte Kritik des Kommunistischen Manifestes ist nur die konsequente Ergänzung dieser Kritik: dort wurde theoretisch die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Unmittelbarkeit einfach hingenommen, hier, in der Stellung des „wahren Sozialismus“ zu den revolutionären Bewegungen des Bürgertums, der konkret revolutionäre Kern des sozialen Entwicklungsprozesses abstrakt-utopisch — aber ebenso in der Unmittelbarkeit stecken bleibend — verkannt. Diese beiden — scheinbar entgegengesetzten und tatsächlich widerspruchsvollen — Auffassungen hängen aber methodologisch eng zusammen. Sie sind notwendige Konsequenzen der idealistischen Grundauffassung des „wahren Sozialismus“: des Auseinanderfallens von Theorie und Praxis und demzufolge von theoretischer und geschichtlicher Betrachtung der Phänomene der Gesellschaft. HEGELS ungeheure

70) Ebenda, 318—9.

71) Ebenda, 364.

72) Ebenda, 99.

73) Vgl. seine Kritik der Grünschen Geschichte des Sozialismus (Neue Zeit XVIII/1, 138—9). Diese Auffassung findet sich auch bei H. Z. B. im Aufsatz „Über die Not“ usw. a. a. O., 153. Über die ausgeführte Dialektik dieser Kategorien vgl. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Einleitung XX—XXXIV.

geistige Leistung bestand darin, Theorie und Geschichte einander gegenüber dialektisch relativ zu machen, sie in einer dialektischen, wechselseitigen Durchdringung aufzufassen. Dies ist aber auch bei ihm ein — letzten Endes — gescheiterter Versuch geblieben. Er konnte nie bis zur wirklichen Einheit von Theorie und Praxis vordringen, sondern bloß entweder das logische Auseinanderfolgen der Kategorien mit einem reichen geschichtlichen Material durchtränken, oder die Geschichte zu einer Aufeinanderfolge von zu Kategorien erhobenen, sublimierten und abstrahierten Gestalten, Strukturveränderungen, Epochen etc. zu rationalisieren. Erst M. vermochte dieses falsche Dilemma zu durchschauen, indem er die Reihenfolge der Kategorien weder aus ihrem logischen Auseinander, noch aus ihrem historischen Aufeinander ableitete, sondern „ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben“, erkannte<sup>74</sup>). Dadurch gab er nicht nur der Dialektik das von HEGEL vergeblich gesuchte reale Fundament, stellte sie nicht nur auf die Füße, sondern hob zugleich die zur Grundlage der Dialektik gemachte Kritik der politischen Ökonomie aus der fetischistischen Erstarrung und abstrahierenden Enge, der die Ökonomie selbst bei ihren größten bürgerlichen Vertretern verfallen mußte, heraus. Die Kritik der politischen Ökonomie steht nicht mehr als „eine“ Wissenschaft neben den anderen, ist nicht bloß als „Grundwissenschaft“ den anderen übergeordnet, sondern sie umfaßt die gesamte Weltgeschichte der „Daseinsformen“ (der Kategorien) der menschlichen Gesellschaft<sup>75</sup>).

Mit dieser Grundlegung der materialistischen Dialektik hat der „wahre Sozialismus“ jede, selbst subjektive Daseinsberechtigung verloren<sup>76</sup>). Und H. als ehrlicher Denker und Revolutionär hat dies auch nach schweren inneren Kämpfen zugegeben. MEHRING

74) Zur Kritik der politischen Ökonomie, XLIV. Die Ableitung des Bewußtseins aus dem gesellschaftlichen Sein und nicht umgekehrt, die der „wahre Sozialismus“ nie finden konnte, aber auch nie ernsthaft zu suchen vermochte, folgt notwendig aus der — dialektischen — Auffassung der Kategorien „als Daseinsformen, Existenzbestimmungen“. Ebenda, XLIII.

75) Dies ist aus der Einteilung, die M. in der Einleitung gibt, klar ersichtlich. Ebenda, XLV—VI.

76) M. anerkennt dies für die Anfänge von H. Vgl. die Kritik über GRÜN a. a. O., S. 10.



zitiert<sup>77)</sup> einen Brief H.s aus dem Jahre 1846, in dem er dies bedingungslos zugibt. Er war aber nicht imstande, den neuen Standpunkt sich wirklich zu eigen zu machen. Sein in der Deutschen Brüsseler Zeitung 1847 veröffentlichter Aufsatz nähert sich zwar terminologisch stark an M. an, bemüht sich zwar, auch die M.sche Denkweise anzuwenden. Aber schon das Thema: „Die Folgen der Revolution des Proletariats“ zeigt, daß H. auch zur Zeit seiner größten Annäherung an M. noch der alte Idealist und ethische Utopist geblieben ist. Und in seinem gleich nach der 48er Revolution herausgegebenen Werk: „Jugement Dernier Du Vieux Monde Social“ wendet er sich wieder zum alten Standpunkt zurück. Er sagt da über M. und E.: „Sie verstehen aufs vorzüglichste die Kunst, den Körper unserer Gesellschaft zu sezieren, ihre Ökonomie zu entwickeln und ihre Krankheit klarzulegen. Aber sie sind zu materialistisch, um den Schwung zu besitzen, der elektrisiert, der das Volk hinreißt. Nachdem sie die idealistische Philosophie aufgegeben haben, haben sie sich der materialistischen Ökonomie in die Arme geworfen. Sie haben den nebelhaften Standpunkt der deutschen Philosophie mit dem engen und kleinlichen Standpunkt der englischen Ökonomie vertauscht<sup>78)</sup>.“

Aber eine wirkliche Rückkehr zum alten Standpunkt war doch nicht mehr möglich. Die ökonomische Betrachtungsweise blieb fortan für die Theorie von H. maßgebend, nur daß sie in seinem weiter idealistisch gebliebenen Denken methodologisch als Fremdkörper wirkte. So enthält die oben zitierte Broschüre manche Annäherungen an den historischen Materialismus, nur daß H. dabei stets auf halbem (manchmal dreiviertel) Weg stehen blieb, um an seinem alten moralistischen Idealismus anzuknüpfen und diesen mit phantastisch-mythologischen, kosmischen oder Rassen-theorien zu unterstützen. So schreibt er z. B. in der eben zitierten Broschüre: „Die Arbeit ist stets für den Fortschritt organisiert gewesen, stets hat der Fortschritt der Arbeit die Produktivkräfte vermehrt und vervollkommenet, und stets sind die großen Revolutionen zu dem Zweck ausgebrochen, die Produktionsweise

77) Lit.-Nachlaß II, 371.

78) F. MELLY. Genf 1851. Auszugsweise veröffentlicht in BERNSTEINS Dokumente des Sozialismus I, 540.

auf die Höhe der Produktivkräfte zu erheben, die Arbeit für den Fortschritt zu organisieren“. Oder er formuliert — gegen SAINT-SIMON — die Wirtschaftsweise der kommenden sozialistischen Gesellschaft „von jedem nach seinen Kräften, an jeden nach seinen Bedürfnissen“. Trotzdem bleibt die ganze Darstellung doch ideologisch; die alte, starre Entgegensetzung von Notwendigkeit und Freiheit, von unmittelbar hingennommener Welt und ebenso unmittelbar hingennommener ethischer Forderung (und moralischer Beurteilung des Seins) ist unverändert; höchstens in — scheinbar — weniger starrer Weise auf Vergangenheit und Gegenwart aufgeteilt. So sagt z. B. H., nachdem er für die Vergangenheit die objektive Notwendigkeit des Antagonismus der Klassen zugegeben hat: „Heute allerdings haben die aufgeklärten Menschen nicht unrecht, wenn sie das Weiterbestehen dieses Antagonismus dem bösen Willen einer Handvoll Privilegierter zuschreiben“<sup>79)</sup>. Ideologischer ist der Umschwung, der in einer revolutionären Situation eintreten soll, schwer formulierbar.

Da H. außerstande war, seinen alten Standpunkt aufrecht zu erhalten oder den neuen richtig zu verstehen und anzuwenden, ist seine schriftstellerische Tätigkeit nach seiner „Bekehrung“ durch M. ein hilfloses Hinundhertaumeln zwischen ganz leer und abstrakten Gedankenkonstruktionen, phantastischen Konzeptionen einer Naturphilosophie, rassentheoretisch-geschichtsphilosophischer Begründung des Zionismus<sup>80)</sup> etc. Er hat als ehrlicher Revolutionär an der LASSALLESCHEN Arbeiterbewegung teilgenommen und ist bis zu seinem Ende in Reih und Glied des kämpfenden Proletariats geblieben. Als Theoretiker ist er aber an der Berührung mit der materialistischen Dialektik zugrunde gegangen. Die Seltsamkeit dieses Schicksals, diese beinahe übergangslose Trennung von Theorie und Praxis, das anonyme Weiterwirken der falschen theoretischen Fragestellungen, nachdem sie von H. selbst — wenigstens unbewußt — fallen gelassen wurden, die Möglichkeit, daß ein typisch philosophisch veranlagter Revolutionär in den entscheidenden Momenten ganz unabhängig von seinen Theorien handelt, läßt sich nur aus der Unentwickeltheit der Klassen-

79) A. a. O., 547, 549 und 545.

80) Über diese Entwicklung von H. vgl. die fleißige, aber prinzipienlose, verworrene, für H. voreingenommene Biographie ZLOCISTIS.

gegensätze im damaligen Deutschland erklären. Denn überall später, wo ähnliche Gedanken auftauchen, führen sie mit einer gewissen Zwangsläufigkeit aus dem Lager des Proletariats in das der Bourgeoisie. Der Fall H., sowohl sein völliges Scheitern im Sachlichen, trotz aller Begabung, trotz richtigen Ansätzen in Einzelproblemen, wie sein persönliches Festhalten an der Sache der Revolution, ist eines der interessantesten Beispiele, um den geistigen Zustand Deutschlands in der Entstehungszeit der Theorie der proletarischen Revolution zu beleuchten. Als der sowohl in Fehlern wie in Tugenden typischste Vertreter dieses Übergangs — und nicht etwa als theoretisches Bindeglied zwischen HEGEL und M. — wird H. in der Geschichte der Arbeiterbewegung seinen Platz erhalten.

---

## Henri de Saint-Simon nach hundert Jahren <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>.

Von

**Stephan Bauer** (Basel).

Wenn man die Frage aufwerfen würde, wer die kommenden Mächte des letzten Jahrhunderts, ihre Konflikte und die Methoden ihrer Lösung zutreffend vorausgeahnt hat, wer durch Gedankenarbeit, nicht durch bloßes Spiel der Phantasie zum Wegweiser und Schrittmacher seiner Zeit geworden ist, dann müßte der Name HENRI DE SAINT-SIMONS in erster Reihe genannt werden. Daß ein Mann vor mehr als hundert Jahren die Vorherrschaft des industriellen Kapitals ankündigt, daß er die Sicherung des Weltfriedens durch einen Völkerbund, die Sicherung der inneren Entwicklung in einem System erblickt, das die Auslese der Fähigsten zum Grundsatz erhebt, das die Hebung der ärmsten und zahlreichsten Schicht zur Hauptaufgabe des Staates, ja der Völkerfamilie macht, all das ist so staunenerregend, daß sich die Frage aufdrängt, auf welchem Wege S.-S. zu solchen Schlüssen gelangt ist. Es ist nicht ekstatische Sehergabe, nicht Intuition, sondern das weit verlässlichere Werkzeug einer Entwicklungstheorie, das er gehandhabt hat. Sein Ehrgeiz war, über die großen Soziologen des 18. Jahrhunderts, über MONTESQUIEU und CONDORCET hinaus eine wissenschaftliche Theorie des gesellschaftlichen Werdeganges aufzustellen. Vor der Sorbonne steht heute das Denkmal eines der größten Schüler S.-Ss., des Begründers der positivistischen Philosophie und Soziologie, AUGUSTE COMTE. Was Meister und Schüler einte, war der Kultus der positiven naturwissenschaftlichen wie sozialgeschichtlichen Erkenntnis. Niemand hat so stark wie S.-S. sich gegen den Rationalismus des gemeinen Menschenverstandes aufgelehnt und niemand hat so unumwunden zugegeben, daß sein Leben eine Reihe von Experimenten gewesen sei — und nicht

1) Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Todestages (19. Mai 1825) in der Rechtsfakultät von Madrid und in der Aula der Universität Basel.

2) Der Name Saint-Simon ist im folgenden abgekürzt in S.-S.

immer von gelungenen. Für den korrekten Genfer SISMONDI galt S.-S. als verrückter Hochstapler<sup>1)</sup> und sein Selbstmordversuch von 1823 war ein Symptom momentaner innerer Diskreditierung. Trotz alledem ist die Bilanz dieses Lebens so aktiv, daß sie bis tief in unsere Zeit das Leben durch Anregungen und Erfüllungen bereichert hat.

Den Gedächtnisfeiern, die in Paris und Genf am 19. Mai 1925, hundert Jahre nach S.-Ss. Tode, stattgefunden haben, verdanken wir den Anstoß zu neuen Nachforschungen über das persönliche Schicksal des Mannes, über sein Werk und über die Wandlungen, die es erfahren hat. Es ist vor allem das Verdienst des gedankenreichen und gründlichen MAXIME LEROY, sowohl in einer Biographie als in einer Arbeit über das Werk S.-Ss. das überlieferte Charakterbild vervollständigt zu haben<sup>2)</sup>. Ein Sonderheft der *Revue d'histoire économique et sociale* (1925/2) hat sodann durch zum Teil bisher ungedruckte Dokumente unser Wissen erweitert; Neudrucke der *Lettres d'un Citoyen de Genève* (Paris F. Alcan 1925) und der *Réorganisation de la Société européenne* (Presses françaises, Paris 1925) hat ALFRED PÉREIRE und eine Neuausgabe der *Doctrines de Saint Simon* haben C. BOUGLÉ und DANIEL HALÉVY veranstaltet (Paris M. Rivière 1924). Man kann nunmehr die legendären, an dem Lebensbilde S.-Ss. haftenden Züge beseitigen, kann das Werk der Schüler von dem des Meisters sondern, kann den Untergang der Schule einerseits sich erklären und anderseits den saint-simonistischen Einschlag in der modernen Sozialpolitik und im modernen Sozialismus verfolgen. Denn diesem Leben liegt bewußter Abfall von der alten Gesellschaft zu Grunde. S.-S. ist ein Apostat sowohl des Feudalsystems wie des Liberalismus. Wie kam es in ihm zur Apostasie, zur Erschütterung des

1) Vgl. I. C. L. DE SISMONDI, *Fragments de son Journal et de sa Correspondance*. Genève, Paris 1857. S. 129: „Saint-Simon était un fou assez peu honnête homme; tous ceux de ses disciples que j'ai connus étaient des esprits faux“.

2) Vgl. MAXIME LEROY, *La Vie du Comte de Saint-Simon 1760—1825*. Paris B. Grasset 1925. Derselbe, *Le Socialisme des Producteurs, Henri de Saint Simon*. Paris, Marcel Rivière 1924. Ferner: GEORGE BRUNET, *Le mysticisme social de Saint-Simon*. Paris, Les Presses françaises, 1925.

Glaubens an die Unfehlbarkeit der freien Auswirkung des Individuums? Diese Wandlung der persönlichen Gesinnung ging weit hinaus über die Tragweite eines persönlichen Erlebnisses. Daher unser Interesse an seiner Laufbahn.

Um 1774 wird S.-S., der vierzehnjährige Sohn eines aufgeklärten, verarmten Landedelmannes aus der Picardie, eines Verehrers der Enzyklopädisten, von D'ALEMBERT in die Grundlehren der Naturwissenschaft eingeführt. S.-S. hat JEAN JACQUES ROUSSEAU einige Jahre vor dessen Tode kennen gelernt, einen wahren Gegenpol seiner künftigen gesellschaftlichen Auffassung. S.-Ss. sprunghafte Ausbildung war kaum abgeschlossen, als ihm sein Vater ein Offizierspatent kaufte. Dem Garnisonsleben entführte ihn der amerikanische Befreiungskrieg. Gleich ihm hatte eine Reihe junger Aristokraten sich LAFAYETTE angeschlossen, und diese „Amerikaner“, wie man sie nannte, sind die Verkünder der politischen Freiheit, aber auch des Erwerbstriebes geworden, des Big Business, das sie umgab; sie wurden die Väter der bürgerlichen Umwälzung. Aus den Abenteurern des Krieges und des Kriegsgewinns wurden Abenteurer des Geschäftes: S.-S. kehrte als Oberst, der zur Disposition gestellt ist, nach Frankreich zurück. Nach dem Scheitern einer Militärexpedition gegen Britisch-Indien beginnt die Reihe seiner Zivilabenteuer. Hatte er bereits vor seiner Rückkehr nach Europa dem spanischen Vizekönig von Mexiko den Durchstich der Meerenge von Panama vorgeschlagen, so bot er, gemeinsam mit dem Direktor der Bank San Carlos in Madrid der spanischen Regierung im Jahr 1787 Mittel und Arbeiter an, um den seit drei Jahren infolge Kapitalmangels eingestellten Kanalbau von Madrid über Sevilla nach dem Atlantik zu vollenden. Der Plan wurde zurückgewiesen. Die Revolution machte aus dem Kameraden LAFAYETTES einen Sansculotten, der sogar auf seinen stolzen Namen verzichtete und sich von 1790 an CLAUDE HENRI BONHOMME nennen wollte und Industrieller wurde. Er gründete eine Baumwollwarenfabrik und eine Tonwarenfabrik; er wurde Bodenspekulant, und zwar wie neuere Nachforschung gezeigt hat, einer der stärksten Aufkäufer und Wiederverkäufer von nationalisierten Adels- und Kirchengütern<sup>1)</sup>.

1) MAXIME LEROY, *Les spéculations foncières de Saint-Simon et ses querelles d'affaires avec son associé le Comte de Redern*. Paris, M. Rivière (1925).

Das zum Ankauf nötige Kapital lieferte der sächsische Gesandte in Madrid, der Graf VON REDERN. S.-Ss. Trachten scheint, da er oft zum Kostenpreis an Bauern Güter verkaufte, dahin gerichtet gewesen zu sein, den Landhunger der Landbevölkerung zu befriedigen, nicht den städtischen Spekulanten zu begünstigen. Aber die Terroristen ließen ihn am 19. Dezember 1793 verhaften, wahrscheinlich weil drei seiner Verwandten zu den Emigrés zählten. Am 9. Oktober 1794 befreit, wurde S.-S. wieder Geschäftsmann, Fabrikant republikanischer Spielkarten, auf denen König, Dame, Bub und Aß ersetzt wurden durch le Génie, la Liberté, l'Egalité, la Loi. Die heitere Stimmung des Directoire erlaubte, diese Gewinne zu genießen. S.-S. führte großes Haus und erinnerte sich in späten Jahren an seine zwanzig Bedienten, an Trüffelduft und Eierpunsch. Aber er umgab sich wieder mit den Geistesgrößen der Epoche: LAGRANGE, MONGE, POISSON sind Freunde des Hauses; CABANIS, CUVIER, LAMARCK, GEOFFROY ST. HILAIRE setzten die große Überlieferung fort. Da brach zwischen S.-S. und seinem Partner REDERN, der inzwischen preußischer Gesandter in London geworden war, ein Zwist aus, der zur Auflösung ihrer Geschäftsverbindung führte. Trotz der Einschränkung seiner Einkünfte blieb S.-S. Mäzen der Chemiker und Physiologen, eines BURDIN, PRUNELLE, CLOUET, und betrachtete auch die Geistesarbeiter als ein Beobachtungsfeld, entsprechend seinem Programm: alle Klassen der Gesellschaft kennen zu lernen, sich persönlich in die verschiedenen gesellschaftlichen Lagen zu begeben und Beziehungen anzuknüpfen, die sonst nicht bestanden hätten. Zu diesem Programme gehörte auch seine Ehe mit SOPHIE DE CHAMPGRAND, der Tochter eines früheren Dragoneroffiziers, späteren Sansculotten. Eine Ehe, die er kurz vor dem völligen finanziellen Zusammenbruch löste.

Man hat gesagt, das Motiv dieser Trennung habe in dem Wunsch S.-Ss. gelegen, die eben (1802) verwitwete FRAU VON STAËL heimzuführen. MAXIME LEROY hat mit Recht den anekdotischen Klatsch, der sich an diese angebliche Begegnung knüpft, zurückgewiesen. Dagegen kann man mannigfachen Einfluß der Schloßleute von Coppet annehmen. Einmal die Anregung, über die Befreiung der Frau vom Vorurteile der Minderwertigkeit nachzudenken: FRAU VON STAËL arbeitete 1802 an ihrem Emanzipationsromane Delphine. Zweitens ist an den Einfluß ihres Vaters NECKER zu

denken, der die arbeitenden Klassen zuerst als die wahren Opfer der freien Konkurrenz hingestellt hatte. „Es ist der Mißbrauch der Worte Eigentum und Freiheit — schreibt NECKER — der das größte Unheil gebracht hat“<sup>1)</sup>. „Der Grundherr verlangt den Schutz des Eigentums, der Händler die Gewährung der Freiheit, das Volk ruft nach den Rechten der Menschlichkeit“<sup>2)</sup>. „Es gibt ‚Freiheiten‘, hinter denen sich die Sklaverei der Massen verbirgt“<sup>3)</sup>. Gedenken wir endlich der Apostrophe NECKERS an die Regierungen: „O Ihr, die Ihr regiert, vergeßt nie, daß der zahlreichste Teil der Menschen nicht zur Abfassung der Gesetze berufen ist, daß er zu ständiger Arbeit verurteilt, nicht der Aufklärung teil wird, die sich verbreitet, so daß seine Schwäche und Verlassenheit Eure ständige Fürsorge erheischen“<sup>4)</sup>. Diese Gedankenreihen, die aus dem Widerstande NECKERS gegen die Freihändler entstanden sind, konnten ganz unmittelbar die sozialen Ideen S.-Ss. beeinflussen und mögen später auch zu dem Abfall SISMONDIS von der wirtschaftlichen Lehre der Ökonomen beigetragen haben. Von diesen Einflüssen verrät aber die 1803 anonym und ohne Jahresangabe erschienene Erstlingsarbeit S.-Ss., die „Lettres d'un Citoyen de Genève à ses contemporains“ blutwenig. S.-S. hat beobachtet, daß die geistigen Führer der Welt in den Sphären der Akademien unter Fesseln leiden, die zur Verlangsamung der Entwicklung und zum Byzantinismus führen. Daher erläßt er, zur Befreiung der Geistesarbeiter, eine Art Aufruf: es solle am Grabe NEWTONS eine internationale Subskription eröffnet werden; dadurch würde die Unabhängigkeit der Forschung von Regierungen und Politikern gesichert. An diesen Befreiungsakt knüpfte aber S.-S. den Plan einer Neuordnung der Gesellschaft: da Gott die Welt durch das NEWTONSche Gravitationsgesetz regiert, soll die geistige Gewalt durch NEWTON-Räte der Gelehrten ausgeübt, die weltliche Macht den Besitzenden bleiben; das Recht, die 25 Ausgewählten der Menschheit, den NEWTON-Rat, zu wählen, soll Sache aller sein. Ein Mann mit großer Machtbefugnis wird der Stifter dieser Religion sein, läßt S.-S. sich in einem Offenbarungstraume zuraunen — gemeint ist NAPOLEON, dem die Schrift übersandt wurde. Er wird im Grabe NEWTONS begraben werden.

1) Vgl. NECKER, Sur la législation et le commerce des grains, 1775, S. 171. — 2) Ebenda S. 6. — 3) Ebenda II, S. 186. — 4) Ebenda III, S. 172.



„Alle Menschen werden arbeiten; sie werden sich alle als Arbeiter einer Werkstatt betrachten, deren Arbeiten den Zweck haben, den menschlichen Geist der göttlichen Vorsehung zu nähern.“ Das ist mitten in einem Schwall monomaner Versuche, die Geistesverwaltung der Welt wie die Verwaltungsabteilung eines Ministeriums zu organisieren, der einzig denkwürdige Satz dieser, bis in die letzten Lebensjahre von S.-S. selbst totgeschwiegenen Schrift.

Das Leben hat diesen Plan einer Subskription am Grabe NEWTONS für die geistigen Führer grausam verhöhnt. S.-S. verfiel furchtbarer Not und sah sich 1806 gezwungen, eine Stelle als Kopist im Pfandleihhause anzunehmen, die ihm vom Grafen SÉGUR, einem alten Kameraden aus den Amerikakämpfen, zugewendet wurde. Aus dieser Not befreite ihn ein früherer Kammerdiener, DIARD, der ihm sogar die Druckkosten seiner Werke vorstreckte.

Er ließ in 100 Exemplaren zur Verteilung an die Mitglieder des Institutes die „Einführung in die wissenschaftlichen Arbeiten des 19. Jahrhunderts“<sup>1)</sup> drucken. Hier, wie später in der „Denkschrift über die Erkenntnis des Menschen“<sup>2)</sup> sucht S.-S. über CONDORCET und VICQU D'AZYR hinaus zu einer naturwissenschaftlich fundierten Lehre von der Organisation der Gesellschaft zu gelangen; er hat sie soziale Physik genannt, wohl in Anlehnung an CONDORCET, der zuerst von einer sozialen Mathematik gesprochen hatte. Ihr Gegenstand sollte nur der durch das Gesellschaftsleben vervollkommnete Mensch sein<sup>3)</sup>. CONDORCET hob hervor, daß JAN DE WITT in Holland, der Schüler DESCARTES,

1) Introduction aux travaux scientifiques du XIX. siècle, 1809. Oeuvres de S.-S. et d'Enfantin, Paris, 1868 I. p. 77.

2) Mémoire sur la science de l'homme. 1813. Oeu. XI. (erst 1876 gedruckt).

3) CONDORCET fügt hinzu: das Wort „sozial“ sei weiter und präziser als die Worte „moralisch“ oder „politisch“. Sein Tableau général de la science qui a pour objet l'application du calcul aux sciences politiques et morales erschien posthum zuerst 1795, dann im Anhang zu den *Eléments du calcul des probabilités* als *Discours sur les avantages des mathématiques sociales*, Paris 1804, und in den *Oeuvres complètes de Condorcet*, t. XXI, p. 239, à Brunswick chez Vieweg et à Paris, an XIII-1804. Man vgl. S.-S. Urteil über CONDORCET, *Oeuvres de S.-S.* (1868), I, 113; XI, 22, 131.

und SIR WILLIAM PETTY in England die ersten waren, die die mathematische Methode auf dieses Gebiet zu einer Zeit anwandten, als PASCAL und FERMAT die Wahrscheinlichkeitsrechnung entwickelten. CONDORCET legt ihre Anwendungsmöglichkeit auf alle Gebiete der Sozialökonomie dar. S.-S. will weiter gehen, will durch seine soziale Experimentalphysik der Zukunft ihr Geheimnis abringen. Diesen mit unzulänglichen Mitteln unternommenen Versuch gab er, der Mann der großen Programme und Perspektiven, auf. Aber in seinen Fragmenten blitzten neue Lichter auf, wie die Ahnung der Entwicklung der Menschenkultur aus niedrigsten Urzuständen durch eine Reihe von Mittelgliedern, wie die Kenntnis der geistigen Vermittlerrolle der Araber im Mittelalter, die er dem deutschen Orientalisten OELSNER verdankte und durch die er die noch für CONDORCET geltende Idee des geistigen Rückfalls im Mittelalter überwand. Es ist S.-S. nicht gelungen, die physiologische Zugbrücke zu finden, die von dem durch das Gravitationsgesetz beherrschten Makrokosmos zum biologischen Entwicklungsgesetz des Mikrokosmos des Menschen führt. Aber die Kühnheit seiner Ideen erzielte doch den Erfolg, die begabtesten unter den jungen Leuten der Polytechnik und Universität ihm zuzuführen: AUGUSTIN THIERRY und später AUGUSTE COMTE.

Die erste Frucht der Allianz mit der Jugend war die Schrift über die Reorganisation der europäischen Gesellschaft, die im Oktober 1814 erschien. Der königliche Zensor suchte sie noch in der Druckerei zu beschlagnahmen und sie erlebte alsbald eine Neuauflage. In einer Zeit, in der die Diplomaten am Wiener Kongreß sich gegenseitig auszustechen suchten und der Kongreß tanzte, stellten so der Übergangsphilosoph S.-S. und der erste Sozialhistoriker Frankreichs THIERRY der neuen Epoche das Horoskop. Sie sagten sich: Die Philosophie des 18. Jahrhunderts war zersetzend, zerstörend, revolutionär. Die Philosophie des 19. Jahrhunderts wird die der Synthese, wird die der Organisation sein. Diese Organisation fehlt der Völkergemeinschaft, seit die Kirche ihre internationale Macht eingebüßt hat. Wenn der Gefahr eines neuen Konflikts zwischen Kontinent und britischer Kolonialmacht vorgebeugt werden soll, wie ihn ja die Kriege NAPOLEONS darstellten, so muß mit Einschluß Englands eine neue konföderierte Gesellschaft Europas vor allem durch Frankreich und Eng-

land begründet werden. Der äußere Friede kann aber nur durch stabile innere Organisation, wie sie der englische Parlamentarismus verbürge, gegen scheinkonstitutionelle Manöver gesichert werden. Daher solle jedes Land von seinem Parlamente regiert werden, aber die Oberhoheit eines allgemeinen europäischen Parlaments, das Zwangsbefugnis besitzt, anerkennen. Die Hauptaufgabe dieser Entente erblicken S.-S. und THIERRY in der Gewinnung Deutschlands, das die übrigen Völker Europas durch seine Eigenart, seine Wissenschaft, seine Philosophie überrage, das die reinsten Ethik hervorgebracht habe, ein Land, in dem man nicht wie in England fragt „Was ist ein Mensch wert“, um zu sagen, wie viel er besitzt? „Das Verdienst bemißt sich doch nicht nach dem Besitze“<sup>1)</sup>. Deutschland hat sich geistig weit über seinen politischen Tiefstand erhoben. Aber Deutschland braucht nicht nur ein Parlament, es bedarf auch seiner Einigung, um die erste Rolle in Europa zu spielen.

Diese Aufgabe der Bildung eines Völkerbundes schreibt S.-S. dem anglo-französischen Parlamente zu. „Damit werden die gemeinsamen europäischen Interessen über die nationalen die Oberhand gewinnen; das eiserne Zeitalter wird zur Vergangenheit werden, das goldene Zeitalter wird vor uns und in der Vervollkommnung der sozialen Organisation liegen. Es ist an uns, dahin den Weg zu bahnen.“ In diesen Ideen liegt viel mehr als der Völkerbund von heute vorstellt und erzielt hat. Aber die Wegmarken sind gegeben und man wird neben dem Abbé SAINT-PIERRE und KANT S.-Ss. als des sozialen Zielsetzers des Völkerbundes der Zukunft zu gedenken haben.

Die Hundert Tage NAPOLEONS nach der Rückkehr von Elba ließen die Hoffnungen aller von der Restauration Enttäuschten aufflammen. S.-S. wurde Bibliothekar an der Bibliothek des Arsenal. Er richtete an den Kaiser ein Schreiben<sup>2)</sup> des Inhalts: die französische Revolution könne nicht enden, bevor sie nicht zur Weltrevolution geworden. Um sie zu beenden, bedarf es eines Gegenstückes zum Meisterwerk des Code Civil, eines gemeinsamen öffentlichen Rechtes, auf das sich die Staaten Europas

1) Oeuvres de Saint-Simon I S. 239. Man sieht, daß SOMBARTS Pamphlet Händler und Helden gut französischen Ursprungs ist.

2) Vgl. Revue d'histoire économique et sociale XIII (1925) S. 129.

zu einigen hätten. Die Schlacht von Waterloo erstickte alle solchen Hoffnungen. Frankreich reorganisierte sich, aber es scharte sich nicht um einen Völkerbund, sondern um das Bankhaus LAFITTE, um die Banque de France, um die Comptoirs schutzzöllnerischer Textilfabrikanten.

Die Industriellen fühlten noch die soziale Vorrangstellung des adeligen Großgrundbesitzes, und sie begannen eine Kampagne für die Industrie zu führen. Mit Unterstützung LAFITTES gab S.-S. von 1816 bis 1818 die Zeitschrift der Leute heraus, denen er selbst den Namen der „Industriellen“ gegeben hat. Er verstand darunter alle Menschen, die nützlichen und unabhängigen Arbeiten sich widmen. Oder wie er im „Catéchisme des industriels“ sagt: Ein Industrieller ist ein Mensch, der dahin arbeitet, ein oder mehrere materielle Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse und des körperlichen Genusses der verschiedenen Mitglieder der Gesellschaft zu produzieren oder in den Verkehr zu setzen. Welchen Rang, fährt er fort, sollte demnach die industrielle Klasse, diese grundlegende Klasse für alle anderen, diese „Nährmutter der Gesellschaft“<sup>1)</sup> einnehmen? Den ersten! Und welchen nimmt sie ein? Den letzten! Denn die Industriellen bilden die Mehrheit der Nation, sie repräsentieren ihre Intelligenz, ihre produktiven und organisatorischen Kräfte. Sie sind dahin durch die Entwicklung der französischen Industrie gelangt. Bis zu LUDWIG XI. waren die grundbesitzenden Krieger, die Franken, kastenartig getrennt von den Ureinwohnern, den entwaffneten Galliern, welche die verachtete Arbeit zu verrichten hatten. LUDWIG XI. förderte zum Vorteil der Industriellen die Zünfte. Die Steigerung von Welthandel und Geldumlauf brachte das Kreditwesen in die Hände der ursprünglich zu den Industriellen gehörenden Bankherren, die nun die besitzende und genießende Klasse bildeten, während die übrigen zur arbeitenden, besitzlosen wurden. Und so, sagt S.-S., stehen unter den Bannern der vereinigten Feudalismus und Liberalismus, Adel, Militär, Advokaten und Presse dem Industrialismus gegenüber. Jene dienen einem beschränkten Patriotismus, dieser dem „Europäanismus“. Aus dieser Bewegung entsteht für S.-S. die Anschauung, daß die Bourgeoisie zu einem historischen Stande werden müsse.

1) Catéchisme des Industriels (Oeuvres X, 25).

Denn die Bourgeois, d. h. die Legisten, die Juristen und Magistrate, die nicht von Adel sind, die bürgerlichen Militärs, die Grund- und Hauseigentümer, die nicht Industrielle sind, haben als neuer Adel große Macht, aber wirklich mächtig sind sie nur, wenn sie sich mit dem alten Adel verbinden, dessen Derivate sie sind. Sie haben keinen spezifischen politischen Charakter: in Wirklichkeit sind sie ein Adel im kleinen; ihr Dasein als politische Gemeinschaft kann jene des alten Adels nicht überdauern. S.-S. faßt also industrielles Bürgertum und Arbeiter als Produzentenklasse zusammen und bringt sie in Gegensatz zur Bourgeoisie.

Noch im Mai 1817 nennt S.-S. sein System: „positif, industriel et libéral“<sup>1)</sup>. Aber dieses System sollte bald eine Feuerprobe erfahren. Die neue Zeitschrift S.-Ss. der „Organisateur“ brachte Ende 1819 einen Artikel, der unter dem Titel „Politische Parabel“ einen Vergleich zieht zwischen dem Verlust der fünfzig besten Mechaniker, Ingenieure, Architekten, Bankiers, Geschäftsleute, Landwirte, Maurer, Zimmerleute, Gelehrten, Künstler usw. mit dem Verluste Monsieurs, des Bruders des Königs, der Minister, Marschälle, Staatsräte und Kardinäle und gelangt zum peinlichen Vergleiche der Bienen mit den Drohnen. Drei Monate nach dem Erscheinen der Parabel wurde der Herzog von BERRY von einem Attentäter ermordet. Die Ultras setzten die Demission des Ministers des Innern und die Versetzung S.-Ss. in den Anklagezustand durch. Sein Freispruch schien einen politischen Triumph seiner Sache zu bedeuten. Er ging weiter und wollte nun die Industriellenpartei gründen. Sie sollte die wahre Stütze der Regierung bilden, die weder mit Ultras noch mit der Bourgeoispartei paktieren könne. Diese bürgerlichen Stellenjäger müßten verschwinden so gut wie die adeligen. An ihrer Stelle solle unmittelbar unter dem König stehend, ein oberster Produktionsrat fungieren, dessen bloße Beauftragte die Minister sein würden. Dieser Ausblick krönte in einer Broschüre des Jahres 1821 eine Hymne der Industriellen, von ROUGET DE LISLE, dem Dichterkomponisten der Marseillaise verfaßt. Die Verse sind ein wenig matt. Kein begeisternder Pöan wie einst, sondern ein Rentieridyll:

1) Oeuvres II, 220.

„Les temps préparés par nos pères  
 Les temps enfin sont arrivés,  
 Tous les obstacles sont levés,  
 Nous touchons à nos jours prospères“ usw.

Diese Anschauungen hat man den Produktionismus genannt. S.-S. verlangt, daß jede Maßregel der Wirtschaftspolitik auf ihre die Produktion fördernde Wirkung zu prüfen sei. Dazu tritt aber seit 1820 in seinem „Système industriel“ eine zweite, die sozialpolitische Note. Er verlangt, daß der erste Artikel der Staatsausgaben dazu dienen solle, die Existenz der „Prolétaires“ zu sichern, den Arbeitsfähigen Arbeit, den Invaliden Pflege und Heilung verbürgen soll.

Diese neue Forderung rührt von der Beobachtung der Krise von 1817 und der Wirkungen der industriellen Umwälzung in England her. Die Ludditen haben die Maschinen zerschlagen, der Protest gegen Getreidezölle ist 1819 in Peterloo mit Militärgewalt niedergeschlagen worden. In diesem Jahre erschien ein Werk, das gleichfalls und vor S.-S. den Schutz des Proletariats verlangt, und zwar durch Haftung des Unternehmers, durch Garantien, die über den bloßen Bargeldnexus hinausgehen: die „Nouveaux principes de l'économie politique“ des Genfers SISMONDI. Aber mit der Ankündigung der Sozialversicherung war der Reformplan des großen Genfers zu Ende. Er schreibt im Jahre 1831 an CHANNING: „Ich habe die Gebrechen des Systems der freien Konkurrenz enthüllt, ich habe demoliert, mir fehlt aber die Kraft des Wiederaufbaus. Ich glaube die europäische Gesellschaft steht auf ebenso schlechten Grundlagen, wie die religiöse Gesellschaft; man muß einen durchdringenderen als meinen Blick besitzen, um zu wissen, wie die Zukunft an den Ersatz des Bestehenden schreiten wird<sup>1)</sup>).

Hier gingen die Wege S.-Ss. weiter: „Wenn die Genfer — sagte ihr Landsmann NECKER, der sie kannte — gründlicher nachdenken als die Franzosen (raisonnent mieux), so denken die Franzosen weiter als die Genfer (les Français raisonnent davantage)“<sup>2)</sup>. S.-S. hatte, wie er im Fragment über soziale Organi-

1) Vgl. SISMONDI, Fragments de son Journal, S. 130.

2) Manuscrits de Mr. Necker, publiés par ses filles. Genève, Paschoud, XIII. § 103, p. (185).

sation hervorhebt, beobachtet, daß bei der Veräußerung der Kirchengüter von Château-Cambrésis die landlosen Hörigen eine Ankaufgenossenschaft bildeten und so vom Status des Proletariers zu dem des Eigentümers aufrückten. Das ist die Zukunft: Verwaltung durch die Vereinigung der Fähigkeiten an Stelle des staatlichen Zwanges<sup>1)</sup>. Diese Anschauung verstärkte in ihm eine zweite Beobachtung: während der französischen Revolution waren oft Fabrikanten und Direktoren geflüchtet; die verlassenen Betriebe waren inzwischen von Arbeitern trefflich geführt worden. Diese haben damit das Recht erlangt, „Gesellschafter“ der Industrie zu werden<sup>2)</sup>. Einer der größten französischen Wollwarenindustriellen, LOUIS TERNAUX, ein Gönner S.-Ss., führte seine international verstreuten Unternehmungen durch Angestellte mit Gewinnbeteiligung. Der Grundgedanke, der S.-S. beherrscht, ist die Auffassung der Gesellschaft als einer geschichtlichen Organisation, die sich ihre Organe schafft und diese Organe, die Klassen, je nach ihrer Leistungsfähigkeit heranreifen läßt. So geht der heutige Gedanke des Mitspracherechts der Arbeit auf die Beobachtung eines Jahrhunderts moderner Industrie zurück und der Sozialismus S.-Ss. geht bis hierher und nicht weiter. Er beruht auf positiver Beobachtung und immer wieder ersehnte S.-S. die Formel, durch die der Politik der Stempel der Beobachtungswissenschaft aufgeprägt würde. Sein Schüler AUGUSTE COMTE legte ihm 1822 eine *Politique positive* vor, die S.-S. als dritten Teil seines *Catéchisme des Industriels* mit einer Vorrede im Jahre 1824 herausgab. Er sah in ihr ein Gegenstück zu D'ALEMBERTS berühmter Einleitung in die Enzyklopädie und erklärte die Arbeit COMTES für die beste jemals über allgemeine Politik veröffentlichte Schrift<sup>3)</sup>. Er bedauerte nur eine Lücke: Das Fehlen der Berücksichtigung des religiösen Faktors und des Gefühlsmomentes. Man weiß, daß der naturwissenschaftlich disziplinierte Geist A. COMTES aus den Anregungen seines Meisters den Mut schöpfte, den Grund zum System seiner positiven Philosophie zu legen. Auch hier lieferte die Beobachtung der Politik der Heiligen Allianz, der Versuch, bald zu feudalen, bald zu scheinkonstitutionellen Zuständen zu gelangen, die be-

1) Vgl. Oeuvres X, 119.

2) *Opinions littéraires, philosophiques et industrielles* 1825 S. 99—105.

3) Oeuvres IX, III.

rühmte Dreistufentheorie der Geschichte in theologisch-feudale, metaphysisch-revolutionäre und in positiv-organisatorische Epochen, von denen die ersten auf dem Überwuchern der Einbildungskraft über die Beobachtung beruhen. Auch COMTE greift zum Gedanken der sozialen Physik. Diese hat die Elemente der Kultur zu analysieren — die Entwicklung von Wissenschaft, Kunst und Industrie — um ein soziales Entwicklungsbild der Zukunft zu entwerfen. Daraus ging für COMTE das große Prinzip der Relativität der menschlichen Einrichtungen hervor; der Absolutismus in der Theorie führt zur Willkür in der Praxis<sup>1)</sup>. Diese Willkür wird von einer wissenschaftlichen Politik beseitigt: diese ersetzt die Regierung der Menschen durch die der Dinge. Aber gerade dieser Determinismus erheischt Erkenntnis des Kommenden, „toute science a pour but la prévoyance“<sup>2)</sup>. Aber die mathematische Methode, die CONDORCET empfohlen hat, ist, wie BICHAT gezeigt hat, weder auf physiologische noch auf soziale Phänomene mit ihren unregelmäßigen Schwankungen anwendbar. Die soziale Physik verlangt eine Forschungsmethode, die die Tatsachen unmittelbar beobachtet und vom Ganzen, das in steter Wechselwirkung mit aller Art von Phänomenen steht, zum Einzelnen fortschreitet. Damit war in der Tat ein großer Schritt aus dem 18. mitten in das neue Jahrhundert getan. Der Meister aber empfand eine Lücke in diesem Programme, das die Grundlagen der reaktionären Gegenwart wie in einer mathematischen Operation vernachlässigt hatte: die Erkenntnis des Gefühlslebens der Massen. Aus diesem Grunde hat S.-S. seine Laufbahn mit einer neuen Religionsphilosophie, dem *Nouveau Christianisme*, im Jahre 1825 beschlossen, in einer Zeit, in der Konkordatsstimmung in Frankreich herrschte und in England die Emanzipation der Katholiken in Frage stand. Gegen die alte Kirchenpolitik macht S.-S. die ewigen Liebesgrundsätze des Urchristentums mobil. Aus ihm entsteht das moderne soziale Christentum, eine Morallehre, die in der raschesten und vollständigsten Verbesserung der sittlichen und physischen Lage der zahlreichsten und ärmsten Klasse die Hauptaufgabe der Religion erblickt. Diese Aufgabe erfüllt der Klerus der großen Kirchen nicht; er erhebt keinen Einspruch dagegen, daß die Fürsten der Heiligen Allianz die Steuern erhöhen, um die Steigerung der

1) Oeuvres IX, III. — 2) Ebenda 167.



Armeeausgaben und der Luxusbedürfnisse ihrer Höfe zu decken, statt an die Hauptsache zu denken, an das soziale Glück der Armen, „le bonheur social des pauvres“! S.-S. bewegt viel weniger das persönliche Seelenheil als vor allem das der Massen der Enterbten. Diese Aufgabe der religiösen Orientierung, die sich mit den Fortschritten der Entwicklung der Wissenschaften in Einklang zu setzen hat, beschäftigte S.-S. in den letzten Augenblicken seines Lebens. „Die Frucht ist reif“, sagt er zu den Schülern. „Ihr werdet sie pflücken; achtundvierzig Stunden nach unserer nächsten Publikation sind wir eine Partei.“

Seinem Sarge folgen auch Schüler, die sich von seiner Nachfolge getrennt hatten, AUGUSTE COMTE, THIERRY, sodann die eigentlichen Getreuen, nicht eine Partei, aber eine Familie, eine Glaubensgemeinschaft: OLINDE RODRIGUES, BAILLY, LÉON HALÉVY, der Jurist DUVERGIER. Zu ihnen stießen bald nach S.-Ss. Tode der Bankiersohn PROSPER ENFANTIN, der Carbonaro BAZARD und andere Mitarbeiter, vor allem BUCHEZ, CARNOT, MICHEL CHEVALIER und die PEREIRES, die an der neuen Zeitschrift „Le Producteur“ mitarbeiteten. Sie verschwand nach einjähriger Propaganda. Nun gingen die Apostel daran, die verstreuten Aussprüche des Meisters zu einer einheitlichen Doktrin zusammenzufassen. BAZARD und CARNOT hielten Vorträge, die im kanonischen Werke „Exposition de la Doctrine Saint-Simonienne“ niedergelegt wurden. Das System, das hier geboten wird, wird als *Système social* dem Individualismus gegenüber gestellt. Das bedeutet, daß in der sozialen Eigentumsordnung nicht der Einzelne kraft Erbrecht, durch seine Geburt zum Eigentum gelangt, sondern daß das Eigentum verteilt wird je nach der Tüchtigkeit, der Lohn verteilt nach der Leistung. Diese Verteilung der Kapitalien je nach den besten Sphären ihrer Leistung vollziehen die Banken, die wieder von einem industriellen Generalrat zu beraten sind. Das Ideal der Saint-Simonisten geht dahin, Kapital und Kredit allen Begabungen zugänglich zu machen, sie so zu demokratisieren. Damit wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich und durch die Ausnützung der Natur durch die Assoziation, die Vergesellschaftung der Menschen ersetzt. Der stetige Fortschritt der Menschheit kennt nur Ein Gesetz, das des stetigen Fortschritts der Assoziation. In

einer Gesellschaft dieser Art hat das Eigentum wesentlich nur die Aufgabe eines Produktionsfonds, den der Eigentümer auf die produktivste Weise zu verwerten verpflichtet ist. An der Stelle der Einzelfamilie verfügt über die Nachlässe der Staat als Spitzenverband. Die Bankiers, die die Kapitalien der Verbände anlegen, konkurrieren um den Zinsfuß, der auf eine Gefahrenprämie herabsinkt. Die Durchführung dieses Programms erheischt, wie der junge MICHEL CHEVALIER als Saint-Simonist hervorhob, die Intervention eines geliebten, geachteten und zentralisierten Staates, der völlig in seiner Rolle bleibt, wenn er große öffentliche Arbeiten zum Besten der Arbeiter übernimmt.

Vom Système social zum Système socialiste war nur ein Schritt. Zu diesem Schritt verlockte nach der Julirevolution die Verkehrsumwälzung, der Bau der Eisenbahnen. Die Krise von 1837 brachte ihn zum Stocken. Man rief nach dem Staate und der Saint-Simonist PECQUEUR erklärte 1838 in einer von der Akademie preisgekrönten Schrift, daß die allgemeine Entwicklungstendenz nicht zu einer industriellen Feudalität führe, daß sie im Gegenteil „zu einer Überführung der privaten Produktionsmittel in kollektives, und der Quellen oder Vorbedingungen allen Reichtums, zum gesellschaftlichen Eigentum, zur „socialisation“ dränge und zu einer echteren Freiheit für die Masse“. „Vermöchte der Staat diese Hilfe den Proletariern nicht zu bringen, so würden diese selbst ihr Heil auf gewaltsamen Wegen versuchen“<sup>1)</sup>. Sieben Jahre vor dem Kommunistischen Manifest von 1848 wird so die revolutionäre Note angeschlagen.

PECQUEUR war LOUIS BLANCS Sekretär in der provisorischen Regierung vom Februar 1848. Der Staatssozialismus nimmt nun über ROBBERTUS seinen Gang. Er hat das Wort geprägt, daß immer intensivere und immer extensivere Assoziation das Gesetz der Geschichte sei. Es ist Saint-Simonistischer Herkunft, und alles, was wir von unserm Aktien- und Genossenschaftswesen, von Integration und Vertrustung wissen, stimmt mit dieser Vorhersagung künftiger Vergesellschaftung überein.

1) PECQUEUR, *Économie sociale. Des intérêts du Commerce, de l'Industrie et de l'Agriculture et de la civilisation en général, sous l'influence de l'application de la vapeur.* 2e éd. Paris 1839, vol. I. p. 145—146, und: *Des améliorations matérielles dans leurs rapports avec la liberté*, 184 S. pp. 273, 346.

Der Saint-Simonismus ist daher auch Vorfahre des internationalen unpersönlichen Finanzkapitalismus. Auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Form des Hypothekenbankwesens hatte angesichts des Kapitalmangels der Landwirtschaft S.-S. selbst hingewiesen. Man weiß, daß seine Schule mit der Person PROSPER ENFANTINS, dieses Lovelace mit hieratischer Geberde abschloß, der die neuchristliche Religion in einen monistischen Kult von Fleisch und Seele verwandelte und eine Gemeinschaft für den zu erwartenden weiblichen Messias stiftete. Diese neue Hierarchie, eingestellt auf die recherche de la femme-Messie schloß im Gefängnis von St. Pélagie. Aber ein großes, früher ultraliberales Blatt, der „Globe“, wurde von den Saint-Simonisten am 11. November 1830 erworben; sein Herausgeber, PIERRE LEROUX, proklamierte am 18. Januar 1831 den Übergang durch einen Artikel: „Plus de libéralisme impuissant!“ Der „Globe“ betrieb die Propaganda für den Ausbau der großen Eisenbahnnetze aller Länder rings um das Mittelmeer. MICHEL CHEVALIER, TALABOT, die Brüder PÉREIRE standen an der Spitze der großen Eisenbahngesellschaften, der Saint-Simonismus dominierte das Eisenbahnkapital. Da kam die Krise von 1847, die Revolution von 1848; sie lähmten den Verkehr in solchem Maße, daß die Paris-Lyon-Méditerranée, deren Generalsekretär der PÈRE ENFANTIN war, ein Verstaatlichungsprojekt einreichte. Es unterlag dem Widerstande der CHEVALIER, TALABOT, PÉREIRE. Als der Staatsstreich NAPOLEONS die Periode des Gründertums der goldenen Internationale von 1855 einleitete, wurde das Handelsbankwesen, der Crédit Mobilier, als Kommandite der Industrie und des Eisenbahnwesens gegründet, eine Idee, die wieder auf Eingebungen der Schule S.-Ss. zurückgeht.<sup>1)</sup>

Diese Allianz eines Flügels der Saint-Simonisten mit dem Finanzkapital hat seine Ankläger gefunden<sup>2)</sup>. Aber auch das geistige Erbe St.-S.'s hatte Wandlungen erfahren. Hatte dieser die Philosophie des ARISTOTELES und BACON als Produkte einer positiven Epoche den großen Analytikern PLATO, DESCARTES und

1) Vgl. Revue des deux mondes, vom I. V. u. I. VI. 1856. Zit. bei M. WALLACE, Les Saint Simoniens et les chemins de fer. (Thèse) Paris 1908, S. 149;

2) Vgl. A. TOUSSENEL, Les juifs Rois de l'époque 1845 Ed. 1886 p. 123. RUDOLPH MEYER, Politische Gründer und die Korruption in Deutschland. 1877, S. 11.

KANT entgegenstellt, so begann seit 1830 der Einfluß HEGELS wirksam zu werden, dessen Dialektik den Ideen der Negation der individualistischen Zivilisation durch die Assoziation, also vor allem der Schule CHARLES FOURIERS Vorschub leistete. Mit diesen neuen Gedankenrichtungen war auch das religiöse Ethos des Nouveau Christianisme in der Schule verloren gegangen. Nur eine Saite klang noch spät nach – die des internationalen Pazifismus. Im französischen Senate gab nur ein Mann sein Votum gegen die Kriegserklärung von 1870 ab: der Saint-Simonist MICHEL CHEVALIER.

In der Tat sind die Saint-Simonisten eine geistige Internationale gewesen, die vor allem die gegenseitige Durchdringung deutscher und französischer sozialer Einstellung besorgt hat. Der deutsche Einfluß war durch Kantianer, wie REICHARDT, schon während der Revolution, dann vor allem durch VICTOR COUSIN vermittelt worden. Am klarsten tritt dieser Einfluß aus einem Vorlesungsprogramm JULES LECHEVALLIERS hervor, das die geistige Formation des Autors verrät; er erklärt darin, seine literarische Genealogie sei diese: 1822—1827 DESTUTT DE TRACY, CABANIS, VOLNEY. — HENRI DE SAINT-SIMON und der Producteur, die Zeitschrift seiner Schule. „In dieser Zeit war ich zuerst Student der Rechte in Rennes, dann Advokaturkonzipient in Paris. 1827—1829 die deutschen Philosophen in ihrer Wiedergabe durch den französischen Eklektizismus, besonders in den Schriften von VICTOR COUSIN. In dieser Zeit studierte ich an der medizinischen und philosophischen Fakultät in Paris. 1829—30 F. HEGEL. Ich habe in Berlin selbst den Vorlesungen dieses Professors beigewohnt. 1830 und 1831 habe ich Vorträge über den Saint-Simonismus gehalten. 1832 habe ich in den Werken CHARLES FOURIERS nicht nur eine allen andern Lehren überlegene Theorie der industriellen Organisation erkannt, sondern auch ein höheres wissenschaftliches Prinzip.“ Lechevallier führt den Gedanken einer gesetzmäßigen Entwicklung der Menschheit zurück auf VICO, BOSSUET, CONDORCET, LESSING, HERDER, HEGEL, BALLANCHE, die Saint-Simonisten, CHARLES FOURIER<sup>1)</sup>. Lessings Erziehung des Menschengeschlechtes hatte der Saint-Simonist RODRIGUES 1832 übersetzt.

1) Dieses Programm „Leçons sur la science de l'humanité“ 1832 erschien

Damit scheint uns auch die Vermutung deutsch-romantischer Einflüsse auf den Saint-Simonismus, die jüngst aufgestellt worden ist, erschüttert zu sein<sup>1)</sup>. Denn erst im Jahre 1835 hat E. LERMINIER Novalis dem französischen Publikum bekannt gemacht, dessen Ideen einer Wiederaufrichtung des Christentums zwar den Gedanken einer überstaatlichen Christenheit stark betonen, aber die jede Regung der sozialen Ziele der Religion vermissen lassen<sup>2)</sup>. Selbst die Schüler Auguste Comtes, die Anhänger der positiven Menschheitsreligion, betonten: „das Wort positiv bedeutet zwar im gewöhnlichen Sprachgebrauch: ordinaire, matériel, réel, utile, certain, précis; aber hier bedeutet es noch dazu organisch, relativ und vor allem sozial oder mitfühlend (sympathique)“<sup>3)</sup>. Diese Wandlung von der Individual- zur Sozialethik hat also den Weg vom Westen nach Osten eingeschlagen. Die Interferenz der geistigen Schwingungen macht jeden Versuch einer nationalen Trassierung zunichte.

Archiv und Bibliothek der Saint-Simonisten liegen heute wohl verwahrt in der Bibliothek des Arsenal und im Palais Péreire; aber der unruhige Geist S.-Ss. ist vor fünf Jahren auferstanden, um nach dem Weltkriege seine Heilskraft im „Producteur“ der Herren H. CLOUARD, DARQUET und GROS zu erproben. Diesen Praktikern des Geschäftslebens gefiel die Organisation der geistigen Eliten, dieser Schutz der produktiven Klassen und ihre Einigung, die Reform des Kredits, die Unterordnung der Politik unter die Ökonomie, für die der Saint-Simonismus eingetreten war. Daher ihr Verlangen nach Interessenvertretung im Gegensatz zur herrschenden Vertretung von Doktrinen in den Parlamenten

---

zuerst im Journal officiel de l'Instruction publique no. 85 et 86, 1832. Es ist abgedruckt, ohne die obige wertvolle Note, in seinen Etudes sur la Science Sociale 1834 S. 429.

1) Vgl. RENÉ BERTHELOTS ungemein anregungsreiche Ausführungen im Bulletin de la Société française de Philosophie. Séance du 7 février 1925 S. 8.

2) E. LERMINIER, Au delà du Rhin 1835, II. p. 125 zitiert den Ausspruch von NOVALIS: „Der vollkommene Bürger lebt ganz im Staate; er hat kein Eigentum außer dem Staate. Das Völkerrecht ist der Anfang zur universellen Gesetzgebung, zum universellen Staate“.

3) (W. CONSTANT DE REBECQUE) Réflexions synthétiques au point de vue positiviste, Paris 1856 p. 15, p. 75 zitiert GÖRRES: Der Fall der Religion und ihre Wiedergeburt, in Polit. Schriften I S. 176, II S. 77–78.

sowie nach Organisation der geistigen Spitzen und ihres Kredits; daher die genaue Analyse und Enquete der Tatsachenbestände; daher das Technische, das Berufskorporative, das bei diesen Neo-Saint-Simonisten das Politische, das Soziale<sup>1)</sup> zu überwinden suchte.

Der „Producteur“ ist vor kurzer Zeit (1924) verschwunden; er hatte für eine Partei der Industriellen zu wirken gesucht, die es im alt-saint-simonistischen Sinne nicht mehr gibt. Anders steht die Frage, ob nicht eine neue, von S.-S. geahnte Etappe der Arbeitspsychologie herangebrochen ist, die immer stärker den Hang zur Auslese der Fähigsten, zur Steigerung der Produktion, zur Mitsprache an ihrer Leitung verstärken und zum Arbeiterkapitalismus der Verbände führen wird. Wenn in dieser Entwicklung der Organisation die wahre Erneuerung des Saint-Simonismus liegt, dann bleibt auch für diese Richtung S.-S. das, was AUGUSTE COMTE an ihm erkannte: „un accoucheur d'idées“. Ein Pfadfinder, von der tiefen Empfindung beseelt, daß es sich bei dem Wiederaufbau Europas nicht nur um Technik und genaue Analyse, sondern um die Erkenntnis tiefer Änderungen in der Innenwelt der werktätigen Menschen handelt, und — wie er in der Sterbestunde sagte, — daß es leidenschaftlicher Hingebung bedarf, um so große Dinge zu vollenden.

---

1) Vgl. MARC BOURBONNAIS, *Le Neo-Saint-Simonisme et la vie sociale d'aujourd'hui*. Paris 1923.

## Zur Biographie Friedrich Beusts.

Von

**Alfred Stern** (Zürich).

Den Lesern dieser Zeitschrift sind durch ERNST CZÓBEL in seiner höchst dankenswerten Arbeit „Zur Geschichte des Kommunistenbundes“ (Archiv XI, 299 ff.) interessante, zum Teil neue Mitteilungen über FRIEDRICH BEUST, den ehemaligen preußischen Offizier, Genossen von KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS in Köln im Jahre 1848, Mitkämpfer im pfälzisch-badischen Aufstand von 1849, Leiter einer berühmten Erziehungsanstalt in Zürich, wo er nach dem Scheitern der deutschen Revolution ein Asyl fand, geboten worden. Sie ergänzen in einzelnen Punkten das Lebensbild BEUSTS, das LUDWIG FRÄNKEL in der Allgemeinen deutschen Biographie XXXXVII, 754–758 gezeichnet hat. Es sei mir gestattet, meinerseits einiges beizufügen.

Wie CZÓBEL nicht entgangen ist, habe ich für den VII. Band meiner „Geschichte Europas 1815–1871“ (Cotta Nachf. Stuttgart-Berlin 1916) den handschriftlichen Nachlaß FRIEDRICH BEUSTS, den ich persönlich gut gekannt und hochgeschätzt habe, dank freundlicher Erlaubnis seines Sohnes ADOLF benutzen dürfen. Dieser Nachlaß ist allerdings nicht sehr umfangreich. Das weit-aus bedeutendste Stück, das er enthält, ist eine minutiöse Schilderung der militärischen Ereignisse in der Pfalz und in Baden, an denen BEUST in hervorragender Stellung 1849 teilnahm. Seine Erzählung dient zur Ergänzung, mitunter zur Korrektur von Berichten anderer Beteiligten, wie z. B. LUDWIG BAMBERGERS „Erlebnisse aus der Pfälzer Erhebung“ (wieder abgedruckt in LUDWIG BAMBERGERS Gesammelten Schriften III, 59–159). Hier möge Platz finden, was BEUST über den vergeblichen Versuch der Einnahme Landaus am 20. Mai 1849 erzählt.

„BLENKER (dem FENNER VON FENNEBERG, der Oberbefehlshaber der sämtlichen pfälzischen Volkswehren, den Befehl der Eroberung dieser Festung

erteilt hatte) führte seine Mannschaft, etwa 1000 Mann, nach der Festung Landau und stellte sie, ohne auf irgend ein Hindernis zu stoßen, auf dem Glacis auf, auch die zwei Kirchweihkanöchen ohne Munition, die er mitführte. Ein preußischer Landwehroffizier aus Schlesien, SCHLINKE, riß mit einigen Mann, die sich ihm angeschlossen hatten, einige Pallisaden heraus und gelangte bis zum Thor. Hier antwortete man mit Schüssen, worauf SCHLINKE seinen schon entwichenen Begleitern nachfolgte. Als nun von den Wällen einige Kanonenschüsse folgten, da bemächtigte sich des ganzen Korps ein Gefühl der Schwäche, dem es sich überließ, einzig darauf bedacht, aus dem Bereich des Brumbasses zu kommen. Es war auf eine Überraschung abgesehen, man hatte am Erfolg nicht gezweifelt, die provisorische Regierung hatte sich schon zum Triumphzug in die eroberte Festung gerüstet. Der alberne Streich hatte zur Folge, daß FENNER am anderen Tag abgesetzt wurde. Die Akten mußten gewaltsam mit Beschlag belegt werden. Sie fanden sich im Bett seiner angeblich kranken Frau. Alle Offiziere wurden nun auf den 21. Mai zu einer Besprechung berufen, um die Arbeit zu teilen. Als Verwaltungseinheit der Infanterie wurde das Bataillon angenommen zu 1000 Mann. Als Aushebungsbezirke die 12 Landkommissariate. In jedem sollte ein Militärkommissär und Zivilkommissär die Aushebung besorgen und der erste auch die Organisation und Einübung der Mannschaft.“

Als Zentralbehörde wurde, wie bekannt, bis zur Ankunft des erwarteten polnischen Generals SZNAIDE eine Militärkommission von sieben Mitgliedern eingesetzt, der außer BEUST noch die früheren preußischen Offiziere TECHOW, WILLICH, ANNEKE, sowie BLENKER, SCHIMMELPFENNIG, Adjutant VON DER TANNs in Schleswig-Holstein, KUCHENBECKER, ehemaliger österreichischer Hauptmann, der sich in Wien mit seiner Kompagnie zuerst dem Volke angeschlossen hatte, angehörten.

BEUST charakterisiert in seinen hinterlassenen Aufzeichnungen die Genannten und notiert einzelnes aus ihrem früheren Leben. Das Wesentliche von dem, was er über TECHOWs Rolle beim Berliner Zeughaussturm vom 14. Juni 1848 zu sagen weiß, habe ich bereits in meiner „Geschichte Europas“ VII, 163 angeführt. Was er aus der Vergangenheit ANNEKES und WILLICHs mitteilt, sei hier ausgezogen, da beide Männer mit ihm bei den Kölner Vorgängen von 1848, um mit CzÓBEL zu sprechen, „mit dem Proletariat auf dem Boden der Revolution zusammengewirkt“ hatten.

Er erzählt, daß, um FRIEDRICH ANNEKE „aus dem Offizierskorps hinauszubringen“, der Garnisonauditor MARKARD in Minden eine Szene provoziert habe, „wobei ein Offizier gegen ANNEKE



eine Beleidigung aussprach, die dieser im Vorbeigehen hören mußte. Diesen gemeinen Streich zeigte ANNEKE dem Ehrenrat an, ohne die Beleidiger zu fordern“. Das Ehrengericht sprach mit nicht ganz  $\frac{2}{3}$  der Stimmen Freisprechung aus, wodurch die Stabsoffiziere in die Lage kamen, dem Wunsche von oben der Entlassung nachzukommen. Auf Antrag des Kompagniechefs WILLICH beschloß das Offizierskorps demonstrativ dem Verurteilten das Gehalt fortzuzahlen. Von dem Pommern AUGUST WILLICH heißt es, er sei wegen der Form der ANNEKE gewährten, diesen hochehrenden Unterstützung seiner Kompagnie seines hohen Gehalts beraubt und in die kleine Festung Kolberg versetzt worden.

„Nach vergeblichem Versuch, ein gerichtliches Verfahren herbeizuführen oder sich in einer Audienz vor dem Kriegsminister rechtfertigen zu dürfen, erhielt er den Abschied auf einen direkten Brief an den König trotz neunzehnjähriger Dienstzeit ohne Pension, nachdem sein Gesuch um den Abschied auf dem Dienstweg zweimal abschlägig beschieden war. WILLICH war eifriger Hegelianer, beim Offizierskorps in großem Ansehen, bei den Soldaten wie ANNEKE trotz der Strenge sehr beliebt. Er hatte den Zug von HECKER und STRUVE mitgemacht, die Mannschaft nach Frankreich geführt und in Besançon zu einer Kerntuppe ausgebildet, die er nun in die Pfalz mitgebracht hatte.“

Die Schwierigkeiten, welche die Militärkommission zu überwinden hatte, schildert BEUST in den schwärzesten Farben.

„Die oberste Behörde wie die Militärkommissäre waren Landfremde, zu denen noch 14 ehemalige polnische Officiere kamen, die nicht einmal der deutschen Sprache mächtig waren. In der Pfalz war nichts zu kaufen, man fand auch wenig Verständnis für militärische Dinge. Es gab gar keinen Organisationsplan, keine Instruktionen, keine Waffen und kein Geld. Es war eine Lotterwirtschaft sondergleichen.“

Leider findet sich unter BEUSTS nachgelassenen Papieren nicht sehr viel Autobiographisches über die Zeit vor 1848 und über das Jahr 1848 selbst. Folgende Notiz mag Bekanntes ergänzen.

„FRITZ BEUST (ursprünglich VON BEUST), gewesener preußischer Leutnant, hat 1847 mit drei anderen Offizieren gegen eine Anzahl von Offizieren in Minden, welche einem übel berüchtigten Militär-Justizbeamten, der zu einer höheren Stelle befördert worden war, eine öffentliche Ovation dargebracht hatten, ein Ehrengericht beantragt, das verweigert wurde. Ein gegen ihn angestrebtes Kriegsgericht wie ein nachfolgendes Ehrengericht führten beide zu einstimmiger Freisprechung. Der freisprechende Richterspruch von 66 Richtern des Ehrengerichts wurde vom König nicht bestätigt. Unterdessen war das

Jahr 1848 angebrochen und durch eine Haussuchung bei ANNEKE in Köln gerieten Briefe BEUSTS in die Hände der Behörden, welche eiligst seinen Vorgesetzten ausgeliefert wurden. Wegen des Satzes „Ein Exemplar Forderungen des Volkes (unter der Censur noch von vielen Zeitungen abgedruckt), habe ich nach Xanten [an BEUSTS Braut] geschickt“ wurde er verhaftet, in der Zitadelle von Wesel eingesperrt und wegen unbedachter, unkluger Aussprüche über Personen und Vorfälle, in höchster Aufregung und [nach] überstandem Typhus, wurde er vor ein abermaliges Ehrengericht gestellt. Diesmal gelang es dem Zusammenwirken aller höheren Behörden und unter Zuhilfenahme einiger Niederträchtigkeiten die Verurteilung zum Abschied durchzusetzen. Dieser Spruch wurde auch nicht bestätigt, sondern der Abschied auf Grund eines früheren Abschiedsgesuches wegen Nichtbestätigung des einstimmigen freisprechenden Urteils erteilt.“

Es finden sich Auszüge aus dem von BEUST und ANNEKE herausgegebenen Tagesblatt „Die neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Arbeiter“ vor nebst der Bemerkung: „Wo Soldaten in ihren Rechten verkürzt wurden, traten wir für sie ein“. Eine längere Aufzeichnung gilt der Beteiligung BEUSTS am zweiten demokratischen Kongreß, der vom 26. bis 31. Oktober 1848 in Berlin stattfand.

„Auf den 26. wurde der zweite deutsche demokratische Kongreß vom Zentralkomitee nach Berlin ausgeschrieben. Den 16. beschloß der Arbeiterverein auf Antrag von MARX den Kongreß zu beschicken. Den 22. wurde ich als Abgeordneter gewählt, später noch ROCKMANN, der Agent der Gräfin HATZFELD<sup>1)</sup>. Vom demokratischen Verein wurde der Schriftsteller WEILL und der gewesene Lieutenant BERNIGAU<sup>2)</sup>, der die Erklärung gegeben, daß er nicht aufs Volk schießen lassen würde, gewählt.“

BEUST traf unter den Mitreisenden den alten SCHLÖFFEL, der seinen Sohn auf der Zitadelle in Magdeburg besuchen wollte, aber der junge SCHLÖFFEL war geflüchtet, nach Ungarn gegangen, dort als Spion verhaftet, „in scheußlichen Gefängnissen umhergezogen, endlich durch einen Offizier befreit“. . . Nach einem Rückblick auf die Berichterstattung KRIEGES<sup>3)</sup> über die seit dem letzten in Frankfurt am Main abgehaltenen Kongreß entfaltete Tätigkeit des Zentralaussschusses fährt BEUST fort:

„Im allgemeinen hatte man den Eindruck, daß fast überall die Arbeiter und die Bauern eine Umgestaltung erwarteten, durch welche der Nation aus

1) In dem Mitgliederverzeichnis bei G. LÜDERS, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848 (1909) S. 164 nicht genannt.

2) Vgl. E. CZÓBEL, a. a. O. S. 321.

3) Vgl. LÜDERS, a. a. O. S. 27.

dem Elend abgeholfen werde. Man sah ein, daß die ökonomische Bewegung in den Vordergrund gestellt werden mußte . . . Beim Zeitmangel war ich empört, daß immer aufs Neue leeres Stroh auf die Tenne geschüttet und unfruchtbare Diskussionen herbeigeführt wurden. Ich hielt es für meine Pflicht einzuschreiten, als BENFEY<sup>1)</sup> den Austritt der Gebrüder WISLICENUS mitteilte und die mehrere Bogen lange Motivierung desselben vorlesen wollte. Dr. EWERBECK<sup>2)</sup>, ständiger Korrespondent der Neuen Rheinischen Zeitung in Paris, gab sich Mühe, mich zum Eintritt in den Kommunistenbund zu bewegen. Ich konnte mich aber nicht entschließen, mich so ganz unter das Kommando von MARX zu stellen, so sehr ich seine kritische Schärfe anerkennen mußte. Eine Kommission, welche über die soziale Frage berichten sollte, mit KINKEL an der Spitze, hatte sich zersplittert und nichts geliefert und nun wurden OPPENHEIM<sup>3)</sup> (wie ich glaube) und ich bestimmt, bis zum andern Tag einen solchen Bericht zu liefern. Wir arbeiteten bis zum Grauen des Tages. Unsere Arbeit war aber nur eine Umschreibung des Kommunistischen Manifestes von MARX. Sie wurde den Vereinen zur Prüfung empfohlen“<sup>4)</sup>.

Eine andere Aufzeichnung BEUSTS gilt den Ereignissen des 31. Oktober in Berlin, an welchem Tag WALDECK seinen Antrag „zur Rettung Wiens“ in der Nationalversammlung gestellt hatte. „Unterdessen rückte ein Zug von mehreren tausend Arbeitern mit roten Fahnen auf den Gendarmenmarkt. Sie hatten aus einem Strick eine schöne Schlinge gemacht, mit welcher die Gegner der von ihnen geforderten Unterstützung für Wien gefangen werden sollten.“ Ein „riesenhafter Kerl“ hielt BEUST eine Hanfschlinge vor's Gesicht, er zeigte lachend auf seine am Hut befestigte Karte des demokratischen Kongresses, worauf der Große brüllte: „Der kann passieren!“ Auf dem Platz sah BEUST die Bürgerwehr:

„Diese schien mir sehr aufgeregt, ja es schienen mir sogar viele Be-  
trunkene darunter. Fortdauernd bald hie bald dort hob ein Mann das Ge-  
wehr und brachte es auf die Menge in Anschlag.“

BEUST rief ihnen zu, das provozierende Anschlagen zu unter-

1) Dr. RUDOLF BENFEY, Bruder des Sprachforschers THEODOR B. Er war später zeitweise am BEUSTSchen Erziehungsinstitut in Zürich tätig.

2) Der aus der Geschichte des Sozialismus bekannte Dr. HERMANN EWERBECK, Übersetzer CABETS, Mitglied des ehemaligen Bundes der Gerechten in Paris.

3) HEINRICH BERNHARD OPPENHEIM 1819—1880. Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie XXIV, 396—399.

4) Vgl. LÜDERS, a. a. O. S. 89—160. Danach war OPPENHEIM schon vorher ausgetreten. BEUSTS Berichterstattung über den zweiten demokratischen Kongreß erwähnt bei HANS STEIN, Der Kölner Arbeiterverein 1848—1849 (Köln 1921) S. 78.

lassen, aber drei Bajonette stießen auf ihn. Zwei schlug er zur Seite, das dritte traf ihn in die Achsel. Im gleichen Augenblick wurde „Marsch“ kommandiert. Er zog sich zurück und hatte keinen Teil am folgenden Handgemenge.

„Der Intervention der demokratischen Elemente ist es zu danken, daß die Maschinenbauer, die hier unbewaffnet erschienen, ihre Bataillone nicht alarmierten.“

Die Schlußbetrachtung BEUSTS über seine damaligen Erlebnisse lautet:

„In Berlin hatte ich mich durch den Augenschein überzeugt, daß die Bürgerwehr im großen ganzen wie überall aus den allerreaktionärsten Elementen zusammengesetzt war. Unter den Arbeitern, überhaupt unter den Berlinern aller Klassen gab es damals wie auch jetzt eine große Menge vorurteilsloser, freisinnig republikanisch gesinnter Männer und Frauen. Diese waren damals nicht organisiert und unbewaffnet. Das freie Versammlungsrecht und die freie Presse hatten das Volk berauscht. Von den höchsten Staatsgewalten sprach man in wegwerfendem Tone und verrannte sich in eine der Wirklichkeit nur wenig entsprechende Vorstellung von der Schwäche der Staatsorgane und der Unwiderstehlichkeit des Volkswillens . . . Zudem fehlte es der Demokratie an Geld . . . Die Revolutionäre waren entweder gar nicht oder ungenügend bewaffnet.“

Endlich sei hier noch einer Aufzeichnung BEUSTS gedacht, in der er von seiner Wahl zum Kommandanten demokratischer Glieder der Kölner Landwehr und von den Bemühungen, sie im vorausichtlichen Kampf um die Steuerverweigerung zugunsten der Nationalversammlung aufzubieten, spricht:

„Nachdem der Belagerungszustand wieder aufgehoben war<sup>1)</sup>, wurde in einer Versammlung ein Komitee gewählt, das den Widerstand organisieren sollte. Ich war in dem Komitee. Allein die blutdürstigsten Deklamationen der einen fanden in der Lauheit der anderen einen Gegengewicht. Ich selbst war in Köln so gut wie ganz unbekannt und konnte mich der Sache unmöglich mit vollem Vertrauen annehmen. Ich sollte die militärische Führung übernehmen. Als Adjutant wurde mir ein Pole zugeteilt, D'ENGELIER (DRONKE erzählte von ihm, daß sein Vater HEUCHLER geheißen hätte). Advokat SCHNEIDER II, WEILL<sup>2)</sup> und MARX, den ich aber in keiner Sitzung gesehen habe, waren Mitglieder des Komitees. Bei den Veröffentlichungen, Aufrufen etc. wurde niemals ein Name unterschrieben. Niemand wollte eine

1) Er hatte nach einer Kundgebung, die auf den Frankfurter Septemberaufstand folgte, bis zum 3. Oktober gedauert.

2) s. beider Namen im Verzeichnis bei H. STEIN a. a. O. Vgl. daselbst S. 80/81 die Beschlüsse einer Anzahl von Landwehrmännern in Köln vom 15. November 1848.

Verantwortung übernehmen . . . Man mußte sich beim bevorstehenden Konflikt zwischen Krone und Nationalversammlung vorbereiten durch eine Organisation, die imstande war, der Garnison die Spitze zu bieten. Diese Organisation sollte sich auf die Landwehr stützen. Das Landwehrbataillon Kölns zählte damals 11 000 Landwehrleute, von denen sich 1300 schriftlich für die Nationalversammlung erklärten, dem Bataillonskommandanten davon Kenntnis gaben. Auch die Lieutenants NITAK und ADAMSKY vom 25. Infanterieregiment gaben dem Regimentskommandeur nicht nur diese Erklärung ab, sondern reichten auch ihre Abschiedsgesuche vom 14. November ein.“

Zum Schluß sei mir noch erlaubt, auf meinen Aufsatz „Politische Flüchtlinge in Zürich nach der Revolution von 1848 und 1849“ im Anzeiger für Schweizerische Geschichte 1919, S. 337/362 hinzuweisen. Ich habe daselbst (S. 347–349) aus den Polizeiakten des Züricher Staatsarchives einige Aktenstücke veröffentlicht, die sich auf die Schwierigkeiten beziehen, die FRIEDRICH BEUST zu überwinden hatte, um seine Niederlassung in Zürich zu erwirken, wo er eine so rühmliche pädagogische Tätigkeit entfaltete.

An derselben Stelle (S. 342/343) habe ich einen auf den damals in Zürich wirkenden Nationalökonom BRUNO HILDEBRAND bezüglichen Briefwechsel des kurfürstlich hessischen Landratamtes Marburg mit der Züricher Polizeidirektion aus dem Jahr 1852 mitteilen können, der den in diesem Archiv (XI S. 445 ff.) von ihrem Herausgeber gelieferten Beitrag zur Biographie HILDEBRANDS ergänzt.

---

# Anton Menger<sup>1)</sup> als Methodiker der Rechtstheorie.

Von

Julius Kraft (Frankfurt a. M.).

„Wenn auf einem Wissenschaftsgebiete aus irgendwelchen Gründen die richtige Empfindung für die aus der Natur der Sache sich ergebenden Ziele der Forschung verlorengegangen ist, wenn nebensächlichen Aufgaben der Wissenschaft eine übertriebene oder gar die entscheidende Bedeutung beigelegt wird, wenn von mächtigen Schulen getragene irrtümliche Grundsätze zur vorherrschenden Geltung gelangen und die Einseitigkeit über alle Bestrebungen auf einem Wissensgebiete zu Gerichte sitzt, wenn, mit einem Wort, der Fortschritt einer Wissenschaft in der Herrschaft irrtümlicher methodischer Grundsätze sein Hemmnis findet: dann allerdings ist die Klarstellung der methodischen Probleme die Bedingung jedes weiteren Fortschrittes . . .“

CARL MENGER, Untersuchungen über d. Methode d. Sozialwissenschaften u. d. Polit. Ökonomie insbesondere. S. XII.

## I.

Die Bearbeitung der Wissenschaft vom Recht befindet sich noch in einem so schwankenden Zustand, daß nicht einmal über ihren Gegenstand Klarheit herrscht. Kommt dem jeweiligen, autoritär-gesetzten Satzungssystem oder einem von aller Willkür unabhängig bestehenden Inbegriff von Normen das Prädikat der Rechtsverbindlichkeit zu? Gibt es also eine exakte Theorie des Rechtes oder ist der menschliche Geist gezwungen, sich mit einer bloßen juristischen Dogmatik zu begnügen? Es heißt diese Fragen nur genau genug aufzufassen, um sie auch bestimmt beantworten zu können. Rechtsverbindlichkeit kann ihrem Begriff zufolge in der Tat nie einem bloßen Faktum, wie dem jeweiligen Satzungssystem, zukommen. Daher erkennen wir mit Hilfe der

1) Im folgenden A. M. abgekürzt.

juristischen Dogmatik auch niemals ein Rechtssystem, sondern bestenfalls ein solches von Satzungen. Die für die jeweilige Gesellschaft verbindliche Ordnung, d. i. eben die allein diesen Namen verdienende Rechtsordnung, festzustellen, kann daher nur Aufgabe einer von den Fesseln der Dogmatik freien Rechtstheorie sein.

Der Kampf zwischen juristischem Dogmatismus und einer sich langsam sowohl auf empirischem wie philosophischem Gebiet vorbereitenden Theorie des Rechtes macht den eigentlich bedeutsamen Inhalt der bisherigen Entwicklungsgeschichte der politischen Theorie aus, und es kommt für die endliche, günstige Entscheidung dieses Kampfes alles darauf an, die zureichende Methode für die Rechtstheorie auszubilden. Denn wie eine tiefere Analyse der Wissenschaftsgeschichte lehrt, konnte die Dogmatik nur darum beharren, weil die theoretischen Versuche an schweren methodischen Mängeln litten, die die Gewinnung anwendbarer Forschungsergebnisse verhinderten und damit die Praxis der theoretischen Leitung entzogen. Die mehr oder minder deutliche Einsicht in das Bestehen jener methodischen Mängel hat daher den juristischen Methodenstreit bis in die Gegenwart herein nicht zur Ruhe kommen lassen, mag dessen wissenschaftlicher Charakter auch erheblich durch die Unklarheit über den Gegenstand der Rechtstheorie beeinträchtigt worden sein. So gestaltet sich die bekannte Diskussion zwischen Begriffsjurisprudenz und Freirechtsschule deshalb so planlos, weil beide Parteien nicht genügend zwischen Rechtssystem und Satzungssystem zu unterscheiden wissen. Vom Standpunkt des strengen juristischen Positivismus aus muß nämlich das jeweilige Satzungssystem als einzige „Rechtsquelle“ zur Entscheidung eines jeden möglichen Rechtsfalles hinreichen; und die Entscheidungen selbst müssen aus bloßen Begriffen folgen, da doch ein Rechtssystem nur mit Hilfe rationaler Sätze bestimmbar ist, die Realität synthetischer, rechtsphilosophischer Prinzipien aber gerade geleugnet wird, so daß eben nur analytische Prinzipien zur Verwendung übrigbleiben. Die Jurisprudenz wird so zur Scholastik. Faktisch ist nun die jeweilige Satzungsordnung weder „lückenlos“, noch lassen sich aus bloßen Begriffen rechtliche Entscheidungen ableiten. Der Begriffsjurist gerät also in einen Widerspruch zum Begriff des

Satzungssystem, der Freirechtler in einen solchen zu dem eines reinen Rechtssystems, und die Positionen beider sind demnach gleichermaßen unhaltbar.

Das einzige Mittel zur Vermeidung dieser und ähnlicher Schwierigkeiten bildet die scharfe Trennung von Rechtssystem und Satzungssystem. Die Rechtstheorie bezieht sich allein auf ersteres, und damit sind auch die Probleme ihrer Methodenlehre eindeutig bestimmt. Für eine Theorie der rechtlichen Ordnung gegebener Gesellschaftszustände ist es die nächstliegende und grundlegende Frage, wie sie sich in den Besitz eben jener Kriterien einer rechtlichen Ordnung überhaupt bringen soll. Die Lösung ihrer rechtsphilosophischen Voraussetzungen wird damit ein methodisches Erfordernis der Rechtstheorie selbst. Sodann kommt es darauf an, die methodischen Maximen zur Erforschung von Gesellschaftszuständen und ihrer Bestimmung nach Rechtsgesetzen zu entwickeln. Für die juristische Methodenlehre entstehen also die drei Grundprobleme der rechtsphilosophischen, der soziologischen und der rechtspolitischen Methodik.

Wenn es schon ohnehin als ein Postulat der wissenschaftlichen Stetigkeit gelten muß, bei der eigenen Untersuchung auf die Arbeiten der Vorgänger Rücksicht zu nehmen, so ist die Erfüllung dieser Forderung auf einem so wenig bebauten und schwierigen Felde wie dem der Rechtstheorie um so wichtiger. Die systematische Beurteilung vorliegender rechtstheoretischen Untersuchungen besitzt darüber hinaus ein ausgezeichnetes historisches Interesse, da man a priori voraussetzen muß, daß die von dogmatischen Gesichtspunkten ausgehende Darstellung der Wissenschaftsgeschichte zu keinen vorurteilslosen Resultaten gelangen kann. Wenn aber gar, wie gegenwärtig, die Systematisierung längst überwundener Fehler den Inhalt so vieler, mit dem Anspruch auf Erneuerung der Rechtsphilosophie und damit auch der angewandten Wissenschaft auftretenden Bestrebungen ausmacht, wenn eine Übereinkunft zwischen autoritärer Dogmatik und vermeintlich-unabhängiger Forschung vorbereitet wird, dann liegt nur ein Grund mehr vor, sich der wenigen vorhandenen Bausteine zur Herstellung eines soliden Fundamentes der Theorie des Rechts zu versichern.

Einen solchen Baustein liefern uns die bisher noch nicht



genügend beachteten methodischen Belehrungen ANTON MENGERS (1841—1906), dessen Untersuchungen auf ihren Beitrag zur Auflösung des rechtsphilosophischen, des soziologischen und des rechtspolitischen Methodenproblems hin geprüft werden sollen.

## II.

Die Grundrichtung der M.schen Rechtsphilosophie läßt sich als die eines soziologischen Empirismus mit naturrechtlichen Abweichungen kennzeichnen. Es erhebt sich also über den bloß äußerlich deskriptiven, juristischen Empirismus und faßt die jeweils gegebene positive Rechtsordnung als das auf, was sie ihrem Grundcharakter nach tatsächlich ist: als einen Inbegriff legitimer Machtpositionen, der „zugunsten enger Lebenskreise durch die Gewalt entstanden ist“<sup>1)</sup>.

Konsequenterweise müßte man auf den Versuch einer Ableitung rechtsphilosophischer Folgerungen aus dieser soziologischen Feststellung verzichten. Da M. jedoch mehr oder weniger bestimmt von der Voraussetzung ausgeht, daß das Recht überhaupt — nicht nur das positive Gesetz und die historisch-gegebene Rechtsordnung — dem Entstehen und Vergehen unterworfen sei und also selbst wie diese zu den sozialen Erscheinungen gehöre, gelangt er notwendigerweise zum widerspruchsvollen Beginnen, seine Rechtsphilosophie aus soziologischen Prämissen zu entwickeln, wie auch seine Neue Sittenlehre, wenigstens ihrem Programm nach, eine bloße Tatsachen- und keine Normenwissenschaft darstellen soll<sup>2)</sup>.

Da nun die positive Rechtsordnung ein soziales Phänomen ist, muß auch das allgemeine Rechtsprinzip nach der Konsequenz einer soziologischen Rechtsphilosophie auf den Satz hinauslaufen, daß Recht und Macht ein und dasselbe sind. Tatsächlich ergibt sich auch für M. die Rechtfertigung sozialer Zustände aus „Veränderungen in den Machtverhältnissen“<sup>3)</sup>. Die konsequente Anwendung dieses Prinzips würde sowohl jede Kritik gegebener positiver Rechtsordnungen, wie auch jede Rechtspolitik unmög-

1) Vgl. Neue Staatslehre. Jena 1903. S. 41.

2) Vgl. Neue Sittenlehre. Jena 1905. S. 2.

3) Vgl. A. MENGER, Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen. Tübingen 1890. S. 294.

lich machen. Denn der Bedingung, den gegebenen Machtverhältnissen zu entsprechen, genügt jede beliebige Rechtsordnung. In dieser Beziehung ist keine vor der anderen ausgezeichnet. Es wird unsere Aufgabe sein, in dem auf das soziologisch-rechtspolitische Methodenproblem bezüglichen Teil unserer Überlegungen (III) im einzelnen die Trugschlüsse aufzudecken, deren sich M. dort bedient. Daß er bei der Ausführung seiner kritischen und systematischen rechtstheoretischen Untersuchung zu Trugschlüssen gezwungen ist, steht mit der Unanwendbarkeit seines Rechtsprinzips a priori fest.

Dem rechtsphilosophischen Fehler M.s entspricht allerdings die zutreffende methodische Einsicht, daß mit allgemeinen Rechtsprinzipien allein die Rechtstheorie nicht zu entwickeln ist, wie dies, mehr oder minder konsequent angewandt, ein methodischer Grundsatz der vorkantischen Naturrechtsschule war. Er erkennt also den induktorischen Charakter juristischer Untersuchungen, glaubt aber fälschlich, damit auch schon ihren normativen Charakter zu wahren. Sein entscheidender Fehler liegt also in der Verkennung der nicht-empirischen Natur rechtsphilosophischer Sätze. Daß ohne normative Voraussetzungen keine juristische Erkenntnis möglich sei, übersieht er so wenig, daß ihm sogar eine exakte Beurteilung der Naturrechtstheorie möglich ist, die bei einem prinzipiellen Empiristen kaum erwartet werden sollte.

Diese Beurteilung kann als klassisch gelten, und deshalb rechtfertigt es sich, in einer Zeit vorherrschenden Unverständnisses für die Bedeutung der Naturrechtstheorie, M.s Meinung hier wörtlich wiederzugeben.

„Ich überschätze“, sagt er, „nicht den Wert der naturrechtlichen Forschung; sie beruhte viel zu sehr auf abstrakten, aprioristischen Grundlagen, als daß man sie mit den mathematischen und naturwissenschaftlichen Untersuchungen von DESCARTES, NEWTON, LEIBNIZ, EULER, LAVOISIER in eine Reihe stellen könnte. Aber immerhin bedeutete das Naturrecht die Verleugnung des absoluten Autoritätsprinzips auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft und verbürgte gegenüber dem überlieferten Rechtsstoff eine freie Denkungsart, die in den drei großen Gesetzbüchern, die sich an die Aufklärungsepoche angeschlossen, dem preußischen, französischen und österreichischen, ihre deutlichen Spuren zurückgelassen hat. . . . Zwar konnte das Naturrecht des 18. Jahrhunderts in seiner überlieferten Form schwerlich aufrechterhalten werden, weil es viel zu sehr auf aprioristischen Grundlagen beruhte, um sich in einer

Epoche vorherrschender Erfahrungswissenschaft behaupten zu können. Aber bei einigem guten Willen der wissenschaftlichen und auch der Regierungskreise wäre es leicht möglich gewesen, diese Disziplin, die einst die Welt bewegt hatte, durch Hinzufügung empirischer Elemente auch im 19. Jahrhundert lebendig zu erhalten<sup>1)</sup>.“

M. weiß also die wissenschaftliche Bedeutung des antidogmatischen Grundcharakters der Naturrechtslehre wohl zu würdigen und findet ihre Mängel nicht darin, daß sie überhaupt normative Voraussetzungen einführt, sondern vielmehr in der fehlerhaften Abgrenzung zwischen den normativen und faktischen Elementen innerhalb der angewandten Theorie<sup>2)</sup>. Gerade diesem Fehler ist er allerdings dann auch wieder weitgehend verfallen.

### III.

Das allgemeine Programm der angewandten juristischen Untersuchung M.s ist kein anderes als das einer Theorie der gerechten Ordnung gegebener Gesellschaftszustände. Die Ausführung dieses Programms hat nun neben ihrer theoretischen noch eine praktischpolitische Bedeutung. Sie bildet nämlich die notwendige Bedingung für den Erfolg einer auf die Herstellung des Rechtszustandes gerichteten politischen Bewegung. Angewandt auf die Gegenwart bedeutet dies aber, daß sie geradezu „unerlässlich“ ist, „wenn die sozialistische Bewegung ihre Ziele auch nur zum Teil erreichen soll<sup>3)</sup>.“ Die Theorie des Sozialismus kann daher nur als Rechtstheorie ausgeführt werden, und der Versuch ihrer rein-soziologischen Bearbeitung muß notwendigerweise scheitern. Nicht eine normative, sondern vielmehr eine rein naturalistische Methodik der sozialistischen Theorie ist daher „utopistisch“. Jene naturalistische Lehre beruht im Grunde auf demselben Fehler wie die Bewertung der Naturrechtstheorie durch die historische Schule: sie versteht es nicht, den wissenschaftlichen Wert einer Methode von dem ihrer möglicherweise mangelhaften Anwendung zu trennen.

---

1) Vgl. A. MENDER, Über die sozialen Aufgaben der Rechtswissenschaft. Wien 1905. S. 2, 17.

2) Vgl. dazu meine Untersuchung über „Die Methode der Rechtstheorie in der Schule von Kant und Fries“. Berlin 1924. S. 9, 169 ff.

3) Vgl. A. MENDER, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. 2. Aufl. Stuttgart 1891. S. 109 ff.

Mit der Einsicht in die Notwendigkeit dieser Trennung entfällt auch der bekannte Vorwurf des „Juristen-Sozialismus“, den ENGELS zur Verteidigung der marxistischen Methodik gegen M. erhebt<sup>1)</sup>. Daraus, daß M.s normative Voraussetzungen anfechtbar sind, wie ENGELS mit Recht feststellt, folgt nämlich nicht, daß die sozialistische Theorie ohne solche Voraussetzungen ausführbar wäre. Vielmehr folgt daraus nur, daß man jene Normen fehlerfrei bestimmen müsse.

Wie der soziologische Positivismus, so genügt auch der historische Materialismus des Marxismus nicht den Anforderungen einer vorurteilslosen Theorie des Sozialismus. Da M. sich nicht im Besitz einer Theorie der Vernunft befindet, die allein die sensualistischen Voraussetzungen des historischen Materialismus zu widerlegen vermag, so ist er vor allem darauf angewiesen, seine Unzulänglichkeit zur Analyse konkreter historischer Verhältnisse nachzuweisen. Immerhin ist er sich auch schon des prinzipiellen monistischen Irrtums der materialistischen Geschichtsauffassung bewußt. Nichts nämlich tut — seiner Meinung nach — „den Tatsachen mehr Gewalt an“, als das „innerlich so ungleichartige geistige Leben und seine Umgestaltungen auf eine einzige Ursache, etwa auf die wirtschaftlichen und technologischen Verhältnisse zurückzuführen (MARX)“<sup>2)</sup>.

Ein schlagendes Beispiel für die Mangelhaftigkeit des materialistischen Prinzips bietet die sog. Verelendungstheorie, die auf die Zeit des untergehenden Römerreichs angewandt, mit Rücksicht auf den damals herrschenden Verelendungsgrad zur Behauptung des Bevorstehens „der siegreichen Revolution“ führen muß. Tatsächlich folgte aber auf jene Periode des untergehenden Römerreichs keineswegs die siegreiche Revolution, sondern vielmehr die Feudalherrschaft. Die Verelendungstheorie verkennt, wie M. richtig feststellt,

„vollständig die wirklichen Triebfedern der staatlichen und rechtlichen Entwicklung. Niemals werden verelendete Massen dem Staate eine ihren Interessen entsprechende Rechtsordnung aufzudrängen imstande sein. Im Gegenteil: So wie ein besiehtes, auf einem engen Raume zusammengedrücktes Heer gar leicht den Ruf erhebt: ‚Rette sich, wer kann‘, so ist auch zu befürchten, daß die . . . bedrängten Massen ihre politischen und sozialen Ideale

1) Vgl. ENGELS, Die Neue Zeit. V (1887). S. 49 ff.

2) Neue Staatslehre, S. 236.

wegwerfen und lediglich auf ihre individuelle Lebensfristung Bedacht nehmen<sup>1)</sup>.“

Nichts illustriert die durchschlagende Kraft dieser Kritik an der Verelendungstheorie besser, als der gegen sie unternommene Widerlegungsversuch von ENGELS. Dieser geht davon aus, daß zur Zeit des untergehenden Römerreichs jene industrielle Konzentration gar nicht bestand, die nach MARX eine notwendige Vorbedingung für das Eintreten des sozialistischen Zustandes ist. Also sei auch die Verelendungstheorie auf jenes Beispiel gar nicht anwendbar und ihre faktische Unanwendbarkeit im Falle des untergehenden Römerreichs beweise nichts gegen die Theorie<sup>2)</sup>. M. behauptet nun nichts über das Bestehen einer Industriekonzentration zur Zeit des untergehenden Römerreichs, sondern stellt nur den damaligen Verelendungsgrad fest. Daß dessen Wirksamkeit aber eine andere sein solle, wenn er durch die behauptete industrielle Konzentration herbeigeführt würde, als dann, wenn er auf anderen Ursachen beruht, dieser Satz ist sicher nicht zu begründen. ENGELS Entgegnungen auf M.s Kritik vermögen dieselbe also nicht zu erschüttern.

M. verkennt übrigens durchaus nicht die positive Bedeutung der von ihren monistischen Anmaßungen befreiten materialistischen Geschichtsauffassung. „Kein großes geschichtliches Ereignis“, sagt er, „wird lediglich aus den wirtschaftlichen Zuständen erklärt werden können . . ., keines von denselben vollständig unbeeinflußt geblieben sein<sup>3)</sup>“: Ein Gesichtspunkt, der als der einzig-vorurteilslose für die Verwendung des „materialistischen Prinzips“ gelten muß.

Ebenso wie der Beurteilung der marxistischen Methodik wird allerdings auch der eigenen soziologischen Analyse M.s nur ein vorläufiger Charakter zukommen können, weil ihm insbesondere eine Theorie der rationalen Elemente der inneren Natur fehlt. Sein vorurteilsloser Tatsachensinn gestattet es ihm jedoch, auf dem Gebiete einer vorläufigen Analyse bereits wichtige Gesichtspunkte zu eröffnen, indem er seinen Ausgangspunkt von gewissen, typischen Institutionen historisch gegebener Rechtsordnungen nimmt und die in ihnen wirksamen Machtfaktoren nachweist.

1) Vgl. A. MENGER, Volkspolitik. Jena 1906. S. 68 ff. — 2) Vgl. a. a. O. S. 49 ff. — 3) Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 124.

Wir gehen nunmehr zur Erörterung einiger seiner Spezialuntersuchungen über, die wir in Rücksicht auf das soziologische und das rechtspolitische Methodenproblem in folgender Anordnung beurteilen werden:

	1. Theorie des Staates	2. Theorie der Wirtschafts- ordnung	3. Theorie der Familien- ordnung	4. Theorie der Kulturordnung
Soziologisch . . .				
Rechtspolitisch .				

Die staatlichen, ökonomischen, familiären und kulturellen Phänome treten zwar in der sozialen Realität vereinigt auf; jedoch ist in der Abstraktion ihre Isolierung möglich und auch notwendig, um die Probleme ihrer theoretischen Analyse bestimmt genug stellen zu können.

Der Theorie des Staates kommt für die Untersuchungen Ms. eine hervorragende Bedeutung zu, weil sie ihm das Machtprinzip liefert, das für alle seine wissenschaftlichen Auffassungen grundlegend ist<sup>1)</sup>.

Das Grundproblem der Theorie vom Staat ist die Bestimmung derjenigen Kräfte, welche das staatliche Phänomen hervorbringen. Nur wenn man die Natur dieser Kräfte kennt, wird man in der Lage sein, die Arten ihrer Wirksamkeit genauer zu charakterisieren und damit auch die Einzelheiten der Erscheinung des Staates, z. B. das Auftreten verschiedener Staatsformen, zu erklären.

Gerade der Umstand, daß insbesondere auf einer fortgeschrittenen Stufe der sozialen Entwicklung die sozialen Phänomene in enger Wechselwirkung miteinander vereinigt auftreten, macht es schwierig, die spezifische Natur der das Staatsphänomen bedingenden Kräfte zu erforschen. Dieser Schwierigkeit weicht man aus, indem das Tatsachenmaterial für die Theorie einem solchen Gesellschaftszustand entnommen wird, der noch ein

1) Vgl. dazu CARL GRÜNBERG, Anton Menger. Sein Leben und sein Lebenswerk, i. Zeitschrift f. Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. XVIII (1907), 51 ff.

sicheres Urteil über jene Kräfte gestattet. Die Theorie der primitiven Staatsentstehung ist daher ein methodisches Mittel zur Auflösung des Grundproblems der Staatstheorie. Die Untersuchung primitiver Staatsbildungsvorgänge bildet daher auch für M. den Ausgangspunkt seiner Staatstheorie. So stellt er z. B. folgende Überlegungen an:

„Wenn die Griechen, Römer oder Germanen, die Vorfahren unserer heutigen Kulturvölker, über ein Land herfielen, sich der Landmark ganz oder zum Teil bemächtigten und die bisherigen Bewohner zu Sklaven oder Hörigen machten, so konnte wohl niemand den gewalttätigen Charakter der neuen Staatsordnung bezweifeln; tatsächlich war ein solcher Staat nichts anderes als eine große dauernd organisierte Räubergenossenschaft<sup>1)</sup>.“

Zwar fehlt bei M. eine nähere induktive Begründung seiner Gewalttheorie des Staates<sup>2)</sup>. Das methodisch Wichtige seines Standpunktes — die Begründung der Staatstheorie auf zweckmäßig ausgewählte Erfahrung — bleibt jedoch von dieser Unvollkommenheit unberührt. Er verfällt jedenfalls nicht in den üblichen Fehler einer den Zwecken einer Rechtstheorie dienenden Theorie des Staates, sich bei Fiktionen zu beruhigen. Die naturrechtliche Staatsvertrags-Theorie wie die organische Staatstheorie kann er daher mit vollem Recht als politische Ideologien kennzeichnen, von denen vor allem die letztere „besonders feinhlich<sup>3)</sup>“ gegen alle soziale Entwicklung gerichtet ist.

Wie wichtig diese Charakterisierung fiktiver Staatstheorien ist, zeigt schlagend der Verteidigungsversuch, den PREUSS<sup>4)</sup> für den Organizismus unternimmt.

„Also die Theorie — so argumentiert PREUSS — die Begriff und Wesen der sozialen Gesamtperson in prinzipiellem Kampf gegen die Alleinherrschaft der individualistischen Personentheorie zum Mittelpunkt des Staatsrechts macht, die selbst eigentlich als soziale und antiindividualistische der antiorganischen und individualistischen Theorie gegenübersteht, soll feindlich gegen alle soziale Entwicklung gerichtet sein.“

Diese Argumentation erschöpft sich in einem Spiel mit den Worten „individualistisch“ und „organisch“, ohne den ideologischen Kern der Lehre von der Gesamtperson auch nur zu ahnen, deren Macht, da sie selbst keine Realität hat, eben in Wahr-

1) Vgl. Volkspolitik, S. 2; ferner Neue Staatslehre, S. 41 ff.

2) Vgl. dazu FRANZ OPPENHEIMER, Der Staat. Frankfurt 1919.

3) Neue Staatslehre, S. 39.

4) Archiv für das öffentliche Recht. 1904. S. 418 ff.

heit einer bestimmten Gesellschaftsklasse zukommt: Ein Umstand, den jene Lehre zwar nicht erklärt, wohl aber verschleiert.

Die Gewalttheorie des Staates, die sich gleichermaßen von den naturrechtlichen und organozistischen Dogmen wie von den produktivistischen Überbaufunktionen<sup>1)</sup> entfernt und durch eine Analyse der Mittel zur Aufrechterhaltung von Staatsorganisationen — insbesondere der strafrechtlichen Institutionen<sup>2)</sup> — ihre Bestätigung findet, hat nun auch eine weittragende Bedeutung für die Problemstellung der Staatsrechtstheorie.

Hat man nämlich einmal den Gewaltcharakter der historisch-gegebenen Staatsorganisation erkannt, so entfällt damit die Frage nach ihrer Rechtsnatur — das Grundproblem der staatsrechtlichen Dogmatik — als Scheinproblem. An die Stelle dieses Scheinproblems aber tritt die gehaltvolle Fragestellung nach den Mitteln, deren Anwendung erforderlich ist, um einen gegebenen Staat zu einem Rechtsstaat umzugestalten. Die Bestimmung der Methoden der Machtkonzentration zum Zweck der Rechtsverwirklichung erweist sich als das Grundproblem der Staatsrechtstheorie.

Die Mittel werden uns nicht automatisch geliefert, sondern müssen planmäßig herbeigeschafft werden. Daher bildet die Auflösung des Problems der politischen Führung die Voraussetzung der Behandlung aller weiteren, taktischen Fragen. Empirisch wird übrigens die Bedeutung des politischen Führerschaftsproblems am besten durch die Tatsache illustriert, daß Staat, Kirche und Gesellschaft seit jeher die Urheber großer Umwälzungen geächtet haben, „allerdings um sie später nach eingetretenem Erfolg als Halbgötter zu verehren<sup>3)</sup>“.

Im Gegensatz zu dieser realistischen Stellungnahme, ist die Beurteilung der Frage Reform oder Revolution bei M. nicht genügend empirisch fundiert. Er entscheidet sich prinzipiell für den Weg der Reform, ohne hierfür andere Gründe als anfechtbare historische Analogien und ebenso anfechtbare Zweckmäßigkeitsgründe beibringen zu können. Die Frage Reform oder Revolution kann aber in Wahrheit nur von Fall zu Fall mit Rücksicht auf die verfolgten Ziele und die gegebenen Machtverhältnisse beantwortet werden und setzt also bis ins einzelste

1) Neue Staatslehre, S. 290 ff. — 2) Ebenda, S. 187 ff. — 3) Volkspolitik, S. 69 ff.



gehende Spezialanalysen voraus. Ihre „prinzipielle“ Beantwortung ist also überhaupt unmöglich.

Demgegenüber erweist sich der wissenschaftliche Wert der Gewalttheorie an ihrer Anwendbarkeit auf Spezialfragen der Staatsformen, deren Unterschied sich aus gewissen mit dem ursprünglichen Gewaltfaktor jeweils verbunden auftretenden Elementen erklären muß. Solche Elemente sind z. B. für die Theokratie die Priesterschaft<sup>1)</sup>, für die primitive Monarchie<sup>2)</sup> ihre Entstehung aus militärischen Erfolgen. M. richtet hier durchweg sein Augenmerk nicht auf die mehr oder weniger mißdeuteten Rechtsideen, deren Wirksamkeit für das Verständnis der Staatsformenbildung wesentlich in Betracht gezogen werden muß.

Dieser Mangel entspringt aus seinen ungenügenden rechtsphilosophischen Voraussetzungen, deren Konsequenzen sich auch wieder nachteilig bei seiner Rechtstheorie der Staatsformen geltend machen. Zwar gestatten es ihm seine vorurteilslosen Beobachtungen, wertvolle vergleichende Untersuchungen über die Tendenzen der historisch gegebenen Staatsformen<sup>3)</sup> anzustellen. Jedoch versagt diese Methodik notwendig, sobald sie zu rechtlichen Werturteilen über Staatsformen führen soll. Dem schon gekennzeichneten, allgemeinen, politischen Reformismus entspricht es, daß M. in der Demokratie bzw. in der parlamentarischen Monarchie das Ideal der Staatsform erblickt. Und zwar geht er hierbei von der ganz richtigen Überlegung aus, daß „das Mißtrauen“<sup>5)</sup> die Grundlage einer auf Realisierung des Rechtszustandes hinstrebenden Politik sein müsse. Den Gegenstand dieses berechtigten Mißtrauens bilden die Institutionen der gegebenen Gesellschaftsordnung. Erhebt man nun aber das Prinzip des Mißtrauens zu einem sozialen Organisationsprinzip schlechthin, so käme man konsequenterweise zum Anarchismus, d. h. zu der Verneinung jeder Regierung überhaupt. M. begnügt sich mit der Demokratie, als derjenigen Staatsform, die vermeintlich den weitesten Spielraum für die Betätigung der „politischen Tugend“ des Mißtrauens bietet. Übrigens ist er Realist genug, um zu wissen, „wie wenig aussichtsreich es ist, den Volksmassen eine

1) Vgl. MENER, Volkspolitik, S. 7 ff. — 2) Vgl. MENER, Neue Staatslehre, S. 245. — 3) Vgl. MENER, Volkspolitik, S. 7 ff. — 4) Ebenda, S. 6 ff.; St. S. 219 ff. — 5) Ebenda, S. 4. — 6) Ebenda, S. 77.

unausgesetzte Wachsamkeit für ihre Macht und Freiheit zu empfehlen und wie schädlich die Überschätzung des Wertes, namentlich der parlamentarischen Formen<sup>1)</sup> ist.“ Dennoch entscheidet er sich auf Grund eines vermeintlichen Rechtes „der Selbstbestimmung der Völker“<sup>2)</sup> letzten Endes für die — wenn auch auf dem Zweikammersystem beruhende<sup>3)</sup> — Demokratie. Seine verfassungspolitische Konsequenz steht in so offenkundigem Widerspruch sowohl mit seiner skeptischen Beurteilung der historisch gegebenen Demokratien, wie mit den materialen Zielen seines sozialistischen Staates, daß sie nur verständlich ist, wenn man sie eben als wenn auch inkonsequentes Ergebnis einer Anwendung jener „Selbstbestimmungsrechts“-Theorie auffaßt, die, wenn sie begründbar wäre, in der Tat alle Zweckmäßigkeitserwägungen niederschlagen müßte. — Die Lehre vom Selbstbestimmungsrecht beruht auf der naturrechtlichen Freiheitsdoktrin und fällt mit dieser in sich zusammen. Ihre Anwendung bei M. führt ebenso wie bei den Naturrechtstheoretikern zum Scheitern der Theorie des Staatsrechts<sup>4)</sup>.

Für das Verständnis der von M. in der Theorie des Staates befolgten Methode ist schließlich noch seine Theorie der zwischenstaatlichen Phänomene von Bedeutung, deren soziologisches Problem lautet: Wie ist die internationale Anarchie, wie ist insbesondere der Krieg möglich?

Während es keine erheblichen Schwierigkeiten bereitet, das friedensfeindliche Verhalten der an der internationalen Anarchie faktisch interessierten Klassen zu erklären, ist es eine einer genaueren Untersuchung bedürftige Frage, wie die Bereitschaft zur Beteiligung am Kriege bei den an dieser Anarchie faktisch nicht interessierten Klassen zustande kommen kann.

Es ist ein Beweis des tiefen Realismus M.s, daß er sich einmal überhaupt diese Frage stellt und darüber hinaus zu ihrer richtigen Beantwortung mit der Lehre von der Natur des irrefeleiteten patriotischen Interesses antwortet, ohne sich bei bloßen Fiktionen über das Wesen des Nationalismus zu beruhigen. Die entscheidende rechtspolitische Konsequenz der Theorie des Krieges in der Klassengesellschaft ist aber die, daß der Weltfriede nur

1) Ebenda, S. 48. — 2) Ebenda, S. 6. — 3) Vgl. MENDER, Neue Staatslehre, S. 232. — 4) Vgl. dazu meine zit. Untersuchung, S. 69 ff.

mit Hilfe des Einflusses der am Kriege faktisch nicht interessierten und von den nationalistischen Vorurteilen befreiten Klassen herbeigeführt werden kann. Daß das Postulat des Weltfriedens bei dieser Argumentation als selbstverständlich vorausgesetzt wird, stellt der produktiven Inkonsequenz des Empiristen M. ein klassisches günstiges Zeugnis aus.

Ms. Theorie der Wirtschaftsordnung liefert ein lehrreiches Beispiel für die gegenseitige Abhängigkeit der soziologischen und rechtspolitischen Gedanken eines Rechtstheoretikers, insofern Fehler der rechtsphilosophischen Abstraktion, konsequent verfolgt, notwendig solche der soziologischen Analyse nach sich ziehen.

Die beiden typischen rechtsphilosophischen Voraussetzungen, von denen M. in seiner Wirtschaftstheorie ausgeht, sind das Recht auf Existenz und das Recht auf den vollen Arbeitsertrag<sup>1)</sup>. Diese „ökonomischen Grundrechte“ werden nach empiristischer Methode aus dem Existenzinteresse und aus dem Interesse des Arbeiters am Arbeitsprodukt „abgeleitet“, wobei diese Ableitung von der unhaltbaren Voraussetzung ausgeht, daß es ein ursprüngliches Recht auf Interessenbefriedigung schlechthin gibt: Eine Voraussetzung, die mit der naturrechtlichen Freiheitsdoktrin im Ergebnis übereinstimmt. Diese Übereinstimmung zeigt sich auch darin, daß die vermeintlichen ökonomischen Grundrechte ebenso wie die Urrechte auf Freiheit der Naturrechtler miteinander unvereinbar sind und die Behauptung ihres Bestehens sich also selbst widerspricht<sup>2)</sup>. Das Recht auf Existenz des einen ist nämlich mit dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag des anderen unvereinbar, sobald man das Vorhandensein Arbeitsunfähiger voraussetzt. M. muß daher auch zugeben, daß kein sozialistisches Vermögensrecht, wie utopisch auch dessen Voraussetzungen sein mögen, jene beiden fundamentalen Zwecke zu gleicher Zeit vollständig zu erreichen vermag<sup>3)</sup>. Dieses Zugeständnis genügt zur Kritik jener „Grundrechte“; denn unrealisierbare, rechtsphilo-

1) Vgl. MENGER, Neue Staatslehre, S. 125, 133 ff. Ebenda, S. 1 ff.; vgl. dazu die systematische Entwicklung der Entlohnungsprinzipien bei NELSON, System der philosophischen Rechtslehre und Politik. Leipzig 1924. S. 342 ff.

2) Vgl. dazu meine obengenannte Untersuchung, S. 47, 169 ff.

3) Vgl. Recht auf d. vollen Arbeitsertrag, S. 5.

sophische Postulate können auf Realität keinen Anspruch erheben, sie sind allerdings Utopien im strengen Sinne des Wortes. — Der Charakter der wirtschaftspolitischen Prinzipien Ms. bedingt das wirtschaftssoziologische Ergebnis, daß die ökonomische Ausbeutung in der historisch gegebenen Gesellschaftsordnung auf ihrem „individualistischen“ Charakter beruht. Wenn man nämlich als Ziel der ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung die möglichste Annäherung an die behaupteten ökonomischen Grundrechte voraussetzt, so kann dieses Ziel jedenfalls nur mittelst staatlicher Organisation erreicht werden. Die individualistische Gesellschaft ist dann aber notwendig ein bloßer „Machtstaat“, während die „volkstümliche“ Gesellschaft die Form des „Arbeitsstaates“ haben muß<sup>1)</sup>.

Mit dieser wirtschaftssoziologischen Theorie verläßt M. seine für die Staatstheorie so fruchtbar angewandte Gewalttheorie und schließt sich dem Gesetz der ursprünglichen Akkumulation<sup>2)</sup> an, mit dem auch seine eigene ökonomische Theorie zusammenfällt. Sobald er jedoch — bei der Analyse der grundlegenden Institute des bürgerlichen Rechts — auf die Gewalttheorie<sup>3)</sup> zurückgreift, gewinnt er wieder den realistischen Gesichtspunkt und liefert die wertvollsten, noch kaum systematisch verwerteten Gesichtspunkte für die Bearbeitung der Rechtssoziologie.

Ein besonders charakteristisches Beispiel für seine Rechtssoziologie bildet seine Analyse der Familienrechtsordnung und aus dieser vor allem die Untersuchung über das Recht der unehelichen Kinder<sup>4)</sup>.

„Das Rechtsverhältnis der unehelichen Mütter und Kinder ist — wie er ebenso richtig als schön sagt — ein Probestein für die lebende und wirkende Sittlichkeit eines Volkes, die von moralischen Redensarten und ähnlichem äußern Gepränge wohl zu unterscheiden ist.“ Typische Institute<sup>5)</sup> des geltenden Rechtes der Unehelichen wie die Alimentation nach den Verhältnissen

1) Vgl. MENGER, Neue Staatslehre, S. 56 ff.

2) Vgl. dazu FRANZ OPPENHEIMER, Theorie der reinen und politischen Ökonomie. Jena 1923. 1. Halbb., S. 206 ff.; sowie dessen Rezension von MENGER'S Staatslehre in „Zeitschrift für Sozialwissenschaften“ 1904, S. 186 ff.

3) Vgl. MENGER, Bürgerliches Recht usw., S. 9 ff.

4) Vgl. MENGER, Das bürgerliche Recht usw., S. 39 ff.

5) Vgl. MENGER, Neue Staatslehre, S. 184 ff.

der Mutter (§ 1708 BGB), das Versagen jeder Alimentation gemäß Art. 340 c. c. und die *exceptio plurium* (§ 1717 BGB) führt er in spezialisierter Anwendung des Machtsprinzips auf die Interessen der Männer aus den besitzenden Klassen zurück, ohne allerdings bei der Analyse der sonstigen eherechtlichen Institute die von der ökonomischen Klassenlage unabhängig gegebene Machtüberlegenheit des männlichen über das weibliche Geschlecht genügend in Betracht zu ziehen. Seinen Reformvorschlägen liegt ähnlich wie bei der Stellungnahme zum Kriegsproblem auch wieder das hier zur Anwendung gelangende rechtsphilosophische Resultat der Gleichberechtigung der ehelichen mit den unehelichen Kindern als selbstverständliche Voraussetzung zugrunde.

Den Schlußstein der Rechtstheorie Ms. bildet seine Theorie der Kulturordnung, mit der er die soziologische und rechtliche Bedeutung von Religion und Wissenschaft würdigt.

Es entspricht seinem Empirismus, daß er die religiösen Institutionen der gegebenen Gesellschaftsordnung einseitig nur nach ihren klassenpolitischen Zwecken beurteilt, ohne ihre Triebkräfte auch in den unzerstörbaren religionsphilosophischen Überzeugungen des Menschen zu suchen, von deren Verbildung sie analog dem Fall des Nationalismus leben. Seiner kirchenpolitischen Ansicht fehlt daher sowohl die philosophische wie die empirische Grundlage; sein Recht auf „Dasein“<sup>1)</sup> dient ihm dazu, ein allerdings taktisch berechtigtes Toleranzprinzip einzuführen.

Die Bedeutung des Machtsprinzips für die soziologische Analyse erweist sich wieder bei der Beurteilung der Abhängigkeit von Wissenschaft und Bildungsinstitutionen<sup>2)</sup> von den jeweiligen politischen Institutionen, wie sie sich am einfachsten in der politischen Theorie nachweisen läßt. „Wenn es dem volkstümlichen Arbeitsstaat gelingt, — dies ist seiner politischen Weisheit letzter Schluß — ohne Anwendung von Gewalt die Vorherrschaft der erfahrungsmäßigen Weltansicht im Staat und Leben zu begründen, so wäre damit eines der größten, vielleicht schlechthin das größte aller Geschichtsprobleme erledigt.“

Die echt erfahrungsmäßige Weltansicht wird aber auch ihre eigenen Grenzen nicht überschreiten dürfen und somit notwendig

1) Vgl. Neue Staatslehre, S. 269.

2) Vgl. Neue Staatslehre, S. 279 ff., S. 71 ff.

ihre Voraussetzungen in den Prinzipien einer exakten Philosophie finden. So führt in der Tat die Lehre M.s in ihrer konsequenten Verfolgung auf das Programm einer „neuen“ und dieses Namens erst wahrhaft würdigen „Aufklärungsepoche“<sup>1)</sup>.

#### IV.

Versuchen wir zum Schluß die Leistung M.s zusammenfassend zu würdigen, so läßt sie sich als induktive Fortbildung der Naturrechtstheorie kennzeichnen, die die Belehrungen der kritischen Rechtstheorie nicht genügend genützt hat und daher in rechtsphilosophischer Hinsicht weit hinter ihr zurücksteht, in soziologischer Hinsicht aber noch nicht zu dem erforderlichen Grad von Exaktheit vorgedrungen ist. Wenn trotz dieser Mängel M. einen bedeutenden Fortschritt der Wissenschaft repräsentiert, so beweist dies um so eindringlicher die Fruchtbarkeit der methodischen Grundmaxime einer induktorisch betriebenen Rechtstheorie. Seine theoretischen Ergebnisse konnte M. allerdings nur deshalb gewinnen, weil er jene „herrliche Unerschrockenheit des Denkens“<sup>2)</sup> besaß, die insbesondere auf dem Gebiete der Theorie des Rechtes nur demjenigen zu eigen sein kann, dem „der Weg zu dem Kopf durch das Herz“<sup>3)</sup> geöffnet, dessen intellektueller Kraft durch die Lauterkeit seiner rechtliebenden Gesinnung erst der würdige Gegenstand ihrer Betätigung bestimmt wurde. Und so hinterläßt uns M. das Postulat, die Rechtstheorie als induktive, normative Wissenschaft im Geiste rechtliebender Menschen immer vollkommener auszubilden.

---

1) Vgl. MENGER, Gutachten über d. Vorschläge z. Errichtung einer Eidgenöss. Hochschule f. Rechts- und Staatswissenschaften. Zürich 1889. S. 5.

2) Vgl. FRANZ KLEIN, Die Zeit (Wien), 8. II. 1906.

3) SCHILLER, Über die ästhet. Erziehung des Menschengeschlechts, in einer Reihe von Briefen. VIII. Brief.

---

# Die liberalen Tendenzen in der ökonomischen Theorie des Sozialismus.

Von

**Käthe Bauer-Mengelberg** (Heidelberg).

Der Sozialismus umfaßt ein staatsphilosophisches, ein politisches und ein wirtschaftlich-organisatorisches Problem. Die Staatsphilosophie ist die Grundlage und der Ausgangspunkt der politischen und wirtschaftstheoretischen Betrachtungen, die zwar zu den verschiedensten Ergebnissen führen können, aber trotzdem als Früchte eines spezifisch zusammengesetzten Nährbodens dessen Elemente verarbeiten und nicht verleugnen können.

Die Möglichkeit staatsphilosophischer Stellungnahme überhaupt bewegt sich zwischen zwei Extremen, sie kann entweder liberalistisch oder universalistisch sein. Diese Gegensätze sind in der neueren Literatur sowohl in ihrem begrifflichen Inhalt als in ihrer Auswirkung auf die Politik so eingehend behandelt und auch bereits als Schlagworte in die Tagespolitik übergegangen, daß ich sie hier als gegeben voraussetzen muß.

Der Sozialismus hat keine originäre, notwendig mit ihm verknüpfte staatsphilosophische Einstellung, sondern ist nur ein Mittel, dieses oder jenes Ideal zur Verwirklichung zu bringen. Hier kommt es nun darauf an, herauszuarbeiten, wie stark in der uns bisher überlieferten sozialistischen, ökonomischen und politischen Theorie Elemente des Liberalismus enthalten und wirksam sind, wie stark eine liberalistische Zielvorstellung auf ihn als ein ökonomisch-politisches Mittel abgefärbt hat.

Indem wir uns auf die Theorie beschränken, schließen wir bewußt alle diejenigen Beziehungen zwischen Liberalismus und Sozialismus aus, die durch die praktische Parteipolitik entstehen können und entstanden sind, wie z. B. der gemeinsame Kampf um den Freihandel, der beim Liberalismus prinzipiell, beim Sozialismus mehr taktischer Natur war; oder die Frage:

ob eine solche aus der parlamentarischen Taktik gelegentlich sich ergebende Interessengemeinschaft zwischen Liberalen und sozialistischen Parteien eine Konzession oder eine logische Notwendigkeit ist; oder die Frage nach den Beziehungen zwischen Sozialismus und Demokratie, die allein eine Fülle von Problemen umschließt und die Ursache der sozialistischen Parteizersplitterung geworden ist.

Um über die liberalen Inhalte im Sozialismus sprechen zu können, ist es zunächst notwendig, ganz kurz in Schlagworten die charakteristischen Merkmale des Liberalismus hervorzuheben, denen wir dann in den verschiedenen sozialistischen Systemen nachspüren wollen.

Am entscheidendsten für den Liberalismus ist die Idee der Harmonie der Interessen. Sie umschließt;

1. einen typischen Hedonismus (das Ziel der Welt ist das Glück und die Individualität ihr Zweck);
2. einen Optimismus (das Ziel ist realisierbar durch Freiheit und die ökonomischen Instinkte der Menschen);
3. einen Realismus (Aufforderung, den Dingen ihren Lauf zu lassen); und damit
4. eine Negation des Staatswerts, dessen Absichten durch die selbsttätigen gesellschaftlichen Triebe besser erfüllt werden können.

Wenn MISES als Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus die Stellung zum Eigentum hervorhebt<sup>1)</sup> und scheinbar mit der Gegenüberstellung stärker die Verschiedenheit als die Verwandtschaft der beiden Erscheinungen für die wesentliche Beziehung hält, so kommt das vor allem daher, daß er nur von den Mitteln spricht und als extremer Liberalist das hedonistische Ideal in einer Weise verabsolutiert, daß es gar kein Problem mehr ist, ob und wie stark es in den einzelnen politischen Formen wirksam ist.

Wenn wir den Sozialismus mit allem Vorbehalt als den Willen zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit auf Grund der Gleichheit charakterisieren wollen, so ist damit zunächst inhaltlich wenig gesagt. Denn die beiden zur Definition bestimmten Begriffe Gleichheit

1) Vgl. LUDWIG MISES, Die Gemeinwirtschaft. Jena 1922, S. 14 ff.



und Gerechtigkeit sind in ihrem konkreten Gehalt nur subjektiv bestimmbar. Gerade die praktisch vielgestaltigen, in ihrem metaphysischen Inhalt nicht festgelegten Formen des Sozialismus machen es aber notwendig, ihn so allgemein zu kennzeichnen.

Das System der wirtschaftlichen Gerechtigkeit auf Grund der Gleichheit kann ganz liberalen Geist atmen und hat selbst in einem mit HEGELschen Ideen so stark durchgesetzten Lehrgebäude wie dem Marxismus sein individualistisches Element nicht verleugnen können.

Sozialistische Ideen und Theorien wurden historisch zum ersten Mal in großem Stil wirksam, als die individualistische Strömung der Renaissance mit ihrer Betonung des Werts und der Bedeutung des einzelnen Menschen sich in der freiheitlich-politischen Bewegung des 18. Jahrhunderts aktiv auswirkte. Dieses erwachende Bewußtsein und der Kampf um die Selbstbestimmung der Persönlichkeit fällt zusammen mit der wirtschaftlichen Revolutionierung durch den Kapitalismus, in der gerade der einzelne Arbeiter in seinem Beruf als produktiver Teil der Gesellschaft vollkommen ausgeschaltet und zum mechanischen Mittel herabgedrückt wird. Es liegt auf der Hand, daß es in einer solchen Zeit offensichtlichen Widerspruchs zwischen den geistig politischen Postulaten und der materiellen Tatsächlichkeit zu starken, gegen die damalige Handhabung der Wirtschaftspolitik gerichteten politischen Gegenströmungen kommen mußte. Alle die Lösungsversuche, die im Lauf der langen Jahrzehnte auftauchten, nennen wir sozialistisch, sofern sie den spezifischen Inhalt haben: auf Grund der Gleichheitstheorie um wirtschaftliche Gerechtigkeit zu kämpfen. Ein Kennzeichen verschiedener sozialistischer Sozialphilosophen ist dies: daß sie deshalb in der Opposition gegen die Entwicklung stehen, weil sie den Liberalismus noch nicht für voll verwirklicht halten, so daß alle ihre Argumentationen darauf hinzielen, darzulegen, daß bei vollkommener Freiheit auch die bekämpften Mißstände verschwinden würden. Der Kampf gilt immer nur den Schranken, die sich der vollen Auswirkung der Persönlichkeit entgegenstellen und wird vor allem getragen von einem unerschütterlichen Glauben an eine natürlich-glückliche Ordnung, wenn diese Schranken beseitigt sind.

Wie wenig selbstverständlich diese Auffassung für den Sozialismus ganz allgemein ist, wird sofort anschaulich, wenn wir uns demgegenüber etwa die Planwirtschaft oder die sowjetistische Organisation der Volkswirtschaft mit ihrem ausgesprochenen Mißtrauen in die Selbstregulierung der Wirtschaft und mit ihrem Pessimismus in bezug auf die Güte der natürlichen Gesetze vorstellen.

Am anschaulichsten kommt diese liberale Ideologie in den sozialistischen Systemen zum Ausdruck, sofern sie sich in der rein ökonomischen Sphäre bewegen. Hier wird vor allem um eine veränderte Produktionspolitik gekämpft, und zwar handelt es sich stets um den Versuch, das Kapital als Produktionsfaktor jedem zugänglich zu machen, damit er sich seiner Leistungsfähigkeit entsprechend betätigen und durchsetzen kann. Dieses Bestreben kommt schon bei SAINT-SIMON und PROUDHON zum Ausdruck, die im allgemeinen ja noch als Vorläufer des theoretischen, wissenschaftlichen Sozialismus zu gelten haben.

SAINT-SIMON's letztes Ziel, das er noch auf dem Sterbebette seinen Freunden als Glaubensbekenntnis wiederholte: „Allen Menschen die freieste Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen“<sup>1)</sup>, gibt ein deutliches Bild von seiner Auffassung der sozialen Aufgabe. Auf ihn scheint am treffendsten die Analyse zu passen, die LORENZ STEIN<sup>2)</sup> von den Ursachen und Motiven der sozialistischen Bewegung gibt. Der Widerspruch, den die kapitalistische Wirtschaft in sich birgt, scheint dadurch bedingt, daß die „Freiheit“ der Wirtschaft notwendig eine neue Abhängigkeit einer Klasse von einer andern mit sich bringt und daß die Unterschiede in der Möglichkeit der Persönlichkeitsausbildung (liberales Ideal!) nicht von dem Wert des einzelnen Menschen allein abhängig sind, sondern durch traditionelle Momente und Macht bestimmt werden. Die Erblichkeit der Klassenlage steht der tatsächlichen Auswirkung der Gleichberechtigung überall entgegen, und die auf das notwendige Existenzminimum beschränkte Lohnhöhe macht es den Arbeitern unmöglich, selbst Kapital zu erwerben, das ihnen zur „Konkurrenz“ mit den Unternehmern erst die Wege

1) Vgl. LORENZ STEIN, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich (München 1921) II, 178.

2) Ebenda, insbes. I, 72—130; II, 20.

öffnete. SAINT-SIMON<sup>1)</sup> geht noch nicht so weit, eine Aufhebung des Eigentums und Erbrechts, welche allein das technische Mittel zur Lösung dieses Widerspruchs sein kann, zu fordern. Diesen logischen Schluß ziehen erst seine Schüler<sup>2)</sup>. Er kämpft vor allem gegen die ständische Ideologie und glaubt sie durch den „Industrialismus“ überwinden zu können, durch eine Interessensolidarität aller Arbeitenden gegen alle Nichtarbeitenden. Sein soziales Ideal zielt nicht auf Nivellierung materieller Unterschiede, sondern er sieht den Kern der Gleichheit in der im Persönlichkeitswert begründeten Differenzierung. Er macht sich somit die entscheidenden liberalen Argumentationen zu eigen. Trotzdem ist er in seiner Apotheose der Arbeit als Sozialist zu kennzeichnen, wenn er auch das methodisch-technische, im eigentlichen Sinn sozialistische Mittel zur Lösung seines Problems nicht fand.

Konsequenter in den Vorschlägen „zur Besserung der physischen, moralischen und intellektuellen Lage der zahlreichsten und ärmsten Klasse“ ist der sowohl rechtsphilosophisch als ökonomisch große liberale Sozialist PROUDHON. Die Literatur über ihn ist sehr spärlich. Außer einer in ihrem Auszug veröffentlichten Berliner Dissertation von LUDWIG OPPENHEIMER<sup>3)</sup> — dem Sohn des andern extremen Sozialliberalen FRANZ OPPENHEIMER — ist kaum Zusammenfassendes, aus einem wirklich tiefen Studium Quellendes über ihn gesagt. Man hat PROUDHON, um ihm innerhalb der sozialistischen Theorie eine charakteristische Stellung zu geben, häufig als „Anarchisten“ bezeichnet. Aber das richtige Verständnis dieser Terminologie erfordert die Hinzufügung seiner eigenen Erläuterung des Begriffs: Herrschaft der unpersönlichen, methodisch dargelegten und anerkannten Vernunft<sup>4)</sup>. Darin liegt der wesentliche Inhalt seines Liberalismus: die Forderung, daß der Staat sich vor der Rechtsidee rechtfertigen muß, und ein

1) Catéchisme des industriels, 1822/23, 4 Hefte. Vue sur la propriété et législation 1818.

2) Exposition de la doctrine de St. Simon 1830, s. a. Lorenz Stein a. a. O. II S. 179 ff.

3) Vgl. LUDWIG OPPENHEIMER, Die Einheit des Proudhonschen Systems. (Berliner Dissertation) 1923.

4) „Qu'est-ce que la Propriété? ou recherches sur le principe du droit et du gouvernement“ S. 301 ff. Paris 1840.

Glaube: daß irgendwo eine naturgegebene Ordnung, ein „ordre naturel“ existiere, die es nur gilt in Funktion treten zu lassen, und zwar durch Abbau von Hemmungen, durch Befreiung der „kollektiven Kräfte“<sup>1)</sup> für die Gesamtheit, welche dann aus der gefährlichen Konkurrenz eine segensreiche macht.

An rein ökonomischen Maßnahmen ist vor allem charakteristisch für die liberale Tendenz in PROUDHONS System die Forderung nach Verbilligung des Kredits<sup>2)</sup>. Dahinter steckt nämlich der Gedanke, daß die Beseitigung der monopolähnlichen Stellung der Kapitalbesitzer durch eine einmalige Maßnahme zu erreichen sei, daß sie keiner dauernden Unterdrückung, sondern nur einer Auflösung bedürfe, deren Möglichkeit mit Mitteln der Konkurrenz selbst gegeben sei. Ein Gedanke, der von HILDEBRAND merkwürdigerweise als dem hoch entwickelten Kapitalismus, der Kreditwirtschaft, inhärent behauptet wird<sup>3)</sup>.

Die liberalen System-Elemente der beiden Sozialisten der französich-revolutionären Epoche werden uns teilweise erklärlich aus der politischen Situation im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Frankreich; denn aus der Interessensolidarität der Liberalisten mit den Arbeitermassen gegen den Feudalismus mußte eine ideologische Einheit entstehen. Darüber hinaus aber ist die überlegene Herrschaft des liberalen Gedankens die entscheidende geistige Quelle des liberalen Sozialismus. Denn der Liberalismus mußte über das erreichte Ziel logisch notwendig hinausstreben, sowie nicht Alle, sondern nur eine Gruppe neuer Reicher davon profitierte, und mußte zu den Mitteln sozialistischer Wirtschaftspolitik greifen, ohne sich bewußt zu werden, daß er sich selber dabei überschlug. Die liberalen Inhalte des französischen Sozialismus sind also weniger rein ökonomisch als vor allen Dingen aus der gesellschaftlichen Lebenssphäre zu verstehen, weniger das Ergebnis einer theoretischen Aufgabe als der Niederschlag sozialer Kräfte. Daß auch die Mittel liberale sind, ist zunächst nur sekundär. SAINT-SIMON sagt gar nichts über sie aus

1) l. c. S. 223, ferner Contradictions économiques 242 ff. n. passim.

2) Organisation du crédit et de la circulation et solution du problème social. Paris 1847.

3) Vgl. BRUNO HILDEBRAND, „Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft“ in Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik II, 21 f.

und bei PROUDHON ist die Tauschbank nicht das Wesentliche, sondern mehr eine Reaktion auf die Forderungen seiner Zeit nach tatsächlichen Vorschlägen.

Ganz anders liegen die Zusammenhänge bei FRANZ OPPENHEIMER, der auf dem marxistisch-wissenschaftlichen abstrakt-theoretischen Sozialismus aufbaut<sup>1)</sup>. Sein System ist bereits vom Bewußtsein der einseitigen Auffassung des Sozialismus getragen und stellt sich in offene Opposition zu der Richtung des konservativ-zentralistischen Sozialismus, die naturgemäß ihm und Anhängern seiner Richtung gerade in dem Land des Militarismus, der Disziplin und des preußischen Beamtengeistes als eine nah liegende Gefahr erscheinen muß. Sein liberal-eudämonistisches Ziel kommt nur in gelegentlichen Bemerkungen zum Ausdruck. So wenn er von „mittelständischen Existenzen“<sup>2)</sup> spricht, die sich nach Anwendung seiner ökonomischen Lösung allgemein für alle durchsetzen würden; oder von der „Anteilswirtschaft“<sup>3)</sup>, die an die durchaus liberale Forderung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, auf das wir noch zurückkommen werden, erinnert. Auch OPPENHEIMERS Motivation der „Sozialisierung“, wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, die er den zu Enteignenden vorlegt, läuft auf einen Appell an ihre materiellen Interessen hinaus, und seine Behauptung der Durchführbarkeit seines Systems ist getragen von dem Glauben, daß kein Mensch sich einer Veränderung in der Produktionsmethode entzieht, wenn dadurch sein Ertrag oder wie OPPENHEIMER sich ausdrückt: sein „Anteil an dem Kuchen“<sup>4)</sup> größer wird. Alle diese liberalen Zielinhalte sind jedoch gerade umgekehrt wie bei den französischen Sozialisten mehr abgeleiteter Bedeutung. Sie sind Ideologie. Der liberale Gehalt von OPPENHEIMERS Sozialismus kommt in der ökonomischen Sphäre zum Ausdruck. Daher ist es auch bei ihm in stärkerem Maße unsere Aufgabe, seine Lehre kritisch zu behandeln. Während der weltanschauliche Liberalismus auf der letztlich unwider-

1) Vgl. insbes. FRANZ OPPENHEIMER, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Jena 1919. Die soziale Frage und der Sozialismus, Jena 1919. Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus, Berl.-Leipz. 1919.

2) Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus S. 207.

3) l. c. S. 197.

4) l. c. S. 209.

legbaren Überzeugung des Einzelnen basiert, setzt sich seine ökonomische Form, weil sie eine Auswirkung in der materiellen Sphäre mit sich bringt, einer objektiven Kritik aus.

OPPENHEIMER glaubt erst dann freie Konkurrenz durchgeführt, wenn das Bodenmonopol gebrochen ist. In diesem sieht er die einzige Quelle des Mehrwerts und des arbeitlosen Einkommens. Sein Wille, diese zu beseitigen, macht ihn zum Sozialisten. Sein Mittel, die Aufhebung der Bodensperre durch Zerschlagung des Großgrundbesitzes und Siedelung zum Liberalisten. Hinter diesem Mittel steht wiederum die Methaphysik einer prästabilierten Harmonie, der Glaube, daß von der Türe zum irdischen Paradies nur der Riegel weggeschoben werden muß, um Allen Eintritt zu ermöglichen. Kein Staat ist nötig als Wächter gegen egoistische Machterweiterung Einzelner; das Bewegungsgesetz zum Wohl Aller ist der wahrhaft „freien Wirtschaft“ immanent.

Es mag paradox klingen, daß OPPENHEIMER einleitend behauptet: gerade die freie Konkurrenz sei nicht kapitalistisch<sup>1)</sup> und gerade der Kapitalismus beruhe darauf, daß es noch keine freie Konkurrenz gebe. Zweifellos hat er aber dann Recht, wenn er dem natürlichen Bodenmonopol die alleinige Schuld zuschieben kann. Es scheint mir jedoch nicht beweisbar, daß mit dem Bodenmonopol auch alle außerökonomischen Einflüsse der Macht und Organisation gebrochen werden und diese nur eine Kreuzung und Störung der immanenten Entwicklung sind; daß auch politische Mächte durch Lösung der Monopole zu entthronen seien und daß die Herrschaft der reinen Ökonomie das Ziel der Geschichte ist. OPPENHEIMER dringt mit der Kraft seiner Intuition nicht durch. Er sieht nicht, daß auch die Möglichkeit der Schaffung künstlicher Monopole besteht, die eine Frucht und Folge der Herrschaft des liberalen Gedankens sind. Es ist eine Utopie, daß dieses Machtstreben durch Herrschaft der natürlichen Gesetze, wenn auch nicht als psychologisches Phänomen, so doch in seinen praktisch ausbeutenden Objektivationen, gebrochen werden kann. Es genügt ein Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte, um festzustellen, daß die Bildung rechtlicher Monopole ein Ergebnis der natürlichen wirtschaftlichen Triebe der Menschen sind, deren Bil-

1) A. a. O. S. 180, 214 und passim.

nung nie aufhören wird, wenn nicht ein seiner Natur nach gleichartiges Mittel – Macht – sich dem entgegenstellt. Diese Aufgabe, Kräfte zu bannen, die über die Grenzen des zum Gemeinwohl Zulässigen hinausstreben, kann natürlich nur der Staat erfüllen. Damit ist der liberale Sozialismus, der den Staatswert negiert, als ökonomisches Mittel zur klassenlosen Gesellschaft gerichtet durch Widersprüche innerhalb der Ökonomie.

Auch der Gildensozialismus wie aller produktionsgenossenschaftlich-syndikalistische Sozialismus, der ja theoretisch überhaupt nicht genug durchgearbeitet ist, um als System im eigentlichen Sinn angesprochen zu werden, birgt durch seinen Liberalismus – die mangelnde Möglichkeit eines staatlichen Eingriffs als unparteiische Instanz – die Gefahr in sich: daß an Stelle der Interessendivergenz zwischen den verschiedenen sozialen Schichten, wie wir sie jetzt haben (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), eine solche der verschiedenen Berufsgruppen tritt.

Neben diesem vorwiegend in der Sphäre der Produktion wirksamen Liberalismus finden wir in der sozialistischen und besonders in der vormarxistischen Literatur zahlreiche eingestreute Bemerkungen, welche die Prinzipien der Verteilung nach ganz individualistischen Gesichtspunkten ausgebaut wissen wollen.

Es handelt sich dabei um alle die Sozialisten, die in ihrer Wirtschaftsreform von dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag ausgehen. Abgesehen davon, daß es sich dabei um eine falsche theoretische Einstellung handelt, die nur auf Grund der objektiven Wertlehre überhaupt einen Sinn hat, kommt in der Forderung absoluter Aufteilung des Produktwerts auf diejenigen, die an deren Erzeugung mitgearbeitet haben, sehr anschaulich liberalistisches Wollen zum Ausdruck. Dieser Anspruch an das Sozialprodukt befriedigt nämlich nur noch die Einzelinteressen und ist von dem egoistischen Willen des Fürsichsorgens der Werterzeuger getragen. Nicht das gleichberechtigte Interesse aller Arbeitenden ist maßgebend für die Verteilung des geschaffenen Sozialprodukts, sondern jeder beansprucht den ihm spezifisch zuzurechnenden Teil. Er will damit auch jede besonders günstige Konjunktur, die der Zufall ihm gibt, für sich ausnutzen.

Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Betrieben besteht also fort. Sie hat nur eine relativ breitere Basis bekommen als in einer Wirtschaftsorganisation, in der das Kapital allein bezugsberechtigt ist. In privatwirtschaftlicher Terminologie ausgedrückt: die Gewinne verteilen sich jetzt auf alle Werksangehörigen, wir haben einen Arbeiterkapitalismus, der Unternehmer und Kapitalist ist zu einer vielköpfigen Menge geworden. Daß dadurch die Mißstände des kapitalistischen Systems nur in dem Sinn rein quantitativ besserer Befriedigung materieller Interessen, also in einem ausgesprochen individualistischen Sinn, behoben werden, bedarf wohl keiner ausführlichen Darlegung.

Auch diese Form des liberalen Sozialismus kann im Rahmen wirtschaftlicher Argumentation widerlegt werden ohne Übergriffe in das weltanschauliche Gebiet. Sofern es sich nämlich nicht nur um Verteilung der auch heute zur Ausschüttung bestimmten Gewinne handelt (also um die heute oft propagierte Gewinnbeteiligung, die man ja kaum mehr als Sozialismus ansprechen kann), sondern um die auf einer spezifischen Werttheorie begründeten Aneignung des Arbeitswerts, muß die Wirtschaft ihre Dynamik verlieren und in eine Stagnation geraten, die jede Weiterentwicklung unmöglich macht. Es gibt keine Akkumulation mehr; zum mindesten nicht über die Grenze der notwendigen Reproduktion des Anlage- und Betriebskapitals hinaus. Damit würde – nun nur die Konsequenzen rein wirtschaftlicher Natur zu ziehen, von den geschichtsphilosophischen ganz zu schweigen – bei der nun einmal bestehenden und in ihrer Notwendigkeit hier nicht zu diskutierenden Tendenz zur Bevölkerungsvermehrung eine Massenverarmung die Folge sein, eine Konsequenz, die gerade dem liberalen Gedanken widerstreben muß.

Daß diese syndikalistischen Strömungen innerhalb des parteipolitischen Sozialismus auch heute trotz der relativ guten ökonomischen Schulung breiter Schichten so stark hervortreten, hat seinen Grund zum Teil in der marxistischen Klassentheorie. Diese hat mit ihrer Lehre von dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, je mehr die Aussicht auf eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsorganisation abnahm und je stärker das Gefühl eines doch letztlich utopischen Zieles wurde, gewissermaßen reaktiv einen ganz ausgesprochenen Klassenegoismus



bei der Arbeiterklasse erzeugt. Das antiindividualistische Moment im Klassenbegriff, das dieser sozialen Gruppe als Trägerin revolutionären Geistes eine so ungeheure Stoßkraft gab und in dem Einzelindividuum die große Hingabe zu erzeugen vermochte, ist fast ganz zurückgetreten vor dem interessenpolitischen Charakter, den ein so rein wirtschaftliches Gebilde unbedingt haben mußte. Überhaupt bleibt es fraglich, ob eine politische Theorie wie die MARXsche Klassenkampftheorie, die so stark mit egoistischen Trieben spekuliert<sup>1)</sup>, nicht auch — abgesehen von der gegenwärtigen, die materiellen Interessen so stark begünstigenden Situation — grundsätzlich daran scheitern muß, daß sie die Dynamik der Entwicklung auf seelischen Faktoren aufbaut, von denen sie erwartet, daß sie im Moment, wo das revolutionäre Ziel erreicht ist, außer Kraft gesetzt werden. Denn im Sozialismus birgt ja jeder Kampf um individuelle Interessen die Gefahr in sich, so sich auszuwachsen, daß er dem allgemeinen Wohl widerspricht und die ruhige Ausgeglichenheit des Gleichgewichts stört. Die materialistische Entwicklungstheorie gibt aber keinen zureichenden Grund dafür an, wodurch eine wesentliche Veränderung der Handlungsmotive eintreten soll. Wir erkennen also sogar hier im wissenschaftlichen Sozialismus ein vorherrschend utopisches Element, das seine Vertreter der natürlichen Erkenntnis unzugänglich macht: daß die klassenbewußte Einstellung in einer klassenlosen Gesellschaft einer irgendwie anders gerichteten interessenpolitischen Einstellung Platz machen muß, so daß der Klassenkampf etwa von dem verschiedener Produktionsgruppen oder ähnlicher solidarischer Gebilde abgelöst würde. Denn die egoistischen Instinkte, die bewußt in die Kampfarena gerufen sind, werden nicht durch Ursachen, die außerhalb seelischer Prozesse liegen, besiegt werden können. So besteht z. B. die Gefahr bei einer derartigen Arbeit mit interessenpolitischer Einstellung, daß auf die Anwendung des Streiks als Mittel zur Zieldurchsetzung nicht verzichtet wird und somit die sozialistische

1) Selbst wenn der reine Individualismus zu einem Gruppenegoismus umbogen ist, der nach innen Solidarismus bedeutet, ist doch die Motivation, die die Arbeiterschaft zum Eintritt in die Partei bewegen soll, und die Kampffargumentation nach außen interessenpolitisch so gefärbt, daß man von Spekulation auf egoistische Triebe sprechen kann.

Wirtschaft in ihrem Ablauf außerordentlich gefährdet ist, wenn nicht der liberale Geist zu Gunsten eines solidarischen zurücktritt. Eine Ablösung der Herrschaft des Kapitals durch eine Herrschaft der Arbeit kann es bei Vorwiegen liberalistischer Geistesverfassung mit sich bringen, daß die Arbeit sich entweder als irgendwie spezifizierte Arbeit (z. B. die gelernten Arbeiter gegenüber den ungelerten) oder als Arbeit überhaupt gegenüber Arbeitsunfähigen oder gegenüber den Interessen der kommenden Generation, die Kapitalerparnisse gebraucht, um weiter zu kommen, zu einer Ausnutzung ihrer durch die Organisation vorbereiteten Monopolstellung hinreißen läßt. Hier sehen wir wieder deutlich den Beweis für die gegen OPPENHEIMER angeführte These, daß künstliche Monopole (im Sinn OPPENHEIMERS) mit der Tendenz zur Ausbeutung eine praktische Konsequenz der Herrschaft des Liberalismus sind und nicht, wie OPPENHEIMER meint, durch ihn beseitigt werden.

Liberales Geistesvermögen weist die Theorie des Klassenkampfes auch als politisches Organisationsprinzip auf, insofern als sie darauf basiert, daß die soziale Schichtung der Menschheit in verschiedenen Klassen seelisch und tatsächlich stärkere Einheiten herauszubilden imstande ist als die nationale. Die Anschauung aller politischen Verhältnisse unter der Perspektive des Ökonomischen ist ganz ausgesprochen ein Vermächtnis des Liberalismus. Denn er geht von der Isolierung des Individuums aus der naturgegebenen organischen Gebundenheit und einer Atomisierung der gesellschaftlichen Zusammenhänge aus. Diese Minderbewertung des Nationalen hat sich der materialistische Sozialismus besonders für seine Theorie der Weltpolitik zu eigen gemacht und die vertikale Gliederung der Menschheit in nationale Einheiten gegenüber der horizontalen in Klassen in ihrer Bedeutung unterschätzt. Die weltbewegenden Elemente schienen ihm „Krisen“ und „Revolution“ zu sein, beide als rein ökonomische, auf internationaler Ebene sich fortpflanzende Ereignisse, in welchen der Staat nur sekundäre Bedeutung hat. Die Revolution wird geschaut als Weltrevolution unter Zusammenschluß der Proletarier aller Länder gegen die Expropriateure aller Länder, wobei der Kampf einen Bruch auf der ganzen Linie gleichmäßig durch alle Nationen hindurch bewirken soll.

Und in konsequenter Weiterführung dieses Gedankens erscheint der Sozialismus als staatlose Weltorganisation<sup>1)</sup>.

Die Ideologie des Völkerbundes ist der lebendigste Ausdruck für die Beziehung des Sozialismus zu dem durchaus liberalen Prinzip des „ewigen Friedens“. Es ist daher auch charakteristisch, daß die Stellung des Sozialismus zum Problem des Kriegs durchaus nicht eindeutig ist und immer da, wo die liberalen Ideologien zurücktreten, die Frage nach der Berechtigung des Kriegs als eines Mittels nicht prinzipiell behandelt wird und bei starker Überzeugung von der Berechtigung des Kampfpreises bejaht wird.

Gerade die mögliche verschiedene Stellungnahme des Sozialismus zu diesem Problem, die heute so lebendig in der Geschichte in Erscheinung tritt, wo auf der einen Seite der Bolschewismus den Krieg mit starker Skrupellosigkeit gebraucht, auf der andern Seite die westeuropäischen Sozialisten um eine dauernde Stabilisierung des Weltfriedens kämpfen, zeigt uns, daß der Sozialismus keine inhaltlich festgelegte Politik und Wirtschaft treibt.

Wir haben daher, wenn wir von liberalen Tendenzen der ökonomischen Theorie des Sozialismus gesprochen haben, nicht die typischen Formen, geschweige denn eine erschöpfende Darstellung der staatsphilosophischen Inhalte des Sozialismus geben können und wollen, sondern eine bewußt sich auf eine Seite seiner Möglichkeiten beschränkende Darstellung des Sozialismus. Demgegenüber steht der im Rahmen des sozialistischen Wirkungsfeldes mindestens gleich starke Gegenpol des universalistischen Sozialismus, der seinen programmatischen Ausdruck gefunden hat in der starken Betonung des Vergemeinschaftet- und ethischen Gebundenseins der Menschen untereinander, in dem Willen zu einer alle liberalen Triebe beherrschenden Staatsautorität, in der Betonung der arbeitsteiligen Gliederung der Gesellschaft zu einem organischen Ganzen, welches die Bildung einer aristokratischen Schicht nicht ausschließt, in dem Kampf um eine kommunistische Verteilung der Güter, die das Einkommen

---

1) Staat hier nicht im Sinne eines inneren Organisationsprinzips, sondern vielmehr in der auch wesentlichen Bedeutung: abstrakter Träger von Macht zu sein.

nicht als Gegenleistung der Arbeit, sondern als Unterhalt zu produktiver Arbeit auffaßt, und damit die zweckhafte, liberale Einstellung zur Arbeit bekämpft.

Alle diese dem Liberalismus durchaus heterogenen Elemente können auch im Sozialismus enthalten sein. Er erscheint uns als politisches Ziel nur formal bestimmt und mit den verschiedensten Inhalten erfüllbar. Es ist daher mit der Charakterisierung einer Epoche, eines Volks- oder eines Gruppengliedes als „sozialistisch“ noch sehr wenig gesagt. Wenn wir in den Geist einer Zeit eindringen wollen, ist es notwendig, die hinter diesem Willen zum Sozialismus als einem politischen Mittel stehenden geistig-seelischen Triebkräfte aufzudecken und zu untersuchen, ob sie wesentlich universalistische oder liberale sind.

---

# Joseph Mazzini und die Anfänge der schweizerischen Arbeiterbewegung.

Von

Hans Müller (Jena).

Die an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert einsetzende industrielle Revolution in der Schweiz war schon mehr als 30 Jahre im Gange, als die ersten, urwüchsig aus dem Schoß der schweizerischen Arbeiterklasse hervorgegangenen proletarischen Vereinigungen sich bildeten, und auch diese fristeten meist nur ein kurzlebiges Dasein.

Während in England bereits Ende der 60er Jahre des 18. Jahrhunderts, in Frankreich während der großen Revolution die Entstehung primitiver Arbeitervereine festgestellt werden kann, finden sich in der Schweiz die ersten Ansätze und Spuren von solchen nicht vor den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts. Allerdings muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sich schon früher derartige Vereinigungen spontan gebildet haben, denn nirgends weniger als in solchen Dingen darf nach dem Prinzip: Quod non est in actis, non est in mundo, verfahren werden. Zieht man jedoch die Bildungsstufe des Proletariats in der damaligen Zeit in Betracht, die infolge des schlechten Zustandes der Volksschulen noch außerordentlich tief war, und erwägt man, wie sehr die Arbeiterklasse in der Schweiz noch der Homogenität und des Bewußtseins ihrer Interessen ermangelte, so erscheint es nicht gerade wahrscheinlich, daß der Beginn der ersten Periode ihrer Bewegung früher angesetzt werden darf, als etwa um das Jahr 1835.

Die erste Form, in der sich in der Schweiz Lohnarbeiter zusammenschlossen, war — ebenso wie in anderen Ländern — die von Hilfskassen.

Wie KINKELIN<sup>1)</sup> berichtet, bestanden 1880 noch im Kanton

---

1) Vgl. HERMANN KINKELIN, Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz 1880. Zürich 1888.

Zürich mehrere solcher, von Arbeitern gebildeten Gesellschaften, deren Gründung in die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts fällt. So z. B. die Krankenunterstützungskasse der Maurer und Steinhauer des Bezirks Horgen (1838), der Krankenverein der Modellstecher im Kanton Zürich (1833), die Kranken- und Unterstützungskasse der Arbeiter von Escher, Wyss & Cie. (1838). 1833 wurde in Luzern eine Allgemeine Arbeiterkrankenkasse gegründet und 1838 eine in Altdorf (Uri). Auch in den Kantonen Schwyz, Glarus, Zug, Appenzell a. Rh., St. Gallen, Thurgau, Waadt (Lausanne 1832, Morges 1830, Vevey 1839) und Genf finden wir verschiedene in jener Zeit gebildete Hilfsvereine.

Inwieweit wir es hierbei mit Vereinigungen zu tun haben, die der eigenen Initiative der Arbeiter entsprangen, und inwieweit dabei gemeinnützige Männer aus dem Bürgerstande und wohlwollende Fabrikherrn mitwirkten, läßt sich natürlich heute nicht mehr feststellen. Nur soviel ist sicher, daß die Arbeiter bei Gründung ihrer Hilfsvereine sich an Vorbilder anlehnen konnten und tatsächlich anlehnten, die schon früher, teilweise bereits im 18. Jahrhundert, von Angehörigen bürgerlicher Kreise: Pfarrern, Lehrern, Beamten usw., geschaffen worden waren. In einzelnen wenigen Fällen erfolgte auch wohl eine Anknüpfung an ähnliche Institute, die schon vor Jahrhunderten von Zunftgesellen ins Leben gerufen worden waren und sich bis in die neueste Zeit erhalten hatten, wie z. B. die Krankenladen der Küfer- und Schlossergesellen in Basel, die aus den Jahren 1554, resp. 1516 stammen. Bezeichnenderweise sind es die im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter, die oftmals mit der Organisation vorangehen, was auf den höheren Entwicklungsgrad ihrer Intelligenz zurückzuführen ist.

Wenn nun auch in den Hilfskassen unmittelbar eine auf Veränderung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter hinzielende höhere Zwecksetzung nicht erfolgt, so bereiten sie doch die Arbeiter auf eine selbständige soziale Betätigung insofern vor, als sie sie für die Gründung und Leitung von Vereinen schulen, sie überhaupt einander näher bringen und dadurch zum Ausgangspunkt anders gearteter Assoziationen werden. Die Hilfskassen geben den Anstoß und die Möglichkeit zur Schaffung von Gewerkschaften und

Genossenschaften und bereiten den Boden vor, auf dem letztere sich entwickeln. Zu ihrer Entstehung kommt es aber erst in den 40er Jahren, also etwa ein Jahrzehnt später, als sich im Proletariat die Wirkungen der Fortschritte im Schulwesen infolge der demokratischen Umwälzung in den Kantonen während der 30er Jahre bemerkbar machen.

Damit aber die gesteigerten geistigen Fähigkeiten des Proletariats in neuen Organisationsbildungen zum Ausdruck kommen können, muß die Vorstellung von solchen in den Köpfen lebendig werden, müssen sich die Gedanken von der Möglichkeit den Zwecken und der Nützlichkeit von Bildungsvereinen, Gewerkschaften und Genossenschaften verbreiten. Diese Ideen sind nun keineswegs, wie so oft und gerne behauptet wird, „fremde Gewächse“, d. h. aus dem Auslande eingeschleppt, sondern zu einem erheblichen Teil auf dem Boden der Schweiz selbst entsprossen. Man braucht nur die sog. Revolutionsschriften des Zürichers JOH. PESTALOZZI zu lesen, des Baslers JSAAK ISELIN Anschauungen kennen lernen und sich mit den sozialen Reformideen, die der Berner EMANUEL VON FELLEBERG seinem Hofwyler Erziehungsstaat zu Grunde legte, bekannt zu machen, um sich zu überzeugen, daß sich hier schon viele Anschauungen finden, die später in der Arbeiterbewegung als treibende Kräfte wirkten. Dagegen scheint es allerdings zuzutreffen, daß die sozialen Reformideen der genannten Männer und des Kreises um sie zunächst nicht direkt in das Proletariat eindringen, sondern daß dessen Geist durch die Ideologien befruchtet wurde, die mit den Flüchtlingen aus Frankreich, Deutschland und Italien, die in den 20er und 30er Jahren in der Schweiz ein Asyl suchten und fanden, ins Land kamen. Hiermit hängt es zusammen, daß die Anfänge der schweizerischen Arbeiterbewegung aufs innigste mit den Schicksalen dieser Flüchtlinge verknüpft sind.

Die erste Welle neuer sozialer Ideen, d. h. solcher, die im Widerspruch mit den übernommenen der bürgerlichen Gesellschaft standen, hat sich von Frankreich her über die Schweiz ergossen. Paris spielte in den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts tatsächlich die Rolle des Gehirns der Welt. Hier vollzog sich zuerst und jedenfalls am lebhaftesten der gedankliche Fortschritt von der politischen zur sozialen Demokratie. Eine ganze Reihe

von Schulen blühte hier, wie die von SAINT-SIMON, FOURIER, CABET und BUCHEZ. Da sie während der bourbonischen Restauration sich nicht an die Öffentlichkeit wagen durften, so nahmen sie oftmals die Gestalt von Geheimbünden an. Erhielt aber die eifrig nach Verschwörern suchende Polizei von ihnen Wind, so brachten sich die Verfolgten über die Grenze nach der Schweiz in Sicherheit.

Einer der ersten dieser revolutionär-sozialistischen Verschwörer, die in die Schweiz kamen, ist wohl MICHEL BUONARROTI, ein gebürtiger Italiener, gewesen, der sich schon an dem mißlungenen Versuch GRACCHUS BABEUFs, die Direktorialregierung zu stürzen und in Frankreich den Kommunismus einzuführen, beteiligt hatte. Er hat sich längere Zeit im Waadtland aufgehalten, und es wird seinem Einfluß zugeschrieben, daß sich hier eine Anzahl von Männern aus den oberen Klassen, die wie DRUEY und DÉLARAGAZ später in der Schweizer Politik eine hervorragende Rolle gespielt haben, sozialistisch-kommunistischen Ideen begeistert zuwandten.

Leider ist der Einfluß, den BUONARROTI und andere französische Sozialrevolutionäre und Sozialisten auf verschiedene Kreise der Westschweiz ausgeübt haben, sowie das, was sich daraus entwickelt hat, noch niemals näher untersucht worden, so daß wir darüber hier nichts näheres zu berichten vermögen. So viel steht jedoch fest, daß das Waadtland — namentlich die Orte Lausanne, Vevey und Morges — in den 30er Jahren schon ein wichtiger Herd sozialistischer Ideen gewesen ist, die hier zur Bildung von Propagandagesellschaften Veranlassung gaben. Von der Waadt aus scheinen dann die sozialistischen Anschauungen nach Genf übergegriffen zu haben, das infolgedessen von Ende der 30er Jahre an zu einem Hauptzentrum der Arbeiterbewegung der Schweiz und darüber hinaus emporwuchs. Von der Mutter des Genfer Staatsmannes JAMES FAZY ist bekannt, daß sie sich außerordentlich für SAINT-SIMONistische Ideale begeistert und für sie in ihrem Salon Anhänger geworben hat. Fraglos wurde die Verbreitung sozialer und sozialistischer Ideen in der Westschweiz auch durch die Literatur gefördert, die aus Paris hierher ihren Weg fand. Vor allem scheinen es Schriften von BUCHEZ, CABET und DE LA MENNAIS, eines der ersten Vorkämpfer eines christlich gefärbten Sozialismus gewesen zu sein, die in die Westschweiz



gelangten und in einer Zahl von Köpfen, die wir uns aber nicht groß vorzustellen haben, zündeten und nachwirkten. Zu diesen gehört u. a. auch der Theologe und Literaturhistoriker ALEXANDRE VINET, der sich damals mit dem Problem des Sozialismus auseinander zu setzen versuchte<sup>1)</sup>.

Daß es schon zu jener Zeit zur Bildung von sozialistisch gefärbten Arbeiterbildungsvereinen gekommen sei, muß als möglich betrachtet werden, doch fehlen uns alle positiven Nachrichten hierüber.

Von größerer praktischer Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung wurde der Einfluß, der von den in den 20er und 30er Jahren nach der Schweiz gekommenen deutschen Flüchtlingen auf kleine Kreise, namentlich der deutschen Arbeiter, ausgeübt wurde, und zwar obwohl sie weniger als die französischen von einem sozial-demokratischen, als einem politisch-republikanischen Ideal erfüllt waren. Einige von ihnen waren schon in den 20er Jahren in die Schweiz gekommen, wie die beiden Brüder LUDWIG und WILHELM SNELL. Sie nahmen meist an den bald nachher in fast allen Kantonen durchgeführten Verfassungsbewegungen lebhaften Anteil. Die große Mehrzahl rückte aber erst im nächsten Jahrzehnt ein, nachdem die Versuche der radikal-liberalen Partei, in Deutschland eine politische Umwälzung herbeizuführen, gescheitert waren, hierunter SIEBENPFEIFFER, JULIUS FRÖBEL, FOLLEN, FEIN, RAUSCHENPLATT, KARL MATHY, JOH. PH. BECKER, ERNST SCHÜLER und noch manche andere, von denen einige später in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung eine z. T. sehr einflußreiche Rolle spielen sollten. Die das Wollen aller dieser Männer beherrschende Idee war, in der Schweiz Kräfte zu sammeln und heranzubilden, mit denen

1) Als Mitarbeiter der von EDM. SCHÉNER seit 1845 herausgegebenen Zeitschrift *La Réformation au XIX<sup>e</sup> Siècle*, in der er seine Abhandlung „Le Socialisme considéré dans son principe“ veröffentlichte. Im *Nouvelliste Vandois* (1830—1833), von CH. MOUNARD redigiert, wurden ebenfalls Saint-Simonistische Ideen vertreten. Eine ausgesprochene sozialistische Tendenz hatte die in Vevey von MICHOD seit 1841 herausgegebene *Patrie, Gazette populaire suisse*. Viel mit sozialen Fragen beschäftigten sich ferner *L'Utilitaire*, *Journal de philosophie sociale* (1829/30), von ANTOINE CHERBULIEZ herausgegeben, und *Journal de la société de la morale chrétienne* (1830 ff.).

in Deutschland die Republik auf revolutionärem Wege erreicht werden sollte. In dieser Absicht versuchten einzelne von ihnen, die vielen in der Schweiz sich aufhaltenden jungen deutschen Handwerksgesellen für ihre Absichten und Ideale zu gewinnen. Sie stießen damit auf fruchtbaren Boden, weil der Betätigungsdrang der Arbeiter nach einem größeren Ziel verlangte. So entstanden denn in schneller Folge seit 1833 in verschiedenen Schweizerstädten deutsche Arbeiterlese- und Bildungsvereine. Den ersten rief ERNST SCHÜLER, ein ehemaliger Lehrer, in Biel ins Leben. Es dauerte aber nicht lange, bis in diese Vereine der deutschen Handwerksburschen auch sozialistische Ideen eindrangen. 1834 wurde nämlich von deutschen Flüchtlingen, die in Frankreich ein Asyl gesucht hatten, ebenfalls meist Akademiker, Literaten, Privatdozenten und Studenten, in Paris ein republikanischer Geheimbund mit sozialistischen Tendenzen gegründet, der Bund der Geächteten. Verschiedene Mitglieder desselben hatten mit der sozialistischen Literatur Bekanntschaft gemacht, waren wohl auch unter den persönlichen Einfluß der Leiter der französischen sozialistischen Geheimbünde gekommen und dadurch für kommunistische Ideen gewonnen worden. Da dieser Pariser Geheimbund mit den deutschen Flüchtlingen in der Schweiz rege Beziehungen unterhielt, so konnte es nicht ausbleiben, daß nun auch hier Interesse und Begeisterung für das Ideal einer sozialen Republik geweckt wurde. Schon 1835 gaben die Studenten ERHARDT und KRATZ in Zürich eine sozialistisch gefärbte Zeitschrift, das Nordlicht heraus, in der, wie GRIMM berichtet<sup>1)</sup>, schon die Gründung von unabhängigen sozialpolitischen Arbeitervereinen angeregt wurde. Da jedoch das Nordlicht bald zu leuchten aufhörte, blieben die deutschen Handwerksgesellen vorläufig noch im Schlepptau der bürgerlich-republikanischen Ideen der Flüchtlinge.

Die dritte ausländische Ideenströmung, die in der ersten Hälfte der 30er Jahre in der geistigen Atmosphäre der Schweiz sich bemerkbar machte und zweifellos die größten Rückwirkungen auf die Entwicklung der schweizerischen Arbeiterbewegung ausübte, kam aus Italien und knüpft sich an den Namen GIUSEPPE

---

1) Vgl. ROB. GRIMM, Geschichte der Berner Arbeiterbewegung. Bern 1913.

MAZZINI. Ihr ist merkwürdigerweise bisher in der Literatur die geringste Aufmerksamkeit geschenkt worden, und es dürfte selbst vielen Kennern der Geschichte der Arbeiterbewegung unbekannt sein, daß MAZZINI einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der Entstehung der proletarischen Bewegung in der Schweiz hat. Aus diesem Grunde und wegen der bis heute im Schweizer Grütliverein nachwirkenden Ideen, deren Träger MAZZINI war, ist es wohl angezeigt, sich mit diesem ungewöhnlichen Manne und seinem Wirken in der Schweiz etwas näher zu beschäftigen.

MAZZINI wurde 1805 in Genua geboren. Sein Vater, ein mäßig begüterter Mann, starb früh. Schon in den Jugendjahren verriet der Sohn ein für die edelsten Regungen außerordentlich empfängliches Gemüt. Es wird erzählt, daß er, als er als Vierjähriger mit der Mutter durch die Straßen Genuas einen Spaziergang machte, auf der Steintreppe einer Kirche einen alten Bettler sitzen sah. Einen Augenblick blieb er wie angewurzelt stehen, dann lief er von der Mutter fort und auf den Bettler zu, umschlang diesen mit beiden Armen, küßte sein Gesicht und rief: „Mutter, gib ihm etwas“. Seine spätere Jugend stand unter den Eindrücken der grausamen Verfolgung der italienischen Patrioten durch die damaligen österreichischen Gewalthaber. Sie rissen ihn, als er Student der Rechte geworden, in den aktiven Kampf gegen die Fremdherrschaft und veranlaßten ihn zum Eintritt in den politischen Geheimbund der Carbonaria, der sich die Befreiung des Vaterlands zum Ziel gesetzt hatte. Den Behörden verdächtig geworden, ließ sich der damals 26jährige in eine ihm von einem Spitzel gestellte Falle locken, wurde wegen Hochverrat verhaftet und auf die Festung Savona gebracht. Hier, im engen Gefängnis, von dem aus er nichts erblicken konnte als das Meer und den Himmel und in dem er monatelang ohne Beschäftigung in peiniger Ungewißheit über sein Schicksal schwebte, hatte er ein visionär-religiöses Erlebnis, das seine ganze künftige Laufbahn bestimmte. Er glaubte sich berufen, den Gedanken der Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes zu verwirklichen und zwar durch Stiftung eines Bundes unter dem Namen La Giovane Italia, das junge Italien. Dieser Gedanke packte seine Seele mit Urgewalt, um ihn nicht wieder los zu lassen. MAZZINI entwickelte ihn noch während seiner Haft

zu einem umfassenden Programm. Das junge Italien sollte nicht nur das Heimatland zu einem Freistaat machen, sondern auch für alle übrigen von Fürstenmacht geknechteten Völker ein Vorbild werden. Italien — die Initiatrix eines neuen Lebens in Europa —, Rom — als Hauptstadt eines republikanischen Italiens — sollte zum dritten Male in der Geschichte der Mittelpunkt der Kultur werden und allen Völkern sowohl ein neues politisch-soziales Ideal, als auch eine neue gereinigte Religion schenken.

Mit derartig grandiosen Ideen kehrte MAZZINI von Savona in die Welt zurück, nachdem er wegen Mangel an Schuldbeweisen entlassen worden war. Da er keine Möglichkeit hatte, seinen Plan in Genua zu verwirklichen, begab er sich nach Marseille, wo er 1832 den Bund „La Giovane Italia“ tatsächlich mit hier wohnenden Landsleuten gründete. Der erste Artikel seiner Satzungen lautete:

„Das junge Italien ist die Verbrüderung der Italiener, welche an ein Gesetz des Fortschritts und der Pflicht glauben und die Überzeugung haben, daß die Italiener berufen sind, eine Nation zu sein . . . Sie weihen, vereinigt in einer Verbindung, Gedanken und Tat der großen Absicht, Italien als eine Nation von freien und gleichen Bürgern, als ein einziges, unabhängiges und souveränes Volk wiederherzustellen.“

Als die gegebenen Mittel zur Erreichung dieses Ziels betrachtete MAZZINI Aufstände und Putsche, wie sie auch die Carbonaria, mit deren Tendenzen er im übrigen gebrochen hatte, veranstaltet hatte. Diese Idee erscheint uns heute sicherlich und mit Recht als ebenso verfehlt wie aussichtslos; in jener Zeit aber war sie das jedoch keineswegs. Damals gelang es tatsächlich einer relativ kleinen Zahl von Verschwörern, sich durch einen kühnen Handstreich in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen. Man erinnere sich, daß GARIBALDI noch erheblich später mit 1000 Mann das Heer und die Dynastie des Königreichs Neapel über den Haufen werfen konnte.

Um seiner Gesellschaft auch in Italien eine größere Verbreitung zu geben, rief MAZZINI eine Zeitschrift *La Giovane Italia* ins Leben, in der er seine Ideen in begeisternder Sprache weiter entwickelte. Bald aber sah er sich auch in Marseille Verfolgungen ausgesetzt. So floh er denn in die Schweiz, zunächst nach Genf, wo er sich während des Jahres 1833 eine Zeit lang

aufhielt. Hier faßte er den Gedanken einer Erhebung in Savoyen und zu diesem Zweck aus den damals zahlreich in der Schweiz lebenden polnischen und deutschen Flüchtlingen eine Legion zu bilden, mit ihr in Savoyen einzufallen und es zu insurgieren. Der Zug, der unter dem Befehl des polnischen Generals RAMORINO stand, mißglückte aber, und MAZZINI sah ein, daß er, vorläufig wenigstens, auf andere Weise seinem Ziel näher zu kommen versuchen müsse. Nachdem er bei den deutschen und polnischen Flüchtlingen mit Erfolg den Gedanken angeregt hatte, nach dem Muster des Jungen Italien ein Junges Deutschland und ein Junges Polen zu stiften, schritt er im April 1834 in Bern dazu, diese drei Geheimbünde zum Bund des jungen Europa zu vereinigen. Letzterer sollte der Ausgangspunkt für die soziale und politische Erneuerung Europas und zugleich in seiner Verfassung das Vorbild der Organisation werden, die MAZZINI einzuführen gedachte.

„Freiheit, Gleichheit, Humanität“ lautete seine Devise. In der Gründungsakte hieß es:

„Wir unterzeichnete Männer des Fortschritts und der Freiheit glauben an die Gleichheit und Solidarität der Menschen und Völker und an die hohe Bestimmung der Menschheit, ohne Unterbrechung vorwärts zu schreiten zu einer freien und harmonischen Entwicklung . . . , und haben uns einmütig verbrüdet im Interesse des gesamten Europas.“

Hiernach werden in 8 Artikeln die Grundsätze niedergelegt, nach denen die drei nationalen Verbände, sowie andere, die sich allfällig noch später anschließen würden, ihre Beziehungen zueinander ordnen sollten. Es war darin auch u. a. eine Prinzipien-erklärung vorgesehen, „welche das allgemeine Moralgesetz in seiner Anwendung auf die menschliche Gesellschaft begründen“ und für jede der angeschlossenen Verbindungen maßgebend sein sollte. Die Leitung des Jungen Europa wurde in die Hände von Bevollmächtigten der Comités gelegt, die die nationalen Organisationen vertraten.

Wohl in der gleichen Zusammenkunft, in der das Junge Europa in Bern entstand, wurde beschlossen, im Namen der Jungen Italien, Deutschland und Polen „an die Patrioten der Schweiz“ einen Aufruf zu erlassen, in dem sie gebeten wurden, dem Bunde beizutreten.

In diesem Manifest wurde zunächst an den älteren Geheimbünden in Frankreich und Italien, der Pariser *Monde* oder *Haute vente universelle* und der *Carbonaria*, scharfe Kritik geübt und erklärt, daß ihre Verfassungen und ihr an Mittelalter und Pfaffenherrschaft erinnernder Formelkram das bisherige Scheitern der Unternehmungen zur Emanzipation der Völker verschuldet hätten. Von dem französischen Geheimbund speziell wurde gesagt, daß er mit seinem Zentralisationssystem eine republikanische Theokratie erstrebe, der zufolge die Länder Europas Départements und Paris die Hauptstadt sein solle. Durch den Beschluß, daß auch die Flamme der Revolution nur von Paris ausgehen dürfe, habe man mehrmals die Revolution Europas verhindert, als sie schon auf dem Punkte war, auszubringen. Für das Scheitern des Frankfurter Putsches von 1833 und des Lyoner Weberaufstandes 1831 wurde *LE MONDE* verantwortlich gemacht. Solcher Kritik folgte die Entwicklung der eigenen Prinzipien des neuen Bundes. In Bezug auf sie heißt es:

„Es ist das junge Europa der Völker, das an die Stelle des alten Europas der Könige treten wird. Es ist dies der Kampf der jungen Freiheit gegen die alte Sklaverei, der Kampf der jungen Gleichheit gegen die alten Privilegien, der Sieg der neuen Ideen über den alten Glauben. Es ist überall derselbe Kampf, ein einheitlicher, aber vielseitiger Streit, der durch das Streben der jungen Generationen gegen die alte genährt wird in Religion, Philosophie, Politik, Ökonomie, ja sogar in der Literatur, denn alle sind Elemente des Staatsbürgers. Die Vereinigung der freien Männer muß also den Kern des jungen Europa bilden . . . Es wird eine republikanische Verbindung aller Völker sein, die nach dem Prinzip der Nationaleinheit konstituiert ist, die durch dieselben Hoffnungen, durch denselben religiösen, politischen und moralischen Glauben, durch dieselben Prinzipien, durch dasselbe öffentliche Recht innigst untereinander verbunden, jedoch unabhängig voneinander in bezug auf ihre inneren Angelegenheiten, ihre Lokalbedürfnisse und die eigentliche Entwicklung ihrer psychischen und geistigen Fähigkeit sein werden. Alles, was sich auf die allgemeinen Interessen und Fortschritte bezieht, gehört in den Wirkungskreis der europäischen Völkerversammlung, auf der alle Völker gleich vertreten sein werden, alles, was dagegen sich auf die nationalen Angelegenheiten bezieht, fällt in den Wirkungskreis der Nationalkongresse“.

Hierauf wendet sich das Manifest an die Patrioten der Schweiz mit den Worten:

„Fügt euren Stein zu dem künftigen Gebäude, gründet mit uns den Kern des jungen Europas, einer freien und fortschreitenden Verbindung der

Republikaner aller Völker . . . Eine junge Schweiz erstehe . . . Eine junge Schweiz, sagen wir. Denn jung ist mehr als ein Wort, es umfaßt einen großen Gedanken, es ist ein Programm; es bezeichnet alles, was wir bisher aufgestellt haben. — Ihr wollt die alte Quelle der Zwietracht und des aristokratischen Egoismus, der bei euch wie bei uns dem Fortschritt Hindernisse in den Weg gelegt hat, verstopfen. Ihr wollt die Einheit eures Vaterlandes erstreben, und eine junge Schweiz gründen, die stark und frei aus der Untätigkeit und Schwäche, in welche die alte Politik sie vergraben hat, zu der ihr vom Schicksal bestimmten Höhe und Größe der Macht sich erheben und ihren Platz auf dem zukünftigen europäischen Kongreß einnehmen soll.“

Zum Schluß hieß es in bezug auf die zu gründende Junge Schweiz, daß sie ebenso wie die bereits bestehenden Verbindungen ein Staat im Staate sein solle, der diesen, wenn er in der Revolution untergegangen sei, zu ersetzen habe; die Gesellschaft müsse sich daher in ihren Einrichtungen der zukünftigen Organisation nähern und einen kraftvollen Volkskern bilden, der sich allmählich zu vergrößern, alle gesellschaftlichen Elemente in sich aufzunehmen und damit zu enden habe, selbst der Staat zu sein.

Wenn die Ausführungen dieses Manifestes nun auch bei weitem kein vollständiges Bild der Ansichten von MAZZINI geben, wie er sie eingehend zuerst in seiner 1835 in Biel erschienenen geistvollen Flugschrift *Foi et avenir* entwickelt hat, so lassen sie doch hinreichend erkennen, worauf er hinstrebte.

Tatsächlich fand sich nun auch eine größere Anzahl von Schweizer Patrioten, namentlich im Kanton Bern, unter diesen der Forstmeister KASTHOFER, dessen Schwager, der Pädagoge Dr. NIEDERER, der Arzt und spätere Berner Regierungsrat Dr. SCHNEIDER, ferner eine Reihe radikaler Waadtländer wie DRUEY und DÉLAGARAZ, sowie Aargauer, wie SIEGFRIED und SUTERMEISTER, die der Anregung MAZZINIS zu folgen bereit waren und am 26. Juli 1835 in Villeneuve wirklich eine Junge Schweiz ins Leben riefen.

Deren gleichzeitig geschaffene Statuten beginnen ebenfalls mit einer längeren allgemeinen Prinzipienklärung, die in den Hauptsätzen folgendermaßen lautete:

„Im Namen Gottes und der Humanität, des Vaterlandes und souveränen Volkes. Wir Männer aus allen Kantonen hier als Brüder versammelt, geleitet von demselben Glauben, übereinstimmender Überzeugung und einem gemeinsamen Zwecke, nämlich dem Wohle aller, dem Rechten aller, der

Ehre, Unabhängigkeit und dem Fortschritte des gemeiusamen Vaterlandes, um für die besten Mittel zu sorgen, diesen Zweck zu erreichen und unseren Glauben zu verbreiten . . . . überzeugt, daß das einzige zweckmäßige Mittel, um dies Ziel zu erreichen, in einer eidgenössischen Reform zu finden ist, in einem nationalen Vertrag, dem Ausdruck des schweizerischen nationalen Gedankens . . . . überzeugt, daß der einzige gesetzliche Weg dazu in einem vom Schweizervolk ernannten Verfassungsrat besteht . . . ., endlich überzeugt, daß das beste Mittel, um schnell und friedlich hierzu zu gelangen, darin besteht, die nationale Meinung zu erproben. . . . Stark durch die Überzeugung und die Reinheit unserer Absichten, erklären wir hier feierlich unsere Zustimmung zu den ausgesprochenen Grundsätzen, konstituieren uns als Kern einer „Jungen Schweiz“ . . . . und lassen an alle, die unserem Glauben beistimmen, den Anruf ergehen . . . . sich mit uns um die nämliche Fahne zu sammeln.“

An diese Erklärung, die die Schaffung eines freien eidgenössischen Bundesstaates in den Mittelpunkt der Bestrebungen der Jungen Schweiz schiebt, schlossen sich 23 Artikel, die einmal die Gesichtspunkte, nach denen die Bundesreform angestrebt werden sollte, näher erläuterten, zum anderen den Aufbau der Organisation, die sich in Orts- und Kantonalsektionen gliedern sollte, betrafen.

Der uns hier am meisten interessierende Artikel ist der fünfte. Er lautet:

„Die eidgenössische Reform, welche die Verbindung herbeizuführen und zu befördern strebt, wird die Kantone und ihre Institutionen achten, indem sie dieselben übrigens der nationalen Existenz unterordnet und einer Zentralorganisation, welche stark genug ist, um den allgemeinen Interessen der Schweiz das Übergewicht zu verschaffen. Die neue eidgenössische Verfassung muß den Wahlspruch ins Leben führen: Einer für Alle, Alle für Einen. Sie muß die Schweizerbürger unter sich verbinden; auf demokratischen Grundlagen, der verhältnismäßigen Vertretung, der Trennung der Gewalten, der Emanzipation von jeder fremden Herrschaft, auf der Befreiung des Bodens von allen Feudallasten beruhen; die Freiheit, die Gleichheit, die Humanität sicherstellen; die religiöse Freiheit, die Freiheit des Wortes und des Unterrichts, die Freiheit der Presse, die Freiheit der Vereinigung, die persönliche Freiheit, die Freiheit des Handels und der Gewerbe, sie muß die freie Niederlassung jedem Eidgenossen, das Asylrecht allen Geächteten verbürgen; die Einheit von Maß und Gewicht und des Münzsystems herstellen; einen oberen eidgenössischen Gerichtshof einsetzen usw.

Hier ist, wie man sieht, das Programm für eine radikale demokratische Verfassungsreform des Bundes entwickelt, wie sie damals den einer fortschrittlichen Entwicklung der Eidgenossenschaft zugetanen Patrioten vorschwebte. Die Junge Schweiz be-



gnügte sich aber nicht damit, dieses Programm aufzustellen, sondern begann nun auch eine energische Propaganda zu seiner Verwirklichung. Es ging ein großer, kühner Zug durch das Wirken der Männer, die sich damals um das Banner der Jungen Schweiz geschart hatten. Zur Verbreitung ihrer Ideen ließen sie in Biel eine jeden Mittwoch und Samstag herauskommende Zeitung erscheinen, deren sämtliche Artikel in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht wurden. Das Blatt führte den Doppeltitel: *La jeune Suisse*, *Die Junge Schweiz*, und hatte ein großes Format, wie etwa die Frankfurter Zeitung. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete ein Franzose, ein gewisser GRANIER. Doch scheint er nach dem, was wir von ihm wissen, mehr Strohmännchen als eine wirklich leitende Kraft gewesen zu sein. Die Hauptarbeit am Blatte leistete ein deutscher Flüchtling, der 1833 aus Karlsruhe gekommene tüchtige Publizist KARL MATHY, der 1868 als badischer Ministerpräsident starb und dem GUSTAV FREYTAG ein biographisches Denkmal gesetzt hat. Verantwortlicher Herausgeber war der Berner Arzt Dr. J. SCHNEIDER. Ein Kreis hervorragender Männer, an ihrer Spitze MAZZINI, die Brüder RUFFINI, MELEGARI, der spätere italienische Minister und Gesandte, ferner die Brüder LUDWIG und WILHELM SNELL, der Waadtländer DRUEY, der spätere Bundesrat, u. a. lieferten die Leitartikel.

Nicht sobald wieder ist in der Schweiz eine Zeitung erschienen, die auf so hohem geistigen Niveau stand, deren Aufsätze fast ausnahmslos wahre Kabinettsstücke an Reichtum und Tiefe der Gedanken und Glanz des Stils waren, so daß sie noch heute, nach 90 Jahren, mit Genuß gelesen werden können. Alle Fragen des öffentlichen Lebens, das Staats- und Verfassungsrecht, die Moral- und Rechtsphilosophie, die Volkswirtschaft und der Sozialismus, der Kultur und Religion, wurden darin mit hinreißendem Schwunge behandelt. Ihrer Verbreitung widmeten sich die Sektionen der Jungen Schweiz und des Jungen Deutschland, die an etwa zwanzig Orten bestanden; ferner der Geheimbund der französischen Republikaner, mit denen das Comité des Jungen Europa im April 1835 im Gefängnis St. Pélagie zu Lausanne ein Kartell eingegangen war.

Ferner gab die Junge Schweiz noch eine zweite Zeitschrift heraus: die Volksbibliothek, deren Redakteur und Haupt-

mitarbeiter ebenfalls KARL MATHY war und die es hauptsächlich auf die Verbreitung gemeinnütziger, staatsbürgerlicher und volkswirtschaftlicher Kenntnisse ohne bestimmte politische Färbung abgesehen hatte. Eine italienische Ausgabe besorgte MAZZINI.

Unzweifelhaft wurde durch die Agitation, die das Junge Europa und das Organ „Die Junge Schweiz“ entfaltete, mancher Gedankensame ausgestreut, der später in der Arbeiterbewegung aufgegangen ist, wenn auch natürlich die Hauptwirkung derselben auf die bürgerlichen Kreise, namentlich auf ihre Intellektuellen beschränkt blieb.

Die Mitglieder des Jungen Italien und Deutschland suchten von der Schweiz aus auch auf ihre Heimatländer einzuwirken. Sie ließen Flugschriften und Aufrufe drucken, die mit der Jungen Schweiz dann über die Grenze geschmuggelt wurden. Diese Propaganda konnte den monarchistischen Regierungen der Nachbarländer nicht verborgen bleiben und sie verfehlten denn auch nicht, durch ihre Gesandten bei der schweizerischen Bundesbehörde vorstellig zu werden und wegen der Beunruhigung, die ihnen dadurch verursacht wurde, Beschwerde zu führen.

Schon als MAZZINI 1833 seinen Savoyerzug, teilweise mit indirekter Unterstützung einzelner Kantonsregierungen in Szene gesetzt hatte, waren Rekrimationen gekommen. Aber damals fühlte sich der Radikalismus, der zu jener Zeit in den meisten regenerierten Kantonen am Ruder war, noch stark genug, um den Einfluß der fremden Mächte auf die Haltung der kantonalen Behörden gegenüber den Flüchtlingen zurückzuweisen. Allmählich aber änderte sich die politische Situation. Der Radikalismus der Regierenden begann zu verblassen. Er fühlte, daß das Volk nicht mehr so fest hinter ihm stand, als zu Beginn seiner Herrschaft. Da er auf die Reform des Staates und seiner Verwaltung beschränkt blieb und nicht auch die wirtschaftlichen Verhältnisse verbesserte, so wandten sich weite Kreise gerade der arbeitenden Volksklassen, die Kleinbauern und Hausindustriellen, enttäuscht von ihm ab und zeigten sich wieder konservativer Beeinflussung zugänglich. Gestützt auf diesen Umschwung in der Volksstimmung traten die Konservativen allmählich wieder energischer auf und griffen die radikalen Führer wegen ihrer Verbindung mit den fremden Revolutionären und deren Be-

schützung an, die der Schweiz nur Verlegenheiten und Schwierigkeiten bereiteten. Als die auswärtigen Diplomaten das erfuhren, verstärkten sie ihren Druck, in der Hoffnung, daß mit ihrer Hilfe sich allmählich die Schweiz zum aristokratischen Regiment werde zurückführen lassen und es möglich sein werde, die republikanische Propaganda, die von der Schweiz aus bei ihnen sich bemerkbar machte, zu ersticken.

Den Anlaß zu solchen Einmischungen gab, abgesehen von kleinen Vorfällen, die Ermordung des als Polizeispion entlarvten Studenten LESSING in Zürich, angeblich durch Mitglieder des Jungen Deutschland, namentlich aber die „Steinhölzliaffäre“.

Der in Bern bestehende Leseverein der deutschen Arbeiter hatte beschlossen, am 27. Juli 1834 in der Gartenwirtschaft des „Steinhölzli“ ein Sommerfest zu veranstalten. Es sollte keinem anderen Zwecke dienen, als die Mitglieder auf einige Stunden in freudig gestimmter Geselligkeit zu vereinen und dabei wohl auch ihre Begeisterung für das Ideal eines freien, republikanischen Deutschlands zu nähren. Allerdings hatte bei der Beratung des Festprogramms der damals in Bern weilende Student LESSING allerlei tolle Vorschläge gemacht, die, wenn ausgeführt, auf eine zwar immer noch harmlose, aber ungebührliche und beleidigende Demonstration gegenüber den deutschen Bundesfürsten hinausgelaufen wären. Der Vorstand des Vereins ging aber mit Stillschweigen darüber hinweg, wohl schon vermutend, daß man es bei dem LESSING mit einem Spitzel zu tun habe. Das Fest der deutschen Arbeiter im „Steinhölzli“ verlief denn auch, wie durch den Bericht des Bernischen Regierungsstatthalters festgestellt ist, unter Wahrung der Ordnung und des Anstandes. Die 100 bis 150 Handwerksgelesen sangen Vaterlands- und Freiheitslieder und waren nach Landsmannschaften gruppiert. Eine jede hatte eine Fahne des betr. Staates auf ihren Tisch gestellt. Im Verlaufe des Festes wurde dann eine große schwarz-rot-goldene Fahne, das Symbol des einigen republikanischen Deutschlands entfaltet, worauf man zum Zeichen, daß sich alle nur noch als Bürger eines einigen Deutschlands fühlten, die papiernen Landesfähnlein von den Tischen forträumte. Dieser harmlose Vorgang wurde nun maßlos aufgebauscht, sehr wahrscheinlich in der Absicht, den auswärtigen Regierungen, namentlich der deutsch-

österreichischen, einen Vorwand zu Beschwerden gegenüber der Schweiz zu verschaffen, worauf ja auch der Versuch des Spions LESSING hindeutete.

Über dies Steinhölzlifest erschienen in der amtlichen und halbamtlichen Presse Deutschlands die phantastischsten Berichte. Man habe revolutionäre, zum Fürstenmord anreizende Lieder gesungen, die deutschen Landesfahnen auf den Boden geworfen und mit Füßen getreten, blutrünstige Reden gehalten u. dergl. mehr. Im Anschluß daran wurden die Zustände in der Schweiz in den schwärzesten Farben geschildert. Schon früher hatte sich die Karlsruher Zeitung einmal schreiben lassen: „Völlerei, Unzucht, Raub, Mord und Brand nehmen in der Schweiz mit einer furchtbaren Schnelligkeit überhand . . . Die Schweiz gleicht einem Schiffe mit trunkenen Matrosen bemannt, aber ohne Steuermann.“ Es wurde in den Kreisen der süddeutschen Staatsmänner darüber gejamert, daß die Verführung der Handwerksburschen viel tiefer in die Grundlagen der sozialen Zustände eingreife, als das Treiben des Auswurfs der gelehrten Stände, der Flüchtlinge. Als die radikale Berner Regierung trotz dieser Hetze keine Anstalten machte, die Flüchtlinge und die am Steinhölzlifest beteiligten Handwerksgesellen auszuweisen, wurde eine große diplomatische Aktion gegen sie eröffnet. Der deutsche Bundeskanzler METTERNICH war empört über das, wie er sagte, „traurige Benehmen“ Berns, „das der Schlupfwinkel für alles geworden sei, was die Schweiz an Elementen der Anarchie“ enthalte. Die österreichische Regierung forderte alle im Kanton Bern befindlichen Handwerksgesellen auf, ihn innerhalb 8 Tagen zu verlassen und verbot ihren Untertanen nach dorthin zu wandern. Bald schlossen sich auch andere deutsche Staaten dieser Maßregel an. Man nannte das, „den moralischen Gesundheitskordon um die Schweiz ziehen“. Zugleich wurde der österreichische Gesandte BOMBELLES bei der Berner Regierung in aller Form vorstellig, verlangte Rechenschaft über die Steinhölzliaffäre und Garantien der Bewahrung deutscher Untertanen vor ähnlichen Verführungen in der Zukunft. Als die Berner Regierung fest blieb, brach Österreich die diplomatischen Beziehungen zu ihr ab. Im Dezember 1834 kam diese Affäre vor den Großen Rat des Kantons Bern. Hier war es der schon erwähnte, der Jungen Schweiz angehörende

Forstmeister KASTHOFER, der über die Intervention der Diplomaten die volle Schale seines vernichtenden Spottes ausgoß.

Besonders kritisch wurde die Lage der Berner Regierung dadurch, daß mit dem 1. Januar 1835 an sie die Vorortsvertretung der Tagsatzung übergegangen war, ferner daß nun auch die übrigen Mächte eine sehr unfreundliche Haltung einnahmen und besonders Frankreich, auf das man sich stützen zu können geglaubt hatte, den Notersturm mitmachte. Diesem vereinigten Druck glaubte die Berner Regierung, an deren Spitze die Gebrüder SCHNELL aus Burgdorf standen, Rechnung tragen zu müssen, zumal ihr Regiment in wachsendem Maße Tadel erfuhr und es auch an mißbilligenden Stimmungen in anderen Kantonen nicht fehlte. Sie gab in einer Note zu, daß sie „den Auftritt im Steinhölzli weder rechtfertigen noch billigen“ wolle, und erklärte ferner, daß künftig keine Vereine zu politischen Zwecken und überhaupt keine Versuche, die Ruhe der Nachbarstaaten zu stören, geduldet werden würden.

In der Tat wurde nun auch bald der Kurs der Regierung ein anderer. Sie wies eine größere Anzahl von Flüchtlingen aus, die zu Beschwerden Veranlassung gegeben hatten, begann die radikale Presse im Kanton zu drangsaliieren und ließ sich schließlich auch dazu herbei, eine Untersuchung gegen die Umtriebe des Jungen Europa zu veranstalten, namentlich nachdem die Ermordung LESSINGS in Zürich erfolgt war, die veranlaßt zu haben, Mitglieder des Jungen Deutschland in Verdacht standen. Mit der Durchführung dieser Untersuchung wurde der Regierungstatthalter ROSCHI beauftragt, ein Mann, der sich mit größerem polizeilichem Diensteifer als hervorragender Intelligenz an seine Aufgabe machte, eine große Anzahl von Verhaftungen, Verhöre und Haussuchungen vornehmen ließ, darüber einen gewaltigen Stoß Akten zusammenschrieb und schließlich als deren Quintessenz der Regierung einen Bericht vorlegte, der dann von dieser veröffentlicht wurde.

Dieser Bericht, der durchaus keine staatsgefährlichen oder gar verbrecherischen „Umtriebe“ aufdeckte, gab nun erst das Signal zu einer sinnlosen Flüchtlingshetze, der sich im Verein mit der Berner Regierung noch die mehrerer anderer Kantone hingaben. So lächerlich sie uns heute in Anbetracht der Beschränktheit des

Geistes, mit der sie betrieben wurde, erscheinen mag, so läßt sie doch kein ungetrübtes humoristisches Empfinden aufkommen, da sie mit einer Reihe häßlicher Roheitsakte befleckt erscheint, wie z. B. der Vertreibung der Brüder SNELL.

MAZZINI hatte sich schon mit einigen vertrauten Freunden im Grenchener Bad im Kanton Solothurn in Sicherheit gebracht, bevor die Flüchtlingshetze begann und gegen ihn die Verbannung aus der Schweiz dekretiert worden war. So gut es ging, hielt er von seinem Versteck aus die Verbindung mit seinen Genossen vom Jungen Europa aufrecht. Bald aber war doch nichts mehr von der Organisation übrig. Selbst die Junge Schweiz und ihr Organ wurden Gegenstand der Verfolgungen und schließlich unterdrückt.

MAZZINI wandte sich 1837, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, verhaftet und seinen Todfeinden ausgeliefert zu werden, nach London, wo er seine Wirksamkeit im gleichen Geiste und mit womöglich noch größerem Eifer und absoluter Hingabe an seine Sache fortsetzte. Wurde er hier auch bald wieder der Mittelpunkt politischer Unternehmungen und Verschwörungen, die auf die Befreiung seines Vaterlandes gerichtet waren, so rissen doch wohl die Fäden, die ihn mit der Schweiz verbanden, bald völlig ab, und was er hier noch wirkte, ging unmittelbar aus dem Geiste der Männer hervor, die ihm in den Jahren von 1833—37 nahegestanden hatten und den ungewöhnlich starken Einfluß seines ebenso kühnen, wie tiefen und umfassenden Geistes verspürt hatten.

In der Schweiz hinterließ MAZZINI eine große Anzahl von Freunden, die ihn und seine Ideen nicht mehr vergaßen und letztere, nachdem die Junge Schweiz sich aufgelöst hatte, in neuer Gestalt wieder aufleben ließen.

Fassen wir unsere Ausführungen über die geschilderte Zeitperiode zusammen, so kommen wir zu folgenden Resultaten:

1. Die Bewegung der Arbeiter selbst ist noch außerordentlich schwach, umfaßt nur erst sehr kleine Gruppen von Proletariern, und die einzige Form, in der sie sich äußert, sind nach bürgerlichem Vorbild eingerichtete Hilfs- und Unterstützungskassen.

2. Die geistige Atmosphäre, in der einzelne schwache Schichten von meist aus Deutschland stammenden Arbeitern in

der Schweiz zum Bewußtsein der höheren sozialpolitischen Ziele der Arbeiterklasse langsam zu erwachen beginnen, ist hauptsächlich erfüllt von den Anschauungen eines radikalen, aber national gefärbten Liberalismus, der in der Schweiz als Demokratie in bewußtem Gegensatz zu dem aristokratischen Regiment steht, das auf kantonalem Boden fast durchweg beseitigt wird, und der bei den in der Schweiz lebenden und wirkenden ausländischen Flüchtlingen die Form eines revolutionären Republikanismus annimmt, welcher sich in scharfen Gegensatz zu den monarchistischen Gewalten setzt, die in den Nachbarstaaten aufrecht erhalten bleiben.

3. Der Kampf, den die ausländischen Monarchien auf diplomatischem Wege gegen die Bestrebungen des revolutionären Republikanismus ihrer flüchtig gewordenen Landesangehörigen in der Schweiz führen, verursacht auch einen Rückschlag in der Fortentwicklung des schweizerischen radikal-demokratischen Liberalismus, der bereits in den Kantonen auf dem Boden verfassungsgemäßer Legalität steht.

4. Um diesen Rückschlag zu überwinden und die Ziele des radikal-demokratischen Liberalismus auch auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft durchzusetzen, sind seine Vorkämpfer genötigt, sich über die Kreise des Bürgertums hinaus, an das ganze Volk, insbesondere an dessen arbeitenden Schichten zu wenden, diese politisch zu bearbeiten. Diese Lage führt dazu, den demokratischen Gedanken auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse anzuwenden, ihm die Bahn der Entwicklung zur sozialen Demokratie zu ebnen.

5. Dieser Ideenfortschritt vom radikalen Liberalismus zur sozialen Demokratie vollzieht sich zunächst in den intellektuellen Kreisen der bürgerlichen Klassen und dringt von hier langsam in die Denkweise der Arbeiterschaft ein.

6. Der Mann, der diesen Fortschritt in der Schweiz in erster Linie anbahnt, ist der Italiener JOSEPH MAZZINI.

## Urkundliches aus den Universitätsjahren von Karl Marx.

Mitgeteilt und eingeleitet von

**Carl Grünberg** (Frankfurt a. M.).

Die nachfolgenden Urkunden hat mein Freund Professor FRANZ GUTMANN in Jena aus den dortigen Universitätsakten liebenswürdigst für mich photographieren lassen und der Akademische Senat, bezw. der Rektor, Herr Professor HEINRICH GERLAND, haben die Bewilligung zu ihrer publizistischen Verwertung erteilt, wofür ich nochmals vielen Dank sage.

Diese Urkunden sind, meines Wissens wenigstens, bisher überhaupt nicht und jedenfalls nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht worden — mit Ausnahme des Doktordiploms, das seit Jahren in photographischer Reproduktion<sup>1)</sup> auch im Buchhandel erhältlich ist, sowie der hauptsächlichen Punkte aus dem Berliner Abgangszeugnis<sup>2)</sup>. Um den Interessenten die ganze Reihe bequem zugänglich zu machen, werden auch diese beiden Stücke hier nochmals abgedruckt.

Von MARX als Studenten, erst an der Bonner und seit dem 22. Oktober 1836 an der Berliner Universität, wissen wir leider nur sehr wenig. Das Wesentliche von MARX selbst, aus seinem vielbezogenen Brief an den Vater vom 10. November 1837<sup>3)</sup>, in welchem er sich und den Eltern über das erste in Berlin verbrachte Jahr Rechenschaft abgelegt hat. In dieser Beziehung ist die Ausbeute auch des hier neu mitgeteilten Materials eine recht magere. In der Tat, was besagt für die Erfassung von MARXENS Werdeprozeß noch so genaue Feststellung: welche Vorlesungen

1) Diese findet sich auch in JOHN SPARGOS Karl Marx Leben und Werk. Deutsche Ausg. Leipzig 1912.

2) N., Einige Notizen aus dem Berliner Abgangszeugnis von Karl Marx, in D. Neue Zeit XVI/1 (1898). 155 f.

3) Ein Brief des jungen Marx, hrsg. von ELEONOR MARX-AVELING, ebenda S. 4/12.



MARX „belegt“ hat, wenn man nicht auch weiß, welche innere Bedeutung sie für ihn hatten; ob er sie wirklich gehört hat, welchen Eindruck sie auf ihn gemacht haben, ob und in welchem Maße sich ein Einfluß der Lehrer geltend gemacht hat, wie er selbst sich zu diesen gestellt hat? Zum Glück sind wir darüber durch jenen Brief aus dem Spätherbst 1837 unterrichtet. Die Abgangszeugnisse aber verraten natürlich davon nichts — wie ja im allgemeinen offizielle Aktenstücke selten mehr als den äußeren Ablauf der Dinge überliefern, deren inneres Wesen aber zu verschweigen pflegen. So erfahren wir denn auch diesmal wieder nur Äußerliches. Darunter: daß MARX wegen Schuldenmachens wiederholt sowohl den Bonner als auch den Berliner Universitätsrichter beschäftigt hat, daß er in Bonn einmal „wegen nächtlichen ruhestörenden Lärmens und Trunkenheit“ eine Karzerstrafe hat abbüßen müssen; daß er dort auch wegen Tragens „verbotener Waffen“ in Untersuchung geraten ist — offenbar ohne daß das für ihn nachteilige Folgen gezeitigt hätte. Immerhin erfährt aber nicht nur die reizvoll-intuitive Schilderung der Universitätsjahre MARXENS durch FRANZ MEHRING<sup>4)</sup> volle Bestätigung, sondern es kommen auch einige bisher unbekannte Umstände, unter denen sich MARXENS Promotion vollzogen hat, zu Tage.

Was MARX veranlaßt hat, gegen Ende des Wintersemesters 1840/41, nach neunsemestrigem Studium, das seit langem schon mit dem akademischen Lehrbetrieb nichts mehr zu tun hatte, endlich an die Erlangung der Doktorwürde zu denken, andererseits aber zu diesem Zwecke sich von Berlin weg an eine andere Universität zu wenden, ist zu bekannt<sup>5)</sup>, als daß es nötig wäre, hier nochmals darauf einzugehen. Nicht aber auch, warum er — jedenfalls im Einverständnis mit BRUNO BAUER<sup>6)</sup> — gerade Jena gewählt hat. Das bleibt nach wie vor im Dunkeln. Sicher ist nun aber, daß während BAUER, der den Freund möglichst bald in Bonn haben wollte, immer wieder und auch noch am 12. April 1841 an die Beschleunigung des „lumpigen Examens“ mahnte, MARX seit Wochen bereits sich mit dem Dekan der Jenenser

4) Vgl. MEHRING, Karl Marx. Leipzig 1918. S. 13 ff. Derselbe, Aus d. literar. Nachlaß (II. Aufl.) I, 10 ff.

5) Vgl. MEHRING a. a. O. S. 28; Aus d. Lit. Nachlaß 57 ff.

6) Vgl. Bauers Brief vom 12. April, in Lit. Nachl. I., 61.

philosophischen Fakultät BACHMANN in Verbindung gesetzt, und von diesem zustimmende Antwort erhalten hatte. Diese und zugleich die Zusicherung in der Hand, daß die Promotion und die Diplomübersendung möglichst beschleunigt werden würde, übersandte MARX am 6. April seine Dissertation „Über die Differenz der Demokritischen und der Epikuräischen Naturphilosophie“ nebst den erforderlichen Beilagen<sup>7)</sup> der Fakultät. Eine Woche darauf schon hatte die Fakultät die vorgelegte Dissertation, „die von ebensoviel Geist und Scharfsinn als Belesenheit zeigte“, einstimmig angenommen und am 15. April wurde MARX in absentia promoviert. Auch die Übersendung des Diploms — dessen Druck nach einem Aktenvermerk des Dekans 1 Thler. und 12 gr. kostete — erfolgte bereits 3 Tage darauf.

## 1.

*Wir Rector und Senat der Königlich Preussischen Rheinischen Friedrich-Wilhelm Universität zu Bonn beurkunden durch dieses Abgangs-Zeugniß, dass Herr Carl Heinrich Marx, geboren zu Trier, Sohn des Herrn Justizrats Marx daselbst, zu den akademischen Studien auf dem Gymnasium zu Trier vorbereitet auf den Grund des Entlassungszeugnisses der Reife gedachten Gmnasiums am 17<sup>ten</sup> October 1835 bei uns immatriculirt worden ist, sich seitdem bis hieher als Studirender hier aufgehalten und sich der Rechts-Wissenschaften beflissen hat.*

*Während dieses Aufenthalts hat derselbe bei unserer Universität nach den vorgelegten Zeugnissen die nachstehend verzeichneten Vorlesungen gehört:*

## I. Im Wintersemester 1835/36

1. *Encyclopädie der Rechtswissenschaft bei Prof. Puggé sehr fleissig und aufmerksam.*
2. *Institutionen bei Prof. Böcking sehr fleissig und mit beständiger Aufmerksamkeit.*
3. *Geschichte des römischen Rechts bei Prof. Walter ebenso.*
4. *Mythologie der Griechen und Römer bei Prof. Welcker mit vorzüglichem Fleisse und Aufmerksamkeit.*
5. *Fragen über Homer bei Prof. v. Schlegel fleissig und aufmerksam.*
6. *Neuere Kunstgeschichte bei Prof. d'Alton fleissig und aufmerksam.*

## II. Im Sommer-Semester 1838.

7. *Deutsche Rechtsgeschichte bei Prof. Walter fleissig.*
8. *Elegien des Properz bei Prof. v. Schlegel fleissig und aufmerksam.*

<sup>7)</sup> Von diesen sind, ebenso wie das Manuskript der Dissertation selbst, auch das Curriculum vitae und das lateinische Anhaltungsschreiben verlorengegangen.

9. *Europäisches Völkerrecht und*

10. *Naturrecht bei Prof. Puggé. Konnten wegen des am 5ten August plötzlich erfolgten Ablebens des Prof. Puggé nicht testiert werden.*

*Hinsichtlich seines Verhaltens ist zu bemerken, dass er wegen nächtlichen ruhestörenden Lärmens und Trunkenheit eintägige Karzerstrafe sich zugezogen hat; sonst ist in sittlicher und ökonomischer Rücksicht nichts Nachtheiliges bekannt geworden. Nachträglich ist gegen ihn angezeigt worden, dass er verbotene Waffen in Köln getragen habe. Die Untersuchung schwebt noch.*

*Einer Teilnahme an verbotener Verbindung unter Studirenden ist derselbe nicht verdächtig geworden.*

*Zur Urkund dessen ist dieses Zeugnis unter dem Insiegel der Universität ausgefertigt und von dem zeitigen Rector, auch von den gegenwärtigen Decanen der juristischen und der philosophischen Fakultät eigenhändig unterzeichnet worden.*

*Bonn, den 22. August 1836.*

*Der Rector*

*Freitag.*

*Der Universitäts-Richter  
v. Salomon.*

*Der Decan der juristischen Facultät*

*Walter.*

*Der Decan der philosophischen Facultät  
Loebell.*

*Oppenhofen. U.S.*

*Gesehen durch den ausserordentlichen Regierungs-Bevollmächtigten und Curator v. Mumm.*

2.

*Wir Rector und Senat der Königlichen Friedrich Wilhelms Universität zu Berlin*

*bekunden durch dieses Abgangszeugnis, dass Herr Carl Heinrich Marx, geboren zu Trier, Sohn des dort verstorbenen Advocaten Marx, bereits grossjährig, zu den akademischen Studien auf dem Gymnasium zu Trier vorbereitet, auf den Grund des Entlassungszeugnisses der Reife des gedachten Gymnasiums und des Abgangs-Zeugnisses der Universität zu Bonn am 22. October 1836, bei uns immatrikulirt worden ist, sich seitdem bis zum Schlusse des Wintersemesters 1840/41 als Studirender hier aufgehalten und sich der Rechts-Wissenschaft beflissen hat.*

*Während dieses Aufenthaltes hat derselbe bei unserer Universität nach den vorgelegten Zeugnissen die nachstehend verzeichneten Vorlesungen gehört:*

*I. Im Winter-Semester 1836/37.*

1. *Pandecten, beim Herrn Prof. v. Savigny, fleissig.*
2. *Kriminal-Recht, beim Herrn Prof. Gans, ausgezeichnet fleissig.*
3. *Anthropologie, beim Herrn Prof. Steffens, fleissig.*

*II. Im Sommer-Semester 1837.*

1. *Kirchenrecht, beim Herrn Prof. Heffter, fleissig.*
2. *Gemeinen deutschen Civil-Process, beim Herrn Prof. Heffter, fleissig.*
3. *Preuss. Civil-Process, beim Herrn Prof. Heffter, fleissig.*

## III. Im Winter-Semester 1837/38.

1. Kriminal-Process, beim Herrn Prof. Heffter, fleissig.

## IV. Im Sommer-Semester 1838.

1. Logik, beim Herrn Prof. Gabler, vorzüglich fleissig.
2. Allgem. Geographie, beim Herrn Prof. Ritter, belegt.
3. Preuss. Landrecht, beim Herrn Prof. Gans, ausgezeichnet fleissig.

## V. Im Winter-Semester 1838/39.

1. Erbrecht, beim Herrn Prof. Rudorff, fleissig.

## VI. Im Sommer-Semester 1839.

1. Jesajas, beim Herrn Licent. Bauer, besucht.

VII. und VIII. Im Winter-Semester 1839/40 und Sommer-Semester 1840 keine.

## IX. Im Winter-Semester 1840/41.

1. Euripides, beim Herrn Dr. Geppert, fleissig.

Hinsichtlich seines Verhaltens auf der hiesigen Universität ist in disciplinarischer Hinsicht nichts besonderes Nachtheiliges, und in ökonomischer Rücksicht nur zu bemerken, dass er mehrmals wegen Schulden verklagt worden ist.

Einer Theilnahme an verbotener Verbindung unter Studirenden auf der hiesigen Universität ist derselbe bisher nicht beschuldigt worden.

Zu Urkund dessen ist dieses Zeugnis unter dem Insiegel der Universität ausgefertigt, und von dem zeitigen Rektor, und von dem Richter, auch von den gegenwärtigen Dekanen der juristischen und philosophischen Facultät eigenhändig unterzeichnet worden.

Berlin, den 30. März 1841.

Lichtenstein. Krause. Lancizolle. Zumpt.  
Gesehen durch die stellvertretenden Königlichen Regierungs-Bevollmächtigten.  
Lichtenstein. Krause.

3.

Berlin, Schützenstrasse 68. 6ten April 1841.

Hochwohlgeborner Herr!

Indem ich Ew. Hochwohlgeboren zum Behuf der Doktorpromotion eine Dissertation über die Differenz der Demokritischen und Epikuräischen Naturphilosophie, beiliegend die litterae petitoriae, das curriculum vitae, meine Abgangszeugnisse von der Bonner und Berliner Universität, endlich die gesetzlichen Gebühren von zwölf Friedrichs d'or. übersende, ersuche ich zugleich ergebenst, im Falle meine Arbeit der Fakultät genügen sollte, sobald als möglich die Ertheilung der Doktorwürde zu beschleunigen. Ich kann einestheils nur mehr wenige Wochen in Berlin verweilen, andererseits machen düssere Umstände mir höchst wünschenswerth, vor meiner Abreise noch die Doktorwürde zu erlangen.

Die Abgangszeugnisse wünschte ich zurückzuerhalten, da es die Originalien sind. Ich bin mit der ausgezeichneten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren ergebenster  
Karl Heinrich Marx.

4.

Berlin, den 7<sup>ten</sup> April, Schützenstrasse 68.

Hochgeehrtester Herr Professor!

Indem ich Ihnen meinen innigsten Dank sage für die freundliche Güte, mit der Sie meine Bitte erfüllt haben, erlaube ich mir Ew. Hochwohlgeboren mitzuteilen, dass ich meine Dissertation nebst den Accidentien soeben der philosophischen Facultät übersandt und bitte Ew. Hochwohlgeboren, Ihrem gütigen Erbieten gemäss, die Übersendung des Diploms beschleunigen zu wollen. Ich glaubte Ihre Güte schon zu sehr in Anspruch genommen zu haben, als dass ich gewagt hätte, Sie durch direkte Überschickung meiner Dissertation noch mehr zu belästigen.

Mit der Versicherung innigster Dankbarkeit u. vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ergebenster

Karl Heinrich Marx.

5.

Senior Venerande,  
Assessores Gravissimi

Ich präsentire Ihnen hierdurch in Herrn Carl Heinrich Marx aus Trier einen sehr würdigen Candidaten. Derselbe hat eingeschickt: 1, ein Anhaltungsschreiben (Sub lit. a.) 2, zwei Universitaets-Zeugnisse über seine akademischen Studien in Bonn und Berlin. (lit. b. et c.) Die in ihnen bemerkten disciplinarischen Vergehen können von uns unbeachtet bleiben. 3, ein lateinisches Anhaltungsschreiben, curriculum vitae, und Specimen: über die Differenz der Demokritischen und Epikuräischen Naturphilosophie, nebst Beglaubigung der Autorschaft in dem lateinischen Schreiben. (lit. d.) 4, 12 Friedr.d'or; wovon der Ueberschuss dem Candidaten zurückgeschickt werden wird. Das Specimen zeigt von eben soviel Geist und Scharfsinn als Belesenheit, weshalb ich den Candidaten für vorzüglich würdig halte. Da derselbe nach seinem Deutschen Schreiben nur die Doctor-Würde zu erhalten wünscht, so ist es wohl nur ein Irrtum, entsprungen aus der Unkenntnis\*) Unbekanntschaft mit den Statuten der Fakultæt, dass er in dem lateinischen Schreiben von der Magister-Würde spricht. Wahrscheinlich hat er geglaubt, Beides gehöre zusammen. Ich bin überzeugt, dass es nur einer Aufklärung in diesem Punkte bedarf, um ihn zufrieden zu stellen.

Sie und Ihre weise Entscheidung ersuchend

Hochachtungsvoll

Jena, den 13<sup>ten</sup> April 1841.

Dr. Carl Friedrich Bachmann  
D.Z. Decan

O(rdinis) ph(ilosophorum) Decane maxime spectabilis

Wie Eure Spektabilität

Luden F. Hand Doebermann (?) E. Reinhold  
J. F. Fries Goettling Schultze

\*) Im Original durchstrichen.

6.

QUOD

FELIX FAUSTUMQUE ESSE IUBEAT

SUMMUM NUMEN

AUCTORITATE

HUIC LITTERARUM UNIVERSITATI

AB

FERDINANDO I

IMPERATORE ROMANO GERMANICO

ANNO MDLVII CONCESSA

CLEMENTISSIMIS AUSPICIIS

SERENISSIMORUM

MAGNI DUCIS ET DUCUM SAXONIAE

NUTRITORUM ACADEMIAE IENENSIS

MUNIFICENTISSIMORUM

RECTORE ACADEMIAE MAGNIFICENTISSIMO

AUGUSTO ET POTENTISSIMO PRINCIPE AC DOMINO

CAROLO FRIDERICO

MAGNO DUCE SAXONIAE VIMARIENSIVM ATQUE ISENACENSIVM

PRINCIPE LANDGRAVIO THURINGIAE MARCHIONE MISNIAE

PRINCIPALI DIGNITATE COMITE HENNEBERGAE

DYNASTA BLANKENHAYNII NEOSTADII AC TAUTENBURGI

PRORECTORE ACADEMIAE MAGNIFICO

VIRO PERILLUSTRI ATQUE AMPLISSIMO

ERNESTO REINHOLDO

PHILOSOPHIAE DOCTORE ARTIVMQUE LIBERALIVM MAGISTRO

MAGNI DUCIS SAXONIAE VIMARIENSIS ET ISENACENSIS A

CONSILII AULAE INTIMUS PHILOSOPHIAE PROFESSORE PUB-

LICO ORDINARIO

DECANO ORDINIS PHILOSOPHORVM ET BRABEVTA

MAXIME SPECTABILI

VIRO PERILLUSTRI ATQUE EXCELLENTISSIMO

CAROLO FRIDERICO BACHMANNO

PHILOSOPHIAE DOCTORE

SERENISSIMI DUCIS SAX. ALTENBURGENSIS A CONSILII AULAE

INTIMUS MORALIVM ET POLITICES PROFESSORE PUBLICO ORDI-

NARIO INSTITVTORVM MAGNIDUCALIVM MINERALOGICORVM

DIRECTORE INSTITVTI HISTORICI PARISIENSIS SOCIETATVM

CAESAREAE PETROPOLITANAE MINERALOGICAE REGIAE DRES-

DENSIS MINERALOGICAE POLYTECHNICAЕ PARISIENSIS ARTIVM

ET SCIENTIARVM PUBLICAE APVD TRAIECTINOS ARTIVM ET

LITTERARVM GANDAVIENSIS SCIENTIARVM ET ARTIVM ANT-

VERPIENSIS MEDICORVM ET PHYSICORVM BRUXELLENSIS

DOCTRINARVM DE RERVM NATVRA PHILADELPHIENSIS IN

*AMERICA SEPTENTRIONALI ET LATINAE IENENSIS ALIARUMQUE  
SOCIO  
ORDO PHILOSOPHORUM  
VIRO PRAENOBILISSIMO ATQUE DOCTISSIMO  
CAROLO HENRICO MARX  
TREVIRENSI  
DOCTORIS PHILOSOPHIAE HONORES  
DIGNITATEM IURA ET PRIVILEGIA  
INGENII DOCTRINAE ET VIRTUTIS SPECTATAE ET ORNAMENTA  
DETULIT  
DE LATA  
PUBLICO HOC DIPLOMATE  
CUI IMPRESSUM EST SIGNUM ORDINIS PHILOSOPHORUM  
PROMULGAVIT  
IENAE DIE XV M. APRILIS A MDCCCXLII.  
TYPIS BRANII.  
L. S.  
\* \* \**

**Nachtrag zu: Marx als Abiturient<sup>1)</sup>**

von CARL GRÜNBERG (Frankfurt a. M.).

Mein einigermaßen absprechendes Urteil über das allgemeine Niveau des Trierer Gymnasiums und über die Lehrerpersönlichkeiten an ihm in den Jahren 1834—35 hat den gegenwärtigen Leiter der Anstalt, Herrn Geheimrat Dr. MATTHIAS PAULUS, zu liebenswürdigen brieflichen Mitteilungen und Quellennachweisen veranlaßt, die mir gestatten, meine Ausführungen in diesem und auch noch in einem zweiten Punkte zu berichtigen.

1. Die von mir zur Begründung meines Urteils angeführten Tatsachen, schreibt PAULUS, seien „Zufälligkeiten und von keiner Bedeutung“ gewesen. Wie dem nun immer sei, jedenfalls zählte der Lehrkörper einige Männer, für die mein Urteil nicht gilt: JOHANN HUGO WYTENBACH (1767—1848), den ersten Direktor der modernisierten ehemaligen Jesuitenschule, auf den als „jungen Schullehrer“ ein Strahl aus den Augen GOETHEs gefallen war, als dieser in den letzten Oktobertagen 1792, nach der unglücklichen Kampagne des Braunschweigers, mit der aus Frankreich rückflutenden preußischen Armee in Trier weilte<sup>2)</sup>; WYTENBACHS

1) Vgl. dieses Archiv XI. 424/444

2) Vgl. GOETHE, Kampagne in Frankreich, 25. Oktober 1792.

nachmaligen Nachfolger in der Direktion VITUS LOERS († 1862); JOHANN STEININGER (1794—1878), der aber nicht, oder wenigstens nicht in der Prima zu MARXENS Klassenlehrern gehörte; endlich JOHANN GERHARD SCHNEEMANN (1796—1864). Sie alle haben sich, angeregt durch die reiche Vergangenheit Triers, mit lokal-historischen und archäologischen Studien befaßt; WYTTENBACH insbesondere auch mit pädagogischen und didaktischen Problemen, während STEININGER sich als Geologe und Eifelforscher einen Namen gemacht hat<sup>3)</sup>.

2. Der von mir (Archiv XI, 429f.) erwähnte türkische Kolonel GRACH ist nicht identisch mit MARXENS Mitschüler und Kommaturanten EMMERICH GRACH. Dieser war ein Vetter des Erstgenannten, dessen Name sich im „Verzeichnis der Abiturienten 1819—1913“<sup>4)</sup> überhaupt nicht findet. EMMERICH selbst ist am 28. August 1879 als Kammerpräsident in Trier gestorben<sup>5)</sup>.

3) Vergl. Festschrift zur Feier des 350jährigen Jubiläums des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Trier 1563—1913. Trier, Verl. Jacob Lintz 1913. 296 u. Anhang: 99 S.; sowie die Festnummer der „Trierischen Landeszeitung vom 6. X. 1913.

4) Vgl. Festschrift: Anhang, S. 21 ff.

5) Ebenda, S. 32. — Die zit. Festschrift unterrichtet über den späteren Lebenslauf auch der meisten andern Klassengenossen MARXENS. Unter 21 von ihnen sind 8 als Kleriker gestorben, je 2 als Anwälte bzw. Notare, je einer als Landgerichtsrat, bzw. Oberlandesgerichtsrat und Schulrat, 2 als Ärzte. Keiner ist irgendwie bedeutender hervorgetreten. Bei MARX selbst verzeichnet die Festschrift nur das Todesjahr und den Sterbeort; bei EDGAR von WESTPHALEN auch diese nicht.



## „Der Volksmann.“

Eine unbekannte Arbeiterzeitung Hermann Püttmann's<sup>1)</sup>,

Von

**Dr. Erich Uelsmann** (Hagen).

**Inhaltsangabe:** Einleitung. II. Die politische Stellung des Volksmann. III. Die literarische Bedeutung des Volksmann. IV. Der Volksmann und die Zensur.

I. In der Zeit von 1848 bis 1852 entwickelte sich zum ersten Male in den verschiedenen Schichten des deutschen Volkes ein parteipolitisches Bewußtsein. Als die Revolution im März 1848 ausbrach, war noch so gut wie keines vorhanden. Es drang erst durch, nachdem sich eine parteipolitische Klärung in den Parlamenten zu Frankfurt und Berlin vollzogen hatte. Ende 1848 darf man von Fraktionen sprechen. Parallel mit der Parteibildung in den Parlamenten hatte sich die Presse bemüht, eine politische Begriffsklärung in den Massen herbeizuführen. So wirkte in Düsseldorf an dem demokratischen *Düsseldorfer Journal* ein Redakteur namens KAULEN, der sich bemühte, den unteren Ständen zu erklären, was aristokratisch, konservativ, konstitutionell, demokratisch usw. bedeute. Im Regierungsbezirk Düsseldorf überwog um jene Zeit der demokratische Gedanke. Innerhalb der niederrheinischen Demokratie sind aber verschiedene Richtungen zu unterscheiden. Eine mit sozialistischem Einschlag vertrat *Der Volksmann*. Das Blatt erschien seit September 1849 bis Juli 1850 zuerst unter der Redaktion von P., später unter der von L. PLESS. Es wurde bei Staats in Barmen gedruckt und dreimal wöchentlich ausgegeben. Es war viel in Arbeiterkreisen, besonders in Arbeiterwirtschaften verbreitet, wo sein Inhalt rege diskutiert wurde. Ein Zensurbericht erwähnt, daß der Wirt SANDT in Barmen, dessen Wirtshaus ein Sammelpunkt der Demokraten war, die Ausgaben des *Volksmann*

1) Im folgenden mit P. abgekürzt.

sammele und einem Bekannten in Krefeld sende. Ebenfalls nannte man den Wirt GELDMACHER in Solingen, der etwa 80 Exemplare des Blattes außer in Solingen noch in Dorp, Höhscheid, Merscheid und Wald absetze. Der Volksmann wurde im Wuppertale und im Bergischen Lande gelesen, besonders in Düsseldorf, Köln, Recklinghausen, Hagen, Velbert, Lüttringhausen, Remscheid und Gerresheim (hier viel in Privathäusern). Die Abonnentenzahl stieg bald von 300 auf 500, dann auf 800.

Über den ersten verantwortlichen Redakteur, P., ist bisher noch keine zusammenfassende Biographie erschienen, so sehr es an der Zeit wäre, seine soziale und politische Bedeutung einmal ins rechte Licht zu rücken. Wie ENGELS, GEORG WEERTH und andere Zeitgenossen wurde er hauptsächlich von England her beeinflusst, weniger von Frankreich. P. hat eine Geschichte des englischen Dichters CHATTERTON, der in jugendlichem Alter durch Selbstmord aus dem Leben schied, geschrieben. Diese kennzeichnet seine soziale Anschauungswelt. Ferner hat er das Deutsche Bürgerbuch und die Rheinischen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform herausgegeben. Als Redakteur ist er an der Barmer und der Kölnischen Zeitung tätig gewesen. Aus dem Redaktionsverbande der letzteren mußte er als Opfer seiner sozialen Gesinnung ausscheiden. Später leitete er in Melbourne eine deutsche Zeitung. Bisher ist es unbekannt geblieben, daß er auch den Volksmann redigiert hat. Der Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung in Köln stand er nahe, wie überhaupt eine Ideenverwandtschaft zwischen deren Schriftleitern und denen des Volksmann festzustellen ist. Über das Wesen Ps. gibt uns am besten das Gedicht „Wanderung“ Aufschluß. Darin schildert P. seine Jugend, die er auf „hohen Bergen“ „ohne Sorgen“ verbrachte. Dann kam er „ins Tal“. Er begegnet dem geplagten Bauern und muß feststellen:

*„Ein Wesen nur lebt auf dem Lande, das man mit vollem Recht beklagt:  
Das ist der Mensch, der arme Bauer, von Ewigkeit geneckt, geplagt,  
Mit nasser Stirn, im schüb'gen Wamse, arbeitet er ums liebe Brot  
Jahre in, jahraus, ein dummer Sklave, in steter Not bis in den Tod.“*

Vom platten Lande will der Dichter dann in die Stadt, um festzustellen, ob dort die Menschen „sich in brüderlicher Liebe

versammeln an der Liebe Herd“. Doch überall muß er die Beobachtung machen, daß neben „elenden Hütten“ die „Häuser der Herren“ stehen.

II. Der Volksmann wollte den Sozialismus im arbeitenden, also im vierten Stande verbreiten. Mit dem Kommunismus hatte er nur lose Gemeinschaft. Er wandelte ganz in den Bahnen des Sozialismus der radikalen Intellektuellen des dritten Standes, der seinen literarischen Niederschlag in den schon erwähnten Rheinischen Jahrbüchern zur gesellschaftlichen Reform und im Deutschen Bürgerbuch fand. Der westeuropäisch- und englisch-sozialistische Einfluß auf diesen Sozialismus soll nicht geleugnet werden. Daneben ist aber eine starke Einwirkung naturphilosophischer Strömungen unverkennbar. Eine Behauptung, deren Beweis durch reichlich vorhandenes Material und unter Berücksichtigung der schwärmerisch-pietistischen Veranlagung des Wuppertalers nicht schwer sein dürfte. Eine deutsche Charakterlinie ist unverkennbar.

Der preußische Staat wachte sorgfältig darüber, daß sich dieser Sozialismus nicht praktisch auswirkte. Sozialistische Zeitschriften und Versammlungen wurden verboten, bis mit dem Sturz des alten Systems im Jahre 1848 die neue Ideenwelt sich öffentlich geltend machen konnte und P. einer ihrer eifrigsten Verfechter wurde.

Der Volksmann war kein parteipolitisches Gewerkschaftsorgan, auch kein Organ der internationalen Politik. Ihm fehlte der diktatorische Zug der Neuen Rhein'schen Zeitung, wie er von MARX vorgezeichnet wurde. Im Volksmann kamen verschiedene Ideen zum Ausdruck, doch keine dominierte. Der Gedanke, daß man den vierten Stand gegen das Kapital organisieren müsse, tauchte hier und da auf, nirgends aber zeigte sich das Bestreben, ihn in die Tat umzusetzen. Auch darf der Volksmann nicht mit der ersten Frankfurter Arbeiterzeitung<sup>1)</sup>, einem Gewerkschaftsorgan, verglichen werden.

Die parteipolitische Einstellung des Volksmann, soweit von einer solchen die Rede sein kann, trat eindeutiger in einer Kritik über „Die Parteien in Preußen“ zu Tage. Mit den Liberalen, die

1) Vgl. über diese: MAX QUARCK, in diesem Archiv XI. S. 122/141.

er in „Altliberale“ und „Konstitutionelle“ teilte, rechnete er scharf ab. Die politische Tätigkeit der „Altliberalen“ zu Beginn des XIX. Jahrhunderts erkannte er an, schrieb aber deren Bedeutung bereits der Geschichte zu. Die „Konstitutionellen“ betrachtete er als ihre Nachfolger. Zwischen diesen und dem Proletariat zog er einen deutlichen Strich. Den „Kapitalisten und den nicht ganz unbedeutenden Besitzern“ warf er vor, daß sie sich zu Beginn der Revolution von den „demokratischen und sozialistischen“ Elementen getrennt hätten, um das „Schreckbild des Sozialismus vom Staat und von der Gesellschaft fernzuhalten“.

Der Volksmann nannte sich selbst demokratisch und sozialistisch. Die Katholische Partei lehnte er als hierarchisch ab. Von den „Konservativen“ sagte er, daß sie mit der Herrschaft des modernen Kapitals so wenig zufrieden seien wie das Proletariat. Er verwarf jedoch ihre Methode, sich gegen die Macht des Kapitals durch „Privilegien und Vorrechte“ schützen zu wollen. Ferner verurteilte er die mittelalterliche Staatsauffassung, daß die „göttliche Vorsehung“ „Bevorzugte“ und „Begnadete“ geschaffen habe. In der Entwicklung seiner Menschheitsgeschichte ging er von einem ursprünglichen Staatszustand aus, in dem jeder Mensch in dem „Maße seiner Macht“ sein „eigener Herr“ gewesen wäre. Diesen Zustand hätte eine „Konventionsgesellschaft“ abgelöst, die sich als notwendig ergeben habe, um den Auswüchsen des Stärkeren gegen den Schwächeren Halt zu gebieten. Einige Mächtige hätten aber bald auf „unrechtmäßige“ Art das Volk unterjocht und ihre Herrscherstellung hernach damit begründet, daß das Volk zu dumm sei, sich selbst zu regieren. Nachdem aber das Volk – so folgerte der Volksmann – im XIX. Jahrhundert aus seiner Dummheit erwacht und zu Kultur und Macht gelangt sei, dürfe es – genau so wie es die Mächtigen der Konventionsgesellschaft einstmals getan hätten – für sich das Recht beanspruchen, den „unrechtmäßigen“ Staatszustand in einen „rechtlichen“ zu verwandeln.

Den so entstehenden „Staat der Zukunft“ bezeichnete Der Volksmann als demokratisch. Hier und da tauchte auch noch der Begriff konstitutionell dafür auf. Von der „Demokratie der Zukunft“ verlangte Der Volksmann, sie solle bei Beginn ihrer Herrschaft die Ordnung noch eine Zeitlang mit den alten Mitteln in der

mildesten Weise aufrecht erhalten, um dadurch die „natürliche Feindschaft des Besitzes und Kapitals“ mit den neuen Staatsgrundsätzen zu mildern. Gleichzeitig aber müsse man daran gehen, durch Herbeiführung einer „allgemeinen materiellen Zufriedenheit“ die gesamte Gesellschaft für die neue Demokratie zu interessieren.

Die vom Volksmann propagierten sozialen Maßnahmen waren dem Eigentum nicht feindlich. Er wollte das Eigentum nicht aufheben, sondern bloß eine soziale Ordnung herbeiführen, die jedem Arbeitswilligen mehr als das Existenzminimum sichere. Das stehende Heer stellte Der Volksmann als eine Schutzwehr des Eigentums hin, für die der auf den Lohn seiner Arbeit angewiesene Staatsbürger noch obendrein die Steuern zahlen müsse. Er hielt eine Umwandlung des stehenden Heeres in eine „allgemeine Volksbewaffnung“ für unbedingt erforderlich und behauptete, daß diese schon allein infolge ihrer moralischen Kraft allen Führnissen gewachsen sei. Im Staatshaushalt verlangte er größte Sparsamkeit. Kulturpolitisch lehnte er den ROBESPIERRESCHEN „Größenwahnsinn“ ab, über die Existenz Gottes im Convent abzustimmen, forderte aber allgemeine Presse-, Rede- und Gedankenfreiheit.

In ihren großen Zügen ist diese sozialistische Auffassung nicht mit dem Wuppertaler Kommunismus zu vergleichen. Dieser Sozialismus knüpfte an den von KARL GRÜN vertretenen „philosophischen“ Frühsozialismus an, den die beiden kommunistischen Koryphäen MARX und ENGELS mit so bitterem Spotte ablehnten. GRÜN faßte das Wesen seiner sozialistischen Weltanschauung in die Worte zusammen: „Der Sozialismus ist die Wissenschaft der besten Gesellschaft, die Kunst, den einzelnen zur vollen Entfaltung seiner Kräfte, zum vollen Genusse seines Daseins kommen zu lassen und das Ganze, die Gesellschaft, so zu organisieren, daß das allgemeine Beste grade aus dem Besten jedes einzelnen resultiere“.

III. Unter den literarischen Mitarbeitern des Volksmann begegnet man Persönlichkeiten wie HERMANN SEMMIG, L. PLESS, P. und vor allem dem vortrefflichen ROBERT SCHULTE. Die politische Lyrik beschäftigte sich ausführlich mit der ungarischen Revolution und deren Hauptführer KOSSUTH. PLESS hat eine ganze Reihe von „Ungarischen Liedern“ gedichtet. Zweifellos wird auf ihn die Neue Rheinische Zeitung, die sich der ungarischen Revolution mit großer Gründlichkeit annahm, anregend ge-

wirkt haben. In zahlreichen Darstellungen nahm man die politischen Gefangenen in Schutz, vor allem den Bonner Universitätsprofessor KINKEL. Doch fehlte dieser Lyrik vielfach die ekstatische und hinreißende Kraft eines FREILIGRATH. Deutlich tritt dieser Unterschied bei einem Vergleich zwischen dem Gedicht „Das letzte Lied“ von ROBERT SCHULTE und dem Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung in die Erscheinung. Jenes erschien am 28. Juni 1850, wohl der letzten Nummer des Volksmann und hat sicherlich dieselbe Wirkung wie das FREILIGRATHsche Abschiedswort ausüben sollen. Ist SCHULTE das nicht ganz gelungen, so soll damit über seine Lyrik, die sich als Gesamtwerk vorteilhaft von den Erzeugnissen anderer abhebt, nicht abgeurteilt werden. Über den individuellen wie absoluten Wert des Gedichtes, das ich hier folgen lasse, mag der Leser selbst urteilen.

*Das letzte Lied,  
bis der Erlösung Rache Flamme sprüht.*

1. Jetzt hat die Willkür dir den letzten Funken  
Des Menschenrechtes in den Kot getreten ;  
Nun bist du endlich tief genug gesunken :  
Nun magst du winseln, Langmut üben, beten !  
O Vaterland ! Zerriss'nes, armes Land !  
Die letzte Träne rinnt mir von der Wange,  
Sie rinnt auf meine krampfverschloss'ne Hand,  
Und bebt zur Erde, heiß und still und lange.  
Die letzte Träne — und mein letztes Lied,  
Bis der Erlösung Rache Flamme sprüht.
  
2. O, könnt' ich singen, was mein Herz durchwettert !  
Was ich empfand, als vor den Barrikaden  
Die alte schwarze Willkür ward zerschmettert  
Mit ihrem Ungezücht von Gottes Gnaden !  
Was ich empfand in jener Frühlingszeit  
Und was ich jetzt in tiefster Brust empfinde —  
Jetzt, wo mit alter Niederträchtigkeit  
Das Ruder führt die unheilvolle Sünde !  
Das würd' ein Lied, voll Tränen, Lust und Blut,  
Das würd' ein Lied voll Todeslust und Wut.
  
3. Was ich geahnet, was ich dir gesungen,  
Es wurde Wahrheit — liegst du ja zerschlagen  
Vom Knochenarm der Sklaverei umschlungen,  
Noch schlimmer, wie vor jenen Lenzestagen !

Das Land, das einst die deutsche Eiche trug,  
 Das Land, das freie Männer einst geboren,  
 Es lieget da — sich selbst zur Schmach, zum Fluch,  
 Es lieget da — und heult zu tauben Ohren.  
 Für freie Herzen hat man kaltes Blei  
 Und düst're Kerker und noch Vielerlei.

4. Und alles hast du selber dir verschuldet,  
 Du nährtest ja die giftgeschwoll'ne Schlange  
 Der Despotie, worunter du geduldet! —  
 Wie lag sie starr, wie lag sie stumm und lange!  
 Du pflegtest sie — d'rum hob sie bald das Haupt,  
 Und Blut und Flammen spie sie auf dich nieder;  
 Sie hat dir jetzt dein letztes Kind geraubt  
 Und gibt dir's, glaub es, nimmer, nimmer wieder!  
 Auf deiner Brust, mit dreißigfachem Haupt,  
 Da thronet sie, die alles dir geraubt.
5. Das ist der Alp, den du, statt ihn zu jagen  
 Mit dummer Langmut an die Brust gezogen;  
 Das ist die Quelle aller Not und Plagen,  
 Das ist der Bandwurm, der dich ausgesogen!  
 D'rum dröhnet zu dem Sternenzelt dein Weh,  
 D'rum kriechest du im Blute deiner Söhne;  
 D'rum stöhnst du wie das wundgehetzte Reh,  
 D'rum weint das freie Herz die letzte Träne.  
 Die stumme Träne ist der größte Fluch  
 Dem Ungetüm, das deine letzte Flamme schlug.
6. So dulde nun, bis du emporgerissen  
 Von wildem Schmerze, deine Qual zerschmetterst;  
 Bis Freiheitslüfte deine Stirne küssen,  
 Bis du ein neues Sion dir erkletterst.  
 Der Freiheit Sion — strahlend durch die Welt,  
 Hoch über alle Völker wird es thronen,  
 Wenn Tyrannei und Unsinn du zerschellst,  
 Und Menschlichkeit und Freiheit bei dir wohnen.  
 Bis dahin — bis die Freiheit uns vereint —  
 Sei stille Wut des Herzens bester Freund!

Begeisterung und natürlichen Schwung wird man diesem Gedicht nicht absprechen können, wenn auch einzelne Bilder einen zu vulgären Charakter tragen.

Der Gegensatz zwischen Proletariat und Kapitalismus, oder allgemeiner definiert zwischen arm und reich, war ein gern behandelter Gegenstand. Die intellektuellen Träger der früh-

sozialistischen Bewegung, die sich entweder als freie Journalisten oder aber in einem Doppelberufe als Kaufmann und Literat kümmerlich durchs Leben schlugen, waren dem Proletariat in mehr als einer Hinsicht seelenverwandt. Deshalb erhoben sie auch immer wieder die Forderung, dem geistigen wie dem körperlichen Arbeiter gleiches Recht zu verschaffen. In erhabenen Worten hat FREILIGRATH in seinem Gedicht „Requiescat!“ der kümmerlichen Existenz des geistigen Arbeiters gedacht. Über die Menschheit hinaus erstreckte sich das Mitgefühl dieser Frühsozialisten auch auf die Pflanzen- und Tierwelt.

Mit einem sozialistischen Dichter sehen wir ein Proletariermädchen durch die Paläste der Reichen eilen, um für sich und seine Angehörigen Brot zu erbetteln. Als es keinen Erfolg hat, gibt es seinen unschuldigen Leib preis, um der Not zu entgehen. SEMMIG sagt in einer Dichtung „Kauft Veilchen!“:

*Mit deinen Wangen, deinen blassen,  
Gehst du dann abends auf und ab  
Und flüsterst durch die stillen Gassen,  
Wer kauft mir meine Veilchen ab?*

Auch begegnet man der Darstellung, daß ein armes Mädchen von irgendeinem gewissenlosen Menschen betrogen worden ist und darauf mit dem unehelichen Kinde auf dem Arme betteln muß. Aber überall verachtet, bringt es sich und das Kind seiner Liebe ums Leben.

Der Dichter HUGO GÖRING führt uns in die ärmliche Stube eines Tischlers, der die Wiege seines einzigen verstorbenen Kindes zu einem Sarge verarbeitet. Die tiefbetrübt Mutter weint Tränen an der Bahre ihres heißgeliebten Kindes. Eine getragene melancholische Stimmung hat GÖRING in dem Gedicht „Die Wiege zum Sarg“ in einen ausgezeichneten Rythmus gebracht und Inhalt wie Form zu einem harmonischen Bilde vereint.

*Die Wiege zum Sarg.*

1. *Am Ende des Dorfs aus dem kleinsten Haus  
Klingt spät noch am Abend ein Klopfen heraus;*
2. *Der Tischler Drinn hämmert die ganze Nacht —  
Sein Weib beim gestorbenen Kinde wacht.*
3. *Er füget die Bretter zusammen geschwind,  
Die werden der Sarg für sein einziges Kind.*



4. *Es liegt am Boden so still und bleich,  
Der Mutter Tränen benetzen es reich.*
5. *Und jeder Schlag auf den Totenschrein  
Dringt ihr auch tiefer ins Herz hinein.*
6. *Das Kind, das tot auf dem Boden liegt,  
Sie hat es noch gestern in Schlummer gewiegt.*
7. *Die Augen sind trübe, das Herz ist schwer,  
Sie hat kein Kind, keine Wiege mehr:*
8. *Es fügt ja nicht Bretter vom frischen Baum  
Der Tischler dem Kinde zum Totenraum,*
9. *Denn außer der Wiege — dem einzigen Bett,  
War im ärmlichen Hause kein ander Brett,*
10. *Drum schlägt er die Wiege zusammen zum Sarg,  
Die gestern sein lebendes Kind noch barg.*

IV. Bei der relativ großen Auflage und Verbreitung erregte Der Volksmann bald das Mißtrauen der Regierung. Das Elberfelder Landratsamt nannte den Volksmann in einem Zensurbericht vom 1. Oktober 1849 ein „Winkelblatt“, dessen Tendenz offenbar dahingehe, den Haß gegen die bestehende Staatsregierung und den besitzenden Stand anzufachen und namentlich die untere Klasse gegen die Staatsregierung aufzureizen. Es heißt dann weiter, daß dieses Blatt um so verderblicher wirken müsse, als die Stimmung der Arbeiter für solche Lehren im allgemeinen sehr empfänglich sei.

Vor allen Dingen legte die Regierung Wert auf die Feststellung: ob irgendeine Parteiorganisation hinter dem Blatte stehe und etwa seine kostenlose Verbreitung betreibe. Darüber konnte die Zensurbehörde aber nichts aussagen. Um der Verbreitung des Blattes ein Ziel zu setzen, ließ es die Regierung mit „allen gesetzlich zu Gebote stehenden Maßregeln“ überwachen.

Indessen boten die Pressegesetze selbst der Kölner Oberprokuratur keine Handhabe, gegen dieses Organ einschreiten zu können. Erst 1850 beschlagnahmte die Zensurbehörde die Ausgabe vom 13. Januar. Doch mußte diese bald freigegeben werden, da das Königliche Landgericht keine strafbare Aufreizung in den Artikeln dieser Nummer hatte finden können.

Inzwischen war Anfang April eine Ministerialverordnung erschienen, die es den Behörden zur Pflicht machte, die Lokal-

presse streng zu überwachen und in regierungsfreundlichem Sinne zu beeinflussen. Abermals sandte das Landratsamt ein Exemplar vom 26. April 1850 an die Kölner Oberprokuratur, um eine gerichtliche Verfolgung zu erwirken. Die betreffende Nummer enthielt nämlich einen Aufsatz des nach London geflüchteten kommunistischen Angeklagten HILLMANN, der darin an die Arbeiter und Proletarier die unmittelbare Aufforderung zur Revolution richtete. Aber lehnte auch dieses Mal sogar die Staatsanwaltschaft eine Anklage ab, weil es an „hinlänglichen Momenten fehle, ein Strafverfahren mit Erfolg durchführen zu können“, so gelang es doch der Lokalbehörde, den verantwortlichen Redakteur Mitte Juni vor die Geschworenen zu bringen.

Mittlerweile hatte P. die Redaktion aufgegeben und hatte PLESS sie übernommen. Dieser meldete sich aber krank und entging so der ersten gerichtlichen Untersuchung durch die Geschworenen, die sich – wie die Zensurbehörde betonte – durch ihre „strenge Beurteilung politischer Vergehen“ ausgezeichnet hätten. Erst am 10. Oktober 1850 kam es gegen PLESS zur Verhandlung. Doch der Umstand, daß Der Volksmann seit Anfang Juli sein Erscheinen eingestellt hatte, bewirkte die Freisprechung des Angeklagten.

Nicht allein dieses Vorgehen der Regierung hatte zur Folge, daß diesem Organe nur eine Lebensdauer von knapp einem Jahre beschieden war. Wären sich die Arbeiter damals ihrer historischen Mission im Sinne ihrer geistigen Führer bewußt gewesen, so hätte man erwarten müssen, daß sie sich für ihre Presse mehr eingesetzt hätten, als das tatsächlich der Fall war. Aber nirgends spürt man etwas davon, daß die Arbeiter ihre Interessenorgane bewußt in Schutz nehmen. Sie hatten also noch nicht die natürliche Bedeutung der Presse für die Hebung ihrer sozialen Lage erkannt. Außer den gerichtlichen Verfolgungen und den natürlichen Ursachen trug die Entziehung des Postdebits und die Forderung sehr hoher Kautionssummen durch die Regierung dazu bei, daß – allgemein betrachtet – von den regierungsfeindlichen Organen bald eins nach dem anderen verschwand. In diesem Zusammenhange wird man auch die revoltierende Stimmung begreifen, die ROBERT SCHULTE in seinem „Letzten Lied“ mit überzeugendem Temperament zum Ausdruck brachte.

# Ein neues sozialistisches System der Rechtslehre und Politik.

Von

**Franz Oppenheimer** (Frankfurt a. M.)<sup>1)</sup>.

Nelson hat unter den zeitgenössischen Philosophen nicht viele Freunde. Hervorragende Köpfe haben in dieser Zeit nun einmal unter ihren Fachgenossen nicht viele Freunde. Wir leben nun einmal in der Zeit der Konkurrenz mit allen Mitteln, und weder Kunst noch Wissenschaft, weder Künstler noch Gelehrte haben sich der Atmosphäre der Zeit immer und ganz zu entziehen gewußt. Bei N. kommt aber noch etwas hinzu, was diese Abneigung vermehrt: die ungeheure Strenge seiner Methode und Darstellung, die auf nichts Rücksicht nimmt, weder auf die Leistungsfähigkeit oder Gewöhnung des normalen Lesers, der dazu verzogen ist, Wissenschaft in den Dosen und der Verzuckerung von Zeitungsfeuilletons aufzunehmen, noch auf die heiligsten Vorurteile irgendeiner Partei oder Sekte, noch auf den wohl erworbenen Ruhm des berühmtesten Professors. Dieser unheimliche Mensch will wirklich nichts als die Wahrheit und die ganze Wahrheit; und er will sie nicht nur finden und dann im esoterischen Kreise mit leisen Lippen aussprechen, sondern laut in alle Welt hinausrufen, will sie denen ausliefern, die die Geheimen Räte für die ewig Blinden erklären; ja, er will sogar durch seine Schriften eine grundstürzende Änderung aller der „gottgewollten Abhängigkeiten“ herbeiführen, auf denen unsere Staats- und Wirtschaftsordnung beruht. Er ist ein hartnäckiger und unverbesserlicher Utopist und Revolutionär. Wir lassen ihn mit seinen eigenen Worten sprechen: *„Wir sind auf einen Punkt der Zerrüttung gekommen, wo die Frage wirklich erlaubt ist, welchen Sinn es noch hat, den abgerissenen Faden der Wissenschaft wieder aufzunehmen . . . Wie aber soll diese Wissenschaft aussehen? . . . Nicht wie ein Abbild des lebendigen Lebens, sondern wie das ihm auferlegte Gesetz in seiner unpersönlichen Strenge und Herbheit. Es gibt hier nur den Weg über das strengste systematische Denken unter völliger Abstraktion von allen Tatsachen der Erfahrung . . . Es gibt nur einen Weg, um die Erfahrung gegen den Despotismus der Vorurteile zu schützen: Hilfe bei einer ehrlichen Philosophie zu suchen, die nichts anderes sein will als eine systematische Kritik des Dogmatismus in seinen mannichfaltigen Gestalten, und die uns lehrt, die*

---

1) LEONARD NELSON, Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik. III. Band. System der philosophischen Rechtslehre und Politik. Leipzig, Verl. Der Neue Geist 1924. 4° XXXV u. 880 S.

*Erfahrung so zu befragen, daß diese eine von aller willkürlichen Deutung freie Antwort zu geben vermag . . . Die der Form auferlegte Nüchternheit und Starrheit muß der Leser als Bürgschaft dafür hinnehmen, daß er nicht an zufälligen, bloßen Zeitumständen abgeborgten und daher auch zeitlich bedingten Lösungen hängen bleibt, sondern der festen Führung der immer gültigen und darum unter allen Umständen anwendbaren Konsequenzen des einen Grundgesetzes folgt . . . So fordern die Ansprüche der wahren Schönheit, die hier nur in der durchgängigen Angemessenheit der Form an den Inhalt bestehen kann, jene Geschlossenheit und Kargheit der Darstellung, die der Beredsamkeit entsagt.“* Wahrlich, ein abschreckendes Programm für den aufgeklärten Leser des 20. Jahrhunderts! Neugierige sind hiermit gewarnt!

*„Es geht hier nicht um das, was ist und was wird, sondern um das, was von Rechts wegen sein und werden soll . . . : ein Staat, der, als Diener und nicht als Schöpfer des Rechts, auch für die Wissenschaft nicht ein Gegenstand des Staatskultus, sondern nur ein solcher der Staatskritik sein kann. Denn, wie Kant sagt, ist nicht von der Moralität eine gute Staatsverfassung, sondern vielmehr umgekehrt von der letzteren allererst die gute moralische Bildung eines Volkes zu erwarten . . .“* Unter diesem Zeichen steht die ganze weitschichtige Untersuchung. Auch Kant war ein Utopist und Revolutionär; deswegen hat ihn unsere erleuchtete Zeit aufgegeben, hat sich dem „Scheidealismus einer entarteten Philosophie“ ergeben oder lieber „dem ehrlichen Materialismus einer wissenschaftlich unhaltbaren Populärphilosophie in die Arme geworfen, als fernerhin bei den Advokaten des Faustrechts in die Schule zu gehen, deren . . . pfäffische Rhetorik nichts anderes ist als eine Apologie der die gesellschaftliche Wirklichkeit beherrschenden Ausbeuterprivilegien.“ Aber es geht nun einmal nicht ohne ehrliche Philosophie: *„Die nur auf Erfahrung pochende Praxis vereitelt die Möglichkeit der Erfahrung, und führt dahin, daß man das Unmögliche unternimmt und das Mögliche unterläßt, das eine wie das andere unter Anrufung der vergewaltigten Erfahrung.“*

Die Darstellung dieses III. Bandes baut auf dem I. auf: auf der gewaltigen Grundlegung der „Kritik der praktischen Vernunft“. Sein erster, viel kürzerer Teil gibt die Rechtslehre, der zweite die Politik. Jener beginnt mit der Kritik der entgegenstehenden Lehren vom Recht.

Dem „juristischen Empirismus“ geht das Merkmal des Rechts verloren, ohne das sich sein Begriff in Wahrheit gar nicht denken läßt: die Notwendigkeit. Aus Tatsachen der Geschichte oder des gesellschaftlichen Lebens läßt sich niemals eine rechtliche Verbindlichkeit ableiten. „Recht“ darf nur jenes Gesetz bedeuten, kraft dessen Tatsachen überhaupt erst rechtserheblich werden können. Ein solches Gesetz ist gar nichts Positives, d. h. als Tatsache nach Ort und Zeit Bestimmbares, sondern es ist notwendig und allgemeingültig und läßt sich als solches nur denken und niemals und nirgendwo empirisch auffinden . . . Es gibt, streng genommen, überhaupt kein „positives Recht“, und auch keine Quellen des Rechts, keine Schöpfung des Rechts, keine rechtserzeugenden Tatsachen, und wie die Erfindungen der positivistischen Schule sonst heißen. Wer dem Abenteuer nachgeht, die Not-

wendigkeit des Rechts durch die Lehre vom Zweck des Rechts zu begründen, dem muß sich schließlich die ganze Rechtslehre in bloße Politik auflösen.

Es hilft auch nicht weiter, wenn man, wie es der juristische Mystizismus tut, einen absoluten, über allem Recht stehenden Zweck postuliert, zu dessen Verwirklichung das Recht das notwendige Mittel bildet. Mag das nun der Zweck der Gesellschaft (soziologischer) oder Gottes sein (theologischer Mystizismus): selbst wenn wir diesen Willen erfahren könnten — er bleibt doch nur ein Faktum, aus dem die Verbindlichkeit nicht folgen kann. Der juristische Ästhetizismus, der sich auf das „Rechtsgefühl“ verlassen will, hat nicht einmal eine Antwort auf die Frage, wie denn entschieden werden soll, wenn zwei Menschen in einem Interessenkonflikt von verschiedenen Rechtsgefühlen geleitet werden, ist also wissenschaftlich überhaupt nicht ernst zu nehmen. Und schließlich der juristische Logizismus, der über die bloße Logik hinaus keines weiteren philosophischen Kriteriums mehr zu bedürfen glaubt und daher die innere Widerspruchslosigkeit einer Rechtsordnung als einziges Kriterium annimmt, bietet uns nichts als die bloße Form der Gesetzlichkeit, ohne alle Rücksicht auf die Rechtlichkeit des Gesetzes. Konsequenz ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Rechtlichkeit einer Gesellschaftsordnung . . . Es genügt nicht, den bloßen Begriff eines Rechtsgesetzes zu haben, sondern man muß über ihn hinausgehen und ein Merkmal dafür feststellen, was denn unter diesen Begriff fällt und was nicht.

Nur der juristische Kritizismus kann zum Ende gelangen. Er ist erstens dadurch charakterisiert, daß er die Rechtslehre auf eine philosophische Erkenntnis gründet, d. h. auf ein unabhängig von aller Erfahrung feststehendes Prinzip a priori, welches er zweitens nicht auf eine mystische Weise erhalten hat, sondern durch eigenes Nachdenken, das drittens aus der ursprünglich dunklen (nicht, wie der Ästhetizismus annimmt, schlechthin dunklen) eine klare Erkenntnis macht. Aber, viertens: keine bloß logische, durch Zergliederung von Rechtsbegriffen gewonnene, sondern eine metaphysische Erkenntnis, das Wort streng in KANTS Sinne genommen (Grundlegung einer Metaphysik der Sitten).

Die Rechtslehre ist praktische Metaphysik und als solche völlig unabhängig von der „spekulativen“ Metaphysik; denn ein Gesetz des Sollens läßt sich nicht logisch zurückführen auf ein solches des Seins. Die Rechtsgesetzgebung aber ist eine Gesetzgebung des Sollens und nicht des Seins. Ihre Imperative sind nicht hypothetische, sondern kategorische. Und zwar fragt sie nicht wie die Religion nach dem objektiven Zweck des Daseins der Dinge überhaupt, ist nicht objektive, sondern subjektive Teleologie. Sie bezieht sich auf den Zweck der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens durch die Menschen. Hier steht die „innere praktische Naturlehre“ oder die Tugendlehre, die Ethik, koordiniert neben der äußeren praktischen Naturlehre, der Rechtslehre. Beide entspringen aus demselben allgemeinen Gesetz, das zugleich Rechtsgesetz und Sittengesetz ist. Und zwar ist es die Form, die das Sittengesetz macht, die Beziehung auf den Willen des einzelnen. Wenn wir davon abstrahieren, und allein auf den Inhalt des Sittengesetzes reflektieren, so erhalten wir das Rechtsgesetz.

Als Rechtsgesetz bezieht sich das Sittengesetz unmittelbar auf den Zustand der Gesellschaft; und die Lehre von den Anforderungen des Rechtszustandes für die Gesellschaft ist die Rechtslehre. Diesen Rechtszustand zu verwirklichen, ist nicht die Pflicht des einzelnen; seine Pflicht ist nur, kein Unrecht zu tun, nicht aber die Verwirklichung eines Zustandes, in dem von keiner Seite Unrecht geschieht. Hier besteht kein kategorischer Imperativ, sondern ein kategorischer Optativ, ein Ideal: das Rechtsideal. Nur die Tugendlehre kann die Frage beantworten, wie weit das Streben auf die Verwirklichung dieses Ideals dem einzelnen als Aufgabe gestellt werden kann. Die Rechtslehre geht diese Frage nichts an.

Sie ist die Lehre vom Rechtszustand, d. h. sie entwickelt die Anforderungen, die an den Zustand der Gesellschaft zu stellen sind, damit er ein Rechtszustand zu heißen verdient . . . Der Rechtszustand soll in der Gesellschaft bestehen; das ist ein abgekürzter Ausdruck dafür, daß er die notwendige Bedingung ist, die erfüllt sein muß, damit der Gesellschaft überhaupt irgend ein Wert zukommen könne.

Zuerst wird die formale Rechtslehre entwickelt. Sie geht allein von der Form des Rechtsgesetzes aus, unter voller Abstraktion von seinem Inhalt. Sie fragt nach den Bedingungen, die ein Gesellschaftszustand erfüllen muß, wenn er sich als ein Rechtszustand auch nur ohne logischen Widerspruch denken lassen soll. Ihr Grundbegriff ist der Begriff des Rechts. Recht ist die praktische Notwendigkeit der gegenseitigen Beschränkung der Freiheitsphären in der Wechselwirkung der Personen.

Schon aus dem bloßen Begriff des Rechtsgesetzes lassen sich eine Reihe von Sätzen entwickeln, die, ohne selbst schon zur Aufstellung irgendeines positiven rechtlichen Postulats hinzureichen, doch einen Inbegriff notwendiger Bedingungen formulieren, die alle diejenigen Lehren auszuschließen erlauben, die sich schon mit der bloßen Form eines Rechtsgesetzes in Widerspruch setzen. Diese „analytischen Prinzipien der formalen Rechtslehre“ sind die folgenden:

Rechtliche Allgemeingültigkeit: das Subjekt des Rechtssatzes kann nie anders als auf Grund eines Begriffes bestimmt sein. — Rechtliche Differenzierung: das Gesetz verlangt die Gleichheit der Rechtsfolge nur unter den gleichen Umständen. — Rechtliche Autonomie: keine willkürliche Satzung kann den Grund einer Verbindlichkeit enthalten, denn sie wäre eine Tatsache und nicht selbst ein Gesetz. Rechtliche Verbindlichkeit ist nur möglich, sofern sie durch eigene Einsicht des rechtlich Verpflichteten möglich ist. Aber sie hängt nicht ab von der faktischen Einsicht des Verpflichteten: Prinzip der rechtlichen Objektivität. Daraus folgt das Prinzip des Rechtszwanges, das aber wieder beschränkt ist durch das Prinzip der rechtlichen Freiheit; es darf nicht etwa die Freiheit willkürlichen Handelns überhaupt aufgehoben werden, um die Möglichkeit des Unrechttuns auszuschließen. Denn Verbindlichkeit besteht ja nur, insofern sie durch die eigene Einsicht des Verpflichteten möglich ist. Schließlich gehört zum bloßen Begriffe eines Rechtssatzes das Prinzip des Rigorismus: jeder Wert, den ein Gesellschaftszustand haben könnte, ist eingeschränkt auf die Bedingung seiner Rechtlich-

keit, jeder kollidierende andere Wert ist ausgeschlossen. — Diesem Rigorismus, demzufolge die Notwendigkeit des Rechts durch keinen Zweck bestimmt ist, steht zur Seite das Prinzip des rechtlichen Indeterminismus, wonach die Anwendbarkeit des Rechtes allemal durch einen Zweck bestimmt ist, denn das Recht ist nichts anderes als die Regel des notwendigen Ausgleichs im Verhältnis solcher Werte, die an und für sich vom Recht unabhängig sind: der mit den streitenden Interessen verbundenen Werte.

Das läßt sich bereits aus dem bloßen Begriff eines Rechtsgesetzes analytisch ableiten. Darüber hinaus bedarf die formale Rechtslehre einer, nur einer einzigen synthetischen Voraussetzung: Es gibt ein Rechtsgesetz, eine Voraussetzung, die in dem bloßen Begriff eines solchen nicht enthalten ist. Welche Voraussetzungen fließen daraus für eine Gesellschaft in der Natur?

Dazu brauchen wir nur die Formel des Rechtsgesetzes zu zerlegen. Es bezieht sich, als ein Gesetz des Sollens, auf die Wechselwirkung vernünftiger Wesen in der Natur. Das, was wirklich in der Natur geschieht, steht unter der Wirkung der Naturgesetze: es ist also zufällig, wenn das, was in der Gesellschaft gelten soll, auch wirklich in ihr gilt. Nur ein vernünftiges Wesen, das der Vorstellung von Gesetzen fähig ist, kann einem Rechtsgesetz unterworfen sein. Und zwar bezieht sich dieses auf den Willen. Nur ein Wesen, das einen Willen hat, der, wenn auch nicht durch das Gesetz selbst, — was in der Natur unmöglich ist — so doch durch die Vorstellung des Gesetzes bestimmbar ist, kann einem Rechtsgesetz unterworfen sein. Daraus folgen: 1. die Notwendigkeit der Gedankenmitteilung durch die Sprache; 2. die Notwendigkeit bestimmter Verteilung des Besitzes; 3. die Möglichkeit des Mangels an rechtlicher Einsicht; 4. die Möglichkeit des Mangels an gutem Willen.

Und daraus folgen die Postulate der formalen Rechtslehre: 1. das Recht der Sprache, die nicht zur Täuschung gebraucht werden darf: denn die Möglichkeit der Wechselwirkung vernünftiger Wesen besteht nur insofern, wie sie einander in ihren Aussagen trauen können; 2. das Recht des Eigentums: denn erst durch eine eindeutige Verteilung des Besitzes in der Gesellschaft tritt an die Stelle des bloß physischen Besitzes das Eigentum, d. h. der Rechtsanspruch gegen alle anderen; 3. die Öffentlichkeit des Rechts: nicht nur müssen die Gesetze öffentlich sein, sondern auch das Gericht; 4. die Rechtssicherheit: die Gesellschaft soll sich einem, absichtliche Übertretungen des Gesetzes ausschließenden, Zwange unterwerfen.

Wir kommen zur materialen Rechtslehre. Der bisher nicht berührte Inhalt des Rechtsgesetzes heißt: Gerechtigkeit ist Recht.

Gerechtigkeit heißt aber nichts anderes als persönliche Gleichheit, d. h. die Ausschließung jedes durch die numerische Verschiedenheit der einzelnen Person bedingten Vorzugs. Hiermit ist nicht die Bevorzugung einer Person ausgeschlossen, sondern nur jede, nicht durch einen qualitativen Unterschied in der Lage des einen und anderen bedingte Bevorzugung.

Diese entscheidenden Sätze sind in der Kritik der praktischen Vernunft ausführlich bewiesen worden, werden hier also vorausgesetzt.

Dieser Begriff der Gerechtigkeit ist ein formaler in dem Sinne, daß er uns auf eine andere von ihm unabhängige Erkenntnis verweist, auf Grund deren wir erst begreifen können, ob ein vorgelegter Gegenstand unter diesen Begriff fällt oder nicht. D. h. wir müssen die Interessen kennen, die miteinander in Konflikt geraten. Das Rechtsgesetz hat ferner „limitierenden Charakter“. Es schließt nur diejenigen Formen der Wechselwirkung der Personen aus, die die persönliche Gleichheit verletzen, zeichnet aber unter denjenigen, die dieser Bestimmung genügen, keine bestimmte aus.

Daraus folgen die Postulate der materialen Rechtslehre: 1. das Vertragsrecht; 2. das positive Gesetz, d. h. ein solches, das die Verteilung des Besitzes regelt; 3. die Verteilung des Eigentums nach dem Prinzip der persönlichen Gleichheit, unter Ausschließung jedes nur durch die numerische Bestimmtheit der Personen bestimmten Vorzugs; 4. das Strafrecht: der Verbrecher soll eine der von ihm widerrechtlich verübten gleiche Schädigung erfahren: Politik der Wiedervergeltung.

Daraus folgt, daß ein „Naturrecht“ unmöglich ist, wenn man darunter einen aus dem philosophischen Prinzip des Rechts abgeleiteten Rechtskodex versteht. Die acht von uns gewonnenen Postulate der formalen und materialen Rechtslehre sind in diesem Sinne nicht Naturrecht, sondern haben nur regulative Bedeutung. Der wirkliche Rechtskodex muß dem Vorhandensein von Arten gleichen Handelns und Geschehens in der Natur entsprechen; er muß dem „Prinzip der Spezifikation“ gerecht werden. Daraus folgt weiter die Wandelbarkeit aller positiven Gesetzgebung.

Es gibt nur einen einzigen materialen Satz des Naturrechts: alle vernünftigen Wesen haben das Recht auf die gleiche äußere Möglichkeit, zur Selbstbestimmung zu gelangen. Das Recht auf Geistesfreiheit und vernünftige Selbstbestimmung ist unveräußerlich, alle künstliche Bevormundung ist widerrechtlich. Jener einzige Naturrechtssatz lautet also in voller Ausführlichkeit: durch das öffentliche Gesetz soll die gleiche äußere Möglichkeit für alle, zur Bildung zu gelangen, gesichert und die geistige Freiheit eines jeden gegen künstliche Bevormundung geschützt werden.

\* \* \*

Damit sind wir zur Politik gelangt, der diese Rechtslehre als Grundlage dient. Politisch ist alles das, was auf eine bestimmte Gestaltung der äußeren Form der Gesellschaft abzielt<sup>1)</sup>. Und zwar ist die philosophische Frage die nach dem politischen System, das uns den Weg weist zur Verwirklichung eines ausgezeichneten politischen Zieles, das feststehen muß ohne Rücksicht auf das Belieben der Menschen, eines Zieles, das ihm durch ein aller Willkür

1) Hier weicht meine Definition scheinbar von der N.s ab. Ich definiere „Politik“ als die „Wert verzehrende Handlung“ mit Menschen, d. h. eine Handlung, die Menschen behandelt, als wären sie Sachen. Ich meine damit die historische Politik, die „Realpolitik“ des Klassenstaats; N.s Definition will aber auch die auf das Recht gegründete Politik im philosophischen Sinne mitverstehen.



entrücktes Gesetz eindeutig vorgeschrieben ist . . . , das uns einen Maßstab an die Hand gibt zur Beurteilung politischer Angelegenheiten nicht mit Rücksicht auf die bloße Klugheit bei der Wahl der Einrichtungen, sondern auf die Weisheit, d. h. auf die Angemessenheit der Wahl an das objektiv vorzugswürdige Ziel. Es handelt sich also um ein Ideal, das auf dem Wege der Erfahrung nicht gefunden werden kann und eben darum die Frage der philosophischen Politik ist. Und zwar ein politisches Ideal, das sich unmittelbar auf die äußere Form der Gesellschaft bezieht, also unabhängig ist von der Gesinnung der Menschen, im Gegensatz zum pädagogischen Ideal.

Politik als Wissenschaft ist also nichts anderes als eine systematische Anweisung zur Ausübung der Kunst der Politik, der Staatskunst oder noch bestimmter: der Regierungskunst. Sie betrifft die äußere Gestaltung des Staates zum Rechtsstaat, das ist eines Staates, in dem der mit Zwangsgewalt versehene Wille sich auf das Recht richtet, der Gesellschaft die Form der Rechtsgemeinschaft gibt. Und zwar gilt das nicht nur für den Staat im engeren Sinne (innere Staatslehre), sondern auch für den Staatenbund (äußere Staatslehre): für Staatspolitik und Staatenpolitik.

Die Auszeichnung dieses bestimmten Zweckes des Staates im Gegensatz zu allen anderen möglichen ist ausschließlich eine Angelegenheit der Philosophie und nicht der Erfahrung. Diese kann uns nur zu relativen Werturteilen führen, kann uns über die Tauglichkeit der Mittel zu beliebigen Zwecken, aber nicht über die Vorzugswürdigkeit oder Minderwertigkeit der Zwecke selbst belehren. Den Weg der Politik von der Utopie zur Wissenschaft weist uns allein die reine, von aller Erfahrung freie Philosophie. Man muß nur nicht auf ihre angebliche Unfruchtbarkeit pochen; man muß die Scheu vor dem beschwerlichen Weg des abstrakten Denkens überwinden, indem man nicht mehr darauf erpicht bleibt, schon ans Ziel zu kommen, ehe man angefangen hat, zu arbeiten.

Diese Staatslehre ist praktisch und überläßt die Fragen: welche Zwecke im Staat tatsächlich verfolgt werden?, wie er geschichtlich entstanden ist? wie er sich entwickelt hat und mutmaßlich entwickeln wird? der theoretischen oder soziologischen Staatslehre. Sie fragt dagegen, wie der Staat der Idee nach beschaffen sein sollte, d. h. welche praktisch notwendigen Zwecke er sich stellen soll, während er die nur praktisch möglichen dem Belieben der Menschen überläßt. Und es gibt nur einen einzigen praktisch notwendigen Zweck: das Recht. Philosophische Politik kann nur Rechtspolitik sein.

Nun steht aber die Gesellschaft unter Naturgesetzen, deren Kenntnis wir nur aus der Erfahrung schöpfen können. An diese Erfahrung und mithin an die Soziologie müssen wir uns wenden, wenn wir die Mittel zu bestimmen haben, durch die die Staatskunst ihr Ziel, das Recht, verwirklichen kann. Jedoch lassen sich gewisse, von der Soziologie aufgewiesene Mittel bereits a priori ausschließen, deren Anwendung von vornherein dem letzten Ziele widerstreitet. Es ist eine Kritik aller positiven Gesetzgebungen schon rein a priori möglich.

Die methodologische Strenge erfordert, zunächst, unter Abstraktion von

allen bestimmten Erfahrungen der Soziologie, nur von der allgemeinen Erkenntnis auszugehen, daß die Gesellschaft als solche unter Naturgesetzen steht, und ferner von allem Inhalt des ausgezeichneten Ziels der Politik ebenfalls zu abstrahieren und nur die eine Voraussetzung beizubehalten, daß es überhaupt ein ausgezeichnetes Ziel der Politik gibt; auf diese Weise wird zunächst einmal ein Minimum von Voraussetzungen entdeckt, das von allem Streit über den Inhalt des politischen Ziels noch unberührt bleibt: ein gemeinsamer Boden aller Schulen und Parteien. Ja, man kann sogar auch diese letzte Voraussetzung vorläufig noch fallen lassen, ohne sich dadurch die Möglichkeit fruchtbarer, freilich jetzt nur noch kritischer Ergebnisse zu berauben. D. h. wir können a limine alle politischen Einrichtungen und Doktrinen als verfehlt abweisen, die nicht einmal der logischen Anforderung der inneren Widerspruchslosigkeit genügen.

Es wird zunächst die formale Politik abgehandelt, die nur von der Voraussetzung ausgeht, daß es ein politisches Ideal gibt, ohne Rücksicht auf seinen Inhalt. Die materiale Politik wird dann auch den Inhalt, die Verwirklichung des Rechts, mit in ihre Voraussetzung aufnehmen.

Der Obersatz der formalen Politik heißt also: es gibt ein Rechtsideal. Nun steht (Untersatz) die Gesellschaft unter Naturgesetzen; nicht der überwiegende Wert, sondern die überwiegende Kraft gibt in der Natur den Ausschlag. Also kann die Vorstellung des Wertes den Erfolg bewirken nur durch das Mittel der Kraft, die sie auf dieses Ziel richtet. Der Rechtszustand kann daher (Schlußsatz) nur dadurch verwirklicht werden, daß ein Wille, der über eine allen anderen Gewalten der Gesellschaft überlegene Gewalt verfügt, sich seine Verwirklichung zum Zweck macht.

Diese Ableitung widerlegt zunächst den Anarchismus: die Unterwerfung der einzelnen unter eine Regierung, d. h. unter den Willen des Machthabers, scheint mit der Idee des Rechts in Widerspruch zu sein. Aber es ist nur ein Schein. Denn zwar herrscht in der Natur unvermeidlich die Gewalt. Wäre mit dieser die Herrschaft des Rechts unvereinbar, so wäre nicht nur der Staat, sondern die Geltung des Rechts in der Natur überhaupt unmöglich. Der Trugschluß beruht auf der Annahme, daß Gewalt immer rechtlose Gewalt sein muß. Das ist aber irrtümlich. Die Geltung des Rechts ist zwar von Natur aus nicht notwendig, aber keineswegs unmöglich. Und deswegen muß eine Regierung nicht notwendig despotisch sein, d. h. die Gesellschaft der Willkür des Machthabers und also seinem Privatinteresse unterwerfen. Sondern es kann durch die Gewalt das Recht herrschen, wenn der Wille des Machthabers sich diesen Erfolg zum Zweck setzt. Hebt man den Staat auf, so würde man nicht, wie man träumt, dem gewaltlosen Recht, sondern gerade der rechtlosen Gewalt das Feld freigeben.

Die Schlußfolgerung widerlegt ferner den Optimismus, wonach sich das Ideal des Rechts von selbst durchsetzt. Die Gesellschaft steht eben unter Naturgesetzen, und so ist es „phantastischer Scheinidealismus“, der den praktischen Glauben an das Rechtsideal, als eine uns überlassene Aufgabe, preisgibt zugunsten des Aberglaubens an eine verborgene Macht, die von sich aus

das Recht zur Geltung bringt. Ebenso wird der Pessimismus als phantastischer Scheinrealismus entlarvt, der die Möglichkeit der Verwirklichung des Rechts auch durch den Staat leugnet, weil er sich auf die Notwendigkeit der Naturgesetze beruft, um daraus die Nichtigkeit des Rechtsideals abzuleiten. Denn, wie gesagt, es ist durchaus möglich, daß der auf die Verwirklichung des Rechts gerichtete Wille die überwiegende Gewalt in der Gesellschaft erlangt und daher nach Naturgesetzen sein Ziel verwirklicht.

Diesen beiden nahe verwandten Abarten des politischen Fatalismus steht als einzig berechtigt der politische Idealismus gegenüber, der den Rechtsstaat als Aufgabe auffaßt und mit dem echten politischen Realismus untrennbar verknüpft ist, der sich völlig dessen bewußt ist, daß sein Erfolg sich lediglich nach der Verteilung der Macht bestimmt, die er eben aus diesem Grunde zu erreichen entschlossen ist.

Für die Verfassung des Staats ergibt sich zunächst, daß ein Wille bestimmt sein muß, der die höchste Gewalt in der Gesellschaft lenkt, um durch sie das Gesetz geltend zu machen, kurz ein Regent. Hier hat die formale Staatspolitik, die noch kein bestimmtes Ideal ausgezeichnet hat, zwei einander scheinbar widersprechende Gesetze zu verteidigen: die recht verstandene Maxime der Beschränkung der Regierungsgewalt, andererseits die recht verstandene Maxime der Unbeschränktheit der Regierungsgewalt. „Der Schein des Widerstreits zwischen den beiden Maximen ist der versteckte Grund aller der Trugschlüsse, die die formale Staatspolitik bis heute verwirren.“

Zunächst: gibt es ein Rechtsverhältnis zwischen Volk und Regierung? Das ist eine wichtige Vorfrage, die entschieden werden muß, ehe man weitergelangen kann. Aus dem Fehler, sie zu überspringen, wächst z. B. die Lehre von der Verteilung der Gewalten im Staate. Es gibt nicht drei Gewalten, sondern nur drei notwendige Geschäfte der einen und einzigen Regierung: Gesetzgebung, Rechtssprechung und Zwangsgewalt der Regierung zur Sicherung des Gesetzes. Aber diese Geschäfte stehen notwendig unter der höchsten Gewalt, bleiben daher von ihrem Willen abhängig. Man kann keine von dem Regenten unabhängige Gewalt einsetzen: denn entweder sind sie sich gleichgewichtig gleich, dann ist der regierende Wille und die Einheit des Staates aufgehoben; oder man gibt der neuen Gewalt das Übergewicht, dann ist sie selbst der Regent. M. a. W. solange das Volk überhaupt eine Regierung hat, ist es durch keine Gewalt gegen ein Unrecht von seiten der Regierung geschützt. Die einzige Beschränkung der Regierung liegt in der moralischen Macht des öffentlichen Rechtsbewußtseins. Fehlt es diesem an der dazu erforderlichen Kraft, so bietet keine Verfassung die Möglichkeit, einen Mißbrauch der Gewalt auszuschließen. Die Aufgabe, das Rechtsverhältnis zwischen Volk und Regierung politisch zu schützen, widerspricht sich also selbst. Damit ist die Lehre von der Einheit der notwendigen Staatsgewalt ausgesprochen. Alle konstitutionellen Garantien sind nur Sophistik, und zwar gefährlichste Sophistik, weil sie das öffentliche Rechtsbewußtsein verfälschen und abstupfen. Die politische Beschränkung der Regierungsgewalt hat den ihrer Absicht entgegengesetzten Erfolg, die Unbeschränktheit der rechtlosen Willkür zu garan-

tieren. Die konstitutionelle Verantwortlichkeit ist nur die Maskerade des Despotismus.

• Noch mehr! Ein rechtliches Prinzip der Staatsverfassung ist überhaupt unmöglich. Denn es gibt gar kein Rechtsverhältnis zwischen Volk und Regierung. Der Gesetzgeber und Regent ist nur der Vertreter des abstrakten Rechtsgesetzes. Nur als solcher und nicht als Person steht er zum Volke in Beziehung; und nur zwischen Personen können Rechtsverhältnisse bestehen. Niemand ist Gesetzgeber von Rechts wegen; er ist es nur insofern, als er das Rechtsgesetz öffentlich ausspricht. Denn nichts ist rechtlich verbindlich als das Rechtsgesetz, und zwar unabhängig davon, wer es ausspricht. Das ist (um mit KELSEN zu sprechen) die einzig mögliche „Ursprungsnorm“ aller Gesetze. Und eine Verfügung treffen, ist etwas ganz anderes als ein Gesetz aussprechen. Es gibt kein Recht weder für eine Person, noch für eine Klasse von Personen, dem Volk Gesetze zu geben oder das Volk zu regieren. Und es gibt keine Pflicht für ein Volk, sich einer Gesetzgebung und einer Regierung zu unterwerfen. Es gibt nur eine Pflicht für das Volk, sich dem Rechtsgesetz zu unterwerfen. Und es gibt gegen das Volk nur das Recht, das Rechtsgesetz auszusprechen und geltend zu machen und nach dem Rechtsgesetz zu regieren.

Damit ist nun jener Schein des Widerspruchs aufgelöst. Der Regent ist beschränkt, insofern er nur das Rechtsgesetz aussprechen und geltend machen darf; er ist rechtlich beschränkt; aber er ist politisch unbeschränkt, ist die höchste Gewalt. Damit ist sowohl das autokratische, wie das demokratische Prinzip widerlegt, die beide irrigerweise annehmen, daß rechtliche und politische Unbeschränktheit miteinander untrennbar verknüpft sind, weil sie sie nicht zu unterscheiden verstehen. Und damit zeigt sich noch deutlicher als bisher, daß zwischen Regierung und Volk kein Rechtsverhältnis, sondern lediglich ein politisches Verhältnis besteht: es gibt also kein zu schützendes Rechtsverhältnis zwischen beiden.

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich erstens das Postulat der gesetzlichen Gebundenheit aller Regierungsmaßnahmen. Im Staat soll das Recht als öffentliches Gesetz herrschen; das Gesetz aber hat als solches Allgemeingültigkeit, es gilt in gleicher Weise für jede Person, die unter seinen Begriff fällt. Das ist das Prinzip der rechtlichen Allgemeingültigkeit. Daraus folgt ferner das Postulat der Ausschließung bloßer Klassenvorrechte. Eine Differenzierung der Personen zur einen oder anderen Klasse darf nur kraft eines im Rechtsgesetz selbst nachweisbaren Grundes stattfinden: und die Beweislast liegt allemal auf seiten dessen, der die Notwendigkeit einer solchen Differenzierung behauptet.

Daraus folgt aber nicht das rechtliche Prinzip der Volkssouveränität oder der Demokratie. Denn das Postulat der Ausschließung bloßer Klassenvorrechte bezieht sich gar nicht auf die Staatsverfassung, sondern auf den Inhalt der Gesetzgebung. Die Frage, wer das Gesetz gibt, wird dadurch nicht berührt. Man darf nicht die Allgemeingültigkeit des Gesetzes mit der Frage seiner Anwendbarkeit verwirren. Diese hängt von den Umständen ab. Und darum

verlangt die Allgemeingültigkeit des Gesetzes notwendig das Prinzip der rechtlichen Differenzierung. Gleichheit der Rechtsfolge kann dem Gesetz nach nur notwendig sein unter der Voraussetzung einer Gleichheit der Umstände. Daher gibt es auch nicht ohne weiteres eine Gleichheit des Rechts aller, an der Gesetzgebung teilzunehmen. Aus dem formalen Prinzip der rechtlichen Gleichheit ist kein Schluß möglich auf ein demokratisches Prinzip im Sinne eines rechtlichen Prinzips der Staatsverfassung. Hier liegt noch eine besondere Täuschung zugrunde. Man verwirft ganz richtig die Herrschaft des Privatwillens des Despoten und setzt ihm den sogenannten allgemeinen Willen oder Gesamtwillen oder Volkswillen entgegen. Aber das ist wieder eine Erschleichung. Versteht man darunter den übereinstimmenden Willen aller, so ist damit die Entbehrlichkeit einer Gesetzgebung überhaupt nachgewiesen; versteht man darunter das Gesamtergebnis aus dem Zusammen- und Entgegenwirken des Wollens aller einzelnen im Volk, dann ist es natürlich, daß der allgemeine Wille das Gesetz gibt. Oder versteht man darunter den Willen der Mehrheit, dann ist keine Gewähr dafür gegeben, daß dieser Wille sich das Recht zum Zweck setzt, und der einzelne würde gerade wie unter dem Despotismus überwältigt werden können. Es kommt nicht auf den Gegensatz des Willens der einzelnen und des Willens der Gesamtheit oder der Mehrheit an, sondern auf den Gegensatz zwischen Willkür überhaupt und Gesetz. Niemandes Interesse und niemandes Willkür, weder eines einzelnen, noch vieler, noch aller, sondern das Gesetz soll in der Gesellschaft herrschen.

Aus unseren Ergebnissen folgt weiter die Unmöglichkeit des politischen Autoritätsprinzips. Das Gesetz bezieht sich auf den Willen des vernünftigen, d. h. der Einsicht in das Gesetz fähigen Wesens: Prinzip der rechtlichen Autonomie. Nur auf diesen Willen, auf das Vermögen rechtlicher Einsicht aller, kann sich die Geltung des Gesetzes stützen. Dieser allgemeine Wille, d. h. die Vernunft jedes einzelnen, ist der wahre Souverän von Rechts wegen. Und es gibt kein anderes Recht der Souveränität. Es folgt weiter das Postulat der Publizität: kein Gesetzgeber darf den Anspruch erheben, für unfehlbar zu gelten: das Gesetz muß die unbeschränkte Freiheit der Kritik zulassen.

Wir übergangen die weiteren interessanten Beweise gegen die Möglichkeit eines materialen Autoritätsprinzips und gegen das staatsrechtliche Prinzip der Volkssouveränität.

Die positive Lösung ist: die Herrschaft der Weisen. Da es unmöglich ist, die Rechtlichkeit der Gesetzgebung von der Person des Gesetzgebers abhängig zu machen, erfolgt hier gerade umgekehrt die Auszeichnung des Gesetzgebers auf Grund der Rechtlichkeit seiner Gesetzgebung. Da in der Gesellschaft vernünftiger Wesen in der Natur kein Naturgesetz existiert, wonach wir es mit lauter hinreichend gebildeten Personen zu tun hätten, da die Vernunft nur im Urteil des hinreichend Gebildeten in Erscheinung tritt, so folgt, daß dieser allein, kraft der Souveränität der Vernunft, Gesetzgeber von Rechts wegen in der Gesellschaft sein kann. Und nur die Wissenschaft kann entscheiden, wer zur Ausübung des Berufs des Regenten in der Gesellschaft

hinreichend gebildet ist. Daraus folgt das Postulat der wissenschaftlichen Kontrolle, d. h. der Zustimmung desjenigen Urteils, das von allen subjektiven Bestimmungsgründen frei und also wissenschaftlich begründet ist; und das Postulat der Regentenerziehung.

Hier ist die einzige Stelle, wo ich von N. in gewisser Beziehung abweiche. Ich stimme grundsätzlich zu, finde aber, daß sich N. dieses Problem der Auswahl des Regenten unnötig schwer macht und zwar aus einer Täuschung, die, wie mir scheint, nur die theoretische Soziologie des Staates richtigstellen kann. N. kann sich, zeitgebunden wie wir alle, nur einen zentralistischen Staat vorstellen, bei dem die Regierungsgewalt in der Spitze liegt und liegen muß. Es ist aber ein föderalistischer Staat nicht nur möglich, sondern unter soziologischem Aspekt im höchsten Maße wahrscheinlich, bei dem die weit überwiegende Gewalt in den verbündeten territorialen und beruflichen Genossenschaften liegt, während sie nach der Spitze zu immer schwächer wird und in der Spitze selbst nahezu auf Null eingeschrumpft ist. Im kleinen Kreise ist aber die Auswahl der einzelnen Führer offenbar nicht nur ungleich leichter, sondern auch ein etwaiger Irrtum ungleich harmloser. In meiner jetzt im Druck befindlichen Soziologie des Staates (System der Soziologie II) habe ich diese Entwicklung mit gebührender Ausführlichkeit dargestellt.

Von den politischen Folgerungen, die aus N.'s Sätzen gezogen werden, hebe ich als besonders interessant die folgenden heraus:

Der Streit zwischen dem Liberalismus und Sozialismus entspringt der Verwirrung von Rechtsschutz und Interessenschutz, indem man auf der einen Seite im Namen der rechtlichen Freiheit alle Eingriffe der Staatsgewalt in das freie Spiel der Kräfte verwirft, und auf der anderen Seite im Namen des rechtlich notwendigen Zwanges alle individuelle Freiheit zugunsten staatlicher Bevormundung preisgibt. Beide Prinzipien sind dogmatisch und falsch. Wir werden das Richtige beider Gedanken vereinigen, indem wir die rechtliche Freiheit der einzelnen gegen staatliche Bevormundung in Schutz nehmen, aber dem Staat das Recht und die Pflicht zuweisen, in das freie Spiel der Kräfte einzugreifen, um es auf die Bedingung des Rechts einzuschränken. Denn beides liegt sowohl im Begriff der rechtlichen Freiheit wie des rechtlichen Zwangs. Eine weitere wichtige Folgerung ist, daß die wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgaben an sich Sache der Gesellschaft und nur insoweit Sache des Staates sind, wie ihm die rechtspolitische Aufgabe der rechtlichen Verteilung der Güter zufällt.

Durch das Prinzip des rechtlichen Rigorismus ist jeder Staatszweck auf die Bedingung eingeschränkt, daß seine Verfolgung mit dem Zweck des Rechts in Übereinstimmung ist. Eine Politik, die sich von dieser Einschränkung lossagt, ist politischer Libertinismus. Jenes Prinzip erteilt den Postulaten der Rechtspolitik erst ihre volle praktische Bedeutung. Die Regierung soll sich nicht nur selbst aller libertinistischen Politik enthalten, sondern sie soll durch positive Maßnahmen dem Recht die ihm zukommende Oberherrschaft über alle anderen Bestrebungen sichern. Und zwar ohne Rücksicht auf weitere, dem Recht möglicherweise widerstreitende Zwecke. Dies ist nicht eine hypothetische, sondern eine kategorische Notwendigkeit.

Dieser Grundsatz führt weder zu Utopismus noch zu Opportunismus. Man muß zwischen der praktischen Unbeschränkbarkeit des Ideals und seiner physischen Beschränkbarkeit klar unterscheiden. Da die Gesellschaft als solche unter Naturgesetzen steht, läßt sich das praktisch notwendige Ziel physisch nicht ohne weiteres erreichen, sondern man muß sich dem Rechtsideal schrittweise annähern, in einer Politik der Kompromisse. Wer auch seine physische Unbeschränkbarkeit behauptet, verfällt dem politischen Utopismus, wer anderseits die praktische Unbeschränkbarkeit preisgibt, dem politischen Opportunismus. Wie sich jener im Namen des rechtlichen Rigorismus mit dem politischen Realismus entzweit, weil er ihn als Libertinismus verdächtigt, so dieser umgekehrt im Namen des politischen Realismus mit dem rechtlichen Rigorismus, weil er das Rechtsideal selbst als Utopie verdächtigt. Beide kommen praktisch darauf hinaus, das Ideal wirklich zur Utopie zu machen, sei es, daß der vermeintliche Rigorist die Hindernisse einer kompromißlosen Verwirklichung des Ideals in der Schwärmerei des Optimismus durch Ignorierung vernichten oder in der Raserei des Fanatismus überrennen will, sei es, daß der vermeintliche Realist in der Verzweiflung des Pessimismus vor der Wirklichkeit kapituliert oder mit der Unbekümmertheit des Zynismus das doch unerreichbare Ideal zugunsten greifbarer Güter beiseite schiebt.

\* \* \*

Damit kommen wir zur materialen Staatsphilosophie. Sie soll uns als philosophische Wissenschaft den Inhalt des Staatsideals entwerfen, nicht einen Idealstaat aus dem Kopfe erfinden, von dem verlangt werden könnte, daß er so unmittelbar verwirklicht werden sollte. Die wahre Aufgabe der philosophischen Politik hat nichts zu schaffen mit der müßigen Beschäftigung, unbekümmert um reale Bedingungen, politische Idealzustände zu erträumen. Was wir von ihr verlangen, das ist eine auf den geschichtlich vorgefundenen Staat anwendbare Staatslehre, die uns zwar nicht die einzelnen Handgriffe zeigt, wohl aber das zu erstrebende Ziel, soweit wir es kennen müssen, um uns in der Erfahrung orientieren, die Tatsachen deuten, Fortschritt und Rückschritt unserer Arbeit unterscheiden zu können.

Die materiale Staatspolitik hat zu unterscheiden zwischen den „Übereinkunftsgesetzen“ und den „Zwangsgesetzen“. Jene betreffen die Verträge des privaten Interessenausgleichs, die ihrem Inhalt nach nicht notwendig, sondern willkürlich sind. Diese betreffen Gesetze, die auch ihrem Inhalt nach notwendig sind.

Wir übergehen die Kritik der Prinzipien der Übereinkunftsgesetzgebung als von geringerem Interesse und wenden uns sofort der Kritik der Prinzipien der Zwangsgesetzgebung zu. Sie zerfällt in die Kritik der Prinzipien der verteilenden und der vergeltenden Gerechtigkeit. Jene betrifft erstens die Verteilung des Eigentums und zweitens der Kulturgüter, d. h. sie soll den rechtlich notwendigen Anteil des einzelnen an der Möglichkeit bestimmen, zur Bildung zu gelangen. So ergeben sich die drei Gebiete der Sozial-, der Kultur- und der Kriminalpolitik.

Unter Sozialpolitik wird verstanden der Inbegriff aller derjenigen zur Zwangsgesetzgebung gehörigen Maßnahmen, die die Verteilung des Eigentums in der Gesellschaft betreffen; sie ist also der Wirtschaftspolitik untergeordnet, die sich auch mit der Beschaffung der Güter zu beschäftigen hat. Wir unterscheiden zwischen dem Prinzip und der Methode der Sozialpolitik: das Prinzip der Sozialpolitik ist Gerechtigkeit, d. h. persönliche Gleichheit, nicht Gleichheit schlechthin, nicht Uniformität, sondern Gleichheit der Personen als solcher, d. h. deren Gleichheit abgesehen von dem qualitativen Unterschied ihrer Lage, der recht wohl eine Bevorzugung der einen vor der anderen rechtfertigen kann. (Das ist ungefähr das, was ich neuerdings als den „Zustand der rationalen Gleichheit“ bezeichnet habe.) Daraus folgt z. B., daß das Verhältnis zwischen Arbeit und Interessenbefriedigung bei den einzelnen gleich sein soll. Geschäftliche Unterordnung ist mit dem Prinzip durchaus vereinbar, ebenso eine gewisse Ungleichheit des Besitzes und der Arbeit. Das Prinzip darf nicht ohne weiteres dahin verstanden werden, daß die Verstaatlichung der Güterzuteilung ein geeignetes oder sogar das einzig zulässige Mittel ist. Das ist eine Frage der Methode und nicht des Prinzips der Sozialpolitik.

Arbeit, die an sich schon, als solche, ein Interesse befriedigt, bedarf eines geringeren Lohnes, als solche Arbeit, die kein eigenes Interesse befriedigt, sondern nur Mittel ist. Die Entlohnung hat zu erfolgen nicht nach der erzielten Leistung, sondern nach dem für sie gemachten Aufwand an Arbeit. Daraus folgt einerseits, daß es für den Arbeitsscheuen kein Recht auf ein Existenzminimum gibt, und daß es gar kein Recht auf den vollen Arbeitsertrag geben kann. Zwischen dem Arbeitsertrag und dem Arbeitsaufwand besteht keine eindeutige Beziehung. Die Gesellschaft wird aus Klugheit den Erfinder und den Begabten in ihrem Interesse entlohnen, sie wird dem Dilettanten nur dann den Anspruch auf Entlohnung versagen, wenn die Fruchtlosigkeit seines Arbeitsaufwandes auf Fahrlässigkeit beruht.

Das letzte Postulat des sozialpolitischen Prinzips ist die Bewertung der Interessen nach ihrer Qualität, gemessen am Ideal der Menschenwürde. Menschen sind vernünftige Wesen, die als solche nicht nur ein Interesse am Wert ihres Lebens haben, sondern sich diesen Wert selbst zu geben vermögen, als ihre Würde. Sie stehen unter dem Ideal der Bildung. Interessen, die auf die Verwirklichung dieses Ideals gerichtet sind, sind höhere, und sofern sich ihre Wichtigkeit durch ein objektives Ideal bestimmt, wahre Interessen. Die Würde des Menschen liegt in seiner vernünftigen Selbstbestimmung. Die Voraussetzung dieses Ideals ist es, was uns das Interesse an der Arbeit und überhaupt an Tätigkeit über das am bloßen Genuß stellen läßt und was uns berechtigt, die Arbeitsschwu als ein minderwertiges Interesse von der Abwägung auszuschließen und eine durch künstliche Bevormundung bedingte Zufriedenheit nicht gelten zu lassen. Demzufolge ist Wohlstand die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens. Er ist zu bestimmen als dasjenige Maß von Besitz, das notwendig und hinreichend ist, um dem einzelnen zu ermöglichen, zu dem Höchstmaß an Bildung zu gelangen, das er unter hinreichend günstigen äußeren Bedingungen wirklich erreichen würde.



Und nun zur Methode der Sozialpolitik. Sie schließt zunächst allen Utopismus und Opportunismus aus, sondern verlangt den politischen Realismus, der sein Ziel anstrebt, ohne zu wähen, es mit einem Sprunge erreichen zu können.

Jedenfalls wird der Privatbesitz beschränkt werden müssen. Ob er ganz aufgehoben werden muß, weil anders eine gewisse Ungleichheit entsteht, ist eine Frage der theoretischen Erfahrung. Jedenfalls beginnt der Begriff des sozialen Unrechts und damit die Aufgabe der Sozialpolitik erst mit dem Zeitpunkt, wo die Gesellschaft sich in bevorzugte und benachteiligte Klassen geschieden hat. Ein solches Verhältnis nennt N. im Anschluß an mich ein „Monopolverhältnis“ und nennt es Kapitalismus, sofern das Monopol im ausschließlichen Besitz der Produktionsmittel besteht.

Hier entsteht die Frage, wie der Kapitalismus zu beseitigen ist. Der Sozialismus ist praktisch notwendig, als unmittelbares Postulat des Rechtes selbst. Ist aber auch der Kommunismus als Mittel zu diesem Ziele notwendig? Muß der Privatbesitz an Produktionsmitteln abgeschafft werden? Oder umgekehrt: ist liberaler Sozialismus möglich?

Der Kommunismus als Mittel der Verwirklichung des Sozialismus oder des Rechtszustandes der Gleichheit kann nur in Frage kommen in dem Falle, wo der Kapitalismus die Folge eines Monopols ist, das nicht auf gewaltsamer Aneignung der Produktionsmittel beruht, sondern auf der Wirksamkeit rein ökonomischer Kräfte und also auf einem Prozeß, der nicht durch einen einmaligen vorübergehenden Eingriff des Staates rückgängig gemacht werden kann. (Hier geht N. von meinen grundlegenden Auffassungen aus.) Unter der per inconcessum gemachten Annahme, daß dieser Fall Wahrheit sei, untersucht N. das kommunistische Ideal und kommt zu seiner Verwerfung, und zwar nicht nur gewisser beträchtlicher Schwierigkeiten halber (Möglichkeit starken Absinkens der Gütererzeugung, Kryptokapitalismus, durch den Kommunismus bedingte Ungleichheit, Unmöglichkeit der Wahrung der Freiheit der höheren Berufe durch Einschränkung des Prinzips der staatlichen Arbeitszuteilung), sondern selbst unter der Voraussetzung einer schon über die Schranken der Natur hinaus idealisierten unfehlbaren Regierung. Wir können die sehr wichtigen Erörterungen aus Raumgründen hier nicht hersetzen und bringen nur den Schluß: „Nur um so klarer tritt der unaufhebbare Widerspruch in der Idee selbst hervor — der Idee des Kommunismus als der vollendeten Durchführung des Sozialismus . . . Der Idee nach kann das reine, kompromißlos durchgeführte Endziel nur der liberale Sozialismus sein, wie er uns, nicht etwa von dem Ideal der Freiheit, sondern von dem durch das wahre Interesse an der Freiheit inhaltlich bestimmten Rechtsideal der Gleichheit vorgezeichnet wird.“ (S. 397.)

Bei der Besprechung der Kultur- und Kriminalpolitik werden wir uns sehr viel kürzer fassen dürfen. Das Prinzip der Kulturpolitik ist ebenfalls das Rechtsideal, hier als die gleiche äußere Möglichkeit für alle, zur Bildung zu gelangen. Kraft dieses Prinzips besteht in der Schulpolitik das Recht der Unmündigen auf Bevormundung, beschränkt durch ein allgemeines gesetzliches

Kriterium der Mündigkeit. Dieses Recht ist das Recht auf Erziehung, also auf Schule, und zwar folgt aus dem Prinzip der gleichen Möglichkeit für alle, ihre Bildungsfähigkeit zu erweisen, die rechtliche Notwendigkeit der Einheitsschule. Vor allem aber folgt die Widerrechtlichkeit alles dogmatischen Unterrichts, namentlich der konfessionellen Bevormundung, die eine libertinstische, dem rechtlichen Rigorismus widerstrebende Maxime ist. Um dieser Gefahr zu entgehen, muß die Ausbildung des Lehrerstandes die vornehmste Angelegenheit eines rechtlich organisierten Staates sein. Für die Hochschule wird nicht nur die Freiheit, sondern auch die Reinheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, also auch hier der Ausschluß aller dogmatischen Lehren von den Hochschulen und richterliche Unabhängigkeit der Hochschullehrer gefordert.

Was die Kirchenpolitik anlangt, so ist N. ein entschlossener Gegner des Toleranzprinzips, das mit der Anerkennung eines Ideals der Menschenwürde überhaupt unvereinbar ist. Das Prinzip der Kirchenpolitik muß das unveräußerliche Recht auf Geistesfreiheit sein. Wer hier Staatseingriffe ablehnt, übersieht, daß der verlangte Zwang sich gerade aus der Notwendigkeit ableitet, einen Verstoß gegen das unveräußerliche Geistesrecht auszuschließen, das man durch eben diesen Zwang bedroht erkennt. Diezer Zwang beschränkt nur die Freiheit der Befriedigung eines widerrechtlichen Interesses. Wo es im Staate als selbstverständlich gilt, Diebe, Urkundenfälscher und Giftmischer kraft des Gesetzes unschädlich zu machen, da sollte der Seelenmord nicht als staatlich geschütztes Gewerbe betrieben werden dürfen. Denn welches Unrecht wäre wohl größer, dasjenige, wodurch die Menschen um den Genuß, oder das, wodurch sie um den Wert ihres Lebens betrogen werden?! Das geistliche Monopolverhältnis ist gerade so wenig zu dulden wie das wirtschaftliche, der Klerikalismus ebensowenig wie der Kapitalismus. Eine Kirche als eine Anstalt, die, im ausschließlichen Besitz der Mittel zur Erwerbung des Seelenheils, diese für die Menschen verwaltet, ist dem Ideal der vernünftigen Selbstbestimmung zufolge objektiv unmöglich. Der Anspruch einer Gesellschaft aber, eine solche Kirche zu sein, und die daraus entspringende Nötigung der Gläubigen, sich ihrer Vormundschaft zu unterwerfen, verletzt unmittelbar die Geistesfreiheit und kann vom Rechtsstaat nicht geduldet werden. Das Verhältnis des Rechtsstaats zur Hierarchie kann daher nur das einer grundsätzlichen Unduldsamkeit sein. Dennoch sind Kirchen als moraltheoretische Lehranstalten und freie Kultgemeinschaften im Rechtsstaate möglich.

Es folgen noch zwei kurze Abschnitte über Staatenpolitik und Parteienpolitik. Was jene anlangt, so ist N. für den souveränen Bundesstaat, nicht für den Staatenbund. Auch hier bereitet ihm, will mir scheinen, seine ausschließlich zentralistische Orientierung unnötige Schwierigkeiten. Wenn die einzelnen politischen Gesellschaften des Rechtsstaates föderalistisch organisiert sind, so wird die Spitze des Bundesstaates so gut wie gar keine selbständige Gewalt mehr haben, und es wird keinen Sinn mehr haben, das Problem der Souveränität auch nur aufzuwerfen. Im übrigen ist es eine Freude, diese Kapitel zu lesen, in denen ein Pazifismus der Kraft und nicht der Schwäche sich machtvoll ausdrückt.

Um nun zur Parteipolitik zu gelangen, so ergibt sich aus der Auffassung, daß der Rechtsstaat eine Aufgabe für den Politiker ist, die Notwendigkeit, eine Partei von genügender Macht zu bilden, die dieses Ziel anstrebt. Wir werden vom Ideal des Staats zum Ideal der Partei geführt. Es beruht auf der Erkenntnis, daß zwar kein Naturgesetz existiert, wonach im Parteikampf das Staatsinteresse notwendig zur Geltung kommt, aber ebensowenig ein Naturgesetz, wonach es notwendig nicht zur Geltung kommt. Von diesem Standpunkt ist der parteipolitische Fatalismus ebenso abzulehnen, wie der Grundsatz der parteipolitischen Nichtintervention und der des parteipolitischen Faustrechts. Man darf nur nicht das nach Naturgesetzen notwendige Machtverhältnis als ein Rechtsverhältnis anschauen; man muß es politisch, nach Zweckmäßigkeitsgründen in Hinsicht auf den Zweck der Rechtswerklichung, und nicht selbst rechtlich, d. h. unmittelbar nach dem Rechtsgesetz regeln wollen.

Von diesem Standpunkt aus wird z. B. klar, was in Wahrheit unter dem „Recht der Revolution“ verstanden werden kann, das in der gewöhnlichen Auffassung zugleich das Recht der Gegenrevolution ist, wenn man eben nur die physischen Machtverhältnisse im Auge hat. Ein Recht zur Revolution besteht nur für denjenigen, der durch seine Tätigkeit nicht das Recht der Gewalt, sondern die Gewalt des Rechts verwirklichen will. Und diese Verwirklichung ist möglich. Der Vernunftpolitiker bedarf, um angesichts der entgegenstehenden Übermacht nicht zu verzweifeln, durchaus keiner schwärmerischen Überspannung der auf die Kraft der Vernunft zu setzenden Hoffnungen, sondern nur der Freiheit von jener Verblendung, die der Gewaltpolitiker und der Autoritätspolitiker Menschenkenntnis nennen. Über die menschlichen Schwächen gibt er sich keiner Täuschung hin. Daß aber die Kraft der Vernunft nicht hinreichen sollte, die Gemeinschaft der Rechtliebenden zu einer, der Zwangsorganisation und der Autoritätsorganisation, ebenbürtigen Partei zu organisieren, und, vermittels ihrer, dieselbe Gewalt, die unter dem Antrieb subjektiver Interessen im Dienst des Unrechts aufgeboten wird, im Dienst des Rechts aufzubieten — dies anzunehmen, bevor auch nur der Versuch angestellt ist, erkennt N. als einen haltlosen Aberglauben.

\* \* \*

Ich habe es für meine Schuldigkeit gegenüber der großen Leistung N.s gehalten, keine „Kritik“ zu schreiben, d. h. nach beliebter Methode dem Verfasser eine Zensur auszustellen, sondern, ihn fast durchweg mit seinen eigenen Worten, sein System vortragen zu lassen. Ich möchte hinzufügen dürfen, daß meine jetzt im Druck befindliche soziologische Staatslehre und Politik bis auf die geringen hervorgehobenen Unterschiede auf Grund der geordneten Erfahrungen der Geschichte und einer gereinigten Theorie der Ökonomik zu ganz den gleichen Ergebnissen gelangt: zu der mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmenden baldigen Begründung einer übermächtigen Partei der Rechtliebenden und der Errichtung des „Rechtsstaats“.

„Alle Wirklichkeit ist die Utopie von gestern, alle Utopie die Wirklichkeit von morgen.“ Es ist kein schlechtes Zeichen für diese „Utopie“ (an die übrigens alle Männer fest geglaubt haben, die, seitdem es eine Geschichte gibt, Heroen nicht nur des Herzens, sondern auch des Geistes waren), daß sie das übereinstimmende Ergebnis der Arbeiten zweier völlig voneinander unabhängiger Forscher ist, die von den entgegengesetzten Polen der Wissenschaft, der eine von der Philosophie und den reinen Interessen her, der andere von der Geschichte, der Wirtschaft und den sinnlichen Interessen her, ausgegangen und mit ganz verschiedenen Methoden vorgegangen sind. Sie haben sich auf der gleichen Höhe getroffen.

---

# Die österreichischen Kameralisten.

Von

**Adolf Menzel** (Wien).

Die neuere Volkswirtschaftslehre hat die Theorie, welche man als Merkantilismus bezeichnet, unter der Nachwirkung der Lehre von ADAM SMITH als eine wissenschaftlich verfehlte und praktisch bedenkliche Geistesrichtung angesehen und ihre Vertreter, die sogenannten Kameralisten, ziemlich gering eingeschätzt. In dieser Haltung der ökonomischen Wissenschaft scheint sich eine Wandlung zu vollziehen. Es wird nicht nur die historische Berechtigung der kameralistischen Lehre und Praxis gewürdigt, sondern es werden auch bleibende wissenschaftliche Verdienste anerkannt. Nachdem schon LORENZ VON STEIN in dieser Richtung wertvolle Anregungen gegeben hatte, wurde zunächst von GUSTAV MARCHET die Bedeutung der Kameralistik für die Ausgestaltung der Verwaltungslehre dargelegt<sup>1)</sup>. Hierauf wurde ihre ökonomische und staatspolitische Bedeutung in zwei gründlichen Werken erforscht, die je einen deutschen<sup>2)</sup> und einen amerikanischen<sup>3)</sup> Schriftsteller zu Verfassern haben. Hiebei ergeben sich allerdings gewisse grundlegende Differenzen in der Auffassung dieser ganzen Geistesrichtung, wovon später noch die Rede sein wird. Zu diesen bisher genannten Werken ist jüngst eine umfangreiche Monographie von Dr. LOUISE SOMMER<sup>4)</sup> gekommen, welche nicht nur in der Erforschung der Einzelheiten, sondern auch in bezug auf methodische Fragen und die Anwendung allgemeiner Gesichtspunkte für diesen Zweig der Dogmengeschichte sich ein besonderes Verdienst erworben hat. Wie schon der Titel ihres Werkes zeigt, beschränkt sich die Verf. auf die österreichische Kameralistik, die ihr als eine eigenartige, auch von der übrigen deutschen merkantilistischen Lehre verschiedenen wissenschaftliche Richtung erscheint, von hervorragenden, schöpferischen Autoren repräsentiert. Stimmt man dieser grundlegenden Auffassung zu, für welche überzeugende Gründe vorgebracht

1) G. MARCHET, Studien über die Entwicklung der Verwaltungslehre in Deutschland, 1885.

2) KURT ZIELENZIGER, Die alten deutschen Kameralisten, 1914.

3) W. ALBION SMALL, The Cameralists, Chicago 1909.

4) Die österreichischen Kameralisten in dogmengeschichtlicher Darstellung, 1. Teil 1920, 2. Teil 1925, Wien, Karl Konegen. 119 und 494 S. (Studien z. Sozial-, Wirtschafts- u. Verwaltungsgeschichte, hrsg. von CARL GRÜNBERG, XII/XIII).

werden, so ergibt sich daraus die interessante Tatsache, daß es schon im 17. und 18. Jahrhundert eine besondere österreichische Schule der ökonomischen Wissenschaft gegeben hat, natürlich ganz verschieden von jener Richtung, die man in der Gegenwart so bezeichnet und hauptsächlich repräsentiert wird durch CARL MENGER, BÖHM-BAWERK und FR. WIESER.

In den bisherigen Darstellungen der Kameralistik sind die österreichischen Frühkameralisten des 17. Jahrhunderts, BECHER, HORNICK und SCHRÖDER mit den deutschen Autoren SECKENDORFF, OBRECHT, BESOLD, OSSA u. a. in eine gemeinsame Gruppe zusammengefaßt worden, während die großen Kameralisten des 18. Jahrhunderts, JUSTI und SONNENFELS, als eine besondere Gruppe, nämlich als die Vertreter des aufgeklärten Absolutismus, bezeichnet werden. Demgegenüber vertritt L. S. die Meinung, daß schon die österreichischen Frühkameralisten sich wesentlich von den Merkantilisten des übrigen deutschen Sprachgebietes unterscheiden, daß schon bei ihnen die Besonderheit des österreichischen Territoriums und der eigentümlichen staatsrechtlichen Verhältnisse, namentlich zur Zeit LEOPOLD I. hervortreten. JUSTI und SONNENFELS stützen sich aber wesentlich auf jene Autoren und stellen eine gradlinige, allerdings durch die geänderten Zeitverhältnisse modifizierte Entwicklung und Vollendung jener frühkameralistischen Theorie dar. Der gemeinsame Grundzug ist darin gegeben, daß der Staat im Mittelpunkt aller ökonomischen und wirtschaftspolitischen Erörterungen steht, daß Staatstheorie und Verwaltungslehre den volkswirtschaftlichen Lehren den Stempel aufdrücken. Doch läßt die Verf. die Individualität der einzelnen Autoren keineswegs verblasen; sie lehnt im Gegenteil aus guten Gründen eine bloß an den einzelnen Problemen orientierte Gesamtdarstellung ab. So werden denn in dem umfangreichen zweiten Teil des Werkes die Ansichten der einzelnen österreichischen Kameralisten besonders zur Darstellung gebracht. Aber auch hier begnügt sich die Verf. keineswegs mit systematisch geordneten Exzerpten aus ihren Schriften — obwohl auch das schon sehr verdienstlich wäre —, sondern sie entwickelt den inneren Zusammenhang der Gedankenwelt, die wechselseitige Abhängigkeit der Autoren, ihre Beziehung zur gesamten geistigen Strömung der Zeit und die praktische Wirkung der Theorien.

Der erste Teil des Werkes bietet jedoch noch ein größeres allgemeines Interesse. Hier werden zunächst die realgeschichtlichen Voraussetzungen des Merkantilismus (Kap. 1) geschildert und gezeigt, daß es kein System von kosmopolitischer Bedeutung sei, sondern in den nationalen Besonderheiten der einzelnen Staaten wurzelt. In Frankreich, wo die territorialen Gewalten frühzeitig niedergeworfen und die administrative Einheit erreicht wurde — daher die Heimat der Souveränitätslehre —, bedurfte es nicht erst einer theoretischen Propaganda, um eine Wirtschaftspolitik zu rechtfertigen, die in COLBERT ihre höchste Steigerung erfuhr. Anders gestaltet sind die Verhältnisse in England und Holland. Hier liegt der Schwerpunkt des Merkantilsystems in der Außenhandelspolitik, speziell in der Ausbildung der Kolonialmacht. Es besteht kein Boden für den Absolutismus; in der nationalökonomischen Literatur fehlen staatsrechtliche Erörterungen. Es finden sich hier

schon die Anfänge einer Freihandelsbewegung. Auch in der italienischen Literatur des Merkantilismus tritt das politische Moment zurück gegenüber den rein nationalökonomischen Untersuchungen. Dagegen erhebt sich in Deutschland wegen der Hilfsbedürftigkeit der Bevölkerung unter den Nachwirkungen des 30jährigen Krieges die Forderung nach einem Eingreifen der Staatsgewalt, nach einer Bevormundung des Wirtschaftswesens. Die regierenden Fürsten benützten diese Lage zur Stärkung ihrer Macht und Vereinheitlichung der Staatsgewalt. Auch die starken finanziellen Bedürfnisse drängten zu einer Hebung der Steuerkraft der Bevölkerung. So entstand die merkantilistische Praxis und als ihr literarisches Widerspiel die kameralistische Theorie auf deutschem Boden, wobei die Großstaaten Preußen und Österreich in erster Linie maßgebend wurden. Die zunehmende Zentralisation der Behörden, insbesondere das Übergewicht der Finanzbehörden, das Bestreben nach Industrialisierung, die populationistischen Tendenzen, vor allem aber die Zielsetzung der aktiven Handelsbilanz sind die weiteren Folgerungen aus dem Prinzip der damaligen Wirtschaftspolitik.

Während diese Schilderung der „realgeschichtlichen Voraussetzungen des Merkantilsystems“ im wesentlichen nur eine geschickte Zusammenstellung mehr oder weniger bekannter Dinge bedeutet, enthält das zweite Kapitel unter dem Titel „ideengeschichtliche Voraussetzungen des Merkantilsystems“ wirklich neue und wertvolle Untersuchungen über geistesgeschichtliche Zusammenhänge. Eine strenge Arbeitsteilung auf dem Gebiete der Wissenschaft war zur Zeit des Merkantilismus, namentlich in seinen Anfängen, nicht gegeben; unsystematisch durchkreuzten sich Staatslehre, Ethik, Naturwissenschaft und Wirtschaftslehre. Letztere erscheint daher stark beeinflusst von den Methoden der Schwesterdisziplinen. Die Frühkameralisten, namentlich BECHER, waren zugleich Naturforscher; in der Geschichte der Chemie nehmen sie einen ansehnlichen Platz ein, gerade zur Zeit, als sich der Übergang der Alchemie in echte Wissenschaft vollzieht. Die österreichischen Herrscher hatten für diese Wissenschaft von jeher starkes Interesse besessen, das auch von Abenteurern mißbraucht wurde. So kam es, daß Männer, welche das Geldmachen zu verstehen vorgaben, williges Ohr fanden, auch wenn dieses Ziel nicht auf chemischem, sondern auf wirtschaftlichem Wege erreicht werden sollte, nämlich die Füllung der staatlichen Kassen. Aber auch rein theoretisch wird die neue, zuerst von BACON formulierte, naturwissenschaftliche Methode für die Geisteswissenschaften maßgebend. „Die Politik und Nationalökonomie in ihren ersten merkantilistischen Anfängen stehen ganz im Banne jener mechanisch-mathematischen Betrachtungsweise, die auch die Tatsachen des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens in quantitative Beziehungen und Kräfteverhältnisse umdeutet. Sie äußert sich in der theoretischen Begründung der Außenpolitik (Gleichgewichtstheorie), bei den wirtschaftlichen Erscheinungen in der Ausprägung des Bilanzgedankens in allen seinen Schattierungen, als dessen wirtschaftspolitische Reflexwirkung sich der Merkantilismus darstellt“ (I 75, 76). „Die Handelsbilanztheorie bildet den Gradmesser für die wirtschaftlichen Kräfteverschiebungen, demzufolge die Summe der Wirtschaftskräfte, die sich auf alle Staaten verteilen, als konstante

Größe angenommen wird und jedem wirtschaftlichen Energieverlust des einen Landes ein äquivalenter Energiezuwachs des anderen Landes gegenübergestellt wird“ (S. 78). „Die Vermehrung der Exportkraft eines Staates kann nur auf Kosten der Verminderung der Exportkraft eines anderen Staates erreicht werden“ (S. 79). „Der Begriff des Gesetzes als einer für sich wirkenden vom Wollen der Menschen unabhängigen Kraft und die Vorstellung eines Kausalzusammenhanges treten an die Stelle des früheren Zweckzusammenhanges“ (S. 81).

Die zweite Quelle des Merkantilismus — neben der naturwissenschaftlichen Schulung des Geistes — liegt, wie die Verf. weiter ausführt, im naturrechtlichen Rationalismus, speziell in der Staatslehre jener Zeit. Die Frühkameralisten stehen unter dem Einfluß der aristotelischen und stoischen Staatsphilosophie, die späteren sind jedoch von HOBBS, PUFENDORFF und WOLFF angeregt (S. 87 ff.). Dies zeigt sich in der Rationalisierung des ökonomischen Prozesses durch die Kameralisten, in ihrer voluntaristischen Einstellung, in ihrem Glauben an die Allmacht des staatlichen Willens, dem sich die Einzelinteressen rücksichtslos unterzuordnen haben. Die naturrechtliche Erfassung des Staates als einheitliche Gesamtpersonlichkeit wird auf das ökonomische Gebiet übertragen, der wirtschaftende Mensch wird als Untertan betrachtet, die nationalen und politischen Interessen treten in den Vordergrund. Es wird von den einzelnen Wirtschaftsakten abstrahiert, vielmehr eine Nation der anderen gegenübergestellt. Es herrscht eine kollektivistische Auffassung der Gesellschaft. So zutreffend diese Charakteristik des Merkantilismus auch sein mag<sup>1)</sup>, so scheint mir doch die Verf. zu übersehen, daß damit der Zusammenhang mit dem Naturrecht nicht erwiesen ist. Denn dieses ist, wenn auch nicht durchweg, so doch überwiegend individualistisch orientiert. Die Lehre vom Gesellschaftsvertrage und die Anerkennung der Menschenrechte liegen in dieser Richtung. Gewiß finden sich ja auch universalistische Gedankenreihen bei einzelnen Vertretern des Naturrechts<sup>2)</sup>; tonangebend sind sie aber keineswegs gewesen. Es läßt sich daher kaum eine entscheidende Beeinflussung des Merkantilismus durch das Naturrecht behaupten. Aber auch die Einwirkung der Naturwissenschaft und ihrer Methode kann ich nur in einem beschränktem Umfange gelten lassen. Denn, wie die Verf. selbst wiederholt zugibt, tragen die merkantilistischen Lehren einen normativ-politischen Charakter an sich; es handelt sich um eine Theorie des Sein-Sollenden auf dem Gebiete der Volkswirtschaft. Die Naturwissenschaft bedeutet aber eine Erforschung des Kausalzusammenhanges; sie will die wirkliche Welt begreifen und nicht Ideale aufstellen. Ich gebe aber gerne zu, daß sich dieser methodische Gegensatz gerade in den Geisteswissenschaften nicht rein durchführen läßt. Aus der Erforschung des Seienden ergeben sich hier auch Thesen für das Sein-Sollende, da ja das Sein in der menschlichen Gesellschaft bis zu einem ge-

1) So auch schon O. SPANN, Die Haupttheorien, 12. Aufl. S. 11.

2) Darauf habe ich selbst in der Schrift „Soziologie und Naturrecht“ hingewiesen.



wissen Grade das Produkt des zielsetzenden Willens ist<sup>1)</sup>. Die aufblühende Wissenschaft der Mechanik und der Chemie konnte daher in der Tat auch für die im Entstehen begriffene Wissenschaft von der menschlichen Gesellschaft anregend wirken, wie mir dies durch die Darlegungen der Verf. über die Gleichgewichtslehre und Theorie von der Handelsbilanz glaubhaft gemacht erscheint. Jedenfalls sind die diesbezüglichen, von einer bemerkenswerten Literaturkenntnis getragenen Ausführungen L. S.s ungemein anregend und wertvoll.

Der zweite Teil des Werkes ist der Einzeldarstellung gewidmet. Es sollen einige Ergebnisse skizziert werden. Unter den Begründern der Kameralistik ragt vor allem die Gestalt J. J. BECHERS hervor. Ein wahrer Polyhistor, ist er auf dem Gebiete der Naturwissenschaften ebenso heimisch wie in der Philosophie, Ethik, Staatslehre, Nationalökonomie und Philologie. Sein „Alphabetum minerale“ ist ROBERT BOYLE gewidmet; seine „Physica subterranea“ und seine „Chemische Beiträge“ werden von den angesehensten Naturforschern der Zeit hoch geschätzt. Dem Gebiete der Geisteswissenschaften gehören namentlich seine „Psychosophia“, sein „Moral Diskurs“ und „Politische Diskurs“ an. In seiner Staatslehre zeigt sich BECHER beeinflusst einerseits von der protestantischen Religionsphilosophie, obgleich er später Katholik wurde, andererseits von platonischen und stoischen Gedanken. Daraus erklärt sich seine Betonung des Berufsgedankens, die Hochschätzung des Unterrichts- und Erziehungswesens, sein Plan der Errichtung einer philosophischen Gesellschaft und die Schaffung von obersten Beamtenkollegien. In der Wirtschaftslehre vertritt er das kollektivistische ökonomische Prinzip, eine energische Preispolitik des Staates (Lehre von Monopol, Polypol und Propol) und eine prinzipielle Bevorzugung inländischer Produkte; es finden sich auch die Anfänge einer Krisentheorie.

WILHELM VON SCHRÖDER, der zweite hervorragende Frühkameralist, dessen Bedeutung in einer Monographie R. v. SREBKS<sup>2)</sup> eingehend gewürdigt worden war, hat den Staatsabsolutismus noch schärfer formuliert als BECHER. In der Wirtschaftslehre steht er unter dem Einfluß der englischen Merkantilisten MUN und CHILD. Er bringt den Reichtumsbegriff mit der Handelsbilanztheorie in Zusammenhang. SCHRÖDER hatte persönliche Beziehungen zu England und begab sich auch im Auftrage Kaiser LEOPOLD I. dahin. Er sollte sich über den Stand der englischen Industrie informieren, auch über die Möglichkeit ihrer Einführung in Österreich und gleichzeitig mit England handelspolitische Verbindungen anknüpfen. Das Ergebnis war das Projekt eines Manufakturhauses in Wien zur Einführung neuer Industrien und technischer Verbesserung der schon bestehenden<sup>3)</sup>. Er wendet sich gegen die Zünfte und verlangt deren Abschaffung. Auch die Anregung zur Schaffung

1) Vgl. meine Schrift „Natur- und Kulturwissenschaft“, Leipzig, 1903.

2) Sitzungsberichte der Wiener Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Bd. 104 (1910).

3) Über dieses Projekt das Nähere bei HATSCHEK, Das Manufakturhaus auf dem Tabor in Wien.

eines Intelligenz-Werks hatte SCHRÖDER aus England erhalten, durch welches Angebot und Nachfrage stets in Evidenz gehalten werden sollten. Auch für die Anlage einer Wirtschafts-Statistik gibt er die ersten Anweisungen. Er hat die merkantilistische Staatspraxis nicht nur unter LEOPOLD I., sondern auch unter seinen Nachfolgern stark beeinflußt.

Die Bedeutung Ph. A. W. VON HORNIGKS liegt vor allem in seinen politischen Flugschriften und zwar „Francopolita“ und „Franco-Germania“, die sich gegen die französische Vorherrschaft wenden, mit dem ganzen Rüstzeug historischer und staatsrechtlicher Kenntnisse. Am bekanntesten wurde aber sein Werk „Österreich über alles, wenn es nur will“; es bringt die österreichische Gesamtstaatsidee innerhalb der kameralistischen Literatur am prägnantesten zum Ausdruck. Er glaubt, daß hier alle Bedingungen für eine antarke Wirtschaftsentwicklung gegeben sind. Österreich verfüge über unerschöpfliche Produktivkräfte, die nur gehoben werden müßten. Zu diesem Zwecke verlangt er die „Bannisierung“ der ausländischen Waren, Verarbeitung der Rohstoffe im Innern, Zusammenfassung der österreichischen Erbländer zu einem „Universalkommerze“, wirtschaftspolitische Postulate, die in der Folgezeit ihre Verwirklichung gefunden haben. Minder groß ist die Bedeutung HORNIGKS auf dem Gebiete der eigentlichen Theorie.

Erst im 18. Jahrhundert tritt die österreichische Wirtschaftswissenschaft in ihr zweites großes Entwicklungsstadium, das durch JUSTI und SONNENFELS repräsentiert ist, dessen staatsrechtlicher Hintergrund der sogenannte aufgeklärte Absolutismus bildet. In dieser Beziehung war allerdings Preußen zeitlich vorausgegangen; es hatte auch zuerst kameralistische Lehrstühle errichtet. Bald befolgte Österreich dieses Beispiel. Neben der Schaffung von Lehrkanzeln des Naturrechts, die mit tüchtigen Gelehrten wie RIEGGER und BECK<sup>1)</sup> besetzt wurden, kam es zur Schaffung einer Professur für Kameralwissenschaften, die zuerst J. H. G. VON JUSTI anvertraut wurde.

In diesem produktiven und schöpferischen Gelehrten erreichte die Kameralistik wohl ihren Höhepunkt. Er wird der große Systematiker dieser Disziplin. Aus dem Zweckprinzip wird mit mathematischer Strenge jede Einzelheit abgeleitet. Er ist daher innerlich mit dem Naturrecht verwandt und ein Gegner der historisch-genetischen Methode eines MONTESQUIEU. Er ist auch der einzige unter den österreichischen Kameralisten, der ein eigenes Werk über die Staatslehre verfaßt hat: „Natur und Wesen der Staaten“. Mich hat dieses Buch von jeher deshalb interessiert, weil es bereits einige Grundgedanken der von mir vertretenen „energetischen Staatslehre“ enthält. JUSTI spricht von einer Gesamtkraft als dem Wesen des Staates, die aus der Vereinigung der Kräfte des Volkes hervorgeht. Die Verfassung sei eine Festsetzung darüber, auf welche Weise und von wem die gesamte Kraft des Volkes zu gebrauchen sei. Nur der Gebrauch der vereinigten Kräfte stehe dem Herrscher zu; sie selbst verbleiben beim Volke. Mit der Annahme eines

1) Über seine Bedeutung, speziell für den Unterricht Josef II. habe ich auf Grund archivalischer Quellen den Aufsatz „Kaiser Josef II. und das Naturrecht“ in der Zeitschrift für öffentliches Recht I, 511 ff. publiziert.

Mandatsvertrages lenkt JUSTI wieder in den naturrechtlichen Gedankenkreis ein, den er allerdings durch die Annahme eines stillschweigenden Sozialkontraktes abzuschwächen versucht. Im Mittelpunkt der Lehre vom Staatszwecke steht bei JUSTI, wie bei allen Vertretern des aufgeklärten Absolutismus, die Idee der allgemeinen Glückseligkeit.

L. S. zeigt vortrefflich (II, 204 ff.), wie verschieden dieses Schlagwort gedeutet wurde, bald individualistisch-utilitarisch, so besonders bei HOBBS, MANDEVILLE, LOCKE, bald altruistisch, so bei LEIBNITZ und WOLFF. Letzterer wurde auch für JUSTI maßgebend, doch lehnt er WOLFF'S Metaphysik ab. Gerade vom Standpunkte der allgemeinen Glückseligkeit sei die monarchische Staatsform gerechtfertigt, weil nur hier eine Harmonie zwischen den Interessen des Herrschers und des Volkes gesichert werde. Es entstehe ein enges Band zwischen beiden, so daß die Untertanen nichts gegen den Regenten unternehmen können, so wenig wie gegen sich selbst. Diese Formel (JUSTI, Natur und Wesen der Staaten S. 131) erinnert an ROUSSEAU, der von der im Volke gegebenen *volonté générale* behauptet, daß sie niemals einem einzelnen Gliede schaden könne. Also die gleiche Formel für absolute Monarchie und Volksherrschaft!

Es würde zu weit führen, auch die Wirtschaftslehre JUSTI'S im Einzelnen zu schildern; ihre Hauptverdienste liegen in der Geld- und Kreditlehre sowie in der Steuerlehre, deren moderne Grundlagen er geschaffen hat. Dem Träger der österreichischen Kameralistik im thesesianischen Zeitalter folgte als Repräsentant des josefinischen SONNENFELS. Er findet bei der Verf. eine günstigere Beurteilung als bei MARCHET, der ihm jede Originalität abgesprochen hat. Bei SONNENFELS tritt das Naturrecht noch mehr zurück als bei JUSTI; er sucht dessen Glückseligkeitsprinzip schärfer zu formulieren und einen Maßstab für das allgemeine Wohl zu finden, was ihm freilich nicht gelingt, weil es eine unlösliche Aufgabe enthält<sup>1)</sup>. Er steigert die bekannten Postulate des Merkantilismus, besonders die Populationistik, auf das höchste; auch eine staatliche Regulierung der Preise, mindestens indirekt durch produktionspolitische Maßregeln wird verlangt. Die Handelsbilanztheorie und die Geldlehre wird von SONNENFELS unter dem Einfluße von HUME und LAW weiter fortgebildet. Sein Hauptverdienst liegt aber in der Systembildung der „Polizeiwissenschaft“, welche neben der eigentlichen Kameralistik als „innere Staatsverwaltung“ eine gründliche Bearbeitung erhält. Und obgleich sich bei ihm schon der Einfluß physiokratischer und verkehrsfreier Ideen geltend macht, kann SONNENFELS doch nicht aus dem Umkreise des Kameralismus losgelöst werden. Auch ihm steht — im Gegensatz zu dem Individualismus der westlichen Nationen — der Staat im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens; der kollektive Endzweck bestimmt die Wirtschaftspolitik. Ja, der Kameralismus erhält sich auch über SONNENFELS hinaus in seiner Tendenz und Systematik noch im 19. Jahrhundert, besonders bei RAU.

Eine Schlußbetrachtung des Werkes von L. S. enthält die Überschrift

1) Vgl. meine Schrift „Soziale Wertmaßstäbe“, Leipzig, 1916, J. A. Barth.

„Kritik des Kameralismus in der Literatur“. Es handelt sich dabei der Verf. nicht um eine Kritik der materiellen Lehren des Merkantilismus als vielmehr um eine Stellungnahme zu der bisherigen literaturgeschichtlichen Behandlung dieser Geistesrichtung, wobei die diesbezüglichen Untersuchungen von ROSCHER, SCHMOLLER, MARCHET, SMALL, NIELSEN und ZIELENZIGER einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Auch die Streitfrage, ob dem Merkantilismus überhaupt Systemcharakter innewohnt, wird behandelt. Die Argumentation ist stets wohl erwogen und meist überzeugend. Zwei Literaturverzeichnisse (im 1. und 2. Teil) legen Zeugnis ab von der Gründlichkeit, mit welcher die Verf. ihre durchaus quellenmäßige Untersuchung angelegt hat. Es kann dieses Buch jedem warm empfohlen werden, der sich für die Geschichte der Nationalökonomie, aber auch der Staatslehre interessiert.

---

# Von der Auffassung des Proletariats in der vorkapitalistischen Zeit.

Von

**Robert Michels** (Basel).

Im Zeitalter des Feudalismus waren die unteren Volksklassen zugleich Gegenstand der Mildtätigkeit und der Verachtung, oder doch Geringschätzung. Der Wert ihrer Arbeitsleistung war unerforscht. Sie waren nur Objekt, nicht Subjekt der Gesetzgebung.

Diese historische Erkenntnis leuchtet unter anderem überzeugend aus zwei Erzeugnissen der Kulturgeschichte hervor, die zeitlich wie völkisch differenziert sind, aber im übrigen in mancher Hinsicht koinzidieren und über die wir an dieser Stelle kurz zu berichten gedenken.

Das eine ist die Auffassung vom Proletariat, wie wir sie 1518 im Heptaméron der MARGUERITE DE VALOIS (1492–1559) vorfinden, jener Großmutter HEINRICHS IV. von Frankreich, in deren Schriften sich der Zeitgeist der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts so glänzend widerspiegelt<sup>1)</sup>.

Im Prolog des Buches ist von einer Überschwemmung die Rede. In ihr kommen einige Herren und einige Diener um. Die Dame ENNESUITE meint daraufhin beschwichtigend: „Pour perte de serviteurs ne se fault pas desespérer, car l'on en recouvre assez.“ (Um Diener braucht man sich nicht weiter zu beunruhigen, denn die bekommt man stets leicht wieder.) Man kann sich denken, daß diese rein ökonomische Auffassung des Vorkommnisses, die Feststellung von dem Nichtvorhandensein einer Dienstbotennot, dem Auditorium Genugtuung bereitete. Aber unter ethischen Gesichtspunkten wäre doch ein Protest möglich gewesen. PARLEMENTE, die Wortführerin der Verfasserin der Erzählung selbst, läßt sich aber nicht zu einem solchen herbei. Umgekehrt hören wir, daß, als die Kunde eintrifft, Dame VISILLE und Ritter SYMONTAULT seien entgegen allem Erwarten doch gerettet worden, sich der ganzen Gesellschaft große Freude bemächtigt. „Louons le Créateur, qui en se contentant des serviteurs, avoyt saulvé les maistres et maistresses“. Man lobt Gott den Schöpfer, der die Herren und Damen geschont und sich in seinem Zorn mit dem Tod der Diener begnügt hat.

Dabei enthält die Schrift eine wahre Klassenlehre. Denn sie denkt nicht daran, das Bestehen der gesellschaftlichen Gliederung zu leugnen und die

---

1) Vgl. PIETRO TOLDO, Rileggendo il novelliere della Regina di Navarra (Rivista d'Italia, 15. VII. 1923. S. 383).

Legende des reinen Menschentums aufrechtzuerhalten. Für MARGUERITE DE VALOIS steht es fest, daß die unteren Klassen dazu da sind, den oberen zu dienen, und daß sie ihr Schicksal mit heiliger Ergebenheit tragen müssen. Das sei Bestimmung der Vorsehung. Übrigens wäre jedes Klagen darüber überflüssig und würde den tatsächlichen Bedingungen keine Rechnung tragen. Denn erstens sind die Proletarier — die Königin nennt sie „gens de bas estat“ — Schurken und Schuffte. „Regardez-moi — ruft GEBURON aus — larrons, meurtriers, sorciers, faux monnoyeurs, et toutes ces manières de gens, desquels l'esprit n'a jamais repos, ce sont tous pauvres gens et mécaniques.“ Mit anderen Worten, das Proletariat liefert alle Rekruten zur Gilde der Verbrecher, Mörder und Falschmünzer. Denn die Edelleute treiben in der Tat keinen Diebstahl im kleinen, geben sich nicht dazu her, auf Kommission zu töten. Sie lassen das durch andere, ihnen Dienstbare oder von ihnen durch Geld und Geldeswert Angeworbene besorgen.

Zweitens ist MARGUERITE V. VALOIS der festen Ansicht, daß die gens mécaniques, die „Handarbeiter“, für die Zugehörigkeit zur unteren Gesellschaftsklasse reichlich dadurch entschädigt werden, daß ihnen die größeren Glücksmöglichkeiten offenstehen. Das Volk ist im Leben glücklicher als seine Herren. Die Verfasserin läßt SUPREDENS wörtlich sagen: „Leurs viandes ne sont si friandes, mais ils ont meilleur appetit . . . Ils n'ont pas les lictz si beaux, ne si bien faiets . . . mais ils ont le sommeil meilleur que nous et le repos plus grand. Ils n'ont point les dames painetes et parées dont nous ydolastrons, mais ils ont la jouissance de leurs plaisirs plus souvent que nous“ (Nouvelle 29)<sup>1)</sup>. Zu deutsch: die Nahrung, welche die armen Leute zu sich nehmen, ist zwar sicher weit davon entfernt, so lecker zubereitet zu sein als die Speisen aus der Küche der Herren, aber dafür bringen sie doch erstens größeren Appetit mit; die armen Leute haben auch weniger gute und behagliche Betten, aber sie verfügen über besseren Schlaf und größere Ruhe; sie haben endlich auch keine so schön geschminkten und prächtig gekleideten Damen wie die Herrenklasse, welche das weibliche Geschlecht mit einem wahren Nimbus zu umgeben pflegt, aber sie können sich dafür häufiger den erotischen Freuden hingeben. Sie sind kräftiger und empfänglicher.

Von Navarra-Béarn bis England ist ein weiter Schritt und ebenso von der Mitte des sechzehnten bis zum Beginn des achtzehnten Jahrhunderts. Und doch ist die Anschauung vom Proletariat, wie sie BERNARD DE MANDEVILLE in seiner Fable of the Bees entwickelt, der eben gekennzeichneten wesensverwand<sup>2)</sup>. Die menschliche Gesellschaft vermag auch bei MANDEVILLE nur zu existieren, indem ein Teil des Menschengeschlechts dem anderen den Pflichten- und Arbeitskreis abnimmt, welchen er infolge von Luxus- und sonstigen Beschäftigungen nicht zu erfüllen vermag. Durch Geduld und Angewöhnung werden die Arbeiter in stand gesetzt, für sich wie für die übrigen Menschen die nötigen Arbeiten zu besorgen. Die Fülle und der Preis der Waren hängen

1) Heptaméron des nouvelles DE MARGUERITE D'ANGOULÊME. Nouv. Ed. par L. Jacob (Bibliophile). Paris 1858, S. 229. — 2) (MANDEVILLE), La Fable des Abeilles. 6 éd., Londres 1740, vol. II, S. 80.

von dieser Arbeit ab, und ebenso das Glück der Gesellschaft. Dieses wird nur dann Bestand haben, wenn sich im Schoße der letzteren genügend zahlreiche Menschen finden, welche einerseits stark und kräftig sind und denen andererseits die Muße und der Reichtum fehlen. Auch sollen die Arbeiter Tugend und Genügsamkeit besitzen, keine Ansprüche an Eleganz und Kleidung stellen und sich mit einfacher und gesunder Nahrung begnügen. Die Existenznotwendigkeit des Proletariats ergibt sich MANDEVILLE zufolge auch daraus, daß es Menschen geben muß, welche gewillt sind oder gezwungen werden, die unreinlichen Arbeiten zu verrichten. Die beste Pépinière zu diesem Behufe wird durch die Nachkommenschaft der Arbeiter selbst gegeben. Das sei nicht einmal Härte. Denn die Arbeiterkinder, einfach gewohnt und ohne Kenntnis der Feinheiten dieser Welt, wie sie sind, finden sich mühelos mit diesem Schicksal zurecht<sup>1)</sup>. Das alles seien Wahrheiten, die zwar undiskutierbar seien, die meisten Menschen aber nicht auszusprechen wagten, weil sie, und zumal die Engländer, zu viel Rücksichten auf die Armen nehmen. Diese Rücksichtnahme entspringt einem Gemisch von Mitleid, Torheit und Aberglauben. Es sei aber nötig, den Schleier zu heben und die schweren Fehler und Gebrechen der Armen zu bekennen. Die Weber z. B. hätten schlimme Eigenschaften: sie verprassen ihren Lohn und insultieren ihren Arbeitgeber selbst in der Diskussion. Das schlimmste aber sei, daß die Arbeitskraft des englischen Proletariats schlecht ausgenützt werde, so daß England eine übermäßig hohe Quantität Rohwolle in das Ausland exportiere, die dann dort verarbeitet und billiger auf den Markt geworfen werden könne, als es der englischen Textilindustrie selber möglich sei. Alles Elend in England komme von der ungenügenden Ausnutzung der Armen her, und zumal von der ganz ungenügenden Arbeitszeit, die dort zum Unterschied von den Ländern des Kontinentes üblich sei<sup>2)</sup>.

Die Arbeit muß dabei bemessen sein. Produktion über den Konsum hinaus ist wirtschaftlich Torheit. Die Arbeitsteilung soll eine freie sein und keine numerische Vorbestimmung der Berufszugehörigkeit zulassen. Nichts wird vom Menschen so ernst genommen wie die Berufswahl der Kinder<sup>3)</sup>. Aber auch die Arbeit des Armen ist so schön, oder doch ihm so lieb, daß sie ihm nicht nur nicht als eine unerträgliche Last erscheint, sondern umgekehrt als ein gewaltiges Gut, um dessen Erhaltung er seinen Gott auf den Knien anfleht<sup>4)</sup>.

Daß es nicht die Arbeit an sich ist, die ihn erfreut, sondern daß es die Arbeitslosigkeit ist, die ihn in seiner zivilen und sittlichen Existenz bedroht und deshalb schreckt, vermochte MANDEVILLE noch nicht einzusehen.

---

1) Ebenda 121. — 2) Ebenda, 122. — 3) Ebenda, 102. — 4) Ebenda, 196.

# Zur Geschichte des Begriffes „Diktatur des Proletariats“.

Von

**Wilhelm Mautner** (Amsterdam).

Der Gedanke der Diktatur des Proletariats ist in der sozialistischen Literatur bereits vor der bolschewistischen Revolution mehrfach diskutiert worden<sup>1)</sup>, ohne daß ihm indessen jene Aufmerksamkeit zugewendet worden wäre, die ihm nunmehr zuteil wird. Zum Losungswort für einen großen Teil der proletarischen Bewegung ist er erst seit der russischen Revolution von 1917 geworden, nachdem ihn LENIN in seiner Schrift „Staat und Revolution“ (August bis November 1917) eingehend erörtert und bereits vorher in der zweiten seiner unmittelbar nach seinem Eintreffen in Rußland gehaltenen Programmreden als Lösung der neuen, kommunistischen Partei verkündigt hatte<sup>2)</sup>.

LENIN selbst führt dort aus: der Gedanke der Diktatur des Proletariats sei von MARX erst nach den Erfahrungen der Pariser Kommune ausgesprochen worden, gewissermaßen als Abschluß der Gedankengänge, die sich ihm aus den Eindrücken in den Jahren 1848—52 erstmals aufgedrängt hatten und sodann nach 1871 zum System ausreiften. Formuliert habe MARX diesen Gedanken in seinem berühmten Briefe an BRACKE über die Grundsätze des Erfurter Parteiprogrammentwurfes von 1875<sup>3)</sup>. Hierin pflichtet ihm, trotz sonstiger Gegnerschaft, offenbar auch KAUTSKY bei, wenn er, anscheinend nicht ohne die Absicht, die aus diesem Schlagworte gezogenen Folgerungen LENINS abzuschwächen, darauf hinweist, dass MARX diese Worte (nur) einmal und zwar in einem Briefe — dem erwähnten Programmbriefe — gebraucht habe<sup>4)</sup>. Tatsächlich hat aber MARX den Gedanken schon viel früher ausge-

1) So von KAUTSKY (Die soziale Revolution); ablehnend von JAURÈS (Aus Theorie und Praxis. Übers. von Südekum, Berlin 1902): in der Polemik KARL LIEBKNECHTS (Die neue Methode, in Die neue Zeit, XXIX/2, 713 ff.) gegen ihn; von ENGELS (in der 1891 geschriebenen Vorrede zu MARX, Bürgerkrieg in Frankreich).

2) Diese höchst bedeutsamen Reden vom 16. und 17. April 1917 sind auszugsweise abgedruckt in den Auslandslektoratsberichten des Deutschen Auswärtigen Amtes; sie enthalten ein vollständiges Aktionsprogramm der neuen Bewegung.

3) LENIN, Staat und Revolution, Ausgabe der Aktion, S. 23; der Programmbrief selbst in D. Neue Zeit, IX/1, 562 ff.

4) KAUTSKY. Diktatur des Proletariats, S. 20, 60.



sprochen: eben unter dem unmittelbaren Einfluß der Erlebnisse in den Sturm- und Trauerjahren von 1848—1852. Vor allem und deutlichst in den später zu der Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ zusammengefaßten Aufsätzen in der Neuen Rheinischen Zeitung<sup>5)</sup>. Im Gotha-Brief lautet die Definition der proletarischen Diktatur folgendermaßen: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“<sup>6)</sup>. Inhaltlich sowie wörtlich nahezu übereinstimmend äußert sich ferner MARX: „Der revolutionäre Sozialismus . . ., der Kommunismus . . . ist die Permanenzklärung der Revolution, die Klassendiktatur der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen“<sup>7)</sup>. Und weiter ausdrücklich<sup>8)</sup>: „An die Stelle seiner, der Form nach überschwänglichen, dem Inhalte nach kleintlichen und selbst noch bürgerlichen Forderungen, deren Konzession es der Februarrepublik abringen wollte, trat die kühne revolutionäre Kampfparole: Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!“

Das zeigt wohl genügend, daß MARX 1875 keinen ihm vollkommen neuen Gedanken aussprach. MARX-ENGELS müssen sich 1850—52 mehrfach und eingehender mit dem Problem der Diktatur im allgemeinen und der des Proletariats im besonderen beschäftigt haben. Denn man begegnet dem Gedanken der Diktatur und ihrer verschiedenen Träger auch in dem etwa gleichzeitigen Briefwechsel der beiden. Als Träger der Diktatur erscheinen dort, neben dem Proletariat, in bunter Reihe die Bourgeoisie, die Arbeiterklasse, das „vrai peuple“, die — Nationalversammlung<sup>9)</sup>!

Wie hat nun MARX den Begriff der Diktatur aufgefaßt wissen wollen? Schon daß er auch von einer Diktatur der Nationalversammlung spricht, lehrt, daß er unter Diktatur keineswegs die vollständige Entrechtung aller nicht an ihrer Ausübung Mitbeteiligten versteht, sondern vielmehr nur die im eigenen Interesse geübte „Allein“herrschaft einer Gruppe (Nationalversammlung), einer

5) So spricht MARX von Diktatur des Proletariats und der Bourgeoisie auf S. 43, 69, 89, 92, 94, 97 dieser Schrift. (Abdr. von 1911).

6) D. Neue Zeit IX/1, 573.

7) Vgl. Klassenkämpfe, S. 94.

8) Ebenda, S. 43.

9) Von der Diktatur der Bourgeoisie spricht MARX an den angegebenen Stellen der „Klassenkämpfe“. ENGELS schreibt von der Diktatur des „vrai peuple“ in seinem Briefe an MARX vom 11. XII. 1851. (Briefwechsel I, 276/277.) „Es ist da freilich einzuwenden, daß das vrai peuple, einmal siegreich, selbst Diktator gewesen wäre“. — MARX erwähnt die „Diktatur der Nationalversammlung“ in seinem Brief an ENGELS vom 9. XII. 1851 (Ebenda I, 274).

Klasse (Bourgeoisie, Proletariat), des weitaus überwiegenden Volksteiles (vrai peuple). Gerade die Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ scheint uns aber auch den Schlüssel zum vollen Verständnis dessen zu geben, was MARX-ENGELS unter ihr, und besonders unter der proletarischen Diktatur begriffen. Sie ist ihnen, wie die angeführten Stellen des Buches, und mehr noch der ganze Zusammenhang, zeigen, nur vom Standpunkt der dialektischen Geschichtsentwicklung aus zu begreifen. Sie ist ihnen eben nichts anderes als das dialektische Gegenstück der Bourgeoisdiktatur, wie der proletarische Staat das Gegenstück des bürgerlichen, und wie die Kommune nach MARX' eigenen Worten der Gegenpol des Kaisertums war<sup>10)</sup> Und hatte sich MARX die Bourgeoisdiktatur etwa in Form der „konstitutionellen Republik“ — eine Phrase der 48er Jahre — dargestellt, dann die „sozialdemokratische, die rote Republik“ als die seine (des Proletariats) und seiner Verbündeten<sup>11)</sup>.

Die Diktatur des Proletariats, verkörpert in der nach rein demokratischen Grundsätzen gebildeten Kommune, bedeutet MARX Herrschaft der ungeheuren Mehrheit in deren eigenem Interesse (das endlich das der Gesamtheit sein kann, aber nicht sein muß) gegenüber derjenigen einer Minderheit. Man erinnere sich der bekannten Worte ENGELS: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort ‚Diktatur des Proletariats‘. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats<sup>12)</sup>“. Gerade die Wahl der auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebauten Pariser Kommune, deren Geist nichts fremder sein konnte, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen<sup>13)</sup>, sowie die Worte von der „demokratischen Republik als der spezifischen Form der Diktatur des Proletariats“<sup>14)</sup>, zeigen, daß ENGELS die Diktatur nur in der Form der demokratischen Republik möglich erachtet hat. Andererseits lehrt die Polemik KARL LIEBKNECHTS gegen JAURÈS von 1902, daß der Marxist LIEBKNECHT sich die Diktatur nicht anders denn als Mehrheitsherrschaft vorstellen konnte<sup>15)</sup>.

Um vollends zu erweisen, wie unbedingt verflochten für MARX Diktatur

10) „Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune. Der Ruf nach der sozialen Republik, womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik“. (MARX, Bürgerkrieg (Auszg. 1919) Politische Aktions-Bibliothek S. 45.)

11) „Die konstitutionelle Republik, das ist die Diktatur seiner vereinigten Exploiteurs, die sozialdemokratische, die rote Republik, das ist die Diktatur seiner Verbündeten“. (MARX, Klassenkämpfe, S. 89.)

12) ENGELS, Schlußworte der Vorrede zu MARX, Bürgerkrieg, S. 16.

13) MARX, Bürgerkrieg, S. 51.

14) ENGELS, Kritik des Erfurter Programms, (D. Neue Zeit, XX/1, 11).

15) Vgl. LIEBKNECHT, Die neue Methode, a. a. O., 713 ff.

und Demokratie und deren vornehmster Grundsatz, das allgemeine Wahlrecht waren und wie MARX über eine Diktatur dachte, die sich nicht auf diesen Grundpfeiler, auf dieses „Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse“<sup>16)</sup>, stützte, sei nur noch eine letzte Äußerung MARXENS zitiert. „Die Bourgeoisie, indem sie das allgemeine Wahlrecht, mit dem sie sich bisher drapiert hatte, aus dem sie ihre Allmacht saugte, verwirft, gesteht unverhohlen: ‚Unsere Diktatur hat bisher bestanden durch den Volkswillen, sie muß jetzt befestigt werden wider den Volkswillen‘“<sup>17)</sup>. Und mit der ganzen Verachtung, die MARX gegen die Bourgeoisie, die Ordnungspartei, aufbringen konnte, ruft er aus: „Die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechtes, es ist das letzte Wort der Partei der Ordnung, der Bourgeoisdiktatur“<sup>18)</sup>.

Was von der Diktatur der Bourgeoisie gilt, muß von jeder anderen gelten. Und daß ein MARX die Diktatur der Arbeiterklasse wider den Volkswillen errichtet sehen wollte, kann zwar behauptet, niemals aber bewiesen werden.

---

16) Worte des unter Mitwirkung von MARX, ENGELS, LAFARGUE und GUESDE verfaßten französischen Parteiprogramms („instrument d'émancipation“). Abgedruckt: D. Neue Zeit, IX/2, 508 ff.

17) MARX Klassenkämpfe S. 97.

18) Ebenda, S. 97. — Vielleicht dürfen in diesem Zusammenhang noch zwei weitere Zitate, wenigstens anmerkungsweise, gebracht werden, die deutlich dartun, wie MARX über die revolutionäre Rolle und Wirksamkeit des allgemeinen Wahlrechtes dachte. Sie entstammen derselben Schrift und lauten: „Aber wenn das allgemeine Stimmrecht nicht die wundertätige Wünschelrute war, wofür republikanische Biedermänner es angesehen hatten, besaß es das ungleich höhere Verdienst, den Klassenkampf zu entfesseln, die verschiedenen Mittelschichten der kleinbürgerlichen Gesellschaft ihre Illusionen und Enttäuschungen rasch durchleben zu lassen, sämtliche Fraktionen der exploitierenden Klasse in einem Wurf auf die Staatshöhe zu schleudern, und ihnen so die trügerische Larve abzureißen . . .“ (A. a. O. S. 39/40). — „Der umfassende Widerspruch aber dieser Konstitution besteh darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Wahlrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen.“ (Ebenda, S. 52).

---

# Die „Entdeckung“ des Manuskripts der „Deutschen Ideologie“.

Von **Gustav Mayer** (Berlin).

Wegen seines „großen literaturgeschichtlichen Werts“ veröffentlichte jüngst das Archiv (XI, 385/500) in extenso einen Vortrag, den D. RJASANOFF vor zwei Jahren in der Moskauer Sozialistischen Akademie gehalten hat. Daß dieser Vortrag für die MARX-ENGELS-Forschung zum Teil Interessantes und Neues mitteilte, ist unbestreitbar; überhaupt wäre ich der letzte, der leugnen wollte, daß der jetzige Direktor des MARX-ENGELS-Instituts in Moskau sich um die Bergung des Nachlasses der beiden großen Freunde wirkliche Verdienste erworben hat. Dennoch muß ich, da Rj. mich zu einer die Wissenschaft vielleicht nicht sehr fördernden Polemik förmlich nötigt, hier einige Richtigstellungen vornehmen. Denn alles, was der russische Forscher über seine angebliche Wiederauffindung des Manuskripts der „Deutschen Ideologie“, jenes missing link zwischen der „Heiligen Familie“ und dem Antiproudhon zu berichten weiß, kann demjenigen, der die Tatsachen und die Zusammenhänge wirklich kennt, nur ein nachsichtiges Lächeln entlocken.

Vergleichen wir die Darstellung, die Rj. davon gibt, mit dem wirklichen Sachverhalt! Er kritisiert zuerst FRANZ MEHRINGS bekannte 3bändige Ausgabe der frühen Schriften von MARX und ENGELS. Er weist darauf hin, daß MEHRING, der eigentlich nur gedruckte Arbeiten der beiden sammeln wollte, dennoch MARX' bis dahin ungedruckt gebliebene Doktordissertation aufnahm, von der „Deutschen Ideologie“ aber „das vorhandene Manuskript“ nicht veröffentlichte, weil er es für uninteressant hielt. Rj. fügt hinzu, daß MEHRING zu seinem Urteil gekommen sei, nachdem er sich zuvor bemüht habe, das Manuskript zu erlangen. Er habe sich auch an BERNSTEIN gewandt, von diesem aber nur das wenig bedeutende Kapitel „Das Leipziger Konzil“ erhalten und auf Grund dieses Fragments sich das Urteil gebildet, das ganze Werk sei eigentlich nicht viel wert. Er selbst, gesteht R., habe sich vor dem Kriege für diese Handschrift nicht besonders interessiert. Er sei mit einer späteren Epoche des Wirkens von MARX und ENGELS beschäftigt gewesen und so habe er übersehen, daß dies Stück durch die Überschrift: II Bruno Bauer 1845—46, sich hinlänglich deutlich als ein Teil der „Ideologie“ kenntlich machte. Später habe ihn erst meine ENGELS-Biographie

1) Mit der nachfolgenden Erwiderung gegen den bezogenen Artikel RJASANOFFS erachtet die Redaktion die Polemik in diesem Archiv als abgeschlossen.

CARL GRÜNBERG

wieder veranlaßt, der Spur des Manuskriptes des ganzen Werkes nachzugehen. Ich sei zwar als „bürgerlicher Schriftsteller“, der „erst seit kurzem Sozialdemokrat“ — (ein tatsächlicher Irrtum! Ich bin heute so wenig wie jemals früher Mitglied irgend einer Partei!) — „organisch außerstande, den Marxismus als philosophische und revolutionäre Lehre zu begreifen“, ich könnte „ENGELS bestenfalls als einen guten patriotischen Deutschen verstehen“, aber mein Buch bringe „etwas völlig Neues“, ich hätte die MARX-ENGELSSche „Deutsche Ideologie“ benutzt.

Rj. erzählt nun weiter: er sei „neugierig“ gewesen zu erfahren, wie ich zu meinen Angaben über das unveröffentlichte Werk gekommen sei. In den Anmerkungen teile ich zwar mit, BERNSTEIN habe mir einige Manuskripte zur Verfügung gestellt, aber als „alter Zeitungsberichterstatter“ verberge ich meine Quellen; und vergebens würde man in meinem Buche nach Auskünften darüber suchen, welche Manuskripte ich benutzt hätte und „wo sie sich befinden“. Der Direktor des MARX-ENGELS-Instituts in Moskau berichtet nun, daß er, durch das betreffende Kapitel meines Buches bewogen, sofort nach Berlin gereist wäre, um zu versuchen, ob es ihm gelänge: „endlich einmal festzustellen, wo die „Deutsche Ideologie“ geblieben und ob sie tatsächlich vollständig verschwunden sei“. Und siehe da, er fand sie in der Wohnung BERNSTEINS! Er erzählt seinem gläubigen Hörerkreis, dort sei es „ihm schließlich mit großer Mühe gelungen, die gesamte „Deutsche Ideologie“ ans Tageslicht zu fördern!“ —

So spiegelt sich die „Entdeckung“ der „Deutschen Ideologie“ in der Phantasie Rs. In Wahrheit hätte er zur „Entdeckung“ des Manuskripts der „Deutschen Ideologie“ niemals seine Reise anzutreten brauchen. So bereitwillig wir anzuerkennen bereit sind, daß er die Drucklegung, wenn auch vorläufig noch nicht in der Originalsprache, erreicht hat: zu entdecken braucht man nicht, was nie verloren gegangen war!

Schon im Jahre 1888 erfuhr jeder, der FRIEDRICH ENGELS Vorwort zu seinem „Feuerbach“ las, daß das alte Manuskript noch vorhanden war. Rj. selbst berichtet, wie wir oben sahen, daß MEHRING, als er in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts die Nachlaßbände zusammenstellte, um dessen Vorhandensein wußte. Dagegen vergaß Rj., seinen Hörern und Lesern auch klar und deutlich zu sagen, daß EDUARD BERNSTEIN bereits 1903 in den „Dokumenten des Sozialismus“, die er damals herausgab, umfangreiche Abschnitte aus der „Deutschen Ideologie“ abdruckte und in einer „Vorbemerkung“ schon allerhand Mitteilungen über jene Handschrift machte, die MARX und ENGELS, weil sie keinen Verleger gefunden, „der nagenden Kritik der Mäuse“ überlassen hatten. So konnte also seit 1903 kein Kenner der Materie, der überhaupt wußte, in welchen Zeitgenossen sich für die Verfasser des Buchs die deutsche Ideologie verkörperte, mehr daran zweifeln, wo das Original jenes Werkes sich befand, in dem MARX und ENGELS zu ihrer Selbstverständigung sich mit dem einstigen Kampfgenossen aus der junghegelischen Schule auseinandersetzten. Man mußte es seit damals mit Sicherheit unter den Manuskripten suchen, die ENGELS testamentarisch der Fürsorge von

BEBEL un BERNSTEIN anvertraut hatte. Als ich über ein Jahrzehnt später mich anschickte, ENGELS' Jugendentwicklung darzustellen, war es mir deshalb auch ganz selbstverständlich, daß ich mich, zumal BEBEL inzwischen gestorben war, an BERNSTEIN wenden mußte, wollte ich die Bedeutung dieser gemeinschaftlichen Arbeit für ENGELS geistige Entwicklung kennen lernen. Und ich fand, was mich nicht wundernahm, bei dem Politiker und Gelehrten, den ENGELS zum Verwalter seines Nachlasses eingesetzt hatte, ein bereitwilliges Entgegenkommen. Mochte er es damals auch noch sich selbst vorbehalten, das Werk künftig herauszugeben: für den speziellen Zweck, dem ich damals nachging, erreichte ich das Notwendige.

Die Tonart, in der Herr Rj. seine Ausfälle gegen mich und meine wissenschaftliche Leistung vorbringt, widerspricht zu sehr meinem persönlichen Geschmack, als daß ich mich versucht fühlen könnte, meine Erwiderung ihr anzupassen. Auch überlasse ich es getrost den fachmännischen Kreisen Deutschlands und Rußlands, zu beurteilen, ob es um mein Verständnis für ENGELS wirklich so hoffnungslos steht, wie Rj. behauptet. Dagegen darf ich einen anderen seiner Vorwürfe nicht unbeantwortet lassen und nur um seinetwillen griff ich eigentlich zur Feder. Herr Rj. versteigt sich zu der Behauptung, daß ich absichtlich meine wissenschaftlichen Quellen versteckt hätte, damit andere nicht in der Lage wären, an sie heranzukommen. Deshalb sehe ich mich gezwungen, dem Leser hier zwei kurze Zitate aus den 1½ Bogen füllenden „Quellen und Nachweisen“ des I. Bandes meiner ENGELS-Biographie zu unterbreiten. Er mag sich dann selbst sein Urteil darüber bilden, ob es meine Absicht gewesen sein kann, aus kleinlichen Gründen dem Leser zu verbergen, was mir über das Manuskript der „Deutschen Ideologie“ seit lange bekannt war.

In der Rubrik: „Werke von Engels aus der Frühzeit“ schreibe ich dort auf Seite 403:

*„Aus der Schrift gegen die deutsche Ideologie hat Eduard Bernstein in den Jahrgängen II bis IV der von ihm herausgegebenen „Dokumente des Sozialismus“ 1903 und 1904 den weitaus größten Teil des „Heiligen Marx“ zum Abdruck gebracht. Einen kleinen Nachtrag veröffentlichte er 1918 in einer von Kurt Eisner herausgegebenen Feuilletonkorrespondenz. In den ganzen Rest des wissenschaftlich bisher unausgebeuteten umfangreichen Manuskripts, soweit es noch vorhanden ist, hat Herr Eduard Bernstein, dem ich dafür zu großem Dank verpflichtet bin, mich für den Zweck dieser Biographie Einsicht nehmen lassen.“*

Und bei den Anmerkungen zu Kapitel X, das von der „Deutschen Ideologie“<sup>1)</sup> handelt, füge ich auf Seite 418 hinzu:

1) Erst gleichzeitig mit der Korrektur erhalte ich Kenntnis von dem I. Band des von Rj. herausgegebenen „Marx-Engels-Archiv“, in dem er bisher ungedruckte Teile der „Deutschen Ideologie“ veröffentlicht und mit einem interessanten und materialreichen Vorwort begleitet. Ich gebe gern zu, daß er sich hier meiner wissenschaftlichen Leistung gegenüber einer größeren

„Das auf die Nachwelt überkommene Manuskript dieses umfangreichen gemeinsamen Werkes von Marx und Engels bedürfte einer gründlichen monographischen Untersuchung. Wahrscheinlich würde diese zu dem Ergebnis kommen, daß zum mindesten nicht alle Bestandteile des vorhandenen Manuskriptes jenem druckfertigen Exemplar angehören, dem die vergebliche Rundreise zu zahlreichen Verlegern anvertraut war. Viele Blätter tragen dafür zu sehr die Spuren eines ersten Konzepts, auch finden sich auf ihnen Ausdrücke, die selbst Marx und Engels niemals für druckfähig angesehen hätten, neue Zusammenhänge beginnen ohne jeden Übergang und die Paginierung ist keine durchgehende. Dabei sollte man nicht ignorieren, daß Marx im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, Berlin 1859, S. VI von „zwei starken Oktavbänden“ spricht, während die uns erhaltenen Papiere Folio- und Quartblätter sind. Freilich zeigen diese Blätter die Spuren der „nagenden Kritik der Mäuse“, von der Marx dort spricht. Der Verfasser erhebt keineswegs Anspruch, mit diesen Hinweisen die Frage endgültig geklärt zu haben.“

Von den beiden hier angeführten Stellen nimmt nun Herr Rj. nur auf die erste Bezug, während er die zweite entweder überhaupt nicht gelesen oder zur Zeit, als er seine Rede ausarbeitete, schon wieder vergessen hatte. Für die Wissenschaft wäre es gewiß fruchtbarer gewesen, wenn er die Anregungen, die von mir dort gegeben wurden, aufgenommen und an der Hand der ihm durch BERNSTEINS Güte ermöglichten gründlichen Benutzung des gesamten Manuskripts der „Deutschen Ideologie“ zum Abschluß gebracht hätte, statt die Leser des Archivs durch seine unsachlichen Angriffe auf mich und andere daran zu erinnern, daß schon MEHRING am Schluß seiner MARX-Biographie auf ihn das Wort von MARX über BORKHEIM anwendet: „Wenn er die Feder in die Hand nimmt — wehe! Aller Takt und Geschmaack fehlt ihm.“ Herr Rj. sollte sich eingestehen, daß es ebenso stilwidrig wie unpraktisch wäre, die Geschichte des Kommunismus individualistisch und diktatorisch betreiben zu wollen. Wenn auf irgendeinem so wäre gerade auf diesem Gebiete eine die Sache fördernde Zusammenarbeit der wenigen am Platze gewesen, die sich in den verschiedenen Ländern ernsthaft mit der Materie befaßt haben.

Sachlichkeit befeißigt. Wenn er aber hier annimmt, daß ich, als ich die Engelsbiographie schrieb, mir noch nicht klar gewesen sei, daß das Leipziger Konzil ein Bestandteil der Deutschen Ideologie ist, so muß ich ihn schon ersuchen, sich dort auf S. 243/244 davon zu überzeugen, daß ich das „Konzil“ sogar als die „offenbar von ENGELS ersonnene Rahmendichtung“ der „Ideologie“ charakterisiert habe.

und die  
1859  
1859  
1859  
1859

# Die historische Literatur in Rußland während der Revolution.

Von

**B. Nikolajewsky** (Berlin).

Die Nachkriegsperiode hat in ganz Europa das Interesse für die Geschichte der letzten Jahrzehnte wiederbelebt, nirgends aber mehr als in Rußland. Noch nie ist der russische Büchermarkt von so zahlreichen neuen geschichtlichen Arbeiten, Memoiren, Dokumentensammlungen usw. überfüllt gewesen, noch nie sind so viele geschichtliche Zeitschriften erschienen, wie heute. Das hat natürlich seine tiefen Gründe. In keinem westeuropäischen Lande war das Studium der politischen und sozialen Geschichte des XIX. und XX. Jahrhunderts mit solchen Schwierigkeiten verbunden wie im vorrevolutionären Rußland. Eine ganze Reihe geschichtlicher Probleme konnte damals überhaupt nicht frei und unabhängig behandelt werden; aber auch der Behandlung aller übrigen Fragen waren feste und sehr oft recht enge Schranken gezogen. Um überflüssige Details zu vermeiden, seien lediglich zwei ziemlich krasse Beispiele angeführt. Im Jahre 1912/13 ist ein 4bändiges sehr solides Geschichtswerk von Professor M. N. POKROWSKI nur aus dem Grunde konfisziert worden, weil es eine abfällige Kritik der Persönlichkeit NIKOLAUS I. enthielt, d. h. eines Monarchen, der nahezu sechzig Jahre vor der Konfiskation verstorben war. Der Senat — die höchste gerichtliche Behörde des zaristischen Rußlands — hatte einige Jahre zuvor in einem Beschluß festgestellt, daß jeder Geschichtsschreiber, der irgend ein Dokument zitiert, für die im Zitat ausgesprochenen Gedanken die Verantwortung trage, ohne Rücksicht auf seine eigene Stellungnahme zu ihnen. Deshalb waren die Autoren, die über die Geschichte der revolutionären Bewegung früherer Zeiten schrieben, zu größter Vorsicht bei der Wiedergabe von Kundgebungen der Revolutionäre gezwungen, so daß deren Wiedergabe nur zu oft in wesentlichen Punkten unvollständig blieb.

Diese Hemmungen von seiten der Zensur waren insbesondere auf zwei Gebieten äußerst fühlbar. Ganz ausgeschlossen war erstens die kritische Beleuchtung der negativen Seiten in der Tätigkeit der letzten Monarchen und ihrer intimsten Mitarbeiter; nur in sehr beschränktem Maße war die Möglichkeit gegeben, die Probleme der revolutionären und sozialistischen Bewegung in Rußland geschichtlich zu erforschen. Die Fachzeitschriften, die seinerzeit zu diesem letzteren Zwecke gegründet wurden („Byló“ [Gewesenes], „Minuwschiö Gody“ [Vergangene Jahre]) sind von der Regierung



verboten worden. Kaum ein Buch, das sich mit diesen Fragen befaßte, ist der Konfiskation entgangen. Die Revolution von 1917 hat mit allen diesen Verboten und Einschränkungen gründlich aufgeräumt. Wir müssen hier übrigens zur Vorbeugung von Mißverständnissen sofort bemerken, daß es auch heute in Rußland keine Freiheit der geschichtlichen Forschung gibt. Die historischen Veröffentlichungen — wie übrigens alle anderen Bücher — unterliegen einer präventiven Zensur, die sehr sorgfältig alles das ausmerzt, was irgendwie mit den Auffassungen der gegenwärtig in Rußland am Ruder befindlichen Regierung nicht übereinstimmt. Diese heutigen Einschränkungen haben jedoch im allgemeinen eine Tendenz, die den Zensureinschränkungen des alten Regimes gerade entgegengesetzt ist. Heute existiert jedenfalls eine vollständige Freiheit für die Erforschung der negativen Seiten des Zarismus. Wenn wir noch hinzufügen, daß die Revolution die geheimsten Archive der Zarenregierung zugänglich gemacht hat und daß dadurch eine ganze Reihe von dunklen, rätselhaften Momenten der jüngsten Zeit aufgeheilt werden konnte, so werden wir die Ursachen jenes großen Interesses verstehen, das der russische Leser gegenüber der jüngsten Vergangenheit an den Tag legt.

Im Laufe der letzten Jahre wird dieses Interesse des lesenden Publikums — und je weiter in desto mehr organisierter Weise — in gewissem Maße von der Sowjetregierung und der herrschenden Kommunistischen Partei gefördert, indem diese Instanzen ihre besondere Aufmerksamkeit den Problemen der geschichtlichen Forschung zugewandt haben. Ihre planmäßige Einmischung auf diesem Gebiete hat ein solches Maß angenommen und übt einen dermaßen bestimmenden Einfluß sowohl auf den Umfang als auch auf den Charakter der Forschungen selbst, daß wir es für angemessen halten, bevor wir noch zur Kennzeichnung der während der Revolutionsjahre erschienenen geschichtlichen Literatur übergehen, in knapper Form die Entwicklung und den jetzigen Stand jener offiziellen Organisationen darzulegen, die in gewissem Maße die Forschungen auf historischem Gebiete leiten.

Das Problem eines staatlichen Eingriffs auf diesem Gebiete tauchte zuerst im Laufe der Revolution auf, als Problem des Archivschutzes. Die Revolution hat nicht bloß die Archive zugänglich gemacht, sondern zugleich mitunter ihre Existenz selbst in Frage gestellt. Schon im Laufe des März 1917 sind viele Archive arg mitgenommen und nicht selten völlig vernichtet worden, es handelt sich da vornehmlich um die Archive der zaristischen Geheimpolizei. Es genügt hier mitzuteilen, daß in Petersburg allein die Archive der Sicherheitsabteilung („Ochranka“), der Gendarmerieverwaltung und des Oberlandesgerichtes gänzlich vernichtet worden sind; eine ganze Menge anderer Archive, die an von der Revolution beseitigte Institutionen angegliedert waren, blieb ohne jeglichen Schutz. Das hat schon unter der Regierung KERENSKI die Frage des Archivschutzes akut gemacht, und es hat sich eine spezielle Vereinigung der Archivforscher gebildet, unter dem Vorsitz so bekannter Forscher wie Professor LAPPO-DANILEWSKY, BARSKOW u. a. Aber besonders akut wurde die Frage des Archivschutzes nach dem Übergange der Regierungsgewalt in die Hände der Bolschewiki, als in der Tat der ganze

alte Verwaltungsapparat gänzlich beseitigt wurde. Die Plünderung der Archive hat damals einen allgemeinen Charakter angenommen — als man begann, das Faszit auf diesem Gebiete zu ziehen, stellte sich heraus, daß neben der Vernichtung von vielen mitunter höchst wertvollen und reichhaltigen Privatarchiven auch sehr viele staatliche Archive der Plünderung preisgegeben waren.

Das Verdienst, die Frage des Archivschutzes unter den Bolschewiki aufgeworfen zu haben, gebührt Professor D. RJASANOFF. Zunächst ist es ihm gelungen (im März-April 1918), den Archivschutz in Petersburg zu organisieren, jener Stadt, wo die wichtigsten Archive für die Geschichte des XVIII. und XIX. Jahrhunderts konzentriert waren. Einige Monate später hat er auch die Begründung einer allrussischen Institution durchgesetzt, die demselben Zwecke dienen sollte, nämlich die „Hauptverwaltung für Archivanangelegenheiten“ („Glawnoje Uprawlenie Archiwnym Djelom“). Sie hat die Aufgabe, die Verwaltung aller Archive zu übernehmen, nicht nur der im Besitze von zentralen und lokalen Regierungsstellen des vorrevolutionären Rußlands befindlichen, sondern auch derjenigen, die verschiedenen nationalisierten Institutionen, Anstalten oder Unternehmungen (Betrieben, Banken u. dergl.) und sogar Privatpersonen gehörten, und zwar in der ganzen Sowjetrepublik. Das war wahrlich eine Riesenaufgabe, besonders wenn man bedenkt, daß hier anfangs jeder fertige Verwaltungsapparat fehlte, und wenn man außerdem die allgemeine Situation während des Bürgerkrieges berücksichtigt, als die lokalen — und nicht selten auch die zentralen — Regierungsorgane sehr wenig Zeit und Lust hatten, sich um den Schutz und die Rettung „irgendwelcher alter Papiere“ zu kümmern, zu einer Zeit, da es mitunter kaum möglich war, sich um die Rettung von menschlichen Leben zu bemühen.

Unter solchen Umständen braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die neue Archivverwaltung nicht selten Fehler beging und daß ihre Tätigkeit manche Mängel aufzuweisen hatte, zudem darüber, daß es ihr doch trotz aller Hindernisse im großen und ganzen gelungen ist, den Archivschutz im Zentrum und in der Provinz durchzuführen und sehr viel wertvolles Material vor dem Untergange zu bewahren. Ende 1919 hatte die Archivverwaltung schon Bevollmächtigte in 40 Städten, und diese Bevollmächtigten leisteten, trotz der sehr schwierigen Umstände, eine große Arbeit. Über die Schwierigkeiten dieser Arbeit kann man z. B. aus folgendem Falle urteilen: in Jaroslawl, während des Bürgerkrieges des Jahres 1918, als mehr als die Hälfte der Stadt von einer durch Artilleriegeschosse verursachten Feuersbrunst vernichtet war, hat der Vertreter der Archivverwaltung im Artilleriefeuer gearbeitet, indem er wertvolle Archivadokumente aus brennenden Gebäuden herausschleppte. Man kann also, ohne in Übertreibungen zu verfallen, ruhig sagen, daß in dieser Periode viele wichtige Archivadokumente lediglich der aufopferungsvollen Tätigkeit der Archivverwaltung ihre Rettung verdanken.

Diese Arbeit hat deren gesamte Kräfte während der ersten 2—3 Jahre ihres Bestehens in Anspruch genommen, so daß von einer wissenschaftlichen

Erforschung oder gar Veröffentlichung der Archiv-Materialien kaum die Rede sein konnte. Man beschränkte sich im wesentlichen auf Systematisierung und Aufarbeitung des Materials.

Das Ende von 1920 und der Anfang des Jahres 1921, die bekanntlich überhaupt einen Wendepunkt in der Politik der Sowjetregierung bezeichnen, haben eine Wandlung auch in der Tätigkeit der Archivverwaltung mit sich gebracht. Gerade um diese Zeit herum kann man die Wiederbelebung des historischen Interesses in Kreisen der herrschenden Kommunistischen Partei konstatieren. Im Herbst 1920 wurde auf Veranlassung von Prof. M. W. POKROWSKY, ADORATSKY und PIONTKOWSKY eine besondere „Kommission für die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands und der Oktoberrevolution“ (abgekürzt „Istpart“) gegründet. Sie wurde mit einer außerordentlichen Fülle von Rechten und Befugnissen ausgestattet und verfügt auch über beträchtliche Mittel. Einer der ersten Schritte dieser neuen Kommission, die ausschließlich aus Kommunisten bestand, war die Unterwerfung der Archivverwaltung unter ihre Aufsicht, wo bis dahin hauptsächlich parteilose Fachleute gearbeitet hatten. Die Zusammensetzung der Administration dieses „Zentroarchivs“ wurde stark verändert, wobei an ihre Spitze an Stelle von RJASANOFF, der sich fortan ausschließlich der Organisation des „Instituts von K. Marx und F. Engels“ zur Erforschung der Probleme der Theorie und Geschichte der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung widmet, einer der Schöpfer des „Istpart“ — M. N. POKROWSKY trat, der zugleich auch als Stellvertreter des Volkskommissärs für die Volksaufklärung fungiert. Im wesentlichen bestand diese Veränderung darin, daß parteilose Fachleute und Geschichtsforscher durch Angehörige der Kommunistischen Partei ersetzt wurden, die bis dahin nur in sehr loser oder auch in gar keiner Beziehung zur Geschichtswissenschaft gestanden hatten. Um diese Zeit ungefähr beginnt auch die Verlagstätigkeit des Zentroarchivs; von 1922 an erschien — obgleich sehr unregelmäßig — das „Rote Archiv“ (Krasnyi Archiv) und zugleich auch eine Reihe besonderer Publikationen: Dokumentensammlungen zur allgemeinen Geschichte Rußlands im XIX. und XX. Jahrh., zur diplomatischen Geschichte Rußlands, zur Geschichte der russischen Literatur sowie zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland, insoweit diese keinen sozialdemokratischen Charakter hat, während die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in die Kompetenz des „Istpart“ fällt, weil ja die Kommunistische Partei aus einem der Flügel der Sozialdemokratie hervorgegangen ist. Wesentlich kennzeichnend für alle diese Veröffentlichungen des Zentroarchivs ist das Bestreben, dem Leser solide Dokumentensammlungen zur Erforschung dieser oder jener geschichtlichen Probleme zu geben. Das Zentroarchiv gibt im allgemeinen keine Memoiren heraus, ebensowenig irgendwelche verallgemeinernde Arbeiten. Dokumente, die den Staatsarchiven entnommen sind, Briefwechsel, Tagebücher und dergl. — das sind die einzigen Quellen, die die Aufmerksamkeit des Zentroarchivs bei seiner Verlagstätigkeit genießen. Auf diesem Gebiete hat das Zentroarchiv sehr Großes geleistet und verspricht, soweit man nach seinen Prospekten urteilen darf, noch vieles zu leisten. Die Geschichte des marxistischen

Sozialismus in Rußland, insbesondere die Geschichte der Kommunistischen Partei sowie jener Gruppen, die als ihre Vorgängerinnen angesehen werden, und die Geschichte der Oktoberrevolution von 1917, bleibt der Kompetenz des „Istpart“ vorbehalten. Istpart hat Filialen in 64 Städten Rußlands. Dank dieser weitverzweigten Organisation einerseits und seinen großen finanziellen Mitteln andererseits, dank auch den ihm durch die Sowjetregierung verliehenen Vorrechten auf dem Gebiet des Archivwesens konnte der Istpart eine große Tätigkeit entwickeln. Vornehmlich auch auf dem Gebiet des Verlagswesens. Nicht nur die Zentrale, sondern alle Filialen des Istpart bringen diverse Publikationen heraus, darunter periodische Zeitschriften oder nicht periodische Urkunden- und Materialsammlungen. Als wichtigste dieser Veröffentlichungen seien hier folgende Zeitschriften angeführt: Proletarskaja Rewoluzija (Die proletarische Revolution, Moskau, herausgegeben von der Hauptverwaltung des Istpart. Sie erscheint regelmäßig monatlich seit XII. 1921); Krassnaja Ljetopiss (Rote Chronik), Leningrad, zweimonatlich seit 1922; Ljetopiss Rewoluzij (Chronik der Revolution), Charkow, Tiflis. Nichtperiodische Sammlungen erscheinen in Moskau, Perm, Tula und vielen anderen Städten. Außerdem sind noch viele Einzelpublikationen, Memoiren etc. erschienen. So z. B. hat das Zentralbüro des Istpart in Moskau bis Oktober 1925 79 Bände veröffentlicht. Die Menge der lokalen Publikationen ergibt im ganzen eine mehrfach größere Ziffer, so daß wir kaum fehlgreifen, wenn wir die Gesamtziffer der Publikationen des Istpart auf 500 Bände ansetzen. Berücksichtigen wir dabei, daß diese Arbeit auf ein ziemlich enges Gebiet konzentriert ist, daß dabei die Arbeit der Filialen im großen und ganzen vom Zentrum aus geleitet wird, wobei nicht nur einzelne interessante Themen, sondern auch Methoden der Bearbeitung der Archivmaterialien angegeben werden, so müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß die Arbeit des Istpart trotz bedeutender Mängel <sup>1)</sup> eine Epoche in der Erforschung der revolutionären Bewegungen in Rußland und insbesondere der letzten Revolution bildet. Der Istpart wird in höchst bedeutungsvoller Weise durch das LENIN-Institut beim Zentralvorstande der Kommunistischen Partei Rußlands ergänzt. Diese Institution, die in mancher Hinsicht mit dem Istpart seinen Zwecken nach konkurrieren muß, ist ursprünglich als eine Kommission entstanden, zur vollständigen Herausgabe der gesammelten Werke LENINS. Nach LENINS Tode, im Zusammenhang mit dem beginnenden Kultus seiner Persönlichkeit, verwandelte sich diese Kommission in ein umfassendes reichdotiertes Forschungs-

1) Von diesen Mängeln wird noch im einzelnen die Rede sein, wenn wir zur Besprechung der Istpart-Publikationen kommen. Hier sei bloß auf eines hingewiesen, was zu größter Vorsicht ihnen gegenüber zwingt: nämlich der Mangel jeder Objektivität, soweit es sich um die Erforschung der Fraktionskämpfe innerhalb der Sozialdemokratie handelt für die Zeit, als die Bolschewiki und die Menschewiki noch im Rahmen der gleichen Partei existierten. Hier ist die parteiische Einstellung der Mitarbeiter des Istpart und insbesondere seines Zentralbüros so groß, daß mitunter die geschichtliche Perspektive völlig verschoben erscheint.

institut zur Sammlung, Bearbeitung und Veröffentlichung aller Materialien, die auf die eine oder andere Weise mit LENINS Tätigkeit in Zusammenhang stehen. Da jedoch die Tätigkeit LENINS mit einer ganzen Reihe der wichtigsten Momente in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts aufs engste zusammenhängt, von 1900 an jedoch tatsächlich mit allen entscheidenden Momenten der Tätigkeit erst der sozialdemokratischen und dann der kommunistischen Zentralinstanzen unlösbar verknüpft ist, so ist in der Tat der Istpart zugunsten des LENIN-instituts der wichtigsten und interessantesten Teile seines Arbeitsgebietes beraubt worden. Die Rechte und Befugnisse, die dem LENIN-Institut durch den Rat der Volkskommissäre verliehen worden sind, sind noch umfassender als die seinerzeit dem Istpart zugestanden. Alle Institutionen und Privatpersonen sind verpflichtet, alle Materialien und Dokumente, die irgendwie mit der Person oder Tätigkeit LENINS zusammenhängen, dem Institut zu übergeben. Seine Verlagstätigkeit hat das Institut hauptsächlich in Form der Herausgabe von Sborniki (Lenins Sammlungen) entwickelt, worin die Materialien veröffentlicht werden, die die wichtigsten Etappen der Tätigkeit LENINS beleuchten. Bis jetzt sind 3 Bde. Sborniki erschienen. Sie enthalten wirklich erstklassiges, äußerst wertvolles, sorgfältig und streng wissenschaftlich aufgearbeitetes Material. Die Probleme der Geschichte des marxistischen Sozialismus erregen gegenwärtig die größte Aufmerksamkeit der in Rußland herrschenden Partei. Für die Sammlung und Bearbeitung entsprechender Materialien werden sowohl die besten Forscherkräfte verwendet, als auch der größte Teil der dafür bestimmten Mittel verausgabt. Der Erforschung der Geschichte der nicht-marxistischen sozialistischen und revolutionären Organisationen und Gruppen dagegen wird viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt und dafür werden auch bedeutend geringere Mittel verwendet. Die Erforschung dieser Probleme hat im wesentlichen eine besondere Organisation übernommen, die ihren Zwecken, sowie dem tatsächlichen Charakter ihrer Tätigkeit nach hauptsächlich ganz andere Ziele verfolgt, nämlich die „Obščestvo bywschich polititsches Kieh Katorijan i ssylnych“ (Vereinigung der früheren politischen Strafgefangenen und Verbannten). Die Anzahl von Personen, die zu diesen beiden Kategorien gehören, ist in Rußland sehr groß und beziffert sich auf mehrere Tausende. Ein großer Teil von ihnen ist mehr oder weniger invalid, da ja die russischen Gefängnisse bekanntlich sich nie eines besonders milden Regimes erfreut haben, und hat natürlich berechtigten Anspruch auf Unterstützung seitens einer Regierung, die infolge einer Revolution aufgekommen ist, deren Vorbereitung diese Menschen die besten Jahre ihres Lebens und die besten Kräfte geopfert haben. Zum Zwecke einer solchen planmäßigen Unterstützung und gegenseitiger Hilfe ist nun im Jahre 1921 eine besondere Vereinigung gegründet worden, die seit ihren ersten Anfängen, neben ihren Hauptaufgaben, sich auch mit Veröffentlichung von Materialien befaßt hat, die sich auf die Geschichte der politischen Katorga beziehen. Die von dieser Vereinigung herausgegebene Zeitschrift („Zuchthaus und Verbannung“ — „Katorga i ssylka“) hat sich mit der Zeit, unter Beibehaltung ihres ursprünglichen Namens in eine allgemeine Zeitschrift ver-

wandelt, die sich mit der Erforschung der Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland vor 1917 befaßt. Indem die Redaktion dieser Zeitschrift allmählich den Kreis der sie interessierenden Fragen ausdehnte und immer neue und neue Mitarbeiter heranzog, ist die Zeitschrift gegenwärtig zu einer der interessantesten periodischen Veröffentlichungen auf diesem Gebiete geworden, und ein jedes neue Heft (es sind bis jetzt 19 erschienen) erscheint als ein wertvoller Beitrag für die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland. Gleichzeitig mit der Herausgabe dieser Zeitschrift hat die „Vereinigung der früheren politischen Zuchthäusler“ mit der Veröffentlichung von einzelnen Werken begonnen, die seit Anfang 1925 unter dem allgemeinen Titel „Historisch-revolutionäre Bibliothek“ („Istoriko-revolutschijnaja biblioteka“) vereinigt sind. Darunter befindet sich eine Reihe von äußerst wertvollen Memoiren, die meistens von den Veteranen der russischen revolutionären Bewegung noch aus der Epoche der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts stammen (z. B. die Memoiren von M. P. Sscaschin, des Freundes von M. A. Bakunin, der an der Pariser Kommune 1871 teilgenommen hat, von Aschenbrenner u. a.). Hier muß man noch auf eine Institution hinweisen, die sich keine spezielle Aufgabe der Erforschung der revolutionären Bewegung gestellt, die jedoch tatsächlich eine beträchtliche Menge von Materialien zu Tage gefördert und veröffentlicht hat, die von großem Interesse für die Forscher auf diesem Gebiete sind. Wir sprechen hier von dem sogen. „Puschkin-Haus“ (Puschkinsky Dum“) an der Russischen Akademie der Wissenschaft (gegenwärtig Akademie der Wissenschaften der Union der S. S. R.). Diese Institution ist ihrem Charakter nach ein spezielles museumartiges Institut, das dem Studium der Probleme der Geschichte der russischen Literatur, insbesondere der Literatur der Puschkin-Periode gewidmet ist. Vor der Revolution war jedoch in Rußland die literarische Tätigkeit unlösbar mit einer revolutionären oder wenigstens oppositionellen Betätigung verknüpft. Es gab wenig Schriftsteller, die mit der revolutionären Bewegung nicht sympathisierten oder aktiv an ihr teilnahmen. Deshalb berührt jeder russische Literaturhistoriker unbedingt Fragen, die auch ein Interesse für die Geschichte der revolutionären Bewegung haben. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist gerade die Tätigkeit des Puschkin-Hauses, dessen zahlreiche Veröffentlichungen (wie z. B. die Sammlung „Dekabristen“, die Briefe von M. J. Saltykoff und von Korolenko u. a.) eine äußerst wichtige Quelle für die Geschichte der revolutionären Bewegungen darstellen. Das Puschkin-Haus ist übrigens während der Revolutionsjahre zu einer äußerst reichhaltigen Sammlung von Materialien geworden, da es sehr viele Privatarchive von Persönlichkeiten, die in irgendeiner Beziehung zur russischen Literatur gestanden hatten, in sich aufgenommen hat. Das spezielle Gebiet der Probleme, die mit der Geschichte der Arbeit und der Arbeiterorganisationen sowie des gewerkschaftlichen Klassenkampfes im Zusammenhange stehen, lenkt heute gleichfalls die Aufmerksamkeit der Forscher auf sich. Besonders viel hat hier die „Wissenschaftliche Kommission für Erforschung der Geschichte der Arbeit in Rußland“ getan, die schon im Jahre 1919–20 begründet und an den Petrograder (heute Lenin-

grader) Gouvernementsrat der Gewerkschaften angegliedert ist. Im Laufe der Jahre 1921—24 sind von dieser Kommission 10 Bände des nichtperiodischen „Archivs für die Geschichte der Arbeit in Rußland“ („Archiv istorii truda w Rossij“) herausgegeben. Außerdem erscheint eine periodische (3 monatliche) Zeitschrift, „Die Arbeit in Rußland“ („Trud er Rossij“). Beide Veröffentlichungen (unter der Redaktion von J. HESSEN) enthalten äußerst wichtiges streng wissenschaftlich bearbeitetes Material und Artikel, die sich mitunter zu Monographien auswachsen. Hier werden die Probleme der Geschichte der Arbeit in Rußland im weitesten Sinne des Wortes seit dem X. Jahrhundert erforscht. In diesem Zusammenhange ist noch die „Kommission für Erforschung der russischen Gewerkschaftsbewegung“ zu nennen (abgekürzt „Istprof“), die 1922—23 gegründet und an den Allrussischen Gewerkschaftsrat (Moskau) angegliedert ist. Diese Kommission stellt sich lediglich die Aufgabe der Erforschung der gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland, hat eine weitverzweigte Organisation in der Provinz und veröffentlicht eine Reihe von nichtperiodischen Sammlungen unter dem allgemeinen Titel „Materialien zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Rußland“ („Materialy dlja istorii professionalnogo dwigehenija w Rossij“) (bis jetzt sind 3 Bände erschienen, die viel nützliches Material gebracht haben). Neben diesen oben angeführten mehr oder weniger offiziellen Institutionen, die sich speziell mit den Problemen der Geschichte der revolutionären, sozialistischen und der Arbeiterbewegung in Rußland befassen, müssen hier noch einige andere wissenschaftliche Institutionen genannt werden, die diese Fragen gelegentlich neben anderen bearbeiten, wie die „Kommunistische Akademie“, das „Institut der roten Professur“, „Die Universität von Swerdlow“ usw. Neben allen diesen offiziellen Institutionen haben auch private Verlagsgesellschaften eine bedeutende Rolle auf dem Gebiete der Geschichte der revolutionären Bewegung gespielt und spielen es noch heute. Besonders bedeutungsvoll ist auf diesem Gebiete die Tätigkeit von 3 Verlagsgesellschaften: Byloë (Leningrad), „Sadruja“ (Moskau) und „Koloß“ (Moskau-Leningrad). Die erste von diesen Verlagsgesellschaften trägt den Namen der alten historischen Zeitschrift, die zuerst im Jahre 1900 unter der Redaktion von W. I. BURTZOFF (im Auslande) gegründet und nach langer Unterbrechung im Jahre 1917 wieder (unter der Redaktion von Professor P. J. STSCHIGOLEFF) in Petersburg erschienen ist und noch heute erscheint. Diese Zeitschrift hat seit ihrer Neuerscheinung sehr viel wertvolles Material gebracht, worüber wir noch ausführlich sprechen werden. Neben dieser Zeitschrift hat die Verlagsgesellschaft „Byloë“ besonders seit 1922, eine Reihe von Büchern und Broschüren veröffentlicht. Der Verlag „Sadruja“ hat die noch im Jahre 1913 gegründete allgemeine historische Zeitschrift „Goloß Minuwschawo“ unter der Redaktion von W. J. Ssemewsky († 1916) und S. P. Melgunoff herausgegeben; während der Revolution hat sich auch diese Zeitschrift besonders mit der Geschichte der revolutionären und oppositionellen Bewegung befaßt. Leider hat sie im Jahre 1923 infolge von Zensurschwierigkeiten ihr Erscheinen eingestellt, wobei ihr Redakteur ins Ausland verbannt worden ist.

Gegenwärtig erscheint diese Zeitschrift wieder in Paris. Derselbe Verlag hat auch eine Reihe von Büchern verlegt, von denen besonders wertvoll die Memoiren von W. N. FIGNER erscheinen, die schon in dieser Zeitschrift besprochen worden sind. Der Verlag „Koloß“, der von P. WITJASEFF geleitet wird, hat sich große Verdienste auf dem Gebiete des Studiums der Tätigkeit von P. L. LAMROFF, eines der bedeutendsten Persönlichkeiten der revolutionären Bewegung in den Jahren 1870—90 und eines Freundes von Marx und Engels, erworben und hat mit der Veröffentlichung einer vollständigen Sammlung seiner Werke begonnen (mehrere Bände sind schon erschienen).

Diese drei Verlagsgesellschaften haben sich mehr als die anderen in der Veröffentlichung von Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung hervorgetan. Aber sie stehen in dieser Hinsicht bei weitem nicht allein. Fast alle privaten Verleger unternehmen sehr gerne angesichts des ungeheuren Interesses des Publikums für die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland die Herausgabe von Werken geschichtlichen Inhalts, und es gibt kaum einen Verlag, der nicht ein oder mehrere solcher Werke veröffentlicht hat.

In den nachfolgenden Artikeln werden wir die von diesen Institutionen und Verlagsgesellschaften veröffentlichten Bücher, Zeitschriften etc. uns näher ansehen.



# Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“.

Eine Episode aus der österreichischen Arbeiterbewegung 1918/19.

Von

Johannes Wertheim (Wien).

Die Anfänge der kommunistischen Bewegung in Österreich lassen sich bis in das Jahr 1916 zurückverfolgen. Nach Wiedervereinigung des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie in Österreich, dessen Führung der aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrte OTTO BAUER übernommen hatte, mit dem rechten war es nach dem Parteitage 1917 zur Abspaltung einer Gruppe, der Linksradikalen<sup>1)</sup> gekommen, die auch weiterhin die Parteimehrheit bekämpfte. Eine größere Bedeutung erlangte sie aber erst im großen Arbeiterausstand vom Januar 1918<sup>2)</sup>. Sie propagierte damals sofortigen Friedensschluß, die vollständige Wiederherstellung der politischen Rechte, die Freilassung FRIEDRICH ADLERS, sowie die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten und leitete auch die Bildung von solchen in die Wege.

Feste organisatorische Formen nahm jedoch die kommunistische Arbeiterbewegung erst nach dem Zusammenbruch der Monarchie an, und zwar bildete sich damals eine neue Arbeiterpartei unter der Bezeichnung **K**(ommunistische) **P**(artei) **D**(eutsch)-**Ö**(sterreichs). Neben ihr wirkte noch eine andere radikale Gruppe, die sich **F**(öderation) **R**(evolutionärer) **S**(ozialisten) „Internationale“ nannte<sup>3)</sup>. Im folgenden soll die Entstehung, Tätigkeit und schließliche Vereinigung dieser Gruppe mit der anderen Wurzel der österreichischen Sektion der Kommunistischen Internationale an der Hand des urkundlichen Materials dargestellt werden.

Anfang November 1918 taten sich eine Reihe jüngerer Männer und Frauen, die während des Krieges und insbesondere während des Januarstreiks

1) Vgl. JULIUS DEUTSCH, Geschichte der deutsch-österreichischen Arbeiterbewegung. Wien 1919. S. 62.

2) Vgl. Um Friede, Freiheit und Recht. Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats. Wien 1918; Der Januaraufstand der österreichischen Sozialdemokratie und der Verrat der sozialpatriotischen Führer. Zürich 1918; J. WERTHEIM, Gedenkrede, in Die Wage vom 16. I. 1920, S. 1 ff.; FRANZ KORITSCHONER, Der Januarstreik 1918, ebenda vom 31. I. 1920, S. 25 ff.

3) Vgl. 30 Jahre nach Hainfeld. Begrüßungsansprache an das intern. Proletariat. Wien, Verl. F.R.S. „Internationale“ 1919; DEUTSCH a. a. O. S. 69.

antimilitaristische und bolschewikfreundliche Propaganda getrieben hatten, zur Herausgabe einer Wochenschrift, *Der freie Arbeiter*<sup>1)</sup>, zusammen, deren erste Nummer am 9. XI. ausgegeben wurde. Sie setzten mit Hilfe dieses Organs und in ihm ihre Agitation fort und suchten anfänglich unter den heimkehrenden Soldaten sowie unter der damals entstandenen „Roten Garde“, für die sie eine eigene Beilage unter diesem Titel einführten, zu wirken. Bald jedoch begannen sie die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den Arbeitslosen, deren Massen stetig anschwellen. Am 28. XI. 1918 fand im großen Saale des Gasthauses „Zum Feldmarschall Laudon“ am Hernalsergürtel eine allgemein zugängliche Versammlung statt, in welcher sich die F.R.S. „Internationale“ konstituierte. Der Zweck und das nächste Tätigkeitsprogramm der neuen Organisation wurde hierbei beschlußweise folgendermaßen umschrieben:

*Zweck der F.R.S. „Internationale“ ist die Zusammenfassung aller revolutionär-sozialistischen Kräfte, deren Ziel die Verwirklichung des Sozialismus ist. Alle, die der Überzeugung sind, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht in eine ferne Zukunft zu verschieben ist, daß die heutigen wirtschaftlichen Bedingungen reif für ihn sind und daß nur das revolutionäre Bewußtsein der Massen geweckt und entwickelt werden muß, schlossen sich, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit, der Föderation an.*

*Das Ziel ist die soziale Revolution, das heißt die Überführung des Grund und Bodens, der Produktions- und Verkehrsmittel aus den Händen der Kapitalisten in den Besitz der Arbeitenden. Wir erstreben die soziale Republik der Arbeitenden durch Abschaffung jeder Klassenherrschaft.*

*Wir lehnen jedes Paktieren mit den herrschenden Klassen ab und betrachten als unsere Aufgabe die Vorbereitung der selbständigen und zielbewußten Erhebung der arbeitenden Massen.*

*Die F.R.S. „Internationale“ stellt sich als nächstes Tätigkeitsprogramm:*

- 1. Verbreitung sozialistischer Erkenntnis und Erweckung revolutionären Kampfwillens.*
- 2. Nachweis der Nutzlosigkeit des Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien.*
- 3. Bildung von Propaganda- und Tatgruppen in den Betrieben und Kasernen.*
- 4. Schaffung von sozialistischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten.*

Dieses Programm wurde drei Wochen hindurch in fünf großen öffentlichen Versammlungen diskutiert und zugleich wurde mit der Organisation der Mitglieder begonnen. Die Einheit bildete die Betriebs-, Kasern- oder Sprachgruppe. Überdies wurden die Arbeitslosen betriebsweise zusammengefaßt. In weiteren fünf öffentlichen Versammlungen in den proletarierreichsten Bezirken Wiens wurden Sektionen ins Leben gerufen, in der die Einzelmitglieder solange verblieben, bis sie zu einer eigenen Betriebsgruppe zusammentreten konnten. Ferner waren Gruppen kommunistischer Anarchisten und Syndikalisten in der Föderation eingegliedert. Schließlich gehörte ihr

1) *Der freie Arbeiter*. Sozialistische Wochenschrift. Es erschienen von ihr: 1918 8, 1919 22 Nummern.

eine akademische Gruppe an, die mit folgendem Flugblatte unter den Besuchern sämtlicher Wiener Hochschulen agitierte:

*An alle Akademiker und Akademikerinnen!*

*Die heutige Hochschule macht die Agonie unserer sterbenden Gesellschaftsordnung mit. Ihrer Organisation nach der Scholastik des christlichen Mittelalters angepaßt, ihrer Wirksamkeit nach ängstlich an kapitalistisch-isolierten Formen festhaltend, vermengt sie Geist und Utilität, Forschung und Lehre, ohne jene anregen, diese befriedigen zu können.*

*Die politischen Äußerungen der Studenten stecken tief in der Phraseologie ihrer jeweiligen Parteien. Das studentische Leben bewegt sich immer noch im ausgefahrenen Gleise traditioneller Romantik, die vom fortschreitenden Gesellschaftsprozeß längst um Idee und Sinn gebracht wurde. Immer noch betrügt sich ein Großteil unserer „geistigen“ Jugend durch einen unernsten Comment um den Ernst ihrer menschheitlichen Aufgaben. Farbige Kappen und Bänder, Schandflecken im elenden Grau in Grau unseres Straßenbildes, sollen den fehlenden Geist der Gemeinschaft ersetzen, Alkoholrausch die verkümmerte Leidenschaft, wahllose geschlechtliche Belustigung die verlernte Liebe.*

*Demgegenüber betrachten wir die heutige Hochschule lediglich als eine Übergangsinstitution bis zur Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Viele der stürzenden Lehr-, Lern- und Lebensformen der Jugend werden mit dem Schutte der kapitalistischen Ordnung weggeräumt werden. Dennoch wollen wir heute schon Anregungen und Pläne von Hochschülern, Hochschullehrern und Außenstehenden im Zusammenhang sammeln und verarbeiten, um nicht unvorbereitet von der Verwirklichung überfallen zu werden.*

*Euch, Kameraden und Kameradinnen, rufen wir auf, die ihr ungeblendet bleibt von den Privilegien, mit denen eine todgeweihte Gesellschaft ihre akademisch gebildeten Handlanger zu ködern wußte. Die Ihr freudig bereit seid, auf scheinbare Vorteile zu verzichten, um Euch die unvermeidliche Gewissensqual und seelische Zerrissenheit zu ersparen, der jeder rein gebliebene Arzt, Richter, Advokat, Lehrer im Mechanismus unserer Ordnung früher oder später verfallen muß.*

*Überkommene und ungeprüft übernommene Vorurteile sozialer, nationaler, konfessioneller Art halten viele von Euch noch in fremden Lagern fest. Aber schon weht es wie eine Ahnung neuer Ziele durch die phrasenbetäubten Gehirne. Schon schiebt sich eine starke Minderheit derer, die guten Willens sind, an, einer überwältigenden Entwicklung begeistert Vorspann zu leisten, statt ihr zähneknirschend in die Speichen zu fallen.*

*Wir rufen zur Mitarbeit alle auf, die im Sozialismus mehr sehen, als eine Hungerrevolte der Besitzlosen oder ein Schlagwort der letzten Konjunktur. Alle Fragen und Probleme, die Euch beschäftigen, sollen im Rahmen unserer Föderation, der sozialistische Studenten aller Richtungen angehören, zur Sprache und Diskussion kommen.*

*Euer Beitritt wird uns der neuen Zeit bereit und würdig gegenüber treten lassen!*

Die F.R.S. „Internationale“ hielt in Wien und einigen Provinzorten, wie

Vöslan und Traisen, Versammlungen ab mit der Tagesordnung „Österreich, die Revolution und der Sozialismus“, die ihr neue Kräfte zuführten, und konnte bereits nach kaum zwei Wochen zur Abhaltung einer ersten allgemeinen Mitgliederversammlung schreiten, die den Charakter einer konstituierenden trug, und über welche Der freie Arbeiter (II/3 vom 18. I. 1919, S. 24) folgendes berichtet:

*Am 12. Jänner l. J. fand in Wien die Vollversammlung der Föderation statt. Den Bericht über die bisherige Tätigkeit erstattete der Sekretär Genosse Locker. Aus seinem Bericht konnte man ersehen, daß die Föderation einen erfreulichen Aufschwung genommen hatte. Versammlungen in Wien und in der Provinz gewannen der Föderation eine stattliche Anzahl von Mitgliedern. Der „Freie Arbeiter“, ihr Publikationsorgan erfreut sich einer weiten Verbreitung. Die erste Flugschrift der jungen Organisation, „Dreißig Jahre nach Hainfeld“, ist nahezu ausverkauft. Flugzettel und -schriften mit den Grundsätzen der Föderation wurden in großer Auflage verbreitet, Aktionen wurden von der Föderation geleitet, beziehungsweise hat sie an ihnen in bedeutendem Maße teilgenommen. So die Arbeitslosenbewegung der Wiener Arsenalarbeiter, die Eidesverweigerung der Wiener Volkswehr. — Genosse Wippel konstatierte, daß die Geschäftsgebarung des Sekretärs überprüft und die Belege in vollster Ordnung befunden wurden. Auf seinen Antrag sprach die Versammlung dem Sekretär und dem scheidenden Föderationsrat die Entlastung aus.*

*Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Unser Programm und unsere Stellung zu den politischen Parteien, sprach Genosse Wertheim. Aus seinem Referat wären folgende Punkte bemerkenswert: Unser Ziel ist die soziale Revolution. Die Kräfte, die in Deutschösterreich in diesem Sinne tätig sind, sind zerstreut und zersplittert. Sie unbeschadet ihrer theoretischen Anschauungen in der Richtung auf das gemeinsame Ziel zusammenzufassen, ist Aufgabe der Föderation. Diese ist keine Partei; sie setzt sich aus Einzelmitgliedern, Gruppen, Sektionen, Verbänden und Parteien, die ihre Prinzipien anerkennen und im Sinne ihres Tätigkeitsprogramms zu arbeiten gewillt sind, zusammen. Sie ist der große Rahmen, in der sich alle Richtungen, die die Verwirklichung des Sozialismus erstreben, zusammenfinden können. — In der nachfolgenden Debatte erklärten alle Redner ihre Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten. Es wurde konstatiert, daß die Föderation eine Organisation des Kampfes ist und nur aktive Kämpfer in ihren Reihen ein Betätigungsfeld finden. Es wurden noch zwei Anträge, der erste, der in unserem Tätigkeitsprogramm unsere internationale Betätigung aufgenommen wissen will, und ein zweiter, der den neuen Föderationsrat beauftragt, sich mit allen revolutionären Parteien und Gruppen in Verbindung zu setzen, zum Beschluß erhoben.*

*Über „Unsere Stellung zu den Wahlen in die Nationalversammlung“ berichtete Genosse Haidt. Seine Ausführungen, welche die gegenwärtige Situation von allen Gesichtspunkten beleuchteten, gipfelten in folgender vom Föderationsrat vorgeschlagenen Resolution:*

*„Wir erblicken in der zu wählenden Nationalversammlung eine Institution*

der ausbeutenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht und Herrschaft. Wir erwarten von der zu wählenden ‚Volksvertretung‘ weder eine Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes, weder die Vernichtung der kapitalistischen Klassenherrschaft, noch die Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Wir sind der Überzeugung, daß nur die direkte Aktion der Arbeiter ihre wirtschaftliche Lage verbessern könne, und nur durch die revolutionäre Erhebung des Proletariats die Herrschaft des Kapitals zerschmettert werden kann. Nur die Schaffung von sozialistischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten, denen die Ordnung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens übertragen wird, ist instande die Gesellschaft sozialistisch zu reorganisieren. Unsere Stellung zur Nationalversammlung kann deshalb nur eine prinzipiell ablehnende sein. Wenngleich uns die Nationalversammlung eine Institution ist, die wir nie und nimmer anerkennen können, so muß nichtsdestoweniger konstatiert werden, daß der Großteil der organisierten Arbeiterschaft Deutschösterreichs der Überzeugung ist, eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung sei instande die Verhältnisse unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens im sozialistischen Sinne umzugestalten. Wir wollen nicht den Vorwurf auf uns laden, durch unsere Stimmenenthaltung der Möglichkeit einer sozialdemokratischen Majorität Abbruch getan zu haben, um so mehr als wir durch das Werfen eines Zettels in die Wahlurne keine Aktion des Klassenkampfes von irgendeiner Bedeutung erblicken können. Wir empfehlen daher unseren Kameraden ihre Stimme für die Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben und erwarten gerade von der möglichst zahlreichen Vertretung von sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament den Beweis für die von uns vorausgesagte Unfähigkeit zu sozialistischer Arbeit. Wir hoffen, daß durch den sich nach den Wahlen offenbarenden Zusammenbruch der offiziellen sozialdemokratischen Politik, das Proletariat, von der Nutzlosigkeit der parlamentarischen Wahlbeteiligung überzeugt, sich zum revolutionären Kampfe aufraffen wird. Unsere Aufgabe kann es daher nicht sein, unsere Tätigkeit in den Dienst dieses oder jenes Kandidaten zu stellen. Unsere Aufgabe ist es, während der Wahlbewegung das Volk im sozialistischen Sinne aufzuklären und zu revolutionärer Tat zu organisieren. Auf zur Arbeit für die soziale Revolution! Auf zum Kampfe für die sozialistische Republik der Arbeiter, Bauern und Soldaten!“

In der folgenden lebhaften Debatte wurde auch der Standpunkt der Stimmenthaltung vertreten. Trotzdem wurde die vorgeschlagene Resolution mit überwältigender Majorität angenommen.

Zum folgenden Punkt „Unsere nächsten Aufgaben“ erstattete Genosse Rothziegel das Referat. Er bezeichnete es als die wichtigste Aufgabe der Föderation in den Bezirken festen Fuß zu fassen und zu diesem Zwecke die Sektionen auszugestalten. Das wichtigste sei, daß die Kameraden selbst die Initiative ergreifen und sowohl Gruppen und Sektionen in Wien und der Provinz errichten, als auch in Fabriken und Kasernen sozialistische Arbeiter- und Soldatenräte schaffen. Erst nach dieser Vorbereitung könne die Föderation an große Aktionen, die unbedingt in nächster Zeit erfolgen müssen,

schreiten. Auch finanziell müssen die Genossen mit allen Kräften die Föderation unterstützen. Unsere Organisation sei von Arbeitern gegründet, von Arbeitern geleitet und nur durch die Beihilfe der Arbeiter lebensfähig, speziell die tätige Beihilfe jedes einzelnen bei allen administrativen Arbeiten unerlässlich. Dieser Bericht wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Als letzten Punkt der Tagesordnung wurden die Wahlen in den Rat der Föderation vorgenommen. Es wurden gewählt: Eber, Ehinger, Gruber, Haidt, Hübel, Österreicher, Pözl, Rothziegel, Wertheim. Ferner gehören dem Föderationsrat an: als Sekretär Genosse Locker und in Vertretung der Redaktion des „Freien Arbeiter“ Hilde Wertheim.

In eigenen großen Versammlungen sowohl als auch in solchen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien vertraten Redner der F. diesen Standpunkt zur Wahl in die Nationalversammlung.

Als Mitte März in Deutschböhmen blutige Exzesse stattfanden und die Sozialdemokraten in Deutschösterreich die Anschlußbewegung in chauvinistisches Fahrwasser überzuführen begannen, verbreitete die Föderation nachfolgendes Flugblatt unter der Arbeiterschaft:

*Arbeiter, Arbeiterinnen!*

*Gehen euch nicht endlich die Augen auf? Seht ihr nicht endlich, wohin die Sozialdemokratie euch führen will? In das Lager eurer Todfeinde, in das Lager des Nationalismus! Ihr sollt die Avantgarde der Deutschnationalen sein! Für sie und ihre Interessen wollen sie euch, Proletarier, mißbrauchen.*

*Die Deutschnationalen schreien Rache, wollen einen neuen Krieg. Derselben Methoden, die sie im Juli 1914 mit Erfolg angewandt haben, bedienen sie sich heute. Straßenumzüge, Versammlungen, Fahnen und Standarten sollen Begeisterung für ein neues Morden erwecken. Arbeiter, es ist eine Schmach und Schande, daß die Sozialdemokraten, die sich immer international nannten, an all diesen Verhetzereien mittun. Es wäre eine noch größere Schmach, wenn einer von euch, klassenbewußte Proletarier, sich in ihre Reihe stellen und ihnen zustimmen würde. Ja, ihr müßt dagegen arbeiten, ihr müßt mit allen Mitteln, die euch zur Verfügung stehen, der Völkerverhetzung entgegenreten. Dann, und nur dann könnt ihr sagen, eure Hände seien rein von Blut.*

*Erinnert euch, daß man vor etlichen Jahren dieselbe Hetze gegen unsere serbischen Brüder veranstaltete, daß man auch damals Trauerfahnen aussteckte und Straßenumzüge inszenierte. Wenn der Militarismus bei uns nicht so gänzlich besiegt darniederläge, wenn die Soldaten nicht zu unverläßlich wären und die revolutionäre Massenerhebung nicht drohend vor der Türe stünde, würden die Deutschnationalen lieber heute als morgen einen Krieg gegen die tschechische Republik aufnehmen.*

*Wir aber müssen trauern um die Helden, die im Klassenkampf in Berlin und den anderen deutschen Städten der Mörderbrut zum Opfer fielen, wir müssen Trauerfahnen hissen, um unsere Märtyrer, die Helden der Revolution.*

*Es sind in Deutschböhmen Greuel geschehen: Tschechische Soldaten, die im Solde des tschechischen Bourgeoisstaates stehen, haben auf die Bevölkerung geschossen. Aber, Arbeiter, Arbeiterinnen, wo liegt der wahre Feind? Ist es*

*nicht der Kapitalismus, der jetzt und früher und immerdar zum Kriege und zur Machtvergrößerung des Staates hetzt? Wie jubelten dieselben Deutschenationalen und billigten diese Greuel, solange der deutsche Kapitalismus die Oberhand hatte! Der wahre Feind ist das Kapital und er muß überwunden werden. Aber nicht dadurch, daß die deutschen Proletarier auf tschechische Proletarier gehetzt werden und sich gegenseitig niedermetzeln, wird das Kapital des einen oder des anderen Staates angegriffen. Nur indem jedes Volk den Kampf gegen den Kapitalismus im eigenen Lande aufnimmt, nur indem wir die herrschende Klasse stürzen, unsere tschechischen Brüder ihre Unterdrücker dort, kann die wahre Solidarität der arbeitenden Menschen wieder hergestellt werden. Nicht dadurch, daß wir gegen die tschechische Bourgeoisie und die von ihnen verhetzten Soldaten wettern, während wir unseren Kapitalisten freie Bahn lassen, werden wir unseren Brüdern in andern Lande Mut machen.*

*Wenn wir den Kampf aufnehmen gegen den wahren Feind, der immer neue Kriege unter den Völkern entzündet, werden wir auch jenseits der von den Herrschenden gesteckten Grenzpfähle die Solidarität unserer Brüder wachrufen. Dann und nur dann dürfen wir uns nennen: Internationale Sozialisten.*

Insbesondere gewann die F. Einfluß unter den Arbeitslosen. So hatte sie die ehemaligen Arbeiter von 7 Groß- und 11 Mittelbetrieben in Wien und einigen Provinzorten organisiert. Insbesondere scharf und erfolgreich wurde der Kampf der 3000 arbeitslosen Arsenalarbeiter geführt. Am Ostermontag den 21. IV. 1919 hielt die F. eine Konferenz der Ausschüsse aller betriebsweise organisierten Wiener Arbeitslosen ab, um die bereits vielfach den Betriebsdirektionen überreichten Forderungen einheitlich zu fassen und sie dem Staatsamt für soziale Verwaltung zu überreichen. Die Entschließung besagte:

*... Die gegenwärtige ungeheure Arbeitslosigkeit ist eine unmittelbare Folge des Zusammenbruches der Kriegswirtschaft. Die Unternehmer wollen gleichzeitig die im Krieg erbeuteten Profite festhalten und nicht dem Risiko des Weiterbetriebes aussetzen. Durch die Entlassung der Arbeiter beabsichtigen sie, das Proletariat zu verelenden und so für kommende Zeiten zu schwächen und willfährig zu machen.*

*Die gegenwärtige Regierung, an der Vertreter der kapitalistisch-agrarischen Interessen teilhaben, ist nicht gewillt und nicht fähig für die unbedingte Aufrechterhaltung der Produktion zu sorgen. Ihre Wiederaufnahme, die durch das gänzliche Fehlen von rechtzeitig vorbereiteten Übergangsmaßnahmen erschwert wird, kann letzten Endes nur von einem für das staatliche Wirtschaftsgebiet gewählten Arbeiterrat durchgeführt werden.*

*I. Wir betonen das Recht aller Arbeitenden auf Arbeit und Selbstbestimmung im Arbeitsprozeß.*

- 1. Wir fordern aber bis zur Übernahme der ganzen Produktion durch den Rat der Arbeitenden die Aufrechterhaltung des Betriebes aller Unternehmungen bei Beschäftigung und voller Bezahlung aller bis Ende Oktober 1918 in den Unternehmungen gestandenen Arbeiter.*

2. Der volle Wochenlohn bleibt auch bei Einschränkung der Arbeitszeit unvermindert aufrecht.
3. Für Heimkehrer, die bis zu ihrer Einrückung in einem zurzeit bestehenden Betriebe gearbeitet haben, gilt Punkt 1.
4. Es sind sofort Maßnahmen zur Aufnahme von Notstandsarbeiten zu treffen, die der Hebung der Produktion dienen und keine privaten Profite ermöglichen.
5. Wir verschließen uns nicht der Tatsache, daß zur Hebung der Urproduktion für die Industrie und der Lebensmittelproduktion eine Abwanderung proletarischer Massen aus den Industriezentren nötig sein wird. Doch muß diese unter Selbstbestimmung der in Frage kommenden Arbeitslosen vor sich gehen.
6. Wir fordern die Ausbezahlung eines Anschaffungsbeitrages in der Höhe von K 600.—.

II. Wir protestieren gegen das entwürdigende Almosen einer Arbeitslosenunterstützung, die doch wieder nur aus Steuergeldern, also aus den Taschen des arbeitenden Volkes gezahlt wird. Wir fordern für alle jene, die einem Betriebe nicht angegliedert werden können, ein vom Staate auszahlendes Existenzminimum in der Höhe des Durchschnittslohnes ihrer Arbeitskategorie; die hierfür nötigen Summen sind durch eine sofortige scharfe Vermögensabgabe aufzubringen.

III. Zur Sicherstellung unserer Forderungen begehren wir die Kontrolle aller Regierungsmaßnahmen in den Fragen der Arbeitslosigkeit durch die von uns gewählten Delegierten, die schon den Beratungen über die Forderungen beizuziehen sind.

Die F.R.S. „Internationale“ nahm an den im April 1919 durchgeführten Arbeiterratswahlen teil. Sie erhielten 122 Mandate <sup>1)</sup>. Die Kandidaten mußten folgende Erklärung abgeben:

*Ich bekenne mich hierdurch als überzeugter Verfechter der Prinzipien der revolutionären Sozialisten und Kommunisten und werde im Falle meiner Wahl für folgende Forderungen eintreten:*

1. Alle Macht den Arbeiter-, Soldaten und landarmen Bauernräten, daher sofortige Beseitigung der Nationalversammlung und Ausrufung der Diktatur des Proletariats. — 2. Anschluß an alle bestehenden Räterepubliken. — 3. Sofortige Sozialisierung der Banken, Großbetriebe und Enteignung des Großgrund- und Hausbesitzes. — Sollte ich gegen diese Prinzipien mich vergehen durch Wort, Schrift oder Tat, so erkläre ich mich für verpflichtet, sogleich mein Mandat niederzulegen und auch in der Zwischenzeit bis zur sogleich auszuschreibenden Neuwahl keine Tätigkeit als Arbeiterrat auszuüben.

Die Abfassung dieser Erklärung bedeutete einen weiteren Schritt zur Aktionsgemeinschaft mit der K.P., mit der gemeinsam schon vorher Arbeitslosendemonstrationen und eine Kundgebung vor dem Rathause veranstaltet worden waren. Trotzdem aber kam es noch nicht zur organisatorischen Verschmelzung. Ihr ging eine ausführliche Polemik voraus, die in den beider-

1) Vgl. Der Freie Arbeiter II S. 67.



seitigen Organen<sup>1)</sup> geführt wurde und insbesondere in einer 2. Flugschrift der Föderation „Was unterscheidet uns von der kommunistischen Partei?“ von ERNST JUNG zum Ausdruck kam. Diese lautet auszugsweise:

„... Die Gründer der Föderation lehnten es ab, die Arbeiter gleich am Anfang auf irgend ein Programm einzuschwören. Sie haben öffentliche Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: ‚Was sollen die Arbeiter tun?‘ Jeder Arbeiter und Soldat konnte zu Worte kommen und seine Ansichten... aussprechen. Im Laufe der Diskussionen wurden die Versammelten mit dem Gedanken einer Föderation vertraut gemacht, welche alle revolutionären Richtungen vereinigen sollte. Niemand wurde ausgeschlossen, wenn er nur am Befreiungswerke redlich mitwirken wollte. Wie sich in den einzelnen Köpfen der Zukunftsstaat malte, das war zunächst gleichgültig. So ist unsere Föderation aus dem Innern der Masse hervorgegangen. Mochte sie klein oder groß, schwach oder mächtig sein, sie war und ist ein Werk der Arbeiter selbst. Der erste Schritt zur Verselbständigung unseres Proletariats war damit getan.

Ganz anders vollzog sich die Gründung der K(ommunistischen) P(artei). Sie ist aus einem Komitee hervorgegangen. Wie eng der Kreis der Eingeweihten war, welcher die Gründung der Partei beschlossen hat, geht schon daraus hervor, daß nicht einmal seine nächsten Gesinnungsgenossen, die ‚Linksradikalen‘ an dieser Gründung teilgenommen haben. Erst nach vollzogener Gründung wurden die Arbeiter aufgefordert, einer Partei beizutreten, die gar nicht ihr Werk war. Und sie mußten sich gleich am Anfang zum kommunistischen Programm bekennen.

Auch wir sind Anhänger der kommunistischen Gedanken, auch wir orientieren uns an der russischen Revolution, aber wir lehnen es ab, den russischen Kommunismus fix und fertig auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Aus der eigenen Not, aus dem inneren Erlebnis, aus selbstgemachten, bitteren Erfahrungen muß sich jedes Proletariat zum Kommunismus durchringen. Der Kommunismus soll nicht eine oberflächliche Anschauung sein, die man im Handumdrehen erwirbt, um sie ebenso schnell aufzugeben. Er soll jedem Arbeiter ein Stück eigener Lebensgeschichte darstellen, die in seinem Hirn und Herzen tief eingeprägt ist. Darum ist es wohl unsere Pflicht, den Arbeitern ihre Erfahrungen zu deuten, ihnen die eigenen Erlebnisse zum Bewußtsein zu bringen, aber wir dürfen ihnen den Kommunismus nicht aufdrängen. Selbst müssen sie zu ihm gelangen!...

Ist aber schon der Unterschied in unserer Propaganda groß, so noch größer der Unterschied in der Organisationsform.

Die Arbeiterbewegung der ganzen Welt ist in zwei feindliche Heerlager gespalten. Es sind innere Gegensätze im Proletariat, welche zum harten, rücksichtslosen Kampf der Richtungen geführt haben. Auch in Deutschösterreich muß dieser Kampf ausgefochten werden... Wir dürfen die vorhandenen

1) H. H., Wir und die kommunistische Partei, in: Der freie Arbeiter I, Nr. 4, S. 26 ff. JULIUS DICKMANN, Zurück auf den kommunistischen Bund!, ebenda Nr. 6, S. 41 ff.; FRANZ KORITSCHONER, Partei oder Sektenverband, in: Der Weckruf I, Nr. 9 vom 7. XII. 1918, S. 3.

*Gegensätze nicht vertuschen, wir müssen sie mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen. Aber zugleich müssen wir verhüten, daß dieser lebendige Konflikt im Schoße des Proletariats zu einem Gegensatze zweier Parteien erstarbt... Durch Weltanschauungen sollen die streitenden Teile voneinander geschieden sein, nicht durch starre Parteimauern. Zu einer Zeit, als es galt, das erwachende Proletariat von der Bourgeoisie zu trennen, war die Gründung einer politischen Partei unentbehrlich, sollte der Einfluß des Bürgertums auf die Arbeiter gebrochen werden... Aber was die Parteibildung inmitten der Klassengegensätze vorteilhaft macht, das wird zu einem großen Nachteil, wenn es sich um Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse selbst handelt... Die Absonderung der Klassenparteien bringt nur den unüberbrückbaren Klassen Gegensatz zum äußeren Ausdruck. Der innere Konflikt im Proletariat beruht dagegen auf dem Gegensatz zwischen rückständigen und vorgeschrittenen Schichten... Deshalb dürfen im Schoße des Proletariats keine festen Parteischränken aufgerichtet werden. Man muß den Arbeitern den Übergang zur eigenen Richtung erleichtern... Und der innere Kampf soll nicht zum Daseinsgrund zweier gegnerischer Parteien werden. Sonst kann er nie überwunden werden.*

*Aber das Parteiensystem ist nicht nur im Schoße des Proletariats für seinen Reifeprozeß schädlich. Es hat heute auch im Klassenkampf seinen Zweck verloren, seitdem die Stunde des Parlamentarismus geschlagen hat. Das Parteiwesen ist ja mit dem parlamentarischen System untrennbar verbunden. Es ist zugleich mit ihm entstanden und jede Partei... muß schließlich die parlamentarische Bühne betreten... Auch die soz. dem. Partei war in ihren Anfängen Gegnerin des Parlamentarismus... Und doch ist sie später im Parlamentarismus aufgegangen.*

*Diesem Schicksal kann sich keine politische Partei entziehen. Auch nicht die kommunistische. Mag sie sich in ihren Anfängen noch so antiparlamentarisch gebärden, wenn sie als Partei wachsen will, wenn sie als Partei über die Sozialdemokratie siegen will, muß sie den Kampfboden der Sozialdemokratie betreten. Dieser Kampfboden ist aber das Parlament.*

*Die russische Revolution hat dem Parlamentarismus ein neues System entgegengestellt: die Sowjets. An die Stelle der Gleichberechtigung abstrakter Staatsbürger soll die Gleichberechtigung aller Arbeitenden treten. Der Untergang des Parlamentarismus ist unvermeidlich geworden, damit aber auch der Untergang des Parteiwesens.*

*In Rußland hatten die Revolutionären von vornherein in den Arbeiterräten die Mehrheit. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, die Macht der Sowjets nach außen durchzusetzen. Innerhalb der Arbeiterräte brauchten sie keinen ersten Kampf zu führen. Anders in Deutschland und schon ganz anders in Deutschösterreich. Hier steht die übergroße Mehrheit der Arbeiterratsdelegierten auf dem Boden der Sozialdemokratie. Die Hauptaufgabe der revolutionären Sozialisten in unserem Lande besteht jetzt nicht so sehr in der Durchsetzung der Sowjetmacht nach außen, als in der Erreichung der Mehrheit in den Sowjets. So wie bisher auf parlamentarischem Boden einzelne*

Parteien um politischen Einfluß kämpften, so werden jetzt die gegensätzlichen proletarischen Richtungen auf dem Boden der Arbeiterräte um die Leitung ringen.

Für diesen Kampf sind aber politische Parteien ein ganz untaugliches Mittel. Ihr Aufbau entspricht ganz dem parlamentarischen System. Wie dieses auf der örtlichen Zusammenfassung der Staatsbürger nach Wohnbezirken beruht, so sucht jede Partei ihre Mitglieder örtlich zusammenzufassen. Diese örtlichen Vereinigungen der Mitglieder sind aber nur von zufälliger und künstlicher Natur. Sie verlieren leicht den Zusammenhang, wenn sie nicht von einem äußeren Parteiapparat zusammengehalten werden. Die inneren Verhältnisse der Partei müssen durch ausgeklügelte Statuten geregelt werden, und die Parteileitung kann sehr leicht das Übergewicht über die zusammenhanglose Mitglieder-masse gewinnen. Im Gegensatz zum Parlamentarismus ist der Sowjetismus auf das Fabrikssystem aufgebaut. Das Rätssystem ergreift die Arbeiter direkt in ihrer gesellschaftlichen Rolle, inmitten ihrer Arbeitsfront. Für den festen Zusammenhalt der Arbeiter sorgt der Produktionsprozeß selbst. Der äußere Apparat ist hier ganz überflüssig. Eine revolutionäre Vereinigung, die sich zum Ziele setzt, in den Arbeiterräten die Mehrheit zu erlangen, braucht keine Statuten und keine Instanzen. Ihre Leitung kann sich gegenüber der im Arbeitsprozeß zusammengeschweißten Masse nicht verselbständigen. Sie verliert sofort den Boden unter den Füßen, wenn sie sich dem Willen der Masse entgegenstellt. Einem solchen, auf Fabriksektionen aufgebauten revolutionären Bund müssen wir zustreben, wenn wir die Führung in den Arbeiterräten der Sozialdemokratie entreißen wollen . . . und unsere lose Organisationsform wird uns diesen Übergang sehr erleichtern.

Man sieht, es sind wichtige Gründe, die uns zwingen, außerhalb der kommunistischen Partei zu wirken. Eine politische Partei gehört ins Parlament und ist, gleich diesem, eine Einrichtung der Vergangenheit. Die Zukunft gehört aber den Arbeiterräten und damit einem auf sie unmittelbar einwirkenden revolutionären Bund.<sup>4</sup>

Gleichzeitig mit der Verbreitung dieser Flugschrift wurden Mitglieder-versammlungen abgehalten, in denen die Verschmelzungsfrage behandelt wurde. Hernach wurde sie am 23. II. 1919 vom leitenden Organ der Föderation, dem Erweiterten Rat — an der Beratung nahmen 35 Personen teil — erörtert<sup>1)</sup>, über welche folgender Bericht vorliegt:

ROTHZIEGEL legte in eingehender Weise alle Punkte, die für und wider einen Zusammenschluß sprachen, dar. Die einzelnen Diskussionsredner betonten die Notwendigkeit einer Zusammenfassung aller revolutionären Gruppen in eine einheitliche Organisation, sprachen sich aber durchaus gegen den Anschluß an irgendeine Partei aus, da auch eine junge Partei, wie schon aus vielen Anzeichen hervorgeht, reine Parteipolitik betreibt und die große Sache des Sozialismus aus den Augen verliert. Alle Diskussionsredner stimmten in dem einen Punkt überein, daß die F. eine höhere Art der Organisation darstellt und von einer zentralistisch gebildeten Parteiorganisation erdrückt

1) Vgl. Der freie Arbeiter II, Nr. 9, S. 72.

werden müßte. Deshalb wurde einstimmig beschlossen, die F. weiter aufrecht zu halten und auszubauen, anderseits aber neuerdings mit allen revolutionären Gruppierungen, vor allem mit der K.P. und den Linksradi-kalen, sowie mit dem Roten Soldatenbund in engere Fühlung zu treten. Alle Redner forderten eine sozialistische Blockbildung aller revolutionären Gruppen und gaben der Ansicht Ausdruck, daß keine der bestehenden Organisationen ihr ein Hindernis bereiten könnte . . . und der ehrliche revolutionäre Wille über Parteiinteressen den Sieg davoutragen (werde). Als vorläufiges Aktionskomitee, das auch die Unterhandlungen mit den anderen Gruppen zu führen hat, wurden die Genossen WERTHEIM, EBER und HÜBL gewählt. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute durch die Sektionsausschüsse erweiterte Föderationssitzung stellt fest, daß es sich auf Grund des Programms der Föderation nicht um den Eintritt in die K.P. handelt, sondern nur um eine Arbeitsgemeinschaft, die sie mit der K.P. wie mit allen anderen revolutionären Teilen des Proletariats eingehen kann.“

Die Verhandlungen über die von den Mitgliedern der F.R.S. „Internationale“ angeregte Aktionsgemeinschaft mit der K.P. zeitigten in einer Aussprache vom 26. II. 1919 den Beschluß der vertretenen Gruppen — FORST, FRIEDLÄNDER, TOMAN für die K.P. —; EBER, HÜBL, WERTHEIM für die F.R.S. „Internationale“ den Beschluß, daß *angesichts der politischen Situation und der revolutionären Aufgaben, die das Proletariat vor sich hat, ein Zusammenarbeiten der beiden Organisationen von Fall zu Fall unbedingt notwendig (sei). Eine solche Zusammenarbeit soll durch gegenseitige Verständigung von Fall zu Fall bewerkstelligt werden. — Hierbei sprachen die Vertreter der K.P. die Hoffnung aus, daß bald eine Vereinigung der beiden Organisationen durch Eintritt der F. in die Partei zustandekommen wird, während die Vertreter der F. übereinstimmend der Überzeugung Ausdruck gaben, daß die beste Form der Vereinigung der revolutionären Kräfte des Proletariats durch eine dauernde Kampf-gemeinschaft in Form eines Blockverhältnisses der revolutionären Gruppen und Parteien gewährleistet wäre<sup>1)</sup>.*

Die endgültige Verschmelzung ließ nun nicht mehr lange auf sich warten. Sie vollzog sich im Anschluß an die Aktion, welche die K.P. Mitte Mai zu führen begann. An den neuerlichen Verhandlungen<sup>2)</sup> wirkte der von der Ungarischen Räte-Republik entsandte ERNST BETTELHEIM mit. Am 26. V. 1919 beschloß der erweiterte Föderationsrat den Zusammenschluß und am 31. V. erschien bereits im Zentralorgan der K.P., Die soziale Revolution, folgende letzte Kundgebung der F.:

*Genossen! Die F.R.S. ist seit ihrer Gründung für den Zusammenschluß aller revolutionären Elemente, für die geschlossene Einheitsfront des revolutionären Proletariats eingetreten. Der F. ist es im Laufe der wenigen Monate ihres Bestandes gelungen, die meisten revolutionären Gruppen zu einer*

1) Ebenda Nr. 10, S. 80.

2) Insbesondere wurde bei diesen festgestellt, daß die K.P. weiterhin auf Betriebsorganisationen aufgebaut werden solle (vgl. Der freie Arbeiter II, Nr. 22. S. 159).

*Einheit zusammenzufassen, so daß neben ihr noch die K.P. eine eigene große Bewegung darstellte. Durch die Tatsache des Bestehens der F. „Internationale“ neben der K.P. ergab sich bald eine Zweiteilung der revolutionären Flut, die auch in einer geschwächten Tatkraft beider Gruppen zum Ausdruck kam. Da aber mittlerweile die Reaktion nicht ruhte, sondern immer von neuem gegen die anstürmende Flut der Weltrevolution rüstet, halten wir es geboten, durch engeren Zusammenschluß mit den Genossen der K.P. zur Abwehr zu schreiten. Wir halten dafür, daß es in kurzem die Losung sein wird, den Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals und seine Beschützer auf der ganzen Linie aufzunehmen und wollen vereint zur Tat schreiten.*

*Es lebe der internationale Kommunistenbund! Es lebe die Kommunistische Partei!*

*Die Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“.*

---

# Die Zimmerwalder Bewegung 1914—1919.

Von

Angelica Balabanoff (Paris).

**Inhaltsverzeichnis.** Einleitende Bemerkungen. S. 310. — Erstes Kapitel. Die I. Internationale sozialistische Konferenz zu Zimmerwald. 5.—8. IX. 1915: Vorgeschichte und Zusammensetzung. S. 315. Das Zimmerwaldmanifest. S. 323. — Zweites Kapitel. Die zweite Internationale sozialistische Konferenz zu Kiental. 24. 30. IV. 1916: Vorbesprechungen und deren Ergebnisse. Rundschreiben vom II. 1916. S. 327. Die Entwürfe zu Leitsätzen aus Frankreich, Deutschland und Holland. S. 332. Die Konferenzverhandlungen und deren Beschlüsse: Die Stellung des Zentralkomitees der S.D.A.P. Rußlands. S. 341. Die Kientaler Resolution zur Friedensfrage. S. 347. Andere Resolutionen und Kundgebungen. S. 350. Nach der Konferenz: Rundschreiben und Kundgebungen der I(nternationalen) S(ozialistischen) K(ommission) zu Bern. S. 356. Aufruf vom 6. I. 1917. S. 359. — Drittes Kapitel. Die Internationale sozialistische Konferenz zu Stockholm. 5.—12. VIII. 1917: Ausbruch der russischen Revolution und Verlegung der I.S.K. aus Bern nach Stockholm. Voreinladung zur III. Internationalen sozialistischen Konferenz. S. 362. ROBERT GRIMM in Petrograd und der „Fall Grimm“. S. 364. Ausscheiden GRIMMS aus der I.S.K. S. 367. Verhandlungen, Besprechungen und Kundgebungen über die geplante III. Konferenz und die Stellung der Zimmerwaldianer zu der vom holländisch-skandinavisch-russischen Komitee nach Stockholm einzuberufenden Stockholmer Allgemeinen sozialistischen Konferenz. S. 369. Einladung der I.S.K. zur III. (Zimmerwalder) Int. soz. Konferenz. S. 388. Die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz. S. 396. Nach der Konferenz. S. 406.

Versteht man unter der Sozialistischen Internationale eine die sozialistischen Parteien aller Länder umfassende Organisation, die, vom Grundsatz der Interessengemeinschaft der Ausgebeuteten aller Länder ausgehend, es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, diese Interessengemeinschaft überall und allen Widerständen zum Trotz zu betonen und ihr theoretische, ideologische, politische, agitatorische und organisatorische Verbreitung zu sichern, so kann wohl keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß es im Zeitraum von Ende Juli 1914 bis zum März 1919, d. h. nach der letzten Sitzung des Büros der 2. Internationale vom 27.—28. Juli

1914 bis zur Gründung der 3. Internationale eine sozialistische Internationale nur insofern gegeben hat, als es sich um Anhänger der Zimmerwaldbewegung handelte, die sich in der **I**(nternationalen) **S**(ozialistischen) **K**(ommission) zu Bern ihr exekutives und in dem von ihr herausgegebenen Bulletin ihr Publizitätsorgan geschaffen hatten. Was die Zimmerwalder kennzeichnete, war, daß sie auch während des Krieges den Klassenkampf nicht aufgaben und im internationalen revolutionären Klassenkampf das einzige Mittel gegen den Krieg sahen. Die 2. Internationale hatte in demselben Moment aufgehört als sozialistische internationale Organisation zu existieren, als sie diejenigen ihrer Führer und die ihr angeschlossenen Parteien nicht desavouierte, die sich zum Burgfrieden bekannten. Welche Beweggründe und Entlastungsmotive immer zur Rechtfertigung dieser Stellungnahme angeführt werden mochten — und die zu erörtern hier nicht der Ort ist —, so viel ist gewiß: daß sie eine Negierung der wesentlichen Grundlage jeder sozialistischen und internationalen Gemeinschaft bedeutete und daß daher die Zweite Internationale fortan keinen Anspruch erheben durfte, als sozialistische Internationale zu gelten. Haben die Interessen und Leidenschaften, die der Weltkrieg entfesselt hat, auch so manches Urteil verfälscht und so manchen Tatbestand entstellt, hat so mancher Mitbeschuldigte und Mitschuldige freigesprochen, um sich selbst Freisprechung zu sichern, so wird es doch dem künftigen Historiker viel leichter sein, objektiver zu urteilen als die Zeitgenossen, zumal er sich auf rein politisches Tatsachenmaterial stützen wird.

Wie man sich auch zur „Schuldfrage“ stellen, welches Land immer man für „angegriffen“ oder „zur Verteidigung gezwungen“ betrachten mag: für das Urteil über die Stellung der sozialistischen Parteien und vor allem ihres internationalen Organs während des Weltkrieges wird einzig die Tatsache maßgebend sein, daß von Sozialisten die Interessen und die Solidarität der Nation über die der Klasse gestellt wurden. Hätte sich keine Opposition gegen die Preisgabe der sozialistischen Grundsätze von sozialistischer Seite erhoben und wäre kein Versuch gemacht worden, diesen Protest international zu organisieren und seinen Trägern Einfluß, Werbe- und Aktionskraft zu verleihen — so

müßte der Historiker schlechthin schließen, daß der Krieg Wesen und Organisationsvermögen der Sozialistischen Internationale, der proletarischen Völkergemeinschaft tatsächlich vernichtet habe. Daß dem aber nicht so gewesen ist, beweisen das Vorhandensein und die Entwicklung der im September 1915 in Zimmerwald gegründeten Organisation. Sie umfaßte die sozialistischen Parteien und Teile von solchen sowie die Gewerkschaften, die auf dem Boden der von der Internationale in Stuttgart aufgestellten, in Kopenhagen und Basel einstimmig sanktionierten Losung verharren: daß für den Fall, daß ein Krieg ausbrechen sollte, es die Pflicht des Proletariats ist, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen. M. a. W. sie umfasste alle jene, die die Pflicht der internationalen Disziplin über alle andern stellten. Fügen wir noch hinzu, daß der Zimmerwalder Organisation schon bald nach ihrer Entstehung 15 Parteien beitraten, und daß ihr 1917 bei der Einberufung der 3. Zimmerwalder Konferenz etwa 30 Parteien und Organisationen angehörten, nämlich aus:

1. Bulgarien die Soc.Dem. Arbeiterpartei (Enge), die S.D.P. (Minderheit), der Allgem. Gewerkschaftsbund und der Verband der Gewerkschaften; 2. Deutschland die Unabhängige S.D.; 3. England die B(ritish) S(ocialist) P(arty) und die I(ndependent) L(about) P(arty); 4. Finnland die S.D.P.; 5. Italien P(artito) S(ocialista) und die C(onfederazione) G(enerale) del L(avoro); 6. Lettland die S.D.P.; 7. Polen und Lithauen die P.P.S. (Zentralkomitee), die S.D. Polens und Lithauens (Hauptorganisation und Landesvorstand), der Allg. Jüdische Arbeiterbund Polens, Lithauens und Rußlands; 8. Portugal die S.D.P.; 9. Rußland die S.D.P. Zentralkomitee und Organisationskomitee, die S(oz.) R(évolutionäre) und die Menschewiki Internationalisten; 10. Schweiz die S.D.P.; 11. Serbien die S.D.P.; 12. den Skandinavischen Ländern der Soz. Jugendverband Dänemarks, der Soz. Jugendverband Schwedens und Norwegens, die S.D. Linkspartei Schwedens; 13. Spanien die Soz. Jugendorganisation Madrid; 14. Südafrika die Intern. Sozialisten-Liga



Johannesburg; 15. Türkei die Sozialist. Föderation von Saloniki; 16. den Vereinigten Staaten die S.P., die S. L(about) P. und die deutsche Sprachgruppe der S.P.

Diese Übersicht genügt zur Feststellung, daß jegliche Betrachtung und Beurteilung der sozialistischen Bewegung in der Kriegsperiode ohne Berücksichtigung der Zimmerwalder Bewegung schlechthin undenkbar. Nun ist, was ich im Nachfolgenden über die Bewegung bringe, gewiss nicht vollständig und bedarf so mancher Ergänzung<sup>1)</sup>. Ich beabsichtige denn auch eine solche und habe es im Hinblick darauf auch vorläufig geflissentlich unterlassen, auf die Tätigkeit der Zimmerwalder Parteien in den einzelnen Ländern einzugehen.

Zum Schluß mag noch hinzugefügt werden, daß und warum ich es als Pflicht ansehe, die 3. Zimmerwalder Konferenz von Stockholm (1917) und ihren Werdegang ausführlicher zu behandeln und zu dokumentieren als die ersten zwei Konferenzen, von Zimmerwald (1915) und von Zimmerwald-Kiental (1916). Diese wurden zu einer Zeit und in einem Lande abgehalten, wo es verhältnismäßig viel leichter war und auch im unmittelbaren Interesse der Bewegung sowie der gefaßten Beschlüsse lag, diese raschestens in die weite Öffentlichkeit zu bringen. Die Verhandlungen, Manifeste, Beschlüsse, Bulletins, die September 1915 bis Februar 1917 von der I.S.K. in der Schweiz ausgingen, sind daher dem großen Publikum bekannter und schon zur Zeit ihrer Entstehung in der Presse und in den weitesten Parteikreisen besprochen worden. Ganz anders aber verhielt es sich mit der dritten und letzten Zimmerwalder Konferenz vom 5—12. September 1917. Ihr war das revolutionäre Eingreifen des russischen Volkes gegen den Krieg vorangegangen. Auch fand sie zu einer Zeit statt, als sich der Krieg seinem Wendepunkt genähert hatte und die kriegführenden Mächte viel mehr von einer Massenaktion befürchteten als je zuvor. Schien ihnen ja sogar die bloße Zusammenkunft von — sei es noch so regierungsfreundlichen — Arbeiterführern so gefährlich, daß sie die sog. Stockholmer Sozialistische Konferenz verhindert haben. Um so weniger hätten

<sup>1)</sup> Meine Arbeit ist vor 3½ Jahren abgeschlossen worden und befindet sich seither in den Händen des Herausgebers. Die geplante Ergänzung wird sich nun viel leichter durchführen lassen als früher.

die Regierungen und ihre zahlreichen Organe eine Beratung der revolutionären, international orientierten sozialistischen Organisationen geduldet. Ergab sich darum einerseits die Notwendigkeit, die Zusammenkunft streng konspirativ zu gestalten, so erheischten andererseits die gefaßten Beschlüsse, namentlich der Aufruf zum Massenstreik, strengste Diskretion auch nach der Abhaltung der Konferenz.

Daß die Ausführung der Beschlüsse, ja ihre Veröffentlichung logisch und zeitlich mit dem größten historischen Ereignis der Epoche — der zweiten russischen Revolution und der Verkündigung der proletarischen Diktatur — zusammenfiel, mußte die Zimmerwalder Bewegung in den Hintergrund drängen, und zwar um so mehr, als ihr ausführendes Organ, die I.S.K., es fürderhin als ihre Hauptaufgabe erachtete, die Parteigenossen und Proletarier aller Länder zu tatkräftiger Solidarität mit dem russischen kämpfenden Volke aufzurufen, in diesem Sinn organisierend zu wirken und den Ereignissen entsprechend noch mehr als nach dem ersten Umsturz das Hauptgewicht der Tätigkeit nach Rußland zu verlegen. Mich dünkt, daß gerade diejenigen, welche seinerzeit die Mißerfolge der Versuche einer Abhaltung der ersehnten Friedenskonferenz in Stockholm verfolgt haben, die Tragweite der Tatsache zu beurteilen vermögen, daß trotzdem und weil die offiziellen Instanzen der 2. Internationale versagt haben, eine sozialistische internationale Friedenskundgebung in Stockholm im Jahre 1917 dennoch stattgefunden hat, die weit über die Grenzen der einzelnen Länder Wiederhall und Nachahmung fand. Die 3. Zimmerwalder Konferenz, die mehr als die vorangegangenen eine oder vielmehr die Konferenz der Tat gewesen ist, verdient also ausführlichste dokumentarische Darstellung und es ist lebhaft zu wünschen: sie möge, namentlich über die Vorgänge in den einzelnen Ländern, aus dem Leserkreis des Archivs Ergänzung finden. Einziges Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Beibringung von absolut objektivem Tatsachenmaterial über eine Epoche und eine Bewegung, deren Verständnis und gerechte Einschätzung ebenso dem Denker wie dem Kämpfer für die Verwirklichung des internationalen revolutionären Sozialismus unentbehrlich sind.

## Erstes Kapitel.

**Die 1. Internationale Sozialistische Konferenz zu Zimmerwald vom 5.—8. September 1915<sup>1)</sup>.**

In der ersten Septemberwoche des zweiten Kriegsjahres fand zu Zimmerwald in der Schweiz eine internationale sozialistische Konferenz, die erste allgemeine seit Kriegsausbruch statt. Der offizielle Bericht über sie enthält zunächst über ihre Vorgeschichte und Zusammensetzung folgende Angaben<sup>1)</sup>.

Der Krieg hat die internationalen Beziehungen des Proletariats jäh zerstört. Es war nicht nur ein äußerlicher Bruch der bisherigen Verbindungen. Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder verließen sowohl den Boden des Klassenkampfes als den der Internationalität. Sie segeln heute noch im nationalistischen Fahrwasser. Die nationalen Gegensätze, die vor dem Kriege die Politik der bürgerlichen Regierungen bestimmten und die das Proletariat stets bekämpfte, haben sich mit dem Kriegsausbruch auf die Arbeiterklasse übertragen. Der neu geschaffene Gegensatz verschärfte sich durch die Haltung der Arbeiterpresse, die sich in verschiedenen Ländern in den Dienst der Herrschenden stellte, ihre Kriegspolitik, mitunter sogar ihre von Eroberungsabsichten getragenen Kriegsziele unterstützte und an Stelle der internationalen Solidarität des Proletariats die nationale Solidarität mit der Ausbeuterklasse als neues soziales Evangelium predigte.

Unter solchen Umständen konnte auch das I(nternationale) S(ozialistische) B(ureau) seiner Aufgabe nicht mehr gerecht werden. Die normalen Beziehungen zwischen ihm und den ihm angeschlossenen Parteien und Verbänden hörten auf, das Bureau führt heute eine Scheinexistenz.

Von sozialistischen Parteien der neutralen Länder wurden wiederholt Versuche unternommen, um die internationalen Beziehungen wieder herzustellen und damit die sozialistischen Parteien gemäß den Kongreßbeschlüssen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Krieg und für den Frieden zusammenzuführen.

In diesem Sinne tagte im September 1914 in Lugano eine italienisch-schweizerische Konferenz. Die schweizerische Parteileitung erhielt von ihr den Auftrag, auf den internationalen Kongreßbeschlüssen fußend, Verbindungen mit den Parteien der kriegführenden Länder wie der neutralen Staaten anzuknüpfen. Inzwischen hatte der Holländer, Genosse TROELSTRA, eine Reise unternommen, um in ähnlichem Sinne auf die Parteileitungen einzuwirken. Seine Bemühungen hatten jedoch nur den Erfolg, daß das internationale

1) Die nachstehend S. 315—362 angeführten Urkunden sind entnommen dem — in deutscher, englischer und französischer Sprache in Bern (Schweiz) ausgegebenen — Bulletin der I.S.K. zu Bern, von dem im ganzen 6 Nummern erschienen sind am: 21. IX. und 27. XI. 1915; 29. II., 22. IV. und 10. VII. 1916; 6. I. 1917.

sozialistische Bureau von Brüssel nach dem Haag verlegt wurde, ohne indessen eine Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien zu ermöglichen. Noch während der Reise TROELSTRAS erließen die Sozialisten Amerikas eine Einladung für einen internationalen Kongreß, der in Washington hätte abgehalten werden sollen. Die amerikanischen Genossen erklärten sich bereit, sowohl die Kosten des Kongresses als der Delegationen zu übernehmen. Der Plan scheiterte, der Kongreß kam nicht zustande. Im Januar dieses Jahres sodann tagte in Kopenhagen eine Konferenz der Sozialisten der neutralen nordischen Länder. Sie beschränkte sich auf die Formulierung eines allgemeinen Friedensprogrammes, ohne sich über die Voraussetzungen seiner Verwirklichung auszusprechen. Später wurden beim internationalen sozialistischen Bureau private und halboffizielle Bemühungen zur Wiederherstellung der internationalen proletarischen Beziehungen gemacht. Die Konferenz der Sozialisten der Ententemächte in London wie die Konferenz der Sozialisten des Zweiverbandes in Wien aber hatte bewiesen, daß diese Bemühungen fruchtlos blieben und erneute Versuche kaum ein anderes Resultat aufzuweisen haben würden. Die Bestätigung lag vor, als von der schweizerischen Parteileitung das Ansuchen an das internationale sozialistische Bureau gerichtet wurde, beförderlichst eine Bureausitzung, unter Zuziehung weiterer Vertreter aus den einzelnen Ländern, einzuberufen. Auch dieser Schritt blieb resultatlos und scheiterte an der Weigerung der französischen Partei, ihre Zustimmung zu der angeregten Einberufung zu geben. Nun lud die schweizerische Parteileitung, immer im Einverständnis mit dem italienischen Parteivorstand handelnd, die sozialistischen Parteien der neutralen Länder zu einer Zusammenkunft, die am 30. V. in Zürich stattfinden sollte, ein. Die meisten der eingeladenen Parteien antworteten entweder gar nicht oder dann ablehnend.

Nachdem sich nunmehr bei allen bisher zur Wiederherstellung der internationalen sozialistischen Beziehungen unternommenen Schritten gezeigt hatte, daß eine gemeinsame Aktion der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder, ja selbst der bloße Versuch zu einer unverbindlichen Aussprache unter ihnen so lange nicht möglich sei, als einzelne offizielle Parteien auf dem Boden des Patriotismus und der Kriegspolitik ihrer Regierungen stehen, erschienen weitere Bemühungen, die Vertreter der offiziellen sozialistischen Parteien zusammenzuführen, zwecklos zu sein. Die Praxis bewies im Gegensatz zur Theorie, daß man nicht national und international zu gleicher Zeit sein kann, daß es praktisch zu wählen gilt zwischen dem Entweder — Oder. Die Versuche, mit oder ohne Mitwirkung des internationalen sozialistischen Bureaus, die der Internationalen angeschlossenen offiziellen Parteien zur gemeinsamen Arbeit und zur Ausführung der feierlichst gutgeheißenen Kongreßbeschlüsse zu versammeln, wurden aufgegeben.

In Berücksichtigung der vorliegenden Tatsachen und Erfahrungen beschloß daher der italienische Parteivorstand am 15. V. 1915 in Bologna, in Übereinstimmung mit Sozialisten aus andern Ländern und auf Grund eines Situationsberichtes des Abgeordneten Genossen MORGARI, der mit Parteigenossen aus kriegführenden und neutralen Ländern konferiert hatte, eine

selbständige Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz zu ergreifen<sup>1)</sup>. Die Einladungen ergingen an alle Parteien, Arbeiterorganisationen oder Gruppen von ihnen, von denen bekannt war, daß sie auf dem Boden der alten Grundsätze und der Beschlüsse der Internationalen verblieben seien und bei denen vorausgesetzt werden konnte, daß sie bereit wären, gegen die Burgfriedenspolitik aufzutreten und auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes für eine gegen den Krieg gerichtete gemeinsame, gleichzeitige Aktion der Sozialisten in den verschiedenen Ländern einzustehen. Unter Anlehnung an die Beschlüsse des italienischen Parteivorstandes wurden von schweizerischer und italienischer Seite Verhandlungen angeknüpft, die zunächst zu einer am 11. VII. 1915 in Bern stattgehabten Vorbesprechung zwischen Vertretern aus kriegführenden und neutralen Staaten führte. In dieser Vorbesprechung wurden die Richtlinien der geplanten Konferenz festgesetzt. Man einigte sich darauf, daß die einzuberufende Konferenz keineswegs der Bildung einer neuen Internationale zu dienen habe; Aufgabe der Konferenz sei es vielmehr, das Proletariat zu einer gemeinsamen Friedensaktion aufzurufen, ein Aktionszentrum für diesen Zweck zu schaffen und zu versuchen, die Arbeiterklasse zu ihrer historischen Mission zurückzuführen. Es wurde deshalb vereinbart, die Einladung an alle Organisationen und Gruppen ergehen zu lassen, die gewillt sind, den Kampf gegen den Krieg aufzunehmen, unbekümmert um die prinzipiellen Unterschiede in der allgemeinen sozialistischen Auffassung.

. . . Die Mandatprüfung ergab folgende Vertretungen.

**Deutschland:** die Vertretung wurde von den einzelnen Gruppen der Opposition abgeordnet, die offizielle Partei ist auf Grund ihrer derzeitigen Haltung nicht eingeladen worden.

**Frankreich:** auch hier mußte von der Einladung der offiziellen Partei, die im Schlepptau der Regierungspolitik steht, abgesehen werden. Es waren indessen sowohl Mitglieder der Partei wie des allgemeinen Gewerkschaftsbundes C(onfédération) G(énérale du) T(ravail) anwesend. Der Metallarbeiterverband war offiziell vertreten, ebenso die Minorität der C.G.T.

**Italien:** die Vertretung war hier eine offizielle der Partei und der sozialistischen Kammergruppe.

**England:** Eine offizielle Vertretung der Unabhängigen Arbeiterpartei I(ndependent) L(abour) P(arty) war zugesichert. Die Partei erklärte sich mit dem Zweck der Konferenz einverstanden, ebenso ein Teil der B(ritish) S(ocialist) P(arty). Die Delegation der I.L.P., bestehend aus den Genossen JOWETT und BRUCE GLASIER, Mitglied des internationalen sozialistischen Bureaus, wurde aber von der englischen Regierung an der Reise verhindert.

---

*1) Da die italienische Partei wiederholt die Initiative zur Wiederaufnahme der internationalen sozialistischen Beziehungen ergriffen und während des Krieges die Resolutionen von Stuttgart und später die Zimmerwalder Beschlüsse in mannigfacher Weise befolgt hat, beabsichtige ich, ihre Stellung zum Kriege in einer besonderen Schrift zu behandeln.*

Am Vorabend der Konferenz lief folgendes Telegramm ein: „Unmöglich Pässe zu erhalten. Wärmste Grüße. JOWETT und GLASIER.“

**Rußland:** Die Konferenz war offiziell von dem Zentralkomitee wie von dem Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beschickt, ebenso vom Zentralkomitee der sozialistisch-revolutionären Partei. Ferner war je eine Vertretung der Sozialdemokratie Lettlands und des „Bund“ anwesend.

**Polen:** Die drei auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden sozialdemokratischen Organisationen Russisch-Polens und Litauens hatten je einen offiziellen Delegierten abgeordnet.

**Rumänien:** Offizielle Vertretung der sozialdemokratischen Partei Rumäniens.

**Bulgarien:** Offizielle Vertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens (Engherzige) und ihrer parlamentarischen Fraktion.

Die rumänische und bulgarische Delegation vertrat zugleich die interbalkanische sozialistische Föderation.

**Schweden und Norwegen:** Offizielle Vertretung der Sozialdemokratiske Ungdomsförbundet.

**Holland:** Offizielle Vertretung der Gruppe „De Internationale“.

**Schweiz:** Die Vertretung war eine persönliche; der Parteivorstand hatte den einzelnen Genossen die Beteiligung freigestellt.

**Was die Verhandlungen selbst anbelangt, so lautet der Bericht:**

Von verschiedenen Seiten waren Begrüßungsschreiben eingelaufen, u. a. von einem Mitgliede des deutschen Reichstages, das besonderer Verhältnisse wegen an der Konferenz nicht teilnehmen konnte<sup>1)</sup>. Nach Erledigung der formellen Geschäfte hörte die Konferenz sodann die Berichte aus den einzelnen Ländern an. Die Delegierten aus den kriegführenden Staaten gaben hauptsächlich Auskunft über die Gestaltung der Parteiverhältnisse und der Arbeiterbewegung im allgemeinen seit dem Kriegsausbruch. Sie schilderten die Ereignisse, die das Aufhören der internationalen Beziehungen bedeuteten und gaben übereinstimmend der Meinung Ausdruck, daß der imperialistische Krieg nicht als eine Methode des Klassenkampfes betrachtet werden könne. Der Kampf für den Frieden sei aber nur dann erfolgversprechend, wenn er auf internationaler Basis durchgeführt werde. Nur im Zusammenarbeiten der Arbeiterklassen aller kriegführenden Länder und mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialisten der neutralen Staaten, die hier wertvolle Dienste zu leisten vermöchten, sei das Interesse des Proletariats in diesem Kampfe wahrzunehmen. Die sozialistischen Arbeiter in allen Ländern begrüßen daher den Zusammentritt der heutigen Konferenz, besonders die Proletarier der kriegführenden Staaten, und das um so mehr, als bis jetzt alle Versuche und Anstrengungen, die offiziellen Parteien einander näherzubringen, scheiterten und die Weigerung der sozialdemokratischen Partei

1) *Karl Liebknecht.*

des einen Landes, eine internationale Verständigung jetzt mitten im Krieg zu suchen, als Vorwand für die Rechtfertigung der Durchhaltepolitik im andern Lande dienen müsse. Das Interesse der Arbeiterklasse erheische aber den schleunigen Abbruch des Krieges, der mit den tiefsten Bedürfnissen der Völker im Widerspruch steht und in seinem Verlauf den wahren Charakter als imperialistischer Eroberungskrieg immer deutlicher offenbarte. — Eine Diskussion über die Berichte, deren Inhalt hier nur angedeutet werden kann, fand nicht statt. Man war der Ansicht, daß es sich in diesem Augenblick nicht um eine einläßliche Auseinandersetzung über die von den einzelnen Parteien befolgte Taktik handeln könne.

Neben dem allgemeinen Situationsbericht bildete die Friedensaktion des Proletariats das Haupttraktandum. Hierzu lag eine gemeinsame Erklärung der deutschen und der französischen Delegation vor. Damit war bereits ein wichtiger Schritt nach vorwärts und für das Gelingen der Konferenz getan. Jede proletarische Friedensaktion wäre zum vornherein aussichtslos gewesen, wenn nicht zwischen den Vertretern von Deutschland und Frankreich, d. h. der beiden Länder, deren sozialistische Parteien, durch den Gegensatz der Regierungspolitik national getrennt, einander vollständig fremd und unver söhulich gegenüberstehen. Die Konferenz begrüßte daher die Erklärung, deren Wortlaut hier folgt, aufs wärmste und nahm sie mit lautem Beifall auf. Sie lautet:

„Nach einem Jahre dieses verheerenden Krieges hat sich sein unzweideutig imperialistischer Charakter mehr und mehr offenbart. Das beweist, daß seine Ursachen in der imperialistischen und Kolonialpolitik aller Regierungen liegen, welche die Verantwortung für die Entfesselung dieses furchtbaren Blutvergießens tragen.

Durch den Burgfrieden, den die Nutznießer des Kapitalismus in allen Ländern erklärten, wurden die Volksmassen für diesen Krieg gewonnen, dem der Anschein eines Rassenkampfes, eines Krieges für Recht und Freiheit verliehen wurde. Unter dem Druck der so hervorgerufenen Gefühle wurde in jedem Lande ein sehr großer Teil der organisierten und aufgeklärten Arbeiter von dem Nationalismus fortgerissen. Seitdem hat die den Machthabern unterstellte Presse nicht aufgehört, den angeblichen Befreiungscharakter dieses Krieges zu unterstreichen.

Heute bezeichnen die Chauvinisten jeder Nation als Ziel des Krieges: die Eroberung von ganzen Ländern oder Landesteilen. Die Verwirklichung dieser Absichten würde den Keim künftiger Kriege in sich bergen.

Im Gegensatz zu diesen Plänen haben sich in allen Nationen entschlossene Minderheiten gebildet, die sich bemühen, die Pflichten zu erfüllen, die durch die internationalen Kongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel den Sozialisten aller Länder auferlegt sind.

Es ist ihre Aufgabe, heute mehr denn je sich diesen Annexionsbestrebungen zu widersetzen und die Beendigung dieses Krieges zu beschleunigen, der schon den Verlust von Millionen von Menschenleben verursacht, zahllose Verstümmelte geschaffen und drückende Not unter den Arbeitern aller Länder

hervorgehoben hat. Deshalb erklären wir deutschen und französischen Sozialisten und Gewerkschafter: Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!

Wir verurteilen aufs entschiedenste die Verletzung der belgischen Neutralität, die feierlich durch internationale Verträge kriegführender Staaten verbürgt ist. Wir fordern und werden nicht aufhören zu fordern, daß Belgien in seiner ganzen Integrität und Unabhängigkeit wieder hergestellt wird.

Wir erklären, daß wir das Ende des Krieges durch einen nahen Frieden wollen, der kein Volk und keine Nation vergewaltigt, daß wir niemals Eroberungsplänen unserer Regierungen zustimmen, die unvermeidlich den Keim neuer Kriege in sich tragen müßten, daß wir, jeder in seinem Lande, für einen Frieden arbeiten, der den zwischen den Völkern gesäten Haß zerstreut und ihnen den Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit wieder ermöglicht.

Ein solcher Frieden ist unseres Erachtens nur zu erreichen bei völligem Verzicht auf Vergewaltigung der Völker. Die Besetzung von ganzen Ländern oder Landesteilen darf nicht zu deren gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unverbrüchlich zu achten.

Wir nehmen die ausdrückliche Verpflichtung auf uns, unablässig in diesem Sinne, jeder in seinem Lande, zu wirken, damit die Friedensbewegung stark genug wird, unsern Regierungen die Beendigung dieser Schlächtereie aufzuzwingen.

Indem wir uns vom Burgfrieden lossagen, indem wir dem Klassenkampf treu bleiben, der die Grundlage zur Errichtung der sozialistischen Internationalen bildet, stehen wir deutschen und französischen Sozialisten und Gewerkschafter unter unsern Volksgenossen fest im Kampf gegen dieses furchtbare Verhängnis und für die Beendigung des Völkermordens, das die Menschheit entehrt.

Für die deutschen Teilnehmer:

ADOLF HOFFMANN.

GEORG LEDEBOUR.

Für die französischen Teilnehmer:

A. MERRHEIM.

A. BOURDERON.“

\* \* \*

Zu Meinungskämpfen kam es bezüglich der Frage nach Erlassung eines Manifests und dessen Formulierung. In dieser Beziehung ist festzustellen:

Von der Vertretung des polnischen Landesvorstandes, des russischen Zentralkomitees, der Letten, der Schweden und Norweger lag ein Resolutionsentwurf vor, der die prinzipielle Stellungnahme der Konferenz festlegen sollte. In der Begründung dieser Resolution wurde ausgeführt, daß ohne die grundsätzliche Stellungnahme zum Weltkrieg und zum Zusammenbruch der Internationalen ein Friedensaufruf schwerlich möglich sein würde. Man müsse sich über die Voraussetzungen und über die Ziele der Friedensaktion



im klaren sein. Dieser Klarheit bedürfe in erster Linie die Arbeiterklasse. Erst nach der Befreiung vom Banne der bürgerlichen Durchhaltepolitik sei der Kampf für den Frieden überhaupt möglich. Dieser Kampf müsse in seinem Inhalt wie in seinen Mitteln ein revolutionärer sein. Eine Friedensaktion könne sich nicht bloß auf das Friedensziel beschränken. Bei der Höhe der sozialen Gegensätze werde die Friedensaktion in den Kampf um den Sozialismus umschlagen. Diesen Inhalt der Friedensaktion durch die Agitationsweise zu bestimmen, sei die zweite Aufgabe der Sozialdemokratie. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft seien die Gefahren des Imperialismus nicht zu bannen, deshalb müsse der Kampf für den Frieden zugleich der revolutionäre Kampf gegen den Kapitalismus sein<sup>1)</sup>.

---

*1) Es handelt sich um die Prinzipienklärung, deren Anhänger die Zimmerwalder Linke bildeten. Sie wurde vorgelegt von den Vertretern des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, der lettischen Partei, des polnischen Landesvorstandes, des schwedisch-norwegischen Jugendverbandes, einem deutschen und einem schweizerischen Delegierten. Dem Inhalte nach wurde dieselbe Erklärung vom Zentralkomitee der S.D.A.P. Russlands (Bolschewiki) auch der internationalen ausserordentlichen sozialistischen Frauenkonferenz (Bern, März 1915) unterbreitet, jedoch von der Mehrheit der Teilnehmer verworfen. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:*

#### Der Weltkrieg und die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Der Weltkrieg, der seit einem Jahre Europa verwüstet, ist ein imperialistischer Krieg, der um die politische und ökonomische Ausbeutung der Welt, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagegebiete usw. geführt wird. Er ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung, die gleichzeitig die ganze Welt zur Weltwirtschaft verknüpft und selbständige national-staatliche Kapitalistengruppen mit gegensätzlichen Interessen bestehen läßt.

Wenn die Bourgeoisie und die Regierungen diesen Charakter des Weltkrieges zu verhüllen suchen, indem sie behaupten, es handle sich um einen aufgedrungenen Kampf um die nationale Unabhängigkeit, so ist das eine Irreführung des Proletariats, da der Krieg eben um die Unterdrückung fremder Völker und Länder geführt wird. Ebenso lügnerisch sind die Legenden über die Verteidigung der Demokratie in diesem Kriege, da der Imperialismus die rücksichtsloseste Herrschaft des Großkapitals und die politische Reaktion bedeutet.

Die Überwindung des Imperialismus ist nur durch die Auflösung der Gegensätze möglich, die ihn erzeugt haben, das heißt durch die sozialistische Organisation des kapitalistischen Kulturkreises, wozu die objektiven Verhältnisse schon reif sind.

Beim Ausbruch des Krieges hatte die Mehrheit der Arbeiterführer diese einzig mögliche Losung dem Imperialismus nicht gegenübergestellt. Vom Nationalismus befangen, vom Opportunismus zerfressen, hat sie im Moment des Weltkrieges das Proletariat dem Imperialismus ausgeliefert, die Grund-

Dieser Auffassung wurde von mehreren Teilnehmern entgegengehalten, daß eine prinzipielle Erörterung und die Festlegung eines allgemeinen Programms über das Ziel hinausginge, das der Konferenz von ihren Organisationsgrundsätzen des Sozialismus und damit den wirklichen Kampf um die täglichen Interessen des Proletariats preisgegeben.

Der Sozialpatriotismus, auf dessen Standpunkt in Deutschland sowohl die offen patriotische Mehrheit der früher sozialdemokratischen Führer wie auch das sich oppositionell gebärdende Zentrum der Partei um KAUTSKY steht, zu dem in Frankreich und Österreich die Mehrheit, in England und Rußland ein Teil der Führer (HYNDMAN, die Fabier, die Trades-Unionisten, PLECHANOW, RUBANOWICZ, die Gruppe „Nascha Sarja“) sich bekennen, ist für das Proletariat ein gefährlicherer Feind als die bürgerlichen Apostel des Imperialismus, da er, die Flagge des Sozialismus mißbrauchend, die unaufgeklärte Arbeiterschaft irreführen kann. Der rücksichtslose Kampf gegen den Imperialismus (Sozialimperialismus) bildet die erste Vorbedingung zur revolutionären Mobilisation des Proletariats und der Wiederaufrichtung der Internationalen.

Es ist die Aufgabe der sozialistischen Parteien wie der sozialistischen Oppositionen in den nunmehr sozialimperialistischen Parteien, die Arbeitermassen zum revolutionären Kampfe gegen die kapitalistischen Regierungen um die Eroberung der politischen Macht zwecks sozialistischer Organisation der Gesellschaft zu rufen und zu führen. Ohne den Kampf um jeden Fuß Boden in dem Rahmen des Kapitalismus, um jede das Proletariat stärkende Reform aufzugeben, ohne auf irgendwelche Mittel der Organisation und Ausrüstung zu verzichten, haben umgekehrt die revolutionären Sozialdemokraten alle die Kämpfe, alle von unserm Minimalprogramm geforderten Reformen auszunützen, um diese Kriegskrise wie jede soziale und politische Krise des Kapitalismus zu verschärfen, zu einer Attacke auf seine Grundlagen zu erweitern. Indem dieser Kampf unter der Losung des Sozialismus geführt wird, wird er die Arbeitermassen unzugänglich machen für die Losungen der Unterdrückung eines Volkes durch das andere, wie sie in der Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Nation über die andere, in dem Schrei nach neuen Annexionen zum Ausdruck kommen, wird er sie taub machen für die Lockungen der nationalen Solidarität, die die Proletarier auf die Schlachtfelder geführt hat.

Den Auftakt zu diesem Kampf bildet der Kampf gegen den Weltkrieg, für die schleunige Beendigung des Völkergemetzels. Dieser Kampf erfordert die Ablehnung der Kriegskredite, den Austritt aus den Ministerien, die Denunzierung des kapitalistisch-antisozialistischen Charakters des Krieges von den Tribünen des Parlaments, in den Spalten der legalen und, wo nötig, illegalen Presse, die schroffste Bekämpfung des Sozialpatriotismus, die Ausnützung jeder durch die Kriegsfolgen (Not, große Verluste usw.) verursachten Bewegung des Volkes zur Organisation von Straßendemonstrationen gegen die Regierungen, die Propaganda der internationalen Solidarität in den Schützengräben, die Forderung der ökonomischen Streiks, das Bestreben, sie bei günstigen Bedingungen in politische zu verwandeln. Burgkrieg, nicht Burg-



Die ganze, durch die Arbeit vieler Generationen geschaffene Kultur ist der Verwüstung geweiht. Die wildeste Barbarei feiert heute ihren Triumph über alles, was bis jetzt den Stolz der Menschheit ausmachte.

Welches auch immer die Wahrheit über die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges sei — das eine steht fest: Der Krieg, der dieses Chaos erzeugte, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren.

Wirtschaftlich rückständige oder politisch schwache Nationen fallen dabei der Unterjochung durch die Großmächte anheim, die in diesem Kriege versuchen, die Weltkarte ihrem Ausbeutungsinteresse entsprechend mit Blut und Eisen neu zu gestalten. So droht ganzen Völkern und Ländern, wie Belgien, Polen, den Balkanstaaten, Armenien, das Geschick, als Beutestücke im Spiel der Kompensationen, ganz oder in Teile zerrissen, annektiert zu werden.

Die treibenden Kräfte des Krieges treten in seinem Verlauf in ihrer ganzen Niedertracht hervor. Fetzen um Fetzen jenes Schleiers fällt, mit dem der Sinn dieser Weltkatastrophe vor dem Bewußtsein der Völker verhüllt wurde. Die Kapitalisten aller Länder, die aus dem vergossenen Blut des Volkes das rote Gold der Kriegsprofite münzen, behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des Vaterlandes, der Demokratie, der Befreiung unterdrückter Völker. Sie lügen. In Tat und Wahrheit begraben sie auf den Stätten der Verwüstung die Freiheit des eigenen Volkes mitsamt der Uunabhängigkeit anderer Nationen. Neue Fesseln, neue Ketten, neue Lasten entstehen und das Proletariat aller Länder, der siegreichen wie der besiegten, wird sie zu tragen haben. Hebung des Wohlstandes ward beim Ausbruch des Krieges verkündet — Not und Entbehrung, Arbeitslosigkeit und Teuerung, Unterernährung und Volksseuchen sind das wirkliche Ergebnis. Auf Jahrzehnte hinaus werden die Kriegskosten die besten Kräfte der Völker verzehren, die Errungenschaften der sozialen Reformen gefährden und jeden Schritt nach vorwärts verhindern.

Kulturelle Verödung, wirtschaftlicher Niedergang, politische Reaktion — das sind die Segnungen dieses greuelvollen Völkerringens.

So enthüllt der Krieg die nackte Gestalt des modernen Kapitalismus, der nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedingungen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist.

Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche — sie alle tragen das volle Gewicht der Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.

Arbeiter! Ausgebeutet, entrechtet, mißachtet nannte man euch beim Ausbruch des Krieges, als es galt, euch auf die Schlachtbank, dem Tode entgegen-

zuführen, Brüder und Kameraden. Und jetzt, da euch der Militarismus verkrüppelt, zerfleischt, erniedrigt und vernichtet, fordern die Herrschenden von euch die Preisgabe eurer Interessen, eurer Ziele, eurer Ideale, mit einem Wort: die sklavische Unterordnung unter den Burgfrieden. Man beraubt euch der Möglichkeit, eure Ansichten, eure Gefühle, euren Schmerz zu äußern, man verwehrt es euch, eure Forderungen zu erheben und sie zu vertreten. Die Presse geknebelt, die politischen Rechte und Freiheiten mit Füßen getreten — so herrscht heute Militärdiktatur mit eiserner Faust.

Diesem Zustand, der die gesamte Zukunft Europas und der Menschheit bedroht, können und dürfen wir nicht weiter tatenlos gegenüberstehen. Jahrzehntlang hat das sozialistische Proletariat den Kampf gegen den Militarismus geführt. Mit wachsender Besorgnis beschäftigten sich seine Vertreter auf ihren nationalen und internationalen Tagungen mit der aus dem Imperialismus immer bedrohlicher hervorgehenden Kriegsgefahr. Zu Stuttgart, zu Kopenhagen, zu Basel haben die internationalen sozialistischen Kongresse den Weg gezeichnet, den das Proletariat zu betreten hat.

Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder, die diesen Weg mitbestimmten, haben die daraus fließenden Verpflichtungen seit Beginn des Krieges mißachtet. Ihre Vertreter haben die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes, des einzig möglichen und wirksamen Mittels der proletarischen Emanzipation, aufgefordert. Sie haben den herrschenden Klassen die Kredite zur Kriegsführung bewilligt, sie haben sich den Regierungen zu den verschiedensten Diensten zur Verfügung gestellt, sie haben durch ihre Presse und ihre Sendboten die Neutralen für die Regierungspolitik ihrer Länder zu gewinnen versucht, sie haben den Regierungen sozialistische Minister als Geiseln zur Wahrung des Burgfriedens ausgeliefert und damit haben sie vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und Methoden übernommen. Und wie die einzelnen Parteien, so versagte die berufenste Vertretung der Sozialisten aller Länder: das internationale sozialistische Bureau.

Diese Tatsachen haben es mitverschuldet, daß die internationale Arbeiterklasse, die der nationalen Panik der ersten Kriegsperiode nicht anheimfiel oder sich davon befreite, noch bis jetzt, im zweiten Jahre des Völkermordens, keine Mittel und Wege fand, um den tatkräftigen Kampf für den Frieden gleichzeitig in allen Ländern aufzunehmen.

In dieser unerträglichen Lage haben wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Holländer und Schweizer, wir, die nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, uns zusammengefunden, um die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbesinnung und zum Kampf für den Frieden aufzurufen.

Dieser Kampf ist der Kampf für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung,

für den Sozialismus. Es gilt, dieses Ringen um den Frieden aufzunehmen, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Ein solcher Friede aber ist nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an eine Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene, noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.

Proletarier! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf.

Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegführenden Länder ist es, diesen Kampf mit voller Wucht aufzunehmen, Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der neutralen Staaten, ihre Brüder in diesem Ringen gegen die blutige Barbarei mit allen wirksamen Mitteln zu unterstützen.

Niemals in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabener Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Werk sein soll. Kein Opfer zu groß, keine Last zu schwer um dieses Ziel: den Frieden unter den Völkern zu erreichen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Mütter und Väter! Witwen und Waisen! Verwundete und Verkrüppelte! Euch allen, die ihr vom Kriege und durch den Krieg leidet, rufen wir zu: Über die Grenzen, über die dampfenden Schlachtfelder, über die zerstörten Städte und Dörfer hinweg,

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Zimmerwald (Schweiz), im September 1915.

Im Namen der internationalen sozialistischen Konferenz<sup>1)</sup>:

Für die deutsche Delegation: Georg Ledebour, Adolf Hoffmann; für die französische Delegation: A. Bourderon, A. Merrheim; für die italienische Delegation: G. E. Modigliani, Constantino Lazzari; für die russische Delegation: N. Lenin, Paul Axelrod, M. Bobrow; für die polnische Delegation: St. Lapinski, A. Warski, Cz. Hanecki; für die interbalkanische sozialistische Föderation: im Namen der rumänischen Delegation: C. Racovski, im Namen der bulgarischen Dele-

1) Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hatte sich mit dem Zweck der Konferenz einverstanden erklärt und offizielle Delegierte zu ihren Verhandlungen bestimmt. Die Regierung des „freien, demokratischen“ Englands verweigerte aber den Delegierten ihre Pässe, so daß die Reise nach dem Konferenzort nicht erfolgen konnte. Aus diesem Grunde konnte das Manifest, dessen Richtlinien die Unabhängige Arbeiterpartei beistimmte, von Vertretern der englischen Arbeiterschaft nicht sofort unterzeichnet werden.

gation Wassil Kolarow; für die schwedische und norwegische Delegation: Z. Höglund, Ture Nerman; für die holländische Delegation: H. Roland-Holst; für die schweizerische Delegation: Robert Grimm, Charles Naine.

## Zweites Kapitel.

### Die II. Internationale Sozialistische Konferenz zu Kiental vom 24.—30. IV. 1916.

Die I. Zimmerwalder Konferenz und die immer stärkere Protestbewegung gegen den Krieg, die sich in den verschiedenen kriegführenden und neutralen Ländern um die I.S.K. zu Bern herausbildete, führten zu Bemühungen, eine II. Intern. S. Konferenz einzuberufen. Im Februar 1916 fanden in Bern Besprechungen zu diesem Zwecke und zur „unverbindlichen Erledigung anderer internationaler Angelegenheiten“ statt, an der Mitglieder der von der Zimmerwalder Konferenz eingesetzten I.S.K., sowie in dieselbe delegierte Vertreter sozialistischer Parteien, Organisationen und Gruppen verschiedener Länder, darunter auch Mitglieder des Bureaus der Intern. Soz. Jugendverbindung teilnahmen<sup>1)</sup>. Man einigte sich hierbei auf folgendes:

Rundschreiben an alle angeschlossenen Parteien und Mitglieder.

W. G. Im September 1915 haben Vertreter sozialistischer Organisationen und Gruppen in Zimmerwald einen ersten praktischen Schritt zur Wiederherstellung der internationalen proletarischen Beziehungen auf der Grundlage der Klassensolidarität vollzogen, die weder staatliche noch nationale Grenzen kennt, welche die Arbeiter in dem Kampfe für den Sozialismus zeigt zur Zeit des Friedens wie zur Zeit des Krieges.

Das Zimmerwalder Manifest hat in den Herzen und Köpfen der Arbeiter des ganzen Erdballs lauten Widerhall gefunden. Offizielle Parteien und Teile von solchen, Verbände sozialistischer Gewerkschaften, sozialistischer Frauen und Jugendgenossen haben ihre freudige Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion: zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den Krieg, kundgetan.

In den kriegführenden wie in den neutralen Ländern ist eine mehr oder weniger ausgesprochene Protestbewegung gegen den Krieg entstanden. Hunderte von Arbeiterversammlungen in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Rußland usw., offizielle Parteikongresse und Konferenzen, in Italien selbst öffentliche Verwaltungen haben die Richtlinien des Zimmerwalder Manifestes

---

1) Vgl. Bulletin Nr. 3 vom 29. II. 1916.

gutgeheißen. So ist unser Ruf aufgenommen worden als ein Signal zur Sammlung, zur geistigen Erneuerung des Heerbanns des internationalen sozialistischen Proletariats.

Seit den Tagen der Zimmerwalder Konferenz hat sich die internationale Lage noch verschärft. Von Tag zu Tag wachsen in den kriegführenden Staaten die Menschenopfer, derweil Teuerung und Not, begünstigt durch ein gewissenloses Spekulantentum, unterstützt durch die sich breitmachende Korruption, die Lebenskraft der Völker bedrohen.

Diese gigantische Häufung der Opfer und Lasten ist begleitet von der Erweiterung und Ausdehnung des Krieges. Bulgarien ward in den Ring der Kriegführenden gezwungen, nach der Neutralität Belgiens und Luxemburgs die griechische Neutralität gewalttätig mißhandelt und die Lüge des sogenannten internationalen Völkerrechtes überhaupt durch die Kriegführenden aller Länder entlarvt. Und bereits lauern neue Kriegsgefahren. Der imperialistische Gegensatz droht Schweden und Rumänien mit der Katastrophe zu überziehen, während das amerikanische Rüstungskapital, indem es aus kalter Berechnung die Verlängerung des gegenwärtigen Krieges anstrebt, gleichzeitig fieberhafte Vorbereitungen trifft, welche die Vereinigten Staaten dem mit Menschenleibern gepflasterten Abgrund entgegentreiben.

In dieser Situation bewahrheitet sich aufs neue und mit noch eindringlicherer Kraft, „daß der moderne Kapitalismus nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedingungen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist.“

In der Tat. Die Ereignisse haben gezeigt, daß für keine der unterdrückten Nationen aus der Hand der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege Freiheit und Unabhängigkeit hervorsprießen können. Wie das Beispiel der Balkanländer und insbesondere das tragische Schicksal Serbiens und Armeniens beweist, sind die kleinen Staaten und unterdrückten Nationen nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden, ebenso wie die arbeitenden Volksmassen aller beteiligten Länder, während des Krieges als Werkzeuge mißbraucht, um nach dem Kriege auf dem Altar kapitalistischer Bestrebungen geopfert zu werden.

Unter diesen Umständen bedeutet der gegenwärtige Weltkrieg bei jeder Niederlage und bei jedem Siege stets eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Ausgenommen bei einer revolutionären Intervention des internationalen Proletariats, führt er bei jedem Ausgang zur Neubelebung des Militarismus, des imperialistischen Heißhungers, zu einer Verschärfung der internationalen Gegensätze, zur Häufung und Verwicklung der nationalen Probleme, die angeblich durch diesen Krieg gelöst werden sollten. Der Krieg bewirkte eine nie geschene, stets steigende Reaktion im Innern der Staaten, eine Schwächung der öffentlichen Kontrolle und damit eine Erniedrigung der Parlamente zu gehorsamen Werkzeugen des Militarismus in allen Ländern.

Die Arbeitermassen selbst, die instinktiv das ihnen durch den Krieg beschiedene Los begreifen, erheben sich spontan gegen seine Urheber und seine



Konsequenzen. In Deutschland haben Tausende von Männern und Frauen, in der Hauptstadt wie in der Provinz, wiederholt gegen die Teuerung demonstriert und den Ruf nach Frieden erhoben. In England protestierten die Arbeitermassen mit wachsender Energie gegen die obligatorische Wehrpflicht. In Petersburg haben sich mehr als 100 000 Arbeiter gegen die Beteiligung an den kriegstechnischen Kommissionen ausgesprochen und sich dadurch geweigert, irgendwelche Verantwortlichkeit für den Krieg zu übernehmen. Gleichzeitig sind in Petersburg, in Moskau, in Nischni-Novgorod, in Charkow usw. politische Streiks ausgebrochen, von Hunderttausenden von Proletariern durchgeführt, die den Willen der russischen Arbeiterklasse gegen den Burgfrieden und für die Fortsetzung des Kampfes gegen den Zarismus manifestierten. Sogar in den Schützengräben äußert sich der Wille zum Protest gegen den Krieg, wo die Fälle urwüchsig hervorbrechender Verbrüderung unter den Soldaten der kriegführenden Armeen nicht selten sind. In allen kriegführenden Ländern glauben die Völker nicht mehr an die Legende des Befreiungskrieges und werden sich bewußt, daß die sogenannte nationale Verteidigung in diesem Kriege nichts anderes ist als ein grobes Täuschungsmittel, um die Völker dem Imperialismus tributpflichtig zu machen.

Die Instanzen jener offiziellen sozialistischen Parteien, die ihren Teil der Verantwortung für diesen Krieg übernahmen, gezwungen, mit der wachsenden Protestbewegung zu rechnen, haben einige Gesten gemacht, um die Ungeduld der organisierten Massen zu stillen. Aber diese Gesten mußten nicht nur wirkungslos bleiben. Ausgeführt auf der Grundlage einer Politik der Klassenversöhnung und des Burgfriedens, konnten sie nur die freiwillige Unterordnung des Proletariats unter die Gebote der herrschenden Klassen festigen und zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Um die Opposition der Arbeiter gegen die Durchhaltepolitik zu lähmen, hat die Mehrheit der sozialistischen Führer in Deutschland eine Friedensinterpellation gestellt, die zugleich als Vorwand dienen mußte, um der Reichsregierung das Vertrauen in ihre Kriegspolitik und ihre pazifistischen Kriegsziele auszusprechen und zwar in einem Zeitpunkt, da die Regierung offen ihre annexionistischen Bestrebungen in Belgien und Polen kundgab. Für die Arbeiterklasse aber hat diese nationalistisch gesinnte Mehrheit nichts als Ratschläge zur Mäßigung, zur Sparsamkeit, und vertritt die Erziehung zur Entbehrung und Bedürfnislosigkeit während des Krieges, unter Verzicht auf die ökonomischen und politischen Klassenforderungen des Proletariats.

In Frankreich hat die offizielle sozialistische Partei auf das Friedensbedürfnis der Massen mit leeren Redensarten über einen „dauerhaften Frieden“ geantwortet, dessen Verwirklichung um den Preis der Fortführung der Durchhaltepolitik den kapitalistischen Diplomaten und Imperialisten der Entente überlassen wird. Der Parteitag proklamierte die „Union sacrée“, die Notwendigkeit der Kriegskreditbewilligung, befürwortete die Auslieferung der sozialistischen Führer als Geiseln im Bourgeoisministerium und eröffnete den Kampf gegen die sozialistische Minderheit, die mutvoll und tapfer den Krieg gegen den Krieg führt.

Auf dem gleichen Boden des Sozialpatriotismus verbleibt die Mehrheit der österreichischen und englischen Sozialisten, während eine kleine Minderheit von Sozialdemokraten und Sozialisten-Revolutionäre Rußlands einen nationalistischen Pakt mit dem Zarismus geschlossen hat.

Was hat in dieser Zeit das Internationale Sozialistische Bureau getan? Schon in Zimmerwald wurde sein vollständiges Versagen gegenüber den ihm durch die Kongreßbeschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel auferlegten Pflichten festgestellt. Seine lange Untätigkeit wie seine jüngste Erklärung bei Anlaß des Kongresses der holländischen Arbeiterpartei beweisen, daß es keine Änderung seiner Haltung vornehmen will. Im Namen des Exekutivkomitees versucht dessen Sekretär den Glauben zu erwecken, daß man die Pflicht zur sogenannten nationalen Verteidigung, das heißt die Unterstützung bürgerlich-kapitalistischer Regierungen predigen und gleichzeitig eine Internationale, „lebendiger denn je“, schaffen könne. Das ist nicht wahr und bedeutet nichts anderes als eine Irreführung der Massen.

Indem das Proletariat gemeinsam mit der imperialistischen Bourgeoisie seines Landes den Imperialismus des andern Landes durch den Krieg bekämpft, stärkt es seinen erbittertsten Feind: die eigne herrschende Klasse, arbeitet es an seinem Untergang wie an der Vernichtung des Proletariats der andern kriegführenden Staaten. Die Internationale kann nicht bestehen, indem ihre Sektionen die Mordwerkzeuge bewilligen, mit denen das Proletariat der andern Ländern massakriert wird; sie kann nicht bestehen, indem ihre Teile die Kampfbereitschaft der Massen preisgeben und sie in der Gegenwart auch für die Zukunft zerstören; sie kann nicht bestehen, indem sie fromme Wünsche für den kommenden Frieden an die Regierungen richtet, hinter diese Forderungen aber nicht den zweckbewußten Willen und die Tat im Geiste des Klassenkampfes und der Internationalität setzt.

Jeder Versuch, die Internationale durch eine gegenseitige Amnestie der kompromittierten opportunistischen Führer wieder aufzurichten, unter gleichzeitiger Anerkennung und Fortführung der Politik des Burgfriedens, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Pakt gegen den Sozialismus und ein Schlag gegen das Wiedererwachen der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Kriege wie im Frieden auf die gemeinsame Bekämpfung des Imperialismus gerichtet werden. Die parlamentarische und die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zwecke untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

Die Hauptaufgabe des Sozialismus muß heute darauf gerichtet sein, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und Handlungsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zusammenzufassen und

es zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, zu dem es durch die Geschichte berufen ist.

Die Pflicht der Disziplin gegenüber diesen Lebensgeboten des internationalen Proletariats geht allen andern Organisationspflichten voran. Wer diesen Geboten zuwiderhandelt, stellt sich in Gegensatz zum sozialistischen Proletariat, und die nationalen Sektionen der Internationalen, die so pflichtvergessen handeln, entbinden ihre Mitglieder von allen Verpflichtungen sich gegenüber.

In den Kämpfen gegen den Krieg kann die entscheidende Wirkung nur von den Arbeitermassen aller Länder selbst hervorgebracht werden. Jetzt, da die Folgen der Katastrophe mit ihrer vollen Wucht über die Arbeiterklassen aller Länder, der kriegführenden wie der neutralen, kommen und immer größere Verheerungen anrichten, muß sich der Widerstand des Proletariats organisieren, von der geistigen Sammlung ausgehend, ohne Rücksicht auf die strategische Lage die Ablehnung der Kriegskredite und jeder freiwilligen Anteilnahme der Arbeiter an den der Landesverteidigung dienenden Organisationen, den Austritt aus den bürgerlichen Ministerien, den bewußten Bruch des Burgfriedens von ihren Abgeordneten fordernd, bis zum offenen ökonomischen und politischen Kampfe der Massen gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen.

Indem die zielbewußten Arbeiter aller Länder in privaten Besprechungen wie in den Versammlungen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen über den wahren Charakter des Krieges und der Durchhaltepolitik Aufklärung schaffen, indem sie durch Verbreitung geeigneter Literatur, durch mündliche Agitation und Propaganda auf die indifferenten oder nationalistisch gesinnten Arbeitermassen wie auf die öffentliche Meinung einzuwirken suchen, indem sie, in fortwährendem Kontakt mit dem kriegsfeindlichen Proletariat der andern Staaten und unterrichtet über die Vorgänge im Auslande, die so gewonnene geistige und materielle Kraft zu Streiks und Demonstrationen, Volksbewegungen gegen die Teuerung, für Lohnerhöhungen, für den Bruch des Burgfriedens und für die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen verdichten, werden sie im Sinne der von der Internationalen in Stuttgart aufgestellten, in Kopenhagen und Basel einstimmig bestätigten Losung wirken „daß für den Fall, da ein Krieg ausbrechen sollte, es die Pflicht des Proletariats ist, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufriittelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

Demgemäß fordern wir die der I. S. K. angeschlossenen Parteien, Organisationen und Gruppen zu unablässiger Arbeit auf. Ihre Tätigkeit wird um so erfolgreicher sein, je mehr sie sich in Gemeinschaft und fortwährender Föhlung mit den klassenbewußten Arbeitern der übrigen Länder vollzieht. Das kann geschehen durch eine regelmäßige Berichterstattung über die Vorgänge in jedem einzelnen Lande an unsere Kommission, die ihrerseits die angeschlossenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen über die

Lage der im Rahmen der Zimmerwalder Beschlüsse entstandenen internationalen Bewegung gegen den Krieg fortlaufend unterrichtet und so den internationalen Zusammenhang der proletarischen Aktion zu festigen versucht.

Im Einverständnis mit Vertretern der affilierten Organisationen wird die I. S. K. zu Bern ferner eine zweite internationale sozialistische Konferenz vorbereiten, die das in Zimmerwald eingeleitete Werk fortführen und festigen soll. Wir ersuchen schon jetzt darum, daß die Tagesordnung dieser zweiten Konferenz in allen Organisationen und Versammlungen besprochen werde, um ihr einen Erfolg zu sichern, der es gestattet, die im September 1915 begonnene Bewegung in die breitesten Massen des Proletariats hineinzutragen.

Mit sozialistischem Gruß und Handschlag

Bern, im Februar 1916.

Im Namen der Zimmerwalder Konferenz:  
Die I. S. K. zu Bern.

\* \* \*

Zugleich mit diesem Rundschreiben veröffentlichte die I.S.K. zu Bern nachfolgende, zur Beratung zu spät eingetroffene Entwürfe zu Manifesten und Leitsätzen:

a) aus Frankreich<sup>1)</sup>.

Fünf Monate sind seit der Zimmerwalder Konferenz verflossen, wo wir Sozialisten Europas unserer Empörung Ausdruck verliehen und einen Kampfruf an das Proletariat erlassen haben. Fünf neue Monate des Krieges, einer nach dem andern, sind über die Menschheit hinweggegangen, und jeder dieser Monate brachte nur die Fortsetzung des eigenen Vernichtungswerkes der Völker, ihren eigenen Ruin inmitten des Gemetzels und ohne Widerspruch die Scheußlichkeiten des entfesselten Militarismus ertragend, der nicht mehr gemeistert werden kann, durch die blutigen Hände der gegenwärtigen Herrscher der europäischen Nationen. Die automatische Vernichtung der Blüte der Völker hat ihren Weg während dieser langen Monate fortgesetzt. Neue Millionen, durch das Mittel der Kriegsanleihen aus dem kollektiven Reichtum herausgepresst, wurden dutzendweise verschlungen, ausschließlich dazu bestimmt, die menschlichen Wesen und die Errungenschaften der Zivilisation zu zerstören.

Wenn der menschliche Geist in diesem höllischen Kriege sich noch betätigt, so nur, um die Mordwerkzeuge zu vervollkommen oder neue zu erstellen. Die Aufgabe, die gegenwärtig die Herrschenden, die Wissenschaftler und die Erfinder aller Länder beschäftigt, besteht in der Suche nach einem Mittel, um ganze Armeen mit Hilfe giftiger Gase zu vernichten.

Und zu gleicher Zeit bemühen sich die herrschenden Klassen in einer stupiden Halsstarrigkeit oder in einem Blutauschlag, den Völkern unaufhörlich

1) Von den um die Zeitschrift „La vie ouvrière“ und das russische in Paris erschienene Tageblatt „Nasche Slowo“ Gruppiereten.

zu verkünden, daß der Krieg bis zu Ende geführt werden solle, bis zum vollständigen Siege, bis er die Lösung aller Fragen, die ihn hervorgerufen haben, fand.

In Wirklichkeit entfernt sich aber die entscheidende Lösung immer mehr und mehr. Die militärischen Unternehmungen dehnen sich auf neue Gebiete und neue Fronten aus und jede Entwicklung zeitigt als Konsequenz nur die Verwicklung neuer Probleme, während sie gleichzeitig alte Wunden aufreißen.

In dieser Zeit ist Bulgarien trotz der mutigen Opposition der jungen sozialdemokratischen Bewegung in den Krieg eingetreten. Serbien und Montenegro wurden durch die österreichisch-ungarischen Armeen ihrer erbärmlichen Unabhängigkeit beraubt, die ihnen ihre eigene verbrecherische Dynastie und die herrischen Zumutungen der kriegführenden Großmächte noch gelassen haben. Die Neutralität Griechenlands wurde durch jene selbst vergewaltigt, die in marktschreierischer Sprache sich als die Vorkämpfer des Rechts und als Verteidiger der Schwachen hinstellten. Der Zarismus spielt sich als Beherrscher in Persien auf und erweitert dort seine eigene Tyrannei, um sich so im Osten für seine im Westen erlittenen Mißerfolge zu entschädigen. Und morgen muß bereits mit der Möglichkeit der Intervention Schwedens und anderer Länder gerechnet werden, die bis jetzt an der Schlächtereier noch keinen Anteil nahmen und die nicht mehr länger auf den glühenden Kohlen der Neutralität sitzen können oder wollen.

Und endlich sah sich England, dessen Bourgeoisie den Militarismus um so mehr brandmarkte, je mehr es selbst den Marinismus förderte, durch die Logik des Krieges gezwungen, den Volksmassen das Joch des obligatorischen Militärdienstes aufzuzwingen.

Das sind die neuen Ereignisse des Krieges, den man noch immer auf beiden Seiten der Schützengräben als einen Befreiungskrieg auszugeben versucht.

Sich diesem Verbrechen unterwerfend, es sogar unterstützend und verteidigend, sind jene sozialistischen und proletarischen Zentralorganisationen, die sich seit August an ihre herrschenden Klassen gekettet haben, im Laufe der fünf Monate immer tiefer und tiefer in der Verleugnung des Sozialismus gefallen. Ihre Rolle bestand ausschließlich darin, alle politischen und moralischen Eroberungen des Sozialismus, die um den Preis des Märtyrerblutes, der schöpferischen Anstrengungen der Denker und der heldenhaften Opfer der Massen erlangt wurden, in eine Waffe zur Erhaltung des bürgerlichen Staates, zum Schutze der herrschenden Klasse, die durch ihre eigenen Verbrechen bis in die tiefsten Wurzeln erschüttert sind, zu verwandeln. In der Geschichte der Menschheit, die schon die Unterwerfung des Christentums, die Unterwerfung der Reformation und endlich die der Demokratie unter die Interessen der herrschenden Klassen zu verzeichnen hatte, kann es keinen schärferen Verrat, kein größeres Verbrechen, keinen schändlicheren Fall geben als diese Unterwerfung des offiziellen Sozialismus unter die Bourgeoisie in der Stunde ihres blutigen Lebensabends vor dem Proletariat Europas.

Vor dem europäischen Proletariat brandmarken wir diese Verbindung

von bürgerlicher Gewalttätigkeit und sozialistischem Verrat als die unzweifelhaft größte Bedrohung des Sozialismus und des menschlichen Fortschrittes. Wir brandmarken die Politik der Sozialpatrioten, die, trotzdem sie ihren Regierungen direkt und indirekt helfen, die revolutionären Sozialisten ihrer eigenen Länder zu verfolgen, die Oppositionen in den feindlichen Ländern billigen und ermutigen, und welche durch die so geschaffene korrumpierende Konfusion sich bemühen, ihr sozialistisches Ansehen in den Augen der erwachenden Arbeitermassen zu retten.

Zwischen die, welche der Fahne der sozialen Revolution treugeblieben sind, und die Sozialpatrioten, die Söldner, die Gefangenen oder die freiwilligen Sklaven des Imperialismus stellen sich die Anhänger eines sozialistischen Waffenstillstandes ohne Prinzip und ohne Klarheit. Im Namen der sozialistischen Einheit fordern sie von der Minorität, daß sie sich vor den Sozialpatrioten entwaffe, genau so, wie diese sich im Namen des Burgfriedens vor unsern Klassenfeinden entwaffnet haben.

Wir wollen und wir können einen derartigen Waffenstillstand nicht anerkennen, sobald das Schicksal des Sozialismus im Spiele ist.

Und wenn unser innerer Kampf die Einheit der sozialistischen Organe gefährdet, so fällt die ganze Verantwortlichkeit auf jene zurück, welche die durch den Krieg hervorgerufene proletarische Desorganisation dazu benützen, um die wichtigsten Grundsätze des Sozialismus zu verleugnen.

Die Verteidigung des Vaterlandes, die nationale Verteidigung, welche die Sozialpatrioten unaufhörlich predigen, ist in Wirklichkeit die bewegliche Schlinge, welche die Bourgeoisie, unterstützt durch die sozialpatriotischen Agenten, der Arbeiterklasse um den Hals geworfen hat. Dieses Band, das immer enger und enger geschnürt wird, muß zerstört werden.

Das Proletariat kann nicht aufhören, für die Unabhängigkeit der Nationen zu wirken, allein es muß es tun nicht durch den kapitalistischen Militarismus, der sie unterdrückt, sondern durch den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus. Unser Weg ist nicht der Krieg, Seite an Seite mit den Herrschenden, sondern die Revolution gegen sie. Die sozialpatriotische Schildwache der Bourgeoisie, die Unzufriedenheit und die Erhebung des sozialen Proletariats befürchtend, versucht jetzt durch die Vermittlung des alten Internationalen sozialistischen Bureaus hinter dem Rücken der getäuschten sozialistischen Arbeitermassen eine Wiederherstellung der Scheinverbindungen zwischen den offiziellen sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder. Die eine Hand an den Karren des nationalen Militarismus gefesselt, versuchen die Sozialpatrioten einander die andere Hand zu reichen und durch das Mittel einer schlechten Nachahmung der internationalen Solidarität, ihre Kräfte in dem Ziele zu vereinigen, das sozialistische Gewissen der erwachenden Arbeiterklassen zu ersticken. Wir warnen die Arbeiter vor dieser heuchlerischen Politik. Eine neue Internationale kann nur aufgebaut werden auf den unerschütterlichen Prinzipien des revolutionären Sozialismus. An ihrer Schaffung können die Verbündeten der herrschenden Klassen, die Minister, die liebedienerischen Abgeordneten, die Advokaten des Imperialismus, die

Agenten der kapitalistischen Diplomatie, die Totengräber der II. Internationalen keinen Anteil nehmen.

Der rücksichtslose Kampf gegen den Nationalismus, die entschiedene Verweigerung der Militärkredite, unbekümmert um die strategische und diplomatische Lage des Landes, die unbarmherzige Brandmarkung der Lügen der nationalen Verteidigung und des Burgfriedens, die Mobilisation des Proletariats zum revolutionären Angriff gegen die bürgerliche Gesellschaft — das sind die für die Schaffung einer wirklichen sozialistischen Internationalen notwendigen Bedingungen. Diese klare sozialistische und revolutionäre Politik allein sichert dem Proletariat einen Einfluß auf den Ausgang des gegenwärtigen Krieges und auf die internationalen Beziehungen, die nach der Herstellung des Friedens entstehen werden.

Die Sozialpatrioten verkünden von den parlamentarischen Tribünen herab, daß sie Gegner der Annexionen seien. Verschiedene unter ihnen fügen bei, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen. Aber alle diese hochtrabenden Phrasen ändern nichts an der feststehenden Tatsache, daß die Sozialpatrioten mit allen ihren Kräften darauf hinarbeiten, ihrem nationalen Militarismus den Sieg zu sichern, und daß sie dadurch konsequenterweise und unvermeidlich gewalttätige Annexionen vorbereiten. Man kann in Wirklichkeit nicht gegen die Annexionen kämpfen, ohne gleichzeitig den Kampf gegen ihr Werkzeug, den Militarismus, zu richten. Es ist unmöglich, die Unabhängigkeit der Völker zu schützen, indem man dem bewaffneten Kapitalismus hilft, sie zu zerstören.

Territoriale Annexionen in Europa vorbereitend, in Belgien und Saloniki, in Brüssel und in Teheran, die Unabhängigkeit der Nationen erwartend, streben die Regierungen der kriegführenden Mächtegruppen gleichzeitig eine Trennung des Europa von morgen in zwei mächtige durch den Stacheldraht der Zolltarife voneinander geschiedene Wirtschaftsgebiete an. Zwischen diesen beiden gigantischen Trusts von Staaten wird am Tage nach dem Friedensschluß ein unaufhörlicher und unversöhnlicher Handelskrieg ausbrechen. Diese Perspektive, so gut wie die Annexionen, eröffnet für die durch den Krieg erschöpften Völker Europas eine neue Verschärfung der Teuerung, neuen Steuerdruck, die Stärkung des Militarismus, die Diktatur der Banken und der Trusts, den Stillstand der sozialen Gesetzgebung und eine vermehrte politische Reaktion.

Der Kampf gegen die Schützengräben des Zollschatzes, die lediglich die Desorganisation der europäischen Volkswirtschaft beschleunigen werden, kann nur gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Schützengräben geführt werden. Der Kampf gegen die politische Tyrannei, gegen die stehenden Heere, gegen die Geheimdiplomatie und für die Demokratisierung aller europäischen Staaten, ist die erste Bedingung der ökonomischen und politischen Einheit Europas.

**Arbeiter und Arbeiterinnen!**

Wenn der von dem Imperialismus hervorgerufene Krieg Europa verheert, so wird er durch die gegenwärtig an der Macht stehenden Nationalisten verschärft und vergrößert und die Ursache neuer verheerender Katastrophen sein. Wenn wir nicht imstande waren, den Krieg zu verhindern, so sind wir ver-

pflichtet, alle Anstrengungen zu machen, um den Kriegführenden unsern Frieden aufzuzwingen. Der Macht der Herrschenden, die aus unserer Untätigkeit und unserer Unterwerfung neue Kraft erlangt, müssen wir unsere eigene Macht entgegenstellen, das revolutionäre Bewußtsein und den Willen zum rücksichtslosen Kampf. Wir fordern euch zur Erfüllung dieser Aufgabe auf. Genug der Geduld, genug des Schweigens! Der Ruf der Empörung und der Erhebung erschalle überall! Dem Wort folge die Tat!

Hört zu, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen Europas! Wenn nur ein kleiner Teil der Opfer, der Leben, des Blutes, die dieser Krieg erforderte, gewissenhaft der Sache des Sozialismus geopfert worden wäre, so würde Europa bald von der schändlichen Herrschaft der Unterdrückung und der Ausbeutung befreit sein, und wir hätten die Gewißheit, unsere Söhne in das Reich der Arbeit und Gerechtigkeit eintreten zu sehen. Entschließt euch, alle eure Kräfte, und wenn es sein muß, eure Freiheit und selbst euer Leben für die Aufrechterhaltung der Menschlichkeit zu geben.

Kämpft gegen die abscheulichen und unzähligen Opfer, die der Krieg ohne Unterbrechung und ohne Ende fordert, gegen den entfesselten Militarismus, gegen die Barbarei und die Feigheit der Herrschenden. Kämpft ohne Zögern, ohne Unterlaß mit all eurer Kraft.

Nieder mit dem Kriege, nieder mit den Annexionen und den Kriegskontributionen! Es lebe die Freiheit und die Unabhängigkeit der Nationen, es lebe die ökonomische und politische Vereinigung der Völker!

Es lebe die Revolution!

Es lebe der Sozialismus!

#### b) aus Deutschland <sup>1)</sup>.

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der 40jährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen an das Schiff des Imperialismus gekettet hat.

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlaßt und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Raserei, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mitübernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteinstanzen der kriegführenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisher führenden Lande der Internationalen, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des

1) Von einer größeren Anzahl von Zimmerwaldianern aus allen Teilen Deutschlands.



internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen demokratischen Interessen der Völker. Dadurch ist die sozialistische Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten treugeblieben sind: in Russland, Serbien, Italien und — mit einer Ausnahme — Bulgarien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgab und auf die Zeit nach dem Kriege verschob, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch ungeheuer zu stärken.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen; er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorsprießen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige ihrer Klassengenossen in den Großstaaten sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug mißbraucht, um nach dem Kriege den kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Sieg eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang — ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats — zur Stärkung des Militarismus, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Er steigert die kapitalistische Ausbeutung und die innerpolitische Reaktion, schwächt die öffentliche Kontrolle und drückt die Parlamente zu immer gehorsameren Werkzeugen des Militarismus herab. Der heutige Weltkrieg entwickelt so zugleich alle Voraussetzungen neuer Kriege.

8. Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über „Abrüstung“, „Freiheit der Meere“, „Abschaffung des Seebeuterechts“, „europäische Staatenbünde“, „mitteleuropäische Zollvereine“, „nationale Pufferstaaten“ und dergleichen. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens sind die politische Aktionsfähig-

keit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Wagschale zu werfen.

9. Der Imperialismus als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Aber er teilt auch mit den früheren Phasen des Kapitalismus das Schicksal, die Kräfte seines Todfeindes in demselben Umfange zu stärken, wie er sich selbst entfaltet. Er beschleunigt die Konzentration des Kapitals, die Zermürbung des Mittelstandes, die Vermehrung des Proletariats, weckt den wachsenden Widerstand der Massen und führt so zur intensiven Verschärfung der Klassengegensätze. Gegen den Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Krieg in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung „Krieg dem Kriege“ unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zwecke richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die zweite Internationale ist durch den Krieg gesprengt. Ihre Unzulänglichkeit hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationalen auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik, ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.

Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

a) Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welt-historischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im

Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

b) Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung müssen dem Zwecke untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

c) In der Internationalen liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

d) Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationalen geht allen andern Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationalen.

e) In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompetenten Massen des Proletariats aller Länder eingesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu erziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktion zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß durch ihre Vermittlung jederzeit das rasche und tatkräftige Zusammenwirken aller Sektionen gewährleistet und der Wille der Internationalen so zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

f) Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.

### c) aus Holland<sup>1)</sup>.

Die revolutionäre Sozialdemokratie muß in den kriegführenden Ländern mit allen ihren Kräften für augenblicklichen Frieden, in den neutralen Län-

1) Vom R(évolutionär) S(ozialistischen) V(erein), vertreten durch H. ROLAND-HOLST und J. VISCHER, sowie von der S(ozial)D(emokrat.) P(artei) Hollands, vertreten durch D. J. WYNKOOP und J. CETON.

dern für augenblickliche Demobilisation wirken. Gleichzeitig jedoch gibt sie den folgenden allgemeinen Leitfaden für die sofortige Aktion bei der Beendigung des Krieges:

Die revolutionäre Sozialdemokratie wird zur Einleitung des Kampfes gegen die besitzenden Klassen die folgenden Forderungen erheben:

A. Auf ökonomischem Gebiet. 1. Annullierung der Staatsschulden. 2. Enteignung der Banken. 3. Enteignung aller Großbetriebe. 4. Konfiskation der Kriegsgewinne. 5. Besteuerung nur von Kapital und Einkommen. 6. Ausrichtung von Pensionen an alle Arbeiter, die nichts oder zu wenig verdienen.

B. Auf politischem Gebiet. 1. Demokratisierung aller vertretenden Körperschaften. 2. Abschaffung der ersten Kammer des Senats usw. 3. Die Republik. 4. Den Achtstundentag. 5. Abschaffung aller Handelszölle. 6. Abschaffung des Militärsystems.

Arbeiter! Wir schlagen euch diese Forderungen vor als Leitfaden der Aktion in allen Ländern, der internationalen Aktion nach dem Kriege. Wir weisen euch nachdrücklich darauf hin, daß diese Forderungen im Plenum der Parlamente durch die Vertreter des revolutionären Proletariats gestellt werden müssen. Jedoch vor allem müssen sie von den Massen selbst gestellt werden, und zwar unmittelbar bei den ersten Besprechungen über den Frieden, ehe die Heere nach Hause zurückgekehrt sind. Und ihr könnt sie nur stellen, wenn eure Massen zum Massenkampf aufstehen. Außerdem ruft die revolutionäre Sozialdemokratie schon heute zu einer sofortigen internationalen Zusammenkunft in jenem Augenblick auf, und zwar einer Zusammenkunft aller Parteien und Gruppen, die vor und während des Krieges den Imperialismus faktisch bekämpft haben.

\* \* \*

Die Tagesordnung der auf den 24.—30. IV. 1916 nach Kiental in der Schweiz ausgeschrieben II. Konferenz enthielt außer Wahl des Bureaus und der Mandatprüfungskommission sowie der Berichte der I.S.K. und der Delegierten folgende Punkte:

1. Der Kampf für die Beendigung des Krieges; 2. die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen; 3. Agitation und Propaganda (a) parlamentarische Aktion, b) Massenaktion); 4. die Frage der Einberufung des I(ntern.) S(ozialist.) B(ureaus) im Haag<sup>1)</sup>.

An den Verhandlungen nahmen außer den oben S. 317 bereits genannten Organisationen noch teil: die verschiedenen Gruppen der oppositionellen Minderheiten der deutschen S.D., die gewerk-

1) Vgl. die Berichte aus den einzelnen Ländern, im Bulletin Nr. 4 vom 22. IV. 1916 und Nr. 5 vom 10. VII. 1916. S. 10 ff.

2) Vgl. Bulletin Nr. 3, vom 29. II. 1916. S. 1.

schaftlichen und sozialistischen Minderheiten Frankreichs und der sozialrevolutionäre Verein Hollands. Ferner von sozialistischen Parlamentariern aus: Frankreich die Deputierten PIERRE BRIZON (Allier), ALEXANDRE BLANC (Vaucluse) und RAFFIN DUGENS (Isère); Italien DUGONI, MODIGLIANI, MORGARI, MUSATTI, PRAMPOLINI; Deutschland die Landtagsabgeordneten A. HOFFMANN (Preußen) und H. FLEISSNER (Sachsen); Schweiz GRABER, GRIMM, NAINÉ; Serbien T. KATZLEROWITSCH. Verschiedene deutsche Reichstagsmitglieder, sowie Delegierte und Parlamentarier aus Frankreich, England und Österreich-Ungarn waren durch ihre Regierungen an der Ausreise verhindert; desgleichen die Vertretung des Jüd. Arbeiterbundes Litauens, Polens und Rußlands, sowie die Vertreter der S.D.Arb.P. Bulgariens, welche die öst.-ung. Regierung nicht über die Grenze ließ<sup>3)</sup>.

Im ganzen nahmen an der Konferenz teil<sup>4)</sup> aus: Deutschland 7<sup>5)</sup>, Frankreich 4<sup>6)</sup>, England 1<sup>7)</sup>, Italien 8, Rußland 8, Polen 5, Serbien 1, Portugal 1, Schweiz 5 Delegierte; ferner 1 Delegierter des I.S. Jugendsekretariats und die Mitglieder der I.S.K. zu Bern.

Zur Diskussion wurden gestellt die oben S. 332/40 reproduzierten Entwürfe und außerdem noch die folgenden Darlegungen über

#### Die Stellungnahme des Zentralkomitees der S.D.A.P.<sup>8)</sup> Rußlands<sup>9)</sup>.

1. Wie ein jeder Krieg nur eine Fortsetzung derjenigen Politik bildet, welche von den kriegführenden Staaten auch in der vorhergehenden Friedenszeit — allerdings mit friedlichen Mitteln — geführt wurde, so kann auch

3) Bulletin Nr. 5 vom 10. VI. 1916. S. 6.

4) Bulletin Nr. 5 vom 10. VII. 1916. S. 6.

5) Für die „Internationale“, die „Opposition in der Organisation“ und die Lokalorganisation einer norddeutschen Stadt.

6) Als persönliche Vertreter, da die Zimmerwaldisch orientierte und im „Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“ vertretene Partei- und Gewerkschaften-Opposition wegen Paßschwierigkeiten nicht erscheinen konnte.

7) Von der I.L.P. als Gast.

8) Zur Zeit war die russische S.D.A.P. gespalten in das Z(entral)-K(omitee) [Bolschewiki] und O(rganisations)-K(omitee) [Menschewiki].

9) Bulletin Nr. 4 vom 22. IV. 1916.

der den Krieg abschließende Frieden nur eine Registrierung der Machtverschiebungen sein, die im Verlaufe des Krieges erreicht wurden.

2. Solange die Grundpfeiler der heutigen bürgerlichen gesellschaftlichen Beziehungen fortbestehen, kann ein imperialistischer Krieg nur zu einem imperialistischen Frieden führen, d. h. zur Erweiterung und Stärkung der Unterdrückung der kleinen Völker und Staaten durch das Finanzkapital, das nicht nur vor dem Kriege, sondern auch im Verlaufe des Krieges einen riesenhaften Aufschwung nahm.

Der objektive Inhalt derjenigen Politik, welche von der Bourgeoisie und den Regierungen beider kriegführenden Gruppen vor dem Kriege und während desselben betrieben wurde, führt zur Steigerung des ökonomischen Druckes, der nationalen Verknechtung, der politischen Reaktion. Infolgedessen kann der Friedensschluß bei beliebigem Ausgange des Krieges nur die Verschlimmerung der politischen und ökonomischen Lage der Massen feststellen — da ja die bürgerliche Gesellschaft bestehen bleibt.

Einen „demokratischen Frieden“ aber als Folge des imperialistischen Krieges vorauszusetzen, heißt eine leere Phrase aussprechen, anstatt die Politik der Mächte vor dem Kriege und während des Krieges zu studieren, heißt die Volksmassen irreführen, indem man ihnen das wichtigste vorenthält: die Unmöglichkeit eines demokratischen Friedens ohne eine Reihe von Revolutionen.

3. Die Sozialisten verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. Sie müssen z. B. auch jetzt in den Parlamenten für jede Verbesserung der Lage der Völker — so klein sie auch sein mag — stimmen: für eine entsprechende Unterstützung der Bewohner der vom Kriege betroffenen Gebiete, für die Milderung des nationalen Druckes usw. Es ist aber ein bürgerlicher Betrug, wenn man Reformpolitik predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt. Das sind die Grundfragen des Imperialismus, d. h. die Fragen nach dem Fortbestand der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, die Fragen nach der Möglichkeit, den Sturz des Kapitalismus zu verschieben, indem man die Erde neu einteilen will, entsprechend den neuen Machtverhältnissen zwischen den Großmächten, welche in den letzten Jahrzehnten sich nicht nur außerordentlich rasch, sondern auch — was das wichtigste ist — außerordentlich ungleichmäßig entwickelt hatten. Eine wirkliche politische Tätigkeit, die, ohne die Massen zu täuschen, geeignet wäre, die Machtverhältnisse der heutigen Gesellschaft zu ändern, kann nur in einer der folgenden Formen bestehen: entweder hilft man der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie, fremde Länder zu berauben, und nennt diese Hilfe „Verteidigung des Vaterlandes“ oder „Errettung der Heimat“. Oder aber man hilft die sozialistische Revolution des Proletariates in die Wege zu leiten, indem man die schon jetzt beginnende Gärung in den Massen fördert, Streiks und Demonstrationen unterstützt etc., indem man die jetzt noch schwachen Anfänge des revolutionären Massenkampfes unterstützt und zum allgemeinen Anprall des Proletariats gegen die Bourgeoisie steigert.

Wie alle Sozial-Chauvinisten jetzt das Volk betrügen, wenn sie von einer „ehrenhaften“ Verteidigung gegen einen „unehrlichen“ Angriff seitens dieser oder jener Gruppe der kapitalistischen Raubmächte sprechen, so ist es auch lauter Betrug und leere Phrase, wenn man von einem „demokratischen Frieden“ spricht, als könnte der kommende Friede, der schon jetzt von den Kapitalisten und Diplomaten vorbereitet wird, ein neues, „unehrliches“ Angreifen unmöglich machen und die früheren „ehrlichen“ Beziehungen herstellen; als wäre er nicht vielmehr eine Fortsetzung und Sanktionierung der imperialistischen Politik, der Politik des kapitalistischen Raubes, der nationalen Unterdrückung, der politischen Reaktion, der Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung. Den Kapitalisten und ihren Diplomaten leisten diese ihre „sozialistischen“ Helfer gerade jetzt gute Dienste, wenn sie das Volk betäuben und durch Phrasen von einem demokratischen Frieden den wahren Sachverhalt verschließen und das Volk von einem revolutionären Kampfe ablenken.

4. Als Betrug und Heuchelei erscheint eben das Programm des „demokratischen Friedens“, welches von den bekanntesten Führern der zweiten Internationalen heute verfochten wird. Es ist auf dem holländischen Kongreß in Arnheem (vgl. Neue Zeit vom 2. X. 1915), von einflußreichsten offiziellen Vertretern der zweiten Internationalen dieses Programm folgendermaßen formuliert worden: Verzicht auf den revolutionären Kampf bis zu der Zeit, wo die imperialistischen Regierungen Frieden geschlossen haben; bis dahin — Phrasen über Ablehnung von Annexionen und Kontributionen, auf dem Papiere Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, der Demokratisierung der äußern Politik, Schiedsgerichte zur Erledigung politischer Streitfragen, Vereinigte Staaten von Europa etc.

Objektiv betrachtet, führt dieses „Programm des Friedens“ zur verstärkten Untertänigkeit der Arbeiterklasse, denn es versöhnt die Arbeiter, die einen revolutionären Kampf aufzunehmen beginnen, mit ihren chauvinistischen Führern, denn es verwischt die Tiefe der Krise im Sozialismus, um auf jenen Zustand innerhalb der sozialistischen Partei zurückzukommen, welcher vor dem Kriege war und welcher den Übergang der meisten Führer auf die Seite der Bourgeoisie zur Folge hatte. Die Gefahr dieser Politik ist um so größer, als sie mit wohlklingenden Phrasen geziert und nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern geführt wird. In England verteidigen diese Politik die meisten Führer. In Rußland wird die chauvinistische Idee der „Vaterlands-Verteidigung“ mit dem Deckmantel der Phrase über „Retung des Vaterlandes“ umhüllt. So gibt z. B. TSCHESCHKE einerseits an, auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz zu stehen, andererseits rühmt er in der offiziellen Fraktionserklärung in der Duma die berüchtigte Rede HUYSMANS (in Arnheem), und hat kein einziges Wort gegen die freiwillige Anteilnahme der Arbeiter in den zaristisch-großbürgerlichen Kriegsindustriekomitees. Ein anderer Führer der Dumafraktion, der Abgeordnete TSCHENKELI, hält in der Duma ganz offen sozialpatriotische Reden, unterstützt die Teilnehmer an den Kriegsindustriekomitees usw. In Italien wird eine ähnliche Politik von TREVES getrieben (vergleiche „Avanti“ [5. III. 16]).

5. Die wichtigsten der Friedensfragen sind heute die der Annexionen. Und gerade an dieser Frage tritt die „sozialistische“ Heuchelei von heute zutage, und werden anderseits die Aufgaben der wirklich sozialistischen Propaganda und Agitation klar. Es muß aufgeklärt werden, was eigentlich die Annexion sei, wie und warum Sozialisten gegen Annexionen kämpfen müssen. Nicht jede Aufnahme eines neuen Territoriums ist Annexion, denn im allgemeinen ist der Sozialismus für das Verschwinden der Grenzen zwischen den Nationen und für Bildung von größern Staaten. Nicht jede Verletzung des Status quo ist Annexion. Das zu glauben, wäre reaktionär und verstieße gegen die Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft. Nicht jede Aufnahme eines Landes durch Kriegsgewalt ist Annexion, denn der Sozialismus kann nicht Kriege, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden, grundsätzlich ablehnen. Unter Annexion verstehen wir bloß die Aufnahme eines Landes gegen den Willen seiner Bewohner. Mit andern Worten: der Begriff der Annexion ist mit dem Begriffe des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen aufs innigste verschmolzen.

Aber in dem gegenwärtigen Kriege, gerade weil es ein imperialistischer Krieg seitens beider kriegführenden Mächtegruppen ist, sehen wir, daß die bürgerlichen und sozial-chauvinistischen Politiker gegen Annexionen auftreten, inwiefern dieselben von einer feindlichen Macht ausgeführt werden. Es ist klar, daß ein solcher „Kampf“ gegen Annexionen, eine solche „Einigkeit“ in der Frage der Annexionen nichts als Heuchelei ist. Es ist klar, daß die französischen Sozialisten, die den Krieg um Elsaß-Lothringen unterstützen, oder die deutschen Sozialisten, die nicht die Freiheit der Abtrennung Elsaß-Lothringens oder Deutsch-Polens von Deutschland verlangen, oder der russischen Sozialisten, die den Krieg, der zur neuen Knechtung Polens durch den Zarismus führt, „Errettung des Vaterlandes“ nennen — daß alle diese Sozialisten tatsächlich Annexionisten sind.

Soll der Kampf gegen Annexionen mehr denn eine hohle Phrase sein, soll er tatsächlich die Massen im Geiste des Internationalismus erziehen, so muß die Frage so gestellt werden, daß dem Volke die Augen geöffnet werden, damit es den Betrug in der Annexionsfrage wahrnimmt, nicht aber so, daß dieser Betrug verschleiert werde. Es genügt nicht, wenn ein Sozialist angibt, für die Gleichberechtigung der Nationen zu sein, und schwört, gegen jede Annexion auftreten zu wollen. Jeder wirkliche Sozialist ist vielmehr verpflichtet, sofort und unbedingt die Freiheit der Abtrennung der Kolonien und Völker zu fordern, welche von seinem eigenen „Vaterlande“ unterdrückt werden.

Bleibt diese Bedingung aus, so ist auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und der Prinzipien des Internationalismus im Zimmerwalder Manifeste im besten Falle totgeborenes Wort.

6. Dem „Friedensprogramm“ der Sozialisten wie auch ihrem Kampf für die Beendigung des Krieges muß eine Enthüllung der Lüge vom „demokratischen Frieden“, von den „friedlichen“ Absichten der kriegführenden Mächte etc. zugrunde liegen, — der Lüge, mit der sich heute demagogische Minister, Sozial-Chauvinisten und Kautskyaner aller Länder an die Massen wenden.



Jedes „Friedensprogramm“ ist Heuchelei, wenn es nicht auf eine Propaganda für die Notwendigkeit der Revolution und auf die Förderung der überall beginnenden revolutionären Gährung im Volke fußt (Proteste, Verbrüderungsanknüpfungen in den Schützengräben, Streiks, Demonstrationen, Briefe der an der Front Kämpfenden an die Verwandten, die aufgefordert werden, nicht für die Kriegsanleihen zu zeichnen etc.).

Die Unterstützung jeder Volksbewegung zugunsten des Kriegsschlusses ist eine Pflicht der Sozialisten. Tatsächlich aber erfüllen diese Pflicht nur jene Sozialisten, die — wie LIEBKNECHT von der Rednertribüne der Parlamente — die Soldaten auffordern, die Waffen zu senken, die Revolution und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus predigen.

Um die Massen in den revolutionären Kampf hineinzuziehen, um ihnen die Notwendigkeit revolutionärer Maßregeln für die Möglichkeit eines „demokratischen Friedens“ beizubringen, muß als Losung aufgestellt werden: Verweigerung der Zahlung der Staatsschulden.

Es ist nicht genügend, wenn das Zimmerwalder Manifest die Revolution andeutet, indem es sagt, daß die Massen für ihre eigene Sache und nicht für eine fremde Opfer bringen müssen. Das Volk muß wissen, wohin und wozu es gehen soll. Es ist augenscheinlich, daß revolutionäre Aktionen während des Krieges den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus umwandeln müssen. Man muß dieses Ziel unzweideutig aussprechen, so schwierig auch das Erreichen des Zieles sein mag, da wir ja am Anfang des Weges stehen. Es ist nicht genügend, mit dem Zimmerwalder Manifest zu sagen, daß die Kapitalisten lügen, wenn sie von einer Verteidigung des Vaterlandes im gegenwärtigen Kriege reden, und daß die Arbeiter in ihrem revolutionären Kampfe nicht mit der militärischen Lage ihres Landes rechnen müssen. Man muß klar aussprechen, was hier nur angedeutet wird: daß nämlich nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Sozial-Chauvinisten die Massen irreführen, wenn sie den Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ in diesem imperialistischen Kriege anwenden. Daß eine revolutionäre Aktion während des Krieges unmöglich ist, ohne der „eigenen“ Regierung mit ihrer Niederlage im Kriege zu drohen; daß jede Niederlage der Regierung in einem reaktionären Kriege die Revolution erleichtert, die allein imstande ist, einen dauerhaften demokratischen Frieden herbeizuschaffen. Es muß endlich den Massen gesagt werden, daß es ohne die Gründung von illegalen Organisationen und einer illegalen, nicht der Zensur unterliegenden Presse unmöglich ist, den beginnenden revolutionären Kampf zu fördern, unmöglich den revolutionären Kampf vorzubereiten.

7. Was die parlamentarische Aktion der Sozialisten betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die Zimmerwalder Konferenz den fünf sozialdemokratischen Deputierten der Duma, die gegenwärtig in Sibirien schmachten, nicht nur ihre Sympathie ausdrückte, sondern sich auch mit ihrer Taktik solidarisch erklärte. Man kann nicht den revolutionären Kampf der Massen anerkennen und sich gleichzeitig mit einer ausschließlich legalen Tätigkeit zufrieden stellen.

Eine solche Taktik führt lediglich zur berechtigten Unzufriedenheit der Massen, zu ihrem Austritt aus der Sozialdemokratie und ihrem Übertreten zum antiparlamentarischen Anarchismus und Syndikalismus.

Man muß klar aussprechen, daß die S. D. Deputierten ihre Stellung ausnützen müssen, nicht nur um im Parlamente aufzutreten, sondern auch um eine allseitige, außerparlamentarische Tätigkeit in Einklang mit den illegalen Organisationen und dem revolutionären Kampf der Arbeiter zu entfalten; daß die Massen selber durch ihre illegalen Organisationen die Tätigkeit ihrer Führer kontrollieren müssen.

8. Die Frage der Einberufung des I. S. B. rollt die prinzipielle Grundfrage auf, ob eine Einigkeit der alten Parteien und der zweiten Internationale möglich sei. Jeder weitere Schritt der internationalen Arbeiterbewegung auf dem Wege, der von Zimmerwald aus angezeigt wurde, zeigt die Inkonsequenz der Position der Mehrheit der Zimmerwalder Konferenz: einerseits wird die Politik der alten Parteien und der zweiten Internationalen mit der bürgerlichen Politik in der Arbeiterbewegung identifiziert, mit einer Politik, die die Interessen der Bourgeoisie und nicht die des Proletariates fördert, andererseits befürchtet die I. S. K. eine Spaltung mit dem I. S. B. und verspricht, offiziell sich aufzulösen, wenn das I. S. B. wieder einberufen werden sollte. Wir stellen fest, daß über ein solches Versprechen in Zimmerwald nicht nur nicht abgestimmt wurde, sondern daß es überhaupt nicht zur Sprache kam.

Das halbe Jahr, das nach der Zimmerwalder Konferenz verfloß, hat bewiesen, daß die Tätigkeit im Geiste der Zimmerwalder Konferenz — wir sprechen nicht von leeren Worten, sondern eben von einer Tätigkeit — in allen Ländern tatsächlich verknüpft ist mit einer Vertiefung und Erweiterung der Spaltung. In Deutschland werden illegale Proklamationen gegen den Beschluß der offiziellen Partei herausgegeben. Als OTTO RÜHLE, der nächste Genosse LIEBKNECHTS, offen erklärte, daß es zwei Parteien gibt, eine, welche die Bourgeoisie unterstützt, und eine andere, welche mit der Bourgeoisie kämpft, so haben zwar viele, darunter KAUTSKY, RÜHLE gerügt, aber es hat ihn niemand widerlegt. In Frankreich schlägt der Sozialist BOURDERON, ein ausgesprochener Gegner der Spaltung, seiner Partei eine Resolution vor, die, wenn angenommen, unbedingt eine Spaltung zur Folge hätte, nämlich: den Parteivorstand und die Parlamentsfraktion zu desavouieren („desapprouver la Comm. Adm. Perm. et le Gr. Parl.“). In England erkennt das Mitglied der I. L. P., T. RUSSEL WILLIAMS, in der gemäßigten Zeitung „Labour Leader“ offen die Unvermeidlichkeit der Spaltung an, und er wird in Briefen dortiger Arbeiter unterstützt. Vielleicht aber ist das Beispiel Amerikas noch lehrreicher, denn sogar dort, im neutralen Lande, zeigen sich zwei unversöhnbar feindliche Richtungen innerhalb der sozialistischen Partei: einerseits Anhänger der sogenannten „preparadness“, d. h. des Krieges, des Militarismus und des Marinismus, andererseits predigen solche Sozialisten, wie EUG. DEBS, offen den Bürgerkrieg für den Sozialismus, und zwar im Zusammenhang mit dem kommenden Krieg.

In der ganzen Welt ist die Spaltung tatsächlich schon da, es bestehen

zwei unversöhnbare Stellungnahmen der Arbeiterklasse zum Krieg. Die Augen einfach zu schließen geht nicht an, das könnte nur zur Verwirrung der Arbeitermassen führen, zur Verdunkelung ihres Bewußtseins, zur Erschwerung jenes revolutionären Kampfes, mit dem alle Zimmerwaldisten offiziell sympathisieren, und zur Stärkung des Einflusses jener Führer, die von der I. S. K. im Rundschreiben vom 10. II. 16 beschuldigt werden, die Massen irrezuführen und eine Verschwörung („Pakt“) gegenüber dem Sozialismus vorzubereiten.

Das bankerott gegangene I. S. B. wiederherzustellen, möge den Sozial-Chauvinisten aller Länder vergönnt bleiben. Den Sozialisten aber liegt die Aufgabe ob, die Massen aufzuklären über die Unvermeidlichkeit der Trennung von denjenigen, die eine Politik der Bourgeoisie unter der Fahne des Sozialismus treiben.

\*                      \*

Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme der nachfolgenden

### Resolution zu der Friedensfrage:<sup>1)</sup>

#### I.

1. Die moderne Entwicklung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse erzeugte die imperialistischen Gegensätze. Ihr Ergebnis ist der gegenwärtige Weltkrieg, für dessen Interessen die ungelösten nationalen Fragen, die dynastischen Bestrebungen und alle historischen Überbleibsel des Feudalismus ausgenützt werden. Das Ziel dieses Krieges ist die Neueinteilung des bisherigen Kolonialbesitzes, die Unterwerfung wirtschaftlich rückständiger Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals.

2. Der Krieg hebt weder die kapitalistische Wirtschaft noch ihre imperialistische Form auf. Er vermag daher auch die Ursachen künftiger Kriege nicht zu beseitigen. Er stärkt das Finanzkapital, läßt die alten nationalen und Weltmachts-Probleme ungelöst, verwirrt sie und schafft neue Gegensätze. Dadurch entsteht eine Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, werden neue Rüstungen hervorgerufen und die Gefahr weiterer kriegerischer Verwicklungen heraufbeschworen.

3. Wenn daher die Regierungen, ihre bürgerlichen und sozialpatriotischen Agenten behaupten, der Krieg habe die Schaffung eines dauerhaften Friedens zum Zwecke, so sagen sie die Unwahrheit oder sie ignorieren die Bedingungen für die Verwirklichung eines solchen Zieles. Die Annexionen, die wirtschaftlichen und politischen Bündnisse der imperialistischen Staaten können, sowenig wie die obligatorischen Schiedsgerichte, Einschränkung der Rüstungen, die sogenannte Demokratisierung der auswärtigen Politik usw. auf dem Boden des Kapitalismus den dauerhaften Frieden herbeiführen.

4. Die Annexionen, das heißt die gewalttätige Angliederung fremder Nationen, schüren den Völkerhaß und vermehren die Reibungsflächen zwischen den Staaten. Die politischen Allianzen und wirtschaftlichen Bündnisse

1) Bulletin Nr. 5, vom 10. VII. 1916. S. 3 f.

der imperialistischen Mächte sind ein direktes Mittel zur Erweiterung des Wirtschaftskrieges, der neue Weltkonflikte bewirkt.

5. Die Pläne, durch die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, durch obligatorische Schiedsgerichte die Kriegsgefahr aufzuheben, sind eine Utopie. Sie setzen ein allgemein anerkanntes Recht voraus, eine materielle Macht, die über den gegensätzlichen Interessen der Staaten steht. Ein solches Recht, eine solche Macht fehlen und der Kapitalismus, der die Tendenz hat, die Gegensätze zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Länder oder ihren Koalitionen zu verschärfen, läßt sie nicht aufkommen. Die demokratische Kontrolle über die auswärtige Politik hat eine vollkommene Demokratisierung des Staates zur Voraussetzung. Diese Kontrolle kann nur eine Waffe des Proletariats im Kampfe gegen den Imperialismus, in keiner Weise aber ein Mittel zur Umgestaltung der Diplomatie in ein Instrument des Friedens sein.

6. Aus diesen Erwägungen muß die Arbeiterklasse die utopischen Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnen. Die Pazifisten wecken an Stelle alter Illusionen neue und versuchen, das Proletariat in den Dienst dieser Illusionen zu stellen, die letzten Endes nur der Irreführung der Massen, der Ablenkung vom revolutionären Klassenkampf dienen und das Spiel der Durchhaltepolitik im Kriege begünstigen.

## II.

7. Gibt es auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft keine Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden herzustellen, so werden dessen Voraussetzungen durch den Sozialismus geschaffen. Der Sozialismus, der das kapitalistische Privateigentum aufhebt, beseitigt mit der Ausbeutung der Volksmassen durch die besitzenden Klassen und mit der nationalen Unterdrückung zugleich die Kriegsursachen. Der Kampf für den dauerhaften Frieden kann daher nur im Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus bestehen.

8. Jede Aktion der Arbeiter, die den Klassenkampf preisgibt, die proletarischen Ziele denen der bürgerlichen Klassen und ihrer Regierungen unterordnet und sich mit der nationalen Ausbeuterklasse solidarisiert, arbeitet den Bedingungen eines dauerhaften Friedens entgegen. Eine solche Aktion traut den kapitalistischen Klassen und den bürgerlichen Regierungen eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen können; sie liefert überdies die besten Kräfte der Arbeiterklasse nutzlos an die Schlachtbank. Der kräftigste und fähigste Teil des Proletariats, der während des Krieges sowohl als zur Zeit des Friedens in erster Linie berufen wäre, den Kampf für den Sozialismus zu führen, wird so dem Untergang und der Vernichtung geweiht.

## III.

9. Wie es schon durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel ausgesprochen wurde, kann die Stellung des Proletariats zum Kriege nicht von der gegebenen militärischen und strategischen Lage abhängig sein. Es ist daher ein Lebensgebot des Proletariats, den Ruf nach sofortigem Waffenstillstand und unverzüglicher Einleitung von Friedensverhandlungen zu erheben.

10. Nur in dem Maße als dieser Ruf in den Reihen des internationalen Proletariats Gehör findet und zu tatkräftigen Aktionen mit dem Ziel der Niederwerfung der kapitalistischen Klassenherrschaft führt, wird es der Arbeiterklasse gelingen, das Ende des Krieges zu beschleunigen und Einfluß auf den Inhalt des kommenden Friedens zu gewinnen. Jede andere Stellungnahme überläßt die Festsetzung der Friedensbedingungen dem Machtspruch der Regierungen, der Diplomatie und der herrschenden Klassen.

11. Im revolutionären Massenkampf für die Ziele des Sozialismus und damit für die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Militarismus und des Krieges, muß sich das Proletariat gegen alle Annexionsgelüste der Kriegführenden wenden. Ebenso hat es alle unter der falschen Flagge der Befreiung unterdrückter Völker auftretenden Versuche zur Schaffung angeblich unabhängiger, in Wirklichkeit nicht lebensfähiger Staaten abzulehnen. Das Proletariat führt seinen Kampf gegen Annexionen nicht deshalb, weil es die Weltkarte, wie sie vor dem Kriege bestand, als den Interessen der Völker entsprechend und daher als unabänderlich betrachtete. Der Sozialismus selbst strebt nach der Aufhebung jeglicher nationaler Unterdrückung durch die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker auf demokratischer Grundlage, die im Rahmen kapitalistischer Staatsgrenzen nicht verwirklicht werden kann. Die Erreichung dieses Zieles erschweren aber gerade die Annexionen, in welcher Form immer sie auftreten, weil die gewalttätige Zerstückelung der Nationen, ihre willkürliche Aufteilung und Einverleibung in fremde Staaten die Bedingung des proletarischen Klassenkampfes verschlechtern.

12. Solange der Sozialismus die Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker nicht verwirklicht hat, ist es die dauernde Pflicht des Proletariats, sich durch den Klassenkampf energisch gegen jede nationale Unterdrückung zu wehren, jeder Vergewaltigung der schwächeren Nationen sich zu widersetzen, den Schutz der nationalen Minderheiten und die Autonomie der Völker auf dem Boden der vollen Demokratie zu fordern.

13. Ebenso unvereinbar wie die Annexionen ist mit den Interessen des Proletariats die Forderung von Kriegsentschädigungen zugunsten imperialistischer Mächte. Wie die herrschenden Klassen die Kosten der Kriegführung in jedem Lande auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen suchen, so würden auch die Kosten der Kriegsentschädigungen letzten Endes von den arbeitenden Klassen des betreffenden Landes getragen werden müssen. Diese Überwälzung schädigt gleichzeitig die Arbeiterklasse des siegreichen Landes, indem die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Klassen des einen Landes auf die des andern zurückwirkt und so die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes erschwert. Nicht Überwälzung der ökonomischen Folgen des Krieges von einem Volke auf das andere, sondern ihre allgemeine Abwälzung auf die Besitzenden durch die Annullierung der durch den Krieg entstandenen Staatsschulden.

14. Der aus allen Nöten der Völkerschlächtereie entstehende Kampf gegen den Krieg, gegen den Imperialismus wird in Zukunft mit vermehrter Kraft aus allen den Folgen erwachsen, mit denen die imperialistische Aera die

Volksmassen geißelt. Die Internationale wird die Massenbewegungen gegen die Teuerung, Arbeitslosigkeit, für die Agrarforderungen der ländlichen Arbeiterklassen, gegen die neuen Steuern und die politische Reaktion erweitern und vertiefen, bis diese Bewegungen sich in einem allgemeinen internationalen Kampf um den Sozialismus vereinigen.

\*                      \*

Ebense einhellig wurde eine Resolution angenommen über  
Das I. S. B. und der Krieg<sup>1)</sup>.

I.

„In Erwägung, daß das Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus (I. S. B.) in der Erfüllung der ihm durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse klar und deutlich vorgeschriebenen Pflichten vollständig versagt hat, indem es, trotz mehrfachen Verlangen verschiedener nationaler Sektionen, die Einberufung der Plenarsitzungen hartnäckig verweigerte;

daß auf diese Weise das Exekutivkomitee nicht nur nichts unternommen hat, um die tiefe Krise zu überwinden, die der Krieg über die Internationale heraufbeschwor, sondern sie im Gegenteil verschärfte, indem es sich zum Mitschuldigen an der Politik der Prinzipienverleugnung, der sogenannten Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens machte, dieser Politik, welche die Arbeiterklasse in einen Zustand schmählicher Ohnmacht versetzte;

daß diese Mitschuld ihren prägnantesten Ausdruck in der Tatsache gefunden hat, daß der Präsident des Exekutivkomitees die Stellung des Ministers eines im Kriege stehenden Staates und des Präsidenten des I. S. B. glaubte vereinigen zu können, um so das zentrale Organ der Arbeiterinternationale zu der unwürdigen Rolle eines servilen Werkzeuges und einer Geißel in den Händen einer der imperialistischen Koalitionen zu erniedrigen;

in weiterer Erwägung, daß erst nach zwanzig Monaten des Krieges und angesichts der wachsenden Entrüstung der Massen, die sich von dem Alpdruck des Chauvinismus befreien, das Exekutivkomitee die Frage der Einberufung des Bureaus geprüft hat;

daß dieses Bestreben mit der zum voraus gegebenen Anerkennung des brudermordenden Krieges begleitet war, deren Rechtfertigung in der sogenannten nationalen Verteidigung gesucht wurde;

daß das Exekutivkomitee, in demselben Augenblick, wo es denen, die das sozialistische Banner verleugnet haben, die Absolution erteilte, alle Anstrengungen macht, die revolutionären Elemente der Internationale zu bekämpfen, die sich über dem blutigen Durcheinander wiedergefunden haben und sich zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg die Bruderhand reichten;

daß auf diese Weise der Versuch zur Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den nationalen Sektionen den Charakter eines Sonderfriedens zwischen den Sozialpatrioten erhält;

1) Ebenda, S. 4.

daß infolge der allen sozialistischen Grundsätzen widersprechenden Beziehungen, die durch den Krieg zwischen den Regierungen und den sozialpatriotischen Führern in den meisten Ländern geschaffen wurden, zu befürchten wäre, daß das Exekutivkomitee das I. S. B. unter Umständen in einem Augenblick einberufen würde, der den politischen Interessen einer oder der beiden Mächtekoalitionen entspreche,

empfiehlt die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz den der Internationalen sozialistischen Kommission (I. S. K.) zu Bern angeschlossenen Organisationen die Handlungen des Exekutivkomitees des I. S. B. mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Konferenz ist der tiefen Überzeugung, daß die Internationale nur in dem Maße als wirkliche politische Macht aus dem Zusammenbruch neu entstehen wird, als das Proletariat sich von den imperialistischen und chauvinistischen Einflüssen freimachen und den Weg des Klassenkampfes und der Aktion der Massen wieder betreten wird.

Für den Fall, daß die Plenarsitzung des Bureaus zustandekommt, sollen die Delegierten der auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz stehenden Parteien und Organisationen durch ihre Teilnahme den besonderen Zweck verfolgen, die tatsächlichen Absichten des nationalistischen Sozialismus, der die Arbeiterklasse von ihren Zielen ablenken wollte, zu entschleiern und diesem koalitierten Täuschungsversuch rücksichtslos und ohne jede Einschränkung die fundamentalen Prinzipien entgegenzusetzen, auf deren Grundlage sich die internationalistische Opposition in allen Ländern konstituiert hat.

## II.

Sollte das Exekutivkomitee des I. S. B. die Einberufung des Bureaus beschließen, so hat die I. S. K. womöglich die erweiterte Kommission einzuberufen, um die Frage des gemeinsamen Vorgehens der auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Vertreter zu besprechen.

## III.

Die Konferenz anerkennt das Recht der der I. S. K. angeschlossenen nationalen Sektionen, von sich aus die Einberufung des I. S. B. zu verlangen“.

\* \* \*

Ferner beschloß die Konferenz die Erlassung des nachstehenden Manifests.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Zwei Jahre Weltkrieg! Zwei Jahre der Verwüstung! Zwei Jahre der Blutopfer und des Wütens der Reaktion!

Wer trägt die Verantwortung? Wer steht hinter denen, welche die Brandfackel ins Pulverfaß warfen? Wer hat den Krieg seit langem gewollt und vorbereitet?

Es sind die herrschenden Klassen!

Als wir Sozialisten aus kriegführenden und neutralen Ländern im Sep-

tember 1915 uns über den blutigen Wirrwarr hinweg die Hände reichten und uns in Zimmerwald mitten in den entfesselten Kriegsleidenschaften vereinigten, sagten wir in unserm Manifest:

„Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche — sie alle tragen das volle Gewicht der Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.“

„Jede Nation“, so sprach JAURÈS einige Tage vor seinem Tode, „ist mit brennender Fackel durch die Straßen Europas geeilt.“

\* \* \*

Nachdem Millionen Männer ins Grab gesunken, Millionen Familien in Trauer versetzt, Millionen zu Witwen und Waisen gemacht worden sind, nachdem Ruinen auf Ruinen gehäuft und unersetzliche Kulturwerke zerstört wurden, ist dieser Krieg in eine Sackgasse geraten.

Trotz der Hekatomben von Opfern auf allen Fronten keine entscheidenden Resultate! Um diese Fronten auch nur zu erschüttern, müßten die Regierungen neue Millionen Männer opfern.

Keine Sieger, keine Besiegten, oder vielmehr alles Besiegte, das heißt: alle verblutend, alle ruiniert, alle erschöpft, das wird die Bilanz dieses greuelreichen Krieges sein. Die herrschenden Klassen können so feststellen, daß ihre phantastischen Träume von der imperialistischen Weltherrschaft nicht in Erfüllung gegangen sind.

Es hat sich von neuem gezeigt, daß einzig jene Sozialisten den Interessen ihrer Völker gedient haben, die trotz der Verfolgungen und Verleumdungen dem nationalistischen Wahn entgegengetreten sind und einen sofortigen Frieden ohne Annexionen gefordert haben.

Vereinigt euch deshalb mit uns in dem Feldgeschrei: Nieder mit dem Kriege! Es lebe der Frieden!

Arbeiter in Stadt und Land!

Die Regierungen, die imperialistischen Cliquen und ihre Presse, sagen euch, man müsse durchhalten, um die unterdrückten Nationen zu befreien. Von allen Mitteln der Irreführung, die in diesem Kriege angewendet werden, ist dies das größte. Das wirkliche Ziel dieser allgemeinen Schlächtereier ist für die einen die Sicherung dessen, was sie in Jahrhunderten zusammengerafft, in vielen Kriegen erobert haben; die andern wollen die Welt von neuem teilen, um ihren Besitz zu vergrößern; sie wollen neue Gebiete annektieren, Völker zerschneiden und zerreißen, sie zu gewöhnlichen Knechten und Heloten erniedrigen.

Eure Regierungen und ihre Presse sagen euch, daß man den Krieg fortsetzen müsse, um den Militarismus zu vernichten.

Laßt euch nicht täuschen! Der Militarismus einer Nation kann nur



durch sie selbst vernichtet werden, und in allen Ländern gilt es, ihn niederzuringen.

Eure Regierungen und ihre Presse sagen euch weiter, daß man den Krieg verlängern müsse, damit es der letzte sei.

Auch das ist eine Täuschung. Niemals hat der Krieg den Krieg getötet. Im Gegenteil. Er weckt Revanchegelüste, denn Gewalt gebiert Gewalt.

So werden eure Peiniger nach jedem Opfer neue von euch fordern und aus diesem infernalischen Ring führt auch der Weg der bürgerlichen Friedensschwärmer nicht heraus.

Nur ein wirksames Mittel gibt es, um Kriege in der Zukunft zu verhindern: die Eroberung der politischen Macht und die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums durch die arbeitenden Klassen.

Der dauerhafte Friede wird erst die Frucht des siegreichen Sozialismus sein.

Proletarier! Wer sind die, die euch die „Durchhaltepolitik“ bis zum „Sieg“ predigen?

Es sind die verantwortlichen Urheber des Krieges, die feile Presse, die Kriegslieferanten und alle Nutznießer des Krieges; es sind die Sozialpatrioten, die Nachbeter bürgerlicher Kriegslosungen; die Reaktionäre sind es, die sich insgeheim darüber freuen, daß auf den Schlachtfeldern jene fallen, welche gestern noch die Vorrechte der Herrschenden bedrohten: die Sozialisten, die Gewerkschaftler, alle, die den Samen des Sozialismus in Stadt und Land austreuten.

Das ist die Partei der Durchhaltepolitiker!

Sie verfügen über die Regierungsgewalt, sie beherrschen die lügnerische Presse, die das Volk vergiftet, sie haben die Freiheit der Agitation zugunsten der Fortsetzung des Krieges, der Häufung der Blutopfer und der Verwüstung.

Ihr aber seid die Opfer; ihr habt nur das Recht zu hungern und zu schweigen und dazu die Ketten des Belagerungszustandes, die Fesseln der Zensur, die dumpfe Luft des Kerkers.

\* \* \*

Ihr, das Volk, die arbeitenden Massen, werdet das Opfer des Krieges, der nicht euer Krieg ist.

In den Schützengraben, in den vordersten Reihen steht ihr, Arbeitende aus Stadt und Land. Hinter der Front aber seht ihr viele der Reichen und ihre Helfershelfer, die Drückeberger in Sicherheit.

Für sie bedeutet der Krieg den Tod der andern!

Und während sie ihren Klassenkampf noch schärfer gegen euch führen als je zuvor, predigen sie euch den Burgfrieden. Während sie euer Elend, eure Not schonungslos ausbeuten, suchen sie euch zum Verrat an der Pflicht gegen eure Klasse zu bewegen und euch eure beste Kraft, die Hoffnungen auf den Sozialismus aus dem Herzen zu reißen.

Noch deutlicher als im Frieden zeigen sich im Kriege die soziale Ungerechtigkeit und die Klassenherrschaft.

Im Frieden raubt das kapitalistische System dem Arbeiter die Lebensfreude, im Kriege raubt es ihm alles, das Leben selbst.

Genug des Mordens! Genug des Leidens!

\* \* \*

Genug der Verheerung nicht minder!

Denn auf euch, ihr Arbeitenden, fallen heute und in Zukunft diese jetzt aufgetürmten Ruinen.

Hunderte von Milliarden werden heute dem Kriegsgott in den Rachen geworfen und sind so für die Wohlfahrt des Volkes, für die Kulturziele und für die Zwecke der sozialen Reformen verloren, die euer Los erleichtern, die Volksbildung fördern, und das Elend mildern könnten.

Und morgen werden neue schwere Steuern auf eure gedrückten Schultern fallen.

Ein Ende darum der Vergeudung eurer Arbeit, eures Geldes, eurer Lebenskraft! Auf zum Kampfe für den sofortigen Frieden ohne Annexionen.

\* \* \*

In allen kriegführenden Ländern sollen sich die Frauen und Männer der Arbeit gegen den Krieg und seine Folgen, gegen das Elend und die Entbehrung, gegen die Arbeitslosigkeit und die Teuerung wenden. Mögen sie ihre Stimme erheben, für die Wiederherstellung der ihnen entrissenen bürgerlichen Freiheiten, für die soziale Gesetzgebung, für die Forderungen der arbeitenden Klassen in Stadt und Land.

Mögen die Proletarier der neutralen Länder den Sozialisten in den kriegführenden Staaten in ihrem schweren Kampfe beistehen und sich mit aller Kraft der weiteren Ausbreitung des Krieges widersetzen.

Mögen die Sozialisten aller Länder gemäß den Beschlüssen der internationalen Kongresse handeln, wonach es die Pflicht der Arbeiterklasse ist, alle Anstrengungen zu machen, um ein rasches Ende des Krieges herbeizuführen.

Übt auf eure Abgeordneten, auf eure Parlamente, auf eure Regierungen den stärksten Druck aus.

Fordert die sofortige Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen durch die Vertreter der sozialistischen Parteien. Verlangt von den sozialistischen Parlamentariern, daß sie von nun an gegen alle Kriegskredite stimmen.

Wirkt mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln für die rasche Beendigung der Menschenschlächtere!

Sofortige Waffenruhe, das sei eure Losung! Auf zum Kampfe, ihr Völker, die man ruiniert und tötet!

Mut! Denkt daran, daß ihr die Mehrzahl seid und wenn ihr es wollt, die Macht sein könnt.

Die Regierungen sollen es wissen, daß in allen Ländern der Haß gegen den Krieg und der Wille zur sozialen Vergeltung wächst und dann wird die Stunde des Völkerfriedens herannahen.

Nieder mit dem Kriege!

Es lebe der Frieden, der sofortige Frieden, ohne Annexionen!

Es lebe der internationale Sozialismus!

1. Mai 1916.

Die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz.

\* \* \*

Außerdem überwies die Konferenz der I.S.K. noch die Redaktion und Versendung einer

### Sympathiekundgebung<sup>1)</sup>.

Die zweite Internationale sozialistische Konferenz entbietet all den treuen, mutigen Vorkämpfern, die inmitten der blutigen Weltkatastrophe die Fahne des Sozialismus hochhalten und trotz des Burgfriedens und der Versöhnungstheorien im Kampfe gegen den Kapitalismus keinen Waffenstillstand anerkennen, die tiefste Sympathie und ihren Gruß der Solidarität.

Indem die Konferenz alle diese tapfern Kämpfer für Freiheit, Recht und Frieden begrüßt, gibt sie gleichzeitig ihrer lodernden Entrüstung und ihrem lebhaften Protest Ausdruck gegen die reaktionären Maßnahmen und unerhörten Verfolgungen, deren Opfer unsere Genossen in Deutschland wie in Rußland, in England wie in Frankreich, ja selbst in dem neutralen Schweden sind.

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder einerseits auf das rücksichtslose Wüten der Reaktion, das mit der Legende des „Befreiungskrieges“ in so krassem Widerspruche steht, und macht andererseits auf das vorbildliche, begeisternde Auftreten der revolutionären Sozialdemokraten aufmerksam, die den Kampf ebenso nachdrücklich gegen den Sozialpatriotismus, seine verwirrenden Lehren und deren heuchlerische Vertreter wie gegen die Politik ihrer Regierungen führen,

begrüßt die aus der Haft entlassenen Vertreterinnen der sozialistischen Frauen in Deutschland und Frankreich, deren Einkerkung ihren Einfluß auf die Massen nur erhöht hat,

erhebt entschiedenen Einspruch gegen die Judenverfolgungen durch die russische Regierung und ihre Helfershelfer, die „liberale“ Bourgeoisie, die nach dem bewährten System sich bemüht, die Juden für die Unzufriedenheit der Bevölkerung wie für die militärischen Niederlagen büßen zu lassen und

fordert alle Parteien, Organisationen und Minderheiten, die der Zimmerwalder Aktion angeschlossen sind, auf, dem Beispiele der verfolgten Genossen und Genossinnen folgend, den Geist der Unzufriedenheit und des Protestes in den Massen zu schüren, sie im Sinne der internationalen revolutionären Sozialdemokratie aufzuklären, damit die einzelnen Funken und Leuchtfeuer der Empörung zu einer mächtigen Flamme des gemeinsamen, tatkräftigen Massenprotestes auflohen und das internationale Proletariat seiner historischen Mission gemäß seine völkerbefreiende Aufgabe, den Sturz des Kapitalismus beschleunige.

\* \* \*

1) Ebenda S. 8.

Der Kientaler Konferenz folgte am 2. Mai 1916 eine Sitzung der — durch je 1 Vertreter der an der Konferenz beteiligt gewesenen Parteien und Organisationen — erweiterten I.S.K., die sich mit der Frage der parlamentarischen Aktion beschäftigte, ferner die vom I.S.B. für den 26. Juni 1916 in Aussicht genommenen Einberufung einer Konferenz der Neutralen nach dem Haag erörterte. Beschlossen wurde, im Hinblick auf die Kientaler Resolution über das I.S.B. folgendes

Rundschreiben an die der I.S.K. angeschlossenen  
Parteien der neutralen Länder<sup>1)</sup>.

Parteigenossen! In seinem Aufruf vom 1. Mai 1916 richtet das I. S. B. im Haag an die sozialistischen Parteien die Aufforderung, „ohne Säumen alle die politischen Fragen zu untersuchen, die nach ihrer Meinung eine Lösung in den Friedensbestimmungen verlangen“. Zum Zwecke einer vorläufigen Untersuchung dieser Fragen, teilt das I. S. B. weiter mit, seien die sozialistischen und Arbeiterparteien der neutralen Länder zu einer Vorkonferenz auf den 26. Juni nach dem Haag eingeladen worden.

Gemäß einem Beschluß der zweiten Zimmerwalder Konferenz hat die erweiterte I. S. K. die Stellungnahme der ihr angeschlossenen Parteien zu dieser Vorkonferenz beraten. Dabei sind zwei Auffassungen zutage getreten. Die eine Richtung ging dahin, es sei den Parteien der neutralen Länder die Beteiligung an der Konferenz direkt zu empfehlen und eine entsprechende Aufforderung an sie zu richten. Andere wollten die Entscheidung den Parteien selbst überlassen. Die erste Meinung ging von der Erwägung aus, daß es nützlich sei, keine Gelegenheit vorbeigehen zu lassen, um die Ursachen des Versagens des I. S. B. vor der ganzen Arbeiterklasse festzustellen und den Plänen der Sozialpatrioten entgegenzutreten. Die andere Richtung neigte mehr der Auffassung zu, daß bei einer solchen Aussprache doch nichts herauskomme und die ganze Veranstaltung nur dazu dienen könne, Verwirrung zu schaffen und die Arbeiterschaft von ihren eigentlichen Zielen abzulenken.

Ein Beschluß kam nicht zustande; es soll also den einzelnen Parteien überlassen bleiben, ob sie jemand nach dem Haag schicken wollen oder nicht. Dagegen waren alle Mitglieder der erweiterten I. S. K. darin einig, daß, wenn Delegierte der uns angeschlossenen Parteien an der Konferenz im Haag teilnehmen, es ihre Pflicht sei, gemäß den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenzen zu handeln. Wir legen ihnen diese Beschlüsse im Originaltext hier bei. Der eine betrifft das Verhalten des I. S. B. selbst, der andere bezieht sich auf die Friedensfragen, die ja im Haag nun besprochen werden sollen. Auf alle Fälle sollte darauf gedrungen werden, daß in der Besprechung der Friedensfragen der Standpunkt der Zimmerwalder Aktion gewahrt wird, even-

1) Ebenda S. 8.

tuell in Form eines besonderen Minderheitsantrages, der später zu veröffentlichten wäre und für die Propaganda unserer Anschauung wertvolle Dienste leisten könnte.

\* \* \*

Eine Reihe von Verfolgungen in Schweden, Deutschland und Rumänien gegen Wortführer im Kampf gegen den Krieg veranlaßte schließlich die I.S.K. zu folgenden zwei Kundgebungen <sup>1)</sup>:

a) Parteigenossen! Gewerkschaftler! Seit Monaten führen die der Zimmerwalder Aktion angeschlossenen Arbeiterorganisationen Schwedens einen mutigen, unerschrockenen Kampf gegen die Kriegshetzer ihres Landes. Schlag auf Schlag entlarvten unsere Genossen die volksfeindlichen Pläne der „Aktivisten“. In zahlreichen Versammlungen wie in der Presse brandmarkten sie die unter der Maske der Landesverteidigung auftretenden Rüstungsversuche. Ein vom Jugendverband einberufener Kongreß, auf dem 40000 Arbeiter vertreten waren, sanktionierte die Friedensarbeit unserer Genossen durch einen flammenden Kampfruf gegen den Krieg und forderte zur Abwehr der Kriegsgefahr die Vorbereitung eines umfassenden Massestreiks.

Die schwedische Regierung antwortete mit einem Hochverratsprozeß. Weil sie das Volk zum Frieden um jeden Preis aufriefen, wurden drei Wortführer unserer Bewegung, die Genossen HÖGLUND, HEDÉN und OLJELUND, vor den Richter geschleppt. Weil HÖGLUND als Abgeordneter eine ehrliche, aufrichtige und unzweideutige Neutralitätspolitik forderte, hat man ihn seiner Immunität als Parlamentarier verlustig erklärt und so die elementarsten Verfassungsrechte mit Füßen getreten. Weil sie die Entscheidung über die Kriegs- und Friedensfrage in die Hände des Volkes legen wollten, wurden die drei Angeklagten zu „Landesverrättern“ gestempelt und zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt.

Dieses Vorgehen ist unerhört, eines zivilisierten Staates unwürdig, aber es entspricht den Interessen aller herrschenden Klassen, die ihre verbrecherische Kriegspolitik um so ungestörter pflegen können, je weniger sie sich an die demokratische Kontrolle und an das Entscheidungsrecht des Volkes zu halten haben. Das war auch der Zweck des schwedischen Hochverratsprozesses, dessen politischer Hintergrund unschwer zu erkennen ist. Die drei Genossen mußten verurteilt werden, weil man in ihnen die mächtige Friedensbewegung der internationalistisch gesinnten Arbeiterschaft Schwedens zu treffen hoffte.

Parteigenossen! Dieser Plan wird an der Wachsamkeit, am Opfermut, an der revolutionären Gesinnung unserer schwedischen Freunde scheitern. Bereits sind andere an die Stelle der eingekerkerten Genossen getreten, und ihr bis jetzt wöchentlich erscheinendes Preßorgan konnte in ein Tagblatt umgewandelt werden. Nun gilt es, die schwedischen Genossen in ihren Bemühungen für die Erhaltung des Friedens tatkräftig zu unterstützen und

1) Ebenda S. 9.

gleichzeitig lauten Protest gegen die brutalen Verfolgungen, gegen den Tendenzprozeß zu erheben.

Der Kampf unserer schwedischen Brüder ist ein Teil unseres allgemeinen, internationalen Kampfes, ihre Ziele keine ändern, als die in den Beschlüssen der Internationale umschriebenen und im Manifest von Zimmerwald bestätigten. Wir fordern daher alle der I. S. K. angeschlossenen Organisationen auf, in der Presse, in privaten und öffentlichen Versammlungen zu den Ereignissen in Schweden Stellung zu nehmen, die gesamte Kulturwelt auf die schmachvollen Verfolgungen hinzuweisen und den schwedischen Arbeitern, die bereit sind, ihr Herzblut im Kampfe für den Frieden und für die proletarischen Ziele hinzugeben, die unverbrüchliche Solidarität der Sozialisten aller Länder zu bekunden.

Es lebe die internationale Solidarität!

Bern, im Mai 1916.

Die internationale sozialistische Kommission.

b) Proletarier! Ein Pesthauch der Reaktion durchzieht Europa. Kaum ist das Schreckensurteil in dem gegen drei der sozialistischen Vorkämpfer Schwedens angestregten Hochverratsprozeß zum zweiten Male sanktioniert worden und schon sind die Schergen der herrschenden Klassen daran, an den Vertretern des internationalen Sozialismus neue Justizmorde zu verüben.

Am 28. Juni ist KARL LIEBKNECHT von den Handlangern des deutschen Imperialismus auf zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus geschickt worden. Einer der mutigsten, unerschrockensten Verfechter der sozialistischen Ideen, einer der unbeugsamsten Kämpfer der Internationalen mußte mundtot gemacht werden, weil die herrschenden Klassen die von ihm mit Flammenzeichen verkündete Wahrheit über den Krieg und seine Zusammenhänge nicht länger ertragen konnten.

In Rumänien hat die Bourgeoisie den Schrei der hungernden Volksmassen nach Brot mit einem furchtbaren Blutbad beantwortet. Da die Regierung den Krieg nicht an der Seite einer der imperialistischen Mächtekoalitionen führen konnte, entfesselt sie ihn gegen das eigene Volk. RACOVSKY, einer der rührigsten Mitarbeiter an dem Werk der Wiederherstellung der internationalen proletarischen Aktion, der unermüdete, erfolgreiche Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung Rumäniens, ist mit vielen andern Parteigenossen verhaftet worden.

Was ist der Sinn aller dieser Ereignisse? Wer für die Interessen der arbeitenden Klassen eintritt, wer Leben und Gesundheit der Menschen gegen den heutigetierigen Kapitalismus und Imperialismus verteidigen will und in diesem Kampfe seinen ganzen Mann stellt, der muß ins Zuchthaus! Die Wahrheit soll erwürgt werden, die Völker sollen nicht wissen, daß sie nicht nur Kanonenfutter sind, sondern ein verbrieftes Recht haben, ihr Leben zu schützen.

Parteigenossen! Bereits haben die Arbeiter der Länder, in denen diese reaktionären Ereignisse sich abspielten, Verwahrung und Protest dagegen eingelegt. In Deutschland, in Schweden wie in Rumänien ist der Protest gegen

die Attentate auf die Wortführer der Arbeiterbewegung in der Form spontan entstandener Demonstrationen und Massenstreiks aus dem arbeitenden Volke selbst herausgewachsen. Die Massen haben begriffen, um was es geht; sie wissen, daß durch die Verhaftungen und die Gewalturteile ihre Bewegung selbst getroffen werden soll.

Diese Bewegung aber ist eure Bewegung in jedem einzelnen Lande. Die herrschende Reaktion im einen Lande richtet sich gegen die internationale Arbeiterbewegung im allgemeinen. Darum wollen und dürfen wir diesen Anschlägen nicht tatenlos gegenüberstehn. Nur eine Phalanx gibt es heute noch: die des internationalen sozialistischen Proletariats gegen die Welt der kapitalistischen Ausbeuter und imperialistischen Kriegsschürer, die trotz der nationalen Gegensätze und Widersprüche geeinigt dasteht im Kampfe gegen die Arbeiterklasse und ihre Menschheitsforderungen.

Heraus darum, zum Protest! Vorwärts zum Kampfe, durch den allein die Internationale der Tat und der Kraft geschaffen wird!

Bern, 1. Juli 1916.

Die internationale sozialistische Kommission.

\* \* \*

Während der Krieg, scheinbar endlos, weiter ging, und zugleich die Repression gegen die erstarkende Antikriegsbewegung der Massen in den einzelnen Ländern immer schärfere Formen annahm, veröffentlichte die I.S.K. zu Bern am 6. Januar 1917 folgenden Aufruf:

An die Arbeiterklasse!

Der dritte Winterfeldzug ist zur Tatsache geworden. Zweieinhalb Jahre ununterbrochenen Mordens, zweieinhalb Jahre beispielloser Verwüstung und Zerstörung genügen noch nicht, um die Bestie zu sättigen, die im August 1914, nach jahrelanger systematischer Vorbereitung durch die Machthaber aller kapitalistischen Staaten, entfesselt wurde. Neue Blutströme sollen fließen, noch grausamere und raffiniertere Methoden der Menschenschlächtereieronnen und angewendet, noch schwerere Opfer dargebracht werden, bis zur völligen Erschöpfung und Verarmung Europas.

Wozu? Wofür?

In den Manifesten von Zimmerwald und Kiental sind die Triebkräfte dieser wahnwitzigen Selbstzerfleischung gekennzeichnet worden: die Habsucht und die Ländergier der kapitalistischen Klassen, ihr imperialistischer Heißhunger, ihr verbrecherisches Streben, das Maß der Ausbeutung in den eigenen wie in den fremden von ihnen unterjochten Ländern zu steigern und neue Quellen der Bereicherung zu erschließen.

Diese Wahrheit, die keine diplomatische Lüge, keine staatsmännische Rabulistik, kein chauvinistischer Wortschwall jener würdelosen Sozialisten von gestern zu verdunkeln vermag, hat ihre neue Bestätigung in den Ereignissen der letzten Monate und der jüngsten Tage gefunden.

Rumänien, das man angeblich emporheben wollte zu nationalem Ruhm und Ansehen, in Wirklichkeit wie alle Kleinstaaten eine bloße Schachfigur im Spiel der imperialistischen Mächte, liegt, Belgien, Serbien, Montenegro gleich, zerfetzt am Boden — dasselbe Schicksal, das morgen Griechenlands und anderer zur Stunde noch neutraler Staaten wartet. Das Possenspiel mit der „Befreiung“ Polens, ein Land, selbst unter der zaristischen Knute nicht schlimmer leidend als unter den fluchwürdigen Segnungen des austrogermanischen „Befreiers“ — dieses elende Possenspiel beweist, wie wenig der militärische Sieger an etwas anderes als an Raub und schrankenlose Plünderung denkt. Die Deportationen belgischer und polnischer Proletarier zum Arbeitszwang fern von der Heimat, die Verwandlung aller kriegführenden Staaten in Nationalzuchthäuser, der weiße Schrecken, der gegen alle geschleudert wird, die aufrechten Sinnes die Vernunft gegen die Weiterführung dieses scheußlichen Gemetzels aufrufen, die Überfüllung der Kerker mit den Besten und Kühnsten aus den Vorderreihen der kämpfenden Arbeiterschaft — das alles sind ebensoviele Anklagen gegen die herrschenden Klassen und ihre infamen Kriegslügen wie Zeugen dafür, daß diesem Kriege, wie seinen Vorläufern, die niedersten, aus nackter Raff- und Habgier entsprungenen Motive zugrunde liegen.

Heute steht dieser Krieg in einer tiefen Krise. „Keine Sieger, keine Besiegten, oder vielmehr alles Besiegte, das heißt alle verblutend, alle ruiniert, alle erschöpft.“ In den eigenen Fußangeln gefangen, gemeistert vom Kriege, nicht umgekehrt ihn meisternd, führen die leitenden Staatsmänner der im Kriege stehenden Länder ein Komödienspiel des Friedens auf. Wie sie im Frieden freventlich mit der Kriegsflagel spielten, so schänden sie im Kriege den erlösenden Gedanken des Friedens.

Die Zentralmächte haben ihren Gegnern Friedensverhandlungen angeboten. Aber wie? Indem sie bis zu den Zähnen bewaffnet dastehen, den letzten Mann in das Joch des Mordhandwerks gepreßt, auf ihre „Siege“ pochend, schlagen sie die Aufnahme von Friedensverhandlungen vor. In Wirklichkeit ein tolles Narrenspiel, um das eigene Volk hinters Licht zu führen und bei der sichern Ablehnung des Vorschlages von neuem die Schmutzwelle des nationalen Haßes und des Chauvinismus hervorzurufen.

Die Antwort, die von der Gegenseite erfolgte, ist des Vorschlages der Zentralmächte würdig. Die Garde des Blutzaren fühlt sich in dem furchtbaren Blutbad wohl und heimisch; die Pogromisten erquicken sich an dem allgemeinen europäischen Pogrom. Um ihre Macht über Konstantinopel, über die Meerengen und über Preußisch-Polen auszudehnen, sind sie bereit, Europas Jugend bis auf den letzten Mann zu opfern, wie sie sich zur Aufrechterhaltung der Herrschaft über die unterdrückten Völker Rußlands vor keiner Schandtat gescheut haben.

Der Verräter BRIAND sucht durch Phrasen von Haß und Niedertracht Frankreich darüber hinwegzutäuschen, daß es tatsächlich verblutet und durch die Fortführung des Krieges, als Opfer seiner koalitierten Mächte, vollends dem Untergang geweiht ist. Der größte Demagoge des Jahrhunderts, LLOYD



GEORGE, stellt die bewußt falsche Behauptung auf, daß England für die „volle Wiederherstellung“ der unterdrückten Nationen kämpfe. Hat er, und hat sein Kumpane BRIAND vergessen, daß England und Frankreich durch ihre Diplomatie wie durch ihre Kriegspolitik an die Kriegsziele Russlands gebunden sind, vergessen, welche Aspirationen die englische Politik im Orient, in Mesopotamien und Kleinasien vorab leiten?

Und wie steht es mit der Note des amerikanischen Präsidenten? Sie kann den geheimen Charakter einer Kriegsnote nicht abstreifen. Wenn WILSON Frieden will, wohlan, so müßte Amerika die Friedensvermittlung mit der rücksichtslosen Unterbindung der eigenen, in die Milliarden gehenden Kriegslieferungen einleiten, mit diesem Ausweis in der Hand als Herold des Friedens vor die Völker treten.

In Tat und Wahrheit wollen die Regierenden den Frieden auch heute nicht, die Kriegführenden aus Furcht vor der unvermeidlichen Abrechnung, die diesem Schlachten folgen wird; die anderen, weil ihnen der Glanz der Kriegsprofite höher steht als die heiligsten Interessen und Rechte der Menschheit. Nur eine Macht kann sie zum Frieden zwingen: Die erwachende Kraft des internationalen Proletariats, sein entschlossener Wille, anstatt die Waffe des Kampfes gegen den Bruder, sie gegen den Feind im eigenen Lande zu richten.

Noch ist diese Macht nicht groß genug, noch haben die unermeßlichen Leiden und rauhen Schläge die Völker nicht zur Besinnung bringen können. Aber schon regt es sich in allen Ländern des Erdballs. Kein Land, wo nicht willensstarke proletarische Kämpfer die Standarte des Sozialismus, der die Freiheit und den Frieden bedeutet, erheben; kein Staat, der diese Kämpfer nicht verfehmt und verfolgt und so beweist, daß er das Kommen der einzigen Bewegung ahnt, die den wirklichen und dauernden Frieden bringt.

Diesen Kampf der sozialistischen Minderheiten gegen ihre Regierungen und gegen deren sozialpatriotische Söldlinge gilt es weiterzuführen, ohne Rast und Ruh'! Die Pflicht gegenüber der eigenen Klasse, gegenüber der Zukunft der Menschheit allen anderen voran! Sie erfüllen, muß das unbeugsame Bestreben aller Arbeiter sein, in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern. Jene, indem sie alle Kräfte sammeln, um sich in Reib und Glied gegen die herrschende Klasse in jedem Lande zu stellen, diese, indem sie den Kampf der Minderheiten mit aller Kraft moralisch und finanziell unterstützen.

Jetzt, wo der Krieg in eine Sackgasse geraten ist, jetzt, wo die heuchlerischen Friedensgebärden der Diplomaten, wenn die Massen nicht tatkräftig und zu den letzten Opfern entschlossen ihren Friedenswillen bekunden, die Überleitung zu noch grauenhafterem Morden im Frühling bedeuten würden, jetzt, wo Hunger und Not aus ihrer gespenstergleichen Gestalt herausgetreten und zur allen fühlbaren Tatsache geworden sind, jetzt gilt es, die Stunde zu

nützen, mit unverbrüchlicher Treue und Hingabe im Sinne des internationalen revolutionären Sozialismus für die schleunige Beendigung des Krieges zu wirken, zu kämpfen für die völkerbefreiende Internationale der Arbeit.

Es lebe der Klassenkampf! Es lebe der Friede! Hoch die Internationalität der Arbeit!

Ende Dezember 1916.

Intern. Sozialist. Kommission zu Bern.

Und als kurz darauf, am 27. Februar 1917 die Revolution in Rußland ausbrach, wendete sich die I.S.K. neuerdings sofort an das Weltproletariat mit der Aufforderung zu tatkräftigster Unterstützung der russischen Revolution. Nur so könne der Frieden herbeigeführt werden. Denn entweder töte die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution.

### Drittes Kapitel.

#### **Die dritte Internationale Sozialistische Konferenz zu Stockholm 5.—12. August 1917.**

In der Tat war mit der russischen Revolution das Schwergewicht der sozialistischen Friedensbewegung, bzw. die Anwendung der Zimmerwald-Grundsätze automatisch in den Norden verlegt. Die erweiterte I.S.K. beschloß daher, unter Zuziehung einflußreicher russischer Zimmerwaldianer, ihre Haupttätigkeit dorthin zu verlegen und zwei ihrer Mitglieder, ROBERT GRIMM und ANGELICA BALABANOFF, wurden zu diesem Zwecke nach Stockholm und Rußland delegiert.

Dieser Beschluß fiel mit der Rückkehr der russischen politischen Flüchtlinge aus der Schweiz nach Rußland zusammen. Ein Teil dieser Rückkehrer, mit LENIN an der Spitze, hatten, von FRITZ PLATTEN begleitet, die Schweiz schon früher verlassen. Da die Rückkehr der internationalistisch Gesinnten — ebenso wie der ersten Partie — auf große Schwierigkeiten stieß und auch die Entente unausführbare Bedingungen stellte, wurde GRIMM vom russischen Emigrantenkomitee in Zürich und der I.S.K. beauftragt, sich nach Stockholm zu begeben und von dort aus mit der revolutionären russischen Regierung in Verbindung zu treten, um einen Austausch zwischen russischen politischen Flüchtlingen und deutschen Zivilinternierten einzuleiten. Zu gleicher Zeit wollte GRIMM in

regere Beziehungen zu russischen Zimmerwaldanhängern treten und die internationale Zimmerwaldbewegung von Rußland aus fördern. Es wurde ihm jedoch die Bewilligung zur Einreise nach Rußland unter dem Vorwande verweigert, er sei deutschfreundlich. Auch das Bulletin der I.S.K. wurde nach Stockholm übertragen und zu einem Nachrichtendienst erweitert. Die erste Nummer dieser neuen Folge erschien am 6. Mai 1917 unter dem Titel: Int. Soz. Komm. Nachrichtendienst. Ausgabe Stockholm. Als Herausgeber zeichnete der schwedische Reichstagsabgeordnete FRED. STRÖM<sup>1)</sup>.

Inzwischen hatte das zur Einberufung der Stockholmer Allgemeinen Sozialisten-Konferenz gegründete Holländisch-Skandinavische Komitee des I.S.B. den Zusammentritt der Konferenz auf den 15. Mai festgesetzt. Im Hinblick darauf wendete sich die I.S.K. mit folgendem von GRIMM gezeichnetem Zirkular an die ihr angeschlossenen Organisationen und Gruppen<sup>2)</sup>.

Werte Genossen! Die holländische Delegation des I.S.B. hat auf den 15. Mai nach Stockholm eine allgemeine internationale Konferenz einberufen. Nachträglich ist die Konferenz bis nach dem 10. Juni verschoben worden. An den Vorarbeiten dieser Konferenz ist auch das Sekretariat der I.S.K. beteiligt, die Konferenz selbst soll nach den von den früheren internationalen Kongressen aufgestellten Organisationsbestimmungen zusammentreten.

1) Die nachstehend angeführten Dokumente sind diesem Nachrichtendienst entnommen.

2) Nämlich an: den Soldaten- und Arbeiterrat in Petrograd; das Zentral- sowie das Organisationskomitee der S.D. Arbeiterpartei Rußlands; das Zentralkomitee der S.R. Rußlands (internat. Richtung); das Zentralkomitee des Jüd. Arb. Bundes für Polen, Litauen und Rußland; die Unabhängige S.D.P. Deutschlands; die Zimmerwalder Richtung der sozialistischen Minderheit Frankreichs; die S.P. Italiens; den Haupt- sowie den Landesvorstand der S.D.P. Polens; die Poln. Sozialist. Part. (Lewitzka); die S.D. Arbeiterparteien Bulgariens und Rumäniens; die S.D.P. der Schweiz; die Indep. Lab. Party und die British Soc. Party Englands; die S.D. Linkspartei Schwedens sowie den S.D. Jugendverband Schwedens und Norwegens; den S.D. Jugendverband Dänemarks; die S.D.P. Norwegens und Serbiens.

Außerdem wurden als zur Teilnahme an der III. Konferenz berechtigt erklärt: „alle Parteien und Organisationen, welche die Zimmerwalder Beschlüsse anerkennen“, d. h. die Forderung: „Kampf gegen den Burgfrieden, Wiederaufnahme des Klassenkampfes; sofortiger Waffenstillstand und ein Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker“.

Die Kientaler Konferenz hat der I.S.K. den Auftrag erteilt, sobald das I.S.B. eine Sitzung anberaume, die Vertreter der auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Parteien zu einer Besprechung zu versammeln, um eine einheitliche Stellungnahme herbeizuführen. Nachdem einzelne Parteien grundsätzlich für die Teilnahme an der oben erwähnten Konferenz sich ausgesprochen und ihre Vertreter bezeichnet haben, handeln wir im Sinne der Kientaler Resolution, wenn wir sie hiermit zu einer Dritten Zimmerwalder Konferenz einladen, die am 31. Mai 1917 und folgende Tage in Stockholm stattfinden wird. Als provisorische Tagesordnung setzen wir fest: Die Friedensfrage und die Stellungnahme zu der von der holländischen Delegation einberufenen Stockholmer Konferenz.

Das Exekutivkomitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats nahm auch diese Einladung zustimmend entgegen, in der Voraussetzung, daß die Konferenz einen für die vom Arbeiterrat selbst geplante Konferenz vorbereitenden Charakter habe, zu welcher die Einladung am 9. Mai 1917 ergangen war.

\* \* \*

Am 14. Mai war die zweite Abteilung der russischen politischen Flüchtlinge, unter ihnen viele Zimmerwaldianer, auf der Durchreise nach Petersburg in Stockholm eingetroffen. Mit ihnen sollte ROBERT GRIMM bis zur Grenze mitfahren, um mit ihnen die Zimmerwaldbewegung ausführlich und besonders im Hinblick auf die Einberufung der Stockholmer Konferenz zu besprechen. Während der Fahrt wurde bekannt, daß die Sozialisten TSCHERNOW, SKOBELEW und ZERETELLI ins Ministerium eingetreten waren. Dies veranlaßte GRIMM und einige russische Zimmerwaldianer zum Versuch, für GRIMM eine Einreisebewilligung zu erwirken. Dieser Versuch gelang auch. In der Nähe der finnisch-russischen Grenze bestiegen zwei Abgesandte des russischen Arbeiter- und Soldatenrates den Emigrantenzug, um mitzuteilen, daß GRIMM auf persönliche Garantie der sozialistischen Minister SKOBELEW und ZERETELLI hin nach Rußland kommen dürfe.

Am 23. Mai 1917 begrüßte GRIMM den in Petrograd tagenden Kongreß der Sozialdemokraten-Menschewiki und hielt einen Vortrag über „Zimmerwald und die russische Revolution“, in dem er u. a. für den sofortigen Waffenstillstand eintrat.

Am 28.—29. Mai fand in Petrograd eine Besprechung der

I.S.K. mit den Vertretern der der Zimmerwaldbewegung angeschlossenen russischen Parteien statt über die Stellungnahme zur Stockholmer Konferenz. An dieser Aussprache beteiligten sich von: der I.S.K. R. GRIMM und A. BALABANOFF; der Partei der S.R. Internat. Richtung BOBROW; dem Zentralkomitee der Russ. S.D. Arbeiterpartei (Bolschewiki) SINOWJEW und LENIN; dem Jüd. Arbeiterbund ABRAMOWITSCH; der S.D.P. Polens und Litauens LAPINSKI; den Interfraktionellen Russischen S. Dem. (Meschrajonzy) RJASANOFF, TROZKIJ, URIZKIJ; den Menschewiki-Internationalisten BIENSTOCK, MARTOW, MARTINOW, LARIN; der S.D.P. Rumäniens RAKOWSKI.

GRIMM betonte einleitend, daß es sich nur um einen Meinungsaustausch handle zur Orientierung der I.S.K. über die Stellung der Zimmerwalder Parteien zur Stockholmer Konferenz.

In der Diskussion zeigte sich: eine Richtung, die vom russischen Arbeiterrat einberufene Konferenz ohne weiteres zu boykottieren (TROZKIJ, KAMENEW, SINOWJEW, RJASANOFF, BALABANOFF); eine zweite Richtung für eine eventuelle Beschickung in Anbetracht der Tatsache, daß die Konferenz nicht mehr vom I.S.B., sondern von dem revolutionären Arbeiterrat einberufen wurde (RAKOWSKI, GRIMM, MARTINOW, BOBROW). Gemäß der Kientaler Resolution wurde der Beschluß über Teilnahme oder Nichtteilnahme der Zimmerwalder Parteien an der Allg. Sozialist. Konferenz der einzuberufenden Zimmerwalder Konferenz überlassen.

In derselben Besprechung beantragten SINOWJEW, LENIN und KAMENEW: die I.S.K. möge durch einen Aufruf den Eintritt der russischen Sozialisten in die Regierung mißbilligen. Aus der Diskussion ergab sich nun zwar, daß fast alle Teilnehmer, BOBROW ausgenommen, gegen den Ministerialismus waren; die große Mehrheit war aber der Meinung, daß die I.S.K. als ausführendes Organ zu einem Protest nicht befugt sei, ohne vorher sämtliche Parteien befragt zu haben. In Gemäßheit des vorstehenden Beschlusses verschickte dann die I.S.K. am 10. Juni an die ihr angeschlossenen Organisationen folgende Einladung:

Nachdem nunmehr in Petrograd zwischen dem Vertreter der I.S.K. zu Bern, Genossen Nationalrat ROBERT GRIMM, und dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates verschiedene Besprechungen über die geplanten internationalen Konferenzen stattgefunden haben und inzwischen das

Einladungsschreiben zu der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen internationalen sozialistischen Konferenz erlassen worden ist, hat die I.S.K. nochmals über die Frage der Abhaltung der 3. Zimmerwalder Konferenz beraten.

Aus verschiedenen Gründen war es dem Arbeiterrat nicht möglich, das Datum seiner Konferenz schon jetzt genau zu bestimmen. In seinem Einladungsschreiben nannte er als Tag der Eröffnung der internationalen Konferenz die Zeit zwischen dem 28. Juni und 8. Juli 1917. Voraussichtlich dürfte der Zusammentritt der Konferenz am 5. Juli erfolgen. Um den Delegierten unnütze Kosten zu ersparen und mit Rücksicht auf den Umstand, daß ein Teil der Zimmerwalder Delegierten auch an der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen Konferenz teilnehmen wird, hat die I.S.K. beschlossen, die dritte Zimmerwalder Konferenz drei Tage vor dem Zusammentritt der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen Konferenz abzuhalten. Das Datum richtet sich nach dem Zeitpunkt der Einberufung der Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrates. Die provisorische Tagesordnung der 3. Zimmerwalder Konferenz lautet: Stellungnahme zu den nach Stockholm einberufenen internationalen Konferenzen.

Gleichzeitig forderte die I.S.K. die russischen Arbeiter zur Unterstützung der sozialistischen Minderheiten in den kriegführenden Ländern auf; in gleichem Sinne sprachen die Vertreter der I.S.K. GRIMM und BALABANOFF in zahlreichen Versammlungen in Petrograd, in denen auch russische Zimmerwaldianer als Redner auftraten. In zahlreichen Massenversammlungen wurden Zimmerwaldresolutionen angenommen.

Am 9. Juni verbreitete sich in Petrograder vertrauten Kreisen das Gerücht: GRIMM habe von der deutschen Regierung durch die schweizerische Gesandtschaft telegraphisch Friedensvorschläge zur Übermittlung an die russische Regierung erhalten. Die sozialistischen Minister stellten durch AXELROD und MARTOW GRIMM anheim, falls er das Telegramm nicht erhalten habe, eine Erklärung zu veröffentlichen, wonach er das Gerücht als Provokation der deutschen Regierung und als Neutralitätsbruch von Seite der schweizerischen Regierung betrachte. GRIMM antwortete: er wisse nichts von dem erwähnten Telegramm und würde, falls die deutsche Regierung versuchen sollte, seinen Aufenthalt in Petrograd für den deutschen Imperialismus und Sonderfrieden auszunützen, dies als Provokation betrachten. Er weigerte sich jedoch, die ihm nahegelegte Erklärung zu unterschreiben. Daraufhin wurde er aus Petrograd ausgewiesen.

Inzwischen hatten die Zeitungen in Petersburg, Schweden

und den Ententeländern sensationelle Enthüllungen über die Mission GRIMMS gebracht, der zum Agenten der deutschen Regierung gestempelt wurde, weil er den Sonderfrieden im Interesse Deutschlands habe vermitteln wollen. Sämtliche Zimmerwaldianer wurden der Komplizität mit GRIMM beschuldigt. In der Tat stellte sich heraus, daß der Text eines chiffrierten Telegramms, das wirklich GRIMM absolut ohne Wissen irgendeines seiner Gesinnungsgenossen und Mitarbeiter durch den schweizerischen Gesandten in Petrograd an den Schweizer Bundesrat HOFMANN abgesandt hatte, dem sozialdemokratischen schwedischen Abgeordneten BRANTING mitgeteilt worden war.

Mit dieser Hetzkampagne in Rußland, den Ententeländern und den ententefreundlichen neutralen Ländern, die an den Fall GRIMM anknüpfte, traf eine gleichartige gegen die italienische sozialistische Partei zusammen. Den Vorwand bot der Umstand, daß ANGELICA BALABANOFF, Mitglied der I.S.K. und Mitarbeiterin GRIMMS, seit langen Jahren Mitglied der italienischen soz. Partei und des Parteivorstandes derselben war. Die S.P.I. wurde beschuldigt, Separatfriedensverhandlungen zugunsten Deutschlands durch ANGELICA BALABANOFF geführt zu haben, und wurde aufgefordert, entweder sie zu desavouieren oder die Mitverantwortung für die Separatfriedensunterredungen zu übernehmen. Der Parteivorstand der S.P.I. und der „Avanti“ wiesen ihrerseits die Insinuationen zurück und erklärten sich mit ANGELICA BALABANOFF solidarisch.

Am 3. Juli ersuchte die letztere den Parteivorstand in Rom, gegen diejenigen gerichtlich vorzugehen, die die I.S.K. oder sie persönlich irgendwie für das Verhalten GRIMMS verantwortlich machen. Wohl sei GRIMMS persönliche Ehrlichkeit über jeden Zweifel erhaben; sollte sich aber herausstellen, daß die ihm zugeschriebenen diplomatischen Unterredungen wirklich stattgefunden haben, so würde er sich mit den Grundsätzen Zimmerwalds in Widerspruch gestellt und das Vertrauen seiner Mitarbeiter mißbraucht haben.

\* \* \*

Nach der Ankunft GRIMMS in Stockholm wurde dort zur Untersuchung der Angelegenheit von der I.S.K. eine Kommission

eingesetzt<sup>1)</sup>, die nach Prüfung des Telegrammwechsels GRIMM-HOFFMANN, sowie nach Anhörung GRIMMS selbst und der Zeugen der 3. Zimmerwalder Konferenz nachfolgende vom 7. Juli 1917 datierte und von allen Kommissionsmitgliedern unterfertigte Erklärung zu unterbreiten beschloss:

I. Gen. GRIMM hat in Petrograd am 27. Mai ein Telegramm an den Schweizer Bundesrat HOFFMANN durch den Schweizer Gesandten OBIER abgesandt. Er hat diesen Schritt getan, ohne vorher weder mit dem in Petrograd anwesenden Mitglied der I.S.K., Gen. ANGELICA BALABANOFF, noch mit den Vertretern der russischen Zimmerwalder Parteien darüber zu beraten. Er hat auch später, als die Sache an die Öffentlichkeit gelangte, den russischen Genossen in Petrograd nicht mitgeteilt, daß er das Telegramm an HOFFMANN gesandt hatte.

II. Nach seiner Aussage hat GRIMM nur die Einholung von Informationen über die Kriegsziele aller Regierungen im Auge gehabt. Nun hat sich aber Gen. GRIMM nicht damit begnügt, an Bundesrat HOFFMANN die nackte Frage nach den Kriegszielen der Regierungen zu richten; vielmehr hat er in seinem Telegramm sich über die Gefahren der deutschen Offensive für die Friedensverhandlungen, über die Notwendigkeit der Ausstellung von Pässen an die Delegierten zur internationalen Konferenz des Arbeiterdelegiertenrates ausgelassen. Diese verschiedenen Hinweise legen die Annahme nahe, daß GRIMM durch sein Telegramm auch einen Anstoß zu Friedensverhandlungen geben wollte. Es handelte sich dabei keineswegs um den Separatfrieden zwischen Deutschland und Rußland, sondern umgekehrt um allgemeine Friedensverhandlungen zwischen allen Regierungen.

Die Kommission betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, zu untersuchen, welche Ziele Bundesrat HOFFMANN bei seiner Antwort verfolgte. Aber sie erklärt, daß keine Gründe zu der Annahme bestehen, GRIMM habe im vorherigen Einvernehmen mit HOFFMANN gehandelt, was GRIMM auch bestreitet. Bei den persönlichen Beziehungen, die in der Schweiz selbst zwischen den oppositionellsten Parlamentariern und den Bundesbehörden bestehen, war es GRIMM möglich, sich an HOFFMANN auch ohne vorhergehende Besprechungen zu wenden.

Daß GRIMM im Interesse des deutschen Imperialismus, als sein Agent gehandelt habe, dafür spricht keine einzige der Kommission bekannte Tatsache. Wohl aber spricht dagegen nicht nur der schärfste dreijährige Kampf GRIMMS gegen den deutschen Imperialismus, die Unterstützung, die er der deutschen Opposition stets gewährte, wofür er als Agent der Entente drei Jahre lang in der deutschen Presse bekämpft wurde, sondern auch der oben geschilderte Inhalt der Depesche GRIMMS. Als wichtigstes Motiv der Handlungsweise GRIMMS nimmt die Untersuchungs-

1) Bestehend aus C. LINDBAGEN und Z. HÖGLUND (Schweden), G. KYRKOW (Bulgarien), OTTO LANG (Schweiz), E. OLACSEN (Norwegen), P. ORLOWSKI (Russland) und KARL RADEK (Polen).



kommission seine Sorge um die Geschicke der russischen Revolution an, die GRIMM als durch die Weiterdauer des Krieges bedroht ansah und durch Friedensverhandlungen retten wollte.

III. Daß GRIMM seinen Schritt ohne Wissen des andern in Petrograd anwesenden Mitgliedes der I.S.K. und der Vertreter der russischen Zimmerwalder Parteien unternommen hat, die ihn von der Absendung des Telegramms ganz gewiß abgehalten hätten, hält die Untersuchungskommission für eine Eigenmächtigkeit GRIMMS, für die die Zimmerwalder Vereinigung jede Verantwortung ablehnen muß, nicht nur deshalb, weil dieser Schritt den Feinden Zimmerwalds Gelegenheit gibt, diese gegen alle imperialistischen Regierungen gerichtete Bewegung als Werkzeug einer Regierung darzustellen, sondern auch deswegen, weil sie den Schritt als grundsätzlich unzulässig betrachtet.

Die Untersuchungskommission erklärt, daß das Betreten der geheimen diplomatischen Wege zwecks Herbeiführung des Friedens, wie es GRIMM getan hat, dem Wesen der Zimmerwalder Bewegung widerspricht.

Stockholm, den 5. Juli 1917.

gez.: HÖGLUND, Schweden, KYRKOW, Bulgarien, LANG, Schweiz, LINDHAGEN, Schweden, OLAUSEN, Norwegen, ORLOWSKII, Rußland, RADEK, Polen.

Im Hinblick auf diese Geschehnisse hatte GRIMM inzwischen sein Mandat in der I.S.K. den schwedischen Linkssozialisten zur Verfügung gestellt und war darauf aus HÖGLUND, CARLESON und NORMAN eine provisorische I.S.K. bestellt worden, welche ANGELICA BALABANOFF telegraphisch aus Petrograd zu sofortiger Übernahme des Sekretariats der I.S.K. berief.

\*            \*            \*

Anläßlich der in Stockholm abzuhaltenden — vom russischen Arbeiterrat und vom Holländisch-Skandinavischen Komitee andererseits einberufenen — Sozialistischen Konferenz, waren auch zahlreiche Anhänger der Zimmerwaldbewegung hingekommen. Nicht alle aus den gleichen Gründen. Die U(nabhängige) S(ozial-) D(emokratische) P(artei) D(eutschlands) z. B. hatte — entgegen den Stimmen von LEDEBOUR und eines anderen Vorstandsmitgliedes — beschlußweise festgestellt:

1. Die U. S. P. D. sendet Vertreter zur Konferenz nach Stockholm.
2. Sie nimmt an den Arbeiten der Konferenz nicht teil, wenn die Sozialisten Rußlands sich an ihr nicht beteiligen.
3. Sie wird sich bemühen, mit den Sozialisten Rußlands, Italiens und den Minderheits-Sozialisten aus den anderen kriegführenden Staaten und, wenn möglich, mit den Sozialisten aus neutralen Ländern eine Friedens-Konferenz in Stockholm abzuhalten.

4. Nehmen aus Rußland nicht nur Anhänger PLECHANOWS sondern auch Vertreter anderer Gruppen, insbesondere des Arbeiter- und Soldatenrats, an der Konferenz teil, so haben unsere Vertreter die Verpflichtung, ihre Anschauungen mit diesen gemeinschaftlich auf der Konferenz zu vertreten.

5. Gelingt es nicht, diese Anschauungen zur Geltung zu bringen, so haben die Minderheiten besondere Beschlüsse zu fassen.

6. Unter keinen Umständen darf unsere Partei sich auf eine schwammige, verschleierte Resolution einlassen, die sämtlichen Auffassungen gerecht zu werden versucht.

7. Sie hat vor allem den Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierungen, den Klassenkampf, zu propagieren.

Andere der in Stockholm Erschienenen wieder hatten ein Mandat für beide Konferenzen. Die I.S.K. trat daher schon Anfang Juni mit den in Stockholm weilenden Zimmerwaldianern in — meist inoffiziellen — Meinungs austausch zum Zweck gegenseitiger Orientierung, wobei das Hauptgewicht auf die Stellung zur Stockholmer Konferenz gelegt wurde. Das war um so nötiger, als FRANZ MEHRING in einem Schreiben vom 29. April 1917 an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrats in Petrograd TSCH EIDSE namens der Deutschen Oppositionsgruppe „Internationale“ über deren Stellung folgendes ausgeführt hatte:

Infolge äußerer Hindernisse kommen wir vielleicht mit unsern Glückwünschen und Brudergruß als letzte, obwohl wir unter den ersten erscheinen dürften, da unsere Richtung in Deutschland, die sog. Internationale, unter den schwierigsten Verhältnissen auf demselben Boden, mit denselben Mitteln und unter Anwendung der gleichen Taktik kämpft, wie sie von euch angewendet worden sind, bevor die glorreiche Revolution euren Kampf und eure Anstrengungen mit dem Siege gekrönt hat. Wir unterlassen es, unserer Freude besonderen Ausdruck zu geben, da euer Sieg unser Sieg ist, der Sieg jenes Teils des Proletariats aller Länder, der dem Sozialismus auch während der Kriegskrise Treue bewahrte.

Die Revolution in Russland gehört nicht nur zu den größten Ereignissen der Weltgeschichte. Noch viel wichtiger ist, dass die Rolle und Leistung des klassenbewußten russischen Proletariats in der Revolution eine Ehrenrettung und eine Sicherung des internationalen Sozialismus bedeutet. Sie zeigt, was das Proletariat auch in den kriegführenden Ländern vollbringen kann, wenn es unbeirrt den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Macht des Imperialismus führt. Sie verbürgt den Sieg des gestern noch scheinbar zur völligen Ohnmacht verurteilten Sozialismus in allen Kulturländern.

Die brennendste Aufgabe für uns alle ist gegenwärtig die Erkämpfung des Friedens, und ihr soll die geplante internationale Konferenz in Stockholm dienen. Als deutsche Sozialdemokraten protestieren wir aufs schärfste da-

gegen, daß die sogenannte sozialdemokratische Mehrheit, d. h. die um den Parteivorstand gruppierten Regierungssozialisten sowohl aus prinzipiellen, wie aus Zweckmäßigkeitsgründen zu dieser Konferenz zugelassen werden. Wir lehnen jede Beteiligung an einer Beratung mit diesen Elementen ab und fordern unsere russischen Freunde und Gesinnungsgenossen dringend auf, im Interesse eines proletarischen Friedens, wie auch der Wiedergeburt einer wirklichen sozialistischen Internationale ebenfalls die Zulassung der deutschen Mehrheit mit allen Kräften abzuwehren. Sie würde auf der Konferenz tatsächlich nicht den Sozialismus und nicht das deutsche Proletariat, sondern die deutsche Regierung und ihre Interessen vertreten. Soll das internationale Proletariat, wie euer Aufruf an die Völker fordert und wie es auch unserer Überzeugung entspricht, die Sache des Friedens in die eigenen Hände nehmen, so kann es dies unmöglich in der Gemeinschaft mit den kriegführenden imperialistischen Regierungen oder was dasselbe ist: mit deren verkappten Vertretern tun, die bei sich zu Hause die geschworenen Gegner jeder selbständigen Massenaktion der Arbeiter sind und als Bollwerk ihrer Klassen-solidarität mit der Bourgeoisie wirken.

Soll ferner die Internationale, die am Kriege zugrunde gegangen ist, durch die internationale Aktion des Proletariats für die Erkämpfung des Friedens zu neuem Leben auferweckt werden, so müssen aus ihr von vorne herein alle sozialimperialistischen Elemente ausgeschlossen bleiben, denn gerade der solidarische, auf internationaler Basis gegen den Imperialismus geführte Kampf wird und muß die Zentralachse, ja das Wesen der neuen Internationale bilden. Und schließlich würde die Zustimmung der russischen Genossen zur Zulassung der Herren SÜDEKUM, SCHEIDEMANN, LEGIEN usw. zu der Stockholmer Konferenz einen schweren Schlag für den internationalen sozialistischen Gedanken in Deutschland und unsere gemeinsame Sache bedeuten. Indem sie als eine Anerkennung und Legitimierung dieser Herren durch den internationalen Sozialismus ausgelegt werden dürfte, würde sie auf den bereits weit fortgeschrittenen Klärungsprozeß unter den deutschen Arbeitern in höchstem Maße verwirrend wirken.

Wir sind fest überzeugt, daß die russischen Freunde ihren deutschen Gesinnungsgenossen diesen Schlag ersparen werden. Das eben Gesagte bringt die Absicht zum Ausdruck, die die Gruppe Internationale in Deutschland beseelt, und ich bin sicher, ebenfalls im Namen meiner im Gefängnis und Zuchthaus eingekerkerten Freunde, der Genossin LUXEMBURG und des Genossen LIEBKNECHT, zu sprechen.

Für den Fall, daß äußere Hindernisse meinen Freunden und mir das Erscheinen auf der Konferenz unmöglich machen sollten, stelle ich für mich fest, daß keine andere Delegation aus Deutschland dazu berufen ist, uns zu vertreten. Wir geben Ihnen unsere heißesten Glückwünsche mit auf den Weg zu den neuen schweren Kämpfen, die euer noch harren. Hoch die russische Revolution! Möge sie als Wegweiser dem internationalen Proletariat dienen.

PS. Werter Genosse TSCHUIDSE! Ich bitte Sie, das vorangehende

Schreiben dem Arbeiter- und Soldatenrat in öffentlicher Sitzung und auch an die Presse mitzuteilen.

Am 3. Juli trafen aus Petrograd einerseits ANGELICA BALABANOFF, andererseits die drei Delegierten des russischen Arbeiter- und Bauernrates ROSANOW, SMIRNOW und GOLDENBERG ein, welche beauftragt waren, die internationale Friedenskonferenz einzuberufen, und noch am selben Abend fand eine Besprechung statt unter Teilnahme der eben Genannten, ferner von: G. KYRKOW (Bulgarien); YRGÖ SIROTA (Finnland); KARL KAUTSKY, HUGO HAASE, LOUISE ZIETZ und OSKAR KOHN (Deutschland); LINDSTRÖM, LINDHAGEN und HÖGLUND (Schweden); OLAUSSEN (Norwegen); LANG (Schweiz); ORLOWSKY, RADEK und CZ. HANECKI (für das Zentralkomitee der russ. Bolschewiki); endlich BORIS REINSTEIN (für die Soc. Lab. Part. of U.S.A.). Die Vertreter des russ. Arb.- und B.-Rates betonten dabei ausdrücklich, daß ihre Anwesenheit lediglich informativen Zweck habe.

Da es sich hauptsächlich um die Stellung der Zimmerwald-Organisationen zu der vom russischen A(rb.) und S(old.)R(at) einberufenen internationalen Sozialistenkonferenz handelte, wurde vor allem über deren Plattform debattiert.

In seinem ersten Rundschreiben vom 9. Mai 1917 hatte der A. u. S.R. nur solche Parteien und Organisationen zur Stockholmer Konferenz eingeladen, die 1. einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegskontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen anstrebten; 2. den Frieden durch den Massenkampf des Proletariats fördern und erzwingen wollen und entschlossen (sein), diesen Kampf unverzüglich und gemäß den Beschlüssen der Stockholmer Konferenz zu führen; 3. als Voraussetzung dieses Friedenskampfes die Notwendigkeit des Bruchs des Burgfriedens mit den imperialistischen Regierungen anerkennen.

Hiergegen hatten VANDERVELDE und ALBERT THOMAS Einspruch erhoben, bzw. die Einberufer der Konferenz angefragt, was sie unter „Annexion“ verstünden. Zugleich hatten sie erklärt, daß die deutschen Sozialisten den Burgfrieden mit dem Kaiser aufzugeben haben, daß aber die Sozialisten Frankreichs und Englands den Burgfrieden unter keinen Umständen aufzugeben gewillt seien. Darauf hatte das Exekutivkomitee des

Arbeiterrats erklärt, der Verzicht auf den Burgfrieden sei keine Bedingung für die Beteiligung an der Konferenz, gegebenenfalls könne die Konferenz die Preisgabe des Burgfriedens beschließen.

In der Debatte vom 3. Juli verlangte nun RADEK von den Vertretern des Arbeiterrats Aufklärung über den Widerspruch zwischen dem ersten Rundschreiben des Exekutivkomitees und der von VANDERVELDE erteilten Antwort. ORLOWSKIJ, REINSTEIN und BALABANOFF ihrerseits betonten, daß die Fassung der Einladung zu weit und elastisch gehalten sei. Sie ermögliche sogar die Zulassung der Mehrheitsparteien, worauf GOLDENBERG erwiderte: der Arbeiterrat habe keinerlei Vorbedingung an die Teilnahme an der Konferenz geknüpft und sei bereit, auch den Mehrheitsparteien Zugeständnisse zu machen. Die Einladung zum internationalen Sozialistenkongreß sei ebenso an die Mehrheits- wie an die Minderheitsparteien gerichtet.

Die Folge dieser Erklärung GOLDENBERGS war, daß die meisten Teilnehmer der Besprechung sich gegen die Beschickung der Arbeiterratskonferenz aussprachen. RADEK insbesondere stellte fest: die Bolschewiki hätten beschlossen, sich von der Zimmerwaldbewegung zurückzuziehen, falls die Teilnahme an der allgemeinen, vom Arbeiterrat und dem holländisch-skandinavischen Komitee einberufenen Konferenz von den Zimmerwaldianern beschlossen würde.

HAASE hingegen gab Kenntnis vom Beschluß der U.S.P., an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen, worauf BALABANOFF im Namen der I.S.K. erklärte, diese könne weder den Beschluß der Bolschewiki, noch den der U.S.P. für bindend betrachten. Denn nach der Kientaler Resolution sei nur eine allgemeine Zimmerwaldkonferenz zur Beantwortung der Frage der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz zuständig.

Am nächsten Tage, dem 4. Juli, wurde die Diskussion weitergeführt, welcher aber nun die Delegierten des russischen Arbeiterrates fernblieben. Man einigte sich zuletzt auf den Antrag an das Bureau der I.S.K.:

1. Die Zimmerwalder Konferenz fünf Tage vor dem Zusammentritt der allgemeinen russischen Konferenz nach Stockholm einzuberufen.

2. Sollte die allgemeine russische Konferenz bis zum 15. September nicht zusammengetreten sein und das Büro zur Überzeugung gekommen sein, daß

die russische allgemeine Konferenz überhaupt nicht zusammentreten wird, so hat die I.S.K. eine Konferenz der ihr angeschlossenen Minderheiten zu berufen. Über deren Datum soll sie sich mit den Genossen der einzelnen Länder nach Möglichkeit ins Einvernehmen setzen.

3. Stellt sich heraus, daß durch Verweigerung der Pässe oder sonstige Maßnahmen der Regierungen die Konferenz der Zimmerwalder nicht zustandekommen kann, so hat die I.S.K. ein Manifest zu erlassen, in dem sie sich über die allgemeine politische Lage ausspricht, feststellt, daß durch die imperialistischen Regierungen die Konferenz vereitelt ist, und in dem sie die Parteigenossen in den einzelnen Ländern auffordert, durch Aktionen in und außerhalb der Parlamente die Regierungen zu einem sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu zwingen.

Am 9. Juli fand eine offizielle Besprechung zwischen den Vertretern des russischen Arbeiterrates ROSANOW, RUSSANOW und EHRLICH einerseits und den Mitgliedern der I.S.K. CARLESON, HÖGLUND und BALABANOFF anderseits statt. Sie galt der Anfrage der ersteren, ob die I.S.K. gewillt sei, die Einladung, die der Arbeiterrat und das Holländisch-skandinavische Komitee zwecks Einberufung einer Int. Soz. Konf. erlassen, mit zu unterschreiben. Da sie aber zugleich wiederholten, daß für die Teilnahme an diesem Kongress keinerlei Bedingungen gestellt werden würden, und daß die Forderung, den Burgfrieden aufzugeben — die die Mitglieder der I.S.K. als Minimalbedingung betrachteten — event. erst von dem Kongreß selbst zu beschließen sei, antwortete die I.S.K. negativ und formulierte diese Ablehnung am 11. Juli 1917 schriftlich wie folgt:

An die Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates.

W. G. In Anschluß an unsere Besprechungen vom 9. 7. wiederholen wir das bereits Mitgeteilte und in der Presse Veröffentlichte: In Einklang mit den Beschlüssen der zweiten Zimmerwalder Konferenz zu Kiental und im Einvernehmen mit den uns angeschlossenen Parteien, mit denen es uns möglich war, die Angelegenheit aufs neue zu besprechen, haben wir beschlossen, die Anteilnahme an der vom Arbeiterrate einberufenen Konferenz von den Entschlüssen der 3. Zimmerwalder Konferenz, die 5 Tage vor der Ihrigen stattfinden soll, abhängig zu machen. Auf der 3. Zimmerwalder Konferenz soll beschlossen werden, ob und auf welcher Plattform die der I.S.K. angehörenden Organisationen sich an der vom Arbeiterrate einberufenen Konferenz beteiligen werden.

Was die Anfrage betrifft, ob unsere Kommission geneigt sei, sich an der Vorbereitung der Arbeiterratskonferenz mit der holländisch-schwedischen Delegation zu beteiligen, so ist die I.S.K. der Meinung, daß ganz

Besonders durch die Ergänzung bzw. die Änderung, die das erste Rundschreiben des Arbeiterrates durch die Antwort von VANDERVELDE erfahren, wie auch durch den Charakter der obengenannten Delegationen, die zu ihrer Vorbereitung herangezogen werden, die Konferenz nicht im Stande sein wird, den internationalen Klassenkampf und die Sache des proletarischen Friedens zu fördern. Heißt es im ersten Rundschreiben, ein Übereinkommen der Parteien betreffs des Bruches des Burgfriedens sei eine unumgängliche Vorbedingung für die Entfaltung einer Friedensaktion, so erklärt hingegen das Exekutivkomitee des Arbeiterrates in seiner Antwort an VANDERVELDE und THOMAS, die gerade gegen diesen Passus des Rundschreiben Protest erheben, es handle sich um ein Mißverständnis. Es sei nicht davon die Rede, die Teilnahme der Parteien am Kongresse des Arbeiterrates von der Annahme irgendeiner Vorbedingung abhängig zu machen. Die einzige Bedingung sei die Verpflichtung der Parteien sich den Beschlüssen der Konferenz zu fügen. So eine Deutung läßt die Teilnahme aller derjenigen zu, die heute noch den Burgfrieden und die Solidarität mit den Regierungen und herrschenden Klassen aufrechterhalten. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß gerade diese Richtung auf der Konferenz die Oberhand bekommt den Minderheiten Zimmerwalder Richtung gegenüber, die den Bruch mit dem Burgfrieden und den internationalen Klassenkampf als absolute Vorbedingung des proletarischen Kampfes für den Frieden, ja als eine Lebensfrage des revolutionären Sozialismus überhaupt betrachten und dem entsprechend auch behandelt haben.

Aus den angegebenen Gründen kann die I.S.K. keine Verantwortung für die Plattform und die Zusammensetzung der vom Arbeiterrate mit Beihilfe der schwedisch-holländischen Delegation einberufenen Konferenz übernehmen und kann sich demgemäß nicht an den Vorbereitungen zu derselben beteiligen.

Mit Parteigruß für die I.S.K.

ANGELICA BALABANOFF.

Gleichzeitig mit dieser Kundgebung veröffentlichte das Organisationskomitee vor Einberufung der Stockholmer Konferenz folgenden, aus Stockholm, den 11. Juli 1917 datierten Aufruf:

Proletarier aller Länder vereinigt euch!  
 Einladung zur Internationalen sozialistischen Konferenz  
 in Stockholm.

Seit drei Jahren währt der Krieg und noch erblickt man kein Ende des Konfliktes.

Die Notwendigkeit, die Lösung vorzubereiten, hat den Arbeiter- und Soldatenrat von Petrograd veranlaßt, die Initiative zu ergreifen, um unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz des Weltsozialismus einzuberufen. Dieser Vorschlag, dem übrigens entsprechende Anregungen zahlreicher sozialistischer Parteien vorangegangen waren, fand die Gutheißung des Kongresses der Delegiertenräte ganz Rußlands. Er geht darauf aus, alle Kräfte des internationalen Proletariats zu

einigen, um einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu erlangen.

Zur Durchsetzung ihrer Aufgabe hat sich die Delegation der Räte von Rußland der tätigen Mitarbeit des holländisch-skandinavischen Komitees versichert, das seine Pläne mit der Initiative der Russen verschmolz und durch die mit der Mehrzahl der sozialistischen Parteien abgehaltenen Sonderkonferenzen zahlreichen Fragen eine klare Gestalt gab.

Die Delegation des Kongresses der Abgeordneten von ganz Rußland und das holländisch-skandinavische Komitee laden demgemäß zur allgemeinen Konferenz alle dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Parteien ein, desgleichen diejenigen, die während des Krieges der I. S. Kommission beigetreten sind — die Mehrheiten ebenso wie die Minderheiten — und weiter die Oppositionsgruppen, die sich im Verlauf der jüngsten Ereignisse als besondere Parteien konstituiert haben. Sie laden weiter die an die gewerkschaftliche Internationale angeschlossenen Berufsorganisationen ein.

Die Konferenz wird in Stockholm am 15. August 1917 und an den folgenden Tagen stattfinden.

Das vorläufige Programm der Konferenz ist nachfolgend festgesetzt: 1. Der Weltkrieg und die Internationale; 2. Das Friedensprogramm der Internationale; 3. Die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur raschen Beendigung des Krieges.

Mit sozialistischen Brudergrüßen

Für die Delegierten des Kongresses der Räte, der Arbeiter und Soldaten Rußlands:

H. ERLICH, J. GOLDENBERG, W. ROSANOW, N. RUSSANOW, A. SMIRNOW;

Das Sekretariat: CAMILLE HUYSMANS, ARTHUR ENGBERG.

Für das holländisch-skandinavische Komitee:

P. J. TROELSTRA, H. H. VAN KOL, J. W. ALBARDA, Stellvertr., W. H. VLIAGEN, F. M. WIBAUT, H. J. BRANTING, E. SÖDERBERG, G. MÖLLER, F. I. BORGBERG, Stellvertr., NINA BANG, J. VIDNES.

Zusatzklärung der russischen Delegation.

Die Delegation des Kongresses der Abgeordneten der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland stellt mit Bedauern fest, daß es ihr nicht gelungen ist, die Mitwirkung der internationalen sozialistischen Kommission von Bern an den vorbereitenden Arbeiten für die Allgemeine Konferenz zu erlangen. Die Delegation hatte es für ihre Pflicht gehalten, sich der Mitarbeit dieser Kommission zu versichern, nicht nur weil ihr imperatives Mandat so lautete, sondern auch weil alle sozialistischen Parteien, die in Rußland tätig sind, an den Verband von Zimmerwald angegliedert sind. Andererseits schien die Teilnahme der I. S. Kommission an den Vorarbeiten für die Konferenz der Delegation um so notwendiger, als eine ansehnliche Zahl von großen Parteien in Rußland und in andern Ländern, die der Berner Kommission angeschlossen sind,



schon den Wunsch ausgedrückt hatte, an der vom Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen.

Wie dem auch sei, so hat die Internationale sozialistische Kommission, die im Augenblick aus vier in Stockholm weilenden Mitgliedern zusammengesetzt ist, die Teilnahme an den vorbereitenden Arbeiten abgelehnt, ohne indes der Delegation etwa in Frage kommende Dienste technischer Art zu verweigern. Die Zimmerwalder Konferenz, auf der die Frage der Teilnahme behandelt werden wird, findet fünf Tage vor dem Zusammentritt dieser letzteren statt.

H. ERLICH. J. GOLDENBERG. W. ROSANOW. N. RUSSANOW. A. SMIRNOW.

Inzwischen hatte die Zimmerwalder Fraktion der französischen Sozialist. Partei in Beantwortung des Fragebogens des Holländisch-Skandinavischen Komitees folgende Erklärung übersandt:

Der gegenwärtige Krieg ist eine glänzende Bestätigung der theoretischen und praktischen Postulate des Sozialismus und ein unbestreitbarer Beweis dessen, wie recht die Sozialisten aller Länder hatten in der Stellung, die sie vor dem Kriege einnahmen. Der erste Schritt der wiederaufgebauten Internationale muß in der Beteuerung der bewährten sozialistischen Prinzipien bestehen. Diejenigen Mitglieder der Internationale, die sich von der Handlungsweise, die vor dem Kriege in der Internationale geltend war, entfernt haben, sollen zu ihr zurückkehren oder aber, falls sie es nicht tun, sollen sie aus der Internationale ausgeschlossen werden.

Nach wie vor steht es unwiderruflich fest, daß die Kriege durch den Wetteifer der herrschenden Klassen der am Kriege beteiligten Länder hervorgerufen werden und daß sie den Abschluß einer ganzen historischen Epoche darstellen.

Den Krieg, den wir seit drei Jahren ertragen, haben die Sozialisten vorausgesehen, in Basel haben sie auf seine drohende Nähe hingewiesen und haben das internationale Proletariat zu seiner Abwehr zusammenschließen gesucht. Die Ursachen der Kriege und die Verantwortlichkeit für sie sind festgestellt, ebenso in den Resolutionen der internationalen Kongresse, wie in den Schriften der hervorragendsten Kämpfer des Sozialismus. Es widerspricht den sozialistischen Anschauungen, ja sogar den modernen historischen Methoden überhaupt, eine Erscheinung, wie der Krieg, nach den Vorfällen der letzten Stunden zu beurteilen.

Übrigens, in demselben Maße, wie das Licht der Wahrheit die unmittelbaren Ursachen des gegenwärtigen Konfliktes beleuchtet, erscheint die Verantwortlichkeit aller Regierungen immer allgemeinerer und erdrückenderer Natur. Keine Metaphysik, keine Rhetorik, keine Haarspalterei, keine politische Geschicklichkeit hat dem Kriege seinen imperialistischen Charakter nehmen können. Der Krieg war und bleibt für alle Regierungen ein Krieg für die höchstmöglichen Eroberungen. Da die unmittelbare Verantwortlichkeit der Regierungen bis zum allerletzten Momente des offiziellen Friedensbruches, in

dem die Massen der verschiedenen Länder in den Krieg hineingezogen und voneinander abge sondert wurden, andauert, kann die Feststellung der Verantwortlichkeit, die übrigens nebensächlicher Natur und durch die bloße Ablehnung eines bürgerlichen Schiedsgerichtes noch nicht bewiesen ist, nur durch das Urteil der Geschichte erfolgen.

Solange die Völker ihr Schicksal den Klassenregierungen überlassen, welche Urheber der blutigen Zusammenstöße der Völker sind und ein Interesse daran haben, ihre eigene Verantwortlichkeit zu verdecken, wird es unmöglich sein, die konkrete Verantwortung im einzelnen Falle, in der Stunde der Entscheidung, festzustellen. Unsere Fraktion kann demgemäß nicht den Standpunkt derjenigen teilen, die von der Feststellung in der Verantwortlichkeitsfrage das Verhalten der Sozialisten zum Kriege abhängig machen wollen. Sie w idersetzt sich mit aller Energie einem jeden Versuche, die Zusammenkunft der Internationale von einem vorangehenden Einverständnis aller ihr angeschlossenen Parteien über einen Streitpunkt und insonderheit über den Punkt abhängig machen zu wollen, der besagt, daß im Falle eines Krieges das Proletariat der angegriffenen Nation das Recht auf Beihilfe aller Nationen, sowohl der kriegführenden wie der neutralen, hat.

Die Pflicht der Sozialisten dem Kriege gegenüber, von dem man wußte und behauptete, er könne nur imperialistischer Natur sein, war von den internationalen Kongressen deutlich umschrieben. Sie ist im folgenden Passus der in Stuttgart angenommenen und in Konferenzen in Basel wieder aufgenommenen Resolution enthalten. „Sollte der Krieg trotzdem ausbrechen, würde es Pflicht der Sozialisten sein, sein rasches Ende herbeizuführen und alle Anstrengungen zu machen, um die vom Kriege hervorgerufene politische und ökonomische Krisis zur Aufrüttelung der tiefsten Volksschichten auszunützen und die Abschaffung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Die sozialistischen Parteien sollten ihre Unabhängigkeit ihren Regierungen gegenüber bewahren und ihre sozialistische und revolutionäre Propaganda gegen den Krieg und den Kapitalismus verstärken. Entweder wird die wiederhergestellte Internationale diese Pflicht den Parteien auferlegen oder aber sie wird nichts erreichen können.

Wir eignen uns die Friedensformel der russischen Sozialisten, die übrigens in Zimmerwald und Kiental verkündet wurde, an: sofortiger Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegschädigungen. Unsere Fraktion erkennt diese Friedensformel ihrem Geiste und ihrem Wortlaute nach klipp und klar an, sie weist alle Redensarten zurück, durch die man Annexionen oder Kriegschädigungen zu verschleiern sucht.

Das bedeutet, daß die während des gegenwärtigen Krieges besetzten Landesteile vollständig evakuiert werden müßten. Unsere Fraktion weiß wohl, daß die Wiederherstellung der Nation innerhalb der Grenzen, die vor dem Kriege bestanden, gewisse Probleme ungelöst läßt aber sie ist der Meinung, daß eine jede neue Einteilung, von dem Siege der einen oder anderen kriegführenden Koalitionen herbeigeführt, noch verhängnisvoller für den zukünftigen Frieden wäre.

Sich auf den Standpunkt der französischen Sozialisten berufend, die immer behauptet haben, sie würden keinen Krieg für die Wiedergabe Elsaß-Lothringens an Frankreich führen, unterordnet unsere Fraktion ihren Friedenswillen nicht der kriegerischen Lösung dieser Frage, die nur durch ein Einverständnis unter den über ihr Schicksal selbst bestimmenden Nationen gelöst werden kann.

Die Forderung, daß nur die freien Völker selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden haben, soll angewendet werden allen Nationalitäten gegenüber, die vor dem Kriege der einen oder anderen Gruppe der Kriegführenden angegliedert waren, da keine der kapitalistischen Regierungen, die um die Welthegeemonie streiten, genügende Garantien für ihre Aufrichtigkeit und ihre Unabhängigkeit denjenigen Klassen gegenüber bieten, deren Vorrechte sie vertreten. Die Schwierigkeiten, auf die das „liberale“ England in bezug auf Irland stößt, beweist, wie unfähig die Klassenregierung ist, die Nationalitätenfrage zu lösen.

Da die vorhandenen Konflikte nur durch das Einverständnis der in Betracht kommenden Völker in einer Weise gelöst werden können, die einen dauernden Frieden zu sichern instande wäre, so muß, den Beschlüssen der internationalen Kongresse gemäß, die sozialistische Internationale nach Kräften danach streben, den Übergang der Macht an die Völker zu verwirklichen.

Was die Losung „ohne Kriegsentschädigung“ betrifft, so versteht unsere Fraktion darunter die absolute Verwerfung einer jeden Kontribution, die dem Volke zur Last fallen könnte, sei es in der Form von Kriegsentschädigung oder in der Form von Kriegsschadenersatz.

Da wir stets die kollektive Verantwortlichkeit der herrschenden Klassen anerkannt haben, kann für uns nur eine Verteilung der Entschädigung auf alle herrschenden Klassen in Betracht kommen, für den Schaden, den sie durch ihre Schuld und ihre Profitgier verursacht.

Was die Wiederherstellung kleiner Länder betrifft, die gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen worden sind, so liegt die Pflicht derselben den Kapitalisten der Großstaaten ob, die den Krieg verursacht haben.

Die herrschenden Klassen sind nicht instande, die Nationalitätenfrage, die durch Jahrhunderte von Gewalttaten und Plünderungen entstanden ist, zu lösen, ebenso wenig sind sie instande, einen „dauernden Frieden“ durch periodische Schlichtung der internationalen Streitigkeiten, die aus dem wirtschaftlichen Wettstreit in der kapitalistischen Gesellschaft entstehen, zu sichern.

Sind die Gesetze nicht instande, innerhalb der einzelnen Länder die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu lösen, braucht die Durchführung der wichtigsten Arbeiterschutzgesetze des äußeren Druckes des organisierten Proletariats, wie könnten diese selben Gesetze, deren Vorhandensein und Anerkennung selbst fraglich sind, dessen Vertreter zu gleicher Zeit Richter und Partei sind, instande sein, die internationalen Streitigkeiten zu schlichten?

Die politische Demokratisierung der einzelnen Länder, die auf ihre innere Entwicklung fördernd wirken mögen, bietet keine genügende Garantie für den Frieden.

Das Beispiel des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, ebenso wie der Einblick in die Lage der beiden Länder, die gegenwärtig an der Spitze der wetteifernden imperialistischen Koalitionen stehen: England und Deutschland, beweist sogar, daß, wo die Interessen der herrschenden Klassen auf dem Spiele sind, die politische Form der Regierungen, die man demokratisch zu nennen pflegt, nicht immer einen Vorteil für die Arbeiterklasse bietet.

In dieser Frage, wie in allen anderen, bleibt unsere Fraktion dem Standpunkte treu, den sie vor dem Kriege eingenommen.

Unter den Anhängern der sozialistischen Internationale war man stets der Meinung — auch dann, als wir die pazifistischen Bestrebungen anderer Kreise unterstützten, — daß die beste Garantie des Friedens im internationalen Einvernehmen der internationalen Arbeiterklasse besteht, ebenso wie man stets der Meinung war, daß das beste Schiedsgericht die sozialistische Internationale ist, welche den Kapitalismus aller Länder zum Tode verurteilt und die Proletarier aller Länder aufgefordert hat, sich zu vereinigen, um dieses Todesurteil auszuführen, ebenso war die sozialistische Internationale stets der Meinung, daß die einzige Macht, die in stande ist, den Frieden zu erringen und zu sichern, die des organisierten, dem Imperialismus aller Länder gegenüber unabhängig dastehenden Proletariates ist.

Die Fraktion der französischen Sozialisten, die auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse steht, kann demgemäß einen Staatenbund, aus Vertretern der herrschenden Klassen bestehend, nicht für fähig betrachten, den Frieden zu sichern, ebenso wenig wie er in stande wäre, die Befreiung der unterdrückten Völker, den Sieg der Gerechtigkeit über die Gewalt, und im allgemeinen, eine gerechte Lösung der Probleme, die aus dem Kapitalismus und aus dem Kriege entstanden, herbeizuführen. Nur eine Gesellschaft freier, über ihr Schicksal selbst entscheidender Völker, d. h. die sozialistische Gesellschaft, kann dieses Ziel erreichen.

Wir erinnern daran, daß 1914, in Amsterdam, die ganze Internationale erklärt hat, daß die sozialistische Partei — revolutionär im besten Sinne des Wortes — kein einziges Mittel billigen könnte, das geeignet wäre, die Macht der herrschenden Klassen zu sichern, und eine jede Mitarbeit der Partei mit der Regierung, während des Krieges ebenso, wie im Frieden verwerfe.

Die Aktion der sozialistischen Internationale muß im äußeren Druck der Massen auf die herrschenden Klassen bestehen.

Im großen und ganzen, verlangt unsere Fraktion die Rückkehr zu den internationalen Beschlüssen und zur revolutionären Tradition des klassenbewußten organisierten Proletariats aller Länder.

Am 13. Juli fand dann eine Besprechung der I.S.K. mit den gerade in Stockholm befindlichen Mitgliedern der verschiedenen Parteien Zimmerwalds statt, nämlich mit KOLLONTAY, ORLOWSKIJ, MARTYNOW, JERMANSKIJ (Rußland); C. MOHR (Schweiz); SIROLA (Finnland); STRÖM und KILBOM (Schweden). — RADEK, KOLLONTAY u. a. beantragten die Erlassung einer Aufforderung zum

Boykott der Arbeiterratkonferenz. Die I.S.K. erwiderte, eine derartige Aufforderung könne nur von der Zimmerwalder Konferenz erlassen werden. MARTYNOW und JERMANSKIJ berichteten über die Lage in Rußland. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Eine Woche darauf, am 20. Juli, wurde von den Vertretern des Zentralkomitees der S.D.A.P. Rußlands (Bolschewiki), des Landesvorstandes der S.D. Russisch-Polens und Litauens, der Bulgarischen S.D.A.P. (Engherzige), der Schwedischen S.D. Linkspartei und des Schwedischen Jugendverbandes folgender Aufruf in der schwedischen linkssozialistischen Presse veröffentlicht:

#### An die sozialistische Internationale!

##### Die internationale Lage.

Drei Jahre des Krieges gehen schon dem Ende entgegen. Und immer noch sind die kapitalistischen Regierungen außerstande, die von ihnen entfesselte Kriegsfurie an die Kandare zu nehmen. Sie haben hunderte Milliarden an materiellen Gütern vergeudet, so daß die Zinsen der Kriegsanleihen allein die bisherigen Steuereinnahmen weit übersteigen. Sie haben Millionen Menschenleben geopfert, eine Welt von Witwen und Waisen geschaffen. Die bleiche Angst ergreift sie bei dem Gedanken an den Tag der Volksabrechnung, wenn der Friede kommt und sie den Volksmassen aller Länder erklären werden müssen, weswegen sie diese Opfer ihnen auferlegt haben. Die einen — die Regierungen Frankreichs und Englands — hoffen, daß, wenn sie den Krieg noch in die Länge ziehen, es ihnen mit Hilfe der Vereinigten Staaten Amerikas gelingen wird, die Zentralmächte niederzuwerfen und im Rausch des Siegesenthusiasmus, im Nebel der Siegestrunkenheit die Arbeitermassen von der Stellung der Frage zurückzuhalten, wofür sie eigentlich geblutet haben. Sie haben auf ihre Annexionspläne noch nicht verzichtet. Immer noch strecken sie ihre Hände nach Elsaß-Lothringen, nach den deutschen Kolonien, nach Triest, der Türkei aus. Die Zentralmächte, die von der Weiterführung des Krieges nur eine Verschlechterung ihrer Lage zu erwarten haben, sprechen immerfort vom Frieden, aber weder können sie, noch wollen sie einen Frieden anbieten, der den Volksmassen den Wiederaufbau der verwüsteten Wirtschaftskräfte, eine Wiedererstattung der Verluste sichern könnte. Deutschlands Regierung konnte trotz der ganzen Notlage, in der sich Deutschland befindet, nicht dazu gebracht werden, auf Annexionen und Kontributionen klar zu verzichten, geschweige denn, daß es sich bereit erklären würde, den von ihm früher unterjochten Nationsteilen die Freiheit wiederzugeben. Österreich-Ungarn hat nicht nur auf Annexionen auf dem Balkan nicht verzichtet, sondern sein auswärtiger Minister, Graf CZERNIN, wirft den Völkern provokatorisch den Handschuh zu, indem er im Reichsrat erklären läßt: für die schwarz-gelbe Monarchie gelte kein Recht der Völker, sondern nur einzig allein das Recht des Kaisers, Krieg und Frieden nach seinem Ermessen zu schließen.

### Der Kampf der Volksmassen gegen den Krieg.

Die Regierungen können aus dem Fangnetz nicht heraus, in dem die Völker verbluten. Aber die Arbeitermassen in allen Ländern haben den Krieg satt. In allen Ländern haben sie schon zum großen Teil jedes Vertrauen in die Regierungen verloren, sie haben sich überzeugt, daß sie belogen und beschwindelt wurden, als man ihnen Brot und Freiheit als Preis des Ausharrens im Kriege zugesagt hat. In allen Ländern herrscht in den Arbeitermassen Gärung, überall setzen sich immer wachsende Teile des Proletariats in Bewegung. Obwohl jede Regierung es dem Auslande zu verhüllen sucht, was in ihrem Lande vorgeht, so läßt sich nicht mehr die Tatsache verhüllen, daß die Grundlagen der Herrschaft der Kliken, die den Krieg gemacht haben, die drei Jahre lang die Volksmassen auf die Schlachtfelder treiben, ins Wanken geraten sind.

In Deutschland finden fast tagtäglich Hungerunruhen statt. Obwohl sich die sozialpatriotischen Führer dem mit aller Kraft widersetzen, kam es zu großen Munitions- und Werftarbeiterstreiks in Berlin, Leipzig, Bremen, Hamburg, Stettin, Essen und Düsseldorf, zu Grubenarbeiterstreiks in Rheinisch-Westfalen und Oberschlesien. In Ungarn ist der Kriegshetzer TISZA über die Budapester Munitionsstreiks gestolpert, in Österreich kam es zum Streik der 80 000 Arbeiter in Wien, im Ostrauer und Karwiner Kohlenbezirk kam es zu großen Streiks, in Proßnitz wurde auf Frauen und Kinder geschossen, weil sie Brot verlangten. Die Presse der Entente glaubt, daß das Aufwachen der Arbeiterklasse der Zentralmächte ihr den Sieg bringen wird. Aber es genügt zu fragen, ob sie die russische Revolution vergessen hat, die aus Sehnsucht nach dem Frieden geboren wurde, aus dem Schrei nach Brot. Selbst die russischen Bauern und Arbeiter, die sich von den kleinbürgerlichen sozialpatriotischen Führern zu einer neuen Offensive treiben ließen, sie wollen den Frieden und nichts ist so geeignet, sie zu überzeugen, daß nicht auf dem Schlachtfelde des Krieges der Nationen, sondern auf dem Schlachtfelde des Bürgerkrieges ein den Interessen des Volkes entsprechender Frieden zu erringen ist, als eben der Ausgang der Offensive, die, ende sie militärisch, wie sie enden mag, außerstande ist, Frieden zu bringen, nur neue Zehntausende an Opfern verschlingen wird. Und in Frankreich? Es genügt nur die Gerichtschonik der Pariser Zeitungen, den Schrei der HERVÉ gegen die Friedensstimmung der Armee zu verfolgen, die angstvollen Artikel der Militärschriftsteller, um zu wissen: in Frankreich sind schon breite Massen des Volkes erwacht und die Soldaten, die heute in Paris mit den Arbeiterinnen gegen die Kapitalisten und gegen die Polizei demonstrieren, sie werden morgen gegen das blutige System stürmen, das Frankreich zum Lande der Greise, Frauen und Kinder, zum Lande der Friedhöfe macht. In England haben die Streiks keinen Augenblick aufgehört und selbst solche kriegshetzerischen Kapitalistenblätter wie die Times müssen zugeben, daß es sich dabei nicht nur um ökonomische Forderungen, sondern um die allgemeine Unzufriedenheit der Volksmassen handelt.

## Die Sozialpatrioten in der Klemme.

Überall wacht das Volk auf, überall naht der Augenblick der Abrechnung. Die Sozialpatrioten Deutschlands und Österreichs, die Sozialpatrioten Rußlands, denen das Feuer am meisten auf den Nägeln brennt, sie fühlen, daß die aufwachenden Volksmassen sie, die Hand in Hand mit den kapitalistischen Regierungen gehen, zusammen mit den Häuptlingen des Kapitals in den Abgrund werfen können, sie suchen in der letzten Stunde die Situation zu retten. Sie suchen die kapitalistischen Regierungen zu einem Frieden der Verständigung, der Aussöhnung zu bringen. Diesem Werk soll die internationale, angeblich sozialistische Konferenz in Stockholm dienen. Die Initiative dazu gaben einerseits die deutsch-österreichischen sozialpatriotischen Regierungsagenten, die SCHEIDEMANN und ADLER, die mit Hilfe der holländischen Sozialpatrioten (des Burgfriedemanns TROELSTRA) und der dänischen Sozialpatrioten (des Ministers STAUNING) eine internationale Konferenz einzuberufen suchten. Dann schlossen sich ihnen die Führer der Mehrheit des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates, die russischen Sozialpatrioten an, dieselben Männer, die das Vertrauen der Volksmassen genießend, hinter ihrem Rücken, aber im Einverständnis mit den Kapitalisten Rußlands, Englands und Frankreichs das Volk Russlands zu neuen Schlächtereien führen, um Geldmittel von der Entente zu bekommen, die sie den russischen Kapitalisten nicht wagen zu nehmen.

## Die Stockholmer „Friedenskonferenz“ der Sozialpatrioten.

Was ist der Zweck der Stockholmer Friedenskonferenz? Die deutschen, russischen Sozialpatrioten hoffen die französischen und englischen zu überreden, zusammen die Grundlagen eines Schacherfriedens auszuknobeln, der für alle Regierungen annehmbar wäre, und sie zu überreden, auf ihre Regierungen einzuwirken, sich zu diesem Frieden bereit zu erklären. Sie sprechen hochtrabend vom Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen. Aber das ist Lug und Trug. Wie kann man Deutschlands Regierung zwingen, den Polen, Dänen, Elsässern und Lothringern Freiheit zu gewähren, ohne den deutschen Kapitalisten die Gewalt aus den Händen zu reißen? Wie kann man die österreichischen und ungarischen Junker und Bürokraten zwingen, den unterdrückten süd-slawischen Völkern die Freiheit der Entscheidung über ihre Gesicke zu geben, ohne daß man sie auf die Knie gezwungen hat? Wie kann man dem englischen Weltkapital Indien, Ägypten aus den Klauen reißen, aus denen sie jährlich Milliarden auspressen, ohne daß über der City von London die rote Fahne der siegreichen sozialistischen Revolution weht? Eben haben sie doch erst Mesopotamien geraubt, um unter dem Vorwand eines unabhängigen arabischen Staates einen neuen Vasallenstaat aufzurichten. Ein Friede ohne Kriegsentschädigungen! Was bedeutet das? Daß kein Land zugunsten des anderen ausgeraubt wird! Aber wenn die Kapitalisten in allen Ländern am Ruder bleiben, dann werden von ihnen die Kriegslasten den Arbeitern, kleinen Handwerkern, armen Bauern aufgebürdet. Sie werden

jahrzehntlang den Kapitalisten Zinsen bezahlen müssen, d. h. mehr arbeiten, weniger essen, sich schlechter kleiden und schlechter wohnen.

Ohne die Revolution in allen Ländern wird der Friede nur einen Waffenstillstand bedeuten. Die Kapitalisten werden zuerst alle Kräfte gegen die Arbeiter sammeln, sie mit gemeinsamen Kräften niederzuwerfen suchen, um dann freie Hand zu neuen Rüstungen, zu neuen Eroberungen und letzten Endes zu neuen Kriegen zu haben. Es ist so, wie das illegale Organ der deutschen revolutionären Internationalisten, der Anhänger KARL LIEBKNECHTS, der Spartakus, in seiner Aprilnummer geschrieben hat: „Die sozialistische Friedenspolitik ist heute in den einfachen Worten enthalten: Ihr Arbeiter! Entweder machen die Regierungen den Frieden, wie sie den Krieg machten, dann bleibt bei jedem Ausgang des Krieges der Imperialismus die beherrschende Macht und dann geht es unvermeidlich immer weiter neuen Rüstungen, Kriegen und dem Ruin, der Reaktion, der Barbarei entgegen. Oder ihr rafft euch zu revolutionären Massenerhebungen auf, zum Kampf um die politische Macht, um euren Frieden nach Außen und nach Innen zudiktieren. Entweder Imperialismus und rascherer oder langsamerer Untergang der Gesellschaft, oder Kampf um den Sozialismus als einzige Rettung. Etwas drittes, etwas mittleres gibt es nicht.

#### Kein Zurück für die Sozialpatrioten!

Das wissen ebensogut wie wir die Sozialpatrioten aller Länder: die SCHEIDEMANN und LEGIEN, die ADLER und RENNER, die RENAUEDEL und SEMBAT, die HENDERSON und HYNDMAN, die PLECHANOW, DAN und ZERETELLI. Aber die einen tun, als ob sie es nicht wüßten, weil sie nicht minder wie die Bourgeois die kommende Revolution fürchten. Sie haben 3 Jahre lang so an den Regierungen gehangen, daß sie fürchten, im Fall einer Revolution zusammen mit ihnen in den Abgrund zu stürzen. Sie haben geschwiegen, als die Regierungen die Gefängnisse mit den Vorkämpfern des Proletariats füllten, sie haben ihnen geholfen, den Arbeitern die Fessel der Zwangsarbeit aufzuerlegen, sie haben geschwiegen, als die Armenier in der Türkei, die Ukrainer in Galizien zu Zehntausenden gemartert wurden. Die anderen von ihnen möchten vielleicht zurück von der schändlichen Bahn, aber sie haben im Dienste der Regierungen jede Kraft eingebüßt, jeden Glauben an das Volk; sie trösten sich mit dem Kampf nach dem Kriege, obwohl sie sich sagen müssen, daß wenn die Arbeiter die Waffen ausliefern, es der Bourgeoisie viel leichter sein wird, mit ihnen für eine zeitlang fertig zu werden, als jetzt, wo sie über die Gewaltmittel des Staates verfügen. Die Sozialpatrioten aller Länder haben sich für eine konterrevolutionäre Politik schon entschieden: bei sich zu Hause bekämpfen sie mit allen Kräften die Streiks und die Demonstrationen, weil sie fürchten, sie könnten sich zu einer Revolution auswachsen. Sie wagen nicht, angesichts der politischen Krise, die in Deutschland und Österreich die Regierung



demokratische Versprechen abzugeben nötigt, selbst konsequent demokratische Forderungen aufzustellen, wie die der Republik, sondern sie suchen die Volksmassen mit Flickreformen zu befreunden, führen zu diesem Zweck eine lakaienhafte, monarchistische Agitation. Auf internationalem Gebiete ist ihr wirkliches Ziel die Versöhnung der kapitalistischen Regierungen, nicht die proletarische Revolution und der auf den Trümmern der kapitalistischen Regierungen geschlossene Friede.

Die schwankenden Elemente und die Stockholmer Konferenz.

Die unter der Fahne der russischen Revolution einberufene internationale Konferenz wird eine Konferenz gegen die Sache des Proletariats, gegen die proletarische Revolution sein. Da die Sozialpatrioten der Zentralmächte und der Entente, mit ihren Regierungen versippt, sich arg in den Haaren liegen, konnten sie einstweilen zueinander nicht gelangen, ohne die oppositionellen Minderheiten als Brücke zu gebrauchen. Wenn LEDEBOUR, HAASE, die parlamentarischen Führer der gemäßigten deutschen Opposition nicht anwesend wären, wenn sie sich weigern würden, an einem Tische mit den Scheidemännern zu sitzen, wie könnten es die RENAUEL und TSCHSCHEIDSE vor den russischen und französischen Proletariern verantworten, daß sie sich mit diesen Verrätern des Proletariats, mit den Gästen der Henker Belgiens, mit den Komplizen der Gefängniswärter LIEBKNECHTS, mit den stummen Zeugen des Martyriums 30 Tausend gehängter, ukrainischer Bauern, mit den von FRIEDRICH ADLER Gestäubten an einen Tisch setzen? Wenn die PRESSEMANE und LONGUET erklären würden, wir gehen nicht zu einer „Friedenskonferenz“ zusammen mit den Kriegsagenten der französischen Regierung, wie könnten die Scheidemänner den deutschen Arbeitern einreden, daß es sich hier um eine sozialistische Konferenz handelt? Würde die italienische Sozialdemokratie, die dank ihrem ununterbrochenen Protest gegen den Krieg eine große Autorität in den Augen der Volksmassen von ganz Europa sich erworben hat, es ablehnen, mit den sozialpatriotischen Agenten der Regierungen zu verhandeln, deren Spiel wäre demaskiert. Ohne die Hilfe eines Teils der dem Sozialismus treu gebliebenen Organisationen der alten Internationale würde die Konferenz der Regierungssozialisten nicht stattfinden können, oder sie würde von vornherein als das erscheinen, was sie wirklich ist: als eine Vorkonferenz der imperialistischen Diplomatie.

Aber das Spiel der Regierungsagenten scheint gelungen zu sein. An der Konferenz werden sich nicht nur die LONGUET und PRESSEMANE beteiligen, die Vertreter der gemäßigten französischen Opposition, die sich auch sonst von den französischen Sozialpatrioten nur durch Phrasen unterscheiden, sondern auch die Pilgrime von Kiental, die Abgeordneten BRIZON, BLANK und RAFFIN-DUGENS, die im zweiten Kriegsjahr sich der Zimmerwalder Vereinigung angeschlossen und mutig in der Kammer gegen die Kriegskredite gestimmt haben. Die der Zimmerwalder Vereinigung angehörende Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die sozia-

listische Partei Italiens haben sich auch dafür entschieden. Jüngst hat die Teilnahme an der Konferenz die Mehrheit der von LEDEBOUR, KAURSKY geführten Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands beschlossen. Mag bei vielen dieser Parteien die Illusion eine große Rolle spielen, als hätten die Einberufer der Konferenz, die russischen Sozialpatrioten, die russische Revolution „gemacht“, während sie in Wirklichkeit während des Krieges entweder direkt die revolutionären Bewegungen bekämpft oder sich der antirevolutionären Agitation gegenüber passiv verhalten haben. Mag dabei eine Rolle die Unorientiertheit über die wirkliche Politik der Mehrheit des Arbeiterdelegiertenrates spielen, die, gestützt auf die bäuerlichen Elemente, nicht nur keine sozialistische Politik treibt, sondern durch ihre Bündnispolitik mit der Bourgeoisie direkt den Boden für die Konterrevolution vorbereitet und ein Spielball in den Händen der Entente ist, die jüngst in Petrograd das Blut der revolutionären Proletarier und Soldaten vergossen hat. Aber den ausschlaggebenden Einfluß auf die Entscheidung der genannten Parteien, sich an der sozialpatriotischen „Friedenskonferenz“ zu beteiligen, übte das ureigenste Wesen dieser Parteien selbst aus. Vom Anfang des Krieges an suchten sie nicht gegen ihn eine revolutionäre Massenaktion zu entfalten, sondern sie begnügten sich mit platonischen Protesten. Dementsprechend konnten sie sich als Ziel nicht den Sturz der kapitalistischen Regierungen, den Kampf um den Sozialismus in allen kapitalistischen Ländern setzen, sondern nur die Ausübung des Druckes auf die Regierungen zwecks Beschleunigung des Friedens zwischen ihnen, was sie irreführend einen Frieden der Völker nannten. Sie wollen den Imperialismus reformieren, ihn zur Beachtung der Verträge bringen und durch die Verträge die Kriegsrüstungen beschränken. Da die jetzt weißgebluteten Staaten genötigt sind, auf eine Weile das Tempo der Rüstungen zu verlangsamen, so sind die Forderungen der passiven internationalistischen Parteien wohl vereinbar mit den Zielen nicht nur der Sozialpatrioten, sondern sogar der imperialistischen Regierungen. Die Phrasen gegen die imperialistische Politik werden sich jetzt, am Schlusse des dritten Kriegsjahres, wo immer größere Arbeitermassen sogar auf die Straße gehen, um gegen die Regierungen zu demonstrieren, auch die Sozialpatrioten leisten müssen. Mögen sich die Genossen aus der Unabhängigen Deutschen Sozialdemokratie, wie aus der italienischen sozialistischen Partei einreden, daß es ihnen gelingen wird, auf der Stockholmer Konferenz gegen die Sozialpatrioten zu kämpfen, sie vor den Augen der Massen zu demaskieren. Schon heute haben sie durch den Beschluß, an der Konferenz teilzunehmen, ihnen geholfen, ihr Ansehen als Vorkämpfer des Friedens in den Augen der Arbeitermassen zu erhöhen, ein Ansehen, das die SCHEIDEMANNs und RENAUELS nur zum Kampfe gegen die revolutionären Bewegungen ausnützen werden. Auf der Konferenz aber werden die oppositionellen, pazifistischen Elemente Gefangene der Sozialpatrioten sein. Weil sie selbst nicht wagen, den Massen offen zu sagen, daß nur eine Revolution die Arbeiterklasse aus der Sackgasse hinausführen kann, werden sie den oppositionellen Phrasen der Sozialpatrioten

nichts entgegenstellen können. Weil sie selbst der Chimäre eines friedlichen, die Völker nicht unterdrückenden Kapitalismus nachlaufen, werden sie sich zu einem Friedensprogramm mit den Sozialpatrioten bekennen. Würden wir revolutionäre Sozialdemokraten uns an der Konferenz beteiligen, wie uns die Führer des rechten Flügels der Zimmerwalder Vereinigung zu überreden suchen, wir stünden dort einem sozialpatriotisch pazifistischen Block gegenüber.

#### Die revolutionären Sozialdemokraten und die Stockholmer Konferenz.

Aber wir werden uns an der Konferenz der sozialpatriotischen Agenten und ihrer von den Illusionen über das Wesen des Sozialpatriotismus nicht befreiten Helfershelfer nicht beteiligen. Es war für uns keine Phrase, als wir 3 Jahre lang den Arbeitern die Sozialpatrioten als die Helfershelfer der imperialistischen Bourgeoisie den Arbeitermassen denunzierten, als wir sie zum Bruch mit ihnen aufforderten. Es war für uns keine Phrase, als wir in Kiental in der Friedensresolution „die utopischen Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnten“ und erklärten: „die Pazifisten wecken an Stelle alter Illusionen neue und versuchen, das Proletariat in den Dienst dieser Illusionen zu stellen, die letzten Endes nur der Irreführung der Massen, der Ablenkung vom revolutionären Klassenkampf dienen und das Spiel der Durchhaltepolitik im Kriege begünstigen.“ Es war für uns keine Phrase, als wir in Kiental von „den allen Grundsätzen widersprechenden Beziehungen, die durch den Krieg zwischen den Regierungen und den sozialpatriotischen Führern in den meisten Ländern geschaffen wurden“, sprachen. Treu den Grundsätzen, die wir während der ganzen Kriegszeit vertreten haben, wenden wir uns jetzt an alle revolutionären sozialdemokratischen Organisationen und Arbeiter mit der Aufforderung:

1. Enthüllt den Arbeitern den Lug und Trug der sozialpatriotischen Konferenz in Stockholm! Sagt den Arbeitern, daß nicht durch Verhandlungen derer, die 3 Jahre lang die Interessen der Arbeiterschaft den Kapitalisten ausgeliefert haben, sondern nur durch die proletarische Revolution ein den Interessen des Proletariats entsprechender Frieden zustande kommen wird, ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, ein Frieden der vom Joche des Kapitalismus wie jeder nationalen Unterdrückung freien Völker.

2. Desavouiert eure Parteileitungen, die der Zimmerwalder Vereinigung angehören, entgegen ihren Zielen sich an einen Tisch setzen mit den Sozialpatrioten, um ihnen zu helfen, einen Schacherfrieden des Imperialismus zustande zu bringen! Erklärt, wie es FRANZ MEHRING getan hat, daß ihr solche Vertreter als die euren nicht anerkennen könnt. Nehmt ihnen, wie es die Chemnitzer Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokratie getan hat, das Recht, in eurem Namen zu sprechen.

3. Entsendet Delegierte nach Stockholm, um hier mit den

Vertretern der entschiedenen internationalistischen Organisationen über den weiteren Kampf um den Frieden zu beraten, um angesichts der durch wankende und schwankende Elemente vollzogenen Spaltung der Zimmerwalder Vereinigung über den Zusammenschluß der revolutionären sozialdemokratischen Elemente zu beraten. Fordert von den Regierungen Pässe und benachrichtigt die Öffentlichkeit, wenn sie euren Delegierten verweigert werden. Das wird besser, als alles andere, den Arbeitermassen über den Sinn der Stockholmer Konferenz, als einer Konferenz der Regierungsagenten und ihrer unbewußten Helfer, die Augen öffnen.

Druckt dieses Flugblatt ab, sendet uns eure Zustimmung zu unserem Aufruf.

\* \* \*

Ihrerseits veröffentlichte am 22. Juli die I.S.K. eine Einladung für den 10. August zu einer Zimmerwalder Konferenz, auf welcher einerseits die I.S.K. ihren Bericht erstatten und andererseits gesprochen werden sollte über: 1. die Zimmerwalder Parteien und die proletarische Friedensbewegung in den kriegführenden Ländern; 2. Stellung zur Arbeiterratskonferenz; 3. Angelegenheit Grimm. Begleitet war diese Einladung durch folgende beide Schreiben der I.S.K. vom 12. August 1917.

Die Wandlungen, die die Vorbereitungen zur vom russisch-holländisch-skandinavischen Komitee einberufenen Konferenz durchmachen, widerspiegeln alle diejenigen Zustände und Widersprüche, die der geplanten Konferenz ein sozial-diplomatisches Gepräge verleihen. Was ist vom ersten Aufrufe des Arbeiterrates, an die Sozialisten aller Länder seinerzeit gerichtet, eigentlich geblieben? Die Konzessionen, die die russischen Einberufer den Regierungsozialisten täglich machen, haben den Sinn und den Geist, von denen der erste Aufruf durchdrungen war, allmählich getötet. Zufall ist es selbstverständlich nicht, sondern eine direkte, unvermeidliche Rückwirkung der Ereignisse, die sich in Rußland abspielen und der Rolle, zu der der Arbeiterrat allmählich, was die innere und äußere Politik Rußlands betrifft, verurteilt wird. Die Äußerungen, die LLOYD GEORGE in seinem Briefe an HENDERSON fallen läßt, sind äußerst bezeichnend. Weist er doch direkt darauf hin, daß die Wandlung in der inneren Politik Rußlands den alliierten Regierungen den Anlaß gibt, ihre Stellung zur einberufenen Konferenz zu ändern. Als der Sowjet noch stark war und eine sozialistische, antiimperialistische Sprache im Namen des russischen Volkes führte, mußte man ihm Gehör leisten. Aber jetzt, wo die eiserne Faust eines KERENSKY die Geschicke Rußlands leitet, wo die Stimme und der Wille des Volkes mit wachsender Brutalität unterdrückt wird, jetzt, wo die sozialistischen Parteien Rußlands und die ehemalige Exekutive des revolutionären Volkes immer größeren Demütigungen unterworfen werden, jetzt braucht man keine Rücksichten auf die Einberufer der Konferenz zu nehmen . . . Am allerbezeichnendsten ist zweifelsohne der

Umstand, daß die russische Regierung LLOYD GEORGE mitteilt, die Konferenz, die der Sowjet einberuft, habe keinerlei bindenden Charakter für das offizielle Rußland: es handle sich nur um eine Parteiangelegenheit. Hat LLOYD GEORGE durch die Veröffentlichung dieser zynischen Erklärung der Kleinbürger, die am Ruder der russischen Revolution stehn, seinen Kollegen in Rußland nicht einen allzuschlechten Dienst erwiesen? Wie werden sich der Sowjet und seine Vertreter im Auslande dieser Äußerung gegenüber verhalten? Wird er sich so eine Herabwürdigung ohne weiteres gefallen lassen? Wird er sich dem Todesurteil zugunsten der Politik KERENSKY-PLECHANOFF-MILJUKOFF ohne weiteres fügen?

Was LLOYD GEORGE und die Vertreter der russischen Regierung mit brutaler Offenheit erklären, das sagen und verfechten in mehr oder weniger verschleierte Form die Regierungssozialisten Frankreichs und Englands. Was bedeutet die Forderung, vor allem die Schuldfrage zu diskutieren, wenn nicht die Versicherung der eigenen Regierung und den herrschenden Klassen gegenüber, daß ihre „Ehre und Interessen“ vor allem von ihren sozialistischen Landsleuten auf der internationalen Zusammenkunft verteidigt sein werden? Die Feststellung, daß am Kriege nur eine imperialistische Koalition schuldig ist und daß die anderen nur unschuldige Opfer sind — bezweckt nicht nur eine Auseinandersetzung mit den SCHEIDEMANN — DAVID, sondern auch eine „Abrechnung“ mit allen internationalistischen, revolutionären Elementen des Sozialismus, welche den Krieg für ein Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung und alle Regierungen für gleich verantwortlich am Völkermord betrachten. In Stockholm sollen die Sozialdiplomaten auch mit ihren Minderheiten abrechnen, vor den Massen in eigenem Lande werden sie ihre Regierungen verteidigen und damit fortfahren, dasjenige zu tun, was die Stuttgarter Resolution den Mitgliedern der Zweiten Internationale im Falle eines Krieges zu tun untersagte. Die Art und Weise, wie die englischen und französischen Regierungssozialisten bei ihren Regierungen und herrschenden Klassen, ja bei der kleinbürgerlichen öffentlichen Meinung sich um die Erlaubnis bewerben, nach Stockholm gehen zu dürfen, die Garantien, die sie dabei zu leisten bereit sind, legen ein deutliches Zeugnis dafür ab, von welchen Absichten sie beseelt sind. Vor allem soll ihre patriotische Loyalität beteuert werden. Erklären doch englische Mitglieder der Internationale, sie würden gerade dazu nach Stockholm gehen, um einen zu raschen Friedensschluß zu verhindern, währenddem andere, französische Teilnehmer an der eventuellen Stockholmer Konferenz erklären, sie knüpften an die Teilnahme an ihre konkreten Forderungen an. Also: alles mit Erlaubnis und im Einvernehmen mit den einheimischen diplomatisch-imperialistischen Kreisen . . . Trotz alledem werden die Pässe vielleicht doch noch verweigert, was u. a. beweist, wie die Regierungen ihre treuen Mitarbeiter behandeln und vor allem die Einberufer der Konferenz, die russischen „Bundesgenossen“ . . .

Auch aus dieser Episode sollten diejenigen Arbeiter, die noch an der heiligen Einigkeit mit ihren Regierungen festhalten, etwas lernen. Trotzdem sie, in England, millionenfach ihren Wunsch geäußert, in Stockholm vertreten

zu sein, trotzdem in Frankreich Parteiorganisationen und Gewerkschaften denselben Wunsch äußern, bleibt die Frage der Beteiligungsmöglichkeit nach wie vor den willkürlichen Beschlüssen der Regierungen überlassen . . .

Was Italien betrifft, so ist dort die Partei in keinerlei Beziehung zur Regierung je getreten und die Paßverweigerung wird ihre Opposition nur verschärfen. Aber in Frankreich, England, Amerika?

Werden die Arbeiter dieser Länder den Burgfrieden auch noch weiter aufrechterhalten?

Von der Beantwortung dieser Fragen seitens aller Arbeiter, auch derjenigen Länder, in der keine Paßverweigerung in diesem Momente erfolgt, hängt viel wichtigeres ab, als das Zustandekommen der Stockholmer offiziellen Friedenskonferenz . . .

G.! „Die Revolution lebt, sie lebt trotz alledem, was von ihrem vermeintlichen Tode in allen Landessprachen gesagt und geschrieben wird — sie lebt und erhebt ihr stolzes Haupt und zwar erhebt sie es im zaristischen Rußland.“ So schrieb die I.S.K. beim Ausbruche der russischen Revolution in einem Rundschreiben an die Arbeiterklasse aller Länder. Aber nicht nur einen stolzen Siegesruf über die glorreiche Tat eines Volkes, das mitten im blutigsten aller Kriege, mitten im Wüten und Toben der nationalistischen Hetze den Mut und die Kraft gefunden, sich und die zivilisierte Welt vom schändlichsten Bollwerk der Reaktion zu befreien, enthielt das Rundschreiben. Es wies auch auf die Gefahren hin, die die Errungenschaften des russischen Volkes bedrohen; es wies darauf hin, daß das Erzwungene nur einen winzigen Teil dessen darstellte, was errungen werden mußte, es wies auf die heimtückischen Feinde hin, von deren Besiegung allein die Festigung und Weiterentwicklung der revolutionären Errungenschaften des russischen Volkes abhängt. „Der Todfeind der Revolution ist der Krieg“ — hieß es im Rundschreiben — „entweder die Republik und der Friede, oder der Krieg und die Konterrevolution, entweder tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution. Die Antwort auf diese Frage wird durch das europäische Proletariat gegeben werden. Die seit dem Beginne der russischen Revolution verfloßenen fünf Monate haben diese Mahnung und Prophezeiung tragisch, unwiderruflich bestätigt. An dem zu langsamen Wachsen des revolutionären Kampfes in Europa, an der Fortdauer des Krieges, an den inneren Widersprüchen des sozialen Baues Rußlands, an dem schmählichen Verrat der bürgerlichen Klassen Rußlands, die die revolutionäre Kraft des Volkes nur dazu brauchten und mißbrauchten, um sie ihren imperialistischen Klassengelüsten dienstbar zu machen, an dem Sozialpatriotismus, der die sozialistischen Reihen auch in Rußland zerfrißt, an der Agitation der Sozialimperialisten aus den Ententeländern, an der Verleugnung der proletarischen Klassenpolitik seitens derjenigen, die im Namen der russischen Revolution die Geschichte des revolutionären Rußlands leiten sollten, an allem dem droht die russische Revolution zugrunde zu gehen. Die Politik der provisorischen Regierung, die sich unwillig und unfähig erwies, der wachsenden Teuerung durch den Kampf gegen die kapitalistischen Wucherer, der wirtschaftlichen

Desorganisation durch den Kampf gegen die Kohlen- und Stahlbarone entgegenzusteuern, die sich von dem Ententeimperialismus mit Worten abspiesen ließ und immer mehr in seine Abhängigkeit geriet, wofür das russische Volk den Blutzoll der Offensive bezahlte, diese ganze Politik rief wachsende Aufregung in den Petrograder Massen hervor, und als am 16. Juli die Kadettenminister aus der Regierung austraten und den Volksmassen der Zusammenbruch der Politik der Koalition mit der Bourgeoisie klar wurde, gingen die Proletarier und Soldaten Petrograds auf die Straße mit dem Ruf: die Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Arbeiter Petrograds gaben sich keine Rechenschaft davon ab, daß die konterrevolutionären Schichten die Demonstrationen ausnutzen würden, um sie in Blut zu ersticken. Die Agenten der Konterrevolution provozierten durch Schüsse in die Massen blutige Zusammenstöße, die dann der Regierung Anlaß gaben, Fronttruppen und Artillerie gegen die Demonstranten zu mobilisieren, eine Arbeitermetzelei zu entfesseln, die revolutionären Regimenter zu entwaffnen, die revolutionären Zeitungen zu unterdrücken. Eingeschüchert durch das Geheul der konterrevolutionären Presse, stimmte die sozialpatriotische Mehrheit der Führer diesem Feldzuge gegen die revolutionären Volksmassen zu, trotzdem vorauszu sehen war, daß dieser Zustand nicht nur mit der Diktatur des kleinbürgerlichen konterrevolutionären KERENSKY, sondern direkt mit der Diktatur der offenen konterrevolutionären Bourgeoisie enden könnte, die das Regime des Terrors zu befestigen und zu verewigen suchen würde. Das russische Proletariat hat eine Niederlage erlitten, besiegt ist es aber nicht und kann es nicht sein, und eben darum wenden sich gegen seine Vorderreihen die Hetze der Volksfeinde, die Todesangst der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten, die Habgier der Kriegsnutznieser, die Rache der Sozialimperialisten Rußlands und Westeuropas. Dasjenige Volk, das sich erdreistet hat, allein in ganz Europa über die blutriefenden Erdteile das Banner der Freiheit und des Friedens zu erheben und durch die revolutionäre Tat bewiesen hat, daß das Blut der Proletarier für die Sache der Völkerbefreiung, nicht für die der Völkerknechtung und Vernichtung vergossen werden soll, dieses Volk soll zum Schweigen, zum Verbluten, zur Todesstrafe verurteilt werden. Seine internationalistischen Führer sollen für Söldlinge des Imperialismus ausgegeben werden, verleumdet und ihrer Freiheit beraubt werden. Daß alles das möglich ist, liegt jedoch nicht allein an der Entwicklung der inneren Verhältnisse Rußlands; den Volksmassen Rußlands fehlt die tatkräftige Unterstützung der proletarischen Massen aller anderen Länder. Weil die Proletarier der anderen Länder nicht vollständig mit ihren Regierungen gebrochen haben, und ihren Willen zum Frieden nicht tatkräftig bekundet haben, siegte in den russischen Volksmassen die von der Konterrevolution geschickt aufgebauschte und ausgebeutete Furcht vor dem deutschen Imperialismus. Und ebenso wie die Verantwortung für die momentane Niederlage des russischen Proletariats nicht auf die russischen Verhältnisse allein fällt, fällt sie andererseits nicht nur auf die Sozialpatrioten Rußlands, sondern auf die aller Länder. Während die sozialpatriotischen Führer in Westeuropa sich vor der russischen Revolution verbeugten, taten sie alles, was sie tun konnten, um das Proletariat

im eigenen Lande davon abzuhalten, dem Beispiele des russischen Volkes zu folgen. Währenddem die deutsche Regierung sich nicht damit begnügt, die russische Offensive zurückzuweisen und selbst eine Offensive Rußland gegenüber unternimmt, um ihrer imperialistischen Bestrebungen willen, gewähren die deutschen Sozialpatrioten ihr nochmals die Kriegskredite und weisen der sozialistischen Opposition im eigenen Lande gegenüber darauf hin, wie verhängnisvoll es gewesen wäre, wenn das deutsche Volk ähnlich dem russischen gehandelt hätte. Währenddem der englische, amerikanische, französische, italienische <sup>1)</sup> Imperialismus immer dreister wird, reisen seine „sozialistischen“ Agenten nach Rußland, um die dortige proletarisch-revolutionäre Bewegung unterdrücken zu helfen und scheuen kein Mittel, um die russischen Volksschichten von ihren Klassenforderungen abzubringen und sie immer mehr zu Knechten und Kanonenfutter des Imperialismus zu machen.

Proletarier! Ebenso, wie es beim Ausbruche der Revolution in Rußland nicht genügte, Euere Freude und Solidarität platonisch zu bekunden, so genügt es jetzt nicht, Euere Besorgnis und Entrüstung über die Gefahr, die die russische Revolution läuft — platonisch auszudrücken. Der Kampf des Proletariats eines jeden Landes gegen den Krieg, gegen den Imperialismus, gegen die herrschenden Klassen, ein einmütiges Vorgehen aller Proletarier gegen ihren Todfeind, den Krieg, und gegen den Kapitalismus, das ist der einzige Weg, auf dem die russische Revolution gerettet werden kann. Proletarier, Parteigenossen, beantwortet die Frage, die die russischen Proletarier an Euch stellen: „Wird die Revolution den Krieg töten oder der Krieg die Revolution?“ Von der Beantwortung dieser Frage seitens des Proletariats aller Länder hängt nicht nur das Geschick der russischen Revolution ab, sondern die Geschieke des Friedens, die Errungenschaften und Bestrebungen des klassenbewußten, sozialistischen Proletariats der ganzen Welt überhaupt.

Und am 2. September, das heißt 3 Tage vor der Zimmerwalder Konferenz, schrieb die I.S.K.:

Die langersehnte Alliiertenkonferenz hat beschlossen, daß es den Führern der Arbeiterbewegung bis auf weiteres unmöglich ist, einen Beschluß in der Stockholm-Angelegenheit zu fassen. Die Zusammenkunft in Blackpole hat den obenerwähnten „Beschluß“ bestätigt und befestigt. Drei Jahre imperialistischen Tobens haben nicht genügt, um den Arbeitern des demokratischsten aller Länder die Augen zu öffnen und sie zu einer selbständigen Klassenaktion zu veranlassen. Alles das, was die Menschheit und besonders die Arbeiterklasse in dieser unendlich langen Kriegszeit erfahren und erlebt hat; die sichere Voraussicht dessen, was ihrer harret, das alles hat nicht genügt: erst die Erfüllung der imperialistischen Gelüste der Weltherrscher

1) Aus Italien waren drei der sozialistischen Partei nicht angehörige Politiker — CAPPÀ, LERDA und ARTURO LABRIOLA — nach Rußland hinübergekommen, die von der Entente-Prese für Sozialisten ausgegeben wurden, wogegen ANGELICA BALABANOFF im Namen des Part. Soc. Ital. sowohl im Petersburger Arbeiterrat wie in der russischen Arbeiter-Prese Protest erhob.



kann — so sprechen Arbeitervertreter — dem Kriege ein Ende machen. Die Kriegsziele sollen erst mal diskutiert werden, Komitees sollen gewählt werden, die eventuell die Beschickung einer Stockholmer Konferenz beschließen, oder aber verwerfen mögen! Damit ist den Einberufern der Konferenz ein bezeichnender Wink gegeben worden, ein Wink, der eigentlich überflüssig gewesen, denn nur diejenigen, die da glauben, daß der „Optimismus“ zu den unentbehrlichsten Eigenschaften der Politiker gehört, konnten auch noch angesichts der letzten Ereignisse vorgeben, daß die Stockholmer Konferenz stattfinden wird. Vielleicht werden sie auch jetzt fortfahren, es zu behaupten, ungestört dadurch, daß in der Politik besonders das Warum mit dem Ob sich in gewissen Fällen vollständig deckt. Gewiß ist es nicht ausgeschlossen, daß irgendwie und wann eine Zusammenkunft in Stockholm veranstaltet werden wird, sie wird aber nicht diejenige sein, die geplant wurde, der Zeitpunkt und die Art und Weise ihres Zustandekommens ist gerade bei der in Frage kommenden Konferenz von ausschlaggebender Bedeutung. Gerade bei dem Widerstande, auf den ihre Einberufung gestoßen, hat eine Verschiebung nicht einen nebensächlichen, sondern einen prinzipiellen Charakter.

Hat der Ausgang der Londoner Beratungen auch, was ihren konkreten Ausgang betrifft, nichts Neues oder Unerwartetes geschaffen, so haben sie doch eine Bedeutung, deren Tragweite den Arbeitern nicht entgehen sollte, gerade wegen ihres beschämenden Charakters. Unglaublich aber wahr: Arbeitervertreter waren es, die anno 1917, nach siebenunddreißig Monaten des schrecklichsten und raubgierigsten aller modernen Kriege, zu einer Zeit, wo zum Gemeinplatz der bürgerlichen Presse geworden, daß der Krieg aus imperialistischen Gründen geführt wird, zu einer Zeit, wo die herrschenden Klassen kein Hehl daraus machen, daß die Arbeitermassen nur als Kanonenfutter gebraucht worden — denn gleichzeitig mit den Anforderungen, die an ihren patriotischen Aufopferungsgeist gestellt werden, werden ihre politischen und sozialen Rechte geschmälert, ja diktatorisch aufgehoben — Arbeitervertreter und Sozialisten waren es, die da erklärten, die Zeit sei noch nicht reif zu Beratungen über die Anbahnung von Unterredungen, die direkt oder indirekt dazu dienen könnten, den Friedensschluß zu beschleunigen! Dieses Ergebnis langer Beratungen, auf die unzählige Menschen mit Spannung und Hoffnung geharrt haben, wird zu den beschämendsten gehören, die der an beschämenden Dokumenten so reiche Krieg gezeitigt hat. Und diejenigen unter den Einberufern der Stockholmer Konferenz und der Teilnehmer an den Londoner Beratungen, wie u. a. die Delegierten des russischen Arbeiterrats, die den Frieden wirklich wollen, werden nicht nur um eine Illusion ärmer geworden sein, sondern sie werden die Beratungen in London und Blackpool als eine erhebliche Verschlimmerung der allgemeinen Lage betrachten. Gewiß ist es nicht schwer vorauszusehen, daß gerade von den Teilnehmern an den Londoner Beratungen behauptet werden wird, daß man, trotz dem endgültigen offiziellen Fiasko, doch zu etwas gekommen ist, man ist sich „näher gekommen“, da der Beschluß ein Komitee zu gründen, doch auch schon einen Beschluß darstellt. Diejenigen aber, für die nicht diplomatische Lösung diplomatischer Fragen, sondern das Aufrütteln der Arbeitermassen

Hauptsache ist, stehen vor der Tatsache, daß wenn die Paßverweigerung und die HENDERSONSche Posse noch irgendwie dazu beitragen konnten, die Arbeiter zur Opposition zu drängen, und die Hoffnung aufdämmern lassen konnten, daß das ganze Vorgehen der Regierung den Burgfrieden stören konnte, die Londoner Beratungen dazu beitragen werden, den Burgfrieden nur nochmals zu besiegeln, die Paßverweigerer und Bevormunder der Arbeiterklasse werden keiner anderen Begründung ihrer Stellungnahme bedürfen, als die ihnen durch die Arbeitervertreter-Beratungen geliefert. Auf die Arbeiter selbst werden sich ihre Todfeinde berufen, und mit welcher Schadenfreude, mit welchem Klassensiegesbewußtsein. Aber wie gesagt, wie beschämend auch der Ausgang der Beratungen sein mag, wundern kann er nur diejenigen, die die Wahrheit nicht einsehen wollen. War es denn irgend wie möglich, den ausgesprochenen Imperialismus der einen, den Sozialpatriotismus der anderen mit dem Friedenswunsche der dritten zu versöhnen, und zwar durch konkrete Lösung konkreter Fragen imperialistischer Natur? Und wenn es sich erwiesen hat, daß so ein Versuch auch unter „Alliierten“ so total mißlungen, so kann man sich nur leicht denken, was aus so einem Versuche werden soll, wenn er von Vertretern „feindlicher Mächte“ gemacht werden sollte.

Nicht auf Grund diplomatisch-imperialistischer Verständigung, sondern nur durch den internationalen Klassenkampf kann der Völkerfrieden erzwungen werden, und nicht die regierungstreuen Sozialisten und Arbeitervertreter sind berufen oder gewillt, den Frieden, nach welchem die Völker lechzen, zu beschleunigen. Es ist wohl nicht gut möglich, die Interessen der Regierungen mit denen der Völker zu vereinigen. Welche Rolle die Regierungen den Regierungssozialisten, die sich nach Stockholm begeben würden, zuweisen, erhellt zur Genüge aus der HENDERSONPosse und den Erklärungen der französischen Sozialpatrioten. Es sei uns gestattet, auf ein charakteristisches Urteil einer sehr maßgebenden französischen Revue hinzuweisen, wo es heißt, daß „die russische Offensive den Bemühungen der Herrn Thomas, Henderson, Vandervelde und Root zu verdanken ist“; und weiter heißt es über dieselbe Offensive: „Der Himmel fängt an, sich im Norden zu klären.“ Und alles das, dieses Wunder ist zustande gekommen, „ohne daß unsere Sozialisten, deren Reise nach Rußland nicht überflüssig gewesen sein mag, gebraucht hätten, nach Stockholm zu gehen.“

Die beschämende Tatsache, daß der Versuch einer Konferenz der Sozialisten und Arbeitervertreter endgültig daran gescheitert ist, daß Arbeitervertreter selbst aus chauvinistisch-imperialistischen Gründen die Zusammenkunft „einstweilen für verfrüht“ betrachten, stellt eine Seite der Tragödie dar, in der sich die Arbeiterklasse seit drei Jahren befindet, bietet aber der des Krieges und ihrer Führerschaft müde gewordenen Arbeiterschaft und den Massen überhaupt ein belehrendes Beispiel dafür, daß es nur einen einzigen Ausweg aus dem blutigen Chaos gibt, und zwar denjenigen, auf den vor zwei Jahren in Zimmerwald hingewiesen wurde: Rückkehr zum internationalen Klassenkampf, Bruch mit dem Burgfrieden, proletarischer Kampf

in allen Ländern mit proletarischen Mitteln, ohne Rücksicht auf die strategisch-diplomatischen Aussichten und Wünsche der imperialistischen Regierungen. Auf diesen Weg werden die Massen je weiter desto mehr gedrängt durch die allgemeinen unhaltbaren Zustände, durch die herausfordernde Politik der herrschenden Klassen, durch den Schiffbruch der Versuche auf sozial-diplomatischem Wege die Weltkatastrophe zu lösen, die der Imperialismus entfesselt.

Darum werden die Zimmerwalder Beratungen, die in dieser sorgenschweren Stunde in Stockholm eingeleitet werden, auch das Ziel erreichen, das sie sich stecken: durch engere Fühlung unter den revolutionären, sozialistischen Kreisen aller Länder, durch Einigkeit in Wort und Tat den verblutenden Proletariern zu beweisen, daß der Imperialismus, der über so vieles und über so viele gesiegt hat, nicht im Stande gewesen ist, den Geist des internationalen Sozialismus zu töten. Und da die Zimmerwalder stets, trotz der gesetzlichen und sozialpatriotischen Verfolgungen und Hindernisse, im Einvernehmen miteinander gearbeitet haben, so kann der Umstand, daß nicht alle Zimmerwalder Organisationen durch persönliche Anwesenheit ihre Vertreter an den Beratungen teilnehmen werden, die politische und praktische Bedeutung derselben nicht erheblich beeinträchtigen. Und da die Zimmerwaldianer nicht zu diplomatischen Unterhandlungen zusammenkommen, so kann die Tragweite ihrer Beschlüsse nur äußerlich dadurch beeinflußt werden, daß die Regierungen durch Paßverweigerungen ihre Zusammenkünfte erschweren.

Im Namen aller derjenigen, die mit uns sein wollen, aber durch politische Gewalt daran verhindert sind, in der heißen Zuversicht, daß es uns gelingen möge, unsere Pflicht ganz und gar zu erfüllen, und es unserer Bewegung gelingen solle, den auf sie gerichteten Hoffnungen gerecht zu werden, bieten wir der bescheidenen Anzahl der nach Stockholm gelangten Kampfesbrüder ein herzliches Willkommen.

Am 31. Juli trafen in Stockholm die Vertreter der U.S.P. WILHELM DITTMANN und LEDEBOUR aus Deutschland ein, um Informationen über die Sachlage betreffs der Konferenzen einzuholen und insbesondere um auf das Zustandekommen einer Zimmerwaldkonferenz hinzuwirken.

Tags darauf, am 1. August fand dann eine Besprechung zwischen ihnen, der I.S.K. (HÜGLUND, CARLESON, NORMAN und BALABANOFF) und den in Stockholm anwesenden Vertretern anderer Länder statt, nämlich C. LINDHAGEN und G. LINDSTRÖM (Schweden); A. JERMANSKIJ (Rußland); YRJÖ SIROLA (Finnland); J. EADS HAW (U.S.A.); RADEK, HANECKI (polnischer Landesvorstand, Zentralkomitee der Bolschewiki); F. STRÖM (Schweden); G. LEDEBOUR (Deutschland). Einhellig betrachtete man es als

notwendig, raschestens eine Zimmerwaldkonferenz einzuberufen. Der ursprünglich in Aussicht genommene Termin vom 10. August aber mußte verschoben werden, weil die allgemeine Konferenz nicht stattfinden könne. Es wurde daher beschlossen, am 5. September auch in dem Falle die 3. Zimmerwaldkonferenz — in den Viktoriasälen — in Stockholm abzuhalten, wenn die Allgemeine nicht stattfinden sollte.

Vertreten waren auf dieser 3. Zimmerwalder Konferenz aus: Deutschland, U.S.P. durch GEORG LEDEBOUR, HUGO HAASE, ARTHUR STADTHAGEN, KÄTHE DUNCKER, ADOLF HOFER, ROBERT WENGELS. — Rußland, Zentralkomitee der S.D.A.P.R. (Bolschewiki) durch ORLOWSKIJ und ALEXANDROW; Organisationskomitee der S.D.A.P.R. (Menschewiki) durch PAUL AXELROD, PANIN; Menschewiki-Internationalisten durch A. JERMANSKIJ. — Polen, Landesvorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens durch K. RADEK, HANECKI. — Finnland, S.D.P. durch YRJÖ SIROLA. — Rumänien, S.D.P. durch A. CONSTANTINESCU und J. C. FRIMU. — Schweiz, S.D.P. durch ROSA BLOCH und ERNST NOBS. — Amerika, Socialist Propaganda League und International Brotherhood durch Ahsis und J. Eads HAW. — Norwegen, Soz. Jugendverband durch EGEDE NISSEN, ERNST CHRISTIAN sen. und JOHANNES ERWIG. — Schweden, Soz. Jugendverband und S.D. Linkspartei durch OSKAR SAMUELSON, STRÖM, LINDHAGEN und JEORJ LUNDSTRÖM. — Österreich, Opposition innerhalb der österr. S.D.P. durch THERESE SCHLESINGER und Frau LUZZATTO. — Ferner die I.S.K. durch ANGELICA BALABANOFF, C. N. CARLSON, HÖGLUND, TURE NORMAN.

Was nun die Haltung dieser Delegierten auf der Konferenz und derselben gegenüber anbelangt, so ist folgendes festzustellen:

Von den 2 Vertretern des Organ. Komitees der Menschewiki erklärte der eine nach einmaligem Besuche der Konferenz schriftlich, er werde sich an ihr nicht beteiligen, weil seine Mandatgeber ihn beauftragt hätten, nur dann an einer Zimmerwalder Konferenz teilzunehmen, wenn diese vollzählig beschickt wäre und wenn beschlossen würde, an der allgemeinen Stockholmer Konferenz teilzunehmen. Der zweite Delegierte wieder, der sich an einigen Sitzungen und Diskussionen der Konferenz beteiligte, aber bei der Ausarbeitung des Beschlusses nicht an-

wesend war, verweigerte diesem nachträglich wegen Meinungsverschiedenheiten in der Formulierung eines Punktes die Zustimmung.

Aus Bulgarien waren zum Schluß der Verhandlungen zwei Delegierte, Abgeordneter CHARLAKOW und KATERINA TINEW, Vertreter der Opposition innerhalb der „breiten“ Partei und des Allg. Gewerkschaftsbundes, angelangt, die wegen Reiseschwierigkeiten zu spät kamen. Andere 2, KOLAROW und KYRKOW, die ebenfalls zur 3. Zimmerwalder Konferenz nach Stockholm gekommen waren und sich dort längere Zeit aufhielten, mußten vor Beginn der Konferenz wieder abreisen. Alle bulgarischen Delegierten aber stimmten den Beschlüssen der 3. Zimmerwalder Konferenz vollständig zu.

Die Vertreter der Ententeländer konnten nur brieflich mitteilen, daß sie mangels Pässe nicht erscheinen könnten.

In das Präsidium der Konferenz wurden KARL LINDHAGEN als Vorsitzender und ANGELICA BALABANOFF als Sekretärin gewählt.

Die Tagesordnung lautete provisorisch:

1. Bericht der I.S.K.; 2. Angelegenheit Grimm; 3. Stellung zur Int. Arbeiterratskonferenz; 4. Kampf für den Frieden und die Zimmerwalder Bewegung in den kriegführenden Ländern.

Auf Antrag LEDEBOURS wurde beschlossen, daß über die Konferenz außerhalb derselben weder gesprochen werden noch Interviews erteilt werden dürften.

Nach Entgegennahme und Gutheißung des Berichts der I.S.K. wurde in der Angelegenheit GRIMM, da dieser krankheitshalber nicht erschienen war und überdies — wie HAASE hervorhob — durch seine Demission bewiesen hatte, daß er das Widerspruchsvolle seiner Stellung eingesehen habe, dem Urteil der Untersuchungskommission (s. oben S. 367) zugestimmt.

In der Diskussion über die Beteiligung der Zimmerwalder an der Allg. Stockholmer Konferenz sprechen sich RADEK, DUNCKER, BALABANOFF, LEDEBOUR (letzterer persönlich, mit dem Bemerkens jedoch, daß er dem Beschluß der U.S.P.D. sich unterwerfen würde), HÖGLUND, SIROLA gegen die Teilnahme aus; HAASE und STADTHAGEN bedingt für sie, da sie die Allg. Konferenz zu benützen gedachten, um mit den Mehrheitsparteien

abzurechnen. AXELROD erklärte, sein Mandat berechtige ihn nur dann, an der Zimmerwaldkonferenz teilzunehmen, wenn dieselbe ihrerseits die Beteiligung an der Allgemeinen beschliesse. JERMANSKIJ war pur et simple für die Beschickung der letzteren. DUNCKER endlich erklärte im Namen der Gruppe „Internationale“ :

1. Der Friede als Ausgangspunkt für eine weitere politische Entwicklung, ein Friede, der das Proletariat nicht der Versklavung und der Erdrückung durch die durch den Krieg aufgehäuften Lasten ausliefert, kann nur das Werk der revolutionären Aktion der Arbeitermassen aller kriegführenden Länder sein.

2. Eine wirkliche Friedensaktion des Proletariates läßt sich nur international durchführen, wie die Schicksale der russischen Revolution beweisen. Das im Kampf um den Frieden sich selbst überlassene russische Proletariat wird durch die Passivität der Arbeitermassen in den anderen Ländern auf den Weg militärischer Aktivität und folglich der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Klassen gezwungen und so vom Wege des Klassenkampfes, von der ungehemmten Entfaltung der revolutionären Energie abgedrängt.

3. Die Selbstbestimmung der Nationen ist und bleibt leere Phrase, solange der bürgerliche Staat besteht. Die einzige reale Verwirklichung der Selbstbestimmung der Völker ist die revolutionäre Selbstbestimmung des arbeitenden Volkes durch Kampf um politische Macht im Staate.

4. Alle Projekte für „dauerhaften Frieden“, wie internationale Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte und dergleichen sind bürgerlich-pazifistische Utopien. Die einzige Garantie des dauerhaften Friedens ist die Ergreifung der politischen Macht durch die europäische Arbeiterklasse.

5. Das Friedensprogramm des internationalen Proletariats muß sein :

1. Abschaffung der Monarchie, wo sie noch besteht.
2. Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen.
3. Völlige Demokratisierung des Wahlrechtes und politische Gleichberechtigung der Geschlechter.
4. Garantien der freien politischen und kulturellen Entwicklung der Nationalitäten in jedem Staate.
5. Politische und wirtschaftliche Selbständigkeitserklärung aller Kolonien.
6. Achtstündiger Arbeitstag.
7. Abschaffung der Zölle und indirekten Steuern.
8. Annullierung aller aus dem Weltkriege entstandenen Staatsschulden.

Außerdem aber gab dieselbe Delegierte noch im Namen der Gruppe „Internationale“ folgendes zu Protokoll :

Der Kampf um die Beendigung des kapitalistischen Völkermordes, der seit drei Jahren ungehemmt wütet, ist eine Lebensfrage für den internationalen Sozialismus. Der bisherige Verlauf des Weltkrieges und seine immer weitere Ausbreitung, das klägliche Scheitern der Verständigungsversuche zwi-

schen den kriegführenden Mächten, sowie der pazifistischen Vermittlung der Neutralen haben den Beweis erbracht, daß der Krieg weder durch militärische Entscheidung, noch durch bürgerliche Diplomatie beendet werden kann, es sei denn nach allseitiger völliger Erschöpfung, das heißt nach dem sozialen Zusammenbruch der kriegführenden Länder.

Der einzige Ausweg, der der barbarischen Menschenschlächterei, wie dem fortschreitenden Ruin des Kulturlebens und aller Grundlagen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung Einhalt gebieten kann, ist die revolutionäre Erhebung des internationalen Proletariats. Jeder Friede, der nicht durch das Machtwort der zur politischen Aktivität wieder erwachten Arbeiterklasse Europas zustande käme, jede Verständigung der kriegführenden Mächte auf diplomatischem Wege würde nur auf eine Stärkung des Imperialismus, eine Befestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft und eine Aera wütender Reaktion hinauslaufen, wobei das erste Opfer, gegen das sich die wiederausgesöhnte internationale Bourgeoisie wenden würde, das revolutionäre russische Proletariat wäre.

Andererseits vermag sich der internationale Sozialismus aus dem beutigen Zusammenbruch nur durch eine kraftvolle Massenaktion der Arbeiterklasse in den kriegführenden Ländern behufs Beendigung des Krieges emporzuraffen. Nur im revolutionären Kampf um den Frieden kann der Sozialismus wieder zum Faktor des öffentlichen Lebens werden und die Beendigung der imperialistischen Orgie in einen mächtigen Vorstoß auf dem Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Endziele verwandeln. Würde der Friede wie der Krieg unter Ausschaltung der aktiven Politik der proletarischen Massen zu Stande kommen, dann wäre die Rolle des internationalen Sozialismus für absehbare Zeit in der Geschichte ausgespielt.

Vom Standpunkte der Lebensinteressen des Sozialismus kann deshalb die Friedensaktion der Sozialisten nicht darin bestehen, die einzelnen Regierungen zur Bekanntgabe ihrer Kriegsziele zu veranlassen, eine Verständigung zwischen ihnen anzubahnen, eine für alle kriegführenden Staaten annehmbare Formel des Friedens auszutüfteln, Pläne für die künftige Staatenkarte auszuarbeiten oder fromme Wünsche nach sogenannten Garantien eines dauerhaften Friedens in Gestalt utopischer bürgerlich-pazifistischer Vorschläge, wie Abrüstungsverträge, internationale Schiedsgerichte und ähnliches auszusprechen.

Die einzige wirkliche Friedensaktion der Sozialisten kann nur darin bestehen, klar und deutlich die proletarischen Massen aller kriegführenden Staaten zum revolutionären Klassenkampf um den Frieden, zum Kampf um politische Macht nach dem Vorbild der russischen Proletarier aufzufordern, ihnen die gewaltigen politischen Aufgaben der gegenwärtigen historischen Stunde, die Lehre des Weltkrieges und der russischen Revolution, so wie die sich daraus ergebenden Pflichten vor die Augen zu führen.

Die sozialistische Friedensaktion muß naturgemäß zugleich die schärfste Abrechnung mit dem Regierungssozialismus in allen Ländern sein, das heißt eine Brandmarkung der von ihm seit drei Jahren geübten Prostituiierung der

sozialistischen Ideen, Erdrosselung des Klassenkampfes und Demoralisierung des Proletariats. Die Friedensaktion des internationalen Sozialismus kann nur als ein Akt der Selbstbestimmung, der Selbstkritik und des Bruches mit der bisherigen Schmach und Korruption der offiziellen sozialistischen Parteien einsetzen.

Aus alledem folgt klar, daß eine internationale sozialistische Friedenskonferenz gemeinsam mit den Regierungssozialisten, die bis jetzt gerade durch ihre Durchhaltepolitik alles getan haben, um das Proletariat in allen Ländern zum willenlosen Werkzeug des Imperialismus zu degradieren und dadurch den Völkermord zu verlängern, den Lebensinteressen des internationalen Sozialismus direkt zuwiderlaufen würde. Sie hätte zum unvermeidlichen Ergebnis, daß die sozialistische Friedensaktion, statt kraftvoll und sichtbar die Fahne des revolutionären Klassenkampfes aufzupflanzen, viel mehr bürgerlich-pazifistische Vorarbeit für die Diplomatie der kriegführenden Staaten und so Vorspanndienste für die herrschenden Klassen leisten würde. Sie hätten ferner zum Ergebnis, daß die Ansätze zur inneren Klärung und somit zur Auferstehung des internationalen Sozialismus aus dem heutigen Ruin wieder in einem Wirrwarr mit allen Elementen der Korruption verloren ginge. Sie hätte schließlich zum Ergebnis, daß die Regierungssozialisten aller Länder als gleichwertiger Faktor mit den Anhängern des internationalen Sozialismus und als Vertreter der Arbeiterklasse wieder offiziell anerkannt würden, und somit die Säuberung der internationalen Arbeiterbewegung von diesen Elementen in verhängnisvollster Weise erschwert wäre.

Eine solche Friedenskonferenz wäre im Gegenteil der erste Schritt zu jener von allen Regierungssozialisten erstrebten Lösung der jetzigen Krise, bei der die Verräter des Sozialismus in allen Ländern einander in einer großen Aussöhnungsfarce gegenseitig Absolution erteilen wollen.

Von allen diesen Gesichtspunkten aus würde eine gemeinsame Friedenskonferenz mit den Regierungssozialisten nicht ein Akt der Klärung und ein Vorstoß zum Wiedererwachen des proletarischen Klassenkampfes, sowie zur Herbeiführung des Friedens sein, sondern ein Element neuer Verwirrung in der Arbeiterbewegung und eine Ablenkung des Proletariats von einer wirklichen Friedensaktion durch seinen eigenen revolutionären Kampf.

Von obigen Erwägungen ausgehend, erklärt die Gruppe Internationale, unter keinen Umständen an einer gemeinsamen Konferenz mit Regierungssozialisten teilnehmen zu wollen.

\*                    \*                    \*

Bei der Berichterstattung über die Zimmerwalder Friedensbewegung sprachen über die Lage in Rußland RADEK, JERMANSKIJ und AXELROD, namens der Org.-Komitees der S. D. P. Rußlands. Hierbei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ORLOWSKIJ im Namen des Zentral- und Auslandkomitees der Bolschewiki sowie des Landesvorstandes der S. D. P.



## Polens unter Protest JERMANSKIJ's und AXELRODS folgende Erklärung abgab:

An der Beratung nehmen Vertreter des sog. Organisationskomitees der russischen Sozialdemokratie teil, einer Organisation, die, nachdem sie durch die Genossen AXELROD und MARTOW an der Ausarbeitung der Beschlüsse von Zimmerwald und Kiental teilgenommen hat, sich jetzt im Widerspruch zu den Kientaler Resolutionen an einer kapitalistischen Kriegsregierung beteiligt, ihre Politik der Offensive hinter dem Rücken des Proletariats mitvorbereitet hat, nach dem schmachlichen Zusammenbruch dieser Politik an den wütendsten Repressalien gegen die Soldatenmassen (Einführung der Todesstrafe in der Armee) teilnimmt, die Niederschießung der Petrograder Arbeiter, die Unterdrückung ihrer Organe, die Einkerkерung ihrer Führer, die Kampagne der schmachlichsten Verleumdungen gegen sie unterstützt hat, für das ganze jetzige KERENSKIJ-Regime volle Verantwortung trägt, da sie auch nach allen dessen Schandtaten ihre Vertreter aus seiner Regierung nicht abberufen hat.

Da diese gegenwärtige Beratung dank ihrer unvollkommenen Zusammensetzung sich selbst des Rechtes entäußert hat, irgendwelche autoritative organisatorische Beschlüsse zu fassen, haben wir darauf verzichtet, hier den Ausschluß der sozialpatriotischen russischen Organisationen zu beantragen, die ihren Kreuzzug gegen die russischen internationalistischen Organisationen mit der Zugehörigkeit zu Zimmerwald vereinigen zu können glauben, obwohl eigentlich die Beschlüsse unseres letzten Parteitages uns zu dieser Forderung verpflichtet. Aber die formelle Unmöglichkeit des organisatorischen Ausschlusses des O.K. aus der Zimmerwalder Organisation auf dieser Beratung enthebt sie nicht der Pflicht, klipp und klar zu sagen, was die hier anwesenden Parteien über die Politik der Auslieferung des russischen Proletariats an die russischen- und die Ententeimperialisten, über die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Armee, über die Niederschießung der Petrograder Arbeiter auf Geheiß der russischen Regierung mit Zustimmung der Mehrheit der Sowjetführer, über die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse, die den Kampf um den Frieden führt, über die Einkerkерung revolutionärer Kämpfer (die, vollkommen der Willkür der Schergen des alten Zarismus in den Gefängnissen des freien Rußlands ausgeliefert, wie unter dem Zarismus zum Hungerstreik greifen müssen, um nur zu erfahren, wessen sie eigentlich angeklagt werden), was schließlich die Konferenz über die ehrlose Verleumdung der bolschewikischen Partei und ihrer Führer als von Deutschland gekauften Agenten denkt. Keine Berufung auf schlechte Informiertheit enthebt die Konferenz dieser Pflicht. Die Zimmerwalder Konferenz darf nicht uninformiert sein darüber, wer in Rußland für die Grundsätze von Zimmerwald kämpft und wer der imperialistischen Bourgeoisie hilft, diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterdrücken. Ist die Konferenz darüber nicht informiert, so soll sie sich informieren lassen, aber sie darf nicht von den Vertretern der niedergeschossenen Proletarier, von den Vertretern der mit Gewalt unterdrückten Parteien, verlangen, daß sie ruhig an ihr teilnehmen ohne zu

wissen, mit wem sie eigentlich verhandeln: mit den Vertretern von revolutionären proletarischen Parteien, die mit den revolutionären russischen Sozialdemokraten wenigstens durch die Bande der moralischen Solidarität verbunden sind, oder mit Politikern, die sich nicht entschließen können, ob sie für die kämpfenden revolutionären Proletarier oder für ihre sozialpatriotischen Verfolger sind. Da die gestrige Debatte gezeigt hat, daß ein Teil der Konferenz sich über diese primitive Pflicht im Unklaren befindet, fordern wir Unterbrechung der bisherigen Beratungen und die Annahme einer Resolution über die Lage in Rußland, die uns die Garantie gibt, daß die Vorbedingungen für irgend welche gemeinsame Arbeit vorhanden sind. Wir sind bereit, in Gegenwart unserer Gegner der Konferenz, Dokumente in der Hand, Aufschluß über die Lage in Rußland zu geben. Bevor die Zimmerwalder Beratung nicht unzweideutig bezeugt hat, mit wem sie solidarisch ist, mit den Kämpfern für die Ideen von Zimmerwald, mit den revolutionären russischen Internationalisten oder mit den Helfershelfern der russischen Cavaignacs, werden wir an ihren Beratungen nicht teilnehmen.

Ungeachtet dieser Erklärung wurde beschlossen, in die Diskussion über „Die Zimmerwalder Parteien und die proletarische Friedensbewegung in den kriegführenden Ländern“ einzutreten; da hierbei genug Gelegenheit sei, die von ORLOWSKIJ aufgeworfenen Fragen mitzubehandeln und nach Maßgabe der einander entgegengesetzten Behauptungen zu beurteilen.

Im Anschluß an die Berichte von THERESE SCHLESINGER (Österreich), AHSIS (Amerika), NIESSEN (Norwegen), SIROLA (Finnland), CONSTANTINESCU (Rumänien) schlug AHSIS namens der Soc. Propag. League vor, es sei programmatisch zu fordern:

1. Sofortiger Waffenstillstand zwecks Vorbereitung eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigung auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. —
2. Lösung des allgemeinen Problems der unterdrückten Völker, die Kolonien inbegriffen. Allgemeiner Klassenkampf gegen den Imperialismus. —
3. Finanzielle Unterstützung der vom Kriege ruinierten Länder aus einem allgemeinen Fonds, der aus einer internationalen Steuer auf die Kriegsprofite geschaffen werden muß. Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates aus sämtlichen kriegführenden Ländern und Vertretern der revolutionären Sozialisten der neutralen Länder, um die Tätigkeit der kapitalistischen Friedenskonferenz zu kontrollieren.

Weitere Berichte erstatteten in der Sitzung vom 10. September die mittlerweile eingetroffenen Vertreter aus Frankreich, England und Italien, sowie des russischen Arbeiterrats GOLDENBERG und ERLICH, worauf auf Antrag des Schweizers NOBS zur Ausarbeitung eines Aufrufes zur Massenaktion bzw. zum Massen-

streik mit allen gegen die Stimme HAASES (der eine Erklärung für ausreichend erachtete) eine Kommission eingesetzt wurde aus: HAASE, LEDEBOUR, RADEK, JERMANSKJI, BALABANOFF, SCHLESINGER, HÖGLUND und DUNCKER. Zugleich wurde vom Präsidium und den einzelnen Delegierten betont: daß die Massenaktion nur dann Platz greifen solle, wenn sämtliche und vor allem die Zimmerwaldparteien der kriegführenden Länder dem Manifest zugestimmt hätten, welches die I.S.K. ihnen unverzüglich übermitteln sollte. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, das Manifest bis zur Erlangung dieser Zustimmung streng geheim zu halten.

Die Konzipierung des Manifests brauchte fünf Kommissionsitzungen. Der Entwurf wurde sodann von der Konferenz am 12. Juli einstimmig zum Beschluß erhoben und auf Antrag STADTHAGENS die Überschrift „Friedenskundgebung aus Stockholm“ gewählt.

Die bis dahin provisorischen Mitglieder der I.S.K. CARLSEN, HÖGLUND und NERMAN wurden endgültig gewählt und BALABANOFF zum Sekretär der I.S.K. bestellt.

Weiterhin beschloß die Konferenz Sympathiekundgebungen für FRIEDRICH ADLER, „den unerschrockenen heldenhaften Kämpfer für Freiheit und Recht“, und sprach ihre Solidarität aus mit KOLLENTAY, TROTZKIJ und anderen in Haft befindlichen russischen Sozialdemokraten.

Im Manifest hieß es — nach Aufzählung der auf der 3. Int. Soz. Konf. vertretenen Parteien und Organisationen sowie nach dem Hinweis darauf, daß außerdem den Konferenzbeschlüssen auch noch andere Gruppen zugestimmt hätten<sup>1)</sup>:

Friedenskundgebung aus Stockholm.

Proletarier aller Länder!

Dem vierten Kriegswinter mit all seinen Schrecken treiben die Völker widerstandslos entgegen. Millionen von Männern wurden hingemordet, Mil-

---

1) Die enge Partei Bulgariens und die erst nach der Konferenz in Stockholm angelangten Vertreter der Opposition innerhalb der weiten Partei und des Allg. Bundes der Gewerkschaften Bulgariens. Wir haben Zustimmungen auch von Parteien erhalten, deren Vertreter nicht nach Stockholm kommen konnten; da die von ihnen gesandte schriftliche Zustimmung an uns aus Hindernissen technisch-politischer Natur noch nicht eingelangt ist, erwähnen wir sie nur im allgemeinen.

Einer Anzahl anderer sozialistischer Organisationen internationaler Rich-

lionen zu Krüppeln geschossen, weitere Millionen werden Tag für Tag zur Schlachtbank geschleppt. Hunger und Elend zermürben die Daheimgebliebenen. Männer, Frauen und Kinder, nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in den neutralen Ländern. Es ist die Selbstvernichtung der Völker als Folge des kapitalistischen Wettbewerbs um Herrschaft und Beute.

Angesichts dieser Greuel und Qualen erhebt sich aus den leidenden Völkern immer lauter der Ruf: Herbei mit dem Frieden, ein Ende dem Völkermord! Aber noch immer dämmert die Morgenröte des Friedens nicht herauf. Gedrängt von ihren kriegsmüden Völkern bekennen sich zwar die Machthaber in beiden Lagern zum Frieden, aber hinter ihren feierlichen Beteuerungen ihres Friedenswillens verbirgt sich nur mühsam die ungestillte Gier nach Zerschmetterung des Gegners, nach Eroberungen und neuen Ausbeutungsmöglichkeiten.

Die kapitalistischen Regierungen fürchten alle, vom Schlachtfeld ohne Beute heimkehren zu müssen, beladen nur mit der Milliardenschuld und dem Fluch von Millionen Witwen und Waisen. Sie zittern vor dem Tag des Friedens, der ein Tag der Abrechnung sein wird. Darum werden sie sich nicht über den Frieden verständigen, solange sie noch über die geringsten Kräfte verfügen und die mindeste Aussicht auf Niederringung des Gegners sie lockt.

Nicht weniger aussichtslos ist die sogenannte Friedens- und Verständigungsarbeit der Regierungssozialisten, die dem Proletariat versprochen haben, in Stockholm die Sache des Friedens entscheidend zu fördern.

Zwischen den Regierungssozialisten der beiden Mächtegruppen läßt sich keine Brücke schlagen; sie sind ja nur Helfershelfer ihrer heimischen Regierungen. Ihre Handlangerdienste zur Aufrechterhaltung des Burgfriedens und zur Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik haben sie der Fähigkeit zu einem revolutionären Kampf für die proletarischen Interessen beraubt.

Fähig und berufen dazu sind in allen Ländern allein die Proletariermassen, die ihren sozialistischen Idealen treu geblieben sind, oder neu für sie gewonnen werden. Gemeinsame Anschauungen und das Bewußtsein gemeinsamer Interessen schweißen diese international gesinnten Proletarier zu einer Einheit zusammen, die einem gemeinsamen Ziele unwiderstehlich entgegendrängt. Die Entwicklung der Dinge zwingt sie aber auch gebieterisch zur schleunigen Verwirklichung dieser großen Lebensaufgabe.

Nur ein Frieden, den das sozialistische Proletariat durch entscheidende Massenaktionen erkämpft und gestaltet, kann die Erneuerung des Weltgemetzels dauernd verhindern. Ein kapitalistischer Frieden, wie er auch gestaltet sein möge,

insbesondere den Genossen aus England, Frankreich und Italien, wurde durch Paßverweigerung die Teilnahme an der Konferenz vereitelt, deren Zustimmung die I.S.K. gewiß ist.

würde dazu führen, daß in jedem einzelnen Lande die unermesslichen Kriegsschulden auf die Schultern der arbeitenden Massen gewälzt würden. Das Proletariat hat jahrelang mit dem Blute seiner Söhne, mit der Lebenskraft aller seiner Männer und Frauen den Krieg genährt. Der Kapitalistenklüngel hat durch leichte Ergatterung von Kriegsprofitten seine Vampirkräfte gestärkt. Ein kapitalistischer Frieden würde den Proletariern die Verkümmerng ihrer Rechte bescheren, den Kapitalisten jedoch die schlimmste Aussaugung der Volkskraft erleichtern. Um einen dauernden Frieden zu sichern, ist es auch notwendig, die sämtlichen Staaten von Grund auf zu demokratisieren und die Geldsackprivilegien auszumerzen. Eine Gewähr gegen die Wiederkehr des Weltkrieges bietet aber nur die Verwirklichung der sozialen Republik.

Zur Beschleunigung des internationalen proletarischen Kampfes drängen auch die Zustände in Rußland. Die russischen Freiheitskämpfer hatten in ihrer großartigen Revolution mit dem Sturz der Zarenherrschaft einen verheißungsvollen Schritt auf dem Wege zur Friedenserzwingung und Volksbefreiung getan. Aber in dem Weltkriege kann nicht das Proletariat eines einzelnen Landes isoliert den Frieden erzwingen. Bisher sind die proletarischen Massen in andern Ländern den russischen Brüdern auf dem Befreiungswege nicht gefolgt. Auch das hat dazu beigetragen, daß die Reaktion in Rußland drohend ihr Haupt erheben kann.

Der internationale proletarische Massenkampf für den Frieden bedeutet zugleich die Rettung der russischen Revolution.

Einzelaktionen des Proletariats hat es bereits gegeben, bald hier, bald dort. Arbeiter und Arbeiterinnen ließen allen Verfolgungen zum Trotz auf den Straßen den Ruf nach Brot, Frieden und Freiheit erschallen. Es führen den proletarischen Kampf die Arbeitermassen, die in der Fron des Kriegskapitalismus die Arbeit niederlegen, um ihre einfachsten Menschenrechte zu schützen. Und sie unternahmen diese Streiks trotz der Preisgabe des Koalitionsrechts durch die regierungssozialistischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Das alles sind Anzeichen nicht nur von der Kriegsmüdigkeit der Proletarier in den einzelnen Ländern, sondern bereits von ihrer Erkenntnis, daß nur proletarische Kampfmittel ihnen den Frieden bringen können.

Aber durch solche Einzelkämpfe, von denen die Proletarier anderer Länder gar keine oder verspätete Nachrichten erhalten, kann das ersehnte Ziel nicht erreicht werden. Die Stunde hat geschlagen für den Beginn des großen gemeinsamen Kampfes in allen Ländern zur Herbeiführung des Friedens, für die Völkerbefreiung durch das sozialistische Proletariat. Das Mittel dazu ist der gemeinsame internationale Massenstreik.

Unser Ruf ergeht an die Arbeiterschaft eines jeden Landes. Ihr eigenes Schicksal ist unlöslich verknüpft mit dem Schicksal des Weltproletariats. Die Arbeiterschaft eines Landes, die sich ausschließt von dem gemeinsamen Kampfe, oder gar ihm in den Rücken fällt, vereitelt den Frieden, verlängert Krieg und Volksausbeutung und ruiniert ihre eigene Zukunft. Sie begeht Verrat an der gemeinsamen Sache der Menschheit! Das darf nicht sein!

Proletarier aller Völker! Euer harrt die schwerste Pflicht, euch winkt aber auch das erhabenste Ziel, die endgültige Menschheitsbefreiung.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbet für die internationale proletarische Massenaktion in jeder Werkstatt, wo es pocht, in jeder Hütte, wo es ächzt! Der Kampf wird lang und schwierig sein. Die herrschenden Klassen werden nicht auf einen Schlag weichen, geschweige denn kapitulieren. Je schwieriger der Kampf, desto entschiedener muß er geführt werden! Es gilt kämpfend zu siegen, denn längeres widerstandsloses Dulden muß dem Proletariat den Untergang bringen.

Hoch der internationale Massenkampf gegen den Krieg!  
Hoch der sozialistische Frieden!

Am 14. und 15. September fand eine Besprechung der auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Sozialdemokratien statt, die anlässlich der III. Zimmerwalder Konferenz und der geplanten Frauenkonferenz in Stockholm eingetroffen waren. Als Grundlage für die politischen und sozialen Postulate dienten die Beschlüsse der Berner außerordentlichen Konferenz sozialistischer Frauen vom März 1915 und folgende

Forderungen des Frauen-Reichsausschusses der U.S.P.D. Deutschlands.

1. Die Einräumung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter vom vollendeten 20. Lebensjahre an zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften in Reich, Staat und Gemeinde. —
2. Ein völlig freies Vereins-, Versammlungs- und Streikrecht; Beseitigung aller Ausnahmegesetze gegen die Jugend, das Gesinde, die Landarbeiter und fremdsprachigen Arbeiter. —
3. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf mindestens 8 Stunden für alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen; auf 6 Stunden für alle Arbeitenden unter 18 Jahren. —
4. Verbot der Erwerbsarbeit für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr. —
5. Freigabe des Sonnabend Nachmittag für die Arbeiterinnen. Freigabe eines Nachmittags in jeder Woche für die Jugendlichen zur Körperübung. —
6. Verbot der Nacharbeit, insbesondere für die Frauen und Jugendlichen, und eine Einschränkung der als Nacht bezeichneten Zeit. —
7. Alljährlich 14 Tage Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes für Erwachsene und Jugendliche. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit an Männer und Frauen. —
8. Verbot der

Beschäftigung für Arbeiterinnen bei gewerblichen Giften und gesundheits-schädigenden Arbeitsarten und Arbeitsmethoden. — 9. Verbot der Beschäftigung für Arbeiterinnen 8 Wochen vor der Entbindung und 8 Wochen nach dieser. — 10. Ausbau des Heimarbeiterschutzes, bei dem die Bestimmungen für die Industriearbeiterinnen in sinngemäßer Weise übernommen werden müßten. — 11. Ausbau der Gewerbeinspektion, Vermehrung der Beamten, insbesondere durch Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen. Anstellung von Ärzten, Erweiterung der Machtbefugnisse der Inspektoren. — 12. Ausbau der sozialen Versicherung und ihre Ausdehnung auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere auf die Hausgewerbetreibenden und Hausangestellten. — 13. Einführung der Arbeitslosenversicherung. — 14. Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung durch Schaffung kommunaler Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage mit beruflicher Gliederung.

#### Zum Schutz von Mutter und Kind.

##### A. Von der Krankenversicherung:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen und Mädchen, sowie auf alle weiblichen Personen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt. — 2. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für 8 Wochen in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagelohns der in Frage kommenden Lohnklasse für Lohnarbeiterinnen. — 3. Obligatorische Einführung der Schwangerenunterstützung für alle übrigen weiblichen Versicherten in der Höhe des ortsüblichen Tagelohns für weibliche Erwerbstätige. — 4. Obligatorische Einführung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen für alle weiblichen Versicherten in der gleichen Höhe der Schwangerenunterstützung. — 5. Freie Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden für alle weiblichen Versicherten. — 6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des gesetzlichen Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen. Das Stillgeld ist zu zahlen nach Ablauf der Wöchnerinnenunterstützung. — 7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und Sicherung des vollen Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten.

##### B. Von der Gemeinde:

1. Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen. — 2. Organisation der Wöchnerinnenhauspflege. Entlastung der erwerbenden Frauen von unökonomischer Hausarbeit durch Wohnungsreform und kommunale Einrichtungen.

#### Für die Jugenderziehung.

Bei der starken Inanspruchnahme der Frauenkraft für den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß und der dadurch bedingten Auflösung der Familie ist es Pflicht der Gesamtheit, in weit höherem Maße als bisher die Erziehung der Jugend zu einer Angelegenheit der Gesellschaft zu machen.

##### Deshalb fordern die Frauen:

1. Schaffung von unentgeltlich zu benutzenden kommunalen Kindergärten unter Leitung pädagogisch geschulter Personen. — 2. Reform des Schulwesens

durch Schaffung der Einheitsschule, auf der breiten Grundlage der Arbeitsschule mit gemeinsamer Erziehung der Geschlechter. — 3. Verlängerung der Schulpflicht bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. — 4. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lern- und Lehrmittel. — 5. Schaffung von Kinderhorten unter Leitung von Pädagogen. — 6. Obligatorische und unentgeltliche Schulspeisung. — 7. Anstellung einer genügenden Zahl von Schulärzten, die bei nachgewiesener Erkrankung mindestens die erste Hilfe zu leisten haben. — 8. Obligatorische Einführung von Schulbädern. — 9. Obligatorische Fortbildungsschulpflicht für beide Geschlechter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. — 10. Errichtung kommunaler Lehrwerkstätten für beide Geschlechter.

Die Umwälzung, die der Krieg im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Frau hervorgerufen, braucht wohl von sozialdemokratischer Seite nicht mehr hervorgehoben zu werden: wird doch diese Umwälzung in ihrer ganzen Tragweite von Allen, die rabiatesten Feinde der materialistischen Geschichtsauffassung einerseits und die oberflächlichsten philisterhaftesten Beobachter des täglichen Lebens andererseits nicht ausgeschlossen, anerkannt. Der Sozialdemokratie liegt aber vor allem die Pflicht ob, aus der von ihr vorausgesehenen, bereits eingetroffenen Umwälzung die nötigen theoretischen und politischen Schlußfolgerungen zu ziehen, und zwar auf nationalem und internationalem Boden auf der Grundlage der an der Berner Konferenz 1915 angenommenen Beschlüsse. Um die internationale Verständigung über die konkrete Lösung der äußerst wichtigen Frage vorzubereiten, veröffentlichten wir die sozialen und politischen Postulate, die der Frauen-Reichsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands in seiner im Juni abgehaltenen Konferenz angenommen hat.

Über die 3. Zimmerwalder Konferenz selbst und die ihr gefolgte Besprechung der sozialdemokratischen Frauen vom 14. und 15. September orientiert ein im Nachrichtendienst der I.S.K. (Nr. 23) abgedruckter Bericht, aus dem folgendes hervorgehoben sei:

Die Diskussion wurde von ausführlichen Berichten eingeleitet und von dokumentierten Reden begleitet und dauerte einige Tage. In der Sache selbst, in der praktischen Stellungnahme zu den Ereignissen herrschte vollständige Einigkeit, so daß die Kundgebung, in die die Diskussion ausmündete, einstimmig angenommen wurde und alle Garantien dafür vorhanden sind, daß die Gesichtspunkte und praktischen Maßnahmen, auf die in ihr Bezug genommen wird, mit dem gleichen Eifer von den Anhängern Zimmerwalds aller Länder und aller Fraktionen vertreten sein werden. Und daß in der Hauptfrage solche Einigkeit ohne weiteres erzielt werden konnte, weist darauf hin, wie gebieterisch die objektiven Verhältnisse das Proletariat auf den einzigen Weg hinweisen, auf dem es zum Frieden und zur Wiederherstellung tatkräftiger internationaler Beziehungen gelangen kann. Eine Riesenarbeit harter Arbeiter, die Welt vom Völkermorde zu befreien, und zwar durch Entfaltung ihrer eigenen, in den Proletariern aller Länder schlummernden Riesenkraft.



Das Proletariat soll und kann sich vor der Schmach und dem Fluch retten, von dem es bedroht wäre, falls nach den unzähligen Leiden und Verbrechen, die an der Arbeiterklasse aller Länder durch den imperialistischen Krieg begangen worden, es der heiligen Allianz zwischen Papst und Regierungen gelänge, den Völkern den langersehnten Frieden zu „schenken“ und dadurch in den Augen der noch nicht aufgeklärten Volksschichten die reaktionären Mächte, die den Krieg verschuldet, mit einem Nimbus von „Menschenfreundlichkeit“ zu umgeben. Die Hoffnung der Völker auf einen ihnen von päpstlicher, dynastischer oder sozialdiplomatischer Seite „geschenkten“ Frieden kann die blutige Metzelei nur ins Unendliche verlängern, während ein solcher Friede selbst nicht nur Keime neuer Kriege in sich bergen würde, nicht nur die unerhörten Kriegslasten gänzlich auf die hungernden, erschöpften Massen wälzen würde, sondern er würde auch das Klassenbewußtsein der Massen beeinträchtigen, den Tag der Abrechnung der Massen mit ihren Beherrschern und Ausbeutern zu einem Tage neuer Versklavung, neuer Unterwerfung machen. Nicht nur der Krieg, sondern die ganze Arbeiterbewegung stehen vor einem Scheidewege: entweder durch den von den Massen aller Länder entfalteten Massenkampf zum Frieden, durch neue Kämpfe auf sozialem und politischem Gebiete zum Sozialismus, oder aber durch duldsames Unterwerfen und Ertragen, durch weiteren Verzicht auf Menschenrechte zu weiterem Blutvergießen, zu neuer Versklavung, zu noch größerer Entrechtung, zur Befestigung der Klassenherrschaft, des Militarismus, der Geldsack- und Dynastieprivilegien.

Es mag ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Stockholmer Zusammenkunft der Zimmerwalder einen Schritt vorwärts bedeutet, insofern als überhaupt Kongresse und Konferenzen einen Schritt vorwärts zur Tat bedeuten können. Was die Völker unglücklicherweise bis jetzt nicht zu vollbringen gemocht haben, was die Regierungssozialisten zu erreichen weder vermögen noch wollen, weil sie demütige Helfershelfer ihrer Regierungen sind, das soll das klassenbewußte Proletariat unter der Fahne des internationalen Sozialismus erzwingen.

Was die Stellung zur Arbeiterratkonferenz betraf, so war die Diskussion ganz allgemeiner politischer und taktischer Natur und verschmolz mit dem Haupttractandum: der proletarische Kampf für den Frieden und die Zimmerwalder Bewegung. Da die Stockholmer Konferenz endgültig gescheitert ist, hätte man über die Stellung, die man eventuell zu ihr eingenommen hätte, nicht weiter zu beraten brauchen. Wurde die Frage trotzdem eingehend behandelt und wurde dem Antrage, wegen des Nichtstattfindens der Konferenz auf jegliche Diskussion zu verzichten, keine Folge geleistet, so ist es darauf zurückzuführen, daß gerade die Gegner der Beschickung der vom holländisch-russischen Komitee einberufenen Konferenz die Frage für eine prinzipielle betrachteten und ihre Behandlung für notwendig hielten, wenn auch die praktischen Schlußfolgerungen im konkreten Falle nicht zur Anwendung kommen. Es handle sich darum, dem Proletariat die Augen zu öffnen darüber, wie und warum das Scheitern der Konferenz, deren

Beschickung unter allen Umständen nur dazu beitragen konnte, die Massen zu verwirren, ihnen eine Komödie des Separatfriedens zwischen den Sozialpatrioten verschiedener Länder vorzuführen. Diejenigen Genossen, welche der Meinung waren, daß die Beschickung der allgemeinen Konferenz nicht ohne weiteres zu verwerfen sei, betrachteten die Frage als eine rein taktische; man sollte nicht auf eine Gelegenheit verzichten, den heimischen Sozialpatrioten vor dem Quorum der Internationale dasjenige zu sagen, was man in eigenem Lande wegen der Kriegszensur nicht im Stande ist zu sagen. Aber da es sich um keine Beschlußfassung handelte, so deckte sich die Frage mit der allgemeinen Stellung zum Sozialpatriotismus, die eingehend bei der Behandlung des Haupttraktandums besprochen wurde. Letzterer ging ein Bericht über die Zimmerwalder bzw. proletarische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern voraus. Die Berichte der Delegierten wurden durch schriftliche, an die I.S.K. aus den Ländern, deren Vertreter wegen Paßverweigerung nicht persönlich an der Konferenz teilnehmen können, gelangte, ergänzt. Aus allen Berichten ohne Ausnahme ergab es sich, daß überall nicht nur die objektiven, vom Krieg geschaffenen Verhältnisse, sondern auch die subjektive Stimmung eines großen Teils der Arbeitermassen auf eine bedeutende Gärung in allen kriegführenden Ländern hinweist. In allen Ländern haben bereits Einzelaktionen stattgefunden, die nicht nur auf Kriegsmüdigkeit, Hunger und dgl. hinweisen, sondern auch darauf, daß in den Massen das Bewußtsein wächst, daß nur durch einen energischen Kampf der Völker gegen die Regierungen und herrschenden Klassen aller Länder dem Kriege ein Ende gemacht werden kann. Trotz dem Wüten der Reaktion und der Zensur, dem Aufheben des Koalitionsrechtes und der sozialen Gesetzgebung überhaupt, trotzdem sich viele Regierungssozialisten und Gewerkschaftsführer ganz in den Dienst der Regierungen gestellt haben und zu den eifrigsten Befürwortern des Burgfriedens und des Durchhaltens gehören — beweisen die Massen durch ökonomische und allgemeine Proteststreiks, daß sie nicht mehr widerstandslos im Dienste des Völkermordens und der Kapitalistenfron stehen wollen. Allein die Einzelaktionen verlieren trotz des Opfermutts der sich an ihnen beteiligenden Arbeiter an Bedeutung, weil es den Gewaltmaßregeln und der Zensur gelingt, die Proletarier so voneinander zu trennen, daß das Auftreten der einen gar nicht oder zu spät den andern bekannt wird.

Würden die Proletarier des einen Landes wissen, wie tatsächlich die Stimmung in den andern „feindlichen“ ist, so würden sie vom Alpdruck befreit werden, der bis jetzt ihre Aktion gehemmt hat: bei einer jeden Regung des heimischen Proletariats hat die bürgerliche und sozialpatriotische Presse in demagogischer Weise darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse des feindlichen Landes kriegsbegeistert ist und die kriegsfeindliche Bewegung im betreffenden Lande im Interesse des heimischen Imperialismus ausnutzen würde.

Da inzwischen die Arbeiterratsdelegierten aus Frankreich, England und Italien zurückgekehrt waren, wurden sie aufgefordert, auch vor der Zimmerwalder Konferenz über ihre Reise zu berichten. Ihr Bericht deckte sich so

ziemlich mit dem, was in der Presse und Zuschriften an die I.S.K. aus den betreffenden Ländern bekannt ist.

Eine rege Diskussion riefen die russischen Ereignisse hervor, und zwar nicht nur, weil bei ihrer Besprechung Vertreter dreier verschiedener Richtungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie zur Sprache kamen, sondern auch weil es sich um Ereignisse handelt, die die größte Bedeutung für die sozialistische Internationale haben, weshalb ihre genaue Kenntnis und Wertschätzung von allergrößter Wichtigkeit für die Völker Europas sind. Welche Lehren lassen sich aus der russischen Revolution ziehen, auf welche Faktoren ist ihre Niederlage zurückzuführen, welches Urteil ist über diejenigen Parteien und einzelnen Mitglieder derselben abzugeben, die, nachdem sie mit der Fahne Zimmerwalds für einen baldigen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigung in den Kampf getreten, immer mehr in den Bann des Ententeimperialismus geraten und zu den reaktionärsten, verwerflichsten Kampfmitteln greifen?

Über diese Frage wurde lange debattiert und obwohl es sich nicht darum handelte, irgendwelche Beschlüsse zu fassen (in der Geschäftsordnung wurde vor vornherein festgestellt, daß man nur dann solche fassen würde, wenn in der betreffenden Frage vollständige Übereinstimmung herrschen würde), und wenn auch einzelne Delegierte erklärten, daß, trotzdem sie die Repressivmaßnahmen, die in Rußland angewendet worden, nur aufs schärfste verurteilen können, sie in der Frage der Verantwortlichkeit, die auf die einzelnen Parteien und Genossen fällt, nicht genügend orientiert sind, um ihr Urteil in einer Resolution festzulegen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß gerade die Diskussion über die Vorgänge in Rußland den nichtrussischen Delegierten es erleichtern wird, sich in dieser äußerst wichtigen, brennend aktuellen Frage ein Urteil zu bilden.

Im Anschluß an die III. Zimmerwalder Konferenz in Stockholm fand die Internationale sozialistische Frauenbesprechung vom 14. September 1917 statt. Sie war dem Bedürfnis entsprungen nach regeren Beziehungen gerade unter den tätigen Sozialistinnen aller Länder, sowie nach einer Aussprache über die wichtigsten Fragen, die der Krieg für die arbeitende Frauenwelt geschaffen. Die außerordentliche sozialistische Frauenkonferenz von Bern im März 1915 hatte wegweisend für die sozialistische Frauenbewegung gewirkt und vielleicht nicht für die Frauenwelt allein. Daß die Frauen innerhalb der sozialistischen Parteien vom Anfang an zum radikalsten Flügel gehörten, kann u. a. auch darauf zurückgeführt werden, daß sie gerade in den Beschlüssen jener Konferenz einen sicheren Wegweiser gefunden und daß die Teilnehmerinnen sich ihrer Hauptpflicht bewußt, in einem allgemeinverständlichen, in allen Ländern verbrei-

teten Aufruf die Frauen aus den arbeitenden und entbehrenden Klassen, die trauernden und fronenden Proletarierinnen auf die Ursache des Krieges hinwiesen, auf die Rechte und sozialen Pflichten, die ihnen daraus erwachsen, daß sie der Krieg zu Soldaten des Hinterlandes gemacht. Auch am 14. September 1917 waren sich die Konferenzteilnehmerinnen darüber einig, daß die sozialistische Tätigkeit unter den Frauen, der Kampf gegen den Krieg nur auf der Grundlage der Berner Resolution sich zu entfalten haben. Ebenso auch darüber, daß die Stockholmer Zusammenkunft nur den Charakter einer Besprechung tragen sollte, und es wurde speziell ausgeführt:

Sind die Internationalistinnen aller Länder in bezug auf die Grundsätze, von denen „die Agitation gegen den Krieg geleitet werden muß“, einig, so ist es selbstverständlich höchst erwünscht, auch in bezug auf die konkreten Forderungen politischer und sozialer Natur ebenso ein einheitliches Vorgehen unter den klassenbewußten Proletarierinnen aller Länder herzustellen. Hat doch der Krieg gerade in bezug auf Frauenarbeit und das Frauenleben überhaupt ungemein nivellierend, ja direkt „internationalisierend“ gewirkt. Auch gelangten an die Besprechung schriftliche Berichte aus Frankreich, England und Amerika, von einem Schreiben französischer Genossinnen begleitet, die auf die Notwendigkeit eines Einvernehmens besonders mit den deutschen Genossinnen und Frauenorganisationen in bezug auf die Hauptfragen, wie „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ und die soziale Gesetzgebung für Frauen und Kinder-Schutz hinwiesen. In bezug auf diese Fragen sind die Beschlüsse des Reichsausschusses der unabhängigen Sozialdemokraten und die mit ihnen übereinstimmenden Forderungen der französischen Genossinnen und Gewerkschaftsführerinnen von der Besprechung gutgeheißen worden. Die Beratung wurde durch eine Solidaritäts- und Sympathiekundgebung für die internationale Sekretärin Klara Zetkin eingeleitet, deren Abwesenheit aufs tiefste bedauert wird. Gegen die schmachvolle Unterdrückung der „Gleichheit“, durch die die internationale sozialistische Fraueninternationale getroffen wird, wurde heftig protestiert. Daß es sich nicht um einen platonischen Protest handelt, ersah man daraus, daß laut den Berichten aus den verschiedenen Ländern von den Genossinnen überall Geldsammlungen für eine neue „Gleichheit“ eingeleitet worden sind. Jetzt mehr als je erheischt die sozialistische Frauenbewegung ein internationales Organ, das den Sozialistinnen aller Länder in der Erfüllung der verantwortungsvollen Pflicht, die die geschichtliche Entwicklung ihnen auferlegt, leitend vorangehe. So ein Organ kann nur Klara Zetkin anvertraut werden, und deshalb betrachten es die Sozialistinnen aller Länder für eine Ehrenpflicht, der Vorkämpferin der sozialistischen Frauenbewegung die Möglichkeit zu geben, ihre unvergleichliche und unersetzbare Tätigkeit im Interesse der Schulung und Sammlung des internationalen Frauenproletariats, nach wie vor, nach dem Kriege ungehemmt zu entfalten. Alle Zuschriften,

die an die Besprechung gewendet waren, wurden durch einen persönlichen Solidaritätsgruß an Klara Zetkin eingeleitet — so u. a. von den französischen und den finnischen Genossinnen. — Die italienische „Difesa della Lavoratrice“ widmet der Unterdrückung der „Gleichheit“ und der Geldsammlung für ihr Wiedererscheinen einige Artikel. Die Sammlung wird vom P. V. bzw. von allen sozialistischen Organisationen Italiens unterstützt.

Der größte Teil der Besprechung bestand aus Berichten der Genossinnen Deutschlands, Österreichs, Finnlands, Bulgariens, Rußlands, Rumäniens, Schwedens und der Schweiz und in der Verlesung der Zuschriften abwesender Genossinnen. Der Weltkrieg hat überall die proletarische Frau vor dieselben Qualen und Entbehrungen, vor dieselbe Überlastung mit schwerer physischer Arbeit und schweren Sorgen gestellt, überall sind die heranwachsenden Generationen von Unterernährung und Entartung bedroht, überall herrscht Tod, Hunger, Verrohung, überall greifen die Ausbeuter und Kriegsnutzer zu denselben Mitteln. Die ihr Leben für das Vaterland opfernden Proletarier werden dadurch belohnt, daß man ihre Frauen und Kinder durch schwere Fron, Hungerlöhne, unerschwingliche Lebensmittelpreise, Abschaffung der Schutzgesetzgebung u. dgl. mehr im Hinterlande langsamen Todes sterben läßt. Überall wird darauf spekuliert, daß es unter dem Kleinbürgertum und den rückständigsten Schichten des unorganisierten Proletariats junge Mädchen und Frauen gibt, die die ihnen jetzt zufallenden Löhne und die „Freiheit“, die sie in Abwesenheit der Männer genießen, für eine „Verbesserung“ ihrer Lage empfinden. Die Unbesonnenheit und Genügsamkeit, die nur darauf hinweist, wie „glücklich“ schon vor dem Kriege diese anspruchslosen Wesen waren, liefert den Ausbeutern und Moralpredigern einen Grund mehr, um gegen die „Meutereien“ und „übertriebenen Forderungen“ der klassenbewußten Arbeiterschaft, die für den Frieden und menschenwürdige Existenz kämpft — mit Wort und Tat aufzutreten. Bis in die kleinsten Details hinein gleichen einander die sozialen und psychologischen Wandlungen, die der Krieg gerade in der Frauenwelt gezeitigt: in den klassenbewußten Proletarierinnen immer tiefer und unausrottharer das Bewußtsein, daß sie tatsächlich nichts anderes zu verlieren haben, als ihre Ketten und ihre Dornen.

Die Genossinnen schlossen die Besprechung mit dem erneuten und befeuerten Vorsatz, die proletarischen Frauen in allen Ländern der Ausführung der Berner und Zimmerwalder Beschlüsse, die in der dritten Zimmerwalder Konferenz ihre Bekräftigung und Ergänzung gefunden, immer näher und näher zu bringen.

(Schluß im nächsten Heft.)

## Literaturbericht.

FRANZ OPPENHEIMER, System der Soziologie II. Band: Der Staat. Jena, Fischer 1926, 859 S.

Die unter diesem Titel zuerst von LUDWIG GUMFLOWICZ entwickelte Theorie wurde von FRANZ OPPENHEIMER im Jahre 1909 in dem kleinen Buche „Der Staat“ übernommen, eingehend begründet bzw. ergänzt. Vor uns liegt nunmehr ein umfangreiches Werk aus der Feder des genannten Autors, welches zugleich den II. Band seines Systems der Soziologie darstellt, von dem der III. Band: Theorie der reinen und politischen Ökonomie schon früher erschienen ist. Ich habe über dessen I. Band „Allgemeine Soziologie“ in diesem Archiv XI, 152 ff. und 473 ff. berichtet. Ich fühle mich nun um so mehr verpflichtet, das neue Werk von OPPENHEIMER zu besprechen, als dessen Thema — der Staat — meinem wissenschaftlichen Arbeitsgebiete näher steht als die allgemeine Soziologie. Leider ist der Gesamteindruck, den ich von der Lektüre des Buches empfangen habe, nicht so günstig als beim I. Bande. Zwar zeugt auch das neue Werk des unermüdlichen Forschers von bewundernswürdigem Fleiß und Scharfsinn. Es ist ein ungeheures historisches und ethnographisches Material verarbeitet; es fehlt nicht an geistreichen Bemerkungen und glücklichen Polemiken. Aber der Gesamtertrag an neuen Erkenntnissen ist nicht bedeutend. In unendlichen Wiederholungen werden die aus den früheren Schriften O.s bekannten Gedanken vom „politischen Mittel“, von der „Kinderfibel des Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation“, von der bisherigen Klassenherrschaft und dem Freibürgertum der Zukunft vorgeführt. Die zahllosen wörtlichen Zitate aus fremden Werken ermüden den Leser und erschweren die Erfassung des Gedankenganges. Trotz des großen Umfanges des Buches muß der Verf. in der Vorrede zugestehen, daß seine Ergebnisse an den Tatsachen der Geschichte noch viel genauer zu prüfen sein werden, namentlich soweit die Neuzeit, die Geschichte des kapitalistischen Staates, in Betracht kommt. O. nimmt eine solche Arbeit unter Mitwirkung des Historikers FEDOR SCHNEIDER in Aussicht. Auch ein Buch über die Soziologie des Rechts will er schreiben. Möge er die Kraft finden, diese Zukunftspläne auszuführen.

### I.

Der Gedankengang des vorliegenden Werkes ist in Kürze folgender. Die soziologische Staatslehre ist die theoretische Wissenschaft von dem historischen Staate. Mit diesem Satze ist die Abgrenzung ausgedrückt gegenüber der Politik (praktische Staatslehre) einerseits, dem überhistorischen Philo-  
sophenstaat und dem nichthistorischen Juristenstaat andererseits. Der histo-

rische Staat ist eine in Klassen gegliederte Rahmengruppe, die eine mit Machtmitteln versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz besitzt. Wenn in den bisherigen Definitionen des Staates das essentielle Moment der hierarchischen Klassenordnung weggelassen wurde, so sei dies daraus zu erklären, daß es sich dabei um eine Selbstverständlichkeit handle (1. Abschnitt, S. 1—23). Es folgt nun, immer vom Gesichtspunkte des Klassenstaates, eine Darstellung der Staatstheorien, eine Kritik derselben und eine Hervorhebung der Tatsachen, welche die soziologische Staatsidee, d. h. die Lehre von der gewaltsamen Entstehung des Klassenstaates, begründen sollen (2. Abschnitt, S. 24—307). Die folgenden Abschnitte behandeln den primitiven Eroberungsstaat, den Seestaat, den Landstaat und endlich den modernen Verfassungsstaat. Der letzte Abschnitt entwirft ein Zukunftsbild „Die klassenlose Gesellschaft“.

Nach O. ist die vorstaatliche Gesellschaft ohne Klassenherrschaft; es herrscht Gleichheit und Freiheit. Die Idee eines goldenen Zeitalters der Menschheit habe daher einen berechtigten Kern. Der historische Staat beginnt erst mit der Unterjochung eines Volksstammes durch einen anderen; regelmäßig werden ackerbaureisende Völker von Hirtenstämmen oder Seeräubern (Wikinger) geknechtet. Es lassen sich hier sechs Entwicklungsstadien unterscheiden, die der Verfasser als Bärenstadium, Imkerstadium, Tributstadium, Stadium der mechanischen Mischung, Residenzstadium und Nationalstaat unterscheidet, wobei er zugibt, daß keineswegs immer alle 6 Stadien durchlaufen werden (S. 281 ff.). Zuerst wird der Bauernstamm vernichtet, ihm Hab und Gut entrissen, so wie der Bär einen Bienenstock zerstört, um den Honig zu erlangen, daher spricht O. hier von einem Bärenstadium. Kommt aber der Eroberer zur Einsicht, daß Mord und Raub ihm keinen dauernden Vorteil gewähren, läßt er den Bauer am Leben und nimmt ihm nur den Überfluß ab; so handelt der herrschende Stamm wie ein Bienenzüchter, daher Imkerstadium. Im dritten Stadium begnügen sich die Herren mit einer Tributzahlung; dadurch haben die untertänigen Bauern ein Motiv mehr zu erarbeiten. Dafür gibt es zahlreiche geschichtliche Belege. Im vierten Stadium kommt es zu einer räumlichen Vereinigung der Sieger und Unterworfenen, aber noch nicht zu einer staatlichen Verschmelzung. Die Herrenklasse sitzt an festen Punkten und beherrscht von diesen aus die Untertanen, wobei aber denselben eine gewisse Selbstverwaltung gewährt wird. Auch dafür gibt O. zahlreiche Beispiele. Das fünfte, das Residenzstadium, bereitet dadurch eine Mischung vor, daß Vertreter der herrschenden Klasse selbst die Verwaltung und Rechtsprechung übernehmen. Endlich entsteht eine hierarchische Einheit; die beiden Stämme der Sieger und Unterworfenen durchdringen sich und verschmelzen in Sprache, Sitte und Gottesdienst; damit ist der primitive Eroberungsstaat fertig. Dieser wird nun, nach einem Exkurs über die Entwicklung in der neuen Welt, geschildert im 3. Abschnitt des Werkes. Vorausgeschickt ist eine Auseinandersetzung mit dem juristischen Staatsbegriff KELSENS (S. 309 ff.), demgegenüber der Verf. an seinem soziologischen Staatsbegriff festhält. Der Staat ist ihm „eine in Klassen gegliederte Rahmengruppe, die eine mit Machtmitteln

versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz besitzt“. Der juristische Begriff bedeutet nach O.: „eine Rechtsinstitution einer besiegten Gruppe durch eine siegreiche Gruppe einseitig auferlegt, mit dem ursprünglich einzigen Zwecke, die Besiegten zugunsten der Sieger so hoch und so dauernd wie möglich zu besteuern.“

Gegenüber KELSEN macht O. geltend, daß die sog. Ursprungsnorm das Entscheidende sei. Diese aber kann nicht wieder aus einer Norm abgeleitet werden, sondern aus der Wirklichkeit. Wenn der Staat, wie KELSEN meint, ein bloßes Gedankending sei, wie könnte man dann sagen, daß zwischen Staaten ein Streit entsteht, Gewalt ausgeübt wird, daß ein Staat Schulden kontrahiert usw.? Der Satz „in der absoluten Monarchie werde Zwang ausgeübt unter Bedingungen, die der Monarch bestimmt“, sei völlig inhaltsleer. Den geschichtlichen Staatsbegriff auszuschalten, beruhe auf einem Denkfehler. Es wird dabei das wesentliche Moment des Staates, nämlich die Kooperation eines durch das Gefühl oder das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit verbundenen und durch das Gefühl und das Bewußtsein der Fremdheit gegenüber Außenstehenden abgegrenzten Personenkreises nicht beachtet. Es sei auch nicht richtig, daß die soziologische Staatsidee bloß eine Lehre von der Entstehung des Staates bedeute. Vielmehr werden durch jene Theorie auch die Hauptformen des historischen Staates dargestellt. Der primitive Eroberungsstaat mündet, je nachdem der mobile oder immobile Reichtum sich ansammelt, in den Seestaat oder Landstaat (Feudalstaat). Letzterer ist der Hauptast; er wird in weiterer Entwicklung zum Ständestaat, dann zum absoluten Staat und dann zum modernen Verfassungsstaat. Dieser letztere ist nichts anderes als der kapitalistische Klassenstaat. Auch er ist wie der primitive Eroberungsstaat keine „Gemeinschaft“, sondern nur eine „Gesellschaft“, wie dies zuerst von TOENNIES nachgewiesen wurde.

„Was wir grundsätzlich über den Ursprung und die Verfassung des Staates gesagt haben — meint der Verf. —, das gilt für den Staat aller Zeiten und Formen ganz gleichmäßig. Wenn es einmal nicht mehr gelten wird, so wird der Staat als historischer Klassenstaat aufgehört haben zu existieren; er wird der Freibürgerschaft den Platz geräumt haben.“ Es folgt eine eingehende Schilderung des antiken Seestaates (S. 367 ff.), hauptsächlich gestützt auf die Werke von BELOCH und KAERST; der Völkerschwind infolge der Sklavenwirtschaft erscheint O. die Hauptursache des Untergangs der antiken Welt. „Das ist der ungeheure Krankheitsprozeß, an dem nicht nur die machtvollsten Staaten, sondern auch diese hochbegabten Völker zugrunde gehen. Wahrlich, die Weltgeschichte ist das Weltgericht (S. 498).“ Nach der Schilderung des Feudalstaates (S. 506 ff.) heißt es wieder: „So verging der Ständestaat wie jede andere Staatsform der bisherigen Geschichte an den Keimen der Zersetzung, die schon von seiner Entstehung an in ihm gewirkt haben, an dem durch das politische Mittel gesetzten großen Unterschied des Reichtums und der Macht. Das gleiche Schicksal mußte seinen Besieger und Nachfolger treffen, den absoluten Staat (S. 560). Nach einem Exkurs über den Oasenstaat (S. 607–644) folgt eine Darstellung des modernen Verfassungsstaates. Auch er ist, sagt



O., trotz der Menschenrechte und der Beseitigung der Privilegien noch immer dasselbe geblieben: Herrschaft und Ausbeutung. Noch immer schmachtet die große Masse der Bevölkerung in harter Fron, eine schmale Oberschicht genießt ein arbeitsfreies Einkommen; immer noch herrscht der Klassenkampf in Gestalt der politischen Parteien (S. 645). Eine gewisse Hemmung der nackten Ausbeutung bietet das Beamtentum; aber auch dieses wird immer mehr in den Klassenkampf hineingezogen (S. 674).

So stehen sich nach Ansicht O.s im modernen Staate zwei feindliche Völker gegenüber. Wir stehen heute vor dem Ausbruch eines ungeheuerlichen Bürgerkrieges, der unsere gesamte Kultur in Asche legen wird. Muß es so kommen? Die Antwort auf diese Frage kann nur die Theorie der ökonomischen Entwicklung geben. LORENZ STEIN und KARL MARX haben angeblich versucht, das Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu finden, denn beide standen unter dem Banne des Pseudogesetzes einer ursprünglichen Akkumulation. Erst wenn erkannt wird, daß Bodenmonopol und Kapitalansammlung nicht natürlich, sondern auf gewaltsamem Wege entstanden sind, kann die menschliche Kultur von dem Untergange gerettet, an Stelle des ausbeuterischen Staates die Freibürgerschaft geschaffen werden. Ihre Darstellung wird im 7. Abschnitt des Werkes gegeben. In diesem Zukunftsstaate ist nur die Vernunft bzw. die Gerechtigkeit Souverän (S. 803). Es handelt sich um die Befreiung der civitas dei von der civitas diaboli. Dieser Glaube an eine glückliche Zukunft der Menschheit, wie ihn alle Religionsstifter und großen Philosophen hatten, beruht nach der Lehre O.s zum ersten Mal in der Geschichte auf den sichersten Beweisen, die gedacht werden können. Es sei ihm gelungen, die Wurzel der bisherigen Gesellschaftslehre des Naturrechts, des Legitimus, der Romantik und des Sozialismus bloßzulegen, nämlich das Pseudogesetz der ursprünglichen Akkumulation. Freilich seien die ungeheuersten Interessen der mächtigsten Klassen mit der Geltung dieses Gesetzes verknüpft. Es sei daher nicht zu erwarten, daß die Lehre O.s trotz ihrer Unwiderleglichkeit sofort Anerkennung finden werde. Dennoch wird, wenn nicht die lebende, so doch eine der folgenden Generationen dafür zu gewinnen sein, denn die verzweifelte Welt sehnt sich nach einer neuen frohen Botschaft. Sie bedeutet das Ende des Klassenstaates. In der künftigen Freibürgerschaft herrschen nicht mehr Menschen, sondern die Vernunft ist der einzige Souverän.

## II.

Wenn ich nun daran gehe, O.s Werk einer kritischen Prüfung zu unterziehen, so scheidet ich zunächst jenen Teil aus, der sich mit dem Zukunftsstaate beschäftigt, also besonders den 7. Abschnitt, „die klassenlose Gesellschaft“. Ich kann aus verschiedenen Äußerungen des geehrten Verf. den Schluß ziehen, daß er selbst jene Ausführungen nicht als zur eigentlichen Soziologie des Staates gehörig ansieht. Zwar verwahrt er sich ausdrücklich dagegen, eine Utopie verfaßt zu haben<sup>1)</sup>, daß aber hier nicht eine Schilde-

1) Utopisten seien vielmehr die Anhänger des Kapitalismus und des Kommunismus, denn beide Wirtschaftsordnungen seien unmöglich. Es ist

rung und Erklärung der Wirklichkeit vorliegt, sondern ein Stück Sozialphilosophie, muß er zugeben. Ihm auf dieses Gebiet zu folgen, fühle ich mich nicht zuständig, da es sich hier in erster Linie um eine ökonomische Theorie handelt, um das Bodenmonopol und die Wirkungen seiner Beseitigung. Aber auch die eigentliche Soziologie des Staates, wie sie O. darstellt, kann nur in einigen Hauptpunkten einer Prüfung unterzogen werden. Es wird ja eine Fülle von Problemen behandelt, die gewiß zu mancherlei Bemerkungen Anlaß geben könnten. Dahin gehört vor allem die eigenartige Geschichte der Staatslehre, wie sie der Verf. bietet. Da ich mit diesem Forschungsgebiete näher bekannt bin, so wäre ich in der Lage, hier manche Bedenken über Einzelheiten zu erheben. Das würde aber viel zu weit führen. Es genügt, nur im allgemeinen festzustellen, daß die Darstellung der Staatstheorien bloß vom Gesichtspunkte ihrer Stellung zum Problem des Klassenstaates und dessen Entstehung höchst einseitig erscheint und der Bedeutung, die die Geschichte der politischen Ideen besitzt, nicht gerecht wird. Mit der Bezeichnung der Lehre von LOCKE als „großbürgerlich“ und von ROUSSEAU als „kleinbürgerlich“ ist eine leere verkünstelte Formel gewonnen. Daß dabei auch manche feine Bemerkungen und scharfsinnige Hinweise unterlaufen, sei bereitwillig zugestanden.

Was nun den eigentlichen Staatsbegriff anlangt, so setzt der Verf. seinen soziologischen Staatsbegriff der Wirklichkeit dem vielfach damit verwechselten überhistorischen (philosophischen) und dem juristischen Begriff entgegen. Ersterer bedeutet die Aufstellung eines Staatsideals, letzterer eine Rechtsinstitution, die aber inhaltlich mit dem Staate im soziologischen Sinne übereinstimmt. Diese Unterscheidung gibt dem Verf. den Anlaß, sich ausführlich mit der Lehre KELSENS auseinanderzusetzen, der bekanntlich die Berechtigung eines soziologischen Staatsbegriffs überhaupt leugnet (S. 309 ff.). Da ich selbst an anderer Stelle mich mit diesem Thema beschäftigt habe<sup>1)</sup>, möchte ich hier von einer weiteren Behandlung desselben Abstand nehmen. Ich kann aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß O. doch eine zu vage Auffassung des Wortes „soziologische Staatsidee“ an den Tag legt, wenn er sie mit seiner Theorie identifiziert, d. i. mit dem durch Gewalt oder List entstandenen Klassenstaat. Es gibt soziologische Systeme, wie die von SPENCER und MAX WEBER, welche den Staat in anderer Weise erklären, ohne deshalb Anhänger des philosophischen oder juristischen Staatsbegriffes zu werden. Wenn also zuerst GUMPLOVICZ, dann aber O. ihre Lehre als „die“ soziologische Staatsidee bezeichnen, so erscheint dies nicht zutreffend. Doch handelt es sich hier zunächst um eine terminologische Angelegenheit. Wichtiger ist die Frage, ob jene Idee der Wirklichkeit vollkommen entspricht und das Wesen des Staates erschöpfend darstellt. Diese Frage muß ich verneinen. Ich muß die Argumente aufrecht erhalten, die ich schon im

allerdings schwer einzusehen, wie ein System, das wirklich besteht — der Kapitalismus schon seit Jahrhunderten — als unmöglich, daher utopisch bezeichnet werden kann.

1) Vgl. Jahrbuch für Soziologie II (1926).

Jahre 1911 gegen diese sog. soziologische Staatsidee von GUMPOVICZ und O. geltend gemacht habe.<sup>1)</sup>

Es sind hauptsächlich folgende Erwägungen: die Frage der Entstehung des Staates, welche in jener Lehre in den Mittelpunkt der Erörterung gestellt wird, ist nicht von entscheidender Bedeutung für die Erfassung seines Wesens. Selbst wenn der Nachweis gelungen wäre, daß der Staat ursprünglich niemals anders als durch Gewalt oder List entstanden wäre, so würde daraus noch nicht mit Sicherheit gefolgert werden müssen, daß er diesen Charakter einer verbrecherischen Ausbeutungsinstitution für alle Folgezeit beibehalten hat. Es ist die Möglichkeit nicht abzuweisen, daß der Staat seinen ursprünglichen Charakter — Organisation einer siegreichen Menschengruppe — geändert hat. Man darf doch hier nicht — wie das die „soziologische Staatsidee“ offenbar meint — den römisch-rechtlichen Grundsatz zur Anwendung bringen: *quod ab initio non valet, tractu temporis convalescere non potest*. Es kommt daher schwerlich darauf an, wie vor vielen tausend Jahren der Staat ursprünglich entstanden ist, als er zum ersten Male in Erscheinung trat, sondern wie sein Wesen gegenwärtig beschaffen ist. Im übrigen scheint mir der Nachweis nicht erbracht zu sein, daß seine Entstehung niemals in anderer Weise erfolgte als durch Gewalt. Das ist ja auch begreiflich, weil es sich hier um vorgeschichtliche Vorgänge handelt, worüber sich nur mehr oder weniger sichere Vermutungen aufstellen lassen.

Unzulässig erscheint es mir jedenfalls, aus der Rolle, welche der Krieg in der geschichtlichen Zeit für die Bildung von Staaten zweifellos spielt — Argumente für die Urzeit herzuleiten. Denn in der geschichtlichen Zeit handelt es sich um Veränderungen innerhalb einer schon bestehenden Staatenwelt. Wenn also z. B. darauf hingewiesen wird, daß sich im Zweistromlande ein Staat nach dem anderen durch Eroberung gebildet habe (Babylonier, Assyrer, Meder, Perser, Makedonier usw.), so ist damit für die ursprüngliche Entstehung des Staates gar nichts bewiesen. In allen diesen Fällen haben nicht staatlose Volksstämme miteinander gekämpft und durch Unterwerfung einen bisher nicht bestehenden staatlichen Verband erzeugt, sondern es haben bereits bestehende Staaten miteinander gerungen.

Die Unterjochung von Ackerbauernstämmen durch Land- oder Seenomaden (Wikinger) bildet nun nach O. den Typus für den Ursprung des Staates. Man mag diese Hypothese gelten lassen, doch muß man die Frage aufwerfen, was uns nötigt, den Terminus „Staat“ erst auf die durch jenes Ereignis geschaffene Verbindung zu verwenden. Die kämpfenden Volksstämme sind doch sicher schon organisiert; die Kriegführung setzt eine primitive Herrschaft innerhalb des Stammes voraus. Wenn es den Ackerbauern gelingt, den Einfall der Hirten abzuwehren, was dann? Nach O. blieben sie doch ein staatloser Stamm, obgleich sie ein Gebiet und eine bewährte Organisation besitzen! Es fehlt ihnen die Klassenherrschaft. Aber liegt hierin nicht doch eine willkürliche Einschränkung des Staatsbegriffes? Daß sich die Priesterherrschaft im Urstaate nicht auf Gewalt zurückführen läßt, muß O. zugeben.

1) Vgl. Handbuch für Politik 1. Aufl. 1911, S. 37 ff.

Er nimmt hier als ein anderes „politisches Mittel“ die List oder den Betrug zu Hilfe. Auch die Entstehung des Staates durch Kolonisation macht O.s Theorie Schwierigkeiten. Darauf kann hier nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls ist die durchgängige Geltung des Eroberungsprinzips nicht überzeugend nachgewiesen. Auch MAX WEBER hat Bedenken. Er sagt<sup>1)</sup>: „Richtig ist, daß die Entfaltung des Königtums zu einer regulären königlichen Verwaltung häufig erst auf der Stufe der Beherrschung arbeitender oder zinsender Massen auftritt, ohne daß doch die gewaltsame Unterwerfung fremder Stämme ein absolut unentbehrliches Zwischenglied der Entwicklung wäre; die innere Klassenschichtung infolge der Entwicklung des charismatischen Kriegserfolges zu einer herrschenden Kaste kann ganz die gleiche Differenzierung mit sich bringen.“

Für O. ist aber die Bildung von Klassen die Geburtsstunde des Staates und diese Klassen entstehen niemals anders als durch äußere Gewalt. Eine „innere Differenzierung“ kommt nicht in Betracht. Er muß aber zugeben, daß dies durchaus nicht die herrschende Meinung in der Wissenschaft ist. Sowohl die „bürgerliche“ als die „proletarische“ Staatslehre glauben noch immer an die von O. so heftig bekämpfte „Kinderfibel“, an das Pseudogesetz der Klassenbildung aus ökonomischen Ursachen. Erst eingehende historische Detailforschung wird über diese Frage Klarheit bringen können. O. ist allerdings von seiner Theorie der Klassenbildung so fest überzeugt, daß er eine abweichende Meinung nur aus einer „persönlichen Gleichung“ des betreffenden Forschers, aus seinem Milieu, zu erklären vermag. So sagt er S. 337 von dem Buche FAHLBECK'S „Die Klassen und die Gesellschaft“, daß der Verfasser sich auf dem Standpunkte eines sehr engen protestantischen Bourgeois sich befinde, was der letzten Erkenntnis hindernd im Wege stehe. Von GUSTAV SCHMOLLER, der gleichfalls eine andere Theorie des Ursprungs der Klassen vertritt, behauptet O., daß er den typischen aristokratischen Großbürger repräsentiere. SCHMOLLER habe es wenigstens verstanden, daß das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation der Schlüssel der strategischen Stellung der Bourgeoisie ist; er habe es daher mit großer Gelehrsamkeit und Darstellungskunst zu halten gesucht (S. 338). Da aber der wissenschaftliche Sozialismus, wie O. zugeben muß, gleichfalls die von ihm verabscheute Lehre von der Klassenbildung vertritt, so ist schwer einzusehen, warum darin gerade eine Bourgeois-Theorie zu erblicken ist.

Wie es sich nun auch immer mit der Entstehung der Klassen verhalten mag, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob man noch im heutigen Staate von einer Klassenscheidung sprechen kann. DUPRAT hat diese Frage entschieden verneint<sup>2)</sup>. Es handle sich, sagt er, nur um soziologische Idealtypen, denen die Wirklichkeit nicht entspricht. Man kann daher nicht behaupten, daß eine bestimmte „Klasse“ herrscht und die andere ausbeutet. Für das Beamtentum muß selbst O. zugestehen, daß jene Theorie nicht voll-

1) Wirtschaft und Gesellschaft, S. 757.

2) „Soziale Klassen oder soziale Typen“, in Jahrbuch für Soziologie I, 378.

kommen stimmt (S. 668). Ich habe bereits früher einmal darauf hingewiesen<sup>1)</sup>, daß Heer und Beamtentum das Bild des reinen „Klassenstaates“ einigermaßen stören. Ebenso habe ich darauf aufmerksam gemacht<sup>2)</sup>, daß die vielfach beliebte Gegenüberstellung von „Herrschenden“ und „Beherrschten“, als das Wesen des Staats bildend, der Wirklichkeit in dieser Schärfe nicht entspricht. Ein [so einfacher Tatbestand, wie der von einer befehlenden und einer gehorchenden Menschengruppe, existiert in Wirklichkeit nicht, vor allem nicht im modernen Staate. Vielmehr steht die Sache hier so, daß einzelne Personen oder Gruppen in manchen Richtungen Herrschergewalt besitzen, also ihren Willen zur Geltung bringen, in anderen Beziehungen aber wieder Befehle erhalten, also fremdem Willen unterworfen sind. Gerade in dieser wechselseitigen Abhängigkeit der Staatsbürger haben schon die Griechen das Wesen der Demokratie zu erblicken geglaubt. Was aber die ökonomische Klassenherrschaft betrifft, so ist sie sicherlich bis zu einem gewissen Grade gegeben. Aber schon die Existenz eines Mittelstandes zeigt, daß auch hier der Tatbestand viel verwickelter ist, als die einfache Formel vom Gegensatz des kapitalistischen Ausbeuters und unterdrückten Proletariats zum Ausdruck bringt. Ich muß daher zum Schluß der Ansicht Ausdruck geben, daß das Werk O.s trotz aller sonstigen Vorzüge eine wissenschaftliche Objektivität nicht in vollem Maße besitzt, wie sie z. B. die Gesellschaftslehre MAX WEBERS auszeichnet. Der Feuergeist eines Propheten verträgt sich schlecht mit einer kühlen und wertfreien Untersuchung der Wirklichkeit.

ADOLF MENZEL (Wien).

GEORGES RENARD, Histoire du travail à Florence. Ouvrage orné d'illustrations. 2 Bde. Paris o. J. [1913]. X, 380, 467 S. 8°.

Das vorliegende Werk ist aus Vorlesungen hervorgegangen, die R. 1907—1909 am Collège de France gehalten hat. Die Form der Darstellung trägt deutliche Spuren dieses Entstehungsverhältnisses. Ungewöhnliche Lebendigkeit des Stils, Verzicht auf minutiöse Einzelforschung, meist auch auf Belege für Einzelheiten: ganz spärliche Anmerkungen. Knappste Literaturzusammenstellungen am Schluß jedes Kapitels. Die gelungenen Abbildungen — ein Verzeichnis fehlt — reproduzieren meist auf den Gegenstand bezügliche Szenen aus der Florentiner Kunst.

Begeisterung für die Stadt der roten Lilie führt R. die Feder: er ist kein Spezialforscher der Florentiner Geschichte, überhaupt nicht Historiker vom Fach. Florenz ist ihm Paradigma mittelalterlicher Stadtwirtschaft, „weil dort die Zünfte eine so großartige und vollständige Entwicklung nahmen, daß sie nicht nur die Organe staatlichen Lebens wurden, sondern auch als der vollendete Typ dieser Organisationsform betrachtet werden können“. Florenz hat eben — darin dem Athen der Antike und dem Paris neuerer Zeiten entsprechend — die Zeitprobleme mit rücksichtsloser Konsequenz bis in das äußerste Extrem

1) Vgl. Handbuch für Politik a. a. O.

2) Vgl. Österr. Zeitschrift f. öffentl. Recht I 114 ff.

durchgeführt und ist so für Mitwelt und Geschichte das theoretische Schulbeispiel für die sozialen Lebensformen und besonders Möglichkeiten einer bestimmten Periode.

Das Buch R.s. behandelt die wirtschaftlichen und sozialen Formen des Aufstiegs von Florenz großzügig, in den großen Linien. Dem Autor stehen nur ganz unerhebliche archivalische Forschungen zu Gebote; er ist gezwungen, aus zweiter Hand zu schöpfen. Trotzdem bleibt er im ganzen — von gelegentlichen Ausnahmen besonders in den einleitenden Kapiteln wird noch zu sprechen sein — nicht an der Oberfläche haften. Es ist eben der große Vorzug von Florenz, daß es zu allen Zeiten über treffliche Historiker verfügt hat: vordem aus dem Kreise seiner klugen, regsamen, kritischen Bürger; heute ausgewählte Köpfe der ganzen Welt. So kommt es, daß R. auf weite Strecken seines Baues das Material bereit und bequem erreichbar vorfand. Nicht daß es dann beim Bau selbst ohne Mißverständnisse und Fehlgriffe hätte abgehen können. R. weiß das ganz genau, nimmt aber mit Recht die Nachsicht des Lesers für solche Versehen in Anspruch: *Minima non curat praetor*. Wenn im folgenden auch einige Irrtümer richtiggestellt werden sollen, so geschieht es nur, um das Interesse an dem wertvollen Buch zu bezeugen. Für den kritischen Beurteiler wiegt ein anderer Umstand schwerer. Das Buch ist schon 1913 erschienen und konnte treffliche Arbeiten und Editionen noch nicht benutzen, die uns heute vorliegen. Ich nenne besonders R. DAVIDSOHN, Geschichte von Florenz IV, 1. u. 2. Teil 1922 u. 1925. („Die Frühzeit der Florentiner Kultur: 1. Innere Antriebe, äußere Wirkungen und politische Kultur; 2. Gewerbe, Zünfte, Welthandel und Bankwesen“); die aus dem Vollen schöpfenden, wenn auch äußerst gedrängten Anmerkungen und die belehrenden Literaturverzeichnisse, die beiden Bänden beigegeben sind, hätten R. manchen Wink geben können. Dagegen konnte R. die beiden Bände von A. DOREN, Studien aus der Florentiner Wirtschaftsgeschichte (I. Die Florentiner Wolltuchindustrie. 1901; II. Das Florentiner Zunftwesen. 1908) benutzen. Man hat jedoch den Eindruck, daß er das nicht immer recht gründlich getan hat; zwar der Band über die Arte della Lana ist in dem Kapitel „Les corporations de l'habillement“ (I 282—315) im wesentlichen zugrunde gelegt, der Band über das Zunftwesen jedoch scheint (abgesehen von Bd. II, Kapitel 15) nur mehr gelegentlich herangezogen. Für den Berichtstatter ist es unter allen Umständen eine schwierige Lage, heute ein Buch zu beurteilen, das man vom Standpunkt von 1913 aus betrachten muß.

Die ersten 4 Kapitel des I. Bandes geben die Grundlagen für die folgenden Untersuchungen: sie schildern die politische und wirtschaftliche Entwicklung der älteren Zeit, etwa bis zum Ausgang der Staufer. Das 1. Kapitel stellt die Entstehung von Florenz dar. Während DAVIDSOHN Bd. I das gesichtete Material bot, ist für das Soziale im wesentlichen die Arbeit von G. SALVIOLI, *Sullo stato e la popolazione d' Italia prima e dopo le invasioni barbariche* herangezogen. Hier wäre — abgesehen davon, daß noch andere Schriften von SALVIOLI in Betracht kommen — mancherlei zu sagen; z. B. sieht man an den reichlich konventionellen Deklamationen über die Sklaverei (I 21), daß ohne Zugang zu den Urkunden doch kein konkretes Bild von diesen Dingen zu gewinnen ist. Einen Ersatz hätte LUDO MORTZ HARTMANN in den glänzenden

Kulturkapiteln seiner Geschichte Italiens im Mittelalter und in zahlreichen Untersuchungen gegeben, deren ältere in seinen *Analekten zur Wirtschaftsgeschichte Italiens im frühen Mittelalter* (1904) vereinigt sind. HARTMANNs Arbeiten sind R. leider unbekannt geblieben. Meine *Reichsverwaltung in Toscana* Bd. I (1913) hätte er aber noch benutzen können; er hätte da besonders in den Abschnitten über Siedelung und Rasse, Stadt und Land, Ackerbau und Ödland, Verschiebung der Besitzverhältnisse, wirtschaftliche und soziale Differenzierung (S. 140—213) mancherlei Material gefunden, so auf S. 189 A. 4 das Richtige über die von ihm (I 23) gestreiften Kolonatsverhältnisse. Über den ihm ganz unbekanntem, obwohl für Italien so charakteristischen Stand der Libellariier und ihr Pachtverhältnis handle ich auf S. 185—195. Das einzige konkrete Beispiel für Lasten von Hörigen, das R. (I 24) aus DAVIDSOHN I 306 anführt, Batoni bei Pistoja, ist erst von 1221 und als Beleg für die älteste Zeit viel zu spät; zudem ist Batoni, wie ich jetzt „Entstehung von Burg und Landgemeinde in Italien“ (1924) S. 249 erwiesen habe, keine alte Gemeinde, denn die Urkunde von 802, die diese Qualität bezeugen soll, ist gefälscht. Das (I 26 ff.) entworfene Bild des Feudalwesens trägt mehr französische als italienische Züge. Dazu kommt hier wie überhaupt, daß R. — und das ist bei romanischen Forschern heute noch fast allgemein — bei der Konstruktion älterer sozialer Zustände von fast rein privatrechtlichen Prämissen ausgeht: an der Stelle, die wir deutschen Forscher (soweit wir methodisch arbeiten) nach BELOWS Vorgang dem Staat einräumen, gähnt ein luftleerer Raum, den die Giftgase von Hypothese und Phrase auf ihre Art zu okkupieren streben. Wo wir heute scharfe, historisch abgeleitete Begriffe wie Immunität, Übertragung staatlicher Gerichtsbarkeit und anderer Hoheitsrechte, den weiten Bezirk der Banngerechtigkeiten usw. ansetzen, also die Entwicklung in die staatliche Lebenssphäre einordnen, treffen wir bei R. etwa wie bei dem von ihm benutzten CAGGÈSE die Erklärung durch Usurpation, wie später bei der Gegenentwicklung der freien Landgemeinde die soziologische Phrase von einer gleichsam prästabilierten Assoziation (I 29 85); vgl. *Entsteh. v. Burg und Landgemeinde* S. 72. Man vermißt (I 31) die Namen der beiden Adelsklassen Italiens: Kapitane und Valvassoren; erst in einem späteren Kapitel (I 73) wird der für Toscana charakteristische Stand der „Lambardi“ kurz genannt. (Vgl. zu der bekannten Studie von GIOACHINO VOLPE meine Bemerkungen „Reichsverw. in Toscana“ I 207.)

Auch im 2. Kapitel über die Organisation der Wirtschaft im 11. Jahrhundert rächt sich die Vernachlässigung von HARTMANN; so, wenn (I 43) von Bobbio die Rede ist, wo *Analekten* S. 42—73 „Die Wirtschaft des Klosters B. im 9. Jahrhundert“ hätte eingesehen werden sollen. Nicht nur die Vertrautheit mit den Quellen mangelt; auch hinter dem Stand der deutschen wirtschafts- und sozialhistorischen Forschung seiner Zeit bleibt R. merklich zurück. Die Ministerialen in ihrer (I 47) angegebenen Funktion gehören nicht Italien an. Die Rolle und Organisation der Hofhandwerker haben wir uns seit KEURGEN und v. BELOW gewöhnt, nicht mehr so stark zu übertreiben. Daß Handel und Handwerk außerhalb der Stadtmauern in den Vorstädten leben (I 51), trifft für Italien nicht zu. Hier wie im 3. Kapitel (*Entstehung der Kommunen, Konsularregiment, Bildung von Parteien, Adel, Kaufleute, Handwerker*) tritt

störend an die Stelle konkreter Tatsachen die Oberflächlichkeit rhetorischer Deklamation, die wohl in den zugrundeliegenden Vorlesungen weniger aufgefallen wäre als im Druck. Die Gründe der neuen Gegenströmungen gegen das virtuelle Mittelalter ließen sich 1914 schärfer fassen als I 57. Hier hätte von der Geldwirtschaft die Rede sein sollen. Hervorzuheben ist dagegen der Widerspruch (I 60) gegen verallgemeinernde Theorien über den Ursprung der Stadtgemeinde. Zu I 63: Vitztum ursprünglich kein Laie. Zu I 69: der ältere Ratsausschuß heißt noch nicht *Credenza*; diesen Namen trägt erst nach der Mitte des 13. Jahrhunderts der Spezialrat des Volkskapitäns. Gegen die Liste der ältesten Zünfte (I 87) aus DAVIDSOHN I 667 war DOREN, *Zunftwesen* S. 12 zu vergleichen. Im ganzen beruht das Kapitel mit Recht auf DAVIDSOHN und bietet eine brauchbare Einführung.

Das 4. Kapitel (Regierung des Podestà. Guelfen und Ghibellinen. Volksbewegung und Sieg der Guelfen 1267), unter dessen Literaturnachweisen wir DAVIDSOHN Bd. II Teil 1 und 2 vermissen, ist eine knappe Zusammenfassung der Verfassungsbewegung in den beiden ersten Dritteln des 13. Jahrhunderts. Über das Amt des Podestà vgl. HANAUER, *Berufspodestà im 13. Jahrhundert*, in *MIÖG.* XXIII, und VITTORIO FRANCHINI, *Saggio di ricerche su l'istituto del podestà nei comuni medievali* (Bologna 1912), dazu A. SOLMI im *Arch. Stor. Ital.* 1912; über Guelfen und Ghibellinen: DAVIDSOHN, *Forschungen zur Gesch. v. Florenz* IV 29—67: „Die Entstehung der Guelfen und Ghibellinenpartei. Zu I 99: mit „le chroniqueur Lammirato“ ist Scipione Ammirato d. Ä. gemeint, der im 17. Jahrhundert seine *Istorie Fiorentine* schrieb; zu I 105: der Palazzo des Volkskapitäns ist nicht die Badia, sondern der Palazzo del Bargello ihr gegenüber, vgl. DAVIDSOHN, *Forschungen* IV 497; übrigens wohnte ursprünglich der Podestà in diesem „Volkspalast“. Der Löwenturm lag nicht in dessen Nähe, sondern beim Ponte Vecchio (DAVIDSOHN, *Gesch.* II 1 S. 369). Zu I 106: die Angaben über die verfassungsmäßigen Organe des Volkes stimmen nicht; die 12 Anzianen des Volkes sind kein Notabelnkomitè, das vermittelnd zwischen Podestà und Volkskapitän steht, sondern die dem Volkskapitän beigegebenen „Organe des Volkswillens“ (DAVIDSOHN, *Gesch.* II 1 S. 370). Die 36 *buoni uomini* sind eben die *Credenza* (DAVIDSOHN a. a. O. S. 372), das *parlamento* ist der Generalrat. Diese Angaben beziehen sich auf die Verfassung des *primo popolo* von 1250, sind aber unvollständig, vgl. DAVIDSOHN II 1 S. 369 ff. Grobe Flüchtigkeiten, wie wenn (I 108) von deutschen Soldrittern die Rede ist, die mit MANFRED nach Italien herabgestiegen seien — MANFRED war in seinem Leben nicht in Deutschland —, oder (I 111) die Hinrichtung KONRADINS (1268) als Anlaß zu der Niederlage der Florentiner Ghibellinen (1267!) und der Organisation der Parte Guelfa hingestellt wird, hätten vermieden werden können. Alles in allem sind die einleitenden Kapitel auch für 1913 nicht besonders gründlich; wenn der Autor auch im Zusammenhang des Ganzen weniger Wert auf sie legen mag, sind sie doch unentbehrlich und ausführlich genug gehalten, daß sich ein Eingehen auf sie rechtfertigt.

Wichtig zum Verständnis für das Aufblühen des Zunftwesens ist das 5. Kapitel über Bauernbefreiung und Landgemeinde. Über jene ist DAVIDSOHN II 2 S. 355—361 grundlegend und zu zitieren; weiteres habe ich jetzt (Ent-



steh. v. Burg und Landgen. S. 243 A. 2) zusammengestellt. Über die Landgemeinde, für die R. sich besonders CAGGESE anschließt, waren die Begriffe 1913 noch wenig geklärt; ich darf jetzt auf mein Buch verweisen, das freilich diese Dinge sehr abweichend von der bisherigen Betrachtungsweise auffaßt. Noch mehr wundert man sich, für das 6. Kapitel, das den Sieg der Zünfte über den Stadtadel und die *Ordinamenti della giustizia* von 1293 umfaßt, die ebenso eingehende wie gründliche Darstellung von DAVIDSOHN II 2 (*passim*) weder zitiert noch genügend herangezogen zu sehen.

Die weiteren 6 Kapitel, die den Rest des I. Bandes (S. 157—380) ausfüllen, stellen das Florentiner Zunftwesen dar: 7. Kapitel: Organisation und Abstufungen (vgl. I 166 f.), 8. Kapitel: Zünfte des Großhandels, Calimala, Geldhandel, 9. Kapitel: Zünfte des Bekleidungswesens (besonders wichtig die Wollzunft, *arte della lana*, s. o.); 10. Kapitel: Nahrungsmittelzünfte; 11. Kapitel: Bau- und Möbelzünfte; 12. Kapitel: Zünfte „der geistigen Arbeiter“, würde man heute sagen („de caractère individuel“). Über die unzureichende Ausbeutung von DOREN ward gesprochen; er selbst hat in seiner großen Darstellung des Zunftwesens (1908) sein älteres Büchlein „Entwicklung und Organisation der Florentiner Zünfte im 13. u. 14. Jahrhundert“ in SCHMOLLERS Forschungen XV 3 (1897), das R. öfter heranzieht, vielfach korrigiert. Im übrigen bieten diese Abschnitte viel neue Erkenntnis, wie denn die praktische Einteilung des Verdienst von R. ist, der natürlich auch die Statuten — die ungedruckten nach den Notizen von GABRIEL MONOD, vgl. I 173 — durchgearbeitet hat. Wenn auch das allgemeine 7. Kapitel durch die großen Abschnitte in DOREN, Flor. Zunftwesen 7—79, 177—340 (und *passim*) im voraus entbehrlich gemacht ist, bietet doch die mehr historisch-spezielle Behandlung der einzelnen Zünfte gegenüber der knapperen in DORENS älterer Schrift der mehr systematischen in seiner großen Darstellung viel Wichtiges und Lesenswertes.

Die Methode ist die, daß eine der wichtigsten Zünfte, die Calimala (Überreste der alten gemeinsamen Handelszunft; Appretierung von und Handel mit feinen ausländischen Tüchern<sup>1)</sup>), nach dem Druck ihrer Statuten von Filippi (1889; vgl. I 183 A. 2 den berechtigten Wunsch nach einer kritischen Ausgabe) eingehender (I 181—215) behandelt wird, die übrigen knapper, vgl. aber den instruktiven Abschnitt (I 215—280) über die Bankiers und das Verbreitungsgebiet des Florentiner Geldhandels. Hier wie fast immer wird die Tatsache übersehen, daß Florenz nur in die Stellungen eingerückt ist, die Siena bis zu seinem wirtschaftlichen Ruin durch den Frieden mit KARL VON ANJOU (1270) innegehabt hatte; einen großen Teil von Belegen hatte ich für den II. Band meines Regestum Senense gesammelt, dessen Druck 1915 durch den Eintritt Italiens in den Weltkrieg offenbar endgültig unterbrochen worden ist. Für Siena ist auch ein Umstand einem größeren Aufschwung hinderlich gewesen. Der Geldhandel beruht auf Waren- und besonders Tuchhandel und Textilindustrie; deren Entwicklung war aber von vornherein durch die Wasserarmut von Stadt und Umgegend in enge Grenzen gebannt. Daher die nervöse Sucherei

1) Vgl. jetzt DAVIDSOHN IV 2 S. 125—138.

nach Wasseradern, die trotz des weltberühmten Spottes von DANTE (Purg. XIII 153) sehr verständlich ist. Aber der ganze Abschnitt über Zunftwesen und Handel ist nun weit überholt durch DAVIDSONS sehr ins Einzelne gehende Darstellung (Bd. IV, 2. Teil): S. 1—108 Zünfte, Handwerker, Berufsarten; 109—175 die Zünfte als Körperschaften; 176—209 Organisation und Betrieb der Handelsgesellschaften; 210—272 die wichtigsten Handelszweige, S. 273—472 Handel (bes. Geldhandel) der Florentiner nach den einzelnen Ländern geordnet; dazu im Anmerkungsband S. 4—22 der Exkurs „Das Entstehen der ital. Zünfte und ihre Entwicklung, vorwiegend in Toscana“ und Forschungen IV 323—357 „Florentiner in Tirol u. a. Alpenländern“. Zu diesem reichen Material wird man heute greifen, wenn man das Florentiner Zunftwesen kennen lernen will.

Den II. Band leitet ein Kapitel über die soziale Revolution (Bewegungen der arbeitenden Klassen) im 14. Jahrhundert ein. Dann werden die Parteikämpfe der schwarzen und weißen Guelfen geschildert. Mit den *Ordinamenti della Giustizia* hatte GIANO DELLA BELLA nicht nur die Magnaten niedergeworfen, sondern auch den niederen Zünften neben den höheren für kurze Zeit einen Anteil an der politischen Macht gegeben. Sein Sturz bricht seinem Reformwerk die Spitze ab. Die Zeit bis 1330 kann im wesentlichen als die der Herrschaft des *popolo grasso*, der reichen Bourgeoisie, gefaßt werden, wie sie in den kapitalistischen 7 Oberzünften vertreten war. Die historische Darstellung dieser Periode beruht noch auf DAVIDSONS III. Bande, der bis 1330 reicht; von da ab erhält das Werk von R. beim Fehlen jeder ähnlichen zuverlässigen Vorarbeit — DAVIDSONS IV. Band ist ja den Zuständen vorbehalten — einen erheblich größeren selbständigen Wert. Das Allgemeine ist bekannt und von DOREN, Zunftwesen S. 751 ff. zusammengefaßt. Durch die Reformen von 1328 und 1343 wird das Übergewicht des *popolo grasso* gebrochen und dem mittleren Bürgertum der Unterzünfte der ihm bereits durch die *Ordinamenti della giustizia* vorübergehend gewährte Zugang zur Lenkung des Staatswesens eröffnet. Freilich, die reiche Bourgeoisie versteht es, noch länger ihren maßgebenden Einfluß faktisch festzuhalten; über dessen Maß sind DOREN und R. nicht ganz einig, indem dieser die Oberzünfte viel ausschließlicher den Staat monopolisieren läßt.

Doch die großen Massen der *suppositi* d. h. der Arbeiter — besonders in der Textilindustrie — hatten weder Bürgerrecht, noch gehörten sie zu den Zünften. Strenges Koalitionsverbot machte sie wehrlos im Kampf um wirtschaftliche Aufbesserung. Nach den Satzungen der *arte della lana* hatten alle diese Arbeiter alljährlich den Zunftkonsuln den Eid abzulegen, sich an keiner Verschwörung oder Schwurgenossenschaft gegen die Zunft zu beteiligen. Schon daß der Herzog von Athen an die Spitze des Stadtstaates gestellt wurde, war ein Gegenschlag der Opposition gegen die Großbourgeoisie, die gerade durch äußere Verwicklungen und eine Finanzkrise gelähmt war; schon unter ihm ist es, was R. übersieht, zu einer ersten, bemerkenswerten „Arbeiterbewegung“ gekommen (DOREN S. 228 f.). Doch sein Willkürregiment, von R. viel zu glimpflich beurteilt, führt alle Klassen zu seinem Sturze zusammen, und nun muß die Großbourgeoisie die Hilfe des mittleren Bürgertums durch Konzesse-

sionen bezahlen: der breite Bürgerstand erhält zuerst eine im Verfassungsgesetz fundierte offizielle Vertretung im Rate der 8 Zunftpriorien, es ist der Höhepunkt der demokratischen Staatsverfassung (DORÉN S. 757). In der Praxis freilich blieb der Einfluß der Großbourgeoisie noch immer erheblich. Und nun erfolgte 1378 der eigentlich interessante Moment der Florentiner mittelalterlichen Sozialgeschichte: der Ciompi-Aufstand. Die Arbeiter, die *suppositi*, greifen in eine Zunftbewegung gegen die führenden Häuser ein, organisieren sich im *popolo minuto*, das sich in die neuen Zünfte 22—24 spaltet, aktive Teilnahme an der Staatsregierung durch Vertretung im Rate der Zunftpriorien durchsetzt. Eine kurze Schreckensregierung dieser ersten „Montagnards“ zeitigt den vollen Umschwung, ja Umsturz durch ideologische Kräfte ohne praktisch-politische Erfahrung: extremen Pazifismus, Einstellung der Verzinsung von Staatsanleihen, künstliche Verbilligung der Lebensmittel. Nur kurze Zeit dauert dieser Zustand: die Ciompi werden aufgelöst. Nach drei Jahren des Übergangs erfolgt dann aufs neue die Reaktion, die zu der Periode einer erneuten Herrschaft der Großfirmen unter Führung der ALBIZZI (1382—1433) führt. Eine Gewaltherrschaft, die die Arbeiter völlig entrechtete, aber auf die Dauer unhaltbar war; selbst die kapitalistischen Oberzünfte sehen sich von einer zynischen Oligarchie unter den ALBIZZI und UZZANO verdrängt. Es ist bekannt, wie aus der Unzufriedenheit mit solchen Zuständen die Erhebung von COSIMO DE' MEDICI und die verkappte Monarchie seines Hauses erwuchs. Das ist der Inhalt des 3.—7. Kapitels des Buches von R. Hier wird (6. Kapitel) noch eine Übersicht über das Florentiner Steuerwesen und den Kataster hauptsächlich nach GIOV. VILLANI eingeschaltet, wozu nun DAVIDSOHN IV 1 S. 115—135 (mit reichem Material) zu vergleichen ist.

Für den Rest muß eine allgemeinere Inhaltsangabe genügen. Die innere Kraft der Zünfte und der Arbeiterklasse ist erschöpft. Die Würdigung der Renaissance (II 207 ff.) mit dem Herauswachsen der Künstler aus der Sphäre der Handwerker (II 217 ff.) ist im Rahmen des Themas selbstverständlich nicht umfassend genug. Man weiß, daß die Katastrophe der ersten Mediceerherrschaft, die Reaktion des virtuellen Mittelalters in SAVONAROLA und die letzte, nachgemachte Florentiner Republik (bis zur Begründung des erblichen Herzogtums von ALESSANDRO DE' MEDICI, Mai 1532) Folgen auswärtiger Politik, Ergebnisse des Ringens zwischen Frankreich und Spanien—Habsburg um Italien waren (8.—11. Kapitel). Nun folgen zwei wichtige Kapitel über den Großhandel und die Industrie von Florenz im 14. und 15. Jahrhundert (für das frühere Jahrhundert vgl. jetzt DAVIDSOHN IV 2), über die sozialen Bedingungen der Kunst (sehr unterrichtend) und die innere Entwicklung des Zunftwesens von 1293 bis 1534 (besonders auf DORÉN, Flor. Zunftwesen beruhend); die Zünfte verloren mehr und mehr an Einfluß und Selbständigkeit (12.—15. Kapitel).

Lehrreich, weil außer REUMONT noch kaum genauer behandelt, ist der Inhalt der beiden Schlußkapitel: „Florenz unter den Medici (1530—1737)“ und „Florenz unter der lothringischen Dynastie (1737—1859) und bis zu unsern Tagen“ (16. und 17. Kapitel). Das Großherzogtum der Mediceer, das sei ergänzend bemerkt, hat ein großes Verdienst: es ist der Schöpfer der ersten

und vorbildlichen Gesamtstaatsverfassung, die Stadt und Land mit gleicher Fürsorge und Gerechtigkeit umfaßt, während bisher der Stadtstaat grundsätzlich gegen die Interessen des platten Landes, der Territorialstaat gegen die Lebensbedürfnisse städtischen Fortschritts und geldwirtschaftlichen Denkens regiert worden waren. So hat Florenz, von dessen sozialer Entwicklung R. uns ein ebenso schönes wie straff durch alle Jahrhunderte durchgeführtes Bild gemalt hat, noch ein letztes Mal sein gewichtiges Wort an die Welt gerichtet.

FEDOR SCHNEIDER (Frankfurt a. M.).

HENRYK GROSSMANN, *Simonde de Sismondi et ses théories économiques. Une nouvelle interprétation de sa pensée.* Varsaviae, cura et sumptibus Universitatis Liberae Polonae. 1924. 77 S.

Welche Stellung gebührt SISMONDI in der Geschichte der Ökonomik? Den meisten Sozialökonomien gilt heute SISMONDI als Apostat von der Lehre der freien Konkurrenz, aber nicht von der privaten Eigentumsordnung. Für GROSSMANN ist jedoch SISMONDI esoterischer Sozialist, Vorgänger des Marxismus; damit glaubt Gr. ein literarhistorisches Novum zu verfechten. Aber klagte nicht schon im Jahre 1853 KARL KNIES ganz beweglich: „Selbst SISMONDI verfällt, hingerissen von der heißblütigen Sorge, den Armen von oben herab aufzuhelfen, der nationalen Organisationsmanie, den sozialistischen Schablonen und Schematismen usw. 1).“ Wer hat nun recht? GROSSMANN-KNIES oder wir anderen?

Das ist nicht nur eine Frage der Exegese der Schriften SISMONDIS, sondern auch mitbestimmend für die Erkenntnis des Wesens von Ökonomik und Sozialismus. Für die Exegese scheinen mir, wenn die Hauptwerke versagen, persönliche Zeugnisse, Briefe oder zeitgenössische Memoiren maßgebender als alle Art von Interpolationen, die meist dem Wunschkomplex der Beweisführung entstammen. Man wird daher SISMONDI von den SAINT-SIMONISTEN und folgeweise vom Sozialismus trennen müssen, wenn SISMONDI am 17. Juni 1832 von den SAINT-SIMONISTEN schreibt: „Ils sont d'accord avec mon économie politique quand ils accusent l'organisation actuelle de la société, où chaque progrès de l'industrie rend la classe industrielle plus malheureuse. Ils ont cherché le remède à un grand mal, mais ils n'étaient pas de force de le trouver. En retranchant le stimulant de l'intérêt individuel<sup>2)</sup> ils disent à un corps de bouger en lui coupant d'avance tous les muscles. Ils retranchent l'espérance, la liberté, la famille et les affections, puis ils prétendent que c'est pour vous rendre heureux . . .“<sup>3)</sup>. Spricht so der Verkünder einer neuen Welt? Nein. Wohl aber darf derselbe Mann mit Recht

1) K. KNIES, Die politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode. 1853. S. 210.

2) Von mir unterstrichen.

3) Vgl. MME MONTGOLFIER, J. C. L. de Sismondi, *Fragments de son Journal et correspondance.* 1857. S. 132.

erklären, er sei überzeugt, in der politischen Ökonomie ein wahres, ein neues Prinzip über die der Wirtschaftspolitik zugunsten der Armen zu gebende Richtung gefunden zu haben und daran festzuhalten, auch wenn niemand darauf höre<sup>1)</sup>. VICTOR CONSIDERANT hat 1849 als Merkzeichen des Sozialismus bezeichnet: erstens die Umgestaltung der Lohnarbeiter in eine Klasse von Gesellschaftern der Industrie und zweitens eine harmonische Friedensorganisation der Wirtschaft, im Gegensatz zum planlosen anarchischen Wettkampfsystem der Gegenwart. SISMONDI hat solche Programme nicht verfochten. Es genügte ihm, die Unstimmigkeit von Produktion und Kaufkraft und damit die Notwendigkeit einer regelnden Sozialpolitik klargelegt zu haben. Den Rahmen der bestehenden sozialen Organisation zu sprengen, ging eingestandenermassen über seine Kraft<sup>2)</sup>. Der Rest ist für ihn, wie für so viele andere Große der Epoche der Romantik, Lamento, Weltschmerz und Abkehr von der Gegenwart. Es stimmt damit überein, wenn RICARDO in einem Briefe über seine Zusammenkunft mit SISMONDI in Coppet (Oktober 1822) erklärt, er gehe mit den sozialen Absichten SISMONDIS ganz einig, nicht aber mit der Theorie der Verelendung durch Überproduktion<sup>3)</sup>. Es muß also auch des Theoretikers SISMONDI und seiner Methode gedacht werden, denn zweifellos ist es der Gegensatz zwischen den Erscheinungen der industriellen Revolution und der Harmonielehre der Klassiker, die ihn zum Abfall von der alten Lehre und zur Aufstellung neuer Grundsätze geführt hat.

Das Hauptthema SISMONDIS ist nun unzweifelhaft der Widerspruch zwischen einem durch das nationale Einkommen begrenzten Bedarf und einer durch technische Fortschritte und Arbeitsteilung hemmungslos gesteigerten Produktion. Die klassische Ökonomie nimmt an, daß jede Mehrproduktion zu einem Preisfall und daher zu sofortigen Kapitalübertragungen in rentablere Sphären führe, daß es sich also nur um vorübergehende Störungen des Gleichgewichts handle. Das ist das Streitobjekt, von dem aus alle Außenforts der klassischen Theorie beschossen werden. Daher die Fragestellung: Woher rührt diese Anarchie der Produktion? Aus der Erzeugung von Tausch- statt von Gebrauchswerten, von abstrakten statt von konkreten Werten. Damit, sagt GROSSMANN, hat SISMONDI den Kapitalismus als Akkumulation von Tauschwerten erkannt; er ist der wissenschaftliche Entdecker des Kapitalismus. Das ist zu viel und zu wenig gesagt. Zu viel, denn die Entdeckung der Tatsache, daß der Kreislauf des Geldes nur eine Maskerade des Umschlags der Kapitalien ist, haben QUESNAY und TURGOT zuerst nachgewiesen. TURGOT hat zuerst das Kapital als Mittel „d'être riche sans travailler“ und ohne Grundbesitz bezeichnet und betont, es sei „cette avance et cette rentrée continuelle des capitaux qui constituent ce qu'on doit appeler la cir-

1) a. a. O. an Eulalie Saint Aulaire 27. Juni 1834. S. 163.

2) Wie MARX sagt, „er beurteilt die Widersprüche der bürgerlichen Produktion schlagend, aber er begreift sie nicht“. Theorien über den Mehrwert III, S. 55—56.

3) Letters of David Ricardo to Hutches Trower and others 1911—1923, ed. by JAS. BONAR and J. H. HOLLANDER. Oxford 1899. S. 196.

culatation de l'argent... qu'on a grande raison à comparer à la circulation du sang dans le corps animal<sup>1)</sup>“. Man muß also unterscheiden zwischen der Erkenntnis der Funktionen des Kapitals und der Wirkungen seiner Anwendung, des Kapitalismus als soziales System. Die Verdienste SISMONDI liegen hier und nicht dort; er hat die Fehde NECKERS mit CONDORCET, den Kampf des merkantilistischen Staatssozialismus gegen den kapitalistischen Liberalismus wieder aufgenommen, aber diesem Kampfe die neue Basis der Verelendungstheorie, der sinkenden Kaufkraft der Massen mit ihren periodischen Ausbrüchen, den Krisen, gegeben. Sie läßt ihn unterscheiden zwischen Zunahme des Reichtums (Zuwachs der Produktenmenge) und sozialem Einkommen (Wertsomme dieses Zuwachses) und läßt ihn die Absatzstockungen aus der Gegensätzlichkeit der Bewegung von Zunahme der Gebrauchswerte und Abnahme ihres Tauscherts erklären. Hat, wie Gr. (S. 36) behauptet, RICARDO dies übersehen? Er hat diesen Vorwurf, den LOUIS SAY (nach SISMONDI) in seinen „*Considérations sur l'industrie et la législation*“ (1822) wiederholt hat, entschieden zurückgewiesen<sup>2)</sup>. Nicht minder zweifelhaft scheint mir die auf MARX sich stützende Behauptung: SISMONDI habe die Messung des Tauscherts durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit im Gegensatz zu RICARDOS individualistischer Arbeitswerttheorie gefunden. Auch hier führt die Lektüre der Briefe RICARDOS zu einer anderen Deutung. So sagt er in einem Briefe an MALTHUS<sup>3)</sup>, man könne ja die Theorie, daß der Tausch zweier Güter sich für 1000 £ vollziehe, darauf zurückführen, daß gleiche Arbeitsmengen in ihnen realisiert seien. Richtiger wäre es, nicht den absoluten Wert zweier Gütermassen, sondern ihre relativen Wertschwankungen so zu messen. Solche Schwankungen sind nur auf zwei Ursachenreihen zurückzuführen: entweder auf Lohnschwankungen, die wieder Profitschwankungen nach sich ziehen, aber diese Ursachenreihe ist viel unbedeutender als eine zweite: das Mehr oder Weniger von Arbeit, das die Produktion erheischt; dieses kann sich verdoppeln oder verdreifachen. Es ist klar, daß der erste Ökonom des Maschinenzeitalters nicht die Arbeitstheorie des Mittelalters vertreten konnte. Was ihn von SISMONDI wesentlich unterscheidet, ist die Vernachlässigung der Nachfrage: „It is supply which regulates value and supply is itself controlled by comparative cost of production<sup>4)</sup>.“ Es ist diese Angebotssteigerung ohne Rücksicht auf den Bedarf, die nach SISMONDI durch zügellose Konkurrenz das Sozialeinkommen herabdrückt. Dazu tritt die Entwertung der Vorräte durch Inangasetzung technisch fortgeschrittener Verfahren und selbst des fixen Kapitals, die dem Kapitalgewinn einen rein spekulativen Charakter aufprägt. Den Bankrotten, der Arbeitslosigkeit, der Proletarisierung auf der

1) *Réflexions sur la formation et la distribution des richesses*. § LXVII.

2) *Letters of D. Ricardo to Th. R. Malthus*, ed. by JAMES BONAR. Oxford 1887. S. 211.

3) a. a. O. S. 176.

4) a. a. O. S. 170.

einen Seite entspricht ein Zusammenschrumpfen, eine Konzentration der Betriebe auf der andern Seite, und als Ergebnis die Trennung der Arbeit vom Eigentum die Proletarisierung. SISMONDI hat nicht gelehnet, daß ein neuer Gleichgewichtszustand nach der Krise eintritt; aber er bildet sich auf neuer Grundlage. Das beobachtet zu haben, ist sicherlich sein Verdienst. Sehr fraglich ist aber doch SISMONDIS Anteil an der Marxistischen Mehrwerttheorie. Ihr Wesen beruht doch nicht auf gelegentlicher „Spoliation“ durch Krisen, sondern in der Erklärung des Mehrwerts aus systematischer Überarbeit, unbezahlter Arbeit durch Verlängerung der Arbeitsperiode über das zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderliche Maß hinaus. Hiervon ist bei SISMONDI nichts zu finden. Ausdrücke wie „mieux-value“ ersetzen nicht jene Analysen, die die von MARX angeführten Schriften der RICARDIANER von 1821—1827 (PAMPHLETIST, RAVENSTONE, HODGSKIN) und GEORGE RAMSAYS Essay on the Distribution of Wealth 1836 enthalten<sup>1)</sup>. Während RAMSAY der Unterscheidung des konstanten und variablen Kapitalteils am nächsten kommt, hat SISMONDI nach dem Ausspruche MARX' „nicht ein Atom zur Klärung der Frage beigetragen“<sup>2)</sup>. Es ist also irreführend, aus SISMONDI mit Gr. den Schöpfer der Mehrwerttheorie zu machen.

Der Marxismus geht eben von zwei Gedankenmassen aus: einmal von der anticardianischen Richtung SISMONDIS, die die Idee der freien Konkurrenz ad absurdum führt: kein neues Gleichgewicht ist für sie möglich ohne Eingreifen des Staates; Anarchie, Konzentration, Klassengegensätze sind die Folgen eines Tauschwertsystems, einer blinden Akkumulation, einer Verachtung der Kaufkraft. Konsumtionismus kontra Produktionismus ist seine Parole; daher Notwendigkeit der Korrektur dieser Fehler der Gesellschaft durch den Staat. Zu diesen die Ökonomik in Soziologie verwandelnden Thesen SISMONDIS tritt die Idee der bezahlten und unbezahlten Arbeitszeit hinzu, die aus den Kämpfen OWENS und seiner Schüler um den Zehn- und später den Achtstundentag hervorgegangen ist.

In diesem Sinne sind m. E. die Versuche Gr.s bei aller Anerkennung seiner tiefgehenden Studien zu korrigieren. Hinzuzufügen wäre noch folgendes: Einmal daß die ersten Angriffe gegen SISMONDI dem Reformisten galten, und zwar war es MALTHUS, der in den Principles of Political Economy (1820, S. 420 Anm.) erklärte: „er könne noch weniger mit ihm übereinstimmen in dem Glauben an die Notwendigkeit häufigen Eingreifens der Regierung zum Schutze der Individuen und von Klassen gegen die Folgen der Konkurrenz“. SISMONDI hat ferner gerade als Reformers Schule gemacht: BURET, VILLENEUVE-BARGEMONT, MOROGUES, DANIEL LEGERAND, die sich auf ihn stützten, waren Pfadfinder zur französischen Arbeiterschutzgesetzgebung. Zweitens: Der Sozialhistoriker SISMONDI ist bisher ganz unverdient vernachlässigt worden. Er verdient eine besondere Würdigung, denn mit seiner französischen Geschichte (seit 1821), seiner Geschichte der

1) Theorien über den Mehrwert III, S. 281—423.

2) Das Kapital II (1885), S. 385.

italienischen Republiken usw. beginnt die Plejade ökonomischer und sozial-ökonomischer moderner Historiker in Frankreich, so von bekannteren: GUIZOT, *Essais sur l'histoire de France* (1823) und *Histoire de la Civilisation en France* (1829); AUGUSTIN THIERRY, *Histoire de la Conquête de l'Angleterre* (1826), MICHELET, *Histoire de France* (seit 1835), DEPPING u. a. Die Anfänge einer die Massenkollisionen über die historischen Personalien stellenden und die Entwicklung von Produktion, Tausch und Verkehr als Leitmotiv der Klassenschichtung benützendes Geschichtsbetrachtung hat SISMONDI gefördert<sup>3)</sup> und ohne Zweifel hat er unter dem Eindruck der Wandlungsfähigkeit geschichtlicher Einrichtungen den Glauben erschüttert, daß eine Wirtschaftsordnung tabu sein solle, „in der der Reichtum alles, der Mensch nichts bedeutet“.

STEPHAN BAUER (Basel).

LOUISE SOMMER, *Die österreichischen Kameralisten in dogmen-geschichtlicher Darstellung.* (Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte, herausg. von C. GRÜNBERG. XII u. XIII) Wien, Konegen 1920/25. VIII u. 119; XIV u. 494 S. (22.40 Mk.)

Seit Jahren steht das Problem nach dem Wesen und dem Inhalt des Merkantilismus im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Forschung. Es sei nur auf die Arbeiten von SCHMOLLER, MARCHET und NIELSEN, dann auf diejenigen von MANN, SMALL und ZIELENZIGER verwiesen, denen sich dann neuerdings das lesenswerte Buch des Engländers HORROCKS *A Short History of Mercantilism* angeschlossen hat. Die neuere Forschung hat dazu geführt, daß wir heute dem Merkantilismus mit viel mehr Verständnis und Klarheit gegenüberstehen, als es früher der Fall gewesen ist. Hat ja noch bis in die allerneueste Zeit hinein die Auffassung, welche ADAM SMITH vom Merkantilismus vertreten hat, manche Anhänger gefunden.

Im Rahmen dieser Literatur nimmt nun das umfassende Werk von S. eine ganz hervorragende Stellung ein. Es beschäftigt sich vor allem mit dem österreichischen Zweig des Merkantilismus, ist aber so umfassend angelegt, daß es auch über die Lehren der eigentlich österreichischen Kameralisten hinaus für die ganze Geschichte des ökonomischen Denkens in diesem Zeitalter eine wesentliche Bereicherung bedeutet.

Der I., bereits im Jahre 1920 erschienene Band, trägt vor allem ideengeschichtlichen Charakter und hat die Aufgabe, die Lehren und Anschauungen der österreichischen Kameralisten, denen die Verfasserin mit Recht eine besondere Stellung zuweist, in den Rahmen dieses ganzen Zeitalters hineinzustellen und, wie die drei Hauptkapitel dieses ersten Bandes überschrieben sind, die real- und ideengeschichtlichen Voraussetzungen des Merkantilsystems herauszuarbeiten. Bei der Darstellung der realgeschichtlichen Voraus-

3) So z. B. in seiner Besprechung von THIERRY's Meisterwerk, *Revue Encyclopédique* t. XXVIII Oct. 1825 p. 87.



setzungen wird mit Erfolg der Hauptnachdruck darauf gelegt, die einzelnen nationalen Typen herauszuarbeiten, ein Versuch, der in ausgezeichneter Weise gelungen ist. Bei der Darstellung der ideengeschichtlichen Voraussetzungen steht der Zusammenhang mit der Entwicklung der Naturwissenschaften und mit dem philosophischen Rationalismus im Vordergrund.

Gegenüber manch anderen Auffassungen betont S. für Italien und Holland das Freiheitliche in der dortigen merkantilistischen Bewegung und den liberalen Kern der dortigen merkantilistischen Literatur. Es hängt dies jedenfalls eng damit zusammen, daß die Verf. das Wesentliche im Merkantilismus nicht in dessen politischen Inhalt und politischen Zielen sieht, wie das ja vor allem SCHMOLLER in stärkster Weise getan hatte, sondern daß sie versucht, den ökonomischen Inhalt dieser Lehren herauszuschälen. Das hatte ja bereits vorher schon SOMBART getan, der die Merkantilisten als die ersten Vertreter einer „Volkswirtschaftslehre“ betrachtete und das Wesentliche in der Idee der Produktionskraft erblickt, die das ganze Denken der Merkantilisten erfüllt. Wo man demgegenüber das Wesentliche allein in den politischen Faktoren, wie z. B. im Streben nach politischer Zentralisation, erblickt, dort wird man leicht geneigt sein, liberale Anschauungen in jener Zeit aus dem Gedankenkreise des Merkantilismus herauszunehmen und darin Vorläufer einer ganz anders gearteten Richtung des ökonomischen Denkens zu erblicken. Wo man dagegen den Nachdruck auf den gemeinsamen ökonomischen Grundzug ihrer Lehre richtet, z. B. mit SOMBART das Wesentliche in dem Streben nach einer Entwicklung der Produktionskräfte sieht, da bedeutet es keinen Widerspruch, auch Vertreter einer mehr liberalen Anschauung zu den Merkantilisten hinzuzunehmen. Denn je nach der wirtschaftlichen Lage und den bestimmten Interessen eines Landes mußte das eine Mal die wirtschaftliche Gebundenheit, das andere Mal die wirtschaftliche Freiheit als das geeignete Mittel erscheinen, die Produktionskräfte und die Reichtumsmöglichkeiten eines Landes zu entwickeln. Man stelle nur Frankreich im Zeitalter COLBERTS Holland in dieser Periode gegenüber, oder denke daran, daß sich ja auch in England mit dem Wachstum des dortigen Außenhandels liberalere Anschauungen bei den merkantilistischen Schriftstellern geltend machten.

Freilich kommt S.s ökonomische Betrachtungsweise dem Merkantilismus gegenüber nicht immer ganz klar und scharf zum Ausdruck, vor allem dort nicht, wo das Wesen von Kameralismus und Merkantilismus allgemeiner umschrieben wird. Allerdings wird man der Verf. dabei gerne zugeben, daß es sich hier um eine ungemein schwierige Aufgabe handelt, die Mannigfaltigkeit, der wir hier begegnen, auf einen gemeinsamen, festumschriebenen Nenner zu bringen. Auch diejenigen, welche das früher versucht haben, haben dabei immer nur, wie auch gar nicht anders denkbar, einige wesentliche Züge herausgehoben und darüber Anderes, nicht Unwichtiges, vernachlässigen müssen.

Dieser Tatsache, daß man über dem Gemeinsamen nicht das Individuelle und Trennende vernachlässigen darf, trägt dann der II. Band, der in eine

Reihe monographischer Darstellungen zerfällt, Rechnung. In umfassender und gründlicher Weise werden hier die Lehren und Anschauungen von BECHER, SCHRÖDER, HORNINGK, JUSTI und SONNENFELS dargestellt. Hier zeigt die Verf., unter welcher verschiedenartigen Einflüssen diese einzelnen Männer gestanden haben und wieviel Trennendes trotz vielem allen Gemeinsamen in den Ausgangspunkten und Grundanschauungen vorhanden gewesen ist. Der eine ging von der deistischen Moralphilosophie aus, ein anderer stand in hohem Maße unter dem Einfluß der englischen merkantilistischen Schriftsteller, wieder ein anderer durchaus unter dem Einflusse des Rationalismus, um nur wenige der maßgebenden Ausgangspunkte hervorzuheben.

Freilich habe ich den Eindruck, daß in der Darstellung manches dabei etwas zu breit behandelt worden ist. Diesen monographischen Partien des Bandes schließen sich dann zwei weitere Kapitel an, in welchen die deutsche spät-merkantilistische Staatsauffassung unter dem Einfluß von KANTS Rechtslehre und die Kritik des Kameralismus in der Literatur behandelt werden. Es war durchaus berechtigt, für eine solche Untersuchung diese monographische Form zu wählen. Mir will es jedoch scheinen, daß es zweckmäßig gewesen wäre, wenigstens in einem zusammenfassenden Schlußkapitel auf einzelne wichtige, sachliche Probleme einzugehen und zu zeigen, in wie verschiedener Weise die einzelnen Autoren dazu Stellung genommen haben, aber auch zu zeigen, wie doch auch ganz allgemein im Laufe der langen Periode, die das Zeitalter des ökonomischen Kameralismus umspannt, überhaupt diesen einzelnen Problemen gegenüber Wandlungen aufgetreten sind.

Von besonderem Interesse ist der Schlußabschnitt, in welchem S. für das Wesen von Merkantilismus und Kameralismus und deren gegenseitiges Verhältnis die Ergebnisse ihrer tief eindringenden Untersuchungen zieht. Hier wird besonders stark betont, daß das kameralistische Element nicht in der Abgrenzung eines bestimmten Stoffgebietes liege, sondern in einer gewissen gemeinsamen Grundstimmung, während diesen Schriftstellern selbst das Gefühl einer inneren Zusammengehörigkeit durchaus gefehlt habe. Freilich gelangt damit die Verf. noch nicht zu einer ebenso geschlossenen Auffassung des Kameralismus, wie z. B. ZIELENZIGER, der den Beamtenstand als dessen begriffliches Kriterium betrachtet hat. Wenn auch die Verf. darin Recht hat, daß man den Wert solcher Definitionen nicht überschätzen dürfe, so haben sie doch immerhin heuristisch eine erhebliche Bedeutung.

Was das Wesen des Merkantilismus anlangt, so stimme ich S. darin durchaus zu, daß sein Wesen nicht nur darin gelegen hat — wie bisher häufig vertreten wurde —, daß lediglich ein Kausalverhältnis bestand, „in welchem die auf Vereinheitlichung der Staaten gerichtete Strömung als Ursache, die merkantilistische Politik hingegen als Wirkung fungiert“. Demgegenüber führt S. aus, daß sich beide gegenseitig enge bedingen. „Eine innige Wechselwirkung besteht zwischen der Wirtschaftspolitik, den merkantilistisch-regulierenden Eingriffen im Wirtschaftsleben und der realen, spontanen Gestaltung der staatlich-wirtschaftlichen Verhältnisse“. Schon diese Auffassung, der ich ganz beipflichte, führt zum Gedanken hinüber, dem mer-

kantilistischen Denken und Wollen doch eine selbständigere Stellung gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in jener Zeit einzuräumen, als es bisher so häufig geschehen ist. Mit diesem Problem beschäftigt sich der letzte Abschnitt des Buches, welcher dem Systemcharakter des Merkantilismus gewidmet ist. Es handelt sich hier um die Frage, ob es auch außerhalb dieser realen Politik einen Merkantilismus gibt, ein zusammenhängendes Lehrgebäude merkantilistischer Ansichten, dem Systemcharakter zukommt. Hier vertritt die Verf. die Auffassung, daß die merkantilistischen „Abstraktionen“ das literarische Widerspiel jener faktisch gehandhabten Wirtschaftspraxis seien und daß damit auch die Verschiedenheit des Merkantilismus als nationalökonomischer und verwaltungstechnischer Theorie in den einzelnen Staaten enge zusammenhängen. Demgegenüber aber habe doch der Merkantilismus einen eigenen theoretischen Gehalt, dem man sogar mit SOMBART einen besonders eigenartigen Systemcharakter neben der klassischen Nationalökonomie zusprechen müsse. Freilich kein System in dem Sinne, daß dem Merkantilismus ein einheitlicher Grundgedanke von großer Tragfähigkeit zugrunde gelegen hätte, aber doch in dem Sinne, daß sich dem rückschauenden Blicke „infolge einer übereinstimmenden Art und Weise der Denkrichtungen und Wertungen“ das merkantilistische Denken durchaus als Einheit darstellt. Dabei ist wesentlich, was bei dem Kameralismus ganz besonders stark ausgeprägt, bei dem Merkantilismus weniger stark, aber immer doch noch richtunggebend hervortritt, daß sie beide durchaus staatlich orientiert sind.

Dieses Ergebnis, zu dem ich selbst schon früher auf Grund eingehenderer Beschäftigung mit diesem Gegenstande gekommen bin, scheint mir das Bedeutsamste des vorliegenden Buches zu sein. Die Beurteilung des wissenschaftlichen Charakters des Merkantilismus hat erhebliche Wandlungen durchgemacht. A. SMITH, um nur die Extreme herauszugreifen, hatte den Versuch gemacht, den Merkantilismus als ökonomisches System zu formen. SCHMOLLER, der damit einen ganz beträchtlichen Einfluß ausgeübt hat, hat im Merkantilismus nicht anderes als eine rein politische und wirtschaftspolitische Bewegung gesehen. Zweifellos hat er damit auf ein ganz wesentliches Moment, auf den engen Zusammenhang zwischen Merkantilismus und Staatenbildung hingewiesen. Aber damit war eine zweifellos richtige und ungemein bedeutsame Tatsache zu einseitig in den Vordergrund gestellt worden, Hinter ihr traten jedoch zu sehr die recht wichtigen ökonomischen Erkenntnisse der merkantilistischen Schriftsteller, aber auch ihre ganz eigenartige Stellung der klassischen Nationalökonomie gegenüber zu sehr in den Hintergrund. Zwischen diesen Extremen vermittelt in gewissem Sinne das vorliegende Buch. Es würdigt durchaus diese politische Seite des Merkantilismus, zeigt aber dabei doch in durchaus zutreffender Weise, daß damit sein Wesen keineswegs erschöpft ist und daß dem Merkantilismus im Rahmen einer Geschichte des ökonomischen Denkens doch eine größere Bedeutung zukommt, als man noch heute vielfach annimmt.

P. MOMBERT (Gießen).

ALFRED AMMON, Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie.

Eine Einführung in sein Hauptwerk und zugleich in die Grundprobleme der nationalökonomischen Theorie. Zur 100jähr. Wiederkehr seines Todestages (11. IX. 1823). Jena, Fischer 1924, 122 S.

Der Versuch einer sachlich und räumlich beschränkten Einführung in die Grundzüge der nationalökonomischen Denk- und Betrachtungsweise DAVID RICARDOS an der Hand seines Hauptwerkes ist sicherlich ein Unternehmen von hohem Verdienst. Nicht minder verdienstlich und höchst anerkennenswert ist der Standpunkt, von dem aus der Verf. der sich durch sein 1911 erschienenen Werk „Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie“ bereits einen angesehenen Namen gemacht hat, an seine Aufgabe herantritt. „Es hat im letzten Jahrzehnt — so schreibt er in seinem Vorwort — die Übung um sich gegriffen, daß jeder auf dem Gebiete der Nationalökonomie Arbeitende, unbekümmert um das, was vor ihm geleistet wurde oder neben ihm geleistet wird, sein eigenes System errichtete. Mit dieser Übung muß gebrochen werden. Nicht darauf kommt es an, daß ein dutzendmal dasselbe und dabei doch immer etwas anders gebaut wird, sondern daß alle an demselben Bau arbeiten . . . Nicht RICARDO zu ersetzen . . . ist die Aufgabe der Zeit auf unserem Wissensgebiete, sondern seine Gedanken zu verstehen und fortzubilden.“ Wahrhaft goldene Worte, die sich jeder nationalökonomische Theoretiker an die Pforte seines Arbeitszimmers schreiben sollte.

Eine andere Frage ist nun allerdings, ob A. selbst diesen Anforderungen vollkommen genügt und ob er insbesondere RICARDO völlig gerecht geworden ist. Diese Frage vermag ich nicht zu bejahen, so sympathisch auch die Verehrung vor RICARDOS GENIUS, die bei A. immer wieder sich durchringt, berührt. Und ich glaube, der Grund dafür, daß er schließlich doch die Lösung der Aufgabe, die er sich gestellt hat, verfehlt, liegt darin, daß er sich in einem Irrtum über das Ziel befindet, welches RICARDO mit seinem Hauptwerk verfolgt.

Diese Verkennung des wahren Gedankengehaltes der RICARDOSCHEN „Principles“ tritt bereits in A.s oben genannten Erstlingswerk zutage. Er macht dort einen Unterschied zwischen „Volkswirtschaftslehre“ und „theoretischer Nationalökonomie“. Das Erkenntnisobjekt dieser letztgenannten Wissenschaft sollen nicht die Gesetzmäßigkeiten sein, welche die bestmögliche Güterversorgung eines zum Staate zusammengefaßten Volkes beherrschen, sondern ein „davon prinzipiell verschiedener Komplex von sozialen Beziehungen, die lediglich empirisch in der Volkswirtschaft auftreten, aber nicht notwendig da auftreten, wo Volkswirtschaft ist, und auch außerhalb der Volkswirtschaft existent werden können“ (a. a. O. S. 430). Als Begründer der so umschriebenen Disziplin wird uns RICARDO vorgestellt. Seit seinem Auftreten ist, behauptet A., die theoretische Nationalökonomie keine Volkswirtschaftslehre mehr (a. a. O. S. 431); und an einer anderen Stelle (S. 34): das Erkenntnisobjekt des RICARDOSCHEN Systems sei „bewußt ein unwirkliches, rein gedankliches Gebilde einer theoretisch abstrakten Verkehrsgesellschaft von ihren wirtschaftlichen Vorteilen vollkommen erfassenden und zur Durchführung bringenden Individuen“, das

System sei eine „abstrakte Verkehrstheorie“, seine Grundsätze sollen nur eine „heuristische Konstruktion“ sein.

Dementsprechend wird zu Beginn der hier angezeigten Schrift RICARDO als „Begründer der theoretischen Nationalökonomie“ ADAM SMITH gegenübergestellt, der nicht „theoretische Nationalökonomie“, sondern eine „Volkswohlfahrtslehre“, mithin angeblich etwas ganz anderes gegeben habe. SMITH habe mit seinem Werke — anders als RICARDO — praktisch-politische Ziele verfolgt. Daran ist das eine richtig, daß das im Kerne freilich doch theoretische Werk SMITH's in weit höherem Grade auch mit wirtschaftspolitischen (übrigens auch historisch-deskriptiven) Betrachtungen durchsetzt ist, als RICARDOS Principles, obwohl solche auch in diesen keineswegs völlig fehlen. Aber schon der Titel von RICARDOS Hauptwerk hätte A. zeigen können, daß RICARDO nicht nur „reine Theorie“ hat geben wollen, sondern zugleich eminent praktische Zwecke verfolgt hat; u. zw. im Hinblick auf eine gegebene Volkswirtschaft. Man ist doch nicht berechtigt, ohne weiteres anzunehmen, daß ein Denker vom Range RICARDOS seinem Hauptwerk einen unadäquaten Titel verliehen hat. Dieser lautet „Principles of political economy“. Welchen Sinn soll das Wort „political“ haben? wenn nicht den, daß es sich um die Grundsätze der Wirtschaft einer staatlich zusammengefaßten Wirtschaftsgesellschaft, mithin einer Volkswirtschaft handle? Aber damit nicht genug! Der Titel von RICARDOS Schrift ist ja nicht vollständig. Er lautet genau „Principles of political economy and taxation“. D. h., RICARDO hat auf Grund der theoretischen Sätze, zu denen er gelangt war, Maximen für die zweckmäßigste Verteilung der Steuerlasten geben, also sicherlich einem im höchsten Grade praktischen Zweck dienen wollen. Und das war nur selbstverständlich in einer Zeit, die in mehrfacher Hinsicht der unsrigen ähnlich ist. Das Werk RICARDOS erschien 1817, unmittelbar, nachdem sein Vaterland und die große Mehrzahl der übrigen europäischen Staaten einen jahrelang andauernden „Weltkrieg“ zum Abschluß gebracht hatten und die Aufbringung der Lasten zur Debatte stand, die als Folgen dieses Krieges entstanden waren. Will man sich den wahren Zweck des RICARDOSchen Buches klarmachen, dann darf man weder das Wort „taxation“ im Titel, noch die Kapitel, welche sie behandeln, übersehen. Es leuchtet nun ohne weiteres ein, daß die Besteuerung zu jeder Zeit in engstem Zusammenhang mit dem Volkswohlstand und mit den dessen Gestaltung beherrschenden Gesetzmäßigkeiten steht. Der dem physiokratischen Satz „Pauvre paysan, pauvre royaume, pauvre royaume, pauvre roi“ zugrunde liegende Gedankengang leuchtet mutatis mutandis sowohl im Titel wie im Inhalt des RICARDOSchen Hauptwerkes durch. Man kann — ob mit Recht oder mit Unrecht, sei vorläufig dahingestellt — RICARDO vorwerfen, seine Methode bei der Untersuchung seines Problemkreises sei zu abstrakt gewesen, m. a. W. er sei von zu einfachen Voraussetzungen ausgegangen und habe der vielgestaltigen Wirklichkeit nicht ausreichend Rechnung getragen. Aber dieser Vorwurf ist inhaltlich grundverschieden von der von Hause aus abzuweisenden Behauptung A.S. RICARDO habe absichtlich einen abstrakten, wirklichkeitsfernen Problemkreis zum Gegenstand der Untersuchung machen wollen.

Freilich hat RICARDO die Gesetze, welche die Verteilung regeln, aus-

drücklich als Hauptproblem der politischen Ökonomie bezeichnet, und es ist keine Frage, daß das Verteilungsproblem für ihn eng mit dem Preisproblem zusammenhängt. Hat er damit aber die Volkswohlslehre aus dem Gebiet der Nationalökonomie ausschließen wollen? M. E. durchaus nicht. Gewiß ist das thema probandum RICARDOS ein engeres als der Problemkreis, dessen Behandlung ADAM SMITH sich zur Aufgabe gestellt hat. Es ist gewissermaßen ein Ausschnitt aus dem letzteren. RICARDO wollte — das sagt er zwar nicht ausdrücklich, aber jede Zeile seiner Schrift beweist es — dartun, daß die gleichen Faktoren, die entscheidend sind für Zu- oder Abnahme des Volkswohls, auch maßgebend sind für die Einkommensverteilung, daß diese Verteilung ebenso wie die Gestaltung des Volksreichtums in letzter Linie bedingt ist durch die Ergiebigkeit des Bodens. Insofern steht er den Physiokraten weit näher, als man heute meist anzunehmen geneigt ist.

Hat uns RICARDO in mancher Beziehung weniger gegeben als SMITH, so in anderer Hinsicht unendlich mehr. Im Zusammenhang mit seinem eben geschilderten thema probandum zeichnet er ein Bild der Entwicklung der Gesellschaft des freien Marktes, wie sie in ihrem Fortschreiten gehemmt ist zwar nicht durch Eingriffe des Staates oder durch künstliche Monopole einzelner, wohl aber durch einen weit wichtigeren Faktor, durch die zunehmende Kargheit der freien Natur, einen Faktor, dessen Wirkungen zwar lange Zeit hindurch durch Fortschritte in der Produktionstechnik gemildert oder gar zeitweilig völlig aufgehoben werden können, der aber letzten Endes immer wieder seine hemmende Wirksamkeit äußert. Um ein solches Entwicklungsbild geben zu können, mußte er die Volkswirtschaft jeweils in ihrem Gleichgewichtszustande, d. h. in dem nach Lage der Dinge erreichbaren Maximumzustande ihrer Bedarfsbefriedigung, der heute sogenannten Statik, betrachten und nachweisen, welche Verschiebungen sowohl in der Gestaltung des Volkswohls als in der Verteilung der Einkommen unter dem Einflusse jenes obengenannten „dynamischen“ Faktors eintreten. M. a. W., er mußte eine Reihe statischer Zustände der Volkswirtschaft, die durch eine Linie der Entwicklung getrennt waren, miteinander vergleichen. Infolgedessen ist die ganze Einstellung RICARDOS, um mich eines sehr glücklichen Ausdrucks FRANZ OPPENHEIMERS zu bedienen, eine „comparativ-statische“.

Diesem thema probandum RICARDOS und seiner damit notwendig gegebenen comparativ-statischen Gesamteinstellung scheint mir A. gänzlich verständnislos gegenüberzustehen. Ein großer Teil seiner Einwände gegen RICARDO sind rein dynamischer Natur, d. h. jenen Übergangszuständen entlehnt, die durch den Verlauf der Entwicklung bedingt sind, aber immer wieder durch die Tendenz zum statischen Zustande hin überwunden werden. Wollte ich dies im einzelnen nachweisen, so müßte ich selbst ein ganzes Buch darüber schreiben. So möge es denn genügen, wenn ich auf die Abschnitte hinweise, in denen A. sich mit RICARDOS Grundrentenlehre auseinandersetzt. Charakteristisch ist auch die Stelle am Anfang des A.schen Buches, wo er sich den Kopf darüber zerbricht, was RICARDO mit den Worten „der natürliche Verlauf der Verteilung“ gemeint haben kann. Zweifellos hat RICARDO dabei jene Verschiebungen der Einkommen

im Auge gehabt, wie sie durch den Einfluß des oben betrachteten „natürlichen“ Faktors, nämlich der zunehmenden Kargheit der Natur, bedingt sind.

Nur wenn man sie in diesen ganzen großen Zusammenhang hineinstellt, wird auch RICARDOS so vielfach mißverständene Werttheorie, die „Arbeitsmengentheorie“ des Wertes, verständlich. A. mußte sie als, wenn auch gemäßigter, Subjektivist verwerfen. M. E. aber beruhen seine Einwendungen auch gegen diese Theorie auf reinem Mißverständnis. RICARDO hätte A.s Behauptung: die Arbeit sei nicht Realgrund, sondern nur Erkenntnisgrund des Wertes der nicht unter einem Monopol stehenden Güter, ohne weiteres unterschrieben. Für ihn ist tatsächlich die Arbeit im Sinne der „lebendigen Arbeit“ des Arbeitsaufwandes oder der Arbeitsleistung nichts anderes als die technische Manifestation des Widerstandes, den die Kargheit der Natur der Güterbeschaffung entgegensetzt. M. a. W. die Manifestation der Seltenheit beliebig vermehrbarer Güter im Verhältnis zum Begehren nach denselben. Sie ist für ihn die „foundation“ nicht des Daseins eines Güterwerts überhaupt, sondern der konkreten Höhe dieses Wertes bei jedem einzelnen Gute, das technisch durch Arbeit vermehrbar ist. Wenn RICARDO zu Anfang seines Werkes scheidet zwischen „seltenen“, d. h. absolut unvermehrbar und solchen Gütern, die beliebig vermehrt werden können, „sofern wir geneigt sind, die zur ihrer Erlangung erforderliche Arbeit aufzuwenden“, so liegt es doch eigentlich ziemlich klar am Tage, daß er hierbei nicht wirtschaftliche, sondern rein technische Gesichtspunkte im Auge hatte. Wenn A. hier ihm gegenüber einwendet, daß doch auch die „Arbeit“ selten sei und daß daher der beliebigen Aufwendung von Arbeit für jedes einzelne Gut Schranken wirtschaftlicher Natur entgegenstehen, so rennt er wiederum offene Türen ein. Denn erst bei der Frage, ob wir geneigt sind, die erforderliche Arbeit aufzuwenden, d. h. bei der „Verwendungswahl“ der Arbeit spielt das wirtschaftliche Moment eine Rolle.

Ebenso mißverständlich ist es, wenn A. RICARDO die verschiedene Wertung verschiedener Arbeitsarten entgegenhält. Denn RICARDO war durch seine ganze Einstellung gezwungen, den Hauptakzent auf den Faktor zu legen, der bedingend war für die Änderung der relativen Tauschwerte der Güter untereinander im Verlaufe der Entwicklung, und dieser Faktor ist doch eben, das wird A. nicht leugnen können, in allererster Linie der zur Herstellung der Güter erforderliche Arbeitsaufwand. Mit Recht durfte RICARDO betonen, daß die verschiedene Bewertung verschiedener Arbeitsarten für längere Zeiträume sich wenig geändert habe. Beruht nämlich die Verschiedenheit der Bewertung auf einer Verschiedenheit im Grade der erforderlichen Ausbildung, dann kann sie in der Tat als ein für allemal gegeben betrachtet werden. Soweit aber gleich qualifizierte Arbeitsarten verschieden hoch bewertet werden, muß ja auf die Dauer durch eine Änderung in der Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige immer wieder ein Ausgleich herbeigeführt werden.

Die relative Knappheit der beliebig vermehrbaren, d. h. der Produktion unter freiem Wettbewerb überhaupt zugänglichen Güter ist letzten Endes

verursacht durch die relative Knappheit der Produktionsfaktoren. Dementsprechend mußte RICARDO auch den Wert dieser Produktionsfaktoren in Arbeitsmengen auflösen. Das endgültige Urteil über seine Werttheorie wird davon abzuhängen haben, ob ihm dies restlos gelungen ist. M. E. wird man diese Frage ohne Bedenken bejahen können. Arbeitslohn sowohl wie Profit und Grundrente sind bei ihm auf Arbeitsquanten zurückgeführt, und es wird sich gegen die RICARDOSchen Deduktionen nicht viel einwenden lassen, wenn man ihm zwei Voraussetzungen zugibt. Die eine: daß, abgesehen von den Verschiedenheiten der Qualifikation, immer noch Bodenkräfte im Überflusse vorhanden sind, so daß die letzte noch herangezogene Bodenkraft, der „Grenzboden“, in der Statik keine Grundrente trägt. Träfe diese Voraussetzung nicht zu, dann wäre auch RICARDOS Satz hinfällig, daß es Güter gibt, welche jederzeit beliebig vermehrt werden können, wofür wir nur geneigt sind, die erforderliche Arbeit aufzuwenden. Denn die Beschränktheit des Bodens würde dann ein natürliches Hemmnis einer solchen beliebigen Vermehrung darstellen. Ich glaube nicht, daß A. eine solche absolute Seltenheit des Bodens im Gegensatz zu RICARDO behaupten will. Die zweite Voraussetzung ist: daß der Arbeitslohn auf die Dauer ein Realeinkommen in bestimmter Höhe gewährleistet, nämlich das gewohnheitsmäßige Existenzminimum. Insofern hat A. ganz recht, wenn er sagt, daß der Arbeitslohn den „festen Punkt“ des RICARDOSchen Systems bildet. A. behauptet nun zwar, einen solchen festen Punkt gebe es in Wirklichkeit nicht. Man wird aber schwerlich sagen können, dass die seitherige Erfahrung RICARDO unrecht gegeben habe. Vom Standpunkt der rein deduktiven Methode mag es als Schönheitsfehler seines Systems erscheinen, daß RICARDO genötigt war, sich zur Erhärtung seiner Lohntheorie auf das MALTHUSSche Bevölkerungsgesetz zu stützen, das sich nicht rein deduktiv begründen läßt, sondern im wesentlichen auf der Empirie beruht. Aber man wird zugeben müssen, daß es seit dem Auftreten MALTHUS', d. h. seit nunmehr fünfviertel Jahrhunderten, nicht gelungen ist, eine schlüssigere Begründung der Tatsache zu geben, daß das Angebot von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte im Verhältnis zur Nachfrage derart groß gewesen ist, daß die Löhne einen relativen Tiefstand nicht zu überschreiten vermochten. Der einzige wirklich ernsthafte Versuch, das MALTHUSsche Gesetz durch eine zutreffendere Erklärung der ungünstigen Lebenslage der handarbeitenden Klassen zu ersetzen, MARX' Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, hat seither die Probe der Erfahrung nicht bestanden, u. zw., weil es m. E. auch auf irrtümlichen theoretischen Voraussetzungen beruht<sup>1)</sup>.

So scheint mir denn die Werttheorie RICARDOS, zumal wenn man seine oben geschilderte Gesamteinstellung berücksichtigt, doch erheblich leistungs-

1) MARX übersieht, daß auch das „konstante Kapital“ zu seinem größten Teile letzten Endes nichts ist, als im Stadium des Ausreifens befindliches „variables Kapital“, u. zw. in immer steigendem Umfange zunehmendes variables Kapital, so daß infolge der Verwandlung von variablem in constantes Kapital auf die Dauer die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht abnehmen kann, sondern sogar steigen muß.



fähiger, als A. annimmt. Sie lehrt uns, daß wir in der Lage sind, den Grad der zunehmenden oder abnehmenden Güterknappheit und damit die größere oder geringere Reichlichkeit der Güterversorgung einer Gesellschaft an Arbeitsmengen zu messen. Denn letzten Endes ist eben Arbeit nichts anderes als die äußere Manifestation des Widerstandes, den die Natur den Menschen bei der Beschaffung derjenigen Güter entgegensetzt, die überhaupt durch Arbeit vermehrt werden können. Nichtsdestoweniger weist das RICARDOSche System — das wird man A. zugeben müssen — eine empfindliche Lücke auf. Arbeitslohn und Grundrente werden nicht nur ihrer Höhe, sondern auch ihrer Ursache nach formal einwandfrei erklärt. Anders aber steht es mit dem Kapitalprofit. Zwar gibt RICARDO exakte Bestimmungsgründe seiner Höhe und er weist nachdrücklich genug auch auf die Modifikationen hin, welche seine Werttheorie infolge der Existenz des Profits und des Ausgleichs der Profitrate erleidet, soweit der relative Tauschwert einzelner Güter zueinander in Frage kommt. Dabei zeigt sich freilich die vorwiegend komparativ-statische Einstellung RICARDOS wieder darin, daß er ausdrücklich die verhältnismäßige Unerheblichkeit jener Modifikationen für die Frage der Wertänderungen betont. Was aber die Ursache des Profits betrifft, so finden sich bei RICARDO darüber nur sehr spärliche Andeutungen. Soweit freilich wie A. möchte ich auch hier nicht gehen, nämlich zu behaupten, RICARDO habe den Profit gänzlich unerklärt gelassen. Denn es finden sich ja immerhin Andeutungen in seinem Werke, in denen auf die produktionsfördernde Wirkung des Kapitals hingewiesen wird, und es fehlt auch nicht an Stellen, in denen die Bedeutung des Zeitmomentes für Entstehung und Wachstum des Profits gestreift wird. Ich möchte mich den Worten KNUT WICKSELLS anschließen: „Wie fragmentarisch RICARDOS Kapitalzinstheorie auch sein mag, soweit wie sie geht, dürfte sie doch völlig richtig sein.“

Immerhin bildet die Theorie des Kapitals und des Profits die schwächste Stelle in RICARDOS Gesamtsystem, und insoweit bedarf dieses letztere in allererster Linie weiteren Ausbaus. Um so mehr, als auch die Kapitaldefinition RICARDOS nicht scharf und eindeutig ist. Er faßt das Kapital bald als Summe bestimmter Einzelgüter, bald als Wertgröße auf. Es gereicht mir zur Genugtuung, daß A. bei seiner Definition des Kapitals im besprochenen Buche der von mir selbst bereits in „Kapitalprofit“ (1924) und nunmehr auch in meinen „Grundzügen der theoretischen Nationalökonomie“ (1925) vertretenen Auffassung sehr nahe gekommen ist.

Das Ergebnis meiner Besprechung des A.schen Buches noch einmal zusammengefaßt, so besagt es, daß RICARDOS Gedankengebäude auch heute noch nahezu unerschüttert ist, und nur in einem — allerdings wesentlichen — Punkt weiteren Ausbaus bedarf. Nicht nur in der Problemstellung RICARDOS, die viel umfassender ist, als A. glaubt, sondern auch in der Problemlösung können wir m. E. sehr weit mit ihm gehen. Daß A. dies nicht gesehen hat, liegt wohl an seiner subjektivistischen Stellung zum Wertproblem, die ihn freilich geradezu zwingt, den tatsächlichen Problembereich der theoretischen Nationalökonomie künstlich einzuengen. Denn bei der Lösung des von mir

bereits früher gekennzeichneten eigentlich nationalökonomischen Problems können wir mit den Mitteln der subjektiven Werttheorie nicht übermäßig weit kommen. Sie gibt im Grunde Beschreibung, statt zu erklären. Dafür nur ein Beispiel: Wir stehen heute vor dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und insbesondere unseres Vaterlandes. Dieses Problem ist zunächst wirtschaftspolitischer Natur. Um es aber praktisch bestmöglich zu lösen, bedarf die Wirtschaftspolitik der theoretischen Fundamente. Was kann uns nach dieser Richtung hin die subjektive Wertlehre bieten? M. E. nur außerordentlich wenig. Hingegen glaube ich mit gutem Gewissen jedermann, der sich für die praktische Lösung des Wiederaufbauproblems interessiert, empfehlen zu können, die *Principles RICHARDOS* Kapitel für Kapitel, Seite für Seite und Zeile für Zeile durchzulesen. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß A. einem zweifellos gründlichen und scharfsinnigen Theoretiker, wie GUSTAV CASSEL, keinen Dienst leistet, wenn er ihn mit einem Genie von dem Tief- und Weitblick RICHARDOS in Parallele stellt.

SIEGFRIED BUDGE (Frankfurt a. M.).

PONTUS E. FAHLBECK, *Die Klassen und die Gesellschaft. Eine geschichtlich-soziologische Studie über Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des Klassenwesens.* Jena, Fischer 1922. XI u. 340 S.

In diesem Buche — dessen schwedisches Original in diesem Archiv (IX, 418/19) bereits einmal durch Professor EDWARD BULL (Oslo) zur Besprechung gelangt ist — ist sehr wenig vom Interessengegensatz zwischen den Klassen die Rede und sehr viel davon, daß sie einander ergänzen. Der Verf. ist rein historisch eingestellt und nimmt an definitorischen Klarstellungen, die auf diesem umstrittenen Gebiete doch immerhin sehr wichtig sind, wenig Interesse. Er unterscheidet eine aufwärts- und eine abwärtsgehende Bewegung innerhalb der Klassengesellschaft; beide kommen in ihrer Auswirkung in der Antike zu breiter Darstellung. Die Idee der klassenlosen Gesellschaft ist für F. eine Utopie und kann auch in Anbetracht seiner teleologischen Einstellung nichts anderes sein. „Die Klassen sind nicht nur politische Mächte, wie MARX und andere es meinen, sondern noch mehr Organe der Kulturarbeit. Die Aufgabe, die sie in letztgenannter Eigenschaft besitzen, ist noch bedeutsamer als die, die sie als wetteifernde politische Parteien verrichten“ (S. 4). Die eine Seite des Klassenwesens sei „den einzelnen zugewandt, den Individuen, und erscheint hier als Verschiedenheit der Lebensstellungen. In einer anderen, der Gesellschaft zugekehrten Seite bildet das Klassenwesen soziale Gruppen mit je ihren verschiedenen Aufgaben für das Zusammenleben. Die meisten sehen nur die erstere Seite und vergessen die letztere, wodurch die Auffassung des ganzen schief wird“ (S. 16).

Dieser Vernachlässigung des Kausalprinzips in der systematischen Stellungnahme entspricht die starke Verschwommenheit eines Teiles der historischen Ausführungen. Vom Adel heißt es: „Er wächst von selbst hervor beim Übergang zu fester Siedelung, oder wenn das Bedürfnis nach ständiger

Führerschaft sich geltend macht, oder auch wenn verschiedene Volksteile zu einem Staatswesen vereinigt werden“ (S. 37). „Der unfreie Stand hat ebenso sehr wie Priester und Adel letzthin einem großen gesellschaftlichen Bedürfnis seine Entstehung zu verdanken. Neben der Religion und dem Staate ist die wirtschaftliche Arbeit der dritte große Faktor in der Organisation der Gesellschaft für die Kultur“ (S. 50). Es ist schwer, gegenüber derart unpräzisen Behauptungen überhaupt kritisch Stellung zu nehmen. Man vergleiche auch die Ableitung der Über- und Unterordnung der Klassen aus der Höherbewertung, die immaterielle Arbeit gegenüber materieller findet (S. 100, 101).

Wo die Klassen als Bestandteile der Gesellschaft aufgefaßt werden, die einander zweckverbunden ergänzen, wird der Kampf der Klassen auf wenig Sympathie stoßen, und es ist dann nur konsequent, wenn erklärt wird: „Die klassenlose Gesellschaft ist eine unhistorische Phantasie, erdichtet ohne Rücksicht auf die Gesetze, die für die Kulturarbeit herrschen, daher aber gefährlich wie eine Geisteskrankheit“ (S. 199). — Es fehlen bei F. der Scharfsinn, die Tiefe und der Schwung, die erforderlich wären, um der MARXschen Klassentheorie eine ernstliche Gegnerschaft zu bereiten.

WALTER SULZBACH (Frankfurt a. M.).

MAX QUARCK, Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49. Leipzig, C. L. Hirschfeld 1924. 400 S.

Hatte FRIEDENSBURG über die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis 1848 geschrieben, so setzt Q. hier ein, um über den Berliner Handwerkerverein, den Kommunistenbund und die Arbeiterverbrüderung erstmalig eine genaue Darlegung zu geben. Es handelt sich eigentlich um eine sehr erweiterte Fassung einer Schrift, die Q. im Jahr 1900 herausgegeben hat, eine Sammlung von 144 Seiten wieder veröffentlichter, verschollener Artikel und 16 Seiten Einleitung. Aus diesen letzteren Seiten ist nun ein starker Band geworden, der unentbehrlich ist für jeden, der die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts studieren will. Die Sammlung und Sichtung des Materials und die gründliche Kenntnis der Zeit und Umwelt sind besonders hervorzuheben. Die historische Bedeutung BORNs, dessen Erinnerungen (in III. Auflage, 1898) sein Bild etwas retouchiert zeigen, tritt klar hervor, und auch seine Stellung zu den Intelligenzleuten MARX und ENGELS. Kritische Äußerungen von ENGELS werden übrigens mit Recht zurückgewiesen und überhaupt die persönlichen Streitereien (auch im Falle HEINZEN) als unsachlich abgelehnt. Wenn der Verf. auf Grund von VALENTINs Darstellung die Frankfurter Verhältnisse schildert, zumal VALENTIN der Arbeiterbewegung von 1848 nicht ganz gerecht geworden ist, so ist diese Vorgeschichte der Sozialdemokratischen Partei eine dringend notwendige Ergänzung von MEHRINGS und BERNSTEINs großen Werken. Es wäre nur zu wünschen, daß die Geistesgeschichte dieser Zeit wie in GUSTAV MAYERS „Engels“ und ZLOCISTIS „Heß“ stärker berücksichtigt werde, und so die Einflüsse z. B. von LOUIS BLANC oder der Berliner Freien deutlicher hervortreten. Man braucht

nicht so ökonomistisch zu sein, nur SCHMOLLERS Geschichte der Kleingewerbe und ANTONS Fabrikgesetzgebung heranzuziehen. Besonders wichtig erscheinen mir die Darlegungen der zünftlerischen Tendenzen und der Rolle des, seit BIERMANN zu wenig beachteten, Theoretikers MARLO (K. A. WINKELBLECH). Im ganzen kann man sich über die Bereicherung unserer historisch-politischen Literatur durch Q. nur freuen.

GOTTFRIED SALOMON (Frankfurt a. M.).

Grundriß der Sozialökonomik. Bd. IX, 1. Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus. Mit Beiträgen von G. ALBRECHT, G. BRIEFS, C. BRINKMANN, E. LEDERER, J. MARSCHAK, R. MICHELS, G. NEUHAUS, L. PESL. Tübingen, Mohr (Siebeck) 1926. Gr. 8°. VII u. 75 S.

Die Leser dieses Archivs wird aus dem angezeigten Bande des Grundrisses der Sozialökonomik besonders der Beitrag von G. BRIEFS interessieren; und ich darf die Besprechung um so mehr auf diese Arbeit beschränken, als sie nicht nur eine der größten des ganzen Bandes, sondern sicher auch dessen bedeutsamsten Beitrag ausmacht. Mit umfassender Literaturkenntnis und nicht nur unvoreingenommener, sondern auch sehr eindringlicher Darstellung wird ein Thema behandelt, wie es SOMBART zuerst in der „Gesellschaft“ (1906) aufgegriffen hat. Ein Vergleich der beiden Darstellungen läßt den Fortschritt ermessen, den die Wissenschaft bei der Behandlung des Proletariats in der Zwischenzeit gemacht hat. Es ist alles herangezogen, was irgend von Belang ist; man vermißt eigentlich nur STRIEMERS „Industriearbeiter“ und sähe außerdem noch gerne eine Auseinandersetzung mit den religiösen Sozialisten und vor allem mit STEINBÜCHELS „Sozialismus als sittliche Idee“. Ich glaube, es ist zum ersten Male eine Dogmengeschichte des Begriffs Proletariat gegeben: der römische Ursprung der Namens, seine Wiederaufnahme im 14. Jahrhundert, die Übertragung aus der humanistischen Philologie in die sozial-kritische Ökonomik durch SISMONDI und den Saint-Simonismus; sie müßte nur durch eine Darlegung des Klassen- und Klassenkampfbegriffes ergänzt werden, deshalb ist auch BAZARD etwas zu kurz gekommen.

Ausgehend von dem Antagonismus von Kapital und Arbeit und den Grundlagen des Proletariatverhältnisses in der kapitalistisch-industrialistischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts hat B. den Begriff des Proletariats herausgearbeitet. Der Proletarier wird von dem Lohnarbeiter schlechthin durch die dauernde Reproduktion des Lohnarbeitsverhältnisses unterschieden und von dem Pauper und Peuple getrennt, Zusammenfassungen aller kleinstädtischen Elemente, die noch für LOUIS BLANCS Histoire des dix ans am Platze waren. Als Ursachen der Bildung des modernen Proletariats als revolutionärer Klasse wird der Mangel an Lebenssicherheit, die Entsittlichung der Arbeit, die soziale Mindergeltung, die unpersönliche und unwerkmäßige Arbeitsmethodik angeführt. — Wenn GRANIER DE CASSAGNAC mit seiner — schon 1839 deutsch erschienenen Geschichte der arbeitenden und der bürgerlichen Klassen m. W. zum ersten Male herangezogen wird, so hätte

man bei diesem GUIZOT-Schüler auf AUGUSTIN THIERRY und GUIZOT kurz eingehen müssen, um die sozial-historische Erklärung des Proletariats, die neben der sozial-ökonomischen für MARX von Bedeutung ist, klarzustellen. Merkwürdigerweise fehlt auch BAADERS Begriff des Proletariats, obwohl doch mit ihm eine Reihe konservativer Denker beginnt, die gegen den dritten Stand sich an den neuen „Stand der Standlosen“, wie RIEHL sagt, wenden. Bei einem genaueren Eingehen auf die Broschürenliteratur über die soziale Frage um 1848, von der allerdings die bedeutendste Denkschrift von BENSEN herangezogen ist (ich möchte auch SCHEIDTMANN, v. HOLZSCHUHER usw. und besonders ROSSBACH und MUNDT wenigstens erwähnt wissen), wäre diese konservative und in die Sozialpolitik mündende Erklärung des Proletariats hervorgetreten. — Bei MARX selbst ist die doppelte Erklärung im Kommunistischen Manifest von der revolutionären Rolle der Bourgeoisie und dem Proletariat als einzig revolutionärer Klasse nicht genügend beachtet, und doch wäre hier über die Rolle der Intelligenz und den Wandel der Revolutionsschicht manches zu sagen. Der sozial-psychologische Begriff des Proletariats gegenüber dem ökonomischen, das Kommunistische Manifest gegenüber dem Kapital ist sehr gut hervorgehoben.

B. erklärt als Anlaß der proletarischen Bewußtseinsbildung vor allem die Freisetzung und Umschichtung und sieht sie inhaltlich bestimmt durch das Bewußtsein des Unterschieds, der gemeinsamen Proteststellung und das Gefühl des eigenen Wertes, wie er sich aus der modernen Heiligung der Arbeit ergibt. In bezug auf die Herkunft des Proletariats wird die MARX'sche Erklärung der Bauernenteignung als einseitig englische Beobachtung angenommen und SCHOLLERS und SOMBARTS allgemeine, vor allem auch das Handwerkertum einbeziehende Erklärung hinzugefügt. Dabei hätte die schwierige Frage, wie sie SALZ neuerdings gestellt hat, nach dem Verhältnis der Bevölkerungsbewegung und des Kapitalismus wenigstens gestreift werden müssen. Vielleicht daß sich eine Periodizität der Arbeiterbeschaffung vom Lande oder aus den Gewerben und eine Differenzierung je nach dem Bedarf an qualifizierter oder unqualifizierter Arbeit ergeben würde.

Drei Formen der Bewegung des Proletariats werden unterschieden: der Sozialismus, das Gewerkschafts- und das Genossenschaftswesen. B. hatte schon in den Kölner Heften (1923) das Verhältnis des Sozialistischen zum Proletarischen in seiner Problematik aufgewiesen und eine bloß „historische“ Verbindung von Proletariat und Marxismus angenommen. Auch in dieser Arbeit geht B. wieder auf SOMBARTS Erklärung der „individuellen Ursachen“ ein, weshalb besonders das deutsche Proletariat marxistisch geworden ist, während die Vereinigten Staaten relativ immun gegen sozialistische Ideen erschienen. Nun ist aber SOMBARTS Erklärung vor 20 Jahren erfolgt, und man kann angesichts der Nachkriegsentwicklung nur sagen, daß Amerika jetzt erst in ein Stadium eintritt, wie es auf dem Kontinent schon lange besteht. Eine schärfere Differenzierung der verschiedenen Proletariate und Kapitalismen müßte m. E. erst gegeben werden, um die gewerkschaftlichen und revisionistischen, „bürgerlichen“ und sozialpolitischen Tendenzen

in den verschiedenen Perioden und je nach der ökonomischen Entwicklungsphase erklären zu können. Sicher besteht eine ganze Skala von interesselosen oder bloß auf das Sonderinteresse des Betriebs oder Berufs eingestellten Arbeitern bis zu interessebewußten, aber religiös, kulturell oder national bedingten Proletariern. Da die Arbeit zu stark auf deutsche Verhältnisse abgestellt ist, fehlt die wichtige Diskussion dieses Themas, wie überhaupt der ganzen Bewegung des französischen Proletariats, im Syndikalismus. E. BERTH, *Guerres des Etats et guerres des classes*, und vor allem J. DELEVSKY, *Antagonismes sociaux et antagonismes prolétariens*, hätten unbedingt herangezogen werden müssen. Die Spannung, in der sich der Sozialismus zum Proletariat befindet, ist keineswegs an der Ideologie der russischen Sozialrevolutionäre deutlich zu machen, viel eher an dem Verhältnis des englischen Trade-Unionism und der Labour-Party. Die „mangelnde Klassenreinheit“ der sozialistischen Parteien in Deutschland liegt an der Eigenart unserer Intelligenzschicht, die man aber nicht, wie SOMBART, als entgleiste und krankhafte Agitatoren zu verstehen braucht; denn das läuft letzten Endes auf die Banalität heraus, die Arbeiter seien „verhetzt“. Wenn man die Ideologie der deutschen Historiker annimmt, daß die Ideen die formlosen Massen leiten und bilden, ist von den Interessen keine Rede und besteht metaphysische Kausalität. Die Entsprechung von Idee und Interesse ist ja das eigentliche Problem: was hat der Marxismus dem Proletariat zu bieten und worin entspricht er ihm? Als „Evangelium der Freiheit und Menschlichkeit“, das hat B. ganz richtig gesehen als Entsprechung der Proletariatlage, und auch mit Recht bemerkt, daß die christliche oder nationale Arbeiterbewegung auf den Arbeiter schlechthin unter Einschluß der kleinbürgerlichen Elemente zielt. Ich bin, nebenbei bemerkt, mit der Kritik SOMBARTS, die B. ausführlich in SCHMOLLERS Jahrbuch 50, 1 ff. gegeben hat, einverstanden, wo er noch schärfer als im „Grundriß“ das Proletariat als Erben der Lebensanschauung und Wertwelt der bürgerlichen Aufklärung und des bürgerlichen Materialismus hervorhebt.

Der Darstellung der Gewerkschaft und Genossenschaft habe ich nur hinzuzufügen, daß hier, wo es sich um die Hebung, nicht Erhebung handelt, natürlich die „ständischen“ Tendenzen besonderer Beachtung bedürfen, die exklusiven Gewerkschaften der Arbeiter bestimmter Nationalität und Qualität, ebenso wie die Auslassungen deutscher Gewerkschaftsführer. A. WINNIGS „Glaube an das Proletariat“ (in *Süddeutsche Monatshefte* 1924/XII) ist ein instruktives Beispiel dafür. B. hat die Wege der „Verbürgerlichung“ im Anschluß an MICHELS glänzend dargestellt und nichts ist bezeichnender für die Hemmungsversuche der Verbürgerlichung als die syndikalistische Forderung der Klassenreinheit und des Einheitslohnes.

LEDERERS Idee des neuen Mittelstands, die einen Sonderbeitrag des Bandes darstellt, ist dabei auch erwähnt bei der Differenzierung des Proletariats. Wie überhaupt der wichtigste Abschnitt: Das proletarische Lebensideal, zur Trennung des allgemeinen und speziellen Proletarischen führt. Den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über das Berufschicksal des Industriearbeiters hätten die außerordentlich wichtigen Unter-

suchungen von M. HALBWACHS, *La classe ouvrière et les niveaux de la vie*, hinzugefügt werden müssen. Diese Untersuchungen erscheinen mir wichtiger als die auch von B. kritisierten HELLPACH-ROSENSTOCKSchen Ideen der Gruppenfabrikation und Werkstattaussiedelung, die schließlich doch nur die vielfach erklärte Verkleinerung des Großbetriebs bezwecken und sogar den Zusammenhang von Unrentabilität und Kartellierung übersehen.

Wenn B. als Lösungsentwürfe der proletarischen Problems die utopischen, romantischen und real-politischen unterscheidet, so sind die Ideen: allgemeines Bürgertum oder allgemeines Proletariat, nicht genügend herausgearbeitet. Auch eine genauere und schärfere Darlegung der Manchester-Theorie und des damit zusammenhängenden Sozial-Darwinismus wäre notwendig. Ich vermisse sehr eine Darstellung PROUDHONS. Am Schluß tritt der eigene soziale Katholizismus hervor; und ich finde die ausdrückliche Erklärung des eigenen Standpunkts gerechtfertigt, vor allem gegenüber den „Werturteilsfreien“, zu denen man SOMBART nach seinem neuesten Werke nicht mehr rechnen kann.

Alles in allem möchte ich noch einmal hervorheben, daß wir durch die Arbeit von B. ein großes Stück vorwärts gekommen sind und endlich eine umfassende und tiefgehende Darstellung des Proletariats besitzen.

GOTTFRIED SALOMON (Frankfurt a. M.).

V. EBENBERG, *Neugründer des Staates*. München, C. H. Beck. 1925. 134 S.

Der Untertitel: „Ein Beitrag zur Geschichte Spartas und Athens im sechsten Jahrhundert“ wäre besser am Platze. Wie bei dem Buch eines anderen Althistorikers (R. OTTO) ist auch hier der Titel viel zu groß für den Inhalt. Man muß gegen die Art protestieren, wie bestimmte Verleger streng wissenschaftliche Arbeiten als „Literatur“ behandeln. Die Bedeutung hängt ja nicht von dem Erfolg ab, und der Titel besagt nicht immer, wie im Falle des „Untergangs des Abendlandes“, alles. Gerade ein streng wissenschaftliches Werk wie das vorliegende muß in die rechten Hände kommen, was ein Titel vereiteln kann. Die Kritik dieser Darstellung von LYKURG und KLEISTHENES könnte in einzelnen nur ein engerer Fachkollege leisten. Ich will mich darauf beschränken, einige allgemeine Angaben zu machen.

Die Gestalt des „Gesetzgebers“ ist durch den Mythos, vor allem im Falle LYKURGS, undentlich geworden. Wenn LYKURG mit dem Gesetzgeber von 550 identifiziert und die große und kleine Rethra auf Grund neuester Forschungen analysiert, auf Grund neuer Papyri der Ephore CHILON als dieser Gesetzgeber des 6. Jahrhunderts vermutet wird, so handelt es sich um einleuchtende Konstruktionen. Der Kampf zwischen Königtum und Ephorat und die Stellung der Feudalherren in Sparta kann nur, mangels Kenntnissen, sehr vag aus gesellschaftlicher Gliederung und Grundbesitzverteilung bestimmt werden. Es ist zwar davon die Rede, daß die politische mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang stehe, aber erst am Schluß, im Vergleich mit Athen, wird das Verhältnis von Staat und Gesellschaft angegeben.

Die Wendung gegen den ästhetisierenden Klassizismus und politisierenden Modernismus in der Geschichte des Altertums zeigt sich darin, mit wieviel größerer Vorsicht Analogien gebraucht werden, wie das Gerede vom spartanischen „Sozialismus“ oder athenischen „Liberalismus“ Wortmißbrauch genannt wird, und wie gegenüber der rein politischen und heroistischen Historie, die nur Gesetzgeber und Verfassung kannte, auf die gesellschaftliche Struktur ökonomischer Lage zurückzugehen versucht wird. Wenn die Gesetzgebungen von Athen und Sparta bestimmt werden, auf Grund der verschiedenen Stellungen der Gesellschaft und Staat „feudal“ und „bürgerlich“ genannt werden, so ist doch ausdrücklich zwischen den antiken und modernen Formen z. B. der Demokratie unterschieden.

Der Aufsatz über KLEISTHENES, für den besseres Material vorliegt, gibt eine genauere Sozialgeschichte. Die Kämpfe der alten Stände, die Bedeutung des Grundbesitzes für den Census, die Schichtung nach der „Rente“ und die Erklärung der „Parteien“ führen die politischen Formen auf die gesellschaftliche Struktur zurück. Die neue Phyleneinteilung unter Beibehaltung alter Gemeinschaftsformen und die Mischung innerhalb der Gruppen, die den Aufstieg der „Bürgerlichen Gesellschaft“ und demokratischen Ideologie ermöglichen, haben die ursprünglich regionale Einteilung der Stände verwischt. Sehr einleuchtend ist die Darstellung des PEISISTRATOS und der Tyrannis gegen die der Alkmeonide KLEISTHENES mit Unterstützung der „Mittelstände“ revoltiert. „Da sich das Gesellschaftliche aber nie klar in den Institutionen ausdrückt“, so ist die Ausschaltung der gentilizischen Verbände und die Entstehung der Polis durch die Gesetzgebung des KLEISTHENES doch nicht nur aus der gesellschaftlichen Lagerung verstanden. Es wäre erwünscht, über die Struktur des spartanischen Adels mehr zu erfahren, eben vor allem sollte „die bürgerliche Gesellschaft“ Athens besser ökonomisch begründet werden. „Der Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit“ wird doch bloß als der des „Durchschnittsethos der Bürger“ und des „Ethos des Staats“ erklärt, obwohl gelegentlich dieses Ethos als „Ideologie“ entwertet und als Ausdruck ökonomischer Interessen enthüllt wird. Man kann vom Verf. wohl eine umfassendere Darstellung der Polis erwarten, die die ökonomische Geschichte einbezieht.

Wenn auf FRANCOTTE und FUSTEL DE COULANGES zurückgegriffen wird, auf die Versuche einer soziologischen Unterbauung der antiken Historie, so können wir uns damit nur einverstanden erklären. E. meint mit vollem Recht gegen die „Begriffsakrobatik“, die den Historiker von der bloßen Methodologie und Spekulation einer bestimmten Soziologie abschreckt, daß doch der Soziologie eine große Bedeutung für die Historie zuzusprechen ist. Er steht nicht an, dem Werke LORENZ VON STEINS, mit dem die deutsche Gesellschaftslehre beginnt, zu danken für die begriffliche Klärung. Wenn der Historiker die Einfühlung und Anschauung begrifflich klären will, wird er eben auf eine „generalisierende“ Wissenschaft hingewiesen, die Soziologie, die nicht immer, wie das so der Brauch ist, mit der positivistischen Geschichtsphilosophie zusammengeworfen werden sollte.

GOTTFRIED SALOMON (Frankfurt a. M.)



FERDINAND LASSALLE, Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von GUSTAV MAYER. V. Bd. Lassalles Briefwechsel aus den Jahren seiner Arbeiteragitation 1862—1864, X, 45 u. 368 S. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1925. 8°.

Wie in den vorherigen hat der Herausgeber auch in diesem Bande, bis auf wenige Ausnahmen, nur diejenigen Briefe aus dem Nachlasse LASSALLES veröffentlicht, die bisher unbekannt geblieben waren. Dieser Umstand macht sich hier ganz besonders geltend, da von den Jahren der L.schen Arbeiteragitation die sehr umfangreiche Korrespondenz L.s, zu einem nicht unerheblichen Teile, bereits aus früheren Publikationen zur Kenntnis gelangt ist. Tatsächlich wird denn auch das Bild, das wir vom Menschen und Politiker L. bisher hatten, durch die neuen Veröffentlichungen nicht wesentlich verschoben. Aber vieles Einzelne wird erst jetzt aufgehehlt, vieles bisher nur Vermutete wird nun deutlich erkennbar. Allerdings restlos fließen auch jetzt noch die Quellen nicht. Insbesondere das noch immer rätselhafte Problem LASSALLE-BISMARCK findet auch durch diese neue Publikation keine Aufklärung. Wir bekommen darüber höchstens nur die Meinung des intimen Freundes L.s, des Komponisten HANS VON BÜLOW, der BISMARCK als „Eleven“ L.s „apologisiert“ (S. 77), sowie die Äußerung L.s selbst zu hören, der sich gegen den Vorwurf, ein Kompagnon von BISMARCK zu sein, nur mit dem kurzen Satze „das wäre heiter“ verwarht.

Dafür treten aber die inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen L. während der Zeit seiner Arbeiteragitation, dieser fruchtbarsten, aber auch anstrengendsten Periode seines Lebens, zu kämpfen hatte, recht anschaulich hervor. Ob L. menschlich gegen die ihm am nächsten Stehenden auftreten muß, die ihm auf seinem extremen Wege nicht folgen wollen oder können — so beispielsweise gegen seinen innigst geliebten Vater, der seinetwegen „sehr betrübt ist“ und sich seiner „schämen“ zu müssen glaubt (S. 40); so ferner, wenn L. auf alle Warnungen seiner alten Freunde (BUCHER und ZIEGLER) in seiner pathetischen Art erwidert: „Und wenn ich gleich augenblicklich moralisch tot wäre und selbst physisch in siebenundsiebzig Stücke zerrissen werden sollte, ich hätte dennoch nicht anders gekonnt: eine Arbeiteragitation ist da; es ist nötig, ihr das theoretische Verständnis und das praktische Lösungswort zu geben und wenn es dreißigmal den Kopf kostete“ (S. 110) — oder ob er als Führer einer erst ins Leben gerufenen Partei gegen die Widerwärtigkeit der täglichen organisatorischen Kleinarbeit zu kämpfen hatte, was seiner ungestümen Natur zuwiderlief, wie die zahlreichen von MAYER reproduzierten Briefe von L. und an ihn, insbesondere vom Kassier des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines GUSTAV LEVY, ferner von DAMMER, VAHLTEICH, JOHANN PHILIPP BECKER, BERNHARD BECKER, MOSES HESS, SCHWEITZER und WILLMS bezeugen: überall tritt uns der ungestüme Tatendrang des Mannes entgegen, der ursprünglich davon träumt, um sich eine Million organisierter Arbeiter zu sammeln (S. 111), der sich dann mit der sehr viel geringeren Anzahl von 10 000 binnen Jahresfrist zufrieden gäbe (S. 171) und auch diese bescheidene Anzahl nicht zu erreichen vermag, dabei aber doch fühlt, daß seinem Prinzip die Zukunft gehört.

Mit besonderem Interesse liest man die Einladungsschreiben DAMMERS und seiner Genossen vom Dezember 1862 an L. (S. 59 f. und 62), die bekanntlich historisch den Anfang der Sozialdemokratie in Deutschland als Partei bedeuten und die hier zum ersten Male abgedruckt erscheinen (die Antworten L.s hat schon vor einiger Zeit HERMANN ONCKEN in diesem Archiv (II, 380) veröffentlicht). Auch über die Bemühungen L.s um das Bundeslied der Arbeiterschaft bei HERWEGH und BÜLOW, an dessen Komposition L. trotz der berechtigten Einwendungen, die gegen ihre Volkstümlichkeit erhoben wurden (S. 301 f.), festhielt. Über L.s eigenen musikalischen Sinn und den Zusammenhang zwischen Musik und der eigenen schriftstellerischen Schöpfung — vgl. den interessanten Brief über die Entstehung der „Melancholischen Meditation“ (S. 277) —, ferner über die fortwährenden Anstrengungen, für seine Sache gewichtige Persönlichkeiten wie LUDWIG FEUERBACH, BÖCKH, BÜCHNER usw. zu gewinnen, erfahren wir hier viel Neues.

Auch manches literar-historisch Interessante findet sich vor; so die Korrektur des Arbeiterprogrammes auf Anraten ZIEGLERS (S. 2 f.), der allerdings L., diesem seinem „Ultr“ (S. 97 und 189), nur in dessen politischen Teile folgen will (S. 104), ebenso wie bekanntlich ROBERTUS umgekehrt nur das ökonomische Programm L.s in Diskussion ziehen möchte, sodann die Auffassung L.s über sein „Antwortschreiben“ (S. 109 ff.), und seine eigene Verweisung auf eine englische Quelle als Ausgangspunkt für seine Theorie (S. 97; die nähere Angabe in einem Briefe an ZIEGLER ist wahrscheinlich mit allen anderen Briefen von ZIEGLER verbrannt worden (S. 162) und für uns wohl endgültig verloren). Wir wissen jetzt auch, wen L. mit den Ausdrücken meinte: „Zwar mau hat gesagt, das allgemeine Wahlrecht ist doch keine Wünschelrute“ (Gesammelte Werke, hersg. v. E. BERNSTEIN III. 272). Es ist dies niemand anderer als LUDWIG BÜCHNER, der seinen eigenen Standpunkt L. gegenüber am 18. IV. 1863, also einen Monat vor der Abfassung des „Arbeiterlesebuches“, mit diesen Worten formulierte. Auch für L.s Stellung zur Polenfrage erbringt ein Brief MAZZINIS (S. 106 ff.) manches Erklärende.

Die im vorliegenden Bande enthaltenen wertvollen Mitteilungen zur Zeitgeschichte sowie zur Erkenntnis der Persönlichkeit L.s und der auf ihn einwirkenden Umgebung ließen sich beliebig vermehren und können naturgemäß im Rahmen einer kurzen Besprechung durchaus nicht erschöpft werden. Aber schon aus dem Angeführten ersieht man, wie groß die Bedeutung auch dieses V. Bandes für die LASSALLEforschung ist.

Der Herausgeber hat mit bewährter Meisterschaft der sorgfältigen Auswahl und Wiedergabe der nachgelassenen Dokumente eine sehr instruktive Einleitung vorausgeschickt, aus der besonders die ausgezeichnete Charakteristik ZIEGLERS hervorgehoben werden möge. Kurze Anmerkungen erleichtern das Verständnis vieler Briefe<sup>1)</sup>.  
S. BARON (Wien).

1) Eine kleine Richtigstellung zu S. 281 Anm. 1 wäre wohl angebracht: Es heißt richtig „Julian“ weil ja LASSALLE im Titel seines „Bastiat-Schulze“ den letzteren als „ökonomischen Julian“ bezeichnet; vgl. auch S. 275.

N. LENIN, Ausgewählte Werke. Sammelband. Der Kampf um die soziale Revolution. Wien, Verl. f. Literatur u. Politik, 1925. XVI u. 789 S.

Dieser Band, ein Vorläufer der großen L.-Ausgabe, die hoffentlich recht bald erscheinen wird, stellt sich die Aufgabe, einen Überblick über die gesamte Wirksamkeit L.s zu geben. Bei einem so großen und so reichen Lebenswerk ist es klar, daß keine Auswahlsgabe alle Leser befriedigen kann. Jeder Leser wird, je nach dem Gebiet, das ihn am stärksten interessiert, eine andere Auswahl wünschen. Insbesondere wird wahrscheinlich gegen diese Ausgabe der Einwand erhoben werden, daß sie die theoretischen Arbeiten L.s so gut wie gar nicht berücksichtigte, die ökonomischen wie die philosophischen Hauptwerke L.s fehlen und nicht einmal durch Fragmente vertreten sind. Einen solchen Vorwurf würden wir als unbegründet ansehen. Wir hoffen, daß die geplante große Ausgabe alle wichtigen Werke L.s enthalten wird. Für den vorliegenden Band reicht es aus, wenn er einerseits über L.s Methode, Fragen zu stellen und zu beantworten, ein einigermaßen richtiges und umfassendes Bild gibt und andererseits dem Leser wenigstens einen flüchtigen Überblick über den Umfang, die Fülle und die Bedeutung der von L. behandelten Fragen bietet.

In dieser Hinsicht kann man den Sammelband — im großen ganzen — als gelungen anerkennen. Richtig ist vor allem die chronologische und nicht „fachgemäße“ Stoffgruppierung. Dies ermöglicht erstens, die Entstehung der L.schen Probleme aus der weltgeschichtlichen Entwicklung, aus dem Wachsen der revolutionären Arbeiterbewegung anzudeuten; es zeigt sodann die wundervoll organische Art, in der seine Fragestellungen einerseits mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung immer tiefer, kühner, umfassender geworden sind, andererseits, wie sie sich von Anfang an auf derselben Linie bewegten, so daß die Probleme der Diktatur und die Übergänge in den Sozialismus nur Entfaltungen der Probleme von L.s ersten Kämpfen gegen den kleinbürgerlichen Opportunismus gewesen sind; endlich zeigt es sich, daß L. als echter dialektischer Materialist jede Frage dort behandelt, wo sie realgeschichtlich auftaucht, genau in der Weise, wie sie für die revolutionäre Praxis des Proletariats wichtig geworden ist. So wird bei jeder Frage eigentlich die Gesamtheit aller Probleme mitbehandelt und es ist nur eine Akzentfrage, welches Problem gerade im Mittelpunkt steht. Wenn also L. ökonomische und politische, taktische und organisatorische Fragen usw. stets im Zusammenhang miteinander behandelt, so handhabt er nur ganz konsequent die von MARX übernommene Methode des dialektischen Materialismus. Die vorliegende Ausgabe bringt somit auch die Lehre, daß das Lebenswerk L.s anders als chronologisch (freilich nicht immer mechanisch-chronologisch) gar nicht gruppiert werden könnte, und wir hoffen, daß die große Ausgabe ebenfalls nach diesem Prinzip gegliedert werden wird.

Es würde ebenso Unverständnis für die Methode des dialektischen Materialismus zeigen, wenn man — wie seinerseits bei MARX — bedauerte, daß die „methodologischen“ oder „erkenntnistheoretischen“ Elemente des Systems sozusagen exkursartig in den sachlichen Aufbau, in die Behandlung einzelner

sachlicher Fragen eingefügt sind. Bei wirklichen Dialektikern — wie MARX, ENGELS oder L. — stehen sie gerade darum methodologisch an der richtigen Stelle. Ich verweise — um nur ein Beispiel anzuführen — auf die großartig klare und tiefe Auseinandersetzung über Dialektik und Eklektizismus in der Rede gegen TROTZKI und BUCHARIN in der Gewerkschaftsdebatte von 1921 (S. 679 ff.). Dieser Gesichtspunkt gilt aber auch von den größeren, selbständigen theoretischen Arbeiten L.s. Seine Streitschrift gegen den STIMONDISMUS läßt sich von dem Kampf gegen die Narodniki ebensowenig ablösen, wie der „Empirio-Kritizismus“ vom Kampf gegen den Otsovismus, wie das Imperialismusbuch von dem Kampf gegen den rechten und zentristischen Opportunismus im Weltkrieg, wie „Staat und Revolution“ vom Kampf um die Macht von 1917 usw. Das bedeutet keineswegs, daß die theoretische Bedeutung dieser Werke an die Kämpfe, die sie ausgelöst haben, gebunden wäre. Keineswegs! Wohl aber, daß alle theoretischen Errungenschaften L.s konkrete und nicht abstrakte Wahrheiten sind; freilich konkrete Wahrheiten im dialektischen Sinne. Daß also ihre Anwendbarkeit auf andere Fälle, auf andere Situationen zwar — eben wegen der Konkretheit, weil sie das Wesentliche und die Gesetzmäßigkeit realer geschichtlicher Entwicklungsstufen aussprechen — außerordentlich groß ist, daß aber ihre Anwendung wiederum nicht eine mechanische sein kann, keine abstrakt-„zeitlose“ Allgemeinheit bedeutet, sondern ebenfalls die Handhabung der materialistisch-dialektischen Methode, konkreter Analyse der konkreten Lage voraussetzt und erfordert.

Auffallend ist, daß gegen die Auswahl und die Gruppierung des Sammelbandes gerade dort berechnete Einwände erhoben werden können, wo sie von diesem organisch-geschichtlichen, chronologischen Standpunkt abweichen. Das ist insbesondere in den Abschnitten III und IV der Fall. Jener behandelt unter dem Titel „Zwei Taktiken in der Revolution 1905“ die Zeitspanne 1905—1907. Abschnitt IV versucht die Stellungnahme L.s zur Frage des Parlamentarismus in den Jahren 1905—1907 zusammenzufassen. Letzteres ist völlig mißglückt und fällt aus dem Rahmen des Bandes heraus. Die ersten Boykottartikel fallen sachlich aus Abschnitt III heraus, denn sie behandeln, eben wegen der früher angedeuteten zusammenfassenden, stets auf die Totalität ausgehenden, dialektisch-materialistischen Problembehandlung L.s dieselben Fragen, die dort behandelt worden sind. Andererseits hängt der — ausgezeichnete — Artikel über die Religionsfrage in dem so gruppierten Abschnitt IV völlig in der Luft. Obwohl er — sachlich-geschichtlich — gerade hierher gehört und den Kampf L.s gegen die Verfallserscheinungen der Arbeiterbewegung in der Phase der Konterrevolution vortrefflich illustriert. So entsteht in Abschnitt IV etwas Unorganisches, obwohl „die Sache selbst“, die Phase der Konterrevolution, hier eine organische Gruppierung geradezu gefordert hätte. Mit dem verfehlten Arrangement dieses Abschnittes wird es wohl zusammenhängen, daß die Periode des langsamen Wiederaufstieges der russischen Arbeiterbewegung ganz wegfällt. Abschnitt IV hört mit Mai 1909 auf, Abschnitt V beginnt inmitten des Weltkrieges, im November 1915.

Dieser — einzige — grobe Fehler der Ausgabe, sowie einzelne kleine Mängel der Auswahl können bei einer Neuauflage nicht allzuschwer korrigiert werden. Aber bei allen diesen Fehlern bietet das Buch sehr viel. Es füllt eine wirkliche, sehr stark empfundene Lücke aus und bietet die Möglichkeit über das ganze Lebenswerk L.s eine Orientierung aus erster Hand zu erhalten. Es kann und soll das Studium der Werke in ihrer Extensität selbstverständlich nicht ersetzen. Es kann aber daneben sowohl als Einführung wie als Leitfaden zum Studium vortreffliche Dienste leisten. Bei der immer wachsenden Einsicht, daß L. der größte marxistische Theoretiker seit ENGELS' Tode ist, wird diese Bedeutung des Bandes immer wachsen.

Um aber hier wirklich nützliche Dienste zu leisten, müßten nicht nur die Fehler der Auswahl, sondern vor allem die der Anmerkungen und der Übersetzung in einer Neuauflage ausgemerzt werden. Es ist sehr richtig und unumgänglich nötig, daß das Buch eine große Reihe von Anmerkungen bringt (zirka 50 Seiten). Sonst würde sich der nichtrussische Leser in einem Labyrinth von unbekanntem Namen und Anspielungen befinden. Die Anmerkungen erfüllen aber nur sehr bedingt ihre Aufgabe. Sie enthalten durchweg Richtiges und Lehrreiches, wirken aber größtenteils so, als ob sie aus einer russischen Ausgabe einfach übersetzt worden wären; d. h. sie erklären Zusammenhänge für einen Leser, der mit dem Gang der Ereignisse im großen und ganzen im Klaren ist. Gerade dies darf jedoch bei nichtrussischen Lesern nicht vorausgesetzt werden. Ich führe nur ein Beispiel an. S. 259 spricht L. über die Liquidierung des Liquidatorentums und sagt u. a.: „Dazu gehört auch das Verkennen der Parteiaufgabe der Bolschewisten, die 1906 bis 1907 in der Absetzung des menschewistischen Zentralkomitees (108) bestand . . .“ Wenn nun der Leser, der hier eine Anmerkung, eine kurze Orientierung aus der russischen Parteigeschichte dringend braucht, die Anmerkung nachschlägt, so findet er S. 740: „108) Z. K. 1906 bis 1907.“ Freilich sind die meisten Anmerkungen nicht so grotesk unzureichend, sie haben aber größtenteils den Fehler, die Unkenntnis der nichtrussischen Leser mit russischen Verhältnissen und der russischen Parteigeschichte nicht genügend zu berücksichtigen.

Auch die Übersetzung FRIDA RUBINERS steht nicht auf einer Höhe, die einer solchen Ausgabe würdig wäre. Sie schafft durch allzuwörtliche, undeutsche Übersetzungen ab und zu sogar sachliche Unklarheiten. So schreibt sie z. B. konsequent „Ökonomist“ statt Nationalökonom, Volkswirtschaftler usw., ohne zu bedenken, daß der nichtrussische Leser, der häufig in diesem Band zuerst von der Strömung des Ökonomismus gehört hat, nunmehr OSSINSKI, MILJUTIN usw. für „Ökonomisten“ und nicht für Nationalökonomien halten wird. Daneben ist sie in einer ganzen Reihe von Fällen grob undeutsch. Ich führe nur folgende zufällig herausgegriffene Beispiele an: „. . . um so weniger nichtsozialdemokratische Gewerkschaften können und müssen bestehen“ (66); „wo keine der gigantischen Räubergruppen sich sofort weder aufeinanderstürzen noch sich gegen uns vereinigen konnte“ (488); „. . . die sich keinesfalls, unter keinen Umständen mit der Sowjetregierung vertragen konnte, sowohl (?) nach ihrer objektiven Lage, als (?) nach den ökonomischen Interessen . . .“ (487); „ein Ausdruck BUCHARINS, der vielleicht zum ge-

flügelten Wort ebenso werden wird wie der berühmte „Durchschnittler“ (616) usw. Doch das sind lauter korrigierbare Fehler, und die Herausgabe des Sammelbandes, der in sehr schöner Ausstattung herauskam, bedeutet eine wirkliche und freudig zu begrüßende Bereicherung unserer Literatur.

GEORG LUKÁCS (Wien).

Unter dem Banner des Marxismus. Jahrg. I. Heft 1—2. Wien, Verlag f. Lit. u. Polit. 1925.

Diese ausgezeichnete Zeitschrift füllt eine seit langem fühlbare Lücke aus. Eine Zeitschrift für den Marxismus hat schon lange gefehlt, die in der Lage ist, die theoretischen Fragen des Marxismus in einer von den Bedürfnissen des Tages nicht beschränkten Ausführlichkeit, Breite und Tiefe zu behandeln, die in der Lage ist, auf Fragen näher einzugehen, die, obwohl auch aktuell, doch von den Tageskämpfen des Proletariats, denen die marxistischen Zeitschriften zu dienen haben, zu abseits liegen, um dort überhaupt oder eingehend behandelt werden zu können. Fügen wir noch hinzu, daß die Zeitschrift daneben eine Fülle neuen Materials aus dem Nachlaß von MARX, ENGELS, LENIN, LUXEMBURG und K. LIEBKNECHT bringt, so würde schon dies genügen, um ihre volle Existenzberechtigung nachzuweisen.

Beginnen wir mit den Neupublikationen. Die eine hat bereits eine ziemlich große Sensation hervorgerufen. D. RJASANOFF, der Leiter des MARX-ENGELS-Instituts in Moskau, dem wir alle hier veröffentlichten Artikel von MARX und ENGELS verdanken, gelang es, das Manuskript von ENGELS' Vorwort zur Neuauflage der „Klassenkämpfe in Frankreich“ von MARX aufzufinden (Heft I). Dieses Vorwort stand bekanntlich seit den BERNSTEIN-Debatten im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten, da BERNSTEIN in ihm eine entscheidende Wendung von ENGELS, die Ablehnung der Taktik der Barrikadenkämpfe, einen reinen Legalismus erblicken wollte. Diese Auffassung, die von vielen — vor allem von R. LUXEMBURG — von Anfang an verworfen wurde, ist jetzt durch die Veröffentlichung der außerordentlich bedeutsamen, seinerzeit vom Parteivorstand der S.P.D. unterdrückten Äußerung ENGELS' über die gegenwärtigen Möglichkeiten der Barrikadenkämpfe endgültig erledigt. Von MARX ist, ebenfalls im I. Heft, ein Manuskript über den „Arbeitslohn“ veröffentlicht. Es diente als Grundlage zu den Brüsseler Vorlesungen für deutsche Arbeiter, aus denen „Lohnarbeit und Kapital“ entstand. Diese Skizze enthält sehr viel Wesentliches für die Erkenntnis der Entwicklung von MARX. Einerseits zeigt sie einige Gedankengänge, die erst im „Kapital“ ihre endgültige Formulierung erhielten, aber bereits 1847 vielfach in Klarheit fertig vorhanden waren, andererseits bietet sie uns ein ausführlicheres Bild als bisher über die ökonomische Literatur, mit der sich der junge MARX auseinandergesetzt hat. Heft II bringt interessante und heute besonders aktuelle Artikel über China und Indien aus der „New-York Daily Tribune“ von 1853. Allen drei Veröffentlichungen sind sehr instruktive Einleitungen von RJASANOFF vorangeschickt. Von LENIN bringt jedes Heft je einen Beitrag. An der Spitze des ersten Heftes steht ein programmatischer

Artikel aus der russischen Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“. Obwohl bereits einmal (in der „Kommunistischen Internationale“ 1922) in deutscher Sprache veröffentlicht, ist seine Neuausgabe sehr zu begrüßen. Er gibt ein umfassendes Programm für die neue Zeitschrift und formuliert LENINS Anschauungen über eine Reihe wichtiger Fragen (HEGEL, Atheismus usw.) mit der bei LENIN gewohnten Klarheit und Tiefe. Heft II bringt Anmerkungen von LENIN über Dialektik, die nicht nur zeigen, wie gründlich und tief er die Logik HEGELS durchgearbeitet hat (keiner der Marxisten seit ENGELS, nicht einmal PLECHANOFF kann sich in dieser Hinsicht mit ihm messen), sondern eine Fülle von Bemerkungen enthalten, die — freilich aphoristisch — die dialektische Methode selbst über HEGEL hinaus weiterbilden. Die einleitenden Bemerkungen A. DEBORINS lassen leider die philologische Genauigkeit RJASANOFFS vermissen und bringen keine Aufklärung über Entstehungszeit dieses hochbedeutenden Fragments. Endlich veröffentlicht ERNST MEYER — ebenfalls in Heft II — sehr interessante Briefe und Aufzeichnungen KARL LIEBKNECHTS, ROSA LUXEMBURGS und anderes über die Entstehung der Juniusthesen. MEYERS begleitende Darstellung orientiert sehr gut über die Entstehung der einzelnen Dokumente.

Auch an Originalbeiträgen bietet die Zeitschrift sehr viel Wertvolles. Eine kurze Anzeige wie die vorliegende erlaubt es selbstverständlich nicht, zu diesen Beiträgen kritisch Stellung zu nehmen. Wir beschränken uns darum auf die Hervorhebung des Wesentlichen. Den bedeutsamsten Beitrag hat N. BUCHARIN geliefert. Seine Arbeit („Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals“, Heft I—II) enthält die erste großzügige Auseinandersetzung mit ROSA LUXEMBURGS theoretischem Hauptwerk. Auch abgesehen von der Polemik enthält der Aufsatz eine ganze Reihe wertvoller Erkenntnisse (über die Schemata des II. Bd. des „Kapital“, über den methodologischen Unterschied zwischen Einzelkapitalisten und Gesamtkapitalisten usw.) und wird seinen Zweck, eine Diskussion über diese zentrale Frage der Erkenntnis der Ökonomie des Imperialismus in Gang zu bringen, hoffentlich erreichen. Daneben sind besonders hervorzuheben N. OSSINSKIS Aufsatz „Über die Bodenverhältnisse in den Vereinigten Staaten (Heft II), der aus dem amerikanischen statistischen Material die Entwicklung der Klassenverschiebung interessant herausarbeitet und mit der Legende vom „Bauernland“ Amerika gründlich aufräumt, sowie der auf umfassender Kenntnis der psychologischen und philosophischen Literatur basierende Aufsatz von W. JURINETZ („Psychoanalyse und Marxismus“, Heft I). Derselbe Verfasser orientiert uns im gleichen Heft über die „Relativitätstheorie und die russische marxistische Literatur“; G. JAKOBSEN über den Widerhall der KANTfeier in der U.S.S.R.; M. J. LENSKI über das MARX-ENGELS-Archiv (alles Heft I). Heft II enthält einen anregenden Artikel von J. SCHAXEL über die „vitalistischen Irrungen der gegenwärtigen Biologie“, einen Artikel von A. TIMIRJASEW, Artikel von A. DEBORIN und A. THALHEIMER; der letztere kann durch die in ihm enthaltenen HEGELzitate einiges Interesse erregen.

Man muß dem Weitererscheinen dieser würdig ausgestatteten Zeitschrift mit Spannung entgegensehen.

GEORG LUKÁCS (Wien).

NEURATH, OTTO, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, Berlin, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, 1925, 114 S.

TROTZKI, LEO D., Kapitalismus oder Sozialismus? Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1925, 109 S.

Aus dem Wust der Literatur der letzten Jahre über das Problem der Sozialisierung und der Organisation der sozialistischen Wirtschaft ragten die Schriften NEURATHS immerhin einigermaßen hervor. Er war der einzige, der wenigstens das Problem richtig gesehen hatte. Er wenigstens hatte sich nicht bemüht, MISES dadurch zu widerlegen, daß er die „Rechenbarkeit“ der sozialistischen Wirtschaft, die MISES ebenso wie den Sozialismus überhaupt als infolge des Fehlens von Geld und Markt undurchführbar erklärt, „hinten herum“ zu erreichen suchte, indem er, wie POLANYI und LEICHTER, eine marktlose Wirtschaft konstruierte, in der der Produzent mit sich selbst als Konsumenten einen „als ob“-Kapitalismus weiter führt, dabei mit einem „als ob“-Geld auf einem „als ob“-Markt operiert. N. hatte stets anerkannt, daß die sozialistische Wirtschaft schon begrifflich nur eine geldlose, zentrale Verwaltungswirtschaft sein kann und daß MISES insofern recht hat, als die sozialistische Wirtschaft eben eine Wirtschaft im bisherigen Sinne nicht darstellt, — woraus freilich ihre Unmöglichkeit zu folgern nicht der geringste Anlaß vorliegt.

In seiner hier angezeigten Schrift wiederholt nun N. bloß neuerdings, was er in dem halben Dutzend seiner früheren Sozialisierungs-Schriften immer wieder und stets mit den gleichen Fehlern ausgeführt hatte. Allerdings auch unter Betonung seiner richtigen Erkenntnis, daß in der sozialistischen Wirtschaft eine Vergleichung der Wirtschaftsvorgänge nur vom Standpunkt der Nützlichkeit für die Gesellschaft möglich ist und daß die Frage, ob z. B. der Betrieb A. mit 200 Arbeitern und einem Kohlenverbrauch von 100 Tonnen bei gleicher Produktionsleistung dem Betrieb B. mit 300 Leuten und 40 Tonnen Kohlenverbrauch gegenüber „wirtschaftlicher“ arbeitet, nur beantwortet werden kann unter dem von Wirtschaftsperiode zu Wirtschaftsperiode wechselnden Gesichtspunkt gesellschaftlicher Nützlichkeit im Rahmen eines, bzw. des unter mehreren ausgewählten Wirtschaftsplans. N. hat an sich vollständig recht, wenn er immer wieder sagt, daß in der sozialistischen Wirtschaft Maschinenöl nur mit Maschinenöl, Holz mit Holz, Arbeitszeit mit Arbeitszeit verglichen werden kann, und gegebenenfalls auch eine Kombination dieser Elemente mit einer anderen gleichartigen Kombination, daß aber alle diese Vergleichungen sich direkt im Wege der „Naturalrechnung“ vollziehen und es keinerlei künstlichen Generalnenners in Form von „als ob“-Geld, Arbeits-scheinen oder ähnlicher Surrogate bedarf.

Neu an N.s Buch ist aber sein Bemühen um schöne Definitionen und originelle Bezeichnungen. Für die einfachsten Dinge der Welt hat er bombastische Umschreibungen gefunden, wie z. B. „Lebensstimmung“, „Lebenslagengesamtheit“, „Lebensstimmungsrelief“, „Lebenslagekataster“ usw. und erklärt sodann diese termini geradezu peinlich exakt. Löhnen diese offenbar nach der Methode der Kölner „Beziehungslehre“ geprägten Neubildungen



wirklich ein ganzes Buch? War es auch notwendig, lange philosophisierende Abhandlungen über Glücksgefühl im Sozialismus zu schreiben, die für den Sozialisten eine unerträgliche Banalität, für den Gegner des Sozialismus aber abstrakte lyrische Deklamationen, durch nichts belegbare Prophezeiungen darstellen? Glaubt N. auf so primitive chiliastische Weise („das Dorf der liebevollen Gemeinschaft“ . . .) dem Sozialismus neue Anhänger zu werben? Er ist ja im Recht, wenn er gegenüber dem fatalistischen *laissez-faire*-Standpunkt KAUTSKYS und der meisten übrigen Sozialisten, die es für überflüssig hielten, sich die Probleme des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft auch nur zu überlegen, betont, daß ein guter Tropfen Utopismus zur umwälzenden Theorie und Praxis gehöre. Aber man darf eine gute Sache nicht übertreiben! N. ist im Utopismus stecken geblieben! Wenn er, statt seinen alten Gedankengängen einen Haufen „grundgelehrter“ soziologischer Begriffsumschreibungen und einige ebenso überflüssige wie langweilige Exkurse in die Gefilde einer „sozial-epikureischen“ Philosophie anzuhängen, konkrete und praktische Vorschläge und Beispiele vorbrächte über die Registrierung der Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte, über die Erfassung des Bedarfs, über die Ausarbeitung und Anwendung des Wirtschaftsplans und über die vielen dabei auftauchenden methodologisch-statistischen Probleme, so wäre das endlich einmal ein Fortschritt gewesen. Was nötig erscheint, ist nicht die stete Wiederholung der abstrakten Notwendigkeit von Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, sondern konkrete Herausarbeitung von Methoden zur statistischen Erfassung des Bedarfs, zur Leitung von Konzernen, zur Erkennung von Fehlerquellen. Erfahrungen aus den großkapitalistischen Trusts, aus der Kriegswirtschaft und speziell aus der Zeit des russischen „Kriegskommunismus“ müssen eigentlich zur Genüge vorliegen. Sie müssten gesammelt, gesichtet und bearbeitet werden. Gerade über den Kriegskommunismus muß viel wertvolles Material existieren, wenn auch nur in russischer Sprache. Man darf nie vergessen, daß der Kriegskommunismus immerhin ein erster Ansatz zur Organisierung der sozialistischen Wirtschaft war und daß die dabei gesammelten Erfahrungen wegweisend für die Zukunft sein müssen. Der Übergang zur NEP war, wie LENIN wahrheitsgemäß erklärte und erst heute von BUCHARIN und anderen Theoretikern der „Neo-NEP“ — weil mit der heutigen russischen Politik in Widerspruch — abgestritten wird, ein durch außen- und innenpolitische Schwierigkeiten erzwungener Rückzug von dem ganz richtig eingeschlagenen Weg.

Daß N. alle diese Fragen aber so gut wie nicht behandelt, daß er, obwohl er den „Sozialismus als Wirklichkeit“ (S. 7) behandeln möchte, gerade die russischen Durchführungsversuche fast ganz ignoriert, hat seinen guten Grund: Wie früher, so umgeht er auch jetzt noch ängstlich die Frage der Durchführung des Sozialismus. Seinen Standpunkt aus der Münchener Rätezeit, daß er „reiner Sozialisierungstechniker“ sei und die Schaffung der politischen Vorbedingungen anderen Leuten (den „Kommiss des Tages“, um mit TOLLER zu reden) überlasse, scheint er auch heute noch festzuhalten. Und doch liegt darin der Angelpunkt des ganzen Problems. Wenn man glaubt mit der Mitarbeit der Handelskammern, statistischer Ämter und Trustsorgani-

sationen, von Ingenieuren und höheren Angestellten rechnen zu können, wie es N. früher tat und wohl heute noch annimmt, so erscheint das Problem viel leichter, als wenn man sich gleich darauf einstellt, die sozialistische Wirtschaft ohne die Mitarbeit und gegen den Widerstand dieser Kreise organisieren zu müssen. Mit dieser Scheu vor politischer Klarheit hängt es wohl auch zusammen, daß N. es unterlassen hat, sich mit der recht zahlreichen Literatur über Wirtschaftsrechnung gründlich auseinanderzusetzen. Auf dem Boden der apolitischen Utopie läßt sich aber nicht diskutieren, und eine konkrete Diskussion auf dem Boden der Realität führt unvermeidlich zur konkreten Frage des „Wie?“. Dabei ist es weniger zu bedauern, daß N. sich mit MISES nicht auseinandergesetzt hat — denn gegen dessen vorurteilsbeschwerte Art ist schwer anzukämpfen —, als daß er gerade die Polemik mit den ihm offenbar bekannten, aber leider nicht namentlich genannten russischen Autoren unterlassen hat, deren Arbeiten übrigens in deutscher Sprache nicht veröffentlicht zu sein scheinen.

Von der diesen Problemkreis behandelnden russischen Literatur liegt m. W. nur das ebenso glänzend geschriebene wie miserabel übersetzte Büchlein TROTZKIS in deutscher Sprache vor<sup>1)</sup>. Es behandelt das Problem der NEP als den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus in Rußland, insbesondere die Tätigkeit der „Gosplan“<sup>2)</sup>.

An Hand eines großen statistischen Materials, dessen — relative — Zuverlässigkeit T. betont<sup>3)</sup>, weist er nach, daß der russische Staatskapitalismus, d. h. die unter Staatsleitung stehende, in den Trusts zusammengefaßte, von der „Gosplan“ überwachte, aber doch nach den kapitalistischen NEP-Gesichtspunkten privatwirtschaftlicher Rentabilität im Konkurrenzkampf mit den privaten Konzessionsbetrieben stehende Großindustrie und der Staatshandel, gegenüber der Privatindustrie und dem Privathandel erstarkt ist. Besonderes Gewicht legt T. dabei auf die Frage des Zusammen- bzw. Gegeneinanderwirkens der staatskapitalistischen („sozialistischen“) und der privatkapitalistischen Tendenzen. Auf der einen Seite glaubt er, ganz wie BUCHARIN, der offizielle Theoretiker der Kom(munistischen) Intern(ationale) und der Sowjetunion, die „persönliche Interessiertheit der Produzenten selbst“ (S. 9) in den Rahmen des „sozialistischen Aufbaus“, d. h. der Entfaltung der Produktivkräfte einbeziehen zu können. Das soll „bei den Industriearbeitern“ (ganz ähnlich wie beim kapitalistischen Akkordsystem) dadurch geschehen, daß der „Arbeitslohn abhängig wird von der Produktivität“<sup>4)</sup> der Arbeit“ (S. 9), vor allem aber beim Bauern dadurch, „daß er Privatwirtschaft treibt“ (was BUCHARIN mit

1) Das Büchlein T.s wird durch die sehr nachlässige Herausgeberarbeit stark in seiner Wirkung beeinträchtigt. Es ist ein Skandal, wenn in einer Schrift von solcher Bedeutung so viele Druck- und Übersetzungsfehler vorkommen.

2) Staatsplanwirtschaftskommission.

3) Ich kann ihm hierbei nicht folgen. Sagt doch die „Gosplan“ selbst von ihrem Urmaterial: „Die Rechenschaftsberichte der betriebsführenden Wirtschaftsorgane sind mehr als unvollkommen: sie sind tendenziös.“ (S. 17.)

4) Womit T. Intensität meint.

dem Schlagwort „Enrichissez-vous“ auf der 14. Parteikonferenz der K(ommunistischen) P(artei) (der) S(owjet) U(nion) verdeutlicht hat, einer Formulierung, die er erst sechs Monate später abzuschwächen suchte). Auf der andern Seite sieht auch T. Gefahren aus der Verstärkung dieser privatkapitalistischen Tendenzen heranwachsen. Als einen der wesentlichen Momente des „sozialistischen Aufbaus“ sieht er die Tätigkeit der „Gosplan“ an, obwohl er selbst sofort zugeben muß, daß durch die Besonderheit der ökonomischen und klassenmäßigen Struktur der Sowjetunion deren Wirkung nur sehr problematischer Natur sein kann. Wenn er nämlich (S. 33) schreibt: „Die Realisierung der Ernte und besonders die Exportoperation ist einer der wichtigsten Faktoren unserer jährlichen Wirtschaftsbilanz“, so gibt er selbst zu, daß „einer der wichtigsten Faktoren“ des Wirtschaftsplans außerhalb der Möglichkeit der Berechnung bleibt, d. h. 64,6% der Gesamtproduktion (nach Vorkriegspreisen 1924/25 errechnet aus der Tabelle S. 100). Die Praxis, etwa z. Z. als T. das Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner Broschüre schrieb (7. November 1925), hat das gleich bewiesen<sup>1)</sup>. Die Durchführung des „sozialistischen Aufbaues“ in der Sowjetunion, d. h. die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der Großindustrie, unter Führung der „Gosplan“ soll nach T. geschehen auf dem Wege der Konkurrenz der Staatsbetriebe mit den privatkapitalistischen Betrieben in der Union wie auf dem Weltmarkt. Die Mittel dazu sind: Schutzzoll und Außenhandelsmonopol („sozialistischer Protektionismus“); Senkung der Selbstkosten, was mit kapitalistischen Methoden durchgeführt werden soll (Rationalisierung, Standardisierung, Steigerung der Produktivität bei gleichbleibendem Lohn: Abbau, Arbeitszeitverlängerung, — „régime économique“). Als besondere Vorzüge sieht T. dabei, daß alle überflüssigen Ausgaben für „parasitäre Klassen“ in Wegfall kommen. (Eine Maßnahme, die mehr oder weniger jedem jungen Kapitalismus eigen ist: Frankreich vor dem Thermidor, Angora-Türkei; vgl. Kapital I, 557.) Ein weiterer Vorzug soll die „Ausschaltung der unproduktiven Spesen der Konkurrenz“ sein, — was aber durch die auch von T. befürwortete „Privat-

1) Die Bauern lieferten einen großen Teil der Ernte nicht ab, da sie teils etwa 25% mehr konsumierten als in der Vorkriegszeit, wo Steuern und Pachtzins sie zwangen, sich das Brot vom Munde abzusparen, teils ihre durch die Mißernten der vergangenen Jahre verbrauchten Reservenvorräte wieder auffüllten, teils in Erwartung höherer Preise das Getreide zurückhielten. Die Sowjetregierung war dagegen machtlos. VARGA hat das übrigens schon 1921 vorausgesehen: „Der Boden wird von Bauern bewirtschaftet, die faktisch als Privateigentümer produzieren und die Sowjetregierung hat im Wesen keine anderen Mittel zur Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion, wenigstens bis zu diesem Moment, als eine bürgerliche Regierung gegenüber ihren Bauern. In den Wirtschaftsplan kann daher die Landwirtschaft nur zu einem kleinen Teil einbezogen werden. Nur der vom Staat erfaßte Überschuß an landwirtschaftlichen Produkten kann als Faktor in den einheitlichen Wirtschaftsplan aufgenommen werden.“ (Russische Korrespondenz II [1921], Heft 1/2, S. 63.)

initiative“ und Rentabilitätsrechnung auch des einzelnen Staatsbetriebs zum großen Teil wieder wettgemacht wird, zumal hierbei die bekannte spezifisch sowjetrussische Hypertrophie der Verwaltungsbürokratie eine nicht geringe Rolle spielt. Schließlich soll die „Gosplan“ auch noch die Eigenschaft haben, die Konjunkturschwankungen, insbesondere die Krisen „bedeutend zu mildern“ (S. 59).

T.s Buch gibt im Gegensatz zu dem N.s sehr wohl ein ungefähres Bild, wie in einem Lande, das sich nach der Machtergreifung des Proletariats zum Sozialismus entwickelt, die Organisation der Wirtschaft zum Aufbau des Sozialismus vorgenommen werden könnte. T.s Buch, fast rein praktisch eingestellt, auf theoretische Fundierung verzichtend, atmet auf jeder Seite Leben, N.s Schrift aber ist mit einigen Ausnahmen leblose Abstraktion geblieben. Leider hat aber auch T. die gerade in diesem Zusammenhang hochinteressanten methodologischen Erfahrungen der „Gosplan“ nicht näher behandelt, sei es, daß er die betreffenden russischen Veröffentlichungen als bekannt voraussetzt (was aber nur für seine russischen Leser zutreffen kann), sei es, was wahrscheinlicher ist, daß der Herausgeber sie dem deutschen Leser vorenthalten zu können glaubte.

T. befindet sich jedoch mit seinem Buch in unlösbarem Widerspruch, insofern er nämlich darzustellen sucht, daß die „Gosplan“ im heutigen Rußland ein Instrument zum Aufbau des Sozialismus sei. Es muß nämlich die Frage aufgeworfen werden, ob nicht auf der Basis der NEP, wie sie derzeit in der Sowjetunion zur Durchführung gelangt ist, die Tätigkeit der „Gosplan“ sich auf die eines hinter den Dingen herlaufenden „Instituts für Konjunkturforschung“ reduzieren muß. Planwirtschaft nach sozialistischen Gesichtspunkten mit einer staatskapitalistischen, auf dem Konkurrenz- und Rentabilitätsprinzip aufgebauten Wirtschaft ist eine *contradictio in adiecto*. Auch wenn der Wirtschaftsplan der „Gosplan“ mehr sein will als das Budget eines bürgerlichen Staates, als bloße Zusammenstellung statistischer Zahlen und Feststellung von Bewegungen der Vergangenheit, vielmehr zugleich auch ein Plan, wie — vom Gesichtspunkt der Nützlichkeit für die Gesellschaft aus — für eine bevorstehende Wirtschaftsperiode die Produktivkräfte geleitet werden sollen, wird er ein frommer Wunsch bleiben, solange der Gesichtspunkt der privatwirtschaftlichen Rentabilität und der Konkurrenz erhalten bleibt<sup>1)</sup>. Daran

1) Das bestätigt STALIN, der Generalsekretär der KPSU., in seiner Rede auf deren XIV. Parteitag „Über die innere Lage der Sowjetunion“ (nach „La Russie vers le socialisme, la discussion dans le Parti Communiste de l'U.R.S.S.“, Paris, Librairie de l'Humanité, 1926, S. 82): „Tout notre travail, pendant les deux dernières années, montre que nous ne sommes assurés ni contre les événements fortuits ni contre les fautes. Dans l'agriculture, beaucoup de choses sont à la merci non seulement de notre direction économique, mais aussi des forces naturelles (mauvaise récolte, etc.). Dans l'industrie, beaucoup de choses dépendent non seulement de notre direction économique, mais aussi du marché intérieur, dont nous ne sommes pas encore complètement maîtres. Dans le commerce extérieur

wird auch nichts geändert, wenn die „Gosplan“ den Übergang zur Naturalrechnung vorzubereiten sucht, indem sie „dynamische Vergleichskoeffizienten“ ausarbeitet, bei denen eine Reihe von Merkmalen (Quantität, Qualität, Arbeitszeit, Arbeitsschwere usw.) kombiniert sind<sup>1)</sup>. Bestenfalls kann die Wirkung der „Gosplan“ eine neo-merkantilistische Förderung der Staatsindustrie und des Staatshandels ergeben.

Auf die Dauer kann eben nur eine der beiden in der heutigen Sowjetwirtschaft streitenden Tendenzen sich durchsetzen. LENIN hat die entscheidende Frage auf die kurze Formel gebracht: „Wer wen?“ Es hängt von der Frage des Weitertreibens der Weltrevolution ab, wie diese Frage schließlich zu beantworten sein wird. Daß die Sowjetunion in absehbarer Zeit zur wirtschaftlichen Autarkie kommen könne, ist eine ebensolche Utopie, wie daß die Durchführung des Sozialismus in einem einzigen Lande möglich sei. Ob die Aufgaben, die T. der „Gosplan“ setzt, nämlich die Organisierung des sozialistischen Aufbaus, verwirklicht werden können, ist letzten Endes eine Machtfrage; und es fragt sich, ob man nicht als Auswirkung der NEP bereits eine Verschiebung des ökonomischen Übergewichts zugunsten der privatkapitalistischen Bauernschaft — des Großbauern (Kulaken) und des Mittelbauern, der zur „zentralen Figur“ erklärt worden ist — feststellen muß. Sollte das der Fall sein, was außerhalb Rußland schwer zu beurteilen ist<sup>2)</sup>, dann wäre die politische Auswirkung dieser Kräfteverschiebung nur eine Frage der Zeit.

beaucoup de choses dépendent non seulement de nous, mais aussi de l'attitude des capitalistes occidentaux. Nous devons, d'ailleurs, remarquer que plus notre commerce se développe, plus nous devenons dépendants des capitalistes occidentaux, et plus nous sommes exposés aux coups de nos adversaires. Pour nous garantir contre tous ces événements fortuits et ces fautes inévitables, nous devons nous pénétrer intimement de l'idée de la nécessité d'accumuler des réserves. Nous n'avons aucune garantie contre les mauvaises récoltes: nous avons donc besoin de réserves pour l'agriculture. Nous n'avons aucune garantie contre les défaillances du marché intérieur qui nuisent au développement de notre industrie. Il est superflu de dire que, vivant des ressources que nous avons amassées, nous devons être très économes dans nos dépenses.“

1) Sehr gut ist der Hinweis darauf, daß die sozialistische Wirtschaft nur dasselbe an Hand sorgfältiger Statistik tut wie die Bäuerin beim Einkauf eines Paares Schuhe: sie vergleicht außer dem Preis auch Aussehen, Haltbarkeit, Sitz und Art der Schuhe und entscheidet sich nach dem Gesichtspunkt, der ihr in diesem Zeitpunkt am nützlichsten erscheint.

2) Innerhalb der Kommunistischen Internationale hat sich bereits eine Gruppe gebildet, die das behauptet. Ihr gehören in der Sowjetunion, soweit Nachrichten darüber vorliegen, einige Mitglieder der „alten bolschewistischen Garde“ an, darunter LENINS Witwe KRUPSKAJA, KAMENEW, SINOWJEW und SOKOLNIKOW; außerhalb Rußlands zählen zu dieser Opposition u. a. BORDIGA-Italien, DOMSKI-Polen, KORSCH-Deutschland. Der Einfluß dieser Gruppe ist noch nicht zu übersehen.

Darüber kann jedenfalls für den Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung kein Zweifel bestehen. Denn diese kann schließlich doch nicht vor den Grenzen der Sowjetunion Halt machen. Eine solche politische Auswirkung aber wäre von weittragender Bedeutung für die Zukunft der Sowjetunion und der „Komintern“<sup>1)</sup>. VARGA hat diese Möglichkeit schon im Vorwort zu seinem Buche „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“ (2. Aufl. Hamburg 1921, S. 11) vorausgesehen, als er schrieb:

*„Eine allzu schwere Bürde wurde Rußland auferlegt. Es ist die höchste Zeit, daß die internationale Revolution weiterschreitet und der Isoliertheit Rußlands ein Ende bereitet . . . Nicht nur im Interesse Rußlands, nicht einmal in erster Linie in seinem Interesse; sein Proletariat kann infolge des Ausbleibens der internationalen Hilfe nicht zusammenbrechen, wie es mit dem kleinen Ungarn geschehen ist. Dagegen besteht die Gefahr einer Ausschaltung Rußlands als Motor der internationalen Revolution. Denn es soll nicht verschwiegen werden: es gibt in Rußland Kommunisten, die, des langen Wartens auf die europäische Revolution überdrüssig geworden, sich endgültig auf eine Isoliertheit Rußlands einrichten wollen. Dies bedeutet: Friede mit den Imperialisten, regelmäßigen Gütertausch mit den kapitalistischen Ländern und Konzessionen der verschiedensten Art: Aufgabe der Auslandspropaganda, wie es gewissen Forderungen der imperialistischen Mächte entsprechen würde. Auf diese Weise würde ein neuer Staatstypus entstehen, in dem auf dem Unterbau einer breiten Bauernmasse die Arbeiterklasse die Herrschaftsgewalt ausübt. Dieser Staat würde seinen Überfluß an Lebensmitteln und Rohprodukten gegen die Erzeugnisse der kapitalistischen Welt austauschen und in dieser Weise direkt zur Wiedererstarkung der kapitalistischen Ordnung beitragen . . . Diese Strömung kann stark werden, wenn das proletarische Rußland noch länger isoliert bleibt. Mit einem Rußland, welches die soziale Revolution der anderen Länder als eine ihm fremde Angelegenheit betrachtete, welches sich friedlich in den internationalen Gütertausch einfügen wollte, würden die kapitalistischen Länder allerdings in friedlicher Nachbarschaft leben können. Es liegt mir fern, zu glauben, daß eine solche Einkapselung des revolutionären Rußlands den Gang der Weltrevolution aufhalten könnte. Aber sie würde ihn verlangsamen.“* FELIX WEIL (Frankfurt a. M.).

1) Die KPSU. scheint sich darüber klar zu sein, daß ihr Staatskapitalismus in Wirklichkeit kein Sozialismus ist; daß sie die Bezeichnung „sozialistisch“ bewußt als Ideologie gebraucht (auch die Ideologie ist eine Waffe!), gab BUCHARIN ganz offen zu auf einer Gouvernementskonferenz in Moskau Ende 1925 (zitiert von SINOWJEW auf dem XIV. Parteitag der KPSU.; hier abgedruckt aus „La Russie vers le socialisme, la discussion dans le Parti Communiste de l'U.R.S.S.“, S. 135): „Si nous admettons l'opinion que les entreprises nationalisées sont des entreprises de capitalisme d'Etat, si nous le disons ouvertement, comment pouvons-nous mener une campagne pour l'augmentation du rendement du travail? Les ouvriers n'augmenteront pas la productivité du travail dans les entreprises qui ne sont pas purement socialistes.“

MARX-ENGELS-ARCHIV. Zeitschrift des Marx-Engels-Instituts in Moskau  
Hrsg. von D. RJAZANOV, Frankfurt a. M., Marx-Engels-Archiv-Verlags-  
gesellschaft I. Bd. 1926. gr. 8° VIII und 550 S. (12 M., geb. 15 M.).

ARCHIV K. MARXA i F. ENGELSA. pod redakziei D. RJAZANOWA. Moskwa,  
Gosudarstwenoje isdatelstwo I. Bd. 1924. gr. 8° 497 S.; II. Bd. 1925.  
gr. 8° XXXII und 503 S.

Vor nun bald sechs Jahren, im Dezember 1920, hat der Zentralauschuß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf Anregung des als Marxforscher und Herausgeber der „Gesammelten Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1852—62“ (2 Bde. 1917) rühmlichst bekannten D. RJAZANOV das MARX-ENGELS-Institut in Moskau begründet. Mit dem Ziele: durch eine breitest zu fundamentierende systematische Sammel- und Forscherarbeit die wissenschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen für eine Zusammenfassung und kritische Herausgabe der gesamten literarischen Produktion der beiden Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, für eine Darstellung ihres Lebenswerks überhaupt und für eine Schilderung der ungeheuren zeitlichen und räumlichen Auswirkungen desselben in der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung. Zum Leiter des — personal und materiell reichlichst ausgestatteten — neuen Instituts wurde RJAZANOV selbst bestellt; und man kann wohl sagen, daß er und seine Mitarbeiter und unter diesen besonders E. CZÓBEL in den wenigen seither verflossenen Jahren — nicht etwa bloß quantitativ — ganz Erstaunliches geleistet haben. Daß das Institut zahlreiche Neuauflagen von Schriften älterer russischer und (in Übersetzungen natürlich) auch deutscher sowie französischer und englischer Sozialisten herausgebracht hat, die bereits eine ganze Bibliothek bilden (*Biblioteka naučšnovo sotschialisma*, pod obschtsche redakziei D. RJAZANOWA, bisher m. W. 25 Bände), sei nur nebenbei erwähnt. Der Hauptnachdruck der Institutstätigkeit liegt in der Vorbereitung einer 42bändigen, in 4 Abteilungen gegliederten kritischen Edition der sämtlichen Werke von MARX und ENGELS in den Originalsprachen, deren erster Band noch im Laufe dieses Jahres zu gewärtigen ist und auf den ich nach Erscheinen ausführlich zurückkommen werde. Was uns aber heute zunächst beschäftigt, sind die beiden angezeigten, jener Vorbereitungsstätigkeit gewidmeten Zeitschriften.

Es handelt sich in der Tat um zwei Zeitschriften und nicht bloß um eine einzige in zwei Sprachen. Beiden ist allerdings das Programm gemeinsam: beide sollen dienen der Geschichte des Marxismus in Theorie und Praxis — bis zum Zusammenbruch der Zweiten Internationale durch den Weltkrieg, also bis zum Jahre 1914. Inhaltlich aber decken sie sich nur zum Teil, so daß sich die deutsche Zeitschrift als eine selbständige, im Zuschnitt mehr auf die Interessen der internationalen Leserschaft berechnete Publikation darstellt.

Die russische ist mir sprachlich unzugänglich, soweit sie nicht Vordrucke unveröffentlichter Manuskripte der beiden Dioskuren in deutscher Sprache bringt. Ein eigenes Urteil über sie steht mir also nicht zu. Was aber das Marx-Engels-Archiv anbelangt, so stellt es sich zweifellos mit seinem ersten

Bande in die vorderste Reihe der deutschen wissenschaftlichen Periodika und wird auf dem Gebiete der Marxforschung unbestritten die führende Rolle übernehmen und behaupten, wenn die nachfolgenden Bände dem vorliegenden ersten gleichen.

Auf dessen ebenso reichen wie im ganzen wertvollen Inhalt kann hier nur kurz eingegangen werden. Er gliedert sich in vier Teile:

I. Abhandlungen. (A. DEBORIN, Die Dialektik bei KANT — die erste von Studien zur Geschichte der Dialektik); V. VOLGIN, Über die historische Stellung SAINT-SIMONS, mit scharfer Betonung der konstitutiven Bedeutung SAINT-SIMONS für die Bildung der materialistischen Geschichtsauffassung, dank welcher „MARX und ENGELS nicht nur die Schüler HEGELS, sondern auch SAINT-SIMONS waren“; D. RJAZANOV, der erste Abschnitt einer Untersuchung zur Geschichte der Ersten Internationale, die deren Entstehung schildert).

II. Aus dem literarischen Nachlaß von MARX und ENGELS mit einer Einführung und Anmerkungen von D. RJAZANOV (Erster Teil der Deutschen Ideologie).

III. Briefe und Dokumente (Briefwechsel zwischen VERA ZASULIČ und MARX, mit einer Einführung, wieder aus RJAZANOVs Feder).

IV. Literatur (Besprechungen von Schriften über den historischen Materialismus, zur politischen Ökonomie und zur Geschichte der Arbeiterbewegung: darunter eine Besprechung E. CZÓBELS von HANS STEINS Schrift Der Kölner Arbeiterverein — im Anschluß an die in diesem Archiv XI, 299/355, erschienene Abhandlung CZÓBELS über die Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes).

V. Mitteilungen (darunter auch, S. 448/460, ein ausführlicher Bericht über die Entstehung und die bisherige Entwicklung des Marx-Engels-Instituts).

VI. Bibliographie (zusammengestellt von E. CZÓBEL und P. HAJDU — im wesentlichen ein Hinblick auf die Neuerscheinungen über MARX, ENGELS und den Marxismus seit dem Weltkriege, wobei gesonderte Berücksichtigung finden die Literatur über LASSALLE und über das Marx-Engels-Institut).

Auf die Veröffentlichung unter II braucht die Aufmerksamkeit nicht erst gelenkt zu werden. Ihre Wichtigkeit liegt zu sehr auf der Hand. — Mit besonderer Freude wird auch RJAZANOVs Studie über die Entstehung der Internationalen Arbeiterassoziation begrüßt werden. Rj. ist wohl der beste lebende Kenner des einschlägigen Materials. Hat er es ja auch schon mehrere Jahre vor Ausbruch des Weltkriegs unternommen, das „Urkundenbuch der Ersten Internationale“ zu schreiben, das, soviel ich weiß, im Sommer 1917 der Urkundensammlung nach nicht nur im Manuskript fertig gestellt, sondern auch bereits im Satze war. Die Ereignisse der nächsten Jahre haben leider zu dessen Vernichtung geführt und es mußte daher befürchtet werden, daß damit auch das Werk selbst vernichtet sei. Zum Glück stellt sich nun diese Befürchtung als ungerechtfertigt heraus und man darf — angesichts



der Wiederaufnahme der Arbeit — wohl hoffen, daß auch das Urkundenbuch der Internationale bald zur Veröffentlichung gelangen wird. — Sehr interessant und aufschlußreich ist schließlich auch der Briefwechsel zwischen Marx und der Zasulić, der sich auf das Problem der russischen Bauerngemeinde bezieht.

CARL GRÜNBERG (Frankfurt a. M.).

ROBERT MICHELS, Sozialismus und Fascismus in Italien. München, Mayer & Jessen 1925, VII u. 330 S.

Vorwort und Disposition des angezeigten Buches würden erwarten lassen, daß es sich nicht nur um eine Zusammenfassung bzw. Gegenüberstellung von Sozialismus und Fascismus in Italien handle, sondern auch um Klärung jener soziologischen Strukturen einer und derselben sozialpatriotischen Entwicklung, deren jüngste äusserste Exponente der Fascismus darstellt. Aus diesen Gründen und zwecks gleichzeitiger sinngemäßer Kritik sei die dasselbe Thema viel grundlegender erörternde Abhandlung von MARSCHAK<sup>1)</sup> herangezogen, deren Sachlichkeit und zutreffende Darstellungsweise ich hier nur auszeichnend hervorheben kann.

M. geht von den national-sozialen Ideologien des Risorgimento aus, jener im Grunde rein nationalen Bestrebung für die Einheit der *più grande Italia*. Das Wesentliche ist dem Verf., an Hand zweier Gestalten die genetische Verknüpfung national-politischer und sozial-revolutionärer Ideen und Tendenzen hervorzuheben: in den Theorien des Neapolitaners CARLO PISACANE und in der republikanisch-sozialistischen Gesinnung des Freischarenführers GIUSEPPE GARIBALDI. In beiden Fällen will M. eine Kongruenz von völkischem Patriotismus und politischem Sozialismus deduzieren, gestützt einmal auf die sozialpatriotischen Theorien PISACANES, das andere Mal auf die kosmopolitisch-sozialistische Gesinnung der Garibaldiner.

Mir scheint hier der Vaterlandsgedanke den Interessen des Verf. entsprechend übertrieben bewertet zu werden, wohl auch um eine beschreibbare Brücke von PISACANE zu GARIBALDI schlagen zu können. Es sollte damals kein Zufall sein, daß die nationalen Einheitsbestrebungen in Italien in einen Zeitabschnitt fielen, wo demokratisch-soziale und national-intellektualistische Ideen einen einheitlichen Träger einer organischen Strukturform vorfanden: den intellektuellen Mittelstand der italienischen Städterepubliken. Wichtig erscheint mir folgende Tatsache, über die M. nicht ganz schlüssig zu sein scheint: PISACANES Theorie läuft dahin, daß eine Einigung Italiens nicht ohne gleichzeitige Lösung der sozialen Frage möglich sei; und zwar fragt sich M., ob es sich darum handle, dem Insurgentenheere „zeitgemäße Ideale“ zu liefern oder aber dem an sich „unangreifbaren Vaterlandsgedanken“ eine konkrete materielle Basis zu verleihen? Die Antwort bleibt wohl in bei-

1) Vgl. JAKOB MARSCHAK, Der korporative und der hierarchische Gedanke des Fascismus in Italien, in Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol. LII, 695/725; LIII, 81/140.

den Fällen dieselbe. Denn dort und hier steht die „soziale Frage“ nicht an ihrem entwicklungsgeschichtlich bedingten Drehpunkt, dem Klassenkampf, sondern es werden „zeitgemäße Ideologien“ zu heterogenen Fremdzwecken hypostasiert.

Sachlich getreuer entwickelt M. den zweiten Abschnitt seiner Schrift: „Entstehungsgeschichte des italienischen Imperialismus“. Dabei wird aber bei der Frage nach dem Grunde des verhältnismäßig späten Einsetzens einer zielbewußteren imperialistischen Expansionspolitik den Hemmungen idealpolitischer Natur gegenüber Motiven rein wirtschaftstechnischer Unzulänglichkeit zu sehr das Wort geredet. Entscheidender wird die nationalpolitische Seite des italienischen Imperialismus hingestellt, jene zeitgemäße Realpolitik, die einerseits im „Irredentismus“, d. h. den auf Angliederung von unter fremder Herrschaft befindlichen ethnischen Minderheiten gerichteten nationalen Bestrebungen, andererseits in dem durch den Marokko-Vertrag aktuell gewordenen Verlangen nach Kolonialbesitz zum Ausdruck kam und zum „Experiment Tripolis“ führte. An Hand dieses Versuchs gelangt M. zur Schlußthese des italienischen Staatsbegriffs nach außen hin: nicht handle es sich um Imperialismus im landläufigen Sinne, sondern um eine naturgemäße Folge zweier Ursachen, nationalpolitisches Geltungsbedürfnis des Italienerturns und Wahrung der nationalwirtschaftlichen Eigenkraft des Volkes. Hiermit scheinen dem Verf. die organischen Grundlagen zur Bildung einer diktatorischen Machtpartei der Gegenwart gegeben zu sein.

Als Gegensatz zu diesen imperialistischen Tendenzen fehlt aber vollkommen jeder Hinweis auf die bruske Wandlung des bürgerlichen Gedankens nach Einigung des Landes, also nach 1870, der nun an Stelle des nationalistischen Traditionalismus fortan jenem für Italien typischen konservativen Liberalismus huldigte. Dieser Umstand ist aber von kapitaler Bedeutung für die ganze Konstellation des gegenwärtigen Parteilebens, besonders aber für den Fascismus; sofern nämlich mangels einer Kontinuität mit den romantischen Ideologien des Restaurationszeitalters der antiparlamentäre korporative Staatsgedanke ins Lager der Opposition fallen mußte, angefangen vom SORELIANISCHEN Syndikalismus bis zu den Neo-Nationalisten CORRADINIS, die im Fascismus völlig aufgehen konnten.

Mit dem dritten Abschnitt: „Elemente zur Entstehungsgeschichte des italienischen Bolschewismus“ führt uns M. in medias res, und zwar mit einer konkreten Darlegung der innerpolitischen Nachkriegsverhältnisse in Italien, die sich in allen Klassenschichten in jeder Hinsicht mit allgemeiner Unzufriedenheit charakterisieren lassen. Darin sieht M. mit Recht die einheitliche Quelle beider extrem entgegengesetzten sozialen Umschichtungsversuche, deren einer in dem Versuche einer „Besetzung der Betriebe“ durch die Arbeiter gipfelte (1920), während der andere in der Besitzergreifung der politischen Macht durch den intellektualistischen Mittelstand, durch die Marcia su Roma im November 1922 den Sieg davontrug, geführt durch die ehemaligen Frontkämpfer und die akademische Jugend der Studentesca. Hiermit war jener spezifisch günstige Nährboden geschaffen, auf dem dank geschickter Über-

einanderschichtung konträrer Ideologien als unorganischer Zwitter der Fascismus gedeihen konnte. Dies das eigentliche Problem von M.s Schilderung der „Elemente zur Entstehungsgeschichte des italienischen Fascismus“.

Bei aller Sachlichkeit fehlt es gerade hier an jener systematischen und nicht nur sozialpsychologischen Darstellung der fascistischen Entwicklung und Organisation, die allein wesentliche Zusammenhänge von nur transitivischen Ingredienzien zu scheiden vermag.

Was die vorstaatliche Entwicklungsphase des Fascismus anbelangt, so erscheinen M.s Ausführungen wohl zutreffend. Danach sind im ganzen drei Elemente von Bedeutung: 1. die „Verteidigung des Sieges“, eine rein nationale Tendenz der Selbsterhaltung; 2. mußte der Antrieb von einer bestimmten Klasse und Schicht ausgehen, hier vom intellektuellen Mittelstand im Bund mit Kleinpächtern und bäuerlichen Elementen, was M. „als Klassenkampf à rebours“ bezeichnet; 3. das heikelste Problem, die gleichzeitige Interessenvertretung des Kapitals, ein „erst tertiär hinzugewachsenes Moment“.

M. gibt selbst zu, daß sich der Fascismus, um Geltung zu erlangen, gezwungen sah, eine vermittelnde Stellung zwischen Unternehmertum und Arbeitermassen einzunehmen, indem er durch Übernahme der sozialistischen Institutionen (Gewerkschaften usw.) die Arbeiter in seine Reihen zwang.

Soweit die Entstehungsgeschichte des Fascismus, den M. bestrebt ist mit fast durchweg sozialpsychologischen Deduktionen zu fundieren. Dies zeigt sich am schärfsten bei der programmatischen Erörterung des Fascismus, wo in wirtschaftlicher Hinsicht nur jener schwankende Kompromiß von „Liberalismus und Protektionismus“ angeführt wird, während politischerseits nur die „Elitentheorie“ PARETOS als anti-demokratisches Prinzip zur Rechtfertigung erwähnt wird.

Trotz allem bleibt am Ende die Frage offen, welche denn die eigentlichen ideellen Stützen des fascistischen Gebäudes sind, oder zumindest gewesen sind? Mir aber erscheint das wesentlich Kritische im Fascismus bereits in seinem Entwicklungsgang und in der heutigen Phase gegeben zu sein, ganz abgesehen von allen „außergewöhnlichen“ Übergriffen der Macht in Verwaltung und Gesetzgebung des Landes, wenn man den Leitgedanken der „Hierarchie und der Korporationen“ in der fascistischen Organisation berücksichtigt, was M. mit keinem Worte berührt. Der hierarchische Gedanke mußte dem korporativen Prinzip den Weg zur sozialen Verwirklichung bahnen, und zwar sollte an Stelle des ökonomischen Klassenkampfes eine Neuordnung der Gesellschaft nach „sozialen Funktionen“, nicht nach Klassen und Kategorien treten. Ein „Kampf der Begabungen“, eine „Hierarchie des Geistes“ sollte innerhalb des Produktionsprozesses die nationale Gesamtheit umfassen.

Der sozial-nationale Konnex lag auf der politischen Seite des korporativen Prinzips: die Funktionen des politischen Parlaments sollten auf jene Probleme eingeschränkt werden, die das Individuum als Staatsbürger betreffen, während der Kompetenz der sogenannten „Consigli nazionali tecnici“ jene Probleme zustehen sollten, die sich auf die verschiedenen Kategorien der Individuen als Produzenten beziehen. Dies die Grundlagen eines „Parlaments

von Sachverständigen“, das von den einzelnen in Korporationen vorhandenen Interessengruppen gewählt, das korporativ-syndikale Prinzip zum leitenden Staatsgedanken (Stato sindacale) erheben und damit das berühmte Klassenprinzip des „Produttivismo“ hätte zur Geltung bringen sollen. Daß über die brennendere Frage: „Parlament oder Diktatur?“ das Problem „Parlament und Korporationen“ ganz fallen gelassen wurde, darüber scheint M. keine Erklärung abgeben zu müssen.

In seiner ganzen Darstellung herrscht in allzu formaler Weise das rein sozial-psychologische und kulturpolitische Fundierungsmoment vor, wodurch die „Wirklichkeiten“ in erheblich anderem Licht erscheinen. In der Entstehungsgeschichte des Fascismus selbst fehlt es vor allem am nötigen Tatsachenmaterial und nicht zuletzt an den wesentlichsten Ideenzusammenhängen, die uns eine so heterogene soziale Bildungsform, wie sie der Fascismus durchwegs ist, einigermaßen zu „enthüllen“ vermöchte.

Z. ANTON (Frankfurt a. M.).

Historische Zeitschrift, hrsg. von FRIEDRICH MEINECKE. München u. Berlin, R. Oldenbourg 1925.

Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß für die Bände 97 bis 130 der „Historischen Zeitschrift“ nunmehr ein sehr sorgfältig angelegtes, von Professor FRIEDRICH SCHNEIDER besorgtes Generalregister erschienen ist. Es setzt sich aus einem sachlichen und einem alphabetischem Register zusammen, denen ein Schlagwörterverzeichnis folgt. In das alphabetische Register sind jetzt auch die Titel der in den „Notizen und Nachrichten“ besprochenen selbständigen Schriften aufgenommen. Da die Historische Zeitschrift stets auch die Verbindung zum besonderen Forschungsgebiet aufrecht erhält, dem das Archiv dient, so wird man für die mit dem Registerband geleistete Arbeit, die die Ausnutzung dieser Beziehungen erleichtert, dankbar sein können.

FRANZ GUTMANN (Jena).

- 1/2. R. S. F. S. R. Materialien zur Geschichte der russischen revolutionären Bewegung. I. Bd.: Briefe von P. B. AXELROD und J. O. MARTOFF (Pissjma P. B. Axelroda i J. O. Martowa). Berlin, Verlag „Russisches Revolutionsarchiv 1924, 367 S. — II. Bd.: Aus dem Archiv von P. B. AXELROD (Is archiva P. B. Axelroda). Ebenda 1924, 255 S.
3. Briefwechsel zwischen G. W. PLECHANOFF und P. B. AXELROD (Perepisska G. W. PLECHANOWA i P. B. AXELRODA). 2 Bände. Moskau, Verlag von R. M. Plechanoff 1925. III. u. 275 S. u. 303 S.

Die große russische Revolution ist durchaus keine Improvisation gewesen. Selten in der Geschichte ist eine politische und soziale Umwälzung in dermaßen bewußter Weise von langer Hand, von mehreren Generationen von Revolutionären her vorbereitet worden. Der hier besprochene Briefwechsel

gibt uns ungemein lehrreiche Aufschlüsse über die Methoden dieser Vorbereitung, zeigt uns die Revolution sozusagen im Keime. Dieses Vorbereitungsstadium ist zugleich die Periode der grundlegenden Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Richtungen des russischen Sozialismus. Hier sind die Quellen jener politischen Strömungen zu suchen, die eine so ungeheure Rolle in der jüngsten Geschichte Rußlands gespielt haben.

Der vorstehend angezeigte Briefwechsel ist natürlich in seiner Gänze von den Verfassern nicht für die Öffentlichkeit bestimmt worden. Deshalb ist er auch wenig programmatisch und grundsätzlich; er zeigt uns die Führer des russischen Sozialismus in Hemdärmeln. Man fühlt, daß diese Briefe im Feuer des Gefechts entstanden sind. In den meisten von ihnen sind die Gedanken nur kurz hingeworfen, nicht entwickelt. Das Grundsätzliche und das Organisationstechnische durcheinandergemengt. Aber das verleiht auch dem Briefwechsel einen besonderen Reiz. Man bekommt einen Einblick in die geistige Werkstatt der Revolution.

Der Briefwechsel umfaßt eine ganze Epoche, Jahre größter innerer und äußerer Geschehnisse. Im Vergleich zu den gewaltigen Ausmaßen der Epoche erscheint er vielleicht auf den ersten Blick ein wenig kleinlich, und insbesondere gilt das vom I. Band (Briefwechsel zwischen AXELROD und MARTOFF). Es ist meistens von den intimsten Interna der revolutionären Organisation die Rede, die Weltereignisse spiegeln sich in ihm durch das Prisma der Revolutionskämpfe ab. Aber wenn man bedenkt, daß aus diesen Fraktionskämpfen „sich die beiden Richtungen der politischen Weltanschauung -- Sozialismus und Kommunismus -- die gegenwärtig die Arbeiter der ganzen Welt in zwei Lager spalten, entwickelt haben und daß die eine dieser Richtungen  $\frac{1}{6}$  der Erdoberfläche beherrscht“ (Vorrede zu I/I), so wird man die große historische und soziologische Bedeutung dieser Dokumente verstehen. Man kann ruhig sagen, daß man ohne diese Briefsammlungen kaum die inneren Triebfedern der Entwicklung der russisch-revolutionären und insbesondere der sozialdemokratischen Bewegung erfassen kann.

Der Briefwechsel hat einen inneren, man möchte fast sagen, dramatischen Zusammenhang. Er zeigt die Geschichte des Werdens und der Kämpfe jener kleinen Gruppe von Revolutionären, die nach der Katastrophe der Bewegung der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht den Mut verlor, sondern sofort und in energischster Weise neue Wege und Mittel zur Wiederbelebung der Revolution gesucht und gefunden hat. Wir sprechen von der sogenannten „Gruppe für die Befreiung der Arbeit“: AXELROD, PLECHANOFF, W. SASSULITSCH und S. DEUTSCH. Der Briefwechsel umfaßt das ganze Leben dieser Gruppe von ihrer Loslösung von der alten revolutionären Bewegung an bis zu ihrem Aufgehen in der neuen sozialdemokratischen Partei.

Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie in ihren Anfängen (bis in die ersten Jahre unseres Jahrhunderts herein) ist im wesentlichen nichts anderes als die Geschichte der Wechselwirkungen zwischen der Gruppe für die Befreiung der Arbeit, d. h. der im Auslande lebenden alten Emigranten

und Theoretiker und den verschiedenen Gruppen der sozialdemokratischen Intellektuellen, die im Innern des Landes in illegaler Weise die Propaganda der sozialdemokratischen Ideen unternahmen. Der Briefwechsel ist ein fortlaufender Kommentar zu diesen Beziehungen verschiedener sozialdemokratischer Gruppen zueinander und zu der Entwicklungsgeschichte der russischen Sozialdemokratie selbst. Die Gruppe für die Befreiung der Arbeit bestand aus Männern, die nicht bloß theoretisch konsequent auf dem Boden des Marxismus standen, sondern die auch den großen Mut besessen hatten, rücksichtslos und unbekümmert um die damalige öffentliche Meinung der revolutionären Kreise für ihre Überzeugungen einzutreten. Dazu bedurfte es keiner geringen Ausdauer. Denn der Marxismus war in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts höchst unpopulär in den Kreisen der sozialistischen Intellektuellen, die alle noch in den Traditionen des Bakunismus aufgewachsen waren. Während der furchtbaren Jahre der Reaktion, die mit dem Regierungsantritt ALEXANDERS III. eingesetzt hatte, blieb die Propaganda der Gruppe scheinbar völlig fruchtlos. Erst am Ende dieser Periode, nach der großen Hungersnot von 1891, begann eine Wiederbelebung der oppositionellen und teilweise der revolutionären Bewegung. Seit der Mitte der 90er Jahre begann das Eis in Rußland zu schmelzen. Die ersten Regungen der russischen Arbeiterklasse wurden von PLECHANOFF und AXELROD mit der größten Begeisterung begrüßt. Und dann keimen die ersten sozialdemokratischen Organisationen, die alle in dem ausländischen Zentrum ihre theoretische und taktische Führung erblickten. Aber diese Wechselbeziehungen zwischen den Theoretikern in der Emigration und ihren innerrussischen Anhängern gingen keineswegs immer glatt von statten. Die Gruppe für die Befreiung der Arbeit huldigte dem rigorosesten Marxismus, während die ersten sozialdemokratischen Organisationen in Rußland die Neigung zeigten, theoretisch und organisatorisch auf eigene Faust vorzugehen. Das führte mitunter zu schweren Konflikten. Besonders scharf zeichnet sich im Briefwechsel der Gegensatz zwischen der „Gruppe“ und der Ende der 90er Jahre unter den russischen Sozialdemokraten stark verbreiteten Richtung der „Ökonomen“, die in theoretischer Hinsicht, zum Teil bewußt, Anschluß an BERNSTEIN suchten. Nur in der Richtung, die sich im Anfang des Jahrhunderts um die literarischen Unternehmungen der „Iskra“ und der „Sarja“ bildete, erblickten PLECHANOFF und AXELROD jene ideologische Festigkeit, die nach ihrer Ansicht imstande war, das Rückgrat der werdenden Partei zu stärken. Aber bekanntlich ist gerade diese orthodoxe Richtung der „Iskra“ sehr bald zum Ausgangspunkt jener gewaltigen Auseinandersetzungen geworden, die die Partei in zwei einander befehdende Teile — die Bolschewiki und die Menschewiki — gespalten haben. Die „Gruppe“ hat also schließlich wenig Freude auch an dieser Richtung gehabt. Überhaupt ist die Grundaufgabe, die sich die „Gruppe“ gestellt hat, nämlich die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei nach europäischem Muster, noch vor dem Siege der bürgerlichen Revolution in Rußland und im Prozeß dieser Revolution selbst, in ihrer Ganzheit nie gelöst worden. Erst kurz vor dem Kriege hat sich im Schoße der russischen Sozialdemokratie die Gruppe der „Liquidatoren“ gebildet, die

einigermaßen in ihrer Taktik sich an die europäischen Vorbilder anlehnte. Aber PLECHANOFF, der Haupttheoretiker der „Gruppe“, hat sich gerade über die „Liquidatoren“ höchst abfällig ausgesprochen und sie einer vulgären Auffassung des Marxismus beschuldigt.

Der Briefwechsel zwischen PLECHANOFF und AXELROD gibt auch viel Material zur persönlichen Charakteristik der beiden Koryphäen des russischen Marxismus. PLECHANOFF, der fruchtbare Schriftsteller, der Theoretiker und Philosoph, und AXELROD, der große Taktiker, erscheinen hier mit all ihren positiven und negativen Eigenschaften. PLECHANOFF, zweifellos ein Mensch von ganz großem Format, war zugleich von einer fast krankhaften Sensivität in bezug auf seine Prärogative als theoretisches Haupt der Bewegung. Das gab an sich schon Anlaß zu Konflikten mit solchen selbstbewußten Vertretern der jungen Generation wie LENIN und TROTZKY. Besonders gegen den letzteren ist PLECHANOFF sehr ungerecht, indem er sogar sein literarisches Talent in Zweifel zieht. Ganz anders erscheint uns aus diesem Briefwechsel die Persönlichkeit AXELRODS, der in theoretischer Hinsicht PLECHANOFF den Vorrang ließ, aber das eigentliche moralische Rückgrat der „Gruppe“ bildete. Ohne die starke moralische Persönlichkeit AXELRODS einerseits und dessen großen taktischen Sinn andererseits wäre die „Gruppe“ kaum zu jenem ungeheuren Einfluß gelangt, der ihr eine einzigartige Stellung in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie sichert. AXELROD suchte fortwährend zwischen PLECHANOFF und der jungen Generation zu vermitteln — im Anfang auch nicht ohne Erfolg. Schließlich aber führte diese seine Vermittlertätigkeit zu einem Bruch zwischen ihm und PLECHANOFF (1909), der von beiden Teilen, besonders aber von AXELROD, sehr schmerzhaft empfunden wurde. Welch faszinierenden Eindruck AXELRODS Persönlichkeit auf einfache Menschen machte, davon zeugt der einzigartige Briefwechsel zwischen ihm und einem Matrosen, einem ganz einfachen Bauern, der aus eigener Initiative sich an AXELROD wandte und dann in langen Briefen ihm sein ganzes Herz ausschüttete, ihm alle Einzelheiten seines mühseligen Lebens erzählte. Hier können wir den Prozeß des Eindringens von revolutionären und sozialistischen Ideen in die Volksseele fast mit Händen greifen.

Ein spezieller Band ist dem Briefwechsel zwischen AXELROD und MARTOFF gewidmet. Dieser Briefwechsel umfaßt eine Periode von 15 Jahren (1901—1916) — die Jahre der eigentlichen Organisierung der russischen Sozialdemokratie, in der MARTOFF die Hauptrolle gespielt hat. Auch hier findet sich eine Fülle von interessanten Einzelheiten aus der Zeit der Redaktion der „Iskra“ (gemeinsam mit AXELROD, PLECHANOFF, LENIN, TROTZKY), der Bildung der beiden Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki usw. Jeder, der künftig nicht nur die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, sondern auch der russischen Revolution kennen lernen will, wird unbedingt diesen Briefwechsel zur Hand nehmen müssen.

Alle vier Bände sind von B. NIKOLAJEWSKY herausgegeben. Bei der Redaktion von 1/2 haben Th. und L. DAN sowie WL. WOITINSKY und bei der Redaktion von 3 P. BERLIN und WL. WOITINSKY mitgewirkt. Be-

sonders verdienstvoll sind die ausführlichen Anmerkungen, biographischen Notizen usw. — ein wahres „Whoiswho“, eine kleine Enzyklopädie der russischen Sozialdemokratie, wo alle einigermaßen in der russischen Arbeiterbewegung bekannten Persönlichkeiten verzeichnet sind. Man muß wahrlich über den kolossalen funderischen und systematisierenden Fleiß der Bearbeiter des umfassenden Briefwechsels staunen und über die verhältnismäßig kurze Zeit, die sie zur Bewältigung ihrer Riesenaufgabe brauchten. Ohne die Bedeutung der angezeigten Publikation überschätzen zu wollen, muß man sagen, daß sie, abgesehen von ihrem rein wissenschaftlichen Wert für die künftige Geschichtsschreibung, noch einen — im besten Sinne des Wortes — besonders aktuellen Wert dadurch erhält, daß sie der jungen Generation von russischen Arbeiterintellektuellen die Möglichkeit gibt, an Hand der Dokumente die Geschichte der eigenen Bewegung zu studieren, die Entwicklung der Ideologie zu verfolgen und so den Weg zur Selbsterkenntnis zu gehen. Gerade diese Selbsterkenntnis aber tut heute der russischen Arbeiterbewegung besonders not.

GREGOR BIENSTOCK (Berlin).

L. KRITZMAN, Geroitscheskii period velikoi russkoi revoluzii (Die heroische Periode der großen russischen Revolution). Ein Versuch der Analyse des sog. Kriegskommunismus. Moskau, Staatsverlag 1925, 250 S. (russ.).

Wer dem heutigen Rußland gerecht werden will, muß die heroische Periode des „Kriegskommunismus“ während der Revolution von 1917 genau kennen. Sonst lassen sich auch die Fortschritte der Sowjetunion bis auf den heutigen Tag nicht abschätzen. Diesen Einblick vermittelt K. mit größter Sachlichkeit. Sein Buch trägt allerdings vielfach skizzenhaften Charakter — eine Folge der Materialfülle. K. nennt es daher im Untertitel einen Versuch zur Analyse der von ihm behandelten Epoche. Trotzdem ist es äußerst verdienstvoll, um so mehr da es einen ersten Schritt zur wissenschaftlichen Beleuchtung des Gegenstandes darstellt.

Nach einer Skizzierung des Wesens der proletarischen Revolution (Kap. 1—2) geht K. zur Schilderung der Ereignisse über, die der Oktoberrevolution folgten. Er erinnert daran, wie rasch sich der Sieg der Roten nach dem Oktoberumsturz über ganz Rußland ausbreitete: was die Revolution des Februar versäumt hatte, das erfüllte der Oktober. Die kaiserliche Armee, die bis dahin nur die Generale gewechselt hatte, wurde aufgelöst, ebenso der gesamte Beamtenapparat; die Kirche wurde vom Staate getrennt; die Auslandsschulden wurden annulliert und die Nationalitätenfrage radikal gelöst; Rußland wurde zu einer Union von 33 sozialistischen Sowjetrepubliken. Aber nicht nur das politische Fundament des Feudalismus wurde zerstört, sondern vor allem auch die Wurzel seiner ökonomischen Macht: der Guts- und Großgrundbesitz wurde aufgelöst und der Boden unentgeltlich den bebauenden Bauern gegeben.

Soweit die Revolution antifeudalen Charakter hatte, entwickelte sie sich rasch. Anders dort, wo sich ihr antikapitalistisches Wesen zeigte. Erst acht



Monate nach der Übernahme der Macht durch das Proletariat, am 28. VI. 1918, erschien das Dekret über die Nationalisierung der industriellen Großbetriebe. Hätten nicht bereits äußere Faktoren mitgespielt, so wäre diese Expropriation auch damals noch nicht durchgeführt worden. Anfänglich hatte die proletarische Revolution rein politischen Charakter: als erste Aufgabe erschien die Organisierung des Sowjetstaates. Die Diktatur hatte damals auch nur milden Charakter. Noch im VII. 1918 erschienen nicht nur pseudosozialistische, kleinbürgerliche, sondern auch ausgesprochen bürgerliche Blätter. Die Revolution setzte sich zur vorläufigen Aufgabe die Unschädlichmachung des Kapitals als konterrevolutionärer Macht, um so die künftige ökonomische Revolution vorzubereiten. Sie ließ daher noch vorläufig das Industrie- und Handelskapital unberührt und griff zunächst das Finanzkapital an, das ja auch am meisten zentralisiert war. Durch das Dekret vom 14. XII. 1917 wurden alle Privatbanken nationalisiert. Am 14. I. 1918 wurde der Transport auf den Wasserstraßen nationalisiert (die Eisenbahnen waren überwiegend bereits vor der Revolution verstaatlicht) und am 23. IV. 1918 der Außenhandel zum Staatsmonopol erklärt. Die Nationalisierung der industriellen Betriebe vollzog sich aber langsam. Vom X. 1917 bis VI. 1918 traf sie insgesamt nur 487 Betriebe, davon über 70% wegen Nichterfüllung des Dekretes über die Arbeiterkontrolle oder wegen eigenmächtiger Betriebs-einstellung durch die Eigentümer. Diese anfängliche Schonung des Industriekapitals erklärt sich durch den utopischen Wunsch nach einer Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital in Form der Arbeiterkontrolle und der gemischten Aktiengesellschaften, bis die Arbeiterschaft die autonome Organisierung und Verwaltung der Betriebe gelernt haben werde. Bald aber erwies sich dieser Gedanke als unmöglich und absurd, um so mehr als damals die Sowjetmacht noch nicht unerschütterlich fest stand und also das Kapital die Hoffnung auf Wiederaufrichtung der alten Gesellschaftsordnung noch nicht aufgegeben hatte.

Ein Erfolg der Revolution war nur bei einem Zusammengehen von Bauernschaft und städtischem Proletariat möglich. Dies setzte aber gleichzeitig der proletarischen Revolution ihre Grenzen. Das in ihr führende Proletariat mußte dieses Zusammengehen mit Opfern erkaufen. Juristisch kam dies im Gesetz über die Sozialisierung des Bodens zum Ausdruck, die nicht nur den Sieg der Bauernschaft über den Feudalismus, sondern auch über den Großbetrieb bedeutete. Anstatt zu proletarischer Expropriation des Kapitals kam es zu kleinbürgerlicher (bäuerlicher) Besitznahme. Während im Jahre 1916 im europäischen Rußland  $10\frac{1}{2}\%$  des Bodens im Großbetrieb bewirtschaftet wurden, sank die Quote 1919 auf 3% in Mittelrußland und 4% in der Ukraine. Ebenso schwer wurde die landwirtschaftliche Industrie betroffen. Das Gesetz über die Sozialisierung des Bodens erwähnt dieselbe nicht. Der Zustand der Ungewißheit dauerte bis zum Gesetz über die Sozialisierung der Zuckerindustrie (1918). Infolgedessen verschwanden Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter und wurden größtenteils Kleinbesitzer und verkleinerte sich die landwirtschaftliche Basis der Industrie sowie der Stadt überhaupt. Die für den Markt produktivsten kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe

wurden zu selbstgenügsamen kleinbäuerlichen Wirtschaften: der hierdurch für den Markt entstandene Produktionsverlust wurde auf  $\frac{1}{6}$  geschätzt.

So siegreich auch die Revolution von Anfang an war, der Bürgerkrieg dauerte doch volle drei Jahre und nahm die schärfsten Formen an. Das Territorium Sowjetrußlands änderte beständig seine Größe. Dreimal durchschritten die weiße und die rote Armee den Weg von der Wolga bis tief nach Sibirien hinein und viermal den Weg von Großrußland bis ans Schwarze Meer. Das hat größere wirtschaftliche Zerstörungen angerichtet als der Weltkrieg, den man nur an der Front gespürt hatte. Ungeheuerlich litt das Verkehrswesen, Eisenbahn, Telegraphen, Telephon und deren Apparate und Behelfe. Die Blockade schnitt Sowjetrußland von der übrigen Welt ab und vernichtete den Außenhandel fast vollständig. Die katastrophale Zersplitterung des einheitlichen großen Wirtschaftskörpers wird klar, wenn man bedenkt, daß auf das Territorium Sowjetrußlands  $\frac{2}{3}$  der Gesamtbevölkerung Rußlands mit dem größten Teil der verarbeitenden Industrien entfielen, während die Gebiete, die als Versorger der Industrie und der Bevölkerung in Betracht kamen, größtenteils von den Gegnern Sowjetrußlands besetzt waren. Diesem verblieben nur 45% der Weizen-, 37% der Gersten-, 8% der Zucker-, 10% der Kohlen- und 33% der Metallproduktion. Die Besetzung Bakus, des Wolgagebiets, des Urals und Sibiriens durch die Weißen brachte Sowjetrußland um das Naphtagebiet sowie um die reichsten Teile Rußlands. Die Ernährungskrisis führte zu einer ungeheueren Abnahme der Stadtbevölkerung. Das krassste Beispiel bietet Petersburg, dessen Bevölkerung von 1910 bis 1920 um 62% abnahm, und Moskau, das von 1917 bis 1920 43% seiner Bewohner verlor. Der Verlust des Doner Steinkohlenbeckens und der kaukasischen Naphtarayone zeitigte eine furchtbare Beheizungskrisis. Am schwersten traf die Zersplitterung des Wirtschaftsgebiets die Großindustrie, während sich die Kleinindustrie widerstandsfähiger erwies, weil sie bei der Beschaffung der Produktionsmittel sowohl wie beim Absatz ihrer Produkte nur mit kleinen Rayons in Berührung kam.

Der lange Bürgerkrieg und der Druck der Friedensbedingungen von Brest steigerten die Erbitterung der Massen. Sie kam zum Ausdruck in unzähligen Konfiskationsverordnungen, welche die Gegenstände des persönlichen Gebrauchs betrafen und die früher besitzende Klasse in eine Lumpenbourgeoisie verwandelte. Damals wurden auch die Wohnhäuser, namentlich in den größten und Großstädten, munizipalisiert.

Die treibende Kraft der Revolution, die durch den Bürgerkrieg noch genährt wurde, überschritt in manchem die wirtschaftlich rationelle Grenze. So nahm die Expropriation der Industrie einen größeren Umfang an, als man ursprünglich beabsichtigte. Nach der Verordnung des Obersten Wirtschaftsrates vom 29. XI. 1920 sollten nur Betriebe mit über 10 Arbeitern oder mit mehr als 5 Arbeitskräften und mechanischer Kraft expropriert werden können. In Wirklichkeit wurden fast alle Betriebe expropriert, denn nach der Zählung von 1920 waren  $\frac{1}{7}$  aller staatlichen Unternehmungen Betriebe mit nur einer Arbeitskraft.

Das Dekret vom 21. XI. 1918 entzog der Entwicklung des Privatkapitals die Basis. Es sprach die Expropriation des Handelskapitals aus und hob den freien Handel auf. Das war das wichtigste Zugeständnis, das die Bauernschaft dem Proletariat als Äquivalent für die von der Bauernschaft durchgeführte kleinbürgerliche Expropriation der kapitalistischen Landwirtschaft machte. Hier trafen die beiden entgegengesetzten Gruppeninteressen zusammen. Der Markt, die unbedingte Notwendigkeit für die bäuerlichen Warenproduzenten, ist zugleich der Zufluchtsort des Kapitals. Um dieses zu vernichten, mußte man ihm die Basis entziehen, den Markt.

Genannt sei noch das Dekret vom 11. VI. 1918 über die Organisation und Versorgung der Dorfarmut, das zugleich das Signal gab zur Expropriation der bäuerlichen Kleinkapitalisten (Kulaken). Die Revolution der 20 Millionen städtischer und industrieller Bevölkerung wurde so zur Revolution des ganzen 130 Millionenreichs. Die bisherige Kluft zwischen der Stadt, als dem Kampfplatz der antikapitalistischen Revolution, und dem Dorfe, als dem Kampfplatz der antifeudalen Revolution, war verschwunden. Damit wurde die Grenze dessen überschritten, was durch die bisherige kapitalistische Entwicklung wirtschaftlich möglich war. Sie sprengte nicht mehr — wie bei der Großindustrie — die kapitalistische Hülle, welche die weitere Entwicklung der Produktivkräfte hinderte, sie vernichtete den Großbetrieb selbst und zerstörte damit ein verhältnismäßig hohes Niveau der Produktivkräfte.

Der Kriegskommunismus ist die Organisationsform der proletarischen Wirtschaft Sowjetrußlands in der Periode der Revolution und des Bürgerkriegs 1918—20, so wie der Kriegssozialismus die Organisation der kapitalistischen Wirtschaft während des imperialistischen Krieges war. Er ist die erste große Erfahrung der proletarisch-naturalen Wirtschaft, der erste Übergangsschritt zum Sozialismus. Der Hauptcharakterzug der neuen Gesellschaftsordnung ist das vollkommene Zusammenfallen der politischen Organisation mit der ökonomischen. Das Wesen des neuen Sowjetstaates ist im Gegensatz zur staatlichen Organisation der bürgerlichen Demokratie das Prinzip der Erzeugung. Die Grundzellen des Sowjetstaates sind die Produktionszellen, die Betriebe. Aus ihnen werden die Mitglieder der Sowjets, die Arbeiterdeputierten gewählt. Die Gewerkschaftsverbände (deren Mitgliederzahl zwischen Mitte 1917 und 1920 von 693 000 Mitgliedern auf  $5\frac{1}{4}$  Millionen stieg) wurden zur Basis der Organisation der ganzen Volkswirtschaft. Ihr Arbeitsfeld hatte sich beträchtlich erweitert: es umfaßte die gesamte Wirtschaft. Ihre verlässlichste Stütze fanden sie in der Kommunistischen Partei. Diese hat ihre meisten Mitglieder gefunden, als der Sowjetstaat in der größten Gefahr war, und zwar im Jahre 1919, als JUDENITSCH vor Leningrad stand und DENIKIN bis Tula (180 Werst von Moskau) vorrückte. Hatte sie Anfang 1917 nur 23 600 Mitglieder gezählt, so wuchs deren Zahl 1921 bis auf rund 586 000. Ein weiteres Organisationsprinzip des Sowjetstaates war das Klassenprinzip. Der Bourgeois wurde zum Paria, aller bürgerlichen und politischen Rechte beraubt, verlor jegliches aktives und passives Wahlrecht, durfte keine Waffen tragen und war aus der Armee ausgeschlossen.

Das dritte Organisationsprinzip dieser Epoche war das verfassungsmäßig festgelegte Arbeitsprinzip. Danach wird die Arbeit zur Pflicht aller Bürger der Sowjetrepublik, und viertes Organisationsprinzip ist das Prinzip des Kollektivismus, d. h. der Nationalisierung der Produktions- und Tauschmittel. Als letztes Organisationsprinzip ist der Rationalismus zu nennen, wodurch das Sein der Dinge von ihrer Notwendigkeit bedingt erschien.

Näher hierauf einzugehen, verbietet der Raum. Im folgenden schildert K. die große Aufgabe, die nun den Gewerkschaften zukam und erklärt eingehend die proletarisch-naturale Wirtschaftsorganisation. Ihre Hauptcharakterzüge sind zunächst die naturale und sodann die zentralisierende Form. Zum stärksten Ausdruck kam sie im Obersten Volkswirtschaftsrat, der Ende 1917 geschaffen wurde und im Jahre 1920 das einzige tatsächlich funktionierende Verwaltungs- und Regulierungszentrum der Industrie war. Sein Präsidium bestand aus 10—12 Mitgliedern, die auf dem Allrussischen Kongress der Volkswirtschaftsräte gewählt wurden. Diese wieder waren zusammengesetzt aus den Vertretern der größten Betriebe, der Gewerkschaftsverbände, der Verwaltungskörper der wichtigsten Industriebranchen und den Volkswirtschaftsräten der Gouvernements. Der Vorsitzende war Mitglied des Rates der Volkskommissäre. Dem Obersten Volkswirtschaftsrat waren die Produktionsabteilungen des Zentrums sowie die Volkswirtschaftsräte der Gouvernements unterstellt. Die Leitung einer Produktionsabteilung lag in den Händen eines Kollegiums von 5—7 Mitgliedern, die vom O. Vw. R. in Übereinstimmung mit dem Zentralkomitee des betreffenden Gewerkschaftsverbandes bestimmt wurden. Die Leitung jeder Industriebranche war wieder entweder unmittelbar dem O. Vw. R. unterstellt oder der entsprechenden Produktionsabteilung. 1920 gab es mehr als 40 solcher Leitungen. Die Vw. Räte der Gouvernements, deren es 68 gab, hatten nur eine lose Verbindung mit dem O. Vw. R. Ihr Präsidium wurde durch die lokale Sowjetmacht im Einvernehmen mit den Gouvernementsräten der Gewerkschaftsverbände bestimmt und durch den O. Vw. R. bestätigt. Auch hier verbietet der Raum ein näheres Eingehen auf Ks. sehr interessante Darstellung.

Der Stützpunkt der Naturalwirtschaft war in dieser Periode das Kommissariat für Verproviantierung. Die Verteilung der verschiedenen Produkte erfolgte nach dem Kartensystem. Die Erwachsenen teilten sich in drei Klassen: Fabrikarbeiter; deren Familien und andere Arbeitende mit ihren Angehörigen; die Mitglieder der ehemals herrschenden Klasse. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen ging soweit, als der Staat überhaupt über solche verfügte. Das Geld verlor jeden Wert. Die von der Sowjetregierung ausgegebenen Scheine wurden nur Abrechnungszeichen genannt und galten auch nur als solche. — Man strebte in jeder Beziehung an, die Wirtschaftsform zu einer sozialistischen zu machen, und insofern dieselbe eine proletarisch-naturale und zentralisierte war, näherte sie sich auch dem Begriff der sozialistischen Wirtschaft. Das wesentliche Merkmal der letzteren aber, die Planmäßigkeit, fehlte. Die immer wiederkehrenden Krisen der kapitalistischen Wirtschaft zeigten sich daher auch in der proletarischen

und erschütterten einigemal den Wirtschaftskörper Sowjetrußlands. Die letzte Krisis war 1920. Ihr folgte die Umkehr zur Warenwirtschaft.

Die Anarchie der proletarischen Wirtschaft unterschied sich scharf von der Planlosigkeit der kapitalistischen. Jene litt unter der Anarchie der Versorgung mit Produkten. Die Organe, denen die Verteilung der Produkte und Rohstoffe oblag, nahmen nicht Rücksicht auf die Bedürfnisse der Industrie und Konsumenten, sondern verteilten die vorhandene Menge gleichmäßig. In der kapitalistischen Wirtschaft wirkt der Marktpreis als Regulator, in der proletarischen Wirtschaft zwischen 1917—1920 erfüllte diese Rolle das sog. „unter Schlag“-Erklären eines Produktionszweigs, d. h. daß dieser bei der Versorgung mit Produktionsmitteln an erste Stelle trat. Die Anarchie war damit jedoch nicht aufgehoben.

Die proletarische Revolution hat unter unausbleiblichem Druck die Grenzen des ökonomisch Rationellen zwiefach überschritten. Erstens, indem sie über die Grenzen der entwicklungsmäßig bereits vorbereiteten, kapitalistischen Großproduktion hinausging und auch die Kleinbetriebe umfaßte; zweitens, indem sie vorzeitig zur Lösung der ihr unmittelbar noch nicht gestellten Aufgaben überging, nämlich zur Umformung der ökonomischen Beziehungen im allgemeinen, und das zu einer Zeit, wo man um die Befestigung der neuen politischen Beziehungen kämpfte. Gerade hierdurch aber siegte die Revolution, hierin liegen aber auch die Wurzeln der Entstellung der proletarisch-naturalen Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Aufgaben, die sich der neue Staat gestellt hat, waren für ihn unerfüllbar. Bei der fortwährend wachsenden Zahl der monopolisierten Produkte und der steigenden Vernichtung des Privathandels wuchsen die staatlich zu verwaltenden Groß- und Kleinbetriebe, Geschäfte, Magazine usw. auf mehrere 100 000. Im XI. 1920 erschien das Dekret des O. W. R. über die allgemeine Nationalisierung der gesamten Kleinindustrie und im XII. 1920 statuierte der 8. Kongreß der Sowjets die Bodenbebauungspflicht nach einem staatlichen Plan. Dies bedeutete rechtlich die Miteinbeziehung von 18 Millionen Bauernwirtschaften in den Rahmen der allgemeinen proletarisch-naturalen Wirtschaftsorganisation. Diese Absicht, das Unerfaßbare erfassen zu wollen, gab dem Ganzen gewissermaßen einen formalen und abstrakten Charakter und spaltete die ganze Volkswirtschaft zwischen 1918—20 immer mehr in zwei Teile: einen legalen (proletarisch-naturale) und einen nicht legalen (kapitalistische Warenwirtschaft). Wie stark die letztere Wirtschaft war, zeige nur die Brotversorgung. Von 136,6 Mill. Pud wurden 1918—19 40% (54,4 Mill. Pud) durch die staatliche Organisation verteilt und 60% (82,2 Millionen Pud) durch den illegalen „freien“ Handel. Dieser überwog selbst in den Städten.  $\frac{2}{3}$ — $\frac{4}{5}$  aller Produkte gingen durch seine Hände. Auf dem Lande erreichte die staatliche Versorgung mit Produkten im Durchschnitt überhaupt nur 11%. Einer der Gründe, durch die der „freie“ Handel gefördert wurde, war die schlechte Versorgung. Diese Tatsache anerkannte in gewissem Grade auch der Staat, indem er neben dem Naturallohn auch Geldlohn zahlte.

Der kolossale Verfall der Produktivkräfte, den K. detailliert statistisch

beleuchtet, ist nur natürlich, wenn man erwägt, daß der Revolution drei Weltkriegsjahre vorangegangen waren, denen die bürgerliche Revolution, der Bürgerkrieg und die Interventionskriege folgten.

Nach WISCHNEWSKY betrug die Anbaufläche der U.S.S.R. (ohne Turkestan, Transbaikalien und Transkaukasus) im Jahre 1917 93,6 und 1920 86,1 Mill. Desjatinen. In die gleiche Zeit fielen ständige Mißernten. Zieht man die Durchschnittsernte des letzten Jahrzehnts vor dem Krieg zum Vergleiche heran, so ergeben sich für: 1917 93 %, 1918 89 %, 1919 80 %, 1920 70 %.

Der Ertrag stellte sich nach demselben Autor: vor dem Krieg auf 4774, 1917 auf 4217, 1920 auf 2944 Mill. Pud. Gleich groß war der Verfall des Viehstandes. Was das bedeutet, erhellt, wenn man bedenkt, daß  $\frac{3}{4}$  der produzierten landwirtschaftlichen Güter durch die Landwirtschaft selbst wieder verbraucht wurden. Der Ausfall traf natürlich am schwersten die Stadt. Noch stärker war der Rückgang der städtischen Produktivkräfte. So betrug z. B. das Produktionsergebnis 1917 77 %, 1918 35 %, 1919 26 %, 1920 18 %. Gleich groß war selbstverständlich auch der Rückgang des Frachtenverkehrs und damit die Auflösung der Verbindung zwischen Stadt und Land, wobei noch zu bemerken ist, daß fast  $\frac{1}{2}$  der industriellen Produktion durch die Rote Armee in Anspruch genommen wurde. Von jenem Teile der Industrieprodukte, die für das Dorf bestimmt waren, wurde zuerst das Dorfproletariat befriedigt, dann die mittlere und zum Schluß erst die vermöglichste Schicht des Dorfes. Das schwache Band zwischen Dorf und Stadt konnte nur durch Propaganda, Gewalt und teilweisen Güterumtausch aufrecht erhalten werden.

Es war unter solchen Umständen weder möglich, die Produktion auf erweiterter Stufenleiter fortzusetzen, noch auch nur das vorhandene Kapital zu erhalten. — Unausbleiblich war daher das Sinken des allgemeinen Lebensniveaus, die Zunahme der Sterblichkeit, die Abnahme der Arbeitsergiebigkeit. Ständig vom Tode bedroht, rang die arbeitende Masse in diesem Chaos des Zusammenbruches, und es scheint unglaublich und paradox, daß in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit vollständig verschwunden war. 1920 gab es für 100 Arbeitsangebote 128--246 Arbeitsstellen, was am krassesten die Verringerung der Leistungsfähigkeit der Arbeit beleuchtet.

Durch all das wurde die Großindustrie unverhältnismäßig stärker betroffen als der Kleinbetrieb. Die Stadt wurde zum Parasiten des Dorfes. Die Mittel zur Führung des Bürgerkrieges wurden im Requisitionswege von der Bauernschaft entnommen. So verschob sich die Basis des Sowjetstaates von der Großindustrie zur bäuerlichen Kleinwirtschaft hin. Daher verlor auch der O. Vw. R. ständig an Bedeutung, während dem Volkskommissariat für Verproviantierung eine immer wichtigere Rolle zufiel. Das für jede Bauernwirtschaft notwendige Maß an Lebensmitteln wurde fixiert und der Überschuß mußte an die staatlichen Organe abgegeben werden; anfänglich gegen feste Preise, später aber unentgeltlich. Wohl erhielten zwar die Bauern Industrieprodukte als Entschädigung, jedoch nie einen genauen Gegenwert.

Ueber 1919 hinaus aber war dieser Zustand nicht aufrechtzuerhalten. Weder war die Berechnung der bäuerlichen Gesamtproduktion möglich, noch

die Fixierung ihrer Überschüsse. Es wurde daher nötig, von der naturalen Abgabe eines Überschusses abzugehen und das Ausmaß der Abgaben genau zu bestimmen; und zugleich wurden die Bauern nicht mehr planmäßig staatlich mit Industrieprodukten versorgt, sondern es kam zu einem staatlichen kollektiven Produktaustausch. Die Produktmenge, welche an einen Rayon abgegeben wurde, stand im Verhältnis zu der erfüllten Abgabepflicht der Bauernschaft. Das war ein Wendepunkt in der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands. Den Forderungen der Bauernschaft wurde ein prinzipielles Zugeständnis gemacht. Es war dies ein Vorbote der Rückkehr zur Warenwirtschaft. Die wachsende Bedeutung der kleinbürgerlichen Wirtschaft zeigte sich auch an den Beziehungen des proletarischen Staates zu den verschiedenen Schichten des Dorfes. Dessen wohlhabende Schichte hatte sich mit der politischen Vorherrschaft des städtischen Proletariats einverstanden erklärt, aber sie wehrte sich entschieden gegen die Vorherrschaft der Dorfarmen. Das Resultat war, daß die mittlere Bauernschaft zur Herrschaft kam.

K. schließt mit einem kurzen Kapitel über die Neue Wirtschaftspolitik (Nep.). Daß man bei ihr anlangte, war ebenso unausweichlich, wenn man die ganze Wirtschaftsverfassung Russlands in Betracht zieht, wie der Weg, den die Revolution gegangen war, um zu diesem Ziel zu gelangen.

War also das Ziel der Revolution die Rückkehr zur Warenwirtschaft und war es notwendig, zu diesem Zweck den Zusammenbruch der Wirtschaft herbeizuführen? Nach der Anschauung des westeuropäischen Lesers war ja die Aufgabe der Revolution die Aufhebung der Warenwirtschaft. Worin also besteht ihr Sieg? Trotz dieser Zweifel muß man sagen: Und doch hat der Kriegskommunismus gesiegt und die ihm gestellte wirtschaftliche Aufgabe erfüllt. Er hat die rote Armee gekleidet und ernährt und so den Sieg über die äußeren und inneren Feinde ermöglicht. Und im Inneren? Gewiß, das Privateigentum wurde anerkannt, die Warenwirtschaft wieder zugelassen und damit auch die Gesellschaftsklassen hergestellt, was zu neuen Klassenkämpfen führen muß. Allein Eines hat die Revolution geändert: der Klassenkampf wird im Rahmen eines proletarischen Staates geführt werden. Das russische Proletariat hält — erstmals in der Geschichte — die Staatsmacht in seinen Händen.

HILDE ANAIGL (Moskau).

FILIP FILIPOVIĆ, Rasvitak drushtwa u srzalu historiskoho materialisma. (Die Entwicklung der Gesellschaft. Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung.) Belgrad, Kohn, 1924, 270 S. (serbisch).

Die Soziologie zählt bisher am Balkan nur sehr wenige Anhänger und Vertreter und die schließen sich in Jugoslawien hauptsächlich an an SIMMEL, (Prof. ST. JOVANOVIĆ-Belgrad), DÜRCKHEIM, VILFREDO PARETO und MAX WEBER, (Prof. KOSIĆ-Laibach), SPENCER und GUMLOWICZ, (Prof. MÜLLER-Zagreb.).

F.s Schrift gehört zu den ersten Versuchen einer Behandlung seines Themas vom marxistischen Standpunkt aus. Er will die Entwicklung der

Gesellschaft vom Urkommunismus bis zum Kollektivismus schildern und uns das sie beherrschende Gesetz aufzeigen. Ohne sich in Einzelheiten zu verlieren, zeichnet F. die Stadien dieser Entwicklung in ihren wesentlichsten und charakteristischsten Zügen. Dabei unterscheidet er folgende 13 Epochen: Urkommunismus, autoritäre Familiengemeinschaft, Feudalismus, Sklaverei, Leibeigenschaft, mittelalterliche Gewerbeordnung, Handelskapital, Manufaktur, Industriekapitalismus, Finanzkapitalismus, Staatskapitalismus, die Übergangsepoche und schließlich den Kollektivismus der Zukunftsgesellschaft.

Dieses Buch hinterläßt im ganzen den Eindruck von viel zusammengetragenem Material, das nicht genügend verarbeitet wurde. Es fehlt ihm auch aller Schwung — was aber verständlich ist, wenn man bedenkt, daß es im Gefängnis geschrieben wurde. HILDE ANAIGL (Moskau).

ALFRED STERN, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871. V. Bd. (2. Abt. II. Bd.): Geschichte Europas von 1830 bis 1848. 2. Auflage, Stuttgart und Berlin, Cotta 1924, XIV und 457 S.

Es ist für den Referenten nicht leicht, über den vorliegenden Band des großen St. schen Werkes zu berichten, denn er stellt nur einen Teil der in sich geschlossenen zweiten Abteilung (3 Bände) dar. Aufrichtig zu bedauern ist es, daß Verf. und Verleger sich für die zweite Auflage dieses Bandes nur zu einem anastatischen Neudruck entschlossen haben. Naturgemäß waren St. für Abänderungen die Hände gebunden, wollte er nicht u. U. den Rahmen des Gesamtwerkes sprengen. Aber selbst wenn die m. E. nicht glückliche Disposition dieses Bandes beibehalten wurde, so hätte sich trotzdem für manche Abschnitte eine Überarbeitung ermöglichen lassen. Die Ereignisse, die sich seit dem Erscheinen der ersten Auflage (1911) abspielten, haben der Geschichtsforschung manche neue Gesichtspunkte erschlossen. Man wird auch für die damalige Zeit den allgemeinen geistigen Strömungen eine größere Rolle einräumen müssen, als man bisher tat, ohne daß man dabei in die heute vielfach übliche Überschätzung der „öffentlichen Meinung“, des „Zeitgeistes“ und anderer Potenzen zu verfallen braucht. In dem Kapitel IV vermißt man z. B. eine Würdigung des Protestantismus der 20er und 30er Jahre, der sowohl nach der kirchlich-dogmatischen wie nach der kirchlich-sozialen Seite hin interessante Erscheinungen hervorgebracht hat. Auch das Kapitel V: Sozialismus und Kommunismus, genügt in seiner über großen Knappheit heute nicht mehr. Neben Frankreich, England und Deutschland wird man Rußland nicht außer acht lassen dürfen. Der Einfluß der Napoleonischen Kriege und ihrer Folgen war doch tiefer, als gemeinbin angenommen wird. Wenn es nach dem verunglückten Dekabristenaufstand auch noch ein weiter Weg zu den Ereignissen der 50er Jahre war, so lassen doch Männer wie PUSCHKIN, TSCHAADAEW, BJELINSKI das Kommende ahnen. (Vgl. dazu neuerdings u. a. K. STÄHLIN, H. Z. 132, S. 197 ff.: Rußland und Europa.) Auch die Anfänge A. HERZENS fallen in diese Jahre. Ebenso ver-



diente der Einfluß der Presse und der Publizistik eine eingehendere Würdigung, als das bei St. der Fall ist. Schon diese kurzen Hinweise mögen zeigen, wie bedauerlich es ist, daß für die zweite Auflage dieses Bandes die vorliegende Form gewählt wurde. St. hat zwar auch bei Neuauflagen früherer Bände stärkste Zurückhaltung bei textlichen Änderungen walten lassen, in den Fußnoten jedoch die neueste Literatur angeführt. Das hätte sich zweifellos auch jetzt ermöglichen lassen, so daß dem Leser wenigstens die Gelegenheit geboten worden wäre, sich selbständig mit dem augenblicklichen Stand der Forschung vertraut zu machen. Die angeführten Einwände wollen nun aber keineswegs als ablehnende Kritik gewertet sein. Man mag in vielem anderer Meinung sein als St., man mag auch seine Arbeit mehr als „Kompendium, denn als Komposition“ betrachten — als Ganzes bleibt St.'s „Geschichte Europas“ doch ein großer Wurf, nicht nur als eine Zusammenfassung der Geschehnisse, sondern als Anregung zu weiterer Forschung.

K. RHEINDORF (Frankfurt a. M.).

**Wichtige Novität**

# Die juristische Literatur der Sowjet-Union

Entwicklung und Bibliographie

Herausgegeben von

Prof. Dr. E. Kelmann (Kiew) und  
Rechtsanwalt Dr. H. Freund (Berlin)

**M. 7.—**

Erste wissenschaftliche Darstellung

## Inhaltsverzeichnis.

Die Entwicklung der juristischen Literatur in der Sowjet-Union. Von Prof. E. Kelmann (Kiew). — Überblick über die in Deutschland erschienene Literatur über Sowjet-Recht. Von Rechtsanwalt Dr. H. Freund (Berlin). — Allgemeine Rechts- und Staatstheorie in der Literatur der Sowjet-Union. Von Prof. J. Rosanow (Kiew). — Das Straf- und Strafprozeßrecht der Sowjet-Union. Von Prof. M. Tschelzoff-Bebutoff (Kiew). — Das Agrarrecht der Sowjet-Union. Von Dozent M. Gerschonow (Kiew). — Das Industrie- und Handelsrecht der Sowjet-Union. Von Fakultätsassistent A. Dobrow (Kiew). — Das Arbeitsrecht in der Sowjet-Union. Von W. Wakar (Kiew). — Zivilrecht und Zivilprozeßrecht der Sowjet-Union. Von Prof. E. Kelmann (Kiew). — Das Staatsrecht der Sowjet-Union. Von Prof. B. Pletnjew (Moskau). — Das internationale öffentliche- und Privatrecht in der Sowjet-Union. Von Prof. B. Landau (Moskau).

Das erste Werk in deutscher Sprache, das sich mit der Entwicklung des russischen Rechts nach der Revolution und seiner Literatur, vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus, befaßt.

Dank der ausführlichen Literaturangaben die sich sonst in keinem deutschen Werke finden, ist die Schrift unentbehrlich für jede Bibliothek, für jeden Politiker, für jeden, der sich wissenschaftlich beschäftigt.

Ferner empfehle ich:

### **Marx-Engels-Lassalle**

Eine Bibliographie des  
Sozialismus.

3 Teile mit Aufsätzen v. Marx, Engels,  
Lassalle, Bakunin, Lenin und Einl.  
von Prof. Gust. Mayer u. E. Drahn.

Leinwand **M. 4.75**

Leinw. auf Schreibpapier **M. 6.50**

### **Ferdinand Lassalle**

Mappe von 12 Bildern auf  
10 Kartons.

Mit Vorwort in 3 Sprachen usw.

Von Paul Thompson

Bis auf wenige Exemplare vergriffen.  
Hergestellt in einer Auflage von 400  
numerierten Exemplaren. **M. 5.—.**  
„Die dankenswerteste, weil anre-  
gendste u. belehrendste Festgabe“.

**R. L. Prager**



**Berlin NW 7**

# MARX / ENGELS / LASSALLE

Eine Bibliographie des Sozialismus

Katalog 215—217

Mit Aufsätzen von Marx, Engels, Lassalle, Lenin, Bakunin  
und Einleitung von Prof. Gustav Mayer und Ernst Drahn

3 Hefte mit alphab. Namenregister à GM. 1.—, Einbanddecken GM. 1.—  
In Leinwand gebunden GM. 4.75

Auf Schreibpapier abgezogen in Leinwand gebunden GM. 6.50

## R. L. PRAGER'S

Bibliographie der Rechts- und Staatswissenschaften  
mit einer Beilage: Der Antiquariatsmarkt

Jährlich 4—6 Hefte. GM. 4.20

Inhalt des soeben erschienenen 8. Heftes (90 S.): **Bibliographische Aufsätze über Schulze Gaevernitz-Most; Verlagswesen in Sowjet-Russland, Deutsche wirtschaftswissenschaftliche Bücher in Japan. — Economic history of India. — Jahresberichte f. Kultur d. Slaven. — Wissenschaftliche Nachrichten über Bibliotheken und Gelehrte. — Verzeichnis der im letzten Vierteljahr erschienenen Bücher. Zeitschriften, Aufsätze des In- und Auslandes, der Rechts- und Staatswissenschaften**

Probehefte auf Bestellung gratis

### Die Bibliographie der sozialen Frage und des Sozialismus

Streifzüge in ein Labyrinth der Bücherkunde

Von Ernst Drahn. GM. 0.25

### Deutschland und Frankreich

Ihre Wirtschaft und Politik 1923/24

Mit Beiträgen der berühmtesten deutschen und französischen Wirtschaftspolitiker  
Hrsg. v. R. Kuczynski

25 Bogen. Brosch. GM. 9.—, gebunden 10.20

### Der neue Reparations-Plan

Von Harold G. Moulton

Uebersetzt und ergänzt auf Grund des

### Londoner Abkommens

v. R. Kuczynski. 96 S. GM. 2.—

In Vorbereitung befindet sich:

## LENIN

Von Ernst Drahn

Lebensbeschreibung — Ikonographie — Bibliographie

Zweite vollständig durchgesehene und umgearbeitete Auflage. Preis ca. GM. 2.50

R. L. PRAGER



BERLIN NW. 7

p. =

---

# NEUERSCHEINUNGEN 1926

Dr. Peter Fischleder

## Die Staatslehre Leos XIII.

8° (538) Brosch. RM. 8.—; in Leinen schön gebunden RM. 10.—

Der protestantische Gelehrte Bredt schrieb 1924: „Seit Leo XIII. gibt es eine katholische Staatsauffassung, welche sich den tatsächlichen Verhältnissen des Zeitalters anpaßt und dem katholischen Volk eine eigene Politik ermöglicht in allen Ländern der Welt. . . . Aber diese ganze Neuorientierung vollzog sich nicht etwa in Form von weitläufigen Kundgebungen, sondern in Form von ruhigen Oberhirtenbriefen, die langsam erst überleiteten in den neuen Geist und darum zu Anfang auch kaum genügend beachtet wurden. Was Leo XIII. im Grunde überhaupt gewollt und erreicht hat, das ist erst nach seinem Tode völlig erkannt und gewürdigt worden. Ja, man kann sagen, daß es den Deutschen erst klar geworden ist bei der Revolution und der Schaffung der neuen Reichsverfassung.“

Mag dieses Urteil auch nicht ganz zutreffen, so hat doch die Staatslehre Leos XIII. gerade für die deutschen Katholiken heute eine neue ungeahnte Gegenwartsbedeutung zur grundsätzlichen Klärung und praktischen Anwendung gewonnen. Diese Staatslehre Leos ist in vorliegendem Werke erschöpfend, systematisch nach Ursprung und Quellen für den Fachgelehrten sowohl wie für den Politiker dargestellt. Es ist das Nachschlagewerk über die Staatsauffassung der Katholiken der Gegenwart.

## Politisches Jahrbuch 1925

Politik des Deutschen Reiches

Unter Mitarbeit von 20 Parlamentariern

bearbeitet und herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Georg Schreiber, M. d. R.

8° (492) Preis kart. RM. 5.—; geb. RM. 6.—

Ein ernstes, dabei fesselndes Buch; ein Spiegelbild des deutschen Volkes; keine hastende Tagespolitik, sondern trotz vielem Mosaik große verbindende Linien mit grundsätzlicher Bestimmtheit. Zwanzig Parlamentarier, anerkannte führende Kräfte des politischen Lebens, schufen daran; ihre feste politische, kulturelle und weltanschauliche Grundeinstellung gibt diesem Buch einen besonderen Reiz und den Charakter einer großen Geschlossenheit. Dieses Buch gehört in die Hand eines jeden Deutschen, der nicht bloß am öffentlichen Leben mitarbeitet, sondern der glaubt, an der Kultur der Seele und der Gesellschaft, der Familie und Nation mitzuschaffen. Im besondern ist es für die politische Arbeit völlig unentbehrlich. 1. Auflage binnen 14 Tagen vergriffen. 2., unveränderte Auflage soeben erschienen.

Man verlange kostenlos unsern Prospekt Neuerscheinungen 1925/26

---

# VOLKSVEREINS-VERLAG M. GLADBACH

---